



Jg. 10 Nr 170 28.1.80

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2.-

Nach Afghanistan:

„Gegenmaßnahmen“ der NATO

gesteuerte Raketen-Luftabwehr
und Panzer (M60), 25 an Ägypten

Pakistan soll außerdem Militär- und Wirtschaftshilfe im Rahmen eines »internationalen Konsortiums« erhalten. Die Bundesregierung hat bereits Beteiligung zugesagt (15. u. 19. J.). + Sadat hat den USA die Benützung Ägyptens als Ausgangsbasis für militärische Unternehmen im Nahen Osten angeboten. Tatsächlich dienen ägyptische Flugplätze bereits als Ausgangspunkt für US-»Aufklärungsflüge« gegen Afghanistan, Iran usw. Die gesamten Operationen der USA in dieser Region werden über in Ägypten stationierte AWACS-Großflugzeuge koordiniert (9.1.). Ägypten soll darüber hinaus die Rolle einer »arabischen Feuerwehr« zur Unterdrückung sozialer Unruhen in der Öl-Region bekommen. Bis 1985 soll Ägypten voraussichtlich vier Milliarden Dollar Militärhilfe von den USA bekommen; u.a. 80 modernste Kampfflugzeuge (F-16), eine radar-

+ Israel hat den USA angeboten, Stützpunkte auf seinem Territorium zu nutzen (8.1.)

† Oman, Somalia und Kenia haben den USA ebenfalls Stützpunkte zugesagt (9.1.). Insbesondere in Oman ist die Planung eines US-Stützpunktes schon seit mehreren Jahren im Gespräch (Insel Masirah). Von Großbritannien soll Oman verstärkte Militärhilfe erhalten — Kampfflugzeuge, Raketen, Minen-suchboote sowie Ausbilder (12.1. und 18.1.). Auch Jordanien soll Streitkräfte Omans ausbilden (18.1.).

Fortsetzung Seite 2

• Sozialistische Konferenz • im April?

„Neue“ vorläufig oder falsch berichtet. Es kann andererseits auch sein, daß die Notiz der „Neuen“ zutrifft. In diesem Fall wäre festzustellen, daß in der Vorbereitung dieses die g e s a m t e Linke angehenden Kongresses wieder einmal in traditioneller Weise verfahren wird: Gleichberechtigung und Offenheit aller linken Strömungen wird zwar verkündet, aber einige sind von vornherein gleicher als die anderen. In undurchschaubarer, alles andere als offener und demokratischer Weise bilden sich „Vorbereitungskreise“, werden Termine gesetzt, werden Rahmen und Abläufe vereinbart etc. pp. Erfahrungsgemäß sind bei solchen Schiebereien die lauteisten Verkünder banddemokratischer, undogmatischer usw. Grundsätze oft die eifrigsten Mächer. Nun, die Ankündigung der „Neuen“ mag in dieser Form immerhin irreführend sein. Man wird das sehen.

So, was sich das nun leider in der „Neuen“ darstellt, handelt es sich um Ende bei dieser „Sozialistischen Konferenz“ um einen reichlich plumpen Versuch, den bestehenden linken Organisationen endgültig den Todesstoß zu geben oder zumindest der Aufbaum-Kampagne gegen die Linke kräftige Impulse zu geben. Das wäre allerdings genau das Gegenteil von dem, was eine solche Konferenz unserer Meinung nach leisten sollte.

»Hochsicherheitstrakt« belegt Lebendig begraben

Trotz zahlreicher Proteste (vor allem seitens der Betroffenen selbst) wurden am Sonnabend, den 18. Januar, die Gefangenen aus der „Bewegung 2. Juni“ im Werberliner Knast Mosbit in einen extra für sie (und „ähnliche“ Gefangene) gebauten Hochsicherheitsstrakt verschleppt. Die (noch nicht einmal verurteilten!) Genoss(inn)en wurden damit Haftbedingungen unterworfen, die selbst von bürgerlichen Sachverständigen als schlimmste Form der Isolation bezeichnet werden.

Erklärung

[illegible][illegible][illegible]

M. A. S. & P. - Elites, Schenker, Möntzstraße 22, Berlin, 10

Aus dem Inhalt:

- aktuell
- ♦ El Sahador: „Bewaffneter Aufstand ist die einzige und wirkliche Alternative“ S. 2
- ♦ Interview mit Philip Agre S. 3
- Wahlen
- ♦ In Li-Hamburg vor der Spaltung? S. 4
- ♦ Nach Karlsruhe: Berichte und Interviews zum Ausgang des Grün-Gründungs-Kongresses S. 9ff
- ♦ Zum Aufbau einer Anti-Strahl-Front S. 8/10
- Anti-AKW/Umwelt
- ♦ Widerstand gegen die Tiefbohrungen in Gorleben S. 11
- ♦ Imperialismus und Ökologie S. 12/14
- Betrieb und Gewerkschaft
- ♦ Tarifrunde '80: Gesamtmetall und Bundesregierung für Reallohnstop S. 17
- ♦ Massenprotesten bei der Deutschen Reichsbahn S. 18
- ♦ IG Chemie-Gewerkschaftstag S. 19
- Schule/Lernen
- ♦ Interview mit Caray Littmann: „Anschule Mehrheit bei den Grünen? „Schlehtung Penkmacher!“ S. 24/25
- Frauen
- ♦ Vergewaltiger verteidigen? Eine Ausnahme, die keine war S. 27
- ♦ Die Familienpolitik von SPD/FDP: Das „Reform“gerade zeigt sein wahres Gesicht S. 28
- Internationales
- ♦ Afghanistan: Sowjetische Intervention und imperialistisches Roll-Spiel S. 23/24

„Gegenmaßnahmen“ der NATO

Fortsetzung von Seite 1

+ Wegen seiner »Vermittlerrolle« zu den arabischen Ländern soll Jordanien »erstmalig« US-Waffenhilfe bekommen — 100 Mio. Dollar (8.1.).

+ Djibuti am Roten Meer ist als weiterer US-Stützpunkt in der Diskussion (17.1.). Djibuti ist Marine-Stützpunkt Frankreichs für Operationen im Indischen Ozean.

+ Die US-Flotte im Indischen Ozean und Persischen Golf wurde innerhalb kürzester Zeit auf 25 Einheiten aufgestockt. Darunter: Insgesamt 11-12 Schiffe, die vorher in San Diego (Kalifornien) stationiert waren (darunter sechs Landungsschiffe); ein Raketenkreuzer aus dem Stützpunkt Yokosuka (Japan); drei Schiffe (darunter der Super-Flugzeugträger »Nimitz«) aus dem Mittelmeer (9.1., 10.1., 19.1.).

+ Mit der Begründung, die aus dem Mittelmeer abgezogenen US-Schiffe »ersetzen« zu müssen, wurden sechs britische Kriegsschiffe dorthin geschickt (19.1.).

+ Die »Afghanistan-Krise« wird auch genutzt, um in Japan eine Erhöhung des Rüstungs-Haushalts (1980: 9,3 Milliarden Dollar) durchzusetzen. Außerdem soll Japan sich an dem geplanten »internationalen Konsortium« zur Aufrüstung Pakistans beteiligen (15.1.). Japans »Politiker« erklären offen, daß die Ära der sogenannten »passiven Außenpolitik« nun vorbei sei (24.1.). So wird sich Japan im Februar erstmals an einem großen Marine-Manöver beteiligen, das von den USA, unter Beteiligung Australiens und Neuseelands, durchgeführt wird. Zwar verbietet die japanische Verfassung ausdrücklich den Einsatz japanischer Militärs außerhalb Japans, aber die Gelegenheit scheint günstig, im Schatten der »Afghanistan-Krise« diesen Verfassungsgrundsatz über Bord zu werfen (16.1.).

+ Die militärische Zusammenarbeit bei USA — China soll »ausgebaut« werden (8.1.), wobei freilich wenig Konkretes bisher bekanntgegeben wurde. Fest steht, daß China vorerst nicht direkt Waffen erhalten wird, wohl aber alles sonstige militärische Gerät, wie Lastwagen, Fernmelde-Einrichtungen usw. Fest vereinbart wurde die Lieferung einer militärisch nutzbaren Satellitenstation (9.1.) und eines Radarsystems (26.1.).

+ Die Rüstungsausgaben der USA sollen mit Hinweis auf die »angespannte internationale Lage« jährlich um 4,5 % gesteigert werden. 1981: 157 Milliarden Dollar! Vorgesehen ist u.a. eine »Modernisierung« der Atomwaffen; Verstärkung der US-Kriegsmarine; verstärkter Aufbau einer Aggressions-Truppe von 110.000 Mann zu »Blitz-Einsätzen« an jedem Punkt der Erde (14.12.). Im »Bericht zur Lage der Nation« kündigte Carter an: Stärkung der US-Kräfte, »um im Fall einer Krise in Europa rasch eingreifen zu können«; Ausbau der Luftstreitkräfte um 1.700 Maschinen in den nächsten fünf Jahren; Entwicklung einer »neuen Generation« von Langstrecken-Transportflugzeugen und Transportschiffen für Aggressions-Unternehmen; Produktion der Cruise Missile ab 1981; Entwicklung eines Nachfolgers für den Langstrecken-Bomber B-52 bis 1985 — dieser neue Typ soll die doppelte Bomben- und Raketen-Last tragen können (23. und 25.1.). Außerdem sollen alle Beschränkungen, denen die US-Geheimdienste nach bekanntgewordenen Skandalen teilweise unterworfen worden waren, aufgehoben werden, damit sie »wieder effektiv und ungestört« (»Welt«, 26.1.) arbeiten können. Alle US-Bürger von 18 bis 26 Jahren sollen registriert werden, um »im Krisenfall« Mobilisierungen rascher durchführen zu können (25.1.).

+ In der BRD haben vor allem Politiker der CDU/CSU wie-

der einmal die Gelegenheit benutzt, um sich für eine »Ausdehnung der NATO-Bereichs über Europa hinaus und für Beteiligung der Bundeswehr an Militär-Aktionen im Nahen Osten etc. stark zu machen (vgl. AK 169, S. 2). Diese regelmäßigen Vorstöße haben bisher allerdings wenig Chance, da die vorherrschende Meinung ist, daß vorerst militärische Aktionen im wesentlichen von den USA zu tragen seien, eventuell unter Hinzuziehung Frankreichs und Großbritanniens. Vorerst soll die Aufgabe der Bundeswehr nur darin bestehen, eventuelle »Lücken« auszufüllen, falls die USA Truppen für militärische Unternehmen freistellen »müßten«. Gedacht ist insbesondere an eine Stationierung von BRD-Truppen in der Türkei und in Italien. Die USA erwarten außerdem verstärkte Wirtschafts- und Militärhilfe der BRD für den zerstörten Partner Türkei, für Pakistan u.s.m. Gedacht ist an zusätzliche 400 Mio. DM für die Türkei (17. und 24.1.).

Strauß hat mit Hinweis auf »die Lage nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan« eine Reihe konkreter Forderungen angemeldet: »Ausbau des zivilen Bevölkerungsschutzes; Verordnung einer »Bevorratungswirtschaft für Krisenzeiten«; Bau weiterer Kriegsschiffe (Fregatten 7 bis 12); verstärkter Panzer-Bau; mehr als bisher sollen Soldaten aus anderen NATO-Staaten durch die BRD ausgebildet werden. »Finanzielle Opfer zur Sicherung der Freiheit« müßten von der Bevölkerung gebracht werden (25.1.).

Die Gesamtheit der Maßnahmen und Pläne macht deutlich, daß der Wechsel von der Phase des Entspannungs-Schwindsels zur offenen Vorbereitung auf militärische Konfrontationen voll in Gang ist, wobei als Aufmarschgebiet vor allem der Nahe und Mittlere Osten hervorsticht, wo die Konzentration der US-Flotte auf nahe bevorstehende Militär-Aktionen hindeutet.

Beratungskongreß in Münster und die Einheit der bunt/alternativen Listen

Während des Gründungskongresses der grünen Partei haben die autonomen Delegierten der bunt und alternativen Listen beschlossen, am 2./3. Februar in Münster einen Beratungskongreß durchzuführen. Dort sollen die Ergebnisse und die Einschätzung der Gründung, das Verhältnis der Bunt und Alternativen zu der Grünen Partei und die Formen der eigenständigen Weiterarbeit der bunt und alternativen Listen diskutiert werden. Zu diesem Beratungskongreß haben auch die grünen Delegierten (also diejenigen, die als Bunte in die Grünen eingetreten sind) ihre Zustimmung. Dieser Beschluß fußt auf einer einstimmigen Zustimmung auf dem Frankfurter Beratungskongreß vom 16./17. Dezember 1979, sich nach der Gründung erneut zu treffen, um erst dann Festlegungen zu treffen. Dies war notwendig, weil schon in Frankfurt weitgehend unterschiedliche Auffassungen darüber bestanden, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen sich die bunt und alternativen Listen der Grünen Partei anschließen.

Dieser Beratungskongreß ist um so notwendiger geworden, weil schon in Karlsruhe grundsätzliche Differenzen in der Beurteilung der Parteigründung innerhalb der bunt und alternativen Listen entstanden sind. Die autonomen Delegierten sehen sich darin bestätigt, daß die Grünen eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ablehnen und selbst die Mitarbeit von Bunt und Alternativen durch formale und inhaltliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse verhindern wollen. Sie plädieren deshalb verstärkt für eine Blockbildung der Bunt und Alternativen außerhalb der Grünen Partei, um von hier aus, z.B. in Form gemeinsamer Aktionen, Einfluß zu nehmen. Sie geben davon aus, daß eine auch nur tendenzielle Auflösung der bunt und alternativen Listen in die Grüne Partei letztlich die Aufgabe der politischen Ziele dieser Listen sein wird.

Die grün-bunten Delegierten gehen davon aus, daß das Kräfteverhältnis innerhalb der Grünen Partei weiter zugunsten der Linken verbessert werden kann. Deshalb plädieren sie jetzt noch stärker als in der Vergangenheit dafür, alle Kräfte in der Grünen Partei zu konzentrieren d.h. die Aufforderung an alle Mitglieder der bunt und alternativen Listen, dort einzutreten. Selbst die Mißerfolge in

ren Möglichkeiten argumentiert wird, sondern mehr mit der grundsätzlichen Bedeutung der ökologischen Partei als entscheidende Kraft der gesellschaftlichen Veränderung.

Diese Differenzen und die sich daraus ergebende Flügelbildung innerhalb der bunt und alternativen Listen machen es umso notwendiger, daß sich alle Teile dieser Listen zu einer gemeinsamen Beratung treffen. Wenn alle Teile dieser Listen an der Einheit festhalten wollen, dann ist jetzt der entscheidende Zeitpunkt, dies auch praktisch zu beweisen.

Diese (schon sehr eingeschränkte) Einheit wird jedoch von einem Teil des grün-bunten Flügels schon auf's Spiel gesetzt. In Teilen dieses Flügels wird schon an einen Boykott des Beratungskongresses gedacht. Sprecher der Grün-Bunten der BDI-Hamburg, darunter die Zentrums-Gruppe, haben erklärt, nicht daran teilzunehmen. Klaus Wolschner, Redakteur bei der TAZ und einer der maßgeblichen Sprecher dieses Flügels, hat in einem Brief an alle »linken Grünen« einen eigenen Kongreß am 16./17.2. in Kassel vorgeschlagen. Der Münsteraner Kongreß könne für die »linken Grünen« »nur nebensächliche Bedeutung haben«. Dort müßten sie sich oh nur gegen die »KB-Strategie und gegen »wie mir scheint« »verbalisierte Autonomie« verteidigen. Er hält für die wichtigste Aufgabe, die »linken Grünen« zu einigen, und ein »Forum der linken Grünen« aufzubauen.

Die AL Westberlin hat sich nur nach einigen Mühen zu einer Unterstützung des Beratungskongresses bereitgefunden. Ursprünglich war sogar geplant, zum gleichen Zeitpunkt eine Mitgliederversammlung einzuberufen.

Die Diskussionen um die Grüne Partei sind in den bunt und alternativen Listen noch nicht abgeschlossen. Von daher kann und wird es in Münster nicht darum gehen, verbindliche Beschlüsse zu fassen. Es kann nur darum gehen, zu beraten, um auf dieser Grundlage zu Beschlüssen in den Listen zu kommen. Es wird aber um die Beratung eines eigensatzes in die Wege der bunt und alternativen Listen gehen. Es kann unter diesen Voraussetzungen auch gar nicht darum gehen, einen Teil zu überstimmen, ihn »zu verurteilen« oder was sonst noch an Gerüchten verbreitet wird. Wenn aber schon diese Diskussion mit Boykott belegt wird, bestätigen sich nur die schlimmsten Befürchtungen, daß der grün-bunte Flügel (tatsächlich die Grüne Partei) für wichtiger hält als den Erhalt der bunt und alternativen Listen.

»Bewaffneter Aufstand ist einzige und wirksame Alternative«

El Salvador

So heißt es einem gemeinsamen Aufruf der Guerillaorganisationen FPL und FARN mit der Kommunistischen Partei El Salvadors. Erstmals seit 40 Jahren ist damit ein größerer Schritt hin auf eine Vereinheitlichung der Linken Salvadors zustande gekommen. Die genannten Organisationen fordern auch alle anderen Linken auf, sich an der Einheitsfront zu beteiligen. Am 22. Januar fand eine gemeinsame Demonstration statt, um die Stärke der vereinigten Linken zu demonstrieren. Rechte Heckenschützen ermordeten bei dieser Demonstration 20 Genossen.

Die Militärs der Obersten Gutierrez und Majano, die sich am 15. Oktober '79 an die Macht geseht hatte, gerät zunehmend in Bedrängnis, nachdem sie zunächst mit Reformversprechungen einen guten Teil der gemäßigten Opposition für sich gewinnen konnte. Ihre Regierung bildete sie aus Christdemokraten, Sozialdemokraten; Arbeitsminister war gar ein Mitglied der bis dahin verbotenen KP und auch die revolutionäre Linke wußte zunächst nicht recht, auf diese Entwicklung zu reagieren. Mit Bombenanschlägen, Streiks und Geiselnahmen wurde die Regierung unter Druck gesetzt, die angekündigten Reformen auch tatsächlich in die Tat umzusetzen. Schnell zeigte sich, daß die Militärs nicht bereit und gar nicht in der Lage waren, etwas Grundständliches zu verändern. (z.B. eine Landreform durchzuführen oder die rechtstotalitären Terrorgruppen auflösen). Stattdessen haben sie zunehmend brutaler gegen die Ar-

beiter und Bauern und die Linke vor. Allein in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr wurden bei der Räumung von besetzten Betrieben über 100 Genossen ermordet.

Diese Morde entlarvten die neuen Machthaber auch bei den gemäßigten Oppositionellen und lassen auf eine weitere Vereinheitlichung der Opposition hoffen.

Zwei Juntamitglieder und zehn der dreizehn Minister traten aus Protest gegen diese Morde zurück. Der Erziehungsminister Samayoa erklärte auf einer Pressekonzferenz, daß die Oligarchie die Volkswirtschaften auslöchen wolle. Er erklärte seinen Beitritt zur Guerillagruppe FPL und verschwand in den Untergrund (TAZ, 22.1.80). Inzwischen wurde eine neue Regierung gebildet, an der sich nur noch die Christdemokraten beteiligen. Allerdings gibt sich die Oligarchie, geben sich die faschistischen Terrorgruppen mit dieser Rechtswendung der Regierung keineswegs zufrieden. Der Unternehmerverband Salvadors organisierte Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Regierung, und es ist ein offenes Geheimnis, daß im Grenzgebiet nach Honduras und Guatemala Einheiten aus ehemaligen Nationalgardisten Somozas zusammengestellt werden. Während es in der Armee El Salvadors offensichtlich Widersprüche gibt, ob zumindest eine gewisse Liberalisierung zugelassen werden soll, stehen Polizeieinheiten und die rechten Terrorverbände Gewehr bei Fuß um zuzuschlagen.

Die radikale Linke hat in den letzten Wochen ihre Aktivitäten enorm verstärkt. Neben der Entführung des südafrikanischen Botschafters und eines Industriellen (siehe AK 169) wurden vor allem Fabriksbesetzungen und Landnahmeaktionen durchgeführt; die Militanz der Bevölkerung bei diesen Aktionen

hat, trotz der Repression, erheblich zugenommen. 300 Kirchen werden im ganzen Land von der radikalen Linken besetztgehalten. Weiter verstärkt wird die Schlagkraft der Linken durch den Vereinheitlichungsprozeß, der durch die Gründung der »Revolutionären Koordination in ein neues Stadium getreten ist. Anlässlich des Erfolgs der Besetzung zweier Ministerien durch Angehörige des Revolutionären Volksblocks, BPR, im November letzten Jahres, war es erstmals zu gemeinsamen Demonstrationen der radikalen Linken gekommen. In der Revolutionären Koordination haben sich die beiden Guerillaorganisationen FPL (Volksbefreiungskräfte) und FARN (Bewaffnete Kräfte des nationalen Widerstands) mit der KP zusammengeschlossen. Eine Stellungnahme des BPR legt uns hierzu bisher noch nicht vor. An der von der Revolutionären Koordination organisierten Demonstration am 22. Januar hat sich der BPR aber offensichtlich beteiligt.

Die Demo am Dienstag war die größte Demo El Salvadors der letzten Jahrzehnte. Über 100.000 Menschen strömten in mehreren Blocks friedlich und unbewaffnet in die Innenstadt, zum Kundgebungsplatz vor dem Nationalpalast. In einer Seitenstraße, kurz vor dem Kundgebungsplatz, eröffneten Scharfschützen von den umliegenden Dächern aus das Feuer auf die Demonstration, als gerade der Bauernblock der FAPU vorbeimarschierte. Mindestens 20 Genossen wurden ermordet, rund zweihundert weitere schwer verletzt. Unter den Toten war ein zwölfjähriges Mädchen, das an einem Herzschuß gestorben ist. Die Regierung will mit diesen Vorfällen angeblich nichts zu tun haben, obwohl unter den Scharfschützen auf den Dächern uniformierte Kräfte gesehen wurden.

Beratungskongress

AM 2-3. FEBRUAR
IN MÜNSTER

der BUNTEN-
ALTERNATIVEN
LISTEN

DISKUSSIONSPUNKTE:

- BERICHTE AUS DEN LISTEN
- EINSCHÄTZUNG UND BEWERTUNG
- DER PARTEIGRÜNDUNG IN KARLSRUHE
- BUNDESWEITER ALTERNATIVER DACHVERBAND
- EINGREIFEN DER ALTERNATIVEN IN DIE BUNDESTAGSWAHLEN
- GEMEINSAME ZEITUNG DER BUNTEN UND ALTERNATIVEN LISTEN
- WEITERES VERHALTEN GEGENÜBER DEN GRÜNEN

KONTAKTADRESSE: TEL.:

44 MÜNSTER HORNSTR. 30/0251/56669
GAL-BÜRO 0251/ 295588

AK - Interview mit Philip Agee

Mit zahlreichen Veröffentlichungen über die hochsensitiven Geschäfte der CIA hat der ehemalige Agent dieser Organisation, Philip Agee, in den vergangenen Jahren weltweit Aufsehen erregt. Nun macht das US-Außenministerium die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam, indem es am 23.12.79 den Fall von Philip Agee für ungültig erklärte. Im Austausch sollte er ein Dokument zur ehemaligen Elitetruppe in die USA einbringen. Die Absichten, die dahinter stehen, sind aber alles klar.

Seit einem Jahr lebt Philip Agee mit seiner Familie in Hamburg. Seine Aufenthaltserlaubnis gilt mindestens bis zum September 1980. Doch schon am 24.12.79 erklärte J.R. Osterling, Beamter beim Hamburger Innenministerium, daß das Bundesinnenministerium ihn über die Maßnahmen des US-Außenministeriums informiert und darauf hingewiesen habe, daß die Aufenthaltserlaubnis nur im Zusammenhang mit einem gültigen Paß wirksam sei. Ohne Paß dürfe er sich weder in der Bundesrepublik aufhalten, noch daraus ausreisen (»International Herald Tribune«, 27.12.79).

Philip Agee hat von 1956 bis 1969 für den CIA in Lateinamerika gearbeitet. Seit der Invasion der USA in die Dominikanische Republik 1965 stand er dem CIA-Aktivitäten zunehmend kritisch gegenüber und veröffentlichte 1974 sein erstes Buch »Inside the Company: CIA Diary«. Es erschien 1979 unter dem Titel »CIA INTERN - Tagebuch 1956 - 1974« im Hamburger Atika-Verlag. Seit 1978 gibt er gemeinsam mit Freunden in den USA das Anti-CIA-Magazin »Covert Action Information Bulletin« heraus, in dem fortlaufend Enthüllungen von CIA-Operationen und Namen erscheinen. Ende 1978 erschien sein zweites Buch »Dirty Work« (»schmutzige Geschäfte«), das sich mit den Aktivitäten der CIA in Westeuropa detailliert auseinandersetzt. In diesem Jahr soll ein drittes Buch über Aktivitäten des US-Gebelndienstes in Afrika erscheinen. Zur Zeit arbeitet Philip Agee an einem Buch über die in den letzten Jahren gegen ihn und seine Arbeit immer wieder vorgebrachten Störmaßnahmen der CIA.

Wir hatten Gelegenheit, mit Philip Agee ein Interview für den AK zu machen. Zum Zeitpunkt dieses Gesprächs in Hamburg hatte das Gericht in Washington noch nicht über Agees Einspruch gegen den Paßbesitz entschieden. Hierüber wird eine Fortsetzung des Interviews mit Philip Agee im nächsten AK berichten, zusammen mit einer eingehenden Einschätzung der neuere Entwicklung der CIA.

USA-Kommentare

Frage:
In was für einer Situation befindet Du Dich jetzt? Kannst Du etwas berichten, wie es zu der Aufenthaltserlaubnis kam?

Antwort:
Das ist eine sehr lange Geschichte. Aber ich kann es so kurz wie möglich machen. Der Grund dafür, daß ich eine Aufenthaltserlaubnis bekam, ist, daß meine Frau, die aus New York stammt, eine solche hat. Und sie hat eine, aus der Zeit bevor wir verheiratet waren.

Nach der traditionellen Interpretation von Artikel 6 der Bundesverfassung haben »Gastarbeiter« das Recht, ihre Familien hier bei sich zu haben.

Als ich hier ankam, mußte ich auf eine solche Weise kommen, daß ich nicht an der Grenze festgehalten würde. So kam ich mit einem Touristenbus. Nach zwei Wochen wurde meine Angelegenheit von Bonn und den Bundesbehörden in die Zuständigkeit der Hamburger Verwaltung übergeben. Ich beantragte im Mai 1978 eine Aufenthaltserlaubnis.

F.: Wie kam es, daß erst im November die Presse darüber berichtete?
A.: Mein Antrag wurde erst im November entchieden. Schließlich erhielt ich im vergangenen September eine Verlängerung um ein weiteres Jahr. Meine Aufenthaltserlaubnis ist gebunden an die von meiner Frau. Ihr Arbeitsvertrag läuft noch bis September 1981. Solange sie hier arbeitet und hier bleiben will, will ich natürlich bei ihr bleiben. Meine Arbeit kann ich praktisch überall machen.

Ich würde auch sehr gerne wieder zurück in die USA gehen und dort weiterarbeiten. Aber sobald ich dorthin zurückgehe, falle ich unter die Zensur und muß mich zweifelsfrei vor den Gerichten in Zivilstrafverfahren verantworten, die dort von der CIA eingebracht wurden. Das haben sie bereits in anderen Fällen getan, wie bei Victor Marchetti.

Dann wäre ich verpflichtet, alles was ich schreiben will und alles, was ich zu sagen habe, erst von der CIA absegnen lassen zu müssen.

Außerdem arbeite ich an zwei oder drei weiteren Büchern, die ich gerne schreiben und herausgeben möchte, bevor ich zurückgehe - und zwar wegen der Zensur. Falls ich dort nämlich gegen gerichtliche Beschränkungen verstoße, muß ich wegen Zuwiderhandlung ins Gefängnis. Es ist zwar nur ein Zivilstrafverfahren und kein Kriminalstrafverfahren, aber es beruht auf den Bestimmungen des »Original Employment Agreement« (Anstellungsvertrag), der sog. Geheimhaltungsverpflichtung, welche die CIA jedem Beschäftigten als eine Voraussetzung der Anstellung abverlangt.

Deshalb möchte ich erst diese verschiedenen Projekte beenden, bevor ich in die USA zurückgehe, um dort meine Arbeit fortzuführen.
F.: Du meinst, daß das jederzeit möglich ist?
A.: Es ist möglich. Ich könnte es jederzeit, wann immer ich es will. Aber da ist das Problem mit der Zensur.

F.: Meinst Du, daß es einmal möglich sein wird für Dich, dort ohne Behinderungen durch die Regierung arbeiten zu können?
A.: Nein. Ich meine, es ist schon ziemlich sicher, daß das passiert sobald ich zurückkehre. Der einzige

Grund, daß das bisher noch nicht geschehen ist, liegt einfach darin, daß ich mich nicht in der Zuständigkeit der amerikanischen Gerichte befinde.

Außerdem gibt es einige Juristen, die meinen, daß sie es trotz allem machen könnten - oder zumindest versuchen... Aber sie könnten es bislang nicht durchsetzen. Und diese jüngste Geschichte mit meinem Paß ist ein verzweifelter Versuch, irgend etwas von ihrer Seite zu unternehmen, um mir meine Arbeit zu erschweren.

F.: Welche Rolle spielt Außenminister Vance in dieser Geschichte?
A.: Vance traf die Entscheidung, den Paß aufgrund der Bundespaßbestimmungen für ungültig zu erklären. Er begründete dies in dem Schreiben, daß mir am 23.12. zugestellt wurde, damit, daß ich mit meinen »Aktivitäten im Ausland schweren Schaden für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika verursachen« würde.

Dies ist überhaupt der erste Fall, in dem diese Paßbestimmungen so angewendet wurden. Wir sind seitdem in Washington vor Gericht gezogen, um eine einstweilige Verfügung zu erreichen. Wir beantragten diese Ende Dezember gegen das US-Außenministerium, um die Paßaufhebung rückgängig zu machen. Dann reichten wir unsere schriftlichen Antragsbegründungen ein und am vergangenen Freitag, dem 18.1., war die mündliche Verhandlung. Eine Entscheidung

Freitag, dem 18.1., war die mündliche Verhandlung. Eine Entscheidung erwarten wir noch bis Ende Januar. Wir meinen, daß eine gute Chance besteht, daß die Bestimmungen vom Gericht für verfassungswidrig erklärt werden und daß das Außenministerium aufgefordert wird, den Paß wieder für gültig zu erklären.

Falls dies jedoch nicht passiert, würde ich vom Konsulat hier eine Identitätsbescheinigung bekommen. Mit diesem Papier könnte ich zur Ausländerpolizei gehen, damit sie die Aufenthaltserlaubnis darauf übertragen, und ich könnte damit einen Fremdenpaß beantragen. Aber ich würde das nicht tun, es sei denn, ich verliere den Prozeß. Schließlich geht das alles ziemlich rasch, so daß ich erstmal abwarten, was die Gerichte sagen. Falls wir jetzt vor dem Distriktsgericht unterliegen, werden wir zur nächsten Instanz gehen (dem Circuit Court) und schließlich zum Obersten Gerichtshof.

F.: In der Presse hieß es, Du hättest die erste Instanz bereits verloren...
A.: Nein, was im Dezember geschiedert ist, war der Antrag auf eine einstweilige Verfügung. Der Richter meinte, daß ich ja keine Reisen geplant habe - und in der Tat, ich hatte nicht geplant, irgendwo hinzureisen.

Die ganze Sache kam nämlich ins Rollen, weil sie dachten, daß ich nach Teheran reisen könnte!
Aber ich hatte absolut keine Reisepäne und meine Anwälte in Washington konnten dies nur bestätigen, so daß der Richter sagte, wir werden keine einstweilige Verfügung erlassen, sondern ein Beschleunigtes Verfahren durchziehen, so daß es wesentlich schneller als üblich geht. Das heißt, innerhalb dreißig Tagen kann die ganze Angelegenheit erledigt sein. Deshalb setzte er die Einreichungsfrist für die Antragsbegründung, den Termin für die mündliche Anhörung und das Datum der Entscheidung so kurzfristig fest.

Also, falls ich verliere, werde ich bis zum Obersten Gerichtshof gehen

und ich werde eine Identitätsbescheinigung bekommen und einen Fremdenpaß beantragen, so daß ich wieder reisen kann.

F.: Welcher Unterschied besteht zwischen der Identitätsbescheinigung und einem Personalausweis?

A.: In den USA gibt es keine Personalausweise. Aber das US-Außenministerium ist verpflichtet, jedem US-Bürger eine Identitätsbescheinigung auszustellen. Das ist einfach ein Regierungsdokument, welches besagt, daß ich der bin, welcher ich behaupte zu sein. Die deutschen Gesetze gestatten es Amerikanern, die keinen Paß haben, diese Bescheinigung anstelle des Passes für ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu benutzen - und auf der Grundlage dieses Papiers kann ich einen Fremdenpaß beantragen.

F.: Die Presse berichtete, daß Du die Annahme dieser Bescheinigung verweigert hättest...
A.: Nein, was ich ablehnte, war, ihnen dafür meinen Paß zu geben. Sie behaupteten, daß der Paß ihr Eigentum sei, und sie forderten ihn von mir. Aber mein Anwalt hat mir davon abgeraten, und so habe ich ihn noch.

Obwohl, wenn ich damit zu reisen versuche, nachdem er nun für ungültig erklärt worden ist, kann dies ein Verbrechen, ein Betrug sein, weil ich einen ungültigen Paß oder ein falsches Dokument benutze.

Aber das Außenministerium bot mir ein Reisedokument zum einmaligen Rückflug in die USA an. Und das ist ein anderes Problem. Denn wenn ich dorthin gehen würde, aus welchen Gründen auch immer, könnten sie mir Probleme machen, zurückzukommen.

Mein Sohn geht hier zur Schule, meine Frau arbeitet hier, sie hat eine Verpflichtung für weitere einhalb Jahre - und ich möchte nicht von meiner Familie getrennt sein. Deshalb möchte ich nicht das Risiko eingehen, jetzt in die USA zu reisen und nicht wieder hierher zurückkommen zu können. Ansonsten würde ich sofort hinfliegen, dort zum Gericht gehen, meine Aussage machen und dort tun, was immer mir möglich ist.

F.: Du hast vorher erwähnt, daß die Ursache des Ganzen eine mögliche Reise in den Iran sei.

A.: Der Ursprung der ganzen Paß-Affäre entstand, als ich Anfang Dezember eine ganze Reihe von Leuten - darunter Sean MacBride - meine Idee vorschlug, daß eine mögliche Lösung der Geiselkrisen darin liegen könne, wenn die Iraner eine ersatzweise Aushändigung aller CIA-Unterlagen über deren Operationen im Iran seit 1950 akzeptieren würden, anstelle einer Auslieferung des Schah (denn zur Zeit war der Schah noch in den USA). Ich meinte, wenn sie dann sagen, in Ordnung, gibt uns die CIA - Unterlagen, und wir geben

sie dann sagen, in Ordnung, gibt uns die CIA - Unterlagen, und wir geben auch die Leute zurück, und ihr behaltet den Schah, würden sie gleichzeitig ihre internationale Forderung nach Auslieferung des Schah untermauern und sie würden gleichzeitig auch zeigen, wie die wirklichen Beziehungen zwischen den USA und Iran während der vergangenen 30 Jahre waren. Denn alles in allem sind die Unterlagen Tatsachen und gegenwärtige amerikanische Geschichte.

Außerdem würde es natürlich Amerikanern helfen, zu verstehen, wodurch derartige Sachen entstehen können wie dieser maßlose Haß, der sich nun gegen die USA entzündet. Es wäre auch lehrreich in Bezug auf die amerikanische Unterstützung für Diktaturen in anderen Ländern wie in Chile, Argentinien, Uruguay, in dem früheren Nikaragua oder in Indonesien zum Beispiel.

Deshalb meinte ich, daß es für die Amerikaner und für die Iraner von Nutzen sei und daß es ein Weg sein könnte, die Leute rasch frei zu bekommen.

F.: Wie hast Du diese Idee vertreten und was war der Erfolg?

A.: Ich habe hier von meiner Wohnung aus mit den Militanten in der Teheraner Botschaft direkt gesprochen. Ich habe nämlich ein kleines Büchlein für amerikanische Geschäftsreisende, in dem die Adressen und Telefonnummern aller US-Botschaften und -Konsulate in der ganzen Welt stehen. So hatte ich auch die Teheraner Telefonnummer und ich sah, daß ich sie direkt von hier anrufen konnte.

So habe ich einfach an einem Samstag die Nummer der Botschaft gewählt. Es meldete sich jemand und ich fragte: »Ist dort die amerikanische Botschaft in Teheran?« Er antwortete: »Nein, hier ist das Netz der Spione.« Da sagte ich: »Nun, mein Name ist Philip Agee, und ich möchte mit jemand dort über eine Idee sprechen.« Er antwortete: »Oh, wir kennen Ihren Namen,

besser gesagt, ich habe ihr Buch gelesen.« Daraufhin sagte ich: »Nun, ich rufe von Hamburg aus an« - und dann erzählte ich ihm meinen Vorschlag. Natürlich hatte ich die CIA-Dokumente nicht. Wenn sie also anstelle des Schah die Unterlagen annehmen wollten, dann hätten sie diese nur von Präsident Carter fordern können. Aber sie sagten, daß sie sich das alles einmal überlegen wollten, und ich gab ihnen meine Telefonnummer.

Einen Tag später, am Sonntag, dem 23.12., kam dann ein Beamter des amerikanischen Konsulats herauf und stellte mir den Brief zu, in dem mir die Ungültigkeit meines Passes mitgeteilt wurde. Ganz offensichtlich hatten sie das in Windeseile fertiggestellt. Ich weiß nun nicht, ob das mit dem Telefongespräch zu tun hat, das könnte dazu beigetragen haben. Aber es war sehr schnelle Arbeit, und daß der Konsul an einem Sonntag herüberkommt, einen Sekretär mitbringt, der den Brief an einem Sonntag tippt und herbringt, bedeutet, daß sie ganz schön aus dem Häuschen waren. Denn schließlich hätten sie mir den Brief ja mit der Post schicken können, oder sie hätten am folgenden Werktag kommen können.

F.: Du erwähntest vorher Sean MacBride. Was hat er mit der ganzen Sache zu tun?

A.: Sean MacBride ist der Gründer von Amnesty International; er wurde mit dem Friedensnobelpreis und dem Leninpreis ausgezeichnet. Er war stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen und war einmal irischer Außenminister. Er ist der Mann, der im vergangenen Jahr die UNESCO-Untersuchungen über die Probleme der Medien in der Dritten Welt geleitet hat. Ich kenne ihn seit meiner Ausweisung aus Großbritannien, weil er in dem Verfahren 1977 zu meinen Gunsten aufgetreten ist. Er war einige Male in Teheran in Sachen des Botschaftspersonals, welches dort festgehalten wird, um im Auftrag der UN bei einer möglichen Lösung zu vermitteln. Als ich dies erfuhr, rief ich ihn an, um ihm meinen Vorschlag zu unterbreiten und seine Meinung dazu zu hören. Er fand die Idee gut und berichtete sie auch der iranischen Regierung. Aber bekanntlich gibt es dort eine Trennung zwischen den diversen Gruppen, der Regierung, den Leuten in der Botschaft und den Aystollahs - und keine akzeptierte diesen Vorschlag.

Am frühen Weihnachtsmorgen bekam ich einen Anruf von der Botschaft. Sie sagten mir, daß sie die Idee zwar gut finden und daß sie auch gute Möglichkeiten bieten, aber daß sie den Schah haben wollten. Und sie sagten weiter, daß sie nicht sicher seien, ob sie das Schah haben wollten. Und sie sagten weiter, daß sie wissen, was die CIA dort in den dreißig Jahren gemacht hat.

F.: Benutzen sie sich dabei auf die Dokumente, die sie in der Botschaft gefunden haben?

A.: Nein. Sie sagten vielmehr, daß die Botschaften wissen wegen ihrer Arbeit, daß die Intellektuellen es wissen wegen der Gefangnisse und was sie darin erlebt hatten, und daß die religiösen Gruppen es wissen wegen der Unterdrückung ihrer Aktivitäten und ebenso die Studenten. Daher sagten sie, daß sie die Unterlagen gar nicht brauchen, um zu wissen, was hier vor sich ging; sie wollen den Schah.

Natürlich hatte ich mir vorgestellt, daß sie - wenn sie die Unterlagen hätten - alle nötigen Beweise vorlegen könnten, um die alltägliche Unterstützung der USA für den Schah und den SAVAK belegen zu können und wie die CIA den SAVAK Anfang der fünfziger Jahre aufgebaut hat, woher all das Geld kam, wieviel Dollars, welche Ausrüstung und wieviel Training usw.

Aber sie waren an all diesen Einzelheiten nicht so interessiert; sie wollten den Schah zurück, um ihn vor Gericht zu stellen.

F.: Was ist das nun für eine Geschichte mit Deiner Reise nach Teheran und den damit verbundenen Gerüchten?

A.: Ich hatte nicht die Absicht, nach Teheran zu reisen. Aber da die CIA sicherlich wußte, daß ich schon seit Anfang Dezember meinen Vorschlag mehreren Leuten, darunter Sean MacBride und damit der iranischen Regierung, unterbreitet hatte, setzte sie Gerüchte in die Welt. So erschien am 17. Dezember in der »New York Post« eine Titelseite über eine Reise nach Teheran, die in jeder Hinsicht falsch war. Diese Geschichte war von Washington ausgestreut, um damit die Aufhebung meines Passes zu rechtfertigen.

In der ersten Anhörung vor Ge-

richt in Washington, als es um die einstweilige Verfügung ging, bezog sich das Außenministerium auf diesen Artikel, um seine Maßnahmen zu begründen. Daher ist es glasklar, daß die Regierung diese Geschichte in die Presse gesetzt hat.

Die Zeitung beruft sich auf einen »hohen iranischen Diplomaten in den USA«, der der New York Post erzählt habe, daß sie mich nach Teheran eingeladen hätten zur Teilnahme an dem Tribunal. Das ist falsch. Ich bin nie gefragt worden und mein Name wurde auch nie für das Tribunal genannt. Der Name von Sean MacBride fiel dabei und ebenso der eines führenden Pariser Juristen, aber nicht mein Name.

Aber mein Name wurde damit in Verbindung gebracht, so daß sie schließlich eine Begründung für die Aufhebung meines Passes hatten. Ich und auch meine Anwälte sind der Sache nachgegangen und haben mit Inspern in Washington, New York und hier gesprochen; aber es hat auch nicht die geringste Bestätigung dieser Geschichte gegeben.

Ich hatte tatsächlich keine Pläne, nach Teheran zu reisen. Das hatte ich auch schon Sean MacBride erzählt. Solange die Geiseln nicht frei sind, würde ich nicht an der Enttarnung irgendwelcher CIA-Leute dort teilnehmen, ebenso wenig wie an der Auswertung irgendwelcher Dokumente, die sie dort gefunden haben. Davon hatte ich bereits in der Zeitung gelesen, und in der Zwischenzeit haben diese in der Tat hochinteressanten Dokumente ihren Weg über verschiedene Leute, vorwiegend Journalisten, zu mir gemacht.

Wenn die Krise vorüber ist, wird es sehr wichtig sein, diese Dokumente bekanntzumachen und ihren Inhalt zu analysieren.

Für den gegenwärtigen Zeitpunkt hätte ich dies jedoch nicht für ratsam, es ist viel wichtiger, daß die Krise gelöst wird und daß die Leute freikommen.

Ich möchte mich nicht beteiligen an was immer dort auch vorgeht, es sei denn, ich könnte wirklich helfen. Und dies alles wäre kein erfolgversprechender Schritt. Ich meine nicht, daß ich mich zu dieser Zeit auf diese Weise engagieren sollte. Aber ich denke, daß ganz sicher insbesondere die Amerikaner zu einem Verständnis kommen müssen, wie dies geschehen konnte.

Im Mittelpunkt des Problems steht die Zusammenarbeit der CIA mit dem Schah und dem SAVAK in der jahrelangen politischen Unterdrückung. Wenn dies in den 80er Jahren fortgesetzt oder ausgebaut wird in anderen Ländern, dann soll sich kein Mensch wundern, wenn es dort bald zu der nächsten Welle von Haß kommt.

F.: Hält Du denn ein erfolgreiches Einsetzen dagegen für möglich? Diese Situation hat sich doch nicht wesentlich geändert.

A.: Ich habe keinen Zweifel, daß die CIA ihre Aktivitäten auch in den vergangenen Jahren fortgesetzt hat und daß sie die Geheimdienste in solchen Ländern wie Uruguay, Argentinien, Indonesien oder Südkorea unterstützt.

Aber es gibt eine sehr erfolgreiche Entwicklung in den letzten vier, fünf Jahren, weil es zu einer ganzen Welle von Veröffentlichungen über die CIA kam. Z.B. wurde das »Invisible Government« (Unsichtbare Regierung) veröffentlicht und trug einiges zum allgemeinen Wissen darüber bei, wie die CIA arbeitet. Schon früher war es zu Enthüllungen gekommen, wie 1967 in der »New York Times«. Doch erst 1974, als Victor Marchetti Buch erschien und mein Buch bekannt wurde, lösten wir eine regelrechte Lawine aus. Es folgte die Enthüllung über den Chile-Putsch im September 1974, 1974 war überhaupt ein Wendepunkt. Der Senat begann seine Untersuchungen und in den Protokollen, die er veröffentlichte, finden sich genaue Einzelheiten ohne Zahl über die Aktivitäten der CIA. Diese Berichte allein umfassen tausende Seiten. Dann gelangte der geheime Bericht des Repräsentantenhauses an die Öffentlichkeit und wurde von der »Village Voice« nachgedruckt, die ihn dann auch als Buch herausgab. Hierdurch wurde ebenfalls ein sehr harter Berg Informationen geliefert.

Auf diesem Wege wollen wir weitergehen. Das ist genau das, was wir mit dem »Covert Action Information Bulletin« fortsetzen: die Absicht zu enthüllen. Denn dies ist grundsätzlich eine Sache der politischen Erziehung. Damit können Menschen wesentlich wirkungsvoller gegen derartige Operationen einschreiten, sowohl in den USA als auch in den Ländern, wo sie durchgeführt werden.

Hamburg:

Bunte Liste vor der Spaltung?

Am 22.1. fand eine Mitgliederversammlung der Bunte Liste Hamburg zur Auswertung des Kongresses statt. Auf dieser von 600 Menschen besuchten Versammlung brachen die Widersprüche in der BuLi schärfer als jemals zuvor auf. Es wurde deutlich, daß Teile der BuLi, die den Grünen beitreten und, nicht mehr bereit sind, eine einheitliche Bunte Liste in Hamburg zu erhalten, sondern mehr und mehr ihre Aktivitäten in die Grünen verlagern und dabei die Zerstörung der BuLi in Kauf nehmen. Beteiligt an dieser Entwicklung ist die kürzlich aus dem KB ausgeschiedene ZL-Gruppe, die die Rolle des Kronzeugen gegen den KB übernommen hat.

Die Vorgeschichte

Im AK 169 hatten wir einen Tag nach dem Karlsruher Gründungskongress geschrieben, daß die Wortführer der linken Grünen aus den bunten und alternativen Listen heute weitgehend der Zusammenarbeit mit den Linken und der Autonomie der bunten und alternativen Listen abgeschworen haben. Zur Einschätzung hieß es, daß sie, „koste es, was es wolle – bei den Grünen bleiben werden. Sie werden nicht zugeben, daß ihr Konzept (Beeinflussung der Grünen durch massenhaften linken Eintritt) gescheitert ist. Denn sie haben ihr Konzept mittlerweile geändert. Es lautet heute in der Tat: Dabei sein ist alles! Ihre Wege werden sich nun auf längere Sicht von denen der Bunten und Alternativen trennen“.

Die ZL-Gruppe, die einen dominierenden Einfluß bei den Hamburger Grünen hat, behauptete daraufhin: Der KB wolle die Bunte Liste spalten und die grünen Bunten rausemschmeißen! So tauchte der letzte Satz („Ihre Wege werden sich trennen“) überall als Beleg für diese Behauptung auf!

Auf einer Versammlung der Grünen in Altona, wo die Grünen dazu aufgerufen wurden, zur BuLi-Versammlung zu kommen, um eine angeblich drohende Majorisierung durch den KB zu verhindern;

In einem Flugblatt der Grünen Elmsbüttel (ZL-Hochburg!), wo behauptet wurde: „Der KB scheut sich nicht einmal davor, Unvereinbarkeitsbeschlüsse anzukündigen“ und daß „die Frage der Spaltung und von Unvereinbarkeitsbeschlüssen wie selbstverständlich in der Bunte Liste auf die Tagesordnung gesetzt werden soll“.

In einer (offiziell) von der ZL-Gruppe diktierten Erklärung der Abgeordneten der Bunten Liste/Elmsbüttel, die diesen Satz so interpretierten, daß er „eindeutig auf Spaltung der BuLi (nicht nur in Hamburg)“ abziele und „lediglich Form und Zeitpunkt“ offenlasse. Damit sei (durch den KB) „die Tür zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen aufgestoßen“. Vor der BuLi-Versammlung war bekannt geworden, daß von einigen BuLi-Grünen bei den Grünen die Trommel für die Mitgliederversammlung der Bunten geführt wurde. Wohlgerichtet: bei den Grünen außerhalb der BuLi, die bis ins rechte Lager der reaktionären Hamburger GLU und GAZ hineinschleichen.

Auf einer BuLi-Vorstandssitzung fünf Tage vor der MV brachten Vorstandsmitglieder dies zur Sprache. Von der grün-bunten bzw. grünen Mehrheit im BuLi-Vorstand wurde eine Behandlung dieser Vorkommnisse abgelehnt. Vier Vorstandsmitglieder gaben daraufhin ein Flugblatt heraus, indem dieser Vorgang bekannt gemacht wurde und die Anhänger der Bunten Liste aufgefordert wurden, zahlreich zu erscheinen, „um die Bunte Liste zu erhalten und grüne Majorisierungsversuche zu verhindern“.

Ein mißglücktes Tribunal gegen den KB

Die BuLi-Mitgliederversammlung begann mit einer Serie von Angriffen gegen den angeblichen Spaltungskurs des KB.

Nacheinander wurden persönliche Erklärungen von 2 Sprechern der grünen Bunten und von den Elmsbüttler Abgeordneten verlesen, in denen dem KB vorgeworfen wurde, er wolle die grünen Bunten aus der BuLi rausemschmeißen.

Im weiteren Verlauf stellte sich heraus, daß es dieser hauptsächlich von der ZL-Gruppe repräsentierten Strömung weder um die Einheit der Bunten Liste ging, noch um die Zusammenarbeit mit anderen alternativen Listen. Auch die Diskussion um die in Karlsruhe verabschiedeten In-

halte der grünen Partei waren mit Ausnahme von ganzen vier Beiträgen der grünen Bunten ihrerseits nicht Gegenstand des Abends. Die darin angesprochenen Inhalte machten allerdings auch deren Dilemma deutlich, reduzierten sich auf:

- die Übernahme von Sahros These der „historischen Stunde“, die die Bunten nicht verpassen dürften;
- rechnerische Zahlenreihen über linke Mehrheiten und Vorwürfe an die autonomen Delegierten, daß sie nicht durch einen Eintritt bei den Grünen die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Linken verschoben hätten;
- sowie einen Bericht aus Karlsruhe von einem grün-bunten Delegierten, der am eindrucksvollsten die Entwicklung einiger grüner Bunter und der ZL-Gruppe demonstrierte (dazu später).

Ansonsten war es das Bemühen speziell der ZL-Gruppe, den vereinbarten Beratungskongress der bunten und alternativen Listen am 2./3. Februar in Münster zu verhindern bzw. zu boykottieren.

Jürgen Reents (ZL-Gruppe, BuLi-Vorstand) formuliert dies am deutlichsten, als er dazu aufruft, nicht nach Münster zu fahren, da „dieser Kongress unter dem Zeichen eines Tribunals und der Ausbürgerung derjenigen Bunten, die bei den Grünen mitarbeiten“ stehen würde.

Weder aus der Resolutionsvorlage noch aus Wortbeiträgen konnte allerdings konstruiert werden, daß Bunte, die bei den Grünen mitarbeiten, „ausgebürgert“ werden sollen oder gegen sie „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ gefaßt werden sollen. Das ist schlichtweg Demagogie. Vielmehr erklärt sich dies vor dem Hintergrund, daß viele grüne Bunte heute bereits in Theorie und Praxis die Mitarbeit bei den Grünen zur zentralen Strategie gemacht haben und sich damit in einer gefährlichen Einbahnstraße befinden, die – falls sich diese Linie durchsetzt – die autonome Existenz der bunten und alternativen Listen zerstören würde.

In der angegriffenen Resolutionsvorlage wurde nicht etwa eine Mitarbeit bei den Grünen angegriffen sondern es hieß dort:

- Karlsruhe hat einem gleichberechtigten Bündnis eine deutliche Abfuhr erteilt;

- vor diesem Hintergrund wird empfohlen, die Möglichkeit der Unterstützung der Grünen Partei durch die bunten und alternativen Listen sowie Möglichkeiten praktischer Zusammenarbeit mit den Grünen zu diskutieren; außerdem wurden eine Reihe von Schwerpunkten für die Weiterarbeit der Bunten Liste benannt:

punkten für die Weiterarbeit der Bunten Liste benannt:

- Klärung und Ausbau der BuLi;
- Entwicklung von Basisaktivitäten als eigenständiger Beitrag zu den Bundestagswahlen (Vorrang für außerparlamentarische Arbeit);
- Unterstützung des Münsteraner Kongresses mit dem Ziel, einen bunten alternativen Dachverband und eine gemeinsame Zeitung der alternativen Listen zu diskutieren. Beides wird in der Resolution als von der BuLi anzustrebendes Ziel formuliert.

Dazu Jürgen Reents auf der MV: Münsteraner Kongress, Dachverband, Zeitung seien „sehr weitreichende Schritte ... die in dem gegenwärtigen Zusammenhang der Auseinandersetzung, wenn sie so ohne Diskussion in den Listen (...) verabschiedet werden (wovon übrigens nie die Rede war!) nicht weiter sind, als fehlende organisatorische Instrumentarien sich daraus zu schaffen, um wie gesagt, weiterhin diese Ausgrenzungs- und Ausbürgerungspolitik fortzusetzen zu können“. In gleicher Weise äußerte sich La. von der ZL-Gruppe: Ich mache diesem Kongress unabhängig vom Abstimmungsverhalten auch garantiert nicht mit, weil ich nicht selbst in meiner Schlichtbank geh“.

Die ZL-Gruppe und andere grün gewordene Bunte haben damit offen zum Ausdruck gebracht, daß sie ohne Rücksicht auf eventuelle Beschlüsse der BuLi den Münsteraner Kongress boykottieren wollen. Stattdessen streben sie alternativ ein Treffen der linken Grünen an (für das sich übrigens auch in der AL Westberlin einflussreiche Kräfte stark machen).

Die ZL-Gruppe zieht wieder einmal die „Notbremse“

Die Elmsbüttler BuLi-Abgeordneten traten auf der MV mit einer

schriftlich verteilten Stellungnahme auf, die unverkennbar die Handschrift der ZL-Gruppe trug. Darin heißt es u.a.: „...daß wir uns dieser Politik des KB nicht beugen werden; - daß wir mit keinem Vorstand der BuLi zusammenarbeiten werden, der seine Existenz der Machtpolitik des KB verdankt, die Mitarbeit bei den Grünen unsolidarisch diffamiert und gegen den Pluralismus der Bunten Liste agiert sowie ihre Spaltung betreibt; - eine Reduktion der BuLi-Zeitung, die einen solchen politischen Kurs verfolgt, kann ebenfalls nicht auf die Zusammenarbeit mit uns rechnen“.

Diese Drohung ist schlichtweg so zu verstehen, daß die BuLi-Abgeordneten sich nicht mehr der BuLi verpflichtet fühlen werden, falls es nicht bei der derzeitigen Überrepräsentierung des grünen Flügels in den BuLi-Gremien bleibt, falls auf MV's nicht genehme Beschlüsse gefaßt

beschlüsse geben.“ In einem Zusatzantrag wurde für den Fall, daß kein „gemeinsames Bündnis ... zustande kommt“, eine erneute Beratung angesetzt, auf der sogar die Möglichkeit einer „alternativen Kandidatur“ erörtert werden sollte. Angenommen ohne Gegenstimme!

BuLi-VV am 19.11.79: Hier gab es die ersten schärferen Differenzen. Während auch von den heutigen grünen Bunten noch von einer autonomen Delegierung der Bunten Liste ausgegangen wurde, waren einige BuLi-Vorstandsmitglieder bereits den Grünen beigetreten und propagierten den sofortigen Beitritt. Trotzdem wurden mit großer Mehrheit verabschiedet, die Mitglieder der BuLi aufgefordert, „nicht vorzeitig massenhaft den entstehenden Kreisverbänden (der Grünen) beizutreten, sondern zunächst auf einem Delegationsrecht der BuLi zu beharren.“ Weiter heißt es: „Gegenstands-

unter ein führendes ZL-Mitglied), aber erst drei Wochen später wurde der BuLi-Basis dieser Alleingang bekanntgemacht.

BuLi-VV am 1./2.12.79: Es entspann sich eine heftige Kontroverse um die gegen die Beschlüsse der BuLi gerichtete Geheimdiplomatie der grün gewordenen Vorstandsmitglieder. Dem KB wurde vorgeworfen, „das pluralistische Konzept und Selbstverständnis der Bunten Liste“ infragezustellen (Erklärung des Vorstands). Auf dieser BuLi-VV wurde schließlich gegen heftigen Widerstand der ZL-Gruppe – der Vorstand um vier Vertreter der „Ablehnungsfront“ eines Eintritts erweitert; der Vorstand arbeitet kommunikatürlich bis zur Neuwahl im Februar 1980.

In den verabschiedeten Resolutionen der VV hieß es noch, daß der Frankfurter Beratungskongress der Bunten und Alternativen „auch ein weiterer Schritt zur längerfristigen, engeren Kooperation unter den alternativen Listen sein“ müsse. Gleichzeitig wurde noch einmal ausdrücklich festgehalten: „Die grundsätzliche neue Qualität einer grün/alternativen Partei muß in der Einbeziehung der Bunten und Alternativen und sonstiger radikal-demokratischer Kräfte bei Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen und politischen Selbstständigkeit liegen“ (ohne Gegenstimme). Und für die ZL-Gruppe formulierte La. (Mitglied der „Fraktionsleitung der ZL“) am 12.12.79 immer noch: „Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein massenhafter Eintritt bei den Grünen wegen der komplizierten nationalen Lage u.ä. kein richtiger Schritt wäre, so können gerade individuelle Beiträge ein freundschaftliches Verhältnis der Bunten und Grünen in Hamburg fördern“ (Z-Zeitung, 0-Nummer). Zu dem Zeitpunkt waren aber bereits große Teile der ZL-Mitglieder initiativ an der Gründung Hamburger Kreisverbände der Grünen beteiligt.

13./16.12.79, Frankfurter Beratungskongress der Bunten und Alternativen: Von Seiten der ZL-Gruppe ebenso wie von Kräften aus der AL Westberlin wurde versucht, eine bunt/alternative „Blockbildung“ zu verhindern, ebenso wie die Ausformulierung gemeinsamer Positionen der Bunten und Alternativen als Imperatives Mandat für die Delegierten in Karlsruhe.

BuLi-VV am 18.12.79: Die grünen Bunten propagierten offen den massenhaften Beitritt zu den Grünen. Demonstrativ treten auch die beiden Elmsbüttler BuLi-Abgeordneten zu den Grünen über. Trotzdem wurde auf dieser VV noch ein Antrag verabschiedet, der für eine gemeinsame grüne Partei „die Aufrechterhaltung der Autonomie der in ihr wirkenden Gruppierungen und Strömungen“ forderte, sowie das Imperative Mandat auf Grundlage der Frankfurter Beschlüsse für die bunten autonomen Delegierten und für die bunt-grünen Delegierten beschloß.

Von da ab war die „Schwerpunkt-Orientierung“ der grünen Bunten auf ihre Mitarbeit bei den Grünen nicht mehr aufzuhalten. Von der grünen

Fortsetzung nächste Seite

»Zeit«: »Operation« gegen den KB

Von einer „äußert komplizierten Aktion“ gegen den KB berichtet ein Horst Bieber in der „Zeit“ vom 25.1.80. Es geht dabei darum, den KB „innerhalb der Linken zu isolieren“, ohne ungeschickterweise mit dem „äußert unpopulären“ Mittel von Unvereinbarkeitsbeschlüssen die Linke „dem KB in die Arme zu treiben“.

Diese „äußert komplizierte Aktion“ habe bereits „begonnen“, behauptet Bieber geheimnisvoll. Und er empfiehlt: „Für die Grünen wird es höchste Zeit, diese Operation zu unterstützen“. Daß Grüne bereits voll in der von Bieber empfohlenen „Operation“ gegen den KB dringehen, verschweigt der Autor nicht: Man müsse „den KB empfinden“, habe ein (ungenanntes) Mitglied des Vorstands der Hamburger Bunten Liste gesagt.

Schon wäre es gewesen, wenn seine leichtfertige Geschwätzigkeit den Bieber dazu getrieben hätte, noch ein bißchen konkreter aus der Schule zu plaudern, wer hier wie gegen den KB aktioniere, operiere und amputiere will. Auch so betrachtet wir aber seine Andeutungen als wertvolle Interpretationshilfe für einige Vorgänge der letzten Wochen.

Ansonsten ist Bieber in seinem Artikel bemüht, mit allen Raffinessen aus dem Hause des Dr. Goebbels die skrupellose Abfeimtheit und Abgründlichkeit des KB und der KB-Mitglieder auszumalen. KB'ler sind clever, meint Bieber: Sie „spielen überall U-Boot“, „konspiratives Verhalten und Verschleiern ihrer Absichten“ sind ihnen „in Fleisch und Blut übergegangen“. KB'ler arbeiten, laut Bieber, mit „Manipulationen“, „systematisch ausgetretenen Gerichten und Verleumdungen“ und sogar mit „physischer Gewaltanwendung“. KB'ler tarnen sich so ungeheuer geschickt, daß sie nicht einmal „davor zurückschrecken, bei der Vertiefung der Linken mitzumachen, wenn es der Tarnung und Ausdehnung ihres Einflusses dient“. Noch teuflischer: Um ihre naiven, treudeutschen, nichtsahnenden Opfer zu umgarnen, schrecken KB'ler nicht einmal davor zurück, zum Schein die eigene Organisation zu beschimpfen! Denn, das hat Bieber herausgefunden, die ganze Abspaltung der jetzt demonstrativ gegen den KB klaffenden ZL-Gruppe war „nur Taktik“! „Angedachte Flügelkämpfe“ wurden im KB eigens inszeniert, um die ZL-Gruppe als bestes getarntes Stoßtrupp des KB bei den Grünen einschleusen zu können. Auf dem Karlsruher Kongress gab es dann selbstverständlich, so hat Bieber oder sein Informant beobachtet, „eine mündige Abstimmung des Vorgehens und ununterbrochene Absprache“ zwischen den „harten Zentralisten“ des KB und dem grün getarnten Sonderkommando mit dem Decknamen „Z“.

Wie hat der Bieber das bloß herausbekommen? Sollte es in dem mit allem Wessens der Konspiration und der Verstellung gewaschenen KB etwa doch eine undichte Stelle geben?

Man könnte sich vorstellen, daß es etwa doch eine undichte Stelle geben?

wurden, falls Kritik an der Praxis des grünen Flügels geübt wird usw.

Die ZL-Gruppe ist inzwischen nahezu komplett in die Grünen eingetreten, hat die Hamburger Kreisverbände der Grünen mitaufgebaut und besitzt dort eine Reihe von Vorstandspositionen, in Elmsbüttel sogar die Mehrheit. Die gesamte BuLi-Parlamentarisation (mit wenigen Ausnahmen) ist in die Grüne Partei eingetreten. Der gesamte alte BuLi-Vorstand ist bei den Grünen eingetreten und arbeitet zu einem Teil schon mit eindeutigen Schwerpunkten bei den Grünen. Angesichts dieser Lage heißt das Elmsbüttler Ultimatum nichts anderes, als von der Mehrheit der BuLi-Anhänger, die im Gegensatz zur Gremienmehrheit nicht bei den Grünen ist, zu erwarten, daß sie widerstandslos der Überführung der Bunten Liste in die grüne Partei zustimmt, oder sie andernfalls als „KB-Majorisierung“ etc. pp. zu denunzieren.

Schritt für Schritt von bunt nach grün?

Die grünen Bunten, unter ihnen führend die ZL-Gruppe, haben in den letzten Monaten einen beachtlichen „Lernprozeß“ (von bunt nach grün) gemacht. Zum Vergleich eine kleine Chronik:

BuLi-VV am 27./28.10.79: Unbestritten war, daß eine Kandidatur der BuLi zu den Bundestagswahlen in einem gleichberechtigten grün/bunten Bündnis erfolgen soll. Weiter hieß es in der Schlussresolution (bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen): „Im gemeinsamen Wahlbündnis darf es keine antikomunistischen Unvereinbarkeits-

der jetzigen Lage ist ein weiterer Auf- und Ausbau der BuLi erforderlich.“

Zu der Zeit hatten allerdings bereits drei der sieben Vorstandsmitglieder „i.A. der Vorstand der Bunten Liste“ einen Brief an den Bundesvorstand der Grünen geschickt, in dem erklärt wurde: „Es schwebt uns vor, der künftigen Partei als gesamte Bunte Liste beizutreten. Bis zu welchem Termin ist das möglich?“ Mindestens zwei weitere Vorstandsmitglieder hatten Kenntnis hiervon (da-

Die schlimmen »Internas« aus dem KB

Mit sensationellen „Internas“ aus dem KB vernorgen derzeit die kürzlich aus dem KB ausgeschiedene ZL-Gruppe bzw. deren im KB gebliebene paar Freunde die Szene. So verteilten die Elmsbüttler Abgeordneten der BuLi eine Erklärung, in der – gezielt bruchstückhaft und verfälschend – aus einem LG-Beschlußprotokoll zitiert wurde. Teilweise wurden diese Zitate dann auch von Klaus Wolschneer in der „TAZ“ aufgenommen. Aus diesen Zitaten wurde konstruiert, der KB wolle demnächst die BuLi „übernehmen“, die grünen Bunten „raus-schmeißen“ usw. Zur Information geben wir hier vollständig den Wortlaut der entsprechenden Passage aus dem „Beschlußprotokoll“.

„Wir wollen uns für den Erhalt der Einheit der BuLi Hamburg einsetzen. Dabei ist vorerst die Existenz einer grünen Fraktion in der BuLi als Tatsache zu respektieren, wobei diese Fraktion allerdings nach den bisherigen Diskussionen als Minderheit der BuLi anzusehen ist. Dementsprechend ist es notwendig, alle Gremien der BuLi, die Zeitungsarbeit usw. so umzugestalten, daß sie bei Wahrung eines Pluralismus den realen Strömungen in der BuLi Rechnung tragen, statt in undemokratischer Weise die Vorherrschaft der grünen Fraktion fortzuführen“.

Zur Erläuterung ist hinzuzufügen, daß die Gremien der BuLi Hamburg derzeit nach außen fast ausschließlich vom grünen Flügel repräsentiert werden, obwohl dieser in der BuLi wohl eher die Minderheit ist. Die Formulierung „vorerst die Existenz...respektieren“, meint keineswegs den „Rauswurf“ dieser Strömung „zum günstigen Zeitpunkt“ (wie die ZL-Gruppe und dann auch K. Wolschneer interpretierte), sondern einfach, daß nicht abschbar ist, wieweit diese grüne Fraktion sich wieder auflöst (durch Rückkehr zu den „bunten“ Vorstellungen bzw. teilweise auch durch endgültige Abkehr von der BuLi).

Fortsetzung von Seite 4

Vorstandsmehrheit und der ZL-Gruppe wurde es abgelehnt, eine Resolution vorlage für den Karlsruher Gründungskongress zu übernehmen, die den bisher vereinheitlichten Positionen der BuLi entsprach. Die entscheidende Passage dieses Antrags lautete: Der grüne „Gründungsparagraf“ erkennt an, daß die Mitglieder der Bunt- und Alternativen Listen eine autonome Gruppierung innerhalb der Gesamtliste bilden.“ Dies wurde von den grünen Bunt- und Alternativen Listen als „maximalistisch“ zurückgewiesen. J. Reents sprach in der kurz vor dem Karlsruher Kongress erschienenen ersten ZL-Broschüre bereits davon, daß der Antrag auf autonomes Delegationsrecht in Karlsruhe „nur die Bedeutung eines glücklosen und an dieser Stelle überflüssigen Tests“ habe. Dieser Antrag würde zu einer schädlichen Polarisierung der „Mittelkräfte“ führen. Eine „Blockbildung“ der bunt- und alternativen Listen sei nunmehr „erheblich bzw. sogar hemmend geworden“.

Einige Schlußfolgerungen

Von einigen grün gewordenen Bunt- und Alternativen Listen ist zu erwarten, daß sie „rechtzeitig“ bei den Grünen eintrifften, hätten also die 260 „autonomen“ Delegierten am Karlsruher Kongress teilnehmen können, so wäre man vielleicht in einigen Fragen sogar zu linken Mehrheiten gekommen.

Diese Argumentation ist teils unehrlich, teils kurzschichtig. Führende grüne Bunte (so explizit die ZL-Gruppe) haben bereits vor Karlsruhe offen ausgeführt, warum es überhaupt nicht in ihr Kalkül gepaßt hätte, in Karlsruhe in wesentlichen Fragen linke Mehrheiten zu bekommen. Sonst hätte nämlich ihrer Meinung nach Gefahr bestanden, daß es unter den „Mittelkräften“ zu einer Polarisierung kommt, daß schließlich Gruhl Springsmann und Co. mit Auszug drohung erpreßt hätten, daß dann aber ein Teil der „Mittelkräfte“ mit Gruhl und Co. gegangen wäre usw. Kurz und gut: Die ganze Strategie des massenhaften Eintritts bei den Grünen basiert gerade auf der Voraussetzung, daß es in wesentlichen Fragen gar nicht zu „linken“ Mehrheiten kommen darf.

Auch die Tatsache, daß führende Kräfte der grün gewordenen Bunt- und Alternativen Listen alle Hebel in Bewegung setzen, um eine enge Koordination der Bunt- und Alternativen Listen zu verhindern, zeigt deutlich, daß ihnen überhaupt nicht daran gelegen ist, das Gewicht einer sich verständigenden Linken stärker gegenüber den konservativen Grünen in die Waagschale zu werfen.

Man erinnert sich daran, daß noch vor zwei Monaten u.a. seitens der ZL-Gruppe (aber auch einiger

Reaktionen auf die grüne Parteigründung

Am 12./13. Januar wurde in Karlsruhe die Grüne Partei gegründet. Für alle direkt und indirekt Beteiligten und für die bürgerlichen Parteien und Medien waren die Frage der Beteiligung der bunt- und alternativen Listen und die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse die entscheidenden Momente zur Beurteilung dieses Kongresses. Dies spiegelt sich somit auch in der gesamten Berichterstattung wider.

Mit der Abgrenzung gegen links noch nicht ganz zufrieden

Die bürgerliche Presse hatte schon vor dem Kongress die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Kommunisten und die Abgrenzung gegenüber den Bunt- und Alternativen zur entscheidenden Frage gemacht. Durchweg spiegelte sich denn auch Zufriedenheit über den § 2 (Verbot der Doppelmithgliedschaft) in der Berichterstattung wider. Hierfür wurde in der Regel Gruhl zitiert, der den Abgrenzungsbeschuß „für ausreichend“ („Frankfurter Rundschau“, 16.1.) und den Kongress für eine „Stabilisierung der Grünen“ („Süddeutsche Zeitung“, 15.1.) hält. Dennoch dominiert in der Berichterstattung des bürgerlichen Lagers die „Sorge“, daß die Frage der Doppelmithgliedschaft weiterhin „als Sprengsatz“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 14.1.) wirken werde. Die Unzufriedenheit über die Art der Abgrenzungsbeschlüsse faßt die großbürgerliche „FAZ“ dahingehend zusammen, daß niemand, der für den § 2 redete, sagte, „mit Kommunisten wolle man nichts zu tun haben“. Vielmehr hätten sich die meisten Redner in dieser Frage auf taktische Argumente beschränkt. So wichtig für die bürgerliche Presse die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist, für die Zukunft dieser Partei halten sie sie selbst für unerheblich. Die „FR“ (14.1.) meint, der Dreh- und Angelpunkt sei die Frage, „daß eine neue Partei ... allzu schnell von den eigenen Strukturen eingeholt wird“. Diese Ansicht wird von Friedrich Karl Fromme in der „FAZ“ (14.1.) noch „vertieft“: „Die schmerzliche Suche der Grünen nach der Nichtpartei: Wie dem System entrinnen?“ Für ihn macht die Attraktivität der Grünen aus, daß sie „anders sind, als die etablierten Parteien“. Seine Beobachtungen in Karlsruhe gehen nun allerdings dahin, daß es sich um eine richtige Partei in den Geburtswehen handele. Da sei zum einen das taktische Verhalten „Fast niemand sagte offen, daß es darum gehe, die Grenze zu ziehen gegenüber den Extremisten“. Aufpassen sei ihm, daß auch bei den Grünen inhaltliche Entscheidungen mit Hinweis auf die nächsten Wahlen getroffen werden. Da seien schon die „Karrieristen“ und „Konjunkturritter“ zu erkennen gewesen, die nach jedem Beitrag einen „schönwüchtigen Blick zurück zum Rednerpult“ warfen. Und da sei der Versuch, „in der Öffentlichkeit in gutem Licht“ zu erscheinen. Er prophezeit den Grünen, daß sie sehr bald eine „richtige Partei“ sein werden: „Und oben davor haben viele Grüne eine Angst, die nicht ganz unangebracht ist“.

Die SPD führt auf unterschiedlichen Ebenen. Vom Bundesvorstand wird weiterhin mit der Behauptung gearbeitet, die Grünen besorgten das Geschäft von F.J. Strauß. Bahr „wies den Grünen die Rolle der einstmaligen von Strauß angestrebten vierten Partei zu“ („FR“, 16.1.). Er drohte gleichzeitig (vor allem in Richtung der Jusos): „Wer in einer anderen Partei mitarbeiten, könne nicht Mitglied der SPD sein“. Der „linke“ Flügel um Eppler hat den Grünen rundheraus „die Fähigkeit abgesprochen, eine neue politische Kraft zu werden“ („FR“, 16.1.). Im „Vorwärts“ (10.1.) werden den Grünen die Fähigkeit und das Recht abgesprochen, der parlamentarische Arm der ökologischen Bewegung zu sein. Ein Hermann Scheer warnt die SPD davor, „ökologische Bürgerinitiativen und grüne Partei zu verneinen“. Damit würde man „auf einen Wahltritt der grünen Partei hereinfallen“. Er empfiehlt, die grüne Partei zum „Gegner“ zu erklären, nicht aber die Bürgerinitiativen. Nur dann werde es der Grünen Partei auch nicht gelingen, einen „einander ausschließenden

Widerspruch zwischen SPD und Bürgerinitiativen zu konstruieren“.

Der gleiche Hermann Scheer weist im „Vorwärts“ vom 17.1. nach der Parteigründung auf einen wesentlichen Widerspruch bei den Grünen hin. Wenn sie eine „Sammlungsbewegung“ der ökologischen Bewegung und der Bürgerinitiativen sein wollen, dann können sie keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse praktizieren. Wollen sie aber eine Partei mit politischer Abgrenzung sein, können sie nicht den Anspruch erheben, „Sammlungsbewegung zum Beispiel aller Bürgerinitiativen zu sein“. Der letztere Anspruch ist aber für einen Wahlerfolg der Grünen von ziemlicher Bedeutung. Über die Bunt- und Alternativen schreibt er: „Sie legen insofern richtig, den Preis der organisatorischen Selbstauflösung ... nicht zahlen zu wollen ... Ihr Widerspruch liegt jedoch darin, überhaupt den Versuch einer Parteigründung mitgemacht zu haben, wenn die doch eigentlich Basis- und Bürgerinitiativen bleiben wollen“. Aus dem Munde eines Sozialdemokraten hört sich eine solche Belehrung schon etwas merkwürdig an.

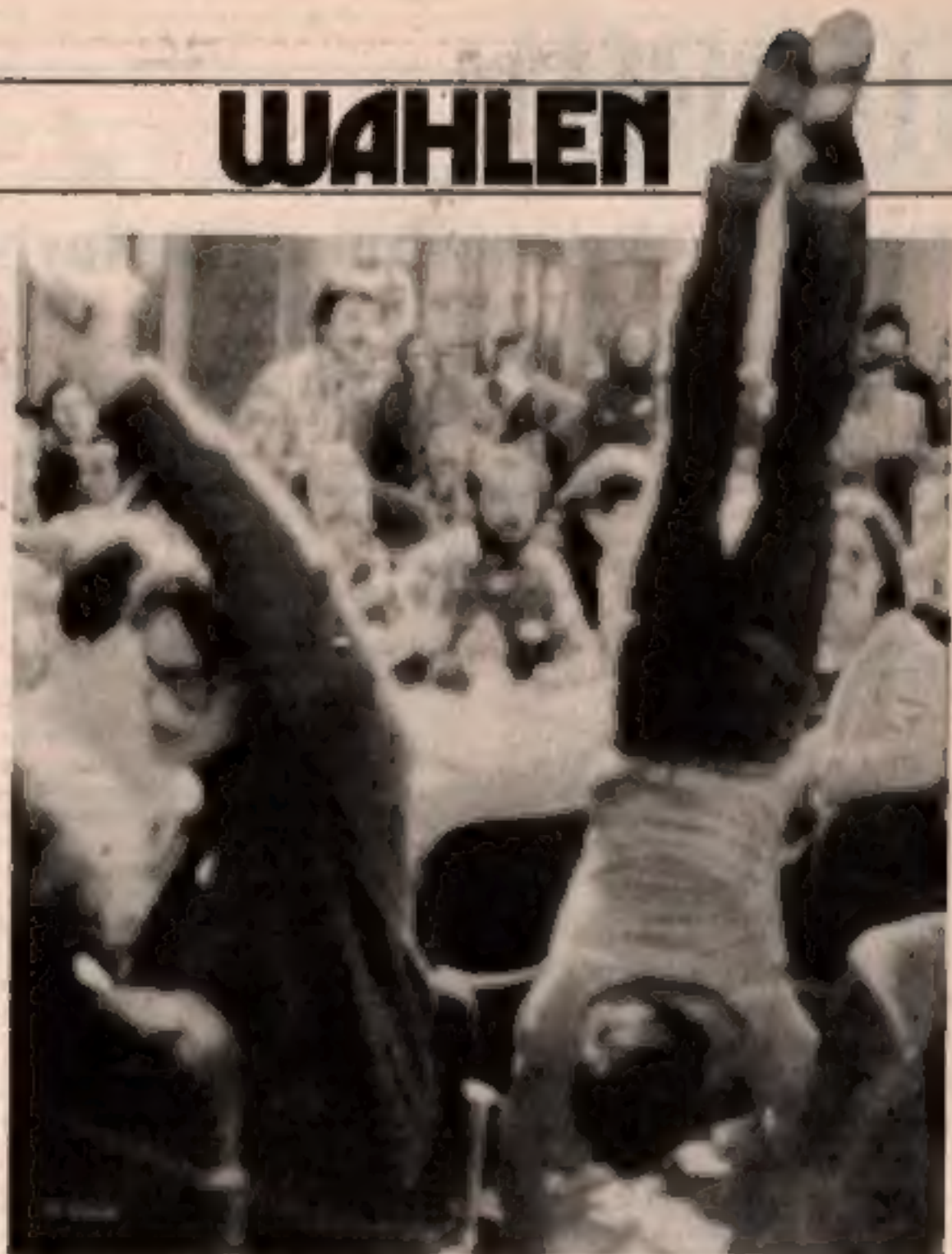
Wozu die Aufregung?

Bei den linken Unterstützern der Grünen hat es anfangs einige Magenschmerzen gegeben, die sich jedoch schnell legten. Noch am Montag, dem 14.1., berichtete die „TAZ“ unter der Überschrift: „Gründungsfeier - Bahr eingetreten - Bunte abgeschmettert“. Der Bericht selbst enthält sich weitgehend einer Wertung, überließ es vielmehr den Lesern, aus den Tatsachen ihre eigenen Schlüsse zu ziehen. Positiv zu vermerken ist, daß sogar die (autonomen) Bunt- und Alternativen Listen am Dienstag (15.1.) wurde diese Sicht wieder umgedreht. Jetzt hieß es: „Kompromiß in letzter Minute“ und der berühmt-berüchtigte Klaus Wolschner überschrieb seinen Kommentar: „Tragfähiger Kompromiß erzielt“. Für ihn ist die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse „keine wichtige Frage mehr: „Da die Selbstauflösung der (einstig betroffenen) KPD abzuhängen ist, wurde die Ablehnung von Doppelmithgliedschaften als symbolische Demonstration der Offenheit oder Abgrenzung gegenüber „Kommunisten“, gegenüber linken Kräften verstanden“.

Gruhl setzt Grenzen

Die Interpretation der in Karlsruhe beschlossenen Ausgrenzungsbeschlüsse (§§ 2 und 18) durch Dr. Herbert Gruhl sind schon bemerkenswert:

„Alle großen Bundesländer, die hatten bereits in ihren Landesverfassungen eine Satzung, wo die Doppelmithgliedschaft ausgeschlossen war. Darum betrifft diese Beschuß- und Überführungsentscheidung nur Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen“. Soweit die bisherige Deutung des § 18, wonach den Landesverbänden der Grünen eine Übergangsregelung hinsichtlich der UVBs zugestanden wurde. Gruhl schränkt sogleich aber



Verlauf und Ergebnisse des Karlsruher GRÜNEN-Gründungskongresses wurden und werden sehr unterschiedlich gesehen - je nach Standpunkt.

Differenzen bei der Parteigründung berichtet und dabei vor allem auf die Haltung der Grünen zum Klassenkampf und zur Arbeiterbewegung hingewiesen. In einem Kommentar nach der Gründung (15.1.) bezeichnet Peter Steiner die Auseinandersetzungen in Karlsruhe als „falsch“ und „von Toleranz bestimmt“. Auch für ihn endete die Gründung mit einem „Kompromiß“. Er steigt dann in bahro's Fußstapfen: die unterschiedlichen Standpunkte ließen sich nicht „einfach in rechts oder links einteilen“. Das gilt für ihn auch beim Streit um die Präambel der Satzung, also dem Teil, wo die Unterschiede zwischen links und rechts deutlich ins Auge sprangen. Auch er will keinen Vergleich zwischen dem Unvereinbarkeitsbeschuß in den Gewerkschaften und der Grünen Partei zulassen. Die Gleichsetzung sei zwar „psychologisch“ verständlich, „politisch ist das Argument nicht“.

Den autonomen Delegierten wirft er vor, „nichts verstanden zu haben“. Eine Partei müsse nach bestimmten Prinzipien gegründet werden: „Dazu gehört das Verbot der Doppelmithgliedschaft“. Er schließt sich Olaf Dinné an, daß es nicht möglich sei, „auf zwei Hochzeiten zu tanzen“. Wenn die Grünen die jetzigen Aus-

schränkung wird hinzugefügt: „Auf die Dauer wird dieser Kompromiß nicht tragfähig sein“. Sie kritisiert, daß die linken Delegierten sich in der Frage der Doppelmithgliedschaft sofort auf eine „Kompromißformal“ einließen und sie kritisiert auch das Verhalten ihres oben genannten Genossen. Was von dieser Selbstkritik zu halten ist, bleibt fraglich, da die „KPD“ auch nach dem Beratungskongress in Offenbach in der „Roten Fahne“ gegenüber ihrem dortigen Verhalten eine „Linkswende“ vornahm, in der Praxis der opportunistischen Kurs jedoch beibehalten wurde.

Die „Rote Fahne“ bezeichnet den Karlsruher Gründungskongress als „nicht positiv“. Zwar wäre der linke Flügel nicht ausgeschlossen worden, aber „akzeptiert ist er noch nicht“. Die „KPD“ wird an dem Münsteraner Beratungskongress teilnehmen, verwahrt sich aber strikt dagegen, „daß sich die Wege der Grünen Partei und der alternativen Wahlbündnisse bereits weitgehend oder vollständig getrennt hätten“ (wobei sie letztere Meinung unberechtigtweise dem KB unterstellt).

Die Außenseiter

Auch von zwei Organisationen, die weder mit der grünen Partei noch der buntalternativen Wahlbewegung zu tun haben und auch nichts zu tun haben wollen, liegen Stellungnahmen vor. Für die DKP war der Gründungskongress der Grünen ein Machtkampf

vor. Für die DKP war der Gründungskongress der Grünen ein Machtkampf „von ultrarechten und ultralinken Drahtziehern“. Bestimmend für die Grünen seien „ultrakonservative wie Hausleiter und Gruhl oder Pseudolinks und Ultralinks wie Bahr und MacLennan oder Couleau, die sich lediglich in ihrem bekannten Antikommunismus und in der Technikfeindlichkeit einig“ seien. Die DKP wirft den Grünen skurrilerweise vor, „auf der Welle der Unzufriedenheit vieler Bürger in ganz gewöhnliche Parlamentarismus zu rutschen“ zu wollen, bei dem bekannten „Anti-Parlamentarismus“ der DKP schon ein „harter“ Vorwurf.

Schließlich enden alle Kommentare zu diesem Thema mit einem Anspruch vom Vorsitzenden Mie: „Begebt euch nicht in die politische Sackgasse“, sondern rein in die DKP (nach „UZ“, 15. u. 16.1.)

In der „TAZ“ am 17.1. wurde dann ein Beitrag von Walter Moermann abgedruckt. Er meinte, die Linke habe sich in Karlsruhe „blamiert“, weil sie die Frage der Doppelmithgliedschaft zum Thema gemacht habe. Für ihn ist es das Selbstverständliche von der Welt, daß eine Partei einen Unvereinbarkeitsbeschuß hat. Die Kommunisten sollten sich nicht über das Mißtrauen gegen sie wundern: „Daß in diesem Zusammenhang ständig das Wort Unvereinbarkeitsbeschuß verwendet wird, finde ich schäbig, ein Taschenspielertrick, denn jeder denkt dabei an die blöden Gewerkschaftsauschlüsse“ - sicherlich!

Eine etwas überraschende Stellungnahme bezieht „Die Neue“. In der Berichterstattung vor dem Gründungskongress hatte sie ausführlich über die

einandersetzungen überstehen, haben nach Ansicht von Peter Steiner „die drei großen Parteien zu den Bundestagswahlen einen Gegner, einen ernsthaften Gegner“.

„KPD“ am Schlingern

Die „KPD“ hat in der AL Westberlin vor dem Gründungskongress zu den Kräften gehört, die voll auf die Grünen selbst haben die Delegierten, die Mitglieder in der „KPD“ sind, immer gegen einen konsequenten Kurs gestimmt. Ein führendes Mitglied hat sogar im Namen der „KPD“ die Unvereinbarkeitsbeschlüsse als „verständlich“ bezeichnet, weil die Kommunisten in der Vergangenheit sektiererische Fehler gemacht hätten. Das bezog er nicht einmal auf die „KPD“ allein.

In der Nachbetrachtung jedoch verhält sich die „KPD“ wiederum am „kritischsten“. Zwar spricht auch sie in der „Roten Fahne“ (24.1.) von einem „Kompromiß“. Aber ein-

Die KPD/ML schreibt im „Roter Morgen“ (18.1.) vom „Chaos auf dem Gründungskongress“. Festgestellt wird, daß sich „Gruhl durchgesetzt hat“. Zum Gründungskongress selbst hatte der „Roter Morgen“ (11.1.) einen Artikel „Grün und braun gehen gut zusammen“ veröffentlicht. Nach der Gründung stellt die KPD/ML nochmals fest, daß die Grünen „nicht im entferntesten Anspruch darauf erheben können, fortschrittlich zu sein“. In einer für diese Partei bemerkenswerten Ausführlichkeit wird sich mit dem gesamten Programm der Grünen auseinandergesetzt, wobei jedoch nur das Reaktionsäre herausgestellt wird. Dem KB und der „KPD“ wird vorgeworfen, überhaupt mit den Grünen zusammenzuarbeiten, obwohl uns die reaktionären Ansichten von Gruhl bekannt seien. Ebenso wie die DKP warnt die KPD/ML vor der politischen Sackgasse und orientiert auf eine VOLKSFRONT gegen Strauß - unter diesem Namen wird die KPD/ML selbst bei den Wahlen antreten.

Die AL/Westberlin nach Karlsruhe

Ein Großteil der 97 autonomen und 44 SPV-Delegierten der Westberliner Alternativen Liste (AL) zogen nach dem Karlsruher Gründungskongreß der Partei „Die Grünen“ eine erste Bilanz. Sie fielen erwartungsgemäß nicht einheitlich aus und nach Ansicht mancher AL-Mitglieder steht die AL vor ihrer schwersten Zerreißprobe seit ihrer Gründung.

Die von den bunten/alternativen Delegierten verabschiedete Resolution (siehe AK 169), die den Protest gegenüber dem gefälschten Unvereinbarkeitsbeschuß - zum Ausdruck brachte, stieß nicht bei allen AL'ern auf Zustimmung. Vordringend wird diese politische Abstimmung von einigen mit einer angeblichen „KB-Majorisierung“ begründet, in Wirklichkeit wollten sich diese AL'ler in keiner Weise an Beratungen der radikal-demokratischen Teile der Wahlbewegung beteiligen, um sich nicht an sie binden zu müssen. Damit soll schlechtes Image gegenüber den Grünen verhindert werden. Auf einem Treffen sämtlicher AL-Delegierter vom 15.1.80 wurde zusätzliche Kritik am Abstimmungsverhalten einiger SPV-Delegierter laut, so u.a. daran, daß die SPV'ler dem Karlsruher Gründungsakt zustimmten. Kritisiert wurde auch, daß ein AL-Mitglied bei der Diskussion um den § 18 (Übergangsregelung des UVB in den Landesverbänden möglich) sehr locker auf den dann erzielten „Kompromiß“ einschwenkte, ohne nochmals die Ablehnung jeglicher Form von UVB's herauszustellen.

Bei der Gesamtbeurteilung sprechen sich die anwesenden Delegierten mehrheitlich für einen „sauren Apfel“ aus. So benotete Johanna Mayr („KPD“) die Karlsruher Resultate insgesamt mit „vier minus“, wobei sie sich in gleichem Atemzug von dem separaten Treffen der Bunten/Alternativen abgrenzte; dieser „Gegenkongreß“ sei „nicht Konsens“ der AL gewesen. Helmut Horst (SB) bezeichnete der AL „politische Clever-

ness“ und gewann einen eher „positiven“ Gesamteindruck. Während einige AL'ler immerhin zugaben, daß hinter die „Verteidigungslinie“ zurückgegangen wurde (J. Mayr) oder „Maximalpositionen“ aufgegeben werden mußten (Peter Sellin, Mitglied der Satzungskommission der Grünen), gab es auch vereinzelte Stimmen, die am liebsten schon die Sektorken herbeiziehen würden.

Von anderen AL'ern jedoch wurde massive Kritik an den Karlsruher Beschlüssen geübt. Diese sind nicht bereit, den „Kompromiß“ noch zu akzeptieren. Sie haben erklärt, aus den Grünen konsequenterweise wieder auszutreten. Vor dem Hintergrund der beschlossenen UVB's sowie der Satzungsprämisse, versuchten einige AL'ler genau das Gegenteil schmackhaft zu machen, nämlich nun gerade in die grüne Partei z.T. massenhaft einzutreten. Das wurde u.a. damit begründet, daß sich bei den rechten Grünen „Abbröckelungstendenzen“ zeigen würden - eine blanke Illusion angesichts der Tatsache, daß sich gerade diese Kräfte im wesentlichen haben durchsetzen können!

Offensichtlich wurde auch, daß einige AL-Mitglieder nachträglich versuchen, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in ein neues Licht zu rücken; so äußerte K.W. in der „TAZ“ (15.1.) kachofisch: „Da aber die Selbstauflösung der ... KPD absehbar ist, wurde die Ablehnung von Doppelmithgliedschaften als symbolische Demonstration ... gegenüber Kommunisten“ gegenüber linken Kräften „verstanden“. K.W. selbst weiß zu genau, daß der UVB nicht allein die „KPD“, sondern bunt/alternative Listen betrifft; er betreibt also eine reine Verharmlosung.

Den Gipfel setzte jedoch ein anderes AL-Mitglied auf. In einem Vorschlag eines Briefes an „alle Landesverbände der Grünen“ wird geschlußfolgert, daß auf den „nächsten Bundesdelegiertenkonferenzen ... un-

ter gründlicher Abwägung aller Tatsachen ... allen Kräften in der GRÜNEN Partei“ empfohlen wird, die „Frage der UVB's als geklärt anzusehen und sie nicht wieder zum Knackpunkt hochzuspielen“. Weder Kräfte „von dem mehr konservativen Lager“ bzw. „auch von dem bunten Lager“ sollten an dem „Karlsruher Kompromiß ... rütteln“. Folglich sollen alle Anträge zu dieser Frage mit „Nichtbefassung“ abgestimmt werden. Begründet wird das ganz offen mit dem „langen Marsch“ durch die Grünen und einem damit einhergehenden fortschreitenden Zersetzungs- bzw. Auflösungsprozeß zumindest eines Teils der Linken: „Lassen wir uns ein bis zwei Jahre Zeit, dann liegen entweder positive oder negative Ergebnisse vor und dann kann die Frage der UVB's nochmal endgültig entschieden werden. Vielleicht ist die Frage dann schon gegenstandslos geworden“. Ein markantes Beispiel von einem noch-Bunten und schon-Grünen!

Im Grunde genommen gehen aber alle Beiträge, die den Karlsruher Kompromiß mehr oder weniger kritisch zu würdigen wissen, in die o.g. Richtung; die Karlsruher Beschlüsse können nur mit dem „langen Marsch“ begründet werden, also bei bewußtem Verzicht einer Trennung der Bewertung der Karlsruher Ergebnisse vom dem weiteren Vorgehen gegenüber den grünen Kräften.

Mit dem „langen Marsch“ ließe sich in der Konsequenz jeder noch so beschlossene „Kompromiß“ rechtfertigen. Damit ist die alte Position, die Teilnahme an dem Parteigründungsprozeß anhand radikal-demokratischer Inhalte („Essentials“) zu messen, vom Tisch.

Dieser „lange Marsch“ durch die Grünen bedeutet für manchen AL'ler gleichsam eine Art von doppeltem „Marsch“ - nämlich der Hoffnung eines weiteren Zerfalls bunter und alternativer Kräfte und der Linken insgesamt. Zu dieser Seite meinte z.B. Ernst Hopfischek (AL-Mitglied in der Programmkommission der Grü-

nen): „Die Grünen lösen meiner Ansicht nach gut daran, wenn sie sich auch auf die Umschichtungs- und Umbruchprozesse innerhalb der kommunistischen Bewegung einzulassen würden“. Zurecht bescheinigt Ernst H. der „KPD“ diese Art von Prozeß („Zitty“, 3/1980). Nicht von ungefähr ist es für einige in der AL nunmehr Mode geworden, sich gleichermaßen gegen „rechts“ und „links“ abzugrenzen! Ein „KPD“ler meinte beispielsweise auf der erwähnten AL-Versammlung, er sehe „trennende Elemente“ gegenüber den „rechten Grünen“ und „linken Sektierergruppen“ (!). Wohlgerichtet: das kommt von einem „KPD“-Mitglied!

Nur leider allzu folgerichtig wird sich inzwischen von dem geplanten Treffen bunter und alternativer Listen sowie fortschrittlicher Grüner Verbände am 2.2.80 in Münster abgegrenzt; auf keinen Fall wolle man/frau sich dort von den Grünen abspalten lassen, vornehmlich wurde diese Argumentation mit Diffamierungen gegen den KB verbunden. Auch ein ZL'ler erwieh sich als antikomunistischer Dissident und erklärte auf einer weiteren AL-Sitzung (22.1.), der KB sei zu keiner gemeinsamen Zusammenarbeit mit den Grünen bereit und solange diese „Spaltungslinie“ nicht „vom Tisch“ sei, solle die AL nicht nach Münster fahren.

Ernst H. haute in die gleiche Kerbe und warf die provokatorische Frage auf, „inwieweit ... es eigentlich noch eine echte Verankerung vom Rest der Bunten und Alternativen in anderen Regionen“ gibt. Wenn „Großteile anderer Bunter/Alternativer Listen auf einem sogenannten Gegenkongreß nicht anders vorhaben, als die Linke aus diesem Grünen Bündnis auszubrechen, dann wird sich die Sache zuspitzen“. Hier gebe es eine klare „Trennungslinie“ („Zitty“, 3/1980). Die Politik dieser „grünen“ AL'ler ist geradezu verhängnisvoll. Einige Kräfte innerhalb der AL wollen einfach nicht wahrhaben, daß das Konzept einer eigenen „Blockbildung“ aus AL und „grünen Mittelkräften“ in Karlsruhe

nicht zum Zuge kam. Anstatt nun zu versuchen, in einer Zusammenarbeit mit anderen bunt/alternativen Listen die allen gemeinsam verankerten radikal-demokratischen Positionen in den Diskussionen mit den Grünen einzubringen und mehr Gewicht zu verschaffen, wird versucht, die AL auf einen Drahtseilakt festzulegen, der in einer Abwendung vom übrigen radikal-demokratischen Potential besteht.

W o m ist eigentlich damit gedient, die „Trennungslinie“ so zu ziehen? ...

Die AL vor einer „Zerreißprobe“?

Die o.g. Positionen sind nicht die Positionen der AL. Diese wird erst auf einer Mitgliederversammlung Anfang Februar über den weiteren Kurs zu befinden haben. Tatsächlich steht schon jetzt fest, daß die AL zu keinem gemeinsamen Vorgehen gegenüber den Grünen kommen wird. Viele AL-Mitglieder lehnen die grüne Partei rundweg ab (v.a. eher spontaneistisches und prinzipiell antiparlamentarische Kräfte und AL'er/innen, die bereits die Karlsruher Ergebnisse nicht mehr mittragen können). Vor allem diese Strömungen sind es, die lieber auf dem radikal-demokratischen Fundament die insgesamt erfolgreiche Arbeit und Politik der AL fortsetzen möchten. Ohnehin sind ca. 70% aller AL-Mitglieder nicht bei den Grünen! Insofern ist eine Überführung der gesamten AL etwa in einen grünen Landesverband nicht möglich, es sei denn, eine Spaltung würde in Kauf genommen. So weit zu gehen, dazu ist aber keine der zahlreichen Strömungen in der AL bereit.

Erfreulicherweise machten alle in Karlsruhe anwesenden Delegierten, vor allem die „Grünplastigen“ unter ihnen, deutlich, daß sie weiterhin auf der Basis der AL mit den Grünen agieren wollen. Nur was die AL in Zukunft sein soll, eine alternative Liste oder Operationsfeld linker Grüner, das steht noch nicht fest.

Ein Genosse aus Westberlin

Michael Wendt (AL): »Hat die ökologische Bewegung eine historische Dimension?«

AK: Michael, Du bist nicht in die „Grünen“ eingetreten. Warum?

M.W.: Grundsätzlich will ich vorausschicken, daß auch ich natürlich für ein Bündnis eintrete zwischen Leuten, die aus der demokratischen Bewegung, also z.B. Berufsverbote-Komitees, Leuten, die aus der Gewerkschaftsbewegung kommen und Leuten, die aus der ökologischen Bewegung kommen, um mal dieses Spektrum aufzuzählen. Daß diese Leute zusammenfinden, ist durchaus wichtig, so wie das - zum Teil - der Bahro geschrieben hat. Auf der anderen Seite bin ich persönlich nicht eingetreten, weil ich es als undemokratisch empfunden habe, daß man in die SPV „Die Grünen“ gerzwungen wird, um überhaupt an dem Parteibildungsprozeß teilnehmen zu können. Die Begründung, die Gruhl und andere in Karlsruhe gebracht haben, daß es sonst Schwierigkeiten mit dem Bundeswahlleiter geben würde, ist natürlich aus der Luft gegriffen, weil bereits drei Leute sich jederzeit als Urversammlung einer Partei definieren und dann eine Partei gründen können. Man hätte die Versammlung in Karlsruhe durchaus vom Plenum als Urversammlung definieren lassen können und dann hätte es keine Probleme mit der Zulassung der autonomen Delegierten gegeben. Der Hauptgrund, warum ich nicht eingetreten bin, war also, daß ich mich dem Diktat, einzutreten zu müssen, nicht beugen wollte. Damit will ich allerdings nicht sagen, daß diejenigen aus der AL, die eingetreten sind, kein Rückgrat bewiesen hätten. Ich denke, Karlsruhe hat gezeigt, daß ihr Wirken auf dem Kongreß durchaus wichtig war.

AK: Du hast Dich als Sprecher der autonomen Delegierten der AL in Karlsruhe dafür eingesetzt, daß alle autonomen Delegierten der bunten und alternativen Listen zum Kongreß zugelassen werden. Wie bewertet Du die Abgabe des grünen Kongresses?

M.W.: Ich war überrascht über die doch relativ große Minderheit, die der Zulassung der autonomen Delegierten zugestimmt hat. Ich hatte mit einem schlechteren Ergebnis in unserem Sinne gerechnet. Ich glaube, man hätte diese Minderheit noch vergrößern können, wenn - und da muß ich die drei Sprecher der autonomen De-

legierten kritisieren, also den Hennig, Aschu und mich - wenn wir beispielsweise in unseren Beiträgen darauf eingegangen wären, daß die formalen Argumente gegen unsere Zulassung unzutreffend sind. Ich meine aber, daß es auch dann keine Mehrheit gegeben hätte.

Die Nichtzulassung der autonomen Delegierten bedeutet natürlich, daß bereits am Anfang des Parteibildungs eine Einengung des Bündnisses passiert ist, das so eine Partei tragen muß, damit sie - in dem Sinne, wie ich das verstehen würde - eine relevante Bedeutung in der Bundesrepublik bekommt. So eine Einengung ist erstmal eine Niederlage für die ganze Bewegung, denke ich. Auf der anderen Seite meine ich, daß die Nichtzulassung allein für die Linke kein Grund sein kann, jetzt jeden Bezug auf die Grüne Partei aufzugeben und sich da auszuklinken, weil das bis mindestens zu den Bundestagswahlen 1980 in irgendeiner Form notwendig sein muß. Wir können vor der sich direkt vor uns ablaufenden Geschichte nicht einfach die Augen zumachen, sonst werden wir selbst fürchterlich badly gehen. Wir werden uns also auf die Grüne Partei beziehen müssen, entweder als linke Fraktion innerhalb der Grünen Partei oder von links außerhalb dieser Grünen Partei. Ich denke aber, daß man das nach Karlsruhe noch nicht endgültig entscheiden kann.

AK: Der Gründungskongreß der Grünen hat das Verbot der Doppelmithgliedschaft - mit Ausnahme einer kleinen Übergangsregelung für die Landesverbände - und in der Satzungsprämisse die Festlegung auf das Grundgesetz und die ausschließliche Gewaltlosigkeit beschlossen. Welche Möglichkeiten siehst Du angesichts dieser Beschlüsse für die bunten und alternativen Listen, sich in ihrer künftigen politischen Praxis auf die Grüne Partei zu beziehen?

M.W.: Also vornehmlich muß man natürlich sagen, daß der in § 2 der Satzung der Grünen Partei formulierte Unvereinbarkeitsbeschuß für die Linke, die sich gerade über den Unvereinbarkeitsbeschuß hinweg in den bunten und alternativen Listen formieren konnte, ein schwerer Schlag ist und daß die Übergangsregelung kein befriedigender Kompromiß sein kann. Auch für die anderen Punkte, die Du

aufgezählt hast, gilt im Prinzip Ähnliches.

Der entscheidende Punkt für das Verhältnis der Linken zur Grünen Partei ist aber meiner Ansicht nach nicht diese oder jene Formulierung in der Satzung und wird auch nicht diese oder jene Formulierung im Programm sein, sondern - und das ist mir eigentlich auch erst in und nach Karlsruhe klargeworden - eine grundsätzliche Einschätzung der Ökologie-Bewegung, welche historische Rolle sie spielen kann. Also z.B. darüber, ob die Einschätzung Bahros richtig ist, daß die Ökologie-Bewegung und alles, was da noch dranhängt, geradezu historische Dimensionen haben wird - um das mal übertrieben darzustellen. Wenn diese Einschätzung richtig ist, dann darf die Linke sich meiner Ansicht nach nicht diesem oder jenen Satz aus der Satzung oder dem Programm herausuchen, um sich auszuklinken. Denn dann würde sie eine historische Chance verpassen. Wie gesagt, das stimmt alles nur unter der Voraussetzung, daß die Einschätzung von Bahro richtig ist, was ich selbst heute noch nicht beurteilen kann. Wenn aber die andere Einschätzung, die ja durchaus auch existiert, richtig ist, nämlich daß es sich bei dieser Grünen Partei um einen kleinbürgerlichen und konservativen Haufen handelt, dann wären selbst Formulierungen wie: „Es gibt keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ oder diese oder jene linke Formulierung im Programm kein Grund, in so einer Partei mitzuwirken.

Ich meine, daß die Frage der Mitarbeit sich aus solchen konkreten strategischen Einschätzungen ableitet. Ich denke, daß für die Linke in der jetzigen Situation, wo man die historische Bedeutung der ökologischen Bewegung noch nicht abschätzen kann, gilt: Dabeibleiben. In welcher Form das möglich ist, ob innerhalb oder außerhalb mit kritischer Unterstützung oder außerhalb mit offensivem Widerstand - diese drei Formen sind ja denkbar - das wird sich nach dem Programmparteitag der „Grünen“ entscheiden. Bis dahin, möglicherweise auch darüberhinaus, muß für die Linke gelten: Mitmachen, aber dabei aufrechten Gang bewahren, d.h. sich nicht demütigen lassen. Dabei werden allerdings wieder einzelne Formulierun-



gen von Satzung und Programm wichtig. Denn die Linke wird in dieser grünen Bewegung keine Bedeutung gewinnen, auch langfristig nicht, wenn sie sich regelmäßig in den Staub treten läßt. In Karlsruhe ist dies meiner Ansicht nach nicht passiert, obwohl dort sehr faule Kompromisse durchgesetzt worden sind. Die Linke ist durchaus mit aufrechten Gang aus Karlsruhe herausgekommen, weil sie praktisch bis zur letzten Minute den Kampf um diese Kompromißregelung für die Landesverbände geführt hat. Daß dieser Kompromiß nun wiederum nicht befriedigend ist, ist in diesem Zusammenhang eine zweite Frage. Aber daß man es gewagt hat, mit der Verhinderung der Parteigründung zu drohen, zeigt durchaus, daß die Linke nicht bereit ist, sich dieser Partei um jeden Preis unterzuordnen. Dieses Mittel wird man allerdings in Zukunft nicht mehr haben.

AK: Welche Konsequenzen ergeben sich Deiner Meinung nach daraus, daß ein Teil der AL Mitglieder der Grünen Partei ist und hier ein Landesverband dieser Partei gebildet wird? Wird das die Arbeit der AL ergänzen oder steht Du die Gefahr, daß die AL an die Wand gedrückt wird?

M.W.: Die Gründung des grünen Landesverbandes erscheint mir persönlich unumgänglich, so bedauerlich ich das auch finde. Man wird sich aber in die grüne Bundespartei langfristig nicht einschalten können, wenn die-

ser Landesverband nicht existiert. Es ist klar, daß der Großteil der ehemaligen SPV- und jetzigen „Grünen“-Mitglieder hier in Berlin sich zur AL bekennen. Die 44 grünen Delegierten der AL haben klar erklärt, daß sie sich dem Mandat der AL unterwerfen. Ich denke, daß es unseren Mitgliedern, die diesen grünen Landesverband mitgründen, gelingen wird, eine Konkurrenz zu vermeiden. Ich denke, sie werden alles daran setzen, eine kommunale und landespolitische Interessensidentität herzustellen mit der AL. Von daher braucht man sich über den grünen Landesverband keine so großen Sorgen zu machen.

Auf der anderen Seite muß man aber auch klar sehen, daß dieser grüne Landesverband Kräfte anzieht, wie z.B. Otto Schily, die bisher der AL mit einer gewissen Distanz gegenüberstanden haben, obwohl man sie zur Linken zählen muß. Das heißt, daß der grüne Landesverband eine gewisse Eigendynamik entwickeln kann. Inwieweit sich langfristig eine Kollision dieser beiden landespolitischen Organisationen vermeiden läßt, kann man heute noch nicht mit Sicherheit sagen. Ich denke aber, daß die Chancen relativ gut stehen. Uns bleibt nichts anderes übrig, als den ganzen Einfluß, den unsere AL-Mitglieder in dem grünen Landesverband haben werden, geltend zu machen, um so eine Entwicklung zur Konkurrenz zu vermeiden, wenn wir um die Gründung eines grünen Landesverbandes nicht herum kommen. AK: Vielen Dank für das Gespräch.

Dirk Schneider (AL): »...in der Hoffnung ... zu besseren Ergebnissen zu kommen«

AK: Dirk, Du bist in die „Grünen“ eingetreten. Aus welchem Grund? Was hast Du Dir davon versprochen? D.S.: Ich bin unmittelbar nach dem Offenbacher Kongreß in die „Grünen“ eingetreten, mit der erklärten taktischen Absicht, einen angekündigten Landesverband Berlin mitzugestalten. Konkret gesagt, um zu verhindern, daß dieser grüne Landesverband ohne die Teilnahme der lokalen politischen Vertretung, der AL, gebildet wird, mit Abgrenzungsbeschlüssen und anderen, von uns nicht als fortschrittlich anzusehenden Inhalten.

Ich habe mit meinem Eintritt keine grundsätzliche Empfehlung an alle ALor verbunden, in die „Grünen“ einzutreten, weil ich der Auffassung bin, daß es ein Diktat der „Grünen“ war, nicht eine offene Versammlung in Karlsruhe einzuberufen, an der alle gesellschaftlichen Kräfte teilnehmen können, die zur Gründung einer grünen Partei bereit sind, sondern nur diejenigen, die in die SPV „Die Grünen“ eingetreten waren.

Dieses Diktat habe ich kritisiert, weil es meiner Auffassung nach hätte von den „Grünen“ akzeptiert werden müssen, daß die AL wie auch andere bunte und alternative Listen durch ihre Gründung, ihr Programm, ihren Wahlkampf, ihre politische Praxis einen eigenständigen Beitrag für die grün/alternative Wahlbewegung geleistet haben, der gleichberechtigt mit dem der SPV „Die Grünen“ anzusehen ist.

AK: Also, die erklärte Absicht, mit der Du als grüner Delegierter nach Karlsruhe gefahren bist, war, dafür einzutreten, daß die autonom von den bunten und alternativen Listen gewählten Vertreter dort zugelassen werden und daß Inhalte der alternativen und bunten Listen in den Gründungsprozeß eingebracht werden können. Wie bewertet Du jetzt die Ergebnisse dieses Kongresses?

D.S.: Ich glaube, daß das Ergebnis des Karlsruher Kongresses keine der beteiligten Seiten wirklich zufriedenstellt und glücklich macht. Was herausgekommen ist, war ein Kompromiß nach einem zweiseitigen Machtkampf zwischen dem linken und dem rechten Flügel, der über Satzungsfragen und keinesfalls über Programminhalte ausgefochten wurde. Es hat keine saubere politische Entscheidung über Widersprüche und Probleme gegeben, sondern eine Kampfabstimmung mit knapper Mehrheit für einen Kompromiß, der für die Linken als sehr dürftig bezeichnet werden muß. Es gibt jetzt

Unvereinbarkeitsbeschlüsse in all den Landesverbänden, die sie wollen und einige haben sie schon in ihren Satzungen festgeschrieben, während mit der Regelung im § 18 lediglich für eine Übergangszeit, die aber nicht befristet ist, Landesverbänden offensteht, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu ignorieren. In Karlsruhe wurde bei dem Machtpoker zwischen dem linken und rechten Flügel deutlich, daß die Rechten offensichtlich keine Kompromisse gegenüber den Linken machen wollten. Sie hatten die erklärte Absicht, die „roten Löwe“ aus dem Haar auszukämmen“. Damit war die Spekulation verbunden, daß die 5%-Hürde leichter zu überspringen sei, wenn in dieser Frage gegenüber dem Bürger Zugeständnisse gemacht würden.

Viele Diakutanten auf dem sogenannten Gegenkongreß in Karlsruhe haben gesagt, daß, wenn auch nur irgendeine Art von Unvereinbarkeiten in irgendeinem Landesteil durchkommt, daß für uns bedeuten müsse, daß wir aussteigen und nicht mehr mitmachen. Ich glaube, daß die grüne Wahlbewegung noch so jung ist, noch so ungenau in ihren Strukturen und sie so unglaublich wichtige und große Aufgaben vor sich hat, daß man auch einige Fehlentwicklungen in der derzeitigen Phase schlucken muß; in der Hoffnung in einem längerfristigen Prozeß des miteinander Diskutierens und des Lernens zu besseren Ergebnissen zu kommen.

Ganz paßt mir da auch nicht der Vergleich zwischen den Linken in der „Grünen Partei“ und den Jusos in der SPD, weil die „Grünen“ noch keine hundertjährige Geschichte an Verräterei und revisionistischen Rückwärtsgängen auf dem Buckel haben. Die Möglichkeiten, gemeinsam neue Wege zu beschreiten, sind noch sehr groß. Ich bin allerdings auch nicht der Meinung, daß der § 2 mit seinen UVBs eine Nebenfrage ist. Er zeugt von einem ganz bestimmten Geist. Ich finde, daß wir ohne die prinzipielle Methode der Offenheit die großen Fragen der Zukunftsbewältigung wie Lebensschutz, Zurückdrängen der ökologischen Katastrophen, Verhinderung des Atomprogramms, Umstellung der Wirtschaftsform und die Bewahrung des Friedens - das nur in Stichworten - daß wir diese Fragen nicht lösen, wenn wir sie mit Ausgrenzungen beginnen.

AK: Du sprichst von der Veränderbarkeit der „Grünen Partei“. Wie stellst Du Dir das von Westberlin aus vor, wenn demnächst hier ein Landesverband der „Grünen Partei“ gegründet wird?

D.S.: Es gibt jetzt in Westberlin ca. 5-600 Mitglieder der grünen Partei. Davon sind mindestens 2/3 Mitglieder der AL. Wenn hier ein grüner Landesverband gegründet wird, dann werden die ALer eine 2/3 Mehrheit darin haben. Es wird denkbar sein, daß dieser grüne Landesverband in seiner Politik und vielleicht auch in seinen satzungsmäßigen Festlegungen dazu kommt, sich auf die AL als erster kommunalpolitischer Vertretung zu beziehen. Weiterhin ist denkbar, daß dieser grüne Landesverband die AL in bestimmten Punkten unterstützt, die Wirksamkeit einer erfolgreichen Grünen Partei nach Westberlin überträgt und in den Zusammenhang mit der AL bringt. Ein grüner Landesverband Berlin kann auch die Chancen haben, weitere politische Kräfte, die sich bisher nicht mit der AL befreundeten wollten, in eine intensivere Beziehung mit der AL zu setzen. Ich glaube durchaus, daß man einen politischen Konsens finden kann, zwischen dem in Aussicht stehenden Landesverband der „Grünen Partei“ und der AL, auch in der Frage, daß sich 1983 nur eine der beiden Parteien zur Abgeordnetenhauswahl stellen wird und die andere eine unterstützende Haltung einnimmt.

AK: Dirk, Du bist Bezirksverordneter der AL im Kreuzberger Bezirksparlament, gewählt aufgrund des Wahlkampfes auf der Grundlage des Programms der AL. Kommt Du nicht in einen Zwiespalt zwischen Deinem Mandat, das direkt an die AL gebunden ist, und Deiner Mitgliedschaft in der „Grünen Partei“, die andere Inhalte hier in Westberlin vertreten wird?

D.S.: Wenn ein grüner Landesverband sich so versteht, wie ich es vorhin zu definieren versucht habe, dann wird es keine Schwierigkeiten geben, weil dann der grüne Landesverband nicht als konkurrierende Partei gegenüber der AL auftritt. Schon jetzt hat die AL in vielen Punkten zu Bürgerinitiativen und ökologischen Gruppierungen sehr konkrete Beziehungen gehabt, weil die hauptsächlichsten Zielsetzungen der „Grünen“ und der Alternativen Liste sich decken oder sich stark annähern. Auch hier bin ich der Meinung, daß die Beziehungen zwischen grünen Bewegungen oder auf bestimmte Fragen spezialisierte Gruppierungen und einer Wählergemeinschaft wie der AL im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens in der Zukunft sehr fruchtbar sein können.

AK: Vielen Dank für das Gespräch.

Jürgen Floerke: »...jedes weitere Hinterherlaufen hinter den Grünen einstellen«

Jürgen Floerke war Mitglied der AUD, ist später als angeblicher DKP-Mann aus der SPD gefeuert worden; heute arbeitet er in der Bunte Liste Hannover.

Frage: Wie schätzt Du die Ergebnisse des Gründungskongresses in Karlsruhe ein?

J.F.: Für mich ist nach dem, was in den letzten anderthalb Jahren in diesem Bereich gelaufen ist, Karlsruhe keine Überraschung. Die „Grünen“ sind eine Zusammenfassung von Unzufriedenheiten, die sich gegen AKWs wenden. In anderen Fragen, was für eine Parteibildung unerlässlich wäre, sind sie sich uneinig, haben sie z.T. einander ausschließende Meinungen. Die wahren Machtverhältnisse werden sich immer mehr zugunsten der Rechten bis Rechtsradikalen wenden. Die ehemaligen Kämpfer der APO-Zeit und gewisse unabhängige Linke sehen nicht, daß sie als Aushängeschild verwendet werden.

In Karlsruhe wurde ein Unvereinbarkeitsbeschuß gefaßt, der in Wahrheit die antikomunistischen Grundhaltungen der bestehenden Parteien voll übernimmt. Ganz schlimm ist, daß sich Rechtsradikale als Mandatsträger empfehlen können, ohne daß nach ihrer Vergangenheit gefragt wird. Besonders verwerflich in dieser Frage halte ich das Verhalten des Vorsitzenden der AUD, der sich in ständigen Zeitungsnachrichten gegen jegliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen hat, gleichzeitig aber in den Grünen eine schnelle Parteigründung durchzusetzen suchte, um den Linken keine Chance zu geben. In seiner eigenen Zeitung hat sich der AUD-Vorsitzende jetzt voll für Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen und dabei ein Argument verwendet, daß völlig unzutreffend ist. Zitat: der UVB „entspricht zugleich den Anforderungen der heute geltenden Wahlgesetze“ („Die Unabhängigen“).

Dem muß entgegengehalten werden, daß einmal verschiedene davon betroffene Gruppen gar keine Parteien sind (z.B. der KB), zum anderen hat gerade die Gründung der AUD 1965 gezeigt, daß ein Bündnis von Parteien, die sich durchaus nicht auflösen müssen, vom Bundeswahlleiter unbeanstandet zur Bundestagswahl zugelassen wurde. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß eine ordentliche Auflösung der damaligen Hausleiter-Partei, Deutsche Gemeinschaft, bis heute nicht erfolgt ist. Noch 1966 spielte dieser Tatbestand in der AUD eine wesentliche Rolle und führte zu erheblichen Problemen mit Hausleiter. Der UVB ist noch aus einem anderen Grund merkwürdig. Einmal, weil er gegen Rechte und Rechtsradikale nicht besteht, zum anderen eine Durchführung dieses Beschlusses zu einer Gesinnungsschnüffelfeier ohne Beispiel führen würde. Der Willkür bei der Aufnahme bzw. Ablehnung von Mitgliedern würde Tür und Tor geöffnet. Daher sollte auch dieser ganze Komplex in getrennten Ausführungen behandelt werden.

Mir scheint, daß schon die Satzungsdiskussion gezeigt hat, daß gerade bei der Partei „Die Grünen“ der Unterschied zwischen theoretischem Anspruch und der praktischen Wirklichkeit fast noch größer ist als bei den bisherigen, mit Recht so heftig kritisierten Parteien. Da ist z.B. der Anspruch auf Basisdemokratie ohne Ablösung der bisherigen Führungselite.

Frage: Erwartest Du noch Änderungen zugunsten der linken Kräfte, wenn die Grünen im Februar ihr Programm diskutieren und beschließen werden?

J.F.: Ich erwarte von dieser Partei nur unverbindliche Äußerungen, keine Änderungen. Sie wird schwierige Themen, wie etwa die völlige Aufhebung des § 218 oder des § 175 genauso wenig zu einer Forderung erheben, wie sie sich auch kaum für ein soziales Mietrecht einsetzen wird. Eine Frage, die übrigens bei der Bundestagswahl 1980 wegen des Versuchs der Hauseigentümer, das bestehende Mietrecht auszuhebeln, eine große Rolle spielen wird. Eine klare Forderung zur 35-Stundenwoche wie zur Bildungsreform wird nicht zu finden sein. Selbst klare Aussagen wie etwa gegen

Kernkraftwerke werden dadurch verwässert, daß man praktisch sehr wenig Solidarität mit den Verurteilten von Brokdorf, Grohnde und Garleben übt.

Für mich ist wichtig, daß ein Programm sehr klare und unmißverständliche Grundforderungen enthält, die nicht mißdeutet oder variabel ausgelegt werden können. Bei den momentanen Strukturen der Grünen und ihrem Opportunitätsdenken wird sich eine solche Forderung kaum erfüllen lassen. Ein schwammiges Programm aber gibt wieder denjenigen, die an den Machtgebeln sitzen, die Möglichkeit, dieses Programm nach ihren Wünschen zu deuten und den Wählern schmackhaft zu machen. Auch hierin unterscheiden sich die „Grünen“ nicht von den anderen Parteien.

Frage: Eine Mitarbeit bei den Grünen, wie es zur Zeit ein Teil der Linken propagiert und auch praktiziert, hältst du nach dem bisher Gesagten wohl für ausgeschlossen?

J.F.: Für Kernkraftgegner und wirkliche Anhänger alternativer Ziele in allen Gebieten der Politik verbietet sich eine Mitarbeit bei den Grünen. Wer glaubt, daß er durch seinen Beitritt und seine aktive Mitarbeit die Dinge entscheidend beeinflussen kann, wird bei den Grünen genauso enttäuscht werden wie früher Leute bei den Sozialdemokraten. Parteien von der Struktur dieser Grünen geben gutwilligen und kritischen Mitgliedern nur wenig Chancen, an einer Änderung mitzuwirken.

Für mich persönlich kommt noch ein anderes Argument hinzu. Bei dieser Bundestagswahl wird durch die Konfrontation Schmidt/Strauß noch deutlicher als bei früheren Wahlen eine Situation herausgeschworen, die noch so guten Sachargumenten zum Trotz, auch einer „besseren“ grünen Partei wenig Chancen zum Wahlsieg gibt. Alle Kritik an den Sozialdemokraten ist mehr als berechtigt - da ich selbst bei den Landtagswahlen 78 als angeblicher DKP-Mann von der SPD ausgeschlossen wurde, habe ich keinen Grund diese Partei zu schonen. Andererseits aber sollte jeder von uns wissen, daß mit Strauß die konsequentesten Kernkraftbefürworter an die Macht kommen. Und ich fürchte, daß viele von uns, wenn wir das nicht richtig einschätzen, spätestens ein halbes Jahr nach der Wahl sehr böse aufwachen könnten.

Frage: Heißt das, du plädierst für SPD-Wahl?

J.F.: Nein. Mit Gremilitäz bin ich der Meinung, daß die Problematik Strauß von jedem, der bei der nächsten Bundestagswahl zur Wahl geht, im Hinterkopf getragen werden muß. Aber die Sozialdemokraten und die freien Demokraten sollten wissen, daß sie für viele Menschen unwählbar geworden sind. Bei der momentanen Situation wäre mir daher ein aktiver Wahlboykott am liebsten.

Frage: Welche Perspektiven siehst du nach Karlsruhe für die Bunten und Alternativen Listen?

J.F.: Für die Alternativen und Bunten ergibt sich meines Erachtens eine gar nicht so ungünstige Situation. Sie können, wenn sie jetzt den langen Atem behalten, in Ruhe etwas aufbauen, was in 4 Jahren eventuell sogar zur Bundestagswahl als echte Alternative antreten kann. Schon vorher haben sie die Möglichkeit, sich an Kommunalwahlen, eventuell Landtagswahlen zu beteiligen.

Sie sollten daher auf ihrem nächsten Kongreß, nach Einschätzung der Karlsruher Parteitage, sich selbst finden und jedes weitere Hinterherlaufen hinter den Grünen einstellen. Es sollte ihnen eigentlich schon von den Personen (Gruhl, Hausleiter, Lippelt) klar sein, daß hier ein auf kurzfristigen Erfolg abgestelltes Unternehmen gestartet worden ist, daß sich wie eine Seifenblase groß aufblasen läßt, aber ebenso schnell wieder platzen kann.

Die Bunten und Alternativen sollten begreifen, daß viele Menschen, nur wenn's ihnen selbst noch nicht so bewußt ist, darauf warten, daß auch in dieser BRD eine echte alternative Gesamtpolitik angeboten wird. Die Konkreisierung einer solchen Politik bedarf aber der Zeit. Eines der wesentlichen Beine einer solchen Politik ist aber der Kampf gegen jede Art von Faschismus.

Doris Liebherr: »...nicht vereinnahmen lassen, wie sich seinerzeit die APO vereinnahmen ließ«

Nach meinem Austritt wurde ich oft gefragt, welche Alternative ich zur SPD sehe. Nach dem Gründungskongreß der Grünen weiß ich, daß das keine Alternative sein kann.

Sicher, ich habe die Diskussion innerhalb der Grünen nicht so verfolgt wie jene, die direkt dabei waren. Aber das, was ich sah und las, erinnert mich stark an die Partei, aus der ich gerade ausgetreten bin. Eine kleine neue SPD, mit dem Unterschied, daß sie an einem Punkt steht, wo die Jusos vor zehn Jahren standen.

Leute, ich warne euch davor zu glauben, daß man eine Partei, die ein solch breites Spektrum abdecken will, umwandeln kann in die Partei, von der wir träumen - sozialistisch oder zumindest radikal-demokratisch. Das ist seit Jahrzehnten in der SPD versucht worden und wird immer noch versucht, und zwar sind es gerade die Marxisten, die am verbissensten daran glauben, daß sich diese Partei verändern läßt. Der Weg aber wurde gepflastert mit Genossen und Genossinnen, die auf der Strecke blieben, weil sie plötzlich mit ihrem eigenen Anspruch nicht mehr zurecht kamen. Sie wurden entweder rausgeworfen oder verchwanden resigniert in der Versenkung, weil sie erkennen mußten, daß man zwar als nützliche Idioten gerne gesehen wird, im übrigen die Strategie der Rechten stets darauf angelegt ist, zu verhindern, daß solche Genossen und Genossinnen in entscheidende Funktionen gelangen. Die Stamokap-Diskussion der letzten Jahre innerhalb der SPD zeigt dies sehr gut auf. In einem minorities von Hans Koschnick, Richard Löwenthal

und Johano Strasser verfaßten Papier wird deutlich gesagt, daß die Stamokape - und damit die Marxisten - zwar als Vertreter einer bestimmten Theorie ihre Berechtigung innerhalb der SPD haben, sie aber nicht geeignet sind, in Funktionen zu gelangen, da sie nicht die Gewähr dafür bieten, sich an die Beschlüsse der Partei zu halten. Das Beispiel Benninger zeigt diese Verhinderungsstrategie deutlich, der Berliner Parteitag der SPD ist ein Lehrbeispiel sondergleichen. Es lehrt uns auch, daß links nicht gleich links ist und stehen zwei Positionen zur Verfügung, unbedingt drei Linke gegeneinander kandidieren müssen, weil sie nicht bis drei zählen können und lieber darum streiten, wer denn nun der Bessere sei.

So durften zwar die Kommunisten an den Grundsatzpapieren mitarbeiten, aber bekannten sollen sie sich zu ihren Positionen nicht. Wenn aber eine neue Partei, die sich selbst als Alternative sieht, sich in die Kommunistenstruktur der bürgerlichen Parteien einreihet, wenn diese ausgeschlossen werden, damit man wählbar ist, dann ist das Ziel verfehlt. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß Gruhl und Hausleiter für uns, die wir nach Alternativen suchen, diese glaubhaft vertreten können.

Genossen, ich habe das alles mitgemacht, ich weiß, wovon ich rede. Und es waren die Besten, die auf der Strecke blieben, die mit Kraftakten in die Vorstände gelangt und dabei verheißt wurden. Und wenn ihr das tut, wenn ihr von vorneherein Kompromisse schließt, die nie mehr gutzumachen sein werden, dann wird wieder um ein politisches Potential verheißt werden, das so schnell nicht ersetzt werden kann.

Haben wir denn so wenig dazugelernt? Das kann doch wohl nicht sein, daß wir wieder „den langen Weg auf rosa Pfötchen“ antreten wollen.

Und schließlich, mit der Frage der Ökologie erschöpft sich nicht unsere politische Arbeit. Was zum Beispiel wird Gruhl zur Frage der Sozial- und Familienpolitik sagen? Wie werden sich die Grünen im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte, gegen Neo-Nazis, gegen Arbeitslosigkeit usw. verhalten?

Auch ich sehe die inhaltlichen Unterschiede, die ich zu den Genossen kommunistischen Gruppen habe, aber ich glaube, wir müssen miteinander lernen können und wir müssen miteinander endlich den Kampf aufnehmen. Die Zeit für eine alternative Liste, gerade hier in Frankfurt am Main, ist mehr als reif. Aber laßt uns glaubhaft bleiben, denn das ist unsere einzige Chance all denen gegenüber, die sich bei Wahlen enthalten, weil die Parteien sie ankotzen. Das setzt aber voraus, daß sich Alternative und Bunte nicht vereinnahmen lassen, wie sich seinerzeit die APO vereinnahmen ließ.

Genossen und Genossinnen, packen wir's an!

(Die Verfasserin war bis zu ihrem Austritt stellvertretende Juso-Vorsitzende in Frankfurt).

Grüner Landesverband ohne UVB! Aber was kommt jetzt?

Nordrhein-Westfalen:
Viele Linke haben die Gründung des grünen Landesverbandes NRW zunächst euphorisch gefeiert. Die TAZ sprach beispielsweise vom „bunten Landesverband“ (Ausgabe vom 20.12.). Nachdem der Versuch, das NRW-Gründungsmodell – Zusammenfassung der Bunt- und Alternativen; keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse – auch in Karlsruhe anzuwenden, gescheitert ist, leben die linken Grünen in NRW von der Hoffnung, wenigstens ihren Landesverband „sauber“ halten zu können. Zunächst zur Vorgeschichte:

Nur wenige Tage vor der grünen NRW-Gründungsversammlung am 15./16. 12.79 hatte die grüne Landesgeschäftsstelle an alle SPV-Mitglieder eine „Dokumentation“ zum Thema Doppelmemberschaft verschickt. „Dokumentiert“ wurden Aussagen und Positionen von „KPD“ und KB, verbunden mit der Aufforderung an die grüne Basis: „Bitte diskutiert vor Ort, ob ihr eine Doppelmemberschaft zulassen wollt!“

Eine Seite der „Dokumentation“ beschäftigt sich mit der „KPD“, aus deren Statut aus längst vergangenen Tagen einige besonders markige Sätze über die „absolute Eingebundenheit“ der leitenden Genossen „für die Sache der proletarischen Revolution“, über „strikte Disziplin“ und die „proletarisch-revolutionäre Avantgardeorganisation“ zitiert werden. Nach dieser ersten Einstimmung auf das Thema „K-Gruppen“, Doppelmemberschaft und Unterwanderung, geht es dann voll gegen den KB. Außer einer Fülle von Lügen – der KB hätte Olaf Dinne (BGL) als „Zuhälter“ und Delfine Brox (ebenfalls BGL) als „Faschistin“ bezeichnet; „Jeder, der im KB Kritik übt, wird rausgeschmissen!“ und ähnlichen Gruselgeschichten –, außer erneuter kühnlicher Empörung über den Jan-Peters-Artikel im AK und Hinweisen auf die besondere Konspirativität und Gewalttätigkeit des KB, sehen die Verfasser an zwei Punkten buchstäblich rot: nämlich dort, wo es für sie um die Ehrenrettung zweier „verdienter“ Grünen geht: Balduz Springmann und Wilfried Heidt. Originalzitat: „Eine Methode, die durch die Nazis zu höchster Blüte kam, war es, den politischen Gegner mit den üblichsten Verleumdungen auszuschalten. Nach all dem, was vom KB in den letzten Monaten verbreitet wurde, muß festgestellt werden, daß der KB in dieser Tradition steht ... Balduz Springmann kennt unbestritten einen Neonazi noch aus dem Krieg. Aus solcher Bekanntschaft, für die niemand kann, wird jetzt vom KB (Flugblatt des KB: „Wie geht's weiter in der Alternativbewegung?“) gefolgert, daß Balduz Springmann selbst jemand sei, der faschistisches Gedankengut vertritt. Herrlichen Glückwunsch, lieber KB, das geht über die nationalsozialistische Sippenhaft noch hinaus, die bekanntermaßen die Familienmitglieder miteinbezieht, jedoch die Bekannten nicht erfaßt. Die 'Sippenhaft' auf die Sekundärebene auszudehnen ist eine würdige Weiterentwicklung.“

Bekannte Tatsache ist – und nichts anderes hat der KB bisher behauptet – daß Springmann den Nazi-Ideologen Christophersen auch heute noch als „aufrechten Menschen“ schätzt, dessen Ansichten er nur teilweise für „antiquiert und unwürdig aggressiv“ hält.

Ähnlich verfährt die grüne Landesgeschäftsstelle im Fall Wilfried Heidt vom Achberger Kreis und behauptet, der AK habe Heidt als Neonazisten bezeichnet. Heidt selbst hat in seiner zweiseitigen Stellungnahme, die von der Landesgeschäftsstelle gleich mitverschickt worden war, diesen Vorwurf auch gar nicht erhoben, sondern richtig dargestellt, man solle sich – laut AK – seinen Namen „merken“. Der Grund dafür: Heidts Teilnahme an einem Treffen einer Reihe von Nazi-Ideologen, die die Absicht hatten, eine eigene (Volks-) Partei zu gründen. Heidt erklärt selbst in seiner Stellungnahme, sein „Anliegen war, ihnen klarzumachen, daß sie auf die Entwicklung bei den Grünen nur Einfluß nehmen können, wenn sie Mitglieder werden“. Er wußte wohl, daß Heidt noch für ein 2. Treffen dieser Kreise als Einladungsmitglied haben soll, so behauptet es jedenfalls die faschistische Zeitung „Volk und Umwelt“.

Interessanterweise spielte die „Dokumentation“ auf der Gründungsversammlung selbst keine Rolle mehr, obwohl der KB dort eine Gegen-Erklärung unter dem Titel „Sind Kommunisten - Freiwild?“ verteilte – die Antikommunisten aus der Landesgeschäftsstelle waren wohl zu Recht der Meinung, daß eine öffentliche Debatte über ihre „Enthüllungen“ die Wirkung ihres Machwerks auf die grüne Basis nur hätte schmälern können.

Der Verlauf der Gründungsversammlung

Der erste Streit ging um die Frage, wer auf der Gründungsversammlung überhaupt stimmberechtigt sein sollte – alle Gründungsmitglieder, wie es ein gemeinsames grün-buntes Vorbereitungstreffen am 21.11. in Waltrop beschlossen hatte, oder aber nur die Mitglieder der SPV, wie der grüne Landes-Koordinationsausschuß nach dem Waltroper Treffen selbstherrlich verfügen wollte. Eine Abstimmung nur unter den SPV-Mitgliedern ergab eine sehr knappe Mehrheit (216:207) für eine offene Gründungsversammlung. Von den knapp 80 Bunt- und KB-Mitgliedern, die bis dahin vor der Tür gewartet hatten, wie drinnen über ihr weiteres Schicksal entschieden wurde, wurden daraufhin etwa 30 noch SPV-Mitglieder, etwa 50 trugen sich in formlose Unterschriftenlisten ein.

Die sich anschließende Diskussion über Doppelmemberschaft, u.a. mit der üblichen peinlichen „Selbstkritik“ der „KPD“ durch Uwe Carstensen, ergab schließlich am Abend des ersten Tages mehrere Probeabstimmungen („Meinungsbilder“) pro Doppelmemberschaft.

Der zweite Tag begann mit Störversuchen der Landesgeschäftsstelle, die sich zunächst weigerte, Stimmkarten an die neu eingetretenen Bunt- und KB-Mitglieder, und ebenfalls vorgeblichen Versuchen einiger Rechter, das Präsidium abzuwählen. Danach kam der letzte Versuch, doch noch ein Verbot der Doppelmemberschaft beschließen zu lassen. Herbert Gruhl, eigens angereist zur Ausrichtung seiner Anhängerschaft, legte sich noch einmal voll ins Zeug und ließ es sich nicht nehmen, nunmehr die Münsteraner Grüne Alternative Liste in die Nähe der Nazis zu rücken: das Abrennen von Wunderkerzen (durch die GAL) sei der Anfang, und das Ende sei dann der Fackelzug (der Nazis!), den wir schon einmal gehabt hätten. Aber auch Gruhls demagogische Ausfälle konnten nicht verhindern, daß schließlich mit 335:226 Stim-

Köln); E. Elfen (Dortmund, AUD); zwei GAZ-Mitglieder aus Herne bzw. Mönchengladbach; Bligit Tersteegen (GAL Münster); E. Strathmann (Die Grünen Bochum, SB).

Und was jetzt?

Die positiven Ergebnisse der Gründungsversammlung – Ablehnung mehrerer UVB-Anträge sowie der Satzungskomprobiß, das Aufnahmeverfahren der autonomen Entscheidung der Kreisverbände zu überlassen – sind durch die Beschlässe von Karlsruhe so gut wie aufgehoben. Einige linke Grüne versuchen nun mit einer eigenen „Interpretation“ des § 18 der Bundesatzung, eine neue linke Eintrittsweile zu organisieren: dieser Paragraph würde die offene Aufnahme-regelung in NRW nicht in Frage stellen; rechte Vorstöße in diese Richtung könnten durch linke Mehrheiten verhindert werden. Der Landesvorstand ist da schon realistischer. Wohl wissend, wie die Mehrheitsverhältnisse in Karlsruhe sein würden, hat er sich bereits auf seiner ersten Sitzung am 19.12. auf die mittlerweile tatsächlich eingetretene Situation eingestellt und erklärt: „Die GRÜNEN vertreten den Standpunkt, daß eine Doppelmemberschaft in verschiedenen Parteien (auf Dauer) unnötig ist. Wenn sich aber die Vernunft, zu der grundsätzlich jeder Mensch (auch K-Gruppen-Mitglieder!) fähig ist, wirklich durchsetzen und entfalten soll, dann darf sie eben nicht vorgeschrieben werden.“ ... Durch die 4 Säulen des grünen Grundsatzzusammenhangs: ÖKOLOGISCH – BASISDEMOKRATISCH – SOZIAL – GEWALTFREI wird jeder Mißbrauch einer möglichen Doppelmemberschaft von vornherein verhindert.“

Diese offene Fälschung von Basisbeschlüssen, die nur wenige Tage vorher gefaßt worden waren, durch den Vorstand ist leider kein Einzelfall geblieben. Gerade die linken Vorstandsmitglieder aus der GAL Münster sind gegenwärtig im Vorstand einem starken Druck ausgesetzt, der teilweise in Psycho-terror übergeht. Noch vor Karlsruhe sollte ihr Einverständnis zu einem Kuhhandel mit Gruhl erpreßt werden: um Gruhl für den „Kompromiß“ zu gewinnen, über die Doppelmemberschaft die Landesverbände autonom entscheiden zu lassen, sollte der Landesvorstand sich als „Gegenleistung“ dafür einsetzen, daß die bunt- und alternativen SPV-Delegierten keinen Antrag auf Zulassung der autonomen bunten Delegierten stellen.



men in der Satzung festgelegt wurde, das Aufnahmeverfahren in die Autonomen der Kreisverbände zu legen. Dieses Abstimmungsergebnis führte zum Auszug von 60 bis 80 Leuten, vor allem aus der GAZ, die mittlerweile einen eigenen Landesverband mit dem Namen „Grüne Partei Deutschlands“ gegründet haben.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurden gewählt: als Landesvorsitzender Wilhelm Knahe (bisher im Vorstand der GLU NRW); als stellvertretende Vorsitzende Gerda Degen (AUD) und Anne Neugebauer (GAL Münster); Jürgen Binder und Martin Schatz (beide FIU Düsseldorf); Hermann Schulz (Die Grünen

Ähnliche Vorstandsskandale scheinen für die nächste Zeit vorprogrammiert, zumal die rechten Grünen nach Karlsruhe insgesamt Oberwasser bekommen haben. Die Anfang des Jahres konstituierte „Fraktion der Grünen Mitte in NRW“ (in Anlehnung an die niederländische „Gruppe der sozialen und liberalen Mitte der Grünen“ um Georg Otto) wird mit Sicherheit Vorstöße zur Einhaltung der Bundesatzung unternehmen. Die Bereitschaft der Vorstandsmehrheit, in Konfrontation mit diesen Leuten die Basisbeschlüsse von Hesel zu verteidigen, darf trotz Zweifel sein.

Übern Berg ins Tal



Die Frankfurter SPD hat ihr bestgeheimes Geheimnis gelüftet: Den Spitzenkandidaten für die Kommunalwahlen 1981. Der Vorsitzende des Unterbezirks Frankfurt, Fred Gebhardt, mit der Kandidatenfindung beauftragt, hat seinem Vorstand am 16. Januar nur einen Namen präsentiert: Martin Berg, seines Zeichens Bürgermeister unter OB Wallmann (CDU), früher Sozialdemont und derzeit Dezernent für die Stadtwerke. Berg wurde von den SPD-Spitzenkreisen einstimmig akzeptiert. Mit diesem Vorschlag ist es Gebhardt gelungen, einen derart farblosen Kandidaten zu präsentieren, daß er „80% der Partei hinter sich bringen kann“ (FR, 9.1.). Dies sei gerade die „Stärke“ von Berg, und um rasch noch ein paar weitere „Vorzüge“ des neuen Spitzenkandidaten zu finden, heißt es, Berg sei „in Frankfurt durchaus prominent“ und „unheimlich integer“ (FR, 9.1.). Weitere Qualifikationen wurden bisher noch nicht genannt, aber das kann ja noch folgen. Einstweilen profiliert sich Martin Berg aktuell damit, einen der größten Böcke zu verteidigen, den die Stadtwerke (noch zu SPD-Zeiten) geschossen haben: Die Anschaffung kostspieliger neuer U-Bahnwagen, die wegen Überbreite auf einem Teil des Frankfurter Schienen-Netzes nicht verladen werden können.

Mit dem Vorschlag der Nominierung Bergs geht eine geradezu klassische „Realpolitik“ ihrem ruhmreichen Ende entgegen. Bekanntlich hatte der Ex-OB Rudi Arndt die Massen damit begeistert, daß er bis zuletzt unbeirrbar an einer eigenen Kandidatur festhielt, obwohl ihm von der SPD – zunächst intern, dann öffentlich mit zunehmender Klarheit – bedeutet worden war, daß man ihn nicht mehr will. Erst nachdem Arndt auch auf dem Westbäcker SPD-Parteitag im Dezember bei den Vorstandswahlen durchgefallen war, warf er das Handtuch und erfüllte damit eine unlautere Forderung der Frankfurter Bewegung: Rudi, du ... – jetzt bist du weg vom Fenster! (vollständiges Ausschreiben dieser beliebten Parole kostet 2000,-).

Noch bevor Arndt seinen Abgang gemacht hatte, hatte die Frankfurter SPD-Links (ca. 20 Ortsvereine und die Jusos) mächtig auf einen fortschrittlichen Kandidaten gepocht. Gegenüber dem Stuttgarter Bundesstadtsabgeordneten Peter Conrad, der anfangs ins Gespräch gebracht worden war, wirkte der schließlich von den Linken vorgeschlagene Erich Nitzling (Landtagsabgeordneter von Frankfurt-Nordend) allerdings schon etwas „unscheinbar“. Nitzling hat inzwischen prompt angekündigt, zugunsten Bergs zu verzichten. Und die SPD-Links lassen verlauten, Berg sei kein Verlegenheitskandidat.

Das ambivalente Personenkarussell hat allerdings einen triftigen politischen Hintergrund, der auch deutlich macht, daß die SPD-Links hier wieder als ambivalente Personenkarussell hat allerdings einen triftigen politischen Hintergrund, der auch deutlich macht, daß die SPD-Links hier wieder eine schwere Niederlage einstecken muß. Als entscheidendes Kriterium war von diesem Flügel nämlich benannt worden, der neue Spitzenkandidat müsse die „Umorientierung“ der Frankfurter SPD

Keine „Neuorientierung“, sondern Kontinuität der alten bürgerfeindlichen SPD-Politik in Frankfurt: Martin Berg, Nachfolger von Rudi Arndt als sozialdemokratischer Spitzenkandidat in der Main-Metropole

in der Verkehrspolitik glaubhaft vertreten können. Hierbei geht es um den Ausbau und die Zusammenführung der Autobahnen A 66 und A 49 im Frankfurter Norden – ein ursprünglich von der SPD unter Arndt entworfenes und heute von der CDU aufgenommenes Konzept. In dieser Frage hat sich die Frankfurter SPD dem populären Protest der Bürgerinitiativen verbal angepaßt. Entsprechende Parteitagebeschlüsse haben sich gegen diese weitere Stadterweiterung gewandt; allerdings hat die SPD Mühe damit, die neue Linie glaubwürdig an die Bevölkerung zu bringen, da man ja weiß, was Parteitagebeschlüsse bei der SPD wert sind. Zudem kann die CDU in der Frage des Autobahnausbaus auf die Unterstützung der sozial-liberalen Landesregierung zählen – sehr zum Verdruß der Frankfurter SPD-Links.

Zu dieser, für den Kommunalwahlkampf entscheidenden Frage hat Berg einige aufschlußreiche Aussagen gemacht. Er werde an eine Kandidatur selbstverständlich „inhaltlich-sachliche Bedingungen“ knüpfen. „Dazu gehört, wie er sagte, vor allem, daß Parteitagebeschlüsse nur dann bindend sein könnten für Magistratsmitglieder und Stadtverordnete, wenn es sich um grundsätzliche Probleme, nicht aber um Detailfragen der Kommunalpolitik handelt. Beschlüsse des Parteitags dazu könnten lediglich den Charakter von Empfehlungen haben, mehr nicht“ (FAZ, 10.1.). Die Partei darf also empfehlen, den Autobahnbau zu stoppen, mehr nicht. Dies ist eine klare Sprache. Eine klare Sprache spricht Berg auch in bezug auf die künftige Stadtverordnetenliste der SPD. Er werde sich dabei „kaum auf persönliche Zugeständnisse einlassen“ (FAZ, 9.1.). Zu deutsch: Die alte Arndt-Clique bleibt in Amt und Würden, „Kontinuität“ wird gewahrt. Bisher hat die SPD-Links dazu nicht einmal einen Schimmer von Protest durchscheinen lassen. Und soll's nicht weiter stören. Der GLH z.B. kann es nur recht sein, wenn die Fronten klar sind. KB/Gruppe Frankfurt

SPD-Austritte in Münster

Auch die (im Vergleich zur Gesamtpartei) linke Münsteraner SPD bleibt von Austritten nicht verschont. Mitte Januar hat eine Gruppe von acht Mitgliedern des Ortsvereins Münster-Süd, zum Teil bis zu zehn Jahre in der SPD aktiv, ihren Austritt erklärt. Der Unterbezirksvorstand bemühte sich sogleich, diesen Schritt mit angeblichen persönlichen Querelen zu erklären. Tatsache ist aber, wie die schwarze „Westfälische Nachrichten“ fassungslos (und ausnahmsweise mal richtig) diesen Vorgang kommentiert: der linke SPD-Unterbezirk Münster ist „manchen der Genossen nicht links, nicht basisdemokratisch genug“ (WN, 19.1.). Kritisiert wird von dem Ausge-

tretenen insbesondere

- die Zustimmung der SPD zum Nato-Nachrüstungsbeschluss;
- die Zustimmung zur Zerstörung der Umwelt und zum weiteren Ausbau der Kernenergie;
- das Festhalten an den Berufsverböten;
- die Aufgabe der „bescheidensten sozialpolitischen Reformpläne“;
- das Abklingen der SPD zum „Kanzlerwahlverein“.

Die acht Ausgetretenen, die weitere Austritte aus der Münsteraner SPD erwarten (und fördern wollen), werden als Gruppe zusammenbleiben und in Auseinandersetzung mit dem SB, mit Grünen und Bunt- eine neue politische Heimat suchen.

Alternative Parlamentsarbeit in Leverkusen

Daß nicht alles alternativ ist, was grün ist, zeigt sich wieder einmal am Beispiel der Parlamentsarbeit der Alternativen Grünen Liste (AGL) in Leverkusen. Kaum war man mit knapp über 5 % in den Stadtrat und die Bezirksversammlungen eingezogen, da entdeckte man – zumindst der Bezirksabgeordnete im Stadtbezirk Schlebusch/Lützenkirchen – sein Talent für die hohe Politik. Bei der Wahl des Bezirksvorstehers im November gab die

Stimme des AGL-Vertreters den Ausschlag zugunsten des CDU-Kandidaten Müller. Daß diese Stimmabgabe des AGL-Abgeordneten nicht „zufällig“ zustandekam (etwa nach dem alten linksradikalen Motto „Jacke wie Hose – also wird gewürfelt“), zeigte sich bei der anschließenden Wahl des stellvertretenden Bezirksvorstehers. Die CDU revanchierte sich mit einer Stimmabgabe für den AGL-Vertreter. Ein peinlicher Einstand!

Strauß, die Linke, die Grünen und das SB

Der mit der Formulierung der Grünen zur eigenständigen Wahlpartei ausgelagerte „Prozeß des Umdenkens und der Neuorientierung“ innerhalb der Linken hat nun auch das sozialistische Büro (SB) voll erfaßt. Wurden noch die ersten Versuche alternativer Wahlbündnisse von Hamburg über Hessen und Westberlin bis hin zu den Kommunalwahlen in NRW im Herbst letzten Jahres von großen Teilen des SB lediglich aus der Ferne beobachtet und mit sehr prinzipiellen Argumenten vor parlamentarischen Illusionen gewarnt, so hat seit einigen Monaten ein gegenläufiger Trend beim SB eingesetzt. Entgegen sonstigen Gepflogenheiten hat der Delegiertenrat des SB am 8./9.12 in einer Kampfabstimmung mit 16 Für-, 11 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen eine Empfehlung an alle Mitglieder und Gruppen des SB verabschiedet, „die bündelnden und sozialistischen Fraktionen in den 'bunten', 'alternativen' und 'grünen' Parteien und Wahlbündnissen zu unterstützen und Initiativen für Diskussionsprozesse in der nichtorganisierten Linken zu ergreifen.“

Wie kontrovers die Wahldebatte derzeit im SB geführt wird, zeigt folgende (unvollständige) Übersicht: - Die „links“-Tagung am 20.10.79

zum Thema „Strauß und die Folgen“ (ausführlicher Bericht in AK 165) wurde mit kontroversen Themen von Dany Diner und Andreas Buro eröffnet. Die Themen von Buro (zusammen mit Joachim Hirsch und Roland Roth erarbeitet und nachzulesen in der „links“ Nr. 117) erklären eine Wahlbeteiligung 1980 für „nicht sinnvoll“, orientieren alternativ auf „konkretes Engagement gegen eine Politik, für die Strauß steht“. Eine Wahlempfehlung für die SPD wird nicht ausdrücklich ausgesprochen, von den Verfassern aber offenbar befürwortet.

Dany Diner Thesen fordern ein aktives Engagement des SB in der Wahlbewegung, um „eine Aufstockung der grünen Frontopposition von ca. 2 - 3 % durch die Linke im Sinne einer Überwindung der 3 % („links“ 117).

Thesepapiere lokaler SB-Gruppen für die „links“-Tagung vom 20.10., die sich teilweise klar für eine Mitarbeit in der Wahlbewegung unter Wahrung bestimmter programmatischer Mindestforderungen aussprechen (Thesepapiere aus Tübingen und Erlangen), sind in der „links“ bisher leider nicht veröffentlicht worden.

- Egbert Jahn, der (ebenfalls in „links“ Nr. 117) den Verlauf der

Tagung vom 20.10. kommentiert, empfiehlt dem SB, „ganz entschieden zur Wahlunterstützung der SPD aufzufallen“, wenn eine „Spaltung in zwei ernsthafte Alternativ-Listen“ nicht vermieden werden kann. Ist nach dem Raumschiff der Bunten aus der grünen Partei für Egbert Jahn jetzt der Punkt erreicht, wo Wahlaufträge für die SPD geschrieben werden müssen?

- In der „links“ 116 sind neben der mehrheitlichen Erklärung des Delegiertenrats vom 8./9.12. zwei „Minderheitsbeiträge“ von Volkhard Brandes und Klaus Vack abgedruckt. Volkhard Brandes argumentiert prinzipiell gegen jede Wahlempfehlung des SB und dagegen, daß „gegenwärtig ein rosa Wahlbündel gegen ein grünes ausgetauscht werden soll.“ Er orientiert stattdessen auf den „Widerstand der Betroffenen“, was ihn allerdings nicht davon abhält, selbst SPD zu wählen, denn: „Je stärker unser Widerstand und je entwickelter dessen Infrastruktur, desto eher wird auch eine SPD-geführte Regierung zu partiellen Konzessionen zu veranlassen sein.“

Bei Klaus Vack wird die Orientierung auf die SPD noch deutlicher. Zwar rät auch er von Wahlempfehlungen ab, schließt aber angesichts der Kandidatur von Strauß eine alter-

native Wahlbeteiligung kategorisch aus. „Die Grünen vergrößern mit ihrer Kandidatur die Gefahr, daß Strauß Kanzler wird.“ Dieser Satz ist wohlgezielt nicht erst nach Karlsruhe, etwa aus Enttäuschung über die Rechtfertigung der neugegründeten Partei, geschrieben worden, sondern soll für alternative Kandidaturen überhaupt gelten.

- In einem TAZ-Interview vom 11.1. begründen die Westberliner SB'ler Helmut Horst, Hajo Funcke und Dieter Esche ihr Votum für den Delegiertenratsbeschuß. Einerseits wird in diesem Interview noch einmal sehr gut begründet, daß das, was den Grünen (und manchen Linken) immer so unvereinbar erscheint, durchaus vereinbar ist: ein Engagement in alternativen Listen und Unterstützung der Grünen und Organisation von Anti-Strauß-Aktionen. Alle drei sprechen sich für eine Mobilisierung gegen Strauß aus, die Aktionen gegen den Strauß-Auftritt in Essen werden als positives Beispiel herausgestellt.

Nicht ganz einig sind sich die drei allerdings bei der Interpretation des Delegiertenratsbeschlusses zur Unterstützung der „bündelnden und sozialistischen Fraktionen in den bunten“, „alternativen“ und

„grünen“ Parteien und Wahlbündnissen.“ Für Helmut Horst (inzwischen Mitglied bei den Grünen) ist die Sache ziemlich klar. Zwar will auch er „gegenwärtig nicht in eine dieser grünen Gruppierungen eintreten.“ Aber: „Ich bin jetzt über ein Jahr Mitglied in der Alternativen Liste, ich habe keine Scheu, auch bei dieser grünen Bundesorganisation mitzumachen. Es geht mir darum, daß Sozialisten da mitmachen, mitgestalten.“ Hajo Funcke und Dieter Esche betonen dagegen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Grünen ohne formelle Mitgliedschaft. Sie wollen sich „im Rahmen einer breiten Bündnispolitik, auch unter Einschuß von SPD-Linken, auf die Grünen und alternativen beziehen.“

Am 16./17. Februar soll eine außerordentliche Arbeitsgruppen-tagung des SB zur Wahlfrage stattfinden, auf der „über möglicherweise bestehenbleibende unterschiedliche Auffassungen hinweg“ der „praktischen Zusammenarbeit im SB auch für die folgenden Jahre eine tragende Basis“ gegeben werden soll. Es ist zu hoffen, daß die sich teilweise leider abzeichnende falsche Polarisierung - Unterstützung der SPD oder bedingungsloser Eintritt in die Grünen - auf dieser Tagung vermieden werden kann.

Aktionseinheit ist Trumpf?

Überlegungen zum Aufbau einer Anti-Strauß-Front

Vor nunmehr einem halben Jahr trat F.J. Strauß als Kanzlerkandidat der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980 unter dem Motto an: „Strauß, das ist ein Programm!“ Bereits die Kandidatur von Strauß bewirkte eine weitere Verschiebung des politischen Klimas der BRD nach rechts. Mit seiner Wahl würden die Weichen gestellt für eine offenere und verschärfte Gangart der von der SPD/FDP seit Jahren betriebenen Faschisierung von Staat und Gesellschaft: wachsende Kriegsgefahr, wachsender Druck gegen demokratische und linke Kräfte im Innern, Ermunterung für faschistisches Gedankengut, für alt- und neo-nazistische Umtriebe u.ä.m.

Die ersten Auftritte von Strauß in NRW im September 1979 haben bereits einen Vorgeschmack davon gegeben, wie die CDU/CSU ihren Wahlkampf zu führen gedenkt. Nachdem inzwischen in einer Reihe interner Ausrückungsveranstaltungen vor Funktionären von CDU/CSU, Kapitalistenverbänden, rechten Wahlhelfern der CDU/CSU usw. die weitere Marschrichtung, samt Wahlprogramm, fest-

gelegt worden zu sein scheint, steht im Februar die nächste Runde der Strauß-Truppe bevor.

Im Gegensatz zur demagogischen Propaganda von Strauß & Co. ist gegen die von ihm repräsentierte Bedrohung bisher allerdings eine „Volksfront“ nicht zustandekommen. SPD- und DGB-Führung haben bisher keine Mobilisierung ihrer Mitglieder und Anhänger gegen Strauß eingeleitet. Sie versuchen vielmehr, mögliche Anti-Strauß-Aktivitäten von vornherein im Rahmen der Zustimmung zur bisherigen SPD-Politik zu kanalisieren, andernfalls auch zu demobilisieren. Nach den massiven Protesten - auch seitens linker Sozialdemokraten - gegen die provokatorischen Auftritte von Strauß in NRW schloß die SPD-Führung einen ausdrücklichen Waffenstillstand mit Strauß, daß „solche Methoden“ wie Eier, Sprechchöre u.ä.w. „kein Mittel der politischen Auseinandersetzung“ seien. Auf den unverschämten Strauß-Vergleich der SPD mit den Nazis antwortete die SPD-Führung mit der Bereitschaft, das Thema „Faschismus“ aus dem Wahlkampf herauszu-

halten und sich stattdessen „auf Sachfragen zu konzentrieren“. Der linke Flügel der SPD wurde wegen seiner Unterstützung der NRW-„Krawalle“ gemißregelt, die Jusos auf einen eindeutigen SPD-Wahlkampf verpflichtet.

Wie SPD- und DGB-Führung konkret auf die bevorstehende nächste Runde der Strauß-Manöcher reagieren werden, ist ungewiß. Klar ist aber, daß die Strauß-Gegner/innen keinesfalls auf die Initiative von SPD- und DGB-Spitze warten können, sondern von sich aktiv werden müssen. Die Aktionsinheit aller Strauß-Gegner/innen steht heute auf der Tagesordnung, und zwar unabhängig von der Wahlempfehlung für diese und jene Partei.

Die Entwicklung einer nicht partei-gebundenen, offenen Anti-Strauß-Front steht aber noch in den Anfängen. Zwar betonen alle Strömungen der Linken die Notwendigkeit einer „Aktionseinheit aller Demokraten“ gegen Strauß, zwar haben sich seit

Oktober '79 eine Reihe von Anti-Strauß-Initiativen gebildet; von einer tatsächlichen Unabhängigkeit und Offenheit sind die Initiativen aber z.T. weit entfernt. Von einer einheitlichen Beurteilung der mit Strauß verbundenen Gefahren, geschweige denn einheitlichen Aktionseinheits-Politik gegen ihn kann nicht die Rede sein. Das Spektrum reicht von reinen SPD-Wahlunterstützungsvereinen wie der Staack-Initiative über DKP-Initiativen zu wenigen offenen Personenkomitees bis hin zu Etikettenschwindel wie der „Front gegen Reaktion und Faschismus“, der neuesten Briefkastenfirma der KPD/ML. Insgesamt bestimmen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Parteiladen-Politik und Sektierertum noch das Bild. Für die Grüne Partei, die 1980 als Alternative antreten will, ist Strauß bisher noch gar kein Thema.

Angesichts dieser Lage ist es um so notwendiger, sich mit vollen Kräften am Aufbau einer Front gegen Strauß zu beteiligen. Unverzichtbare Grundbedingungen für eine Zusammenarbeit sind dabei nur: aktiver

Einsatz gegen Strauß und Co; Ablehnung jeglicher Unvereinbarkeitspolitik nach links; keine Verknüpfung der Anti-Strauß-Initiativen mit der Empfehlung für eine bestimmte Partei. Wir wollen in diesem AK eine erste Übersicht über den Stand der Aktivitäten gegen Strauß geben. In Zukunft wollen wir regelmäßig über Positionen, über konkrete Aktivitäten in der Anti-Strauß-Bewegung berichten. Wir bitten deshalb alle Leserinnen und Leser, uns mit Erfahrungsberichten von AEs, mit Aktionsvorschlägen, Flugblättern, Broschüren und ggfs. auch mit neuen Erkenntnissen zur Person und zur Politik von Strauß & Co zu versorgen! In diesem Sinne: Strauß darf nicht durchkommen!

Antifa-Kommission Hamburg
AG CDU/CSU

Beispiele örtlicher Aktionseinheiten gegen Strauß

Trier:

Unter Führung der DKP/SDAJ wurde im Herbst 79 ein Komitee „Gegen Rechts - Stoppt Strauß“ ins Leben gerufen. Die DKP lieferte dem Komitee von Anfang an eine fertige Plattform. Von anderen politischen Gruppierungen wurde die vorliegende Satzung als unzureichend abgelehnt (z.B. von der Alternativen Liste Trier und von der Jusos-IG). Die Hauptkritikpunkte waren: „Die reaktionäre Entwicklung wird nicht richtig dargestellt, sondern zu sehr auf die Person Strauß fixiert ... Nach unserer Meinung bestand die große Gefahr, daß das Komitee unfreiwillig zu einer SPD-Wahlinitiative abzurufen ... Der weiteren kommt es unserer Meinung nach darauf an, nicht nur ein Komitee mit der beschränkten Zielsetzung 'Stoppt Strauß' zu schaffen, sondern einen radikal-demokratischen Zusammenschluß, der Lebenserwartung und Existenzberechtigung über die Zeit des Wahlkampfes hinaus hat.“

Es wurde eine alternative Plattform erarbeitet und im „Stoppt Strauß Komitee“ vorgestellt.

„Um die Diskussion darüber zu verhindern und ihre Plattform durchzusetzen hat die DKP/SDAJ Fraktion zu der entsprechenden Sitzung alles aus ihren Reihen mobilisiert, was Beine hat ... Als die Vertreter der verschiedenen Initiativen und Gruppierungen merkten, daß eine gleichberechtigte und solidarische Diskussion nicht zustande kommen wird, haben sie das Komitee verlassen.“

Anschließend wurde von ihnen eine Initiative „Für demokratische Alternative - gegen Rechts“ gegründet. In einer Erklärung heißt es dazu: „Bei den praktischen Aktivitäten soll mit möglichst vielen fortschrittlichen Organisationen und Menschen auch punktuell zusammengearbeitet wer-

den. Deshalb schließen wir eine Zusammenarbeit mit dem bestehenden Stoppt Strauß Komitee nicht aus“ (Zitate aus: Alternativ Info, Nov. 79, der Alternativen Liste Trier).

Fulda:

Am 11.12.79 fand in Fulda eine Veranstaltung der DKP-Studentenorganisation MSB unter dem Motto „Rock gegen Rechts - Stoppt Strauß“ statt. Es war nicht nur der Titel, unter dem das Rockkonzert lief, der überraschte: wurde doch die Veranstaltung genau an dem Abend durchgeführt, an dem ein seit zwei Monaten kontinuierlich stattfindendes Anti-Strauß-Treffen angesetzt war.

Trotz der Propagierung einer „Aktionseinheit gegen Strauß“, trotz Einladung, die die GLH/Fulda als Initiator der Treffen neben zahlreichen anderen Organisationen/Gruppen auch an den MSB verschickt hatte, war dieser nie zu den Treffen erschienen.

Hamburg:

Hier gibt es auf Stadtebene mehrere Anti-Strauß-Komitees, die teilweise von Bunte-Liste-Mitgliedern und der DKP gegründet wurden. So z.B. in Hamm. Hier hat es zwischen BL-Mitgliedern und der SDAJ Auseinandersetzungen um die Plattform gegeben. Im ersten Entwurf der SDAJ wurde eine Kritik an der SPD/FDP-Regierung nur sehr zaghaft geübt. Mitglieder der BUL(B) Hamm argumentierten, ein Verzicht auf SPD Kritik bedeute eine indirekte Unterstützung der SPD. Man einigte sich auf ein Aufrufblatt, in dem eine Kritik an der SPD-Politik eingearbeitet wurde. So wurde in den Text aufgenommen: „Während die SPD/FDP-Koalition schon seit Jahren daran gearbeitet hat, die Voraussetzungen für Berufsverbote, Notstandsgesetze, Po-

lizei- und Überwachungsstaat zu schaffen, wird die CDU/CSU diese Möglichkeit für ihre Zwecke voll ausnützen.“ Außerdem wurde in dem Aufruf vermerkt, daß „Schmidt für uns nicht wählbar“ sei.

Anschließend auf Druck von oben zog die SDAJ ihre Zustimmung wieder zurück und legte einen zweiten Entwurf vor. Zur Rolle der SPD hieß es darin: „... daß auch die anderen Bundestagsparteien erhebliche Schützenhilfe leisten bei dem Versuch, das politische Klima in der Bundesrepublik nach Rechts zu drängen.“ Weggefallen waren die Passagen, daß Schmidt „für uns nicht wählbar“ sei und daß Schmidt diesen Wahlkampf besonders auf die Logik des „kleineren Übels“ aufbauen wolle. Nachdem die BUL-Mitglieder eine Kritik an Schmidt nur Voraussetzung für das Bündnis machten, wurde eine neue Formulierung ausgearbeitet:

„Schmidt bezeichnet Strauß als Wunschgegner. Dies ist nur so zu verstehen: die Alternative Schmidt-Strauß stellt die ideale Konstellation für den rechtsten Wahlkampf dar. Die SPD-Spitze kann einerseits gegenüber fortschrittlichen Kräften in der Partei mit dem Argument der zwingenden Einheit gegen Strauß auftreten und andererseits mit einem wesentlich rechten Programm als früher in den Wahlkampf ziehen. Das bedingungslose Eintreten für die Stationierung von Atomraketen auf dem Boden der BRD und in Westeuropa zeigt, wie die SPD-Spitze ihre Aufrüstungspläne gegenüber fortschrittlichen Kräften in der eigenen Partei der zwingenden Einheit nach außen wegen durchsetzen kann.“ Die SDAJ trägt diese Formulierung vorerst mit.

Ein Genosse der ZRK und Antifa-Kommission Hamburg

ANZEIGE



Strauß

NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Göttingen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß - ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u.v.a.m.

erschienen im J. recent Verlag
2 Hamburg 50, Leichenstraße 75
in der 3. Auflage: 11.000

100 S.
D91
7,50

Übersicht über Aktivitäten gegen Strauß

Initiative „Freiheit statt Strauß“

Nach den Strauß-Auftritten in Essen, Köln, Herne und Bremen gründeten bekannte Intellektuelle und Gewerkschaftsfunktionäre eine Wählerinitiative „Freiheit statt Strauß“. Genannt seien hier nur: Klaus Staack, Freimut Duve, Klaus Traube, Werner Witt, Luise Rinser, Ivan Nagel. Zum großen Teil handelt es sich um Personen, die schon zur letzten Bundestagswahl SPD-Wählerinitiativen ins Leben gerufen hatten. In ihrem Aufruf zur Bundestagswahl 1980 heißt es: „daß der ursprünglich vorgesehene Name „Stopp Strauß“ wieder fallengelassen worden sei, da der Name schon von anderen Gruppen besetzt ist und für eine Vorstellung von Aktionseinheit steht, mit der Strauß nicht zu verknüpfen ist“. Daß es dabei um mehr geht als um einen Namensstreit, wird deutlich, wenn man sich ansieht, wie die Initiative die Kandidatur von Strauß einschätzt, wie sie die Politik der SPD/FDP-Regierung sieht und welche Vorschläge sie für den Wahlkampf macht: Strauß wird als eine Person charakterisiert, dessen drohender Wahlsieg „die Veränderung unserer Demokratie und eine Gefahr für mühsam erkämpfte Freiheits- und Bürgerrechte“ bedeute; er brauche für sein Programm „schwache Gewerkschaften“, den „Abbau von sozialen Rechten“, Strauß wolle Gesetze der SPD/FDP-Regierung rückgängig machen (als Beispiel wird der § 218 genannt); „die Fortsetzung einer Friedens- und Entspannungspolitik“ werde unter einem Kanzler Strauß nicht mehr möglich sein.

Hinter dieser Kritik steckt gleichzeitig eine Beschönigung der derzeitigen Regierungspolitik, auch wenn regierungskritische Töne im Aufruf nicht fehlen: „Unter dem Druck der vom großen Geld beherrschten öffentlichen Meinung hat die sozialliberale Koalition in den letzten Jahren das Strafrecht erheblich verschärft, um der Terroristenhysterie ihren Tribut zu zahlen“. An einer anderen Stelle heißt es: „Die Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik wird unter einem Kanzler Strauß nicht möglich sein, von Abrüstung ganz zu schweigen“. Eine Kritik an der tatsächlich vollzogenen Aufrüstungspolitik der SPD/FDP-Regierung fehlt aber im Aufruf.

Trotzdem will die Initiative nicht „Fan-Club für Bundeskanzler Schmidt“ sein, sondern will, laut Staack, die SPD nur mit „knirschenden Zähnen“ unterstützen. Man wolle auch „Kritik an der SPD artikulieren“. Allerdings wird da wohl nicht viel zu erwarten sein, da die Wählerinitiative meint, daß „ohne Schmidt die Wahlen sofort verloren“ wären.

Dementsprechend sorgt sich die SPD-Wählerinitiative, „daß die Grünen der SPD die Stimmen wegnehmen und Strauß an die Macht bringen“ (zit. nach „FR“, 7.11.79).

Von dem angestrebten Ziel, „unabhängig von ... politischen Positionen gegen Strauß mobil zu machen“ (siehe Aufruf), bleibt also eine SPD-Wählerinitiative übrig, die auf Spaltung der Anti-Strauß-Bewegung aufbaut und die die Politik der SPD/FDP-Regierung als „kleineres Übel“ zu verkaufen versucht.

Der Grafiker Ernst Volland antwortete Klaus Staack auf eine Einladung zur Mitarbeit in der Initiative: „Ich (muß) dir sagen: So geht's nicht. Knapp ein Jahr vor der Wahl die quasi Gratia-Flagge der Strauß-Gegnerschaft zeigen und widerspruchlos und unbedingt den Schmidt-Hafen anlaufen? ... Die SPD suggeriert dir, ist die Alternative zu Strauß und seiner Gang. Welche SPD eigentlich? Die uns Mitgliedern und Symptomen vor zehn Jahren „Mehr Demokratie“ versprach und drei Jahre später die Berufsverbote kreierte? ... Volland führt dann mehrere Zensurmaßnahmen gegen seine politischen Plakate auf, an denen auch Sozialdemokraten beteiligt waren. Er endet seinen Brief an Staack mit der Fragestellung: „Müssen wir uns eigentlich bedingungslos selber verschleiern?“

JUSOS

In dem politischen Leitfaden der JUSOS für die Bundestagswahlen 1980 heißt es u.a.:

„Die SPD muß die Angriffe von CDU/CSU und Teilen der FDP auf die Einheitsgewerkschaft zurück schlagen...“

„Die SPD muß auch in der Bundesregierung eine kompromißlose Friedens- und Abrüstungspolitik durchhalten...“

„Der Wahlsieg der SPD 1980 würde garantieren, daß sozialistische Po-

sitionen in organisierter Form legal weiter vertreten werden können, während ein CDU/CSU-Wahlsieg dies verunmöglichen würde.“ Die Tatsache, daß es zwischen CDU/CSU und SPD in der Frage des Verbots von kommunistischen Organisationen nur taktische Differenzen gibt, bleibt unerwähnt.

JUSO-Chef Gerd Schröder schrieb in „Vorwärts“ vom 30.8.79: „Ein Wahlsieg der von Strauß geführten CDU/CSU würde die Bundesrepublik in einen autoritären Polizeistaat verwandeln“, ohne im gesamten Aufsatz auch nur ein Wort über die Rolle der SPD zu verlieren.

Konsequenterweise haben sich die JUSOS auf „rückhaltlose und entschiedene Unterstützung der SPD“ zur Bundestagswahl festgelegt.

DKP

„Die Entwicklung breiter gemeinsamer Aktionen für die sozialen, demokratischen und Friedensinteressen unseres Volkes, die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Abwälzung der Krisenlasten, für die Verteidigung ihrer sozialen und gewerkschaftlichen Rechte und der Einheitsgewerkschaften, die Entwicklung breiter demokratischer Volksbewegungen gegen die Willkür der Großkonzerne, gegen Berufsverbote und Bürgerbespitzelung, gegen die Stationierung der Neutronenbombe und für die Beendigung des Wettrenns – das ist auch heute der entscheidende Beitrag, um Strauß und seinen Hintermännern den Weg zu versperren.“

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die DKP ihre mobilisierende Kraft in die Entwicklungen solcher Volksbewegungen einbringt. Daher ist gerade jetzt die Stärkung der DKP wichtig.“ (UZ, 4.7.79).

Laut W. Giers (Präsidiumsmitglied der DKP) bedeutet Strauß nicht „die Vorstufe des Faschismus“, aber eine „rigorose Rechtsentwicklung“. „Damit würde der Weg bereitet für einen noch stärkeren Ausbau autoritärer und polizeistaatlicher Herrschaftsmethoden, für ein noch hemmungsloses Ansetzen der Hochrüstung und die Torpedierung von Abrüstungsmaßnahmen.“ („faz“, 14.9.79). Für die Praxis verspricht die DKP: „Wir lassen uns jedenfalls von unserer Politik der Aktionseinheit und des demokratischen Bündnisses nicht abbringen.“ (Herbert Mies in der „UZ“ vom 21.9.79). Aber auch dieser Artikel endet mit der ponstranten Beschreibung: „Die weitere Stärkung der DKP liegt damit auch in der jetzigen Situation im Interesse aller demokratischen und linken Kräfte“. Dieser Widerspruch zwischen Propagierung breiter Aktionseinheit und andererseits der Parteiladepolitik wird wohl noch zu manchen Konflikten in den Anti-Strauß-Initiativen führen.

Zur Praxis: Schon in der „UZ“ vom 30.7.79 war zu lesen, daß die DKP Anti-Strauß-Tribunale und „Rock gegen Strauß“-Konzerte plane.

Zur Praxis: Schon in der „UZ“ vom 30.7.79 war zu lesen, daß die DKP Anti-Strauß-Tribunale und „Rock gegen Strauß“-Konzerte plane. Am 28.11. gründete sich bundesweit die Initiative „Gemeinsam gegen rechts – stoppt Strauß jetzt“. Dieser Initiative gehören neben DKP-nahen Kräften auch unabhängige Persönlichkeiten wie Gollwitzer, Peter O. Chotjewitz, Eckart Spoo und Günther Wallraff (der übrigens auch den Aufruf der Staack-Initiative unterzeichnet hat) an. In dem Aufruf heißt es, man wolle sich in der BRD für ein verändertes politisches Klima einsetzen, „das eine Entscheidung für Strauß unmöglich macht“. Dies solle durch „entschiedene Entfaltung aller demokratischen Initiativen, Bürgerbewegungen und Alternativen und durch außerparlamentarische Aktionen“ geschehen. (nach „FR“ vom 29.11.)

Nach unseren Informationen scheint die DKP die Praxis eingeschlagen zu haben, Personalkomitees gegen Strauß auf örtlicher Ebene anzustreben, so z.B. in Bielefeld und Braunschweig. In anderen Städten können sowohl politische Verbände als auch Einzelpersonen den Aufruf „Stopp Strauß“ unterzeichnen. In Hamburg hat die DKP bei der Initiierung von Komitees auf bezirklicher Ebene die Gründungsversammlungen bewußt offengehalten; in einzelnen Fällen sprach die DKP sich hier ausdrücklich für eine Teilnahme von Anti-AKW BI's und der Bunte Liste aus. Sie hat hier auch darauf verzichtet, sofort eine Plattform zu verabschieden. Dagegen hat sie z.B. in Würzburg gleich beim ersten Treffen ihre Plattform verabschiedet lassen.

Aus unserer noch recht unvollständigen Übersicht geht also hervor, daß die DKP eine nach den örtlichen Gegebenheiten flexible Taktik ausgegeben hat.

Überall dort, wo sie das Kräfteverhältnis für günstig hält, versucht sie

möglichst schnell Fakten zu schaffen, d.h. Plattform, Öffentlichkeitsarbeit etc. festzuschreiben. In den Städten, wo die DKP Personalkomitees anzustreben versucht, scheint es ihr in erster Linie darum zu gehen, in der Öffentlichkeit nicht zusammen mit anderen Initiativen oder Organisationen (vor allem naturgemäß dem KB) auf einem Flugblatt stehen zu müssen. In Hamburg oder auch in anderen Städten, wo die radikale Linke an Anti-Strauß-Komitees beteiligt ist, wird sich zeigen müssen, ob es der DKP mit einer Öffnung der Komitees für alle linken Strömungen ernst ist, oder ob sie in der inhaltlichen Ausrichtung der Komitees Fakten schaffen will (Schwarze Grundgesetz usw.), die eine Mitarbeit der Linken nicht sinnvoll erscheinen lassen. Für die DKP wäre es eine „Premiere“, wenn sie hier auf ihre bekannte Parteiladepolitik verzichten würde. Sehr wahrscheinlich ist das nicht!

Trotz berechtigter Skepsis sollten aber die Berührungspunkte in der Anti-Strauß-Bewegung von der radikalen Linken im Sinne einer Zusammenarbeit und Auseinandersetzung genutzt werden.

KPD/ML

Die KPD/ML empfiehlt sich als „Avantgarde“ im Kampf gegen Strauß und produziert eifrig „Volksfronten“ im Alleingang. Die von Strauß ausgehenden Gefahren werden in gelbsten Farben gemalt. Im „Roten Morgen“ vom 13.6. hieß es: „Erst an die Macht gelangt, wird ein Mann wie Strauß sie nicht wieder hergeben, wird er den Befehlen seiner kapitalistischen Auftraggeber folgend, je nach Lage der Dinge, die Skala der faschistischen Mächtigkeitsgreifung vom Anfang bis zum bitteren Ende durchzuspielen versuchen“. In der Praxis ist das Verhalten der KPD/ML verworren und widersprüchlich. In einem Referat des KPD/ML-Chefs Aust vom Ende Juni '79 hieß es noch („RM“ Nr. 24), man beabsichtige „den Aufbau einer Volksfront, die so breit ist, daß sie unabhängig von ihrer Weltanschauung alle Menschen, die gegen Strauß sind, umfaßt“. Inzwischen versucht allerdings in bekannter Weise eine KPD/ML-eigene „Front gegen Reaktion und Faschismus“ sich als Gralshüter des Anti-Strauß- und des antifaschistischen Kampfes aufzuspielen – ohne es überhaupt für nötig zu halten, sich mit anderen Kräften über gemeinsame Aktivitäten abzusprechen. In Dortmund organisiert diese „Front“ zum 26.1. sogar einen „Kongress gegen Reaktion und Faschismus“ – wiederum ohne daß die antifaschistische Bewegung in die Vorbereitungen einbezogen worden wäre. Erstaunlicherweise hat die KPD/ML für dieses Unternehmen trotzdem mehrere demokratische Persönlichkeiten gewinnen können. (Genauer dazu im nächsten AK).

Zur Arbeitsbewegung: trotz dem mehrere demokratische Persönlichkeiten gewinnen können. (Genauer dazu im nächsten AK).

Der „Arbeiterbund“

Der Münchner „Arbeiterbund“ schreibt zum Programm von F.J. Strauß: „Das Programm von Strauß ist, kurz gesagt, die Ersetzung der Republik durch die offene Gewaltherrschaft, ist der Krieg. Strauß an der Macht, das heißt für Strauß nicht unbedingt Sozialdemokraten auf den Oppositionsbänken; wenn es geraten erscheint, würde er sie sofort in Stammheim einquartieren“ (KAZ, 10.7.79).

Interessant ist das Verhältnis des „Arbeiterbundes“ zur Staack-Initiative „Freiheit statt Strauß“. Die Initiative wird zwar kritisiert, weil sie „den gemeinsamen Kampf von vornherein einengt“, weil sie nicht den Namen „Stopp Strauß“ angenommen hat, unter welcher „Parole seit vielen Jahren die Anti-Strauß-Komitees in München und Regensburg (kämpfen)“. (Diese Komitees werden vom „Arbeiterbund“ dominiert). Nichtsdestotrotz kommt der „Arbeiterbund“ zu dem Ergebnis: „Ausdruck einer breiteren Strömung von Sozialdemokraten und anderen demokratisch gesinnten Menschen, und damit Ausdruck von etwas sehr Wichtigem, Erfreulichem und Unterstützenswertem im Kampf gegen Strauß ist der kürzlich herausgegebene Aufruf „Freiheit statt Strauß““ (KAZ Nr. 176). Der „Arbeiterbund“ wird überdies aller Wahrscheinlichkeit nach wieder zur Wahl der SPD aufrufen.

Die „faz“

Eine harte Tageszeitung könnte im Kampf gegen F.J. Strauß eine wichtige Rolle spielen. Eine bisherige Bilanzierung, was die „faz“ zur Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß veröffent-

Peter Paul Lahl

Mein Starfighter

Er ist schön.
Er ist lieb, mutig, intelligent und treu.
Er ist warmherzig, großzügig, treuherzig, löwenherzig, einfach herzig.
Er ist rank und schlank, von edlem Wuchs, zierlicher Behandigkeit,
Er ist ehrlich, wahrhaftig, kühn, eingenommen, mächtig, schau.
Er ist fantastisch.
Er ist logisch.
Er ist vernünftig.
Er ist tadellos.
Er ist züchtig, herzlich, fröhlich, selig, heilig.
Er ist unbestechlich.
Er ist ständig freundlich.
Er hat keine Mucken und Macken.
Er hat, was Klasse ausmacht.
Er hat eine gute Frau, wohlgezogene Kinder, ein bescheidenes Vermögen, nur Sonne im Herzen.
Er hat das Ichweißnistum.
Er ist außerordentlich.
Nur ERI

Durchblutungsfördernd, krampflösend.
Zum Kandidaten meiner Wahl, F.J.S. fällt mir, frei nach Karl Kraus, nichts mehr ein.
Ich liebe ihn über die Maßen. Helmut Schmidt ist zwar schöner, aber sonst.
Ich verehere ihn.
Er regt mir am Herzen.
Er geht mir nicht aus dem Sinn.
Nur ER.

Packungsbeilage beachten.
ERI
O ja, nur er.
ERI
Nicht in Gold aufzuwiegen.

Nur ER. F.J.S. soll nicht in die Augen, in Nase und Mund, nicht auf Wunden und erkrankte Bezirke gebracht werden.
IHM gibt's; nur gegen Rezept, in allen guten Drogerien und Apotheken.
Vor Gebrauch nützen.

licht hat, zeigt folgendes: Nach der Ernennung von Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU schrieb F.B. in der „faz“ vom 4.7.79: „Die Emotionalisierung der politischen Landschaft wird der neue Stil sein. Die 1974 erhoffte große Krise ist für das anstehende Wahlfahr noch nicht abzuweichen. Notfalls wird sie aber von Strauß herbeigeführt werden.“ Seine Wahlkampfstrategie setzt auf Angst, Kriesenhygiene und Ordnungsparolen... Dem pragmatischen Krisenmanager Schmidt gegenüber werden wir Strauß als Volksführer erleben.“ Zum Schluß des Artikels heißt es, daß die CDU/CSU keine Chance haben wird, die Mehrheit der Wähler zu gewinnen.

+ „faz“ vom 5.7.: Interview mit Klaus Thüsing, SPD: „Strauß bei weitem der gefährlichste Gegner“.
+ „faz“ vom 6.7.: In einem Kommentar zum „faz“-Artikel vom 4.7. heißt es: „Der faz sei Dank für ihren Leitartikel vom 4.7. Bereitet er uns doch bestens darauf vor, welche Platteiten uns bis zur nächsten Wahl überschweben werden.“ Anti-Strauß Komitees, Buttons: „Stopp Strauß“, „Rock gegen Strauß“, Aufkleber: „Strauß? – Nein!“

„Die Aufzählung Straußens alter und der von ihm selbst prognostizierten zukünftigen Untaten (ist) erstens ein Schlag ins Wasser... zweitens stellt die Fixierung auf Strauß – wie auch in faz-Artikeln zu lesen – die beste Wahlhilfe für SPD und Kanzler Schmidt dar.“

+ „faz“ vom 10.7.: Stellungnahme von Jacob Moneta, „der Teufel kommt nicht zweimal aus demselben Loch“. Gleich am nächsten Tag wieder zwei „contra“-Stellungnahmen: „Natürlich ist Strauß auch gefährlich. Aber er ist Chef einer Partei, die kluge Politik in Bayern macht... Ganz offensichtlich: der kommende Wahlkampf scheint spannend zu werden, endlich kommt Leben in den Laden... Die Stärke von Strauß kommt nicht daher, daß er in der Mottenklammer kramt; sie kommt daher, daß er zweierlei repräsentiert: die Macht und Herrschaft mit all ihren Insignien und Gewaltmitteln, und gleichzeitig Rebellentum, Querköpfigkeit und Popu-

lismus. Ihn nur als Reaktionär anzugreifen, ist dünnblütiges Repressionsgesetz, das immer schon verloren hat.“

Am 27.11. veröffentlichte die „faz“ einen Auszug aus einem Beitrag von H. Richter über F.J. Strauß, den dieser für die „Zeit“ Nr. 48/79 geschrieben hatte. Die Überschrift dieses Artikels lautete: „F.J. Strauß Katalysator eines Massenphänomens“. Kernpassage dieses Artikels: „Er ist gewiß jetzt das Falscheste, nur mit Bangen abzuwarten... Auch jene dürfen sich täuschen, die da verkünden... daß man sich durch ihn nicht provozieren lasse... Strauß ist eine Provokation geworden, die muß man annehmen. Nicht als Person ist er diese Provokation, sondern – noch einmal sei es gesagt – vor allem als Katalysator und strukturierender Kristallisationskern jenes geschilderten Reaktionsmusters, das offensichtlich schon zu einem Massenphänomen und somit zu einer politischen Realität von Gewicht geworden ist.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Ist es nicht eine phantastische Chance, sich an diese Figur anzuhängen, und ihr als Stellvertreter die Realisierung von so vielen Macht- und Größenhoffnungen aufzutragen, die man sonst als Quelle innerer Spannungen und Depressionsgefühle ewig weiter in sich verstecken würde?“ Also, jeder Mensch ist im Innern ein Strauß? Die Vorstellung, daß Strauß nur einem „Massenphänomen“ Ausdruck gebe (die Massen wollen nach rechts), statt handfesten politischen und ökonomischen Interessen, verhindert die Aufdeckung des realen Hintergrunds von Strauß und Co. Der „faz“ kommt das traurige Verdienst zu, dieses Pamphlet ihren Lesern zu präsentieren: „Daß dieser Beitrag... in der „Zeit“ erscheint, und nicht von einem „Linken“ geschrieben wurde, bezeichnet die immer noch vorherrschende Abstraktheit und den Traditionalismus linker Politikanalyse ein Jahr vor 1980.“

F.S. Daß über die Anti-Strauß-Aktivitäten der „Grünen“ nicht berichtet wurde, hat seinen Grund darin, daß es diesbezüglich über keine Aktivitäten der „Grünen“ zu berichten gibt.

Antifa-Kommission Hamburg und ein Genosse der ZRK



Widerstand gegen die 2. Tiefbohrung

Montag, d. 21.1. Am frühen Morgen sollten an der Tiefbohrstelle 1002 (zwischen Gorleben und Garlow) erneut 40.000 qm Wald abgeholzt werden, um in dem Gorleber Forst eine 2. Atomfeste - nach dem berühmtesten Vorbild der ersten Tiefbohrstelle - errichten zu können. Dies konnte nur gegen erbitterten Widerstand durchgesetzt werden, sämtliche Zufahrtswegen waren mit PKW-Konvois und Menschenketten dichtgemacht. Hierbei waren etwa 200 - überwiegend einheimische - Atomgegner beteiligt, die mit Funkgeräten in ständigem Kontakt blieben. Nachdem BGS-Soldaten die PKWs weggetragen hatten, wurde in stundenlangen Auseinandersetzungen nahezu um jeden Baum gekämpft. Soweit es möglich war, kletterten die AKW-Gegner auf die Kiefern, teilweise wurden Nägel als Stieghämmung eingeschlagen und ständig wurden neue Sperren errichtet, die jeweils von einem Pulk BGSler umringelt und „zerpflückt“ wurden. Trotz einzelner Schlagstockeinsatz gelang es den BGSlern nicht, einzelne AKW-Gegner zwecks Personalerfeststellung zu isolieren. Im Unterschied zu den Aktionen gegen die erste Tiefbohrstelle wurden die Behinderungsmaßnahmen von der „Bürgerlichen Notgemeinschaft“ voll unterstützt, die sich damit nach eigenen Angaben gegen „enteignungspolitische Eingriffe“ zur Wehr setzte. Und in der Tat zieht hier die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) besonders brutal ihre Interessen durch.

Alle Zufahrtswegen zur Tiefbohrstelle 1002 gehören der „Realgemeinde Gorleben“, einem Zusammenschluß von 14 Grundeigentümern, die aus gutem Grund der PTB die Benutzung ihrer Wege untersagt haben. Am 17.1. erwiderte die PTB vor dem Oberbaurat Claustal-Zellerfeld eine „Grundabtretung und vorläufige Besitzanweisung mit direkter Vollziehbarkeit“ - im Klartext: die „Realgemeinde Gorleben“ wurde enteignet! Um einen sofortigen Widerspruch der „Realgemeinde Gorleben“ vor der Bauordnungskammer des Landgerichts Braunschweig scheiterte sich die PTB schon gar nicht mehr - ohne eine Klärung abzuwarten, nahm sie am 21.1. die Zufahrtswegen in ihren Besitz. Besonders in Gorleben selbst, wo die WAA-Gegner bisher relativ isoliert arbeiteten, haben die Mafia-Praktiken der PTB einen „Stimmungsumschwung“ bewirkt: sogar Landwirte, die seinerzeit bereitwillig ihr Land an die DWK verkauft haben, protestieren inzwischen gegen die PTB.

„Herr Ravens, sie sind verhaftet“

„Herr Ravens, sie sind verhaftet“

Am Abend des 21.1. befand sich der niedersächsische SPD-Chef Ravens in Lüneburg, um unter dem beziehungsreichen Thema „Für mehr Liberalität und sozialen Fortschritt in Niedersachsen“ einen Vortrag zu halten. Diese Veranstaltung wurde ein Knüller! Drei Viertel der etwa 80 Teilnehmer waren aufgebrachte Bürger aus dem Landkreis. Nach den ersten einleitenden Sätzen über kriegsähnliche Auseinandersetzungen in Afghanistan wurde Ravens frontal von Lilo Wolay, einer Sprecherin der Gorleben-Frauen, aufgefordert, seine Papiere wegzulegen: „Der Krieg ist hier, wir erleben ihn hier jeden Tag“. Von nun an entlud sich die ganze Wut und Empörung über die vergangenen Ereignisse, und Karl Ravens sah absolut kein Land mehr. Nach einer Weile



bot er an, mit einzelnen Atomgegnern in Verhandlung zu treten über mögliche Schritte gegen die PTB. Entschlossene Atomgegner, die separate Verhandlungen ablehnten, hatten jedoch den Saalengang dichtgemacht. Von diesen Leuten wurde ihm freundlich mitgeteilt, daß er hiermit verhaftet sei, und es ist vermutlich nur der Reaktionsgeschwindigkeit seiner Gastgeber zu verdanken, daß er über ein Balkenfenster ins Freie gelangen konnte. Nach Verhandlungen mit BI-Vertretern versprach Ravens schließlich allen Anwesenden, noch in der gleichen

handlungen mit BI-Vertretern versprach Ravens schließlich allen Anwesenden, noch in der gleichen Nacht Innenminister Baum anzurufen, um ihm einen vorläufigen Baustopp bei 1002 ans Herz zu legen, ebenso unverzüglich versprach SPD-Sprecher Dr. Schwarze den Lüneburger Kreistag „ins Bild zu setzen“.

Baustopp!

Dienstag, den 22.1.: Der Widerstand des ersten Tages veranlaßte Innenminister Baum (nach einem Gespräch mit Ravens) im Laufe des Vormittags die für diesen Tag vorgesehene Asphaltierung der Zufahrtswegen vorläufig zu stoppen. Dieser Baustopp soll bis zur Entscheidung der Bauordnungskammer Braunschweig über die Beschwerde der „Realgemeinde Gorleben“ bestehen bleiben, bzw. maxi-

mal nach 14 Tagen abgebrochen werden. Dennoch sollen weiterhin die Bäume abgeholzt und die Zufahrtswegen zum Abtransport mißbraucht werden. Nach Angabe des PTB-Premiers Dr. Eckhard Viehl hat die PTB diese Entscheidung „freiwillig“ getroffen. Der Widerstand aus der Bevölkerung habe nämlich „sehr hohe Wogen geschlagen, worüber wir überrascht waren“ (tag. 24.1.). Mit dem Baustopp wolle man die Wogen glätten, um zu einem „vertrauensvollen Verhältnis mit den betroffenen Grundeigentümern zu kommen“ („HAZ“, vom 23.1.).

„vertrauensvolles Verhältnis mit den betroffenen Grundeigentümern zu kommen“ („HAZ“, vom 23.1.). Mit diesen Sprüchen versucht die PTB, bei der nicht besser informierten Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, sie spiele ein „fair play“. Tatsache ist jedoch, daß zwischen der Zustimmung einer Baustoppweisung (Entscheidung) und dem Baubeginn eine Frist von 14 Tagen gesetzlich vorgeschrieben ist, und ein entsprechendes Ultimatum der die Grundstückseigentümer vertretenden Rechtsanwältin bereits am 21.1. gestellt wurde. Darüberhinaus gibt es überhaupt keinen Spielraum mehr für ein „vertrauensvolles Verhältnis mit den Betroffenen“: tatsächlich läuft die Politik der Atommafia im Landkreis darauf hinaus, alle WAA-Gegner im Landkreis durch immer massiveren Ausbau des Atomstaates einzuschüchtern, zu kriminalisieren und zu

Der erste Sperrbezirk...

Ebenfalls am Dienstag wurde von Seiten des Landkreises Lüneburg-Dannenberg eine „Ordnungsverfügung“ erlassen, derzufolge die PTB beauftragt wird, alle Zufahrtswegen für jegliche Benutzung abzusperren. Nur für Inhaber eines „Passierscheins“ werden Ausnahmen zugelassen. „Passierscheine“ werden vom Ordnungsamt Lüneburg-Dannenberg jedoch nur vergeben, wenn zuvor vom Antragsteller ein „berechtigtes Interesse“ an der Nutzung des Waldweges nachge-

wiesen werden kann. So wurde dem Grafen Bernstorff (er ist einer der 14 Grundeigentümer der Realgemeinde Gorleben) der Zutritt zum eigenen Land untersagt. Ein Lokalreporter der „Elbe-Jeetz-Zeitung“ konnte einen Waldweg erst nach etlichen Funkprüchen und zweimaliger Ausweiskontrolle betreten („EJZ“, vom 23.1.80).

Während mit dieser Verfügung die „Modellregion für den Atomstaat“ um eine neue Variante bereichert worden ist, wurden die Zufahrtswegen mit Nato-Draht abgesichert, und die Baustelle mit Straßensperren und Lichtmasten in ein paramilitärisches Camp verwandelt. Ein EJZ-Reporter berichtet von der „Front“: „Wenn Sie noch lange so weitermachen, dann nehme ich Ihnen den Film weg“, droht der Bundesgrenzschutzbeamte, und eine bewaffnete Übermacht verleiht seinen Worten Nachdruck. Sobald sich aber an der hermetisch abgeriegelten Zufahrt zur Tiefbohrstelle 1002 gleich hinter Gorleben Personen zeigen, die irgendwie nach Kernkraftgegnern aussehen, öffnet sich die Sperre, und die Kamera eines Beamten surrt („EJZ“ vom 23.1.80).

Weiter heißt es in dem Bericht der „Elbe-Jeetz-Zeitung“: „Alles andere als lustig war das, was einer 10-köpfigen Gruppe geschah, die an der Straße von Meitschow nach Rindel die Beauftragten beobachtete, die dort - eskortiert vom BGS - ihren Weg in Richtung 1002 nahmen: Vollkommen unerwartet scherte ein VW-Bus (des BGS) aus, hielt auf die Gruppe zu und rehrte sich erst im letzten Moment wieder in den Konvoi ein.“ Diese Praktiken zeigen, was inzwischen von der Albrecht'schen „Bürgerdialog“-Strategie übriggeblieben ist! Es liegt auf dieser Linie, daß im Januar erneut zwei Hundertschaften Polizei in Lüneburg stationiert wurden, eine Maßnahme, die Innenminister Möcklinghoff mit den „radikalisierten Formen in der Austragung gesellschaftlicher Konflikte“ zu rechtfertigen wußte („HAZ“, vom 11.1.80).

Es wird auch von der Unterstützung durch auswärtige Atomgegner abhängen, wie sich der Widerstand im Landkreis trotz und gegen Polizeiterror weiterentwickelt. Die BI diskutiert zur Zeit die Möglichkeit eines Straßenfestes unmittelbar an der Abzweigung eines Zufahrtsweges. Um eine Woche verroben wird nun endgültig am 2. Februar um 14 Uhr in den Treiber Baustuben die gemeinsame Konferenz auswärtiger und einheimischer WAA-Gegner beginnen.

Ein Genosse aus Lüneburg

Ein Genosse aus Lüneburg

»Der goldene Kiefer« — 20.000 DM wegen Demo-Beteiligung?

Ende Januar wird in Hannover ein Prozeß gegen Wolfgang Gießler geführt, in dem es darum gehen wird, ob ein Demonstrationsteilnehmer neben den schon bekannten Schadenersatzforderungen nun auch Schmerzensgelder für verletzte Bullen zahlen soll, obwohl eine Beteiligung an einer Körperverletzung weder zur Debatte steht, noch konkret nachgewiesen werden könnte.

Die Vorgeschichte zu Wolfgang Gießlers Prozeß ist folgende: Letztes Jahr begann ein Schadenersatzprozeß gegen 18 Leute, die bei der Grohnde-Demonstration samentlich festgehalten worden waren. Der Prozeß wurde gleichzeitig gegen alle 18 gemeinsam geführt. Verhandlungsgegenstand ist die Forderung nach Kostenersatz von auf der Demo von Bullen benutzten Material, deren Arztkosten und Verdienstausfall. Der Prozeß wurde fast ausschließlich von den Anwälten der Angeklagten geführt, was nach Wolfgang Gießlers Meinung dazu geführt hat, daß er praktisch ohne Öffentlichkeit läuft. So erschien er auf einem Termin ohne Anwalt. Daraufhin wurde sein Verfahren abgetrennt und es gab ein Vernehmungsstück, in dem er zur Zahlung von 235.000 DM (!) verurteilt wurde, außerdem Gerichtskosten und Zinsen.

Inzwischen hat ein auf der Demo verletzter Bulle (angeblich mehrfache Kieferbruch - eine sicher nicht ganz untypische Verletzung bei Pfeilschulftreffer) eine Schmerzensgeldforderung von 20.000 DM erhoben, die die Staatsanwaltschaft frech in den bereits laufenden Schadenersatzprozeß mitaufgenommen hat. Da auch dieses Verfahren gegen Wolfgang abgetrennt läuft, muß er

deswegen jetzt vor Gericht.

Die Frechheit dieses gesamten Vorgehens der Atomstaats-Justiz ist hier um so skandalöser, da Wolfgang in seinem eigentlichen Grohnde-Prozeß mit den üblichen Anklagen (Landfriedensbruch usw.) keinerlei freigesprochen worden ist!

An den Forderungen der Staatsanwaltschaft wird nur zu deutlich, daß hier ausschließlich die Gegnerschaft zum und der Widerstand gegen das Atomprogramm gemeint ist, welches hier kriminalisiert werden soll.

Dem Wolfgang wird nichts konkretes vorgeworfen, was gegen Gesetz verstößt. Das Gericht wird darüber entscheiden, ob solche Schmerzensgeldforderungen genauso durchgezogen werden können, wie die anderen Schadenersatzforderungen.

Wolfgang will vor Gericht eine Erklärung abgeben, in der er die Frage der Verantwortlichkeit des einzelnen Bullen aufwirft, der sich nicht dagegen wehrt, wenn er als Instrument von Staat und Atomindustrie gegen die Interessen der Bevölkerung benutzt wird, der sich den Einsatz von Gewalt gegen friedliche, ihr Recht ausübende Demonstrationen befiehlt und diese ausübt.

In der Tat ist es wenig logisch, daß Bullen, die bei einem solchen aggressiven Angriffseinsatz irgendwelche Verletzungen erleiden, nachher von ihren Opfern auch noch Schmerzensgeld verlangen, Opfern, denen sie nicht mal unterstellen, daß diese sie verletzt hätten!

Der Prozeßtermin findet statt am 31.1.80 in Hannover, Landgericht, Raum 144.

AKW-Nein-Kommunisten

Helf!



Helf!

Demo gegen Tiefbohrungen in Gorleben!

Am Sonnabend, dem 12.1.1980, fand in Lüneburg eine Protestdemonstration gegen die Tiefbohrungen in Gorleben durch die Innenstadt statt. An dieser Demonstration nahmen ca. 150 Menschen teil. In der Fußgängerstraße stattfand, ging der Redner der Anti-Atom-Initiative hauptsächlich auf die politizustaatliche Entwicklung im Kreis Lüneburg-Dannenberg ein. Die Demonstration wurde unterstützt von mehreren Einzelpersonlichkeiten, den Asten, politischen Organisationen, Frauengruppen, Umwelt- und Anti-Atominitiativen und anderen.

KW/Gruppe Lüneburg

Weitere »Gorleben«-Prozesse AKWs in Bayern:

Diesmal geht's gegen vier AKW-Gegner aus Göttingen, die sich am 9.7. an einer PKW- und Sitzblockade vor dem Depot der Bohrfahrzeuge in Lückow beteiligt haben sollen. Damals konnten die Bohrfahrzeuge für einige Stunden das Depot nicht verlassen, bis die Bullen die Blockade gewaltsam aufgelöst hatten (s. AK 158). Alle vier Betroffenen sind angeklagt wegen „Nötigung“; die Anklage stützt sich im wesentlichen auf Fotomaterial, das die Bullen während der Aktion aufgenommen hatten. Der 1. Prozeßtermin vor dem Amtsgericht Uelzen ist voraussichtlich am 1.2.; der zweite und dritte voraussichtlich am 6.2. Interessierte können näheres erfahren (genaue Prozeßtermine!) beim Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Tel.: 0551/7700138.

Ebenfalls wegen „Nötigung“ ermittelt zur Zeit die Staatsanwaltschaft Uelzen gegen insgesamt 64(!) Teilnehmer einer Blockade in Dannenberg am 12.9.79 im Rahmen der Aktionswoche gegen den Beginn der Tiefbohrungen. Ein Teil der Blockadeteilnehmer war während der Aktion von den Bullen eingekerkert worden und konnte die Sperre erst nach Abgabe der Personalien wieder verlassen. Auch hier werden demnächst die ersten Anklagen im Haus stehen. Von dem Ermittlungsverfahren Betroffene sollen sich beim Göttinger Arbeitskreis zwecks Koordination melden!

Ant-AKW-Kommision
KB/Gruppe Göttingen

Ruinen, Ruinen, Ruinen ...

Gundremmingen: endgültig aus

Exakt 3 Jahre nach dem letzten schweren Unfall fiel die Entscheidung: Das 13 Jahre alte AKW in Gundremmingen wird endgültig stillgelegt. Die erst trotzdem vorgesehene „Nachrüstung“ hätte annähernd 300 Millionen DM gekostet, fast soviel wie das ganze AKW einschließlich Neben- und Grundstückkosten verschlungen hat.

Mit zwei besonders schweren Unfällen hat es eine traurige Berühmtheit erlangt: 1975 verbrannten zwei Schloßer bei Reparaturarbeiten, die eigentlich Verantwortlichen der Atomindustrie wurden die zur Rechenschaft gezogen. Zwar lief noch ein Revisionsverfahren gegen Angehörige der Werkleitung (die waren freigesprochen worden), die Staatsanwaltschaft nahm aber den Stilllegungsbeschluß gleich zum Anlaß, den Revisionsantrag beim Bundesgerichtshof zurückzuziehen. So einfach ist das. Im Januar 1977 verursachte starker Frost einen Kurzschluß an einer Hochspannungsleitung. Folge: Das Reaktorinnere des Grundremminger AKWs versank in einem meterhohen, radioaktiven See. Es gelangte natürlich keine Radioaktivität nach außen!

Über die weitere Zukunft der Ruine wird in der Presse widersprüchliches verbreitet. „sicherer Einschluss“, d.h. ein luftdichter Abschluß wie in Niederrachbach, damit die hohe Radioaktivität abklingen kann. Irgendwann (?) soll es dann abgetragen werden.

Andere Quellen sprechen davon, daß ein Abriss schon möglichst bald in Angriff genommen werden sollte. Da gibt's allerdings ein paar Probleme. Noch nie ist bisher ein ausgewachsenes AKW „beseitigt“ worden. Ausserdem ist das AKW in Gundremmingen durch die verhältnismäßig lange Laufzeit (10 Jahre) in seinem Innern dermaßen stark radioaktiv verunreinigt, daß derzeit an einen Abriss gar nicht zu denken ist. Das gibt auch der Pressesprecher der Bayerwerk AG zu.

Ganz besonders Schlaus schlagen vor, die ausgediente Ruine als „Endlager für nukleares Material“ zu nutzen – wirklich eine tolle Idee. (Man könnte dort z.B. die Betonklötze des abgebrannten AKW Niederrachbach „endlagern“, später vielleicht alles zusammen im dann stillgelegten Reaktor Biblis, usw., usw.) Man wird abwarten müssen...

Unfall in Kahl: die nächste Ruine?

Unfall in Kahl: die nächste Ruine?

Am Abend des 5. Januar ereignet sich der 30. (offizielle) Unfall im „Ver-

Hessen bleibt vorn:

Neue Umweltskandale

Am 10. Dezember wurde, aufgrund von Recherchen von Journalisten, bekannt, daß die Firma Hoechst hochgiftige Abwässer in den Main leitet. 1976 wurde die biologische Kläranlage von Hoechst fertiggestellt. Selbst Hoechst gibt zu, daß mizahlaltige Abwässer aus „technischen Gründen“ nicht gereinigt werden können und deshalb ungeklärt in den Main geleitet werden – immerhin 10000 Kubikmeter pro Tag! Nach Aussagen von Experten (Prof. Dr. Günter Axt, Uni Berlin) sind Kläranlagen auch gar nicht dafür geeignet, Giftstoffe abzubauen.

„Man muß deshalb die Chemikalien um die Kläranlage herum gleich in den Fluß leiten“ (FR, 11.12.79). Den Behörden und auch Hessens „Umweltminister“ Görlach, war diese Praxis von Hoechst lange bekannt. „Seit Februar hatten zahlreiche Wasserproben im Main vor und hinter den Hoechster Abwasserkanal den von den Behörden schon lange gehegten Verdacht bestätigt, daß neben den amtlich erlaubten Einleitungen von gift- und mizahlaltigen Rückständen auch schwer abbaubare Organ-Chlorverbindungen wie Chloroform, Tetrachloräthylen und Trichloräthylen von den Werksmüllmännern in den Main gekippt wurden“ (Stern, 19.12.79).

Es wurden aber „weder die Wiesbadener Parlamentarier noch die Öffentlichkeit über den neuen Umweltskandal informiert“ (Stern, 19.12.)



nachatomkraftwerk“ Kahl. Nach Presseberichten traten 30 Kubikmeter – angeblich „aktivitätsfreies“ – Wasser aus. Dennoch war die Radioaktivitätsabgabe an die Umwelt höher als normal (s. 7.1.). Die Ursache des Unfalls ist bis heute nicht geklärt. Inzwischen wurde der TÜV eingeschaltet. Mißtrauen macht, daß die angebliche Ursache – ein geöffnetes Ventil – gar nicht die Ursache gewesen sein kann, da dieses Ventil bereits zwei Wochen lang geöffnet war. Über diese Störung war aber von offizieller Seite nicht informiert worden. Insgesamt mal wieder eine undurchsichtige Sache.

Da Kahl der älteste Reaktor (Inbetriebnahme: 1961) in der BRD ist, wird auch hier wohl die endgültige Stilllegung nicht mehr lange auf sich warten lassen – das wäre dann die 4. Ruine (neben Niederrachbach, Lingen und Gundremmingen) in der Bundesrepublik.

Niederrachbach: Hürden für Abriss

Der schon oft angekündigte und immer wieder angeblich beantragte Abruch des AKW Niederrachbach zögert sich weiter raus. Auf eine Anfrage eines CSU-Abgeordneten stellte der bayerische Umweltminister Dick fest, daß vor einer Freigabe des Lagers Ase (derzeit gesperrt) an einen Abriss überhaupt nicht zu denken sei. Er wies in dem Zusammenhang dem Bund die Verantwortung für die Endlagerung zu. Die zweite Voraussetzung für eine Abbruch-Genehmigung wie in dem Zusammenhang dem Bund die Verantwortung für die Endlagerung zu. Die zweite Voraussetzung für eine Abbruch-Genehmigung sei die „sicherheitstechnische Unbedenklichkeit“.

Offenbar fließt das Gift noch immer in den Main. „Der Hoechst AG sei zwischenzeitlich die Auflage gemacht worden, (...) das Problem technisch zu lösen.“ Dies ist dadurch möglich, daß die Nachklärbecken erweitert werden“, sagte Bruns (Umwelt Staatssekretär). Er hoffe, daß diese Auflage bis zum Frühjahr 1980 erfüllt werde“ (FR, 11.12.79). Das ist schon mehr als dreist. Görlach versucht nun, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Er spricht von „Kalttem Krieg“ zwischen Umweltbehörden und Hoechst, und daß es schwer sei, überhaupt Informationen über giftige Abfälle des Konzerns zu bekommen.

Es soll demnach alles so bleiben. „Minister Görlach indes weiß, daß er einen durchschlagenden Erfolg haben könnte, wenn ich das große Beil schwingen würde.“ Das „große Beil“ bedeutet Stilllegung der betroffenen Firmen – bedeutet aber auch Arbeitsplatzverlust für etliche tausend Menschen. Und das, so Görlach, könne er doch wohl nicht verantworten“ (FR, 14.12.79).

Die „Alternative“ Umweltschutz oder Arbeitsplatz, das ist die „grüne Politik“ der SPD, die sich dann auf die Seite der Konzerne schlägt. Hoechst selbst bestreitet natürlich wie üblich – irgend etwas mit einem Umweltskandal zu tun zu haben – und läßt sich das auch was kosten. Man fand Mitte Dezember die firmeneigene Zeitung „Blick auf Hoechst“ mit einer Auflage von

Aber gerade daran hapert es offenbar zur Zeit. Das Karlsruher Kernforschungszentrum – derzeit Besitzer des AKWs – favorisiert einen Plan, nach dem die Zerlegung der am stärksten verunreinigten Teile des Reaktors (der biologische Schuttd) „naß“ erfolgen soll. Die Folge wäre, daß das entsprechend radioaktive Wasser in großen Mengen in die Isar gekippt würde. Dagegen wehrt sich aber besonders die Stadt Landshut, und auch Dick scheint davon nicht sehr angetan zu sein.

Fazit: Das Ganze wird wohl noch ein Weilchen dauern.

AKW Ohu: Die Pausen werden immer länger

Da es in Ohu wohl kaum ein Rohr gibt, das nicht irgendwann schon mal einen Knack hatte, soll jetzt der ganze Ramisch ausgewechselt werden. Das gesamte Speisewasser-Rohrleitungssystem soll durch kleinere und dickere Rohre ersetzt werden. Das dauert lange und ist teuer: 200 Millionen müssen dafür berappt werden, ein Jahr lang wird dafür benötigt. Neben dem gesetzlich vorgeschriebenen Umbau der Schnellabschaltbehälter soll diese „Nachrüstung“ der „besseren Verfügbarkeit“ des AKWs dienen, d.h. die kaum noch überschaubare Zahl von Unfällen, die das fast angelappte AKW schon hinter sich hat, soll in Zukunft etwas reduziert werden. Falls bis dahin alles gut geht, wird im Frühjahr 1981 die einjährige Pause beginnen.

Falls bis dahin alles gut geht, wird im Frühjahr 1981 die einjährige Pause beginnen.

KB/Gruppe Nürnberg

Borken soll leben!

Jetzt wird es ernst: Im Übereinstimmung mit der hessischen Landesregierung (SPD/FDP) hat die „Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) den Antrag auf Genehmigung des Baus einer WAA im nordhessischen Borken gestellt. Damit ist die nächste Runde in der Diskussion um das BRD-Atomprogramm eingeleitet. Nach dem vorläufigen (freilich nicht endgültigen) Stopp der Gorleben-Pläne wird mit diesem Antrag ein Konzept mehrerer Wiederaufbereitungsanlagen (statt einer einzigen Superfabrik) in verschiedenen Bundesländern in die Diskussion gebracht. Konkret wird an die Kapazität von jeweils 350 Tonnen jährlich gedacht. Die hessischen Pläne sind zweifellos ernst zu nehmen, finden also doch in FDP und CDU einen sicheren Rückhalt. Was aber das Wichtigste ist: Dem Polit-Manager Börner traut es die Bundesregierung zu, eine WAA „politisch durchzusetzen“, d.h. den Widerstand auch in der SPD kaltzustellen. Anders als in Niedersachsen bahnt sich im Hessen eine große Atom-Koalition aller bürgerlichen Parteien an. Dies ist der Grund dafür, daß nach Gorleben der nächste Vorstoß in diesem Bundesland erfolgt ist. Die Atompolitik scheitern das Risiko dieses Vorstoßes falsch einzuschätzen: Die Chance der Ant-AKW-Bewegung, dadurch einen größeren Einbruch in die hessische SPD (Anhängerschaft) zu erzielen.

Noch vor einem Vierteljahr hatte es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein, als ob der Vorschlag einer hessischen WAA lediglich ein „Alleingang“ des FDP-Wirtschaftsministers Karry wäre, der als 100prozentiger Atomlobbyist hinreichend bekannt ist. Anfang Oktober '79 erklärte Karry, man müsse Niedersachsen für die Zukunft wäre, der als 100prozentiger Atomlobbyist hinreichend bekannt ist. Anfang Oktober '79 erklärte Karry, man müsse Niedersachsen für die Zukunft wäre, der als 100prozentiger Atomlobbyist hinreichend bekannt ist.

Es genüge aber nicht, „eine solche Untersuchung in Niedersachsen anzustellen“. Hessen dürfe in der Frage der Wiederaufbereitung und Zwischenlagerung keine „schematische Zurückhaltung“ üben. Des weiteren erklärte Karry, er habe gegen eine Erweiterung des AKW Biblis um einen (dritten) Block C „überhaupt keine Bedenken“, und er sei ebenso „jederzeit bereit, einen Antrag auf WEAG (Preussagen Elektra) für ein weiteres Kernkraftwerk in Borken ganz energisch in Angriff zu nehmen“ (FR, 5.10.79). Karry stellte sich damit in bemerkenswerter Weise gegen seinen sozialdemokratischen Koalitionspartner,

der im Hemenwahlkampf und danach verriet hatte, daß in Borken noch „nie“ Atomanlagen geplant gewesen seien, und daß ein Ausbau von Biblis unverantwortlich sei. So kam es auch, daß die hessischen Jungsozialisten – in einseitigem Vertrauen auf diese von Börner selbst getätigten Aussagen – den Regierungschef aufforderten, sich von Karrys Aussagen zu distanzieren und klarzustellen, daß der Wirtschaftsminister nicht die Auffassung der Landesregierung vertritt. Börner allerdings blieb eine solche „Klarstellung“ schuldig. Mitte Dezember erklärte er in einer Fernsehdebatte, es sei „noch gar nichts beschlossen“ (FAZ, 14.12.79).

Im neuen Jahr brach dann die Stunde der Wahrheit – von der rechtsextremen hessischen CDU lange herbeigeseht – an. Börner stellte sich klar hinter Karry. Vor der SPD-Landtagsfraktion erklärte er, es müsse „ernsthaft geprüft werden, in welchen Bundesländern anstelle der Großanlage von Gorleben die erforderlichen drei oder vier Anlagen kleineren Umfangs gebaut werden könnten“ (FR, 16.1.). Hemen dürfte sich „aus dieser Diskussion nicht ausschließen“ (ebenda).

Mit dem Finanz- und Sozialminister stellten sich gleich darauf zwei weitere Kabinettsmitglieder hinter die WAA-Pläne. Damit ist die Entscheidung klar. Wie sich „Umweltminister“ Görlach, der dem „linken“ Frankfurter Kreis in der SPD angehört (Eppler, Duve, Traube), diesmal aus der Affäre ziehen wird, ist von untergeordneter Bedeutung. Die CDU-Opposition hat bereits ein überschwengliches Lob für diesen „Schritt in die richtige Richtung“ ausgesprochen (FR, 17.1.).

Hessens Landespolitiker dürfen also mit Fug und Recht für sich in diesen „Schritt in die richtige Richtung“ ausgesprochen (FR, 17.1.).

Hessens Landespolitiker dürfen also mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen, zu den vorliegenden ihrer Berufspartei zu gehören. Aber das Lachen, das sie mit ihren Posen immer wieder provoziert haben, bleibt einem nun im Hals stecken. Denn dieses Bundesland schickt sich an, bei der Verwirklichung des Atomprogramms die Führungsrolle zu übernehmen. Alle hessischen AKW-Gegner einschließend der Jungs und auferufen, ein breites Bündnis zur Verhinderung einer WAA ebenso wie von Zwischenlagern und weiterer zu bilden. Wenn in Hessen die Entscheidung gesucht wird, sollten wir darauf vorbereitet sein.

KB/Gruppe Frankfurt

Stoltzenberg-Zeugen waren präpariert!

„Die gesamte Glaubwürdigkeit der bisher vernommenen Zeugen steht auf dem Spiel“, so jedenfalls nicht es der Vorsitzende des Hamburger Stoltzenberg Untersuchungs Ausschusses, Wolfgang (SPD), und erklärte, daß die Strafprozeßordnung umgangen worden sei. Was war geschehen?

Der Zeuge Prof. Brecker, Leiter des Senats-Organisationsamtes, hatte sich bei seiner Vernehmung verplappert und mußte eingestehen, daß er v o f der Verhandlung unentgeltlich angefertigte Notizen von den bereits vernommenen Zeugen Dr. Haas und Hauptmeister Hans Ulrich Klose (SPD) geliehen hatte. Er gab ferner an, sich vor seiner Vernehmung u. a. mit Klose „beraten“ zu haben. Brecker hatte sich, um seine Aussage vor dem Ausschuß abzuschwächen, auf eine Aussage von Dr. Haas berufen, die nicht an die Presse gegeben worden

war. Durch Nachfragen stellte sich heraus, daß über die Vernehmungen dem Ausschuß bisher unbekannte Akten existieren, deren Herausgabe sofort vom Ausschuß-Vorsitzenden beantragt wurde.

Weiland gegenüber der Presse: „Wir haben Anlaß zur Befürchtung, daß es auch in anderen Behörden Geheimprotokolle über Zeugenausagen gibt ... alle diese Akten wollen wir jetzt sehen.“ Dann wird sich entscheiden, ob das bisherige Untersuchungsverfahren – in dem 75 Zeugen mit einem Kostenaufwand von 100 000 Mark verhört wurden – wegen Verstoß gegen die Strafprozeßordnung (Beeinflussung von Zeugen) platzen wird und der Skandal erneut aufgerollt werden muß (Hamburger Abendblatt, 16.1.).

AKW Neun Kommission

Ein Genome der KB-Gruppe Frankfurt

Imperialismus und Ökologie

Kurzer Überblick

Die Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung ist in den letzten fünf Jahren zu einer der größten Bewegungen in der BRD geworden. Teilweise — insbesondere nach der Harburg-Katastrophe — sprachen sich laut Umfragen mehr als 50 % der Bevölkerung gegen das derzeitige Atomprogramm der Bundesregierung aus. Ausgangspunkt dieser Verfechtung waren in der BRD unzweifelhaft die Großaktionen des AKW Bauplänen, die vornehmlich von linken, antikolonialistischen Kräften getragen worden waren. Der Staat, der diese Kräfte als gewalttätige Chaoten isolieren wollte, hatte gleichzeitig geglaubt, daß er mit allen Machtmitteln das menschenfeindliche Atomprogramm durchsetzen will.

Heute haben wir umgekehrt auch die Situation, daß der Staat und die bürgerlichen Parteien das entstehende Umweltbewusstsein für ihre Ziele nutzen machen wollen und sich die Massenmedien in ihrem Sinne des Problems angenommen haben. Gerade angesichts dieser Bemühungen ist von der Herrschenden muß die Leichtfertigkeit annehmen, mit der heute auch in der Linken der systemprägende Charakter der Ökologiefrage herunterschwärzt wird. Es raunen muß es auch, daß in der Diskussion um die grüne Parteibildung die Grünen als die Entdecker der Ökologiefrage gefeiert werden. Unheilbar ist dabei in der Tat, daß von den Grünen die Ideologie vom »Primat der Ökologie« als oberster Bezugspunkt aller zukünftigen (sozialistischen und wirtschaftlichen) verstanden wurde, eine Ideologie, die bei Beginn des Aufschwungs der Umweltschutzbewegung noch keineswegs die bedeutsame Rolle spielte. Heute hat die These, daß die Förderung der Gesundheit der Menschen und der Raubbau an der Natur nicht hauptsächlich als direkte und notwendige Folge des kapitalistischen Systems zu betrachten seien, auch innerhalb der Linken breiten Eingang gefunden.

Innerhalb der Ökologiediskussion werden entweder »überzogene Konsumbedürfnisse« der Bevölkerung insgesamt oder in linker Variante das »industrielle System« für diese Erscheinungen verantwortlich gemacht. In beiden Fällen wird unter dem Primat der Ökologie der Klassenkampf als entscheidendes Element in den Schablonen des 19. Jahrhunderts abqualifiziert. »Begriffen wie links, rechts«, »fortschrittlich oder reaktionär« seien überholt. »Die grüne Bewegung ist weder links noch rechts, sondern vorne (Uhr/Uhrlin): Diese These kennzeichnet exemplarisch das Selbstverständnis und die Begriffsverwirrung, die sich auch in der Linken breit macht. Das bringt die Gefahr mit sich, daß diese Bewegung sich damit der Klarheit beraubt, die notwendig ist, um den zukünftigen imperialistischen Plänen entgegenzutreten. Seit der bringt die Gefahr mit sich, daß diese Bewegung sich damit der Klarheit beraubt, die notwendig ist, um den zukünftigen imperialistischen Plänen entgegenzutreten.

Seit der bringt die Gefahr mit sich, daß diese Bewegung sich damit der Klarheit beraubt, die notwendig ist, um den zukünftigen imperialistischen Plänen entgegenzutreten. Seit der bringt die Gefahr mit sich, daß diese Bewegung sich damit der Klarheit beraubt, die notwendig ist, um den zukünftigen imperialistischen Plänen entgegenzutreten.

Hier können ökologische Ideologien, die den Klassenkampf für überwinden erklären, dem Imperialismus durchaus das Geschick erleichtern.

Ökologie als Dreh- und Angelpunkt?

Schon an den katastrophalen ökologischen Schäden des Altertums läßt sich leicht zeigen, daß diese nicht durch das »normale« Einwirken des Menschen entstanden sind, sondern durch einen unverhältnismäßigen Raubbau. So legte die imperiale Großmacht Rom durch die Abholzung riesiger Waldflächen in den Apenninen die Grundlage für deren heutige Versteppung. Nicht der Luxus dieses Sklavenhaltergesellschaft stand dabei im Vordergrund, sondern die enormen Mengen an Holz dienten vorwiegend dem spanischen Seehandel gegenüber den konkurrierenden Mittelmeerländern. Für die immer neuen Kriegsschiffe gebraucht wurden. Ebenso wie die Herrscher Roms auf ihren Galerien hunderttausende von Sklaven in den Tod schickten, versuchten sie riesige Wälder, um ihren Machtbereich auszudehnen. Ebenso ließen die spanischen Kolonialherren rücksichtslos den südamerikanischen Urwald roden, um dort Gummibäume oder Kaffeebäume anzupflanzen. War der Boden danach ausgelaugt, wurden einfach neue Flächen gerodet.

In gleicher Weise wurde in allen kolonialisierten Ländern verfahren. Die forsten die Rohstoffe für die imperialistischen Staaten zu liefern hatten und durch nackte Gewalt gezwungen wurden, sich in ihrer Wirtschaftsstruktur völlig nach deren Plänen zu richten.

So wurde Indien gezwungen, vor allem Baumwolle zu produzieren, die mittelamerikanischen Länder wurden zu den »Bananenrepubliken«, Kuba zur Zuckerinsel usw. Allen diesen Kolonialisierungen war gemeinsam, daß die unterdrückten Völker zu Monokulturen gezwungen wurden, was sie extrem abhängig vom Imperialismus machte, auch nach den — oft nur auf dem Papier bestehenden — Unabhängigkeitsklärungen. All diese Staaten hatten zuvor auf die natürlichen Bedingungen angepaßte Wirtschaftssysteme, welche zumeist in der Lage waren, die Bevölkerung dieser Länder zu ernähren. Das wohl bekannteste Beispiel hierfür ist Indien, welches vor der Kolonisation noch Lebensmittel ausführen konnte, heute aber von immer wiederkehrenden Hungersnöten betroffen ist.

Bekannt ist auch, daß durch den Zwang zu Monokulturen weite Landstriche der Dritten Welt für landwirtschaftliche Zwecke nicht mehr nutzbar sind und eine Brown fruchtbarer Boden elstern. Hierfür sind Teile der Sabelzone in Afrika das treffendste Beispiel. Die gigantischen Abholzungsmassnahmen des brasilianischen Urwaldes durch das Militärregime sind ein weiteres Beispiel für hemmungslosen Raubbau an der Natur und der bewußten Vernichtung der dort lebenden Indianer. Damit ist dies vorrangig ein ökologisches Problem oder zeigt sich nicht hier der Imperialismus in seiner wahren Gestalt, indem er gleichermaßen über Leichen wie Wälder geht, wenn es dem Profit nutzt?

Auch als die US-Armee im Vietnam-

krieg die Wälder entlauben ließ und die Bräun versicherte, zeigte sich, wie weit die herrschende Klasse des US-Imperialismus zu gehen bereit war, um ihre Einflußsphäre zu sichern. Ist dies ein ökologisches Problem, oder wiederum die Konsequenz eines Gesellschaftssystems, für das nur der Profit zählt?

Der Schwindel mit der Energiekrise

Seit den Arbeiten des Industriellen-Clubs of Rome (seit Ende des 60er Jahre) gehört es zum ständigen Repertoire der bürgerlichen Propaganda, die genauso allgemeine wie richtige Feststellung zu treffen, die natürlichen Energievorräte seien begrenzt, um damit die politisch-wirtschaftlichen Ziele der imperialistischen Staaten zu begründen und in der Bevölkerung zu verankern. Daß diese scheinbar ökologische Ansicht nicht der Beweggrund für die heutige Energiepolitik der Herrschenden ist, sondern vielmehr handfeste ökonomische und politische Gründe vorherrschen, wollen wir im folgenden aufzeigen.

In der Propaganda zur »Ölkrise« ist mittlerweile weitgehend vorgesehen, daß es 1973 auch unter bürgerlichen Kreisen starke Kritik an der Politik der Ölkonzerne gab, daß laufend neue Fakten vorlägen, die dem Gerücht von einer Versorgungskrise auf Grund ökologischer Engpässe Lugos straften: Die Öllager waren überfüllt, die Öllager führten Schlagartig nur noch mit halber Kraft, sie standen z.B. in Rotterdam Schlangenzur Entladung etc. pp. Die Propaganda des ökologischen Ansatzes in Form von Energieparaphrasen an die Einzelnen geht hier an den Tatsachen einer ausreichenden Energieversorgung vollständig vorbei. U.B. wissen die Propagandisten der Ölkonzern, daß die Verkaufserlöse der Ölkonzern auf 80 bis 90 Prozent der Ölkonzern selbst, die einen Versorgungsspaß unabhängig von ökologischen Fragen produzieren. B. Commoner belegt in seinem Buch »Energieinsatz und Wirtschaftskrise« sehr deutlich, daß es die amerikanischen Ölkonzern waren, die bewußt die Erdölproduktion nach Ozeanien in den USA weil 1957 drastisch reduzierten, um mit dem vorwiegend im Nahen Osten geförderten Öl einen höheren Profit zu machen. Es kommt zu dem Schluß: »Uns läuft nicht so sehr das Erdöl aus, als die Interessen der Ölkonzern, danach zu suchen und ... der körperliche Abfall in der Ölkonzern (war) auf willkürliche Entscheidungen der Ölkonzern zurückzuführen« (S. 53).

Auch bei der Versorgung der BRD werden ökologische Gründe für die »Verknappung« des Öls angeführt. Doch kann man bei einem führenden Vertreter der Atomlobby, H. Michaelis, seinen Zeichens Betreuer der BG für Rohstoff-Fragen und Befürworter eines massiven Ausbaus der Atomenergie, lesen: »Nur deshalb, weil befürchtet wird, daß sich die Vorräte an fossilen Brennstoffen bis zum Ende der Jahrhunderte erschöpfen, wäre daher eine Umwandlung der Kernenergie nicht gerechtfertigt. Die zukünftige Versorgung ist jedenfalls kein Mengenproblem, sie ist ein Problem der Preise und Kosten und, wie wir sehen werden, ein Problem des Zugangs zu vorhandenen Ressourcen. Dies gilt wohlgeachtet nur für die Zeit bis zur Jahrhundertwende (H. Michaelis, Kernenergie, München 1977, S. 116).

Michaelis weist darauf hin, daß in Venedigs Ölvorkommen in der Größenordnung der Vorräte des Nahen Ostens entdeckt worden sind, was auf wenige Zeiten beschränkt, paßt es doch so schlecht in das offizielle Verknappungsbild (s. hierzu auch besonders: »Wie knapp ist Öl wirklich«, AK 159).

Die imperialistischen Staaten, deren Primärenergiebedarf weitgehend durch das Öl gedeckt wurde, stützen in erster Linie den Kostenvorteil des billigsten Energieträgers und nahmen dabei, wie vor allem die USA, durch ständig steigende Importe eine negative Handelsbilanz in Kauf. Durch einen derartig niedrigen Ölpreis, der durch keinerlei Steuern belastet sogar unter dem Weltmarktpreis liegt, war es für die amerikanische Industrie oder Energieindustrie nicht notwendig, Energie einzusparen. Stattdessen wurde der Absatz von Ölprodukten angehoben, um so relativ niedrige Ölpreise im öffentlichen (auch: Politik und Zeitgeschichte, Band 5/79).

So konnte man in den USA vor kurzem noch für 35 Pfennig tanken und wird pro Produktionsenergie doppelt so viel Energie verbraucht, wie in den europäischen Staaten (»Sterne«, S. 4.79).

Stattdessen wurde in der BRD mit der sogenannten Ölkrise (s.u.) versucht, den Anteil des Öls kostengünstig heranzuführen, Einmal durch dringende Pläne in Bezug auf das Atomprogramm, zum anderen durch schon früh einsetzende Energieeinsparungsmaßnahmen.

So konnte durch Verbesserungen in der Kraftwerkstechnik der Ölverbrauch zur Erzeugung einer Kilowattstunde Strom seit 1950 von 0,41 Liter auf 0,23 Liter gesenkt werden (»Sterne«, S. 4.79).

Ich bin Energie-sparer

Insgesamt hat sich der Energieverbrauch der deutschen Industrie (bezogen auf je eine Mark Produktionswert) seit 1950 mehr als halbiert (stets).

Dies zeigt eindeutig die Kosten vor allem für die Ölkonzern, die sich die marktbeherrschenden amerikanischen Ölkonzern teuer bezahlen ließen. Insofern geschahen die Sparmaßnahmen nicht, um die Reserven zu schonen, sondern um den Kostenfaktor Energie gering und die Gewinne hoch zu halten.

Was für Möglichkeiten darüber hinaus noch offenstehen, läßt eine geheime Studie des Mineralölkonzerns BP erkennen, »Alte aus dem Wasserdampf, der zu einer industriellen Prozente benutzt wird, lassen sich beifügen, über elektrische Generatoren geleitet, zusätzlich 31 000 MW gewinnen.« (Atomenergie und Arbeitsplätze, S. 8).

Parallel zu den Bemühungen, aus der Abhängigkeit vom Öl herauszukommen, laufen immer wiederkehrende unheilvolle Kriegsdrohungen gegen die OPEC-Länder. Anfang 1975 drohte der damalige amerikanische Außenminister Kissinger mit einem »Präventivkrieg«, und der damalige Verteidigungs- und jetzige Energieminister Schlesinger erklärte: »Ich glaube, wir würden, falls es ein neues Öl embargo geben sollte, weniger tolerant sein als das letzte Mal« (»Welt«, 24.4.79). Auf der anderen Seite wird mit ständigen Meldungen in der Presse über die »Schwäche«, die uns den Hahn abdrehen wollten eine Verhetzung betrieben, die für ein eventuelles militärisches Eingreifen die notwendige ideologische Rückendeckung in der Bevölkerung geben soll. Ganz konkret wurde solche ein Eingreifen bekanntlich für den Iran erwogen, als die USA Teile ihrer Mittelmeerflotte in Alarmbereitschaft setzten und in amerikanischen Wüstengebieten Manöver durchführten, in denen die Einnahme von Ölquellen geübt wurde.

Gewinnsexplosionen bei den Ölkonzernen

Gewinnsexplosionen bei den Ölkonzernen

Die Energiekonzern haben bei der jetzigen Entwicklung wieder einmal doppelt ab. Sind sie schon in der »Ölkrise« 1973/74 Soppergewinne ein und machten in der nachfolgenden Zeit aus jeder einprozentigen Preissteigerung der OPEC-Staaten eine zehnprozentige des Konzernpreises, so lassen sie sich aus dem Umsteigen auf andere Energiegewinnungsarten bei gleichzeitiger künstlicher

Verknappung teuer bezahlen. So explodierten bei einigen Ölkonzernen im ersten Quartal 79 regelrecht die Profite. Absoluter Gewinner ist Continental Oil mit einer 343 %igen Steigerung des Gewinns. Aber auch die anderen liegen nicht schlecht: Exxon 37 %, Mobil Oil 82 %, Texaco 81 % und Gulf 61 % (»Handelsblatt«, 3.5.79). Diese Profite müssen zusätzlich auf dem Hintergrund gesehen werden, daß die Förderung der OPEC-Staaten im demselben Zeitraum, also im ersten Quartal 79, eindeutig höher lag als im ersten Quartal des Vorjahres (»FR«, 16.5.79). Insofern dienen die angehobenen Benzinpreise, die langfristig sogar auf 2 DM steigen sollen, dazu, die Neuinvestitionen der Energiekonzern zu finanzieren, und die Umstellung der Energieversorgung der imperialistischen Staaten reibungslos und ohne Verluste abwickeln zu können. Dies soll im wesentlichen über horrenden Preissteigerungen bei Benzin und Holz bewerkstelligt werden, d.h., daß in erster Linie die Bevölkerung dafür bezahlen muß. Dafür wird ihr nicht nur von Teilen der »Ökologie-Bewegung«, sondern von Konzernen und Staat die angebliche Notwendigkeit des Energie Sparsens eingeschmeichelt. Gleichzeitig erreichen die Gewinne der Energiekonzern autonome Höhen.

Andererseits darf aber auch nicht übersehen werden, daß speziell die Ölkonzern nur widerwillig den Anteil des Öls am Gesamtenergieverbrauch herunterschrauben lassen. Allein durch das politische Interesse im Sinne einer größeren Autarkie auf dem Energiesektor wird eine solche Umstellung unter staatlichem Druck erfolgt. Denn bekanntlich nennt sich kein Kapitalist freiwillig von einer Profitquelle oder läßt sich diese schmälern. Doch die Aussicht auf völlig überhöhte Preise und den großen Markt der sich aus abstoßenden alternativen Energietechnologien versüßt die Abkehr vom Öl. Da sich aber durch die jetzige Entwicklung die Energiekosten insgesamt erhöhen, will natürlich kein Land mit einer drastischen Umstellung anfangen, auch wenn damit langfristig eine unabhängige Energieversorgung verbunden ist.

Den, will natürlich kein Land mit einer drastischen Umstellung anfangen, auch wenn damit langfristig eine unabhängige Energieversorgung verbunden ist.

Innerhalb der imperialistischen Länder herrscht eine heftige Konkurrenz. Da dasjenige Land im Vorteil ist, das vorrangig den billigsten Energieträger nutzt, schieben sich speziell die BRD und die USA gegenseitig das Schwarze Peter in puncto »Energiesparen«, sprich Abkehr vom Öl, zu. Unter diesem Aspekt erklärte Wirtschaftsminister Lambdorff in einem »Spiegel-

Fortsetzung nächste Seite



Volltanken!



Der Sparküller: Bei verhaltener Fahrweise nur 18 statt 22 l. Ersparnis: 36,4%



Nur wenig Sparmöglichkeit: Golf Diesel. Selbst bei optimaler Fahrweise sinkt der Spritverbrauch nur um einen Liter von 8,5 l auf 6,5 l. Ersparnis: nur 15,4%

Fortsetzung von Seite 13

Interview, »... ich bin durchaus der Meinung, daß in einer Reihe von Verbraucherländern der Preis für Rohöl erheblich zu niedrig ist ... so meinte ich damit vor allem dem weltweit größten Öl-Verbraucher, die USA« (»Spiegel«, 2.4.79). So ist auch zu verstehen, daß die Exxon als größter amerikanischer Energiekonzern kürzlich Japan mitteilte, daß die Öllieferungen um 30 % gekürzt und innerhalb der nächsten 18 Monate vielleicht ganz eingestellt würden (»Stimme«, 2.4.79). Hierdurch zwingen die USA ihren härtesten imperialistischen Konkurrenten, auf andere und somit teurere Energieträger umzuspringen oder ihr Öl zukünftig noch teurer zu beziehen, was die japanischen Waren auf dem Weltmarkt zwangsläufig verteuern wird und im Gegenzug die amerikanischen Konkurrenzfähigkeiten machen wird. Aus den gleichen Gründen fordert Lambdardoff die USA auf, mit dem »Energiesparen«, sprich Erhöhung der Energiekosten, anzufangen.

Aber auch diejenigen, die die Parole des Energiesparens zwar nicht zur Rettung des Kapitalismus ausgeben, sondern als Frage des »Überlebens« abhandeln, liegen u.E. falsch. Beispielshaft hat K. Traube in einem »Spiegel«-Interview (40/79) klargestellt, daß ein Mangel an Energie nicht besteht. Es besteht allerdings ein Mangel an sinnvoller Anwendung der vorhandenen Energien.

So unterstreicht Traube, daß allein durch passive Energie-Erzeugung (Wärmedämmung sämtlicher AKW's überflüssig sind. Ebenso führt die unrationale Verwendung der Energie zu enormer Verschwendung, z.B. durch die hohe Abwärme bei großen Kraftwerkseinheiten.

Dieses Problem der Energieverschwendung ist allerdings nicht durch die Propagierung eines breiten »Umdenkens«, wie ihn grüne Ökologen propagieren, beizukommen. Damit wird wohl niemand ernsthaft die Monopolstellung der Energiekonzerns aus den Angeln heben wollen. So hat die ökologisch freundliche Verwendung der Sonnenenergie nur dann eine Chance, wenn die Monopole daraus ihren Nutzen ziehen können. Dazu schreibt Klaus Traube (»Spiegel«, 40/79): »Sollte ... die weitblickende Energiewirtschaft etwa eine Strategie der Entwicklung energieautarker Häuser durchsetzen, deren durch Wärmedämmung drastisch gesenkter Energiebedarf (ohne Vermittlung eines Unternehmens einfallender) Sonne gedeckt wird, um sich dann von den Bewohnern als Kunden zu verabschieden? Doch wohl nicht im Ernst«.

Die Energiesparappelle dienen dem Imperialismus bislang allemal dazu, der Masse der Bevölkerung größte Kosten aufzudrängen, um damit eigene Ziele der zukünftigen Energieplanung und Kosten zu finanzieren und kriegertische Auseinandersetzungen im Verteilungskampf um das Öl und die Rohstoffvorkommen vorzubereiten. Schon jetzt ist klar, daß die »Ölkrise« erst der Anfang zahlreicher »Rohstoffkrisen« nach ähnlichem Muster sein soll.

Zur Frage der Rohstoffkrise

Zum Stellenwert der Rohstoffe für den

BRD-Imperialismus in der jetzigen Lage sagt Struß in der Energie-debatte des Bundestages vom 14.7.79: »Das gleiche Problem wie bei der Energie zu bezahlbaren Preisen liegt natürlich auch vor und wird eines Tages auf uns zukommen ... wenn es um die wichtigsten Rohstoffe geht, von denen jede moderne Wirtschaft beruht und ohne die eine moderne Industrie nicht funktionieren kann ... Diese Rohstoffe kommen zum großen Teil aus Ländern, die politische Krisenherde und heute Gegenstand der großen sowjetischen Expansionsstrategie im Mittel- und afrikanischen Raum sind.«

Sieht frau/man sich die tatsächlichen Verhältnisse auch hier mal etwas genauer an, springen einem keineswegs akute Verknappungserscheinungen ins Auge, sondern ungeheure Verschwendung. In den USA wurden Mitte der sechziger Jahre jährlich etwa 4 Mrd. Tonnen (t) pflanzlichen, tierischen und mineralischen Rohstoffe verarbeitet. Davon waren etwa 2,3 Mrd. t, also mehr als die Hälfte, für die kapitalistische Abfallprodukte, die man aber nutzbringend hätte umwandeln können. Die Abfälle der amerikanischen Industrie enthalten jährlich 3 Mio. t Eisen, 950 000 t Aluminium, 400 000 t Kupfer usw. Ebenso würde die Aufarbeitung aller in den USA anfallenden Schwefelsäuremengen zu Schwefelsäure ungefähr das Doppelte des jährlichen Gesamtverbrauchs ergeben.

Für die BRD wird diese »Vergrudungs-krise« besonders deutlich an der Abwasserfracht des Rheins. An der Grenze BRD/Niederlande wird jährlich folgende Mengen zu messen: 12 500 t Zink, 3 000 t Chrom, 2 500 t Kupfer, 2 000 t Blei usw. usw.

Doch ist immer noch aufgrund der hemmungslosen Ausplünderung der Bodenschätze und Ressourcen der »Dritten Welt« eine Produktion unter Nutzung der primären Rohstoffe profitabler. Wo sich einige Zweige der Grundstoffindustrie in kapitalistischen Ländern auf die Nutzung von Altkapital und ein beschränktes Recycling umgestellt haben, ist dies unter militärischen und Ausatzgesichtspunkten geschehen. Wenn z.B. heute das Bundesinnenministerium einen Aufruf an alle Nationalwirtschaftler herausbringt, die im Faschismus im Rahmen der Kriegsvorbereitungen Recyclingverfahren entwickelt haben, was auch deren Kenntnisse zusetzt zu machen, sollten auch bei uns entsprechende Erprobungen wach werden.

»Im Rahmen des Umweltforschungsplans des Bundesministers des Inneren und im Auftrag des Umweltbundesamtes führt die VDI-Hauptgruppe ... gegenwärtig ein Forschungsvorhaben mit dem Titel »Auswertung alter Verwertungstechnologien aus Mangel- und Kriegswarten (1939 - 1945)« durch. Dabei wird von der Überlegung ausgegangen, daß in dem genannten Zeitraum möglicherweise Technologien entwickelt und erprobt wurden, die wegen des Überflusses der 30er und 60er Jahre in Vergessenheit geraten. Jedoch heute angesichts zunehmender Rohstoffverknappung von Nutzen sein könnten. Der Bundesminister des Inneren bittet daher die Personen, die damals in der Industrie oder in der Hochschal-

forschung an der Entwicklung von Verwertungstechnologien beteiligt bzw. in der öffentlichen Verwaltung mit den Problemen der Abfallwirtschaft befaßt waren, das Vorhaben zu unterstützen und sich bei der VDI-Hauptgruppe ... zu melden« (Umwelt, 71, 1979).

Diese »ökologische Produktionsform« von ihren gesellschaftlichen Hintergründen zu trennen, wäre selbstmörderisch, wie der deutsche Faschismus mit seiner »ökologischen Kreislaufwirtschaft« gezeigt hat.

Parallel zu dem Wiederaufleben von Recycling-Verfahren findet man zunehmend Aufrufe, daß Umweltschutz und Energiesparen bei dem Einzelnen anfangen sollte. Entsprechend ist in einer Broschüre des Deutschen Industrie-Instituts zu lesen: »Die wichtigsten Aufgaben im Umweltschutz fallen nicht dem Staat, nicht der Industrie, sondern dem Bürger zu. Erfolg oder Mißerfolg jeder Umweltpolitik wird davon abhängen, wie sie sich in ihrer Umwelt verhalten, ob sie bereit sind, Opfer zu bringen und Einschränkungen auf sich zu nehmen.« Ähnliches ist im jüngsten Ziti von rechten Vertretern der Grünen zu hören. So bezeichnet Baldur Springmann ein Denken in den Kategorien des Klassenkampfes als überholt und sogar schädlich, da es vorrangig darum gehe, die ökologischen Probleme zu lösen, wozu jeder Einzelne seinen Beitrag leisten müsse. In Form von Einschränkungen und Konsumverzicht - Lohnforderungen sind in diesem Rahmen nicht den ökologischen Grundwerten entsprechend da sie die Wirtschaft noch weiter anheizen würden. Die Vorbereitungen der Bourgeoisie auf verstärkte internationale Auseinandersetzungen werden durch derartige Argumentation der rechten Grünen gestützt. Das »Prinzip der Ökologie« kann Teil der Energie- und Rohstoffpolitik der Imperialisten werden, die hierdurch ihre Legitimation erhalten, ihre aggressiven Ziele mit Maßhalten zu paaren und somit besser durchzusetzen. Dieses »Prinzip« führt Gruhl deutlich aus, bei dem das »Prinzip der Ökologie zur Rechtfertigung der Ziele des Imperialismus dient. »Kriege sind der Erde nie mehr so ausgerichtet, daß seine Ressourcen auf längere Zeiten zugleich für den höchsten Wohlstand und für den internationalen Lebenskampf ausreichen ... Für die Zukunft werden die Völker einen rasigen Vorsprung haben, denn es gelingt, ihren Leistungsstandard auf der höchsten Spitze, ihren Lebensstandard jedoch niedrig zu halten« (aus »Ein Planet wird geplündert«).

Diese Thesen zeigen exemplarisch, daß die Parolen gegen die »Wachstumsproblematik« gegen die »Überbelegung des materiellen Lebensstandards« und weitgehend parallel mit den imperialistischen Notwendigkeiten und Interessen einer Sparpolitik auf Kosten der Bevölkerung, einer Reduzierung des Massenkonsums zugunsten der Vorbereitung auf neue imperialistische Umverteilungskriege um Erdöl und

Ein Genosse der AKW-Nein-Kommision

Hamburg-Fuhlsbüttel: Flughafenerweiterung geplant



Aufgrund eines inzwischen dreimal bestätigten Beschlusses des Hamburger Senats, der es sich bei dieser Entscheidung »nicht leichtgemacht« hat, so jedenfalls Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD), sollen in Hamburg-Niendorf 2.200 Bäume gefällt bzw. gekappt werden. Diese unheimliche Rodungsaktion wird in der Öffentlichkeit u.a. von Wirtschaftssenator Steinert, der ebenfalls auch noch Aufsichtsvorstand der Flughafens Hamburg GmbH ist, mit der Flugsicherheit begründet. Die Bäume seien in der Einflugschneise bereits 10 Meter (!) zu hoch in den Himmel gewachsen.

Merkwürdigerweise handelt es sich bei zahlreichen Bäumen um Buchen, die für ihre statische Höhe von 22 Metern eine Wachstumszeit von 100 bis 120 Jahren benötigen, was nichts anderes bedeutet, daß schon vor einigen Jahrzehnten diese heute angeblich gefährliche Marke überschritten war.

Während der Flughafendirektor Christensen sich für diese Rodungsaktion empört, daß Hamburg nicht zu einem »Provinzflughafen« (Morgenpost) verkommen, hatte das Vorstandsmittglied der Pilotenvereinigung Cockpit, Ton Wouterse, erklärt, daß in der Mängelliste über deutsche Flughäfen die Bäume in Hamburg nicht erwähnt wurden. Im Gegenteil, in Hamburg rügten die Piloten »das fehlende Instrumenten-Landensystem auf der nördlichen Startbahn«, was nur nochmals verdeutlicht, wie sehr sich um die Sicherheit »gesorgt« wird (Büß, 4.1.80). Aber es kommt noch dicker: So sollen laut behördlicher Verfügung auch die Bäume auf dem Niendorfer Friedhof gefällt bzw. auf die Höhe von 2,50 Meter gestutzt werden, was den Kirchenvorstand zu der ironischen Bemerkung veranlaßt, daß bald das Herumlaufen mit aufgespannten Regenschirmen auf dem Friedhof die Flugsicherheit beeinträchtigen könnte. Der Kirchenvorstand hat eine einstweilige Verfügung dagegen eingebracht und will diese Entscheidung bis in die oberste juristische Instanz durchziehen.

Auch innerhalb der SPD ist die Entscheidung von Klose umstritten. So hatte der Bundestagsabgeordnete Paterna seinen Parteigenossen »In glaubwürdigkeit der Argumente« und »mangelndes Fingerspitzengefühl« vorgeworfen und unter anderem erklärt: »Muß es nicht unglaublich wirken, daß gegen die Bäume mit Sicherheit argumentiert wird, dieselbe Behörde in derselben Flugschneise für Mercedes Autounterbringung in der Kulustraße Baukräne genehmigt, die den höchsten gefährlichen Baum noch

um mehrere Meter überragt haben!« Und weiter: »Wie ist es zu erklären, daß die für die Sicherheit eines Fluges verantwortlichen Piloten die Niendorfer Bäume überhaupt nicht als Problem betrachten?« (Hamburger Abendblatt, 17.1.).

Dementsprechend war auch der Unmut der über 1.000 Besucher einer Mitte Januar stattgefundenen Protestversammlung, zu der neben Klose auch Steinert erschien, letzterer wurde mit der »Goldenen Silbe '80« geehrt.

Daß dieser »Bürgerdialog« vorerst völlig fehlerhaft lag, nicht zuletzt an der Anweisung des Senats, gegen Demonstranten, die durch Besetzung

der Bäume als Kappen verhindern wollten, recht rigide zu Werke zu gehen. Die Fällaktion in Niendorf wurde erst abgebrochen, nachdem ein auf einem Baum sitzender Demonstrant nicht beim Umkippen des Baumes verletzt hatte. Von der Polizei war auch Chemical Mace eingesetzt worden, was nachweislich zur Verletzung eines Demonstranten geführt hat.

Das Gartenbauamt, das im Auftrag der Flughafenbehörde die Bäume fällen soll, hat darum, von dieser Aufgabe - angesichts des Protests - entbunden zu werden (MoPo, 4.1.).

Die bisherigen Proteste (die letzte Demo umfaßte 600 Personen) sollen durch eine Großdemonstration (am 26.1.) in Hamburg fortgeführt werden. Die Aktion wurde vom Arbeitskreis Umweltschutz Niendorf initiiert und wird von der bunten Liste Eimsbüttel und dem Kreisvorstand der Grünen in Eimsbüttel unterstützt.

Der Hintergrund für die jetzt laufenden Auseinandersetzungen ist darin zu suchen, daß das benachbarte Großflughafenprojekt Kallionkirchen von der Schleswig-holsteinischen SPD vorerst auf Eis gelegt worden ist und durch eine Erweiterung des Flughafens in Hamburg-Fuhlsbüttel gelöst werden soll. Zwar sind die Starts und Landungen in Hamburg um »nur« 2,7 % gestiegen, jedoch zeigen die Zuwachsraten von 31,2 % (Frachtkverkehr) und 31,1 % (Luftpass) deutlich, daß die Tendenz zu Großraumfluggesellschaften, die eine größere Landebahn benötigen, zunimmt.

Um hierfür in Zukunft die Voraussetzungen zu schaffen, sollen in Niendorf die Bäume gefällt werden, wobei schon jetzt der wirtschaftliche Aspekt »kurze Startzeiten« nicht zu kurz kommt. Deshalb Baum ab? Nein Danke! (Entnommen nach einem Teufelblatt des Arbeitskreises Umweltschutz Niendorf und der bunten Liste Zeitung, Bezirksgruppe Eimsbüttel.)

AKW-Nein-Kommision

Keine Bomben für Diktatoren Kein Harrisburg in Brasilien



»Der skandalumwitterte deutsch-brasilianische Atom(bomben)vertrag hat in Brasilien zur Entstehung einer entschiedenen Anti-Atombewegung geführt... Nicht nur an der wahnhaften Gefahr der AKW's, ihrer Nutzlosigkeit für die Bevölkerung entzündet sich die Kritik, auch die augenscheinliche Häufung von Nazis in den Vorbereitungsgremien auf deutscher und brasilianischer Seite beunruhigt viele Menschen.

Neben Plutoniumfabriken und mörderischem Uranabbau beschert die BRD den Brasilianern auch noch ein 40 000 Quadratkilometer großes Raketenversuchsgelände (Barão do Inferno) für zur Hölle. Wenn man dann noch hört, daß ob der guten Zusammenarbeit der Regierungen, nach 13 Monaten Bedenkzeit ein Antrag der OTRAG für Brasilien

Satelliten- und ATOMTRAGER (Raketen) zu bauen, »und weg abgelehnt« wurde und den regen Betrachterverkehr zwischen Cayenne (Franz. Guyana) EG-Raketengelände und dem Hölleort beobachten könnte, sollte es einem nicht egal sein, ob in Brasilien die Atombomben für Schmidt und Strauß gebaut werden.

So beginnt das Flugblatt in dem die Hamburger KLL (autonomes und Deutscherlenge) gemeinsam sowie die Gruppe Multa und 3 Welt zu einer Veranstaltung mit zwei Mitgliedern der brasilianischen Bewegung Resistencia Ecologica (ökologischer Widerstand) einluden. Über 200 folgten dem Aufruf und erlebten den Vortrag von Florence und Otto Buchsbaum, die u.a. die Geschichte des Atomvertrages zwischen Brasilien und der BRD darstellten. Es war

doch überraschend zu hören, daß die Vorbereitungen dafür bis ins Jahr '46 zurückreichen.

Interessant auch zu erfahren, daß in der aktuellen Situation Brasiliens die Nazis eine Rolle spielen. Sie versuchen, AKW-egner einzuschüchtern und führen Schlichterentsätze durch Gerade an diesem Punkt wurde deutlich, wie notwendig ein internationaler Informationsaustausch ist, so wurde berichtet daß an diesen Aktionen auch ein Deutscher beteiligt gewesen sei namens Walter Jose Niendorf, der in Clausthal Physik und Bergbau studieren soll. Alle Anwesenden haben die insgesamt über dreistündige Information und anschließende Diskussion sehr verfolgt.

AKW-Nein-Kommision

DGB-Kampagne gegen die Aussperrung: Das Dilemma mit dem Rechts-Staat

Vier Millionen Flugblätter, die in den Betrieben verteilt werden sollen, hat der DGB für eine Kampagne zum Verbot der Aussperrung herausgegeben. Unter dem Motto „Aussperrung heißt Aushungern“ (siehe nebenstehendes Foto) wird diese Kampagne mit einer Großveranstaltung eröffnet am 26. Januar in der Ehrenleidenhalle in Hannover.

Es folgen eine Reihe von Kundgebungen in Westberlin, Neumünster, Bremen, Braunschweig, Oberhausen, Mainz, Ludwigshafen, Nürnberg und Saarbrücken, sowie weitere dezentrale Veranstaltungen und Aktionen.

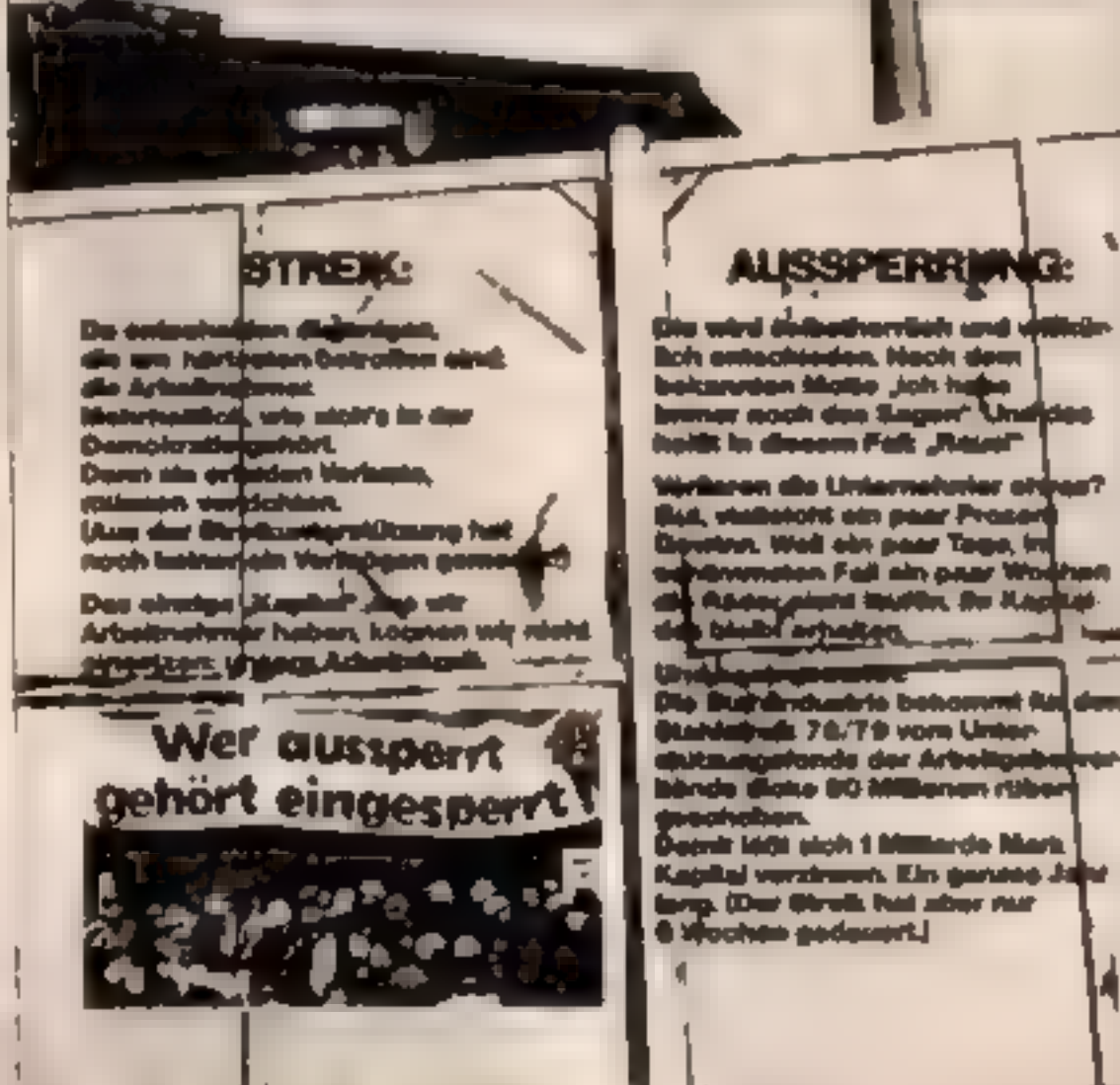
Anlaß dieser Kampagne ist der massiv vorgetragene Einsatz der Aussperrung durch die Unternehmerverbände. Allein 1978/79 wurde in drei Streiks der Druck-, Metall- und Stahlindustrie mit der Aussperrung gearbeitet. Die IG Metall und die IG Druck haben u.a. mit Massenklagen von etwa 10 000 Arbeitern geantwortet. Ende März nun entscheidet das Bundesarbeitsgericht über eine dieser Klagen. Dem zu erwartenden Spruch kommt große Bedeutung für die weitere Behandlung der Aussperrung zu.

Auf das Bundesarbeitsgericht vertrauen?

Die jetzige Aktion des DGB offenbart das Dilemma der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftspolitik. Ähnlich wie bei der Mitbestimmungsklage 1978 (die u.a. faktisch das Verbot der paritätischen Mitbestimmung brach) haben die DGB-Führer den gesamten Widerstand letztlich darauf konzentriert, daß das Bundesarbeitsgericht (BAG) ein positives Urteil für die Gewerkschaften spricht. Dies aber ist bei der zunehmend gewerkschaftsfreundlichen Rechtsprechung des BAG kaum zu erwarten. Das wissen auch die DGB-Führer. DGB-Chef

AUSSPERREN HEISST AUSHUNGERN

Streik ist demokratisch. Aussperrung unmenschlich.



Massenflugblatt des DGB gegen die Aussperrung

Vetter sprach die sicher nicht ernst gemeinte „Warnung“ aus, daß das Urteil des BAG zur Aussperrung auch die zukünftige Haltung des DGB zum höchsten Arbeitsgericht beeinflussen könnte.

Dies, als auch die Kampagne insgesamt waren Anlaß für wütende Angriffe der Unternehmerverbände. BDA-Chef Emsen nicht darin den Versuch der „Arbeitnehmerorganisationen, die Richter in Kessel unter Druck zu setzen“ (FR, 14.1.80).

Gleichzeitig drohte Emsen unverhohlen mit einer Verschärfung des Klassenkampfes von Unternehmensebene. „Die Kampagne gegen die Aussperrung ist letztlich von kurzzeitigem Machstreben bestimmt. Wenn im Falle eines Erfolges könnten auch Freiheitsbeschränkungen zu Lasten der Gewerkschaften nicht ausbleiben. Man muß sich nachgerade fragen, ob diese schlechte Erkenntnis überall mit genügend Klarheit gesehen wird“ (Kode vor der BDA Mitgliederversammlung am 12.1.79).

Von DGB-Seite wird der Vorwurf, Druck auszuüben, entschieden zurückgewiesen. Vetter bestritt dies und betonte: „Die Aktionen seien eine Antwort auf die Angriffe der Unternehmer“. Als Zeichen des Goodwill wird der DGB etwa drei Wochen vor der BAG-Verhandlung seine Aktionen aussetzen.

Dabei weisen selbst DGB-Informationen aus, daß zwar von den 10 000 Einzelklagen viele in erster Instanz gewonnen wurden, daß aber bereits in zweiter Instanz die überwiegende Mehrheit der Klagen gegen die Aussperrung zurückgewiesen wurden. Offiziell orientieren die DGB-Führer auf die Verfassungsmäßigkeit des Aussperrungsverbots. So weisen sie darauf hin, daß

- die bayerische Landesverfassung ausdrücklich die Aussperrung verbietet,
- acht Verfassungen von Bundesländern ausschließlich das Streikrecht garantieren,
- das Grundgesetz die Koalitionsfreiheit garantiert (DGB-Angestellten-Magazin, 1/80).

Aber natürlich wissen die DGB-Bosse auch, daß die Realität bundesdeutscher Rechtsprechung anders aussieht. Was passiert, wenn die Aussperrung ausdrücklich als rechtmäßig anerkannt wird (womit zu rechnen ist)? Darüber schweigt man sich aus. Druck soll ja nicht ausgeübt werden.

Kommunikation Betrieb & Gewerkschaft

Aussperrung

Durchs Rheinland zieht es brausend
sie haben zweihunderttausend
aus den Fabriken gezerrt.
Wir stehen hier und derben
es blüht die IG Farben
Vater ist ausgesperrt.

Wir sind dazu da, um später
an Stelle unserer Väter
an den gleichen Schraubstock
zu gehn.
Großmutter, sag es den Kleinen
sie sollen vor Hunger nicht
weinen
sie sollen gerade stehen!

Kurt Tucholski, 1928

den Funktionären ist in der Satzungsänderung für die Vertrauensleute heute vorgesehen, daß eine Ernennung durch Protest von jeweils fünf Mitgliedern eines Wahlbereiches aufgehoben ist, es muß dann eine Briefwahl durchgeführt werden. Also: die Wahl ist hier die Ausnahme, die durch die Funterklausel ersichert wird. Der Vorstand spekuliert - offensichtlich zu recht - darauf, daß nur wenige Mitglieder von diesem Einspruchsrecht Gebrauch machen. Wozu auch, wenn vielfach in den Augen der Kollegen diese Vertrauensleute wenig Funktion haben.

Folgende Fälle sind uns bekannt: Von 300 betrieblichen Vertrauensleuten bei Bayer in Leverkusen sind 400 Gewerkschaftsmitglieder, die zu IG Chemie-Vertrauensleuten ernannt wurden. In etwa 30 Fällen haben Mitglieder Beschwerde eingelegt, so daß gewählt werden muß (nach einem Bericht aus der TAZ, 9.1.80).

Bei der BASF in Ludwigshafen wurden insgesamt 1300 IG Chemie-Vertrauensleute berufen. In nur acht Fällen wurde Widerspruch eingelegt (Bericht der TAZ, vom 10.1.80).

BASF: Vertrauensleute zurückgetreten

Noch für diesen Monat hat der Betriebsratsvorsitzende der BASF, Kurt Herrmann, seinen Rücktritt angekündigt. In seiner Rücktrittserklärung heißt es: „Die Spannungen und Auseinandersetzungen im Funktionärskörper und vor allem in der Vertrauensleute-Leitung und der IG Chemie-Fraktion haben nicht ab-, sondern zugenommen. Mit dem Amt des Vorsitzenden übernehme ich keine bequeme Funktion. Die Belastungen ... wurden immer intensiver und umfangreicher“ (Die Neue, 11.1.80). Herrmann, Mitglied der SPD, gibt seinen gesundheitlichen Zustand und ärztlichen Rat als Grund für den Rücktritt an. Hintergrund ist, daß Herrmann, der als Linker gilt (übrigens einziger linker BR-Vorsitzender in einem Chemie-Großbetrieb), unter ständigem Beschuß der rechten IG Chemie-Mitglieder und der Ludwigshafener Verwaltungsteile der Gewerkschaft stand. Unterstützt wird dieser Beschuß von der Mehrheit des Hauptvorstands (allen voran Karl Haenschel), der schon bei den Betriebsratswahlen 1978 versucht hatte, Herrmann von seiner Kandidatur abzuhalten. Sie stützten sich auf den langjährigen rechten Betriebsratsvorsitzenden Rudi Bauer. Allerdings erhielt Herrmann die Stimmenmehrheit.

Kommunikation Betrieb & Gewerkschaft

Vor dem IG-Chemie-Gewerkschaftstag: Der Gewerkschaftsvorstand bangt um seine Position

Der im letzten Jahr als „Patschkowski-Konflikt“ bekanntgewordene Streit um die Stellung gewerkschaftlicher Vertrauensleute in Chemie-Betrieben schwellt weiter und wird mit Sicherheit auf dem im September dieses Jahres stattfindenden Gewerkschaftstag der IG Chemie eine wesentliche Rolle spielen. Der Hauptvorstand der IG Chemie, im DGB auf dem rechten Flügel angesiedelt, hat zu Beginn dieses Jahres seinerseits eine Einmütigkeit auf dem Gebiet vorgenommen. In der Januar-Ausgabe der IG Chemie-„Gewerkschaftspost“ formuliert der Vorsitzende Haenschel seine Wünsche für das neue Jahr: „Der Gewerkschaftstag wird sich auch mit den notwendigen innerorganisatorischen Problemen zu befassen haben“ (erwähnt werden die Vertrauensleute), doch so Haenschel: „die Beschäftigung mit unseren inneren Problemen darf nicht so viel Zeit und Energie in Anspruch nehmen, daß dabei die Diskussion über unsere wirtschaftliche und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zu kurz kommt. Die damit verbundenen Satzungsprobleme sollten aber nicht künstlich zu politischen Glaubensfragen hochstilisiert ... werden“. Eher makaber mutet es an, wenn Haenschel in diesem Zusammenhang Moral predigt, daß „wir, so drückend uns unsere eigenen Probleme auch vorkommen mögen, nicht vergessen, daß es auf unserem Erdball immer noch Millionen von Menschen gibt, die verfolgt und gepeinigt werden, die von ihrer Geburt bis zu ihrem Tode krank und unterernährt deprimiert leben müssen“ (gp, 1/80).

Ein ungewöhnlicher Appell zum neuen Jahr. Hintergrund ist: Betriebliche Vertrauensleute in den Chemie-Konzernen (um die es im letzten Jahr heftige Auseinandersetzungen gegeben hat) und die im letzten Jahr erfolgte Satzungsänderung durch den Beirat der IG Chemie (höchstes Organ zwischen den Gewerkschaftstagen), die die Ernennung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten durch den Vorstand ermöglicht - sind Grundpfeiler der Macht des mehrheitlich rechten IG Chemie-Vorstands. An diesen Grundpfeilern ist im Funktionärskörper der Gewerkschaft im letzten Jahr beträchtlich gerüttelt worden und der Hauptvorstand fürchtet um seine Machtposition. Nicht zuletzt deswegen ist möglicherweise

Haenschel Ende letzten Jahres von seinem Posten als SPD-Abgeordneter im Europaparlament zurückgetreten.

Neben der Forderung nach Abschaffung des Systems betrieblicher Vertrauensleute und dem Antrag, daß Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute die Regel, Ernennung die absolute Ausnahme sein wird, werden weitere Kontroversen um die Demokratisierung der IG Chemie anstehen. So hat die Verwaltungsteile stand bereits im letzten Jahr im Zentrum der Satzungsauseinandersetzungen, als ihr Verwaltungsteilnehmer Patschkowski wegen Weitergabe interner Informationen über geheime Vorbereitungen zur Satzungsänderung vom Hauptvorstand entlassen wurde. Einmütig verabschiedete die Hauptversammlung Hannover-Münden der IG Chemie einen Antrag auf Revokation der Satzungsänderung des Beirats (bemerkenswerterweise unterstützte das anwesende Hauptvorstandsmitglied, Paul Plumeyer, der bereits bei Verabschiedung eine andere Position als die Vorstandsmehrheit einnahm, diesen Antrag).

Ein weiterer Antrag fordert: Wahl der Beiratsmitglieder in den Verwaltungsteilen der IG Chemie. Mitglieder des Hauptvorstands, Bezirksleiter und die Vorstände der Industrie- und Berufsgruppenausschüsse sollen zukünftig kein Stimmrecht im Beirat haben. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß nicht mehr hauptsächlich besoldete Angestellte der IG Chemie, sondern von den Mitgliedern gewählte Delegierte das Entscheidungsrecht (u.a. auch in Satzungsfragen) zwischen den Gewerkschaftstagen haben.

Weiterhin sollen Satzungsänderungsanträge zwei Monate vor Beschlußfassung im Zentralorgan („Gewerkschaftspost“) veröffentlicht werden. Außerdem soll die „Gewerkschaftspost“ zur Berichterstattung wichtiger innergewerkschaftlicher Vorgänge verpflichtet werden (im letzten Jahr hatte sie die Zeitung, im Hauptvorstandshand, völlig im Sinne der Vorstandsmehrheit gehalten, u.a. war ein kritischer Beitrag von Paul Plumeyer der Zensur zum Opfer gefallen, die kritische Funktionärsklasse kam überhaupt nicht zu Wort).

In ähnlicher Weise zur Wahl des Beirats hat sich bereits die Bezirkskonferenz Heesen der IG Chemie gehalten.

Weiterhin Wahl betrieblicher und Ernennung gewerkschaftlicher Vertrauensleute

Die IG Chemie hat das Ergebnis der Wahl bzw. Ernennung von Vertrauensleuten in der Nr. 1/80 der „Gewerkschaftspost“ bekanntgegeben. Danach ist in 1057 Betrieben gewählt worden. Dabei mußte in vier Betrieben Briefwahl durchgeführt werden, da keine Wahl in den Betriebsabteilungen erlaubt wurde. In drei Betrieben, der Bayer AG Wuppertal, der WEGU-Gummi Kamel (siehe auch AK 168) und der Kömmerling-Chemie in Pirmasens wurde eine Wahl im Betrieb unterzogen, so daß die IG Chemie von den Betriebsleitern wählen lassen mußte. Die Unternehmensleitungen benehmen sich dabei auf ein Bundesarbeitsgerichtsurteil vom Dezember 1978, das ihnen das Verbot von Gewerkschaftswahlen im Betrieb erlaubt.

Als Erfolg der IG Chemie ist es zu werten, daß bei Bayer in Wuppertal trotz Verbot 73,2 % der Mitglieder wählten (1975 waren es bei erlaubter

Wahl nur 53 %). Ein Erfolg ist es sicher auch, daß nach Bekanntwerden des Verbots der Betriebsrat die Betriebsvereinbarung über die Bildung betrieblicher Vertrauensleute gekündigt hat; auch dies wird weiteren Konflikstoff für den Gewerkschaftstag bieten.

Wir haben keine Übersicht, wie mit der Ernennung von Vertrauensleuten durch die Vorstände verfahren wurde. In der Regel läuft die so ab: vornehmlich in den Großbetrieben existieren Betriebsvereinbarungen über die Wahl betrieblicher Vertrauensleute. Solche Vertrauensleute sind nicht zwingend Gewerkschaftsmitglieder. Real sind sie heute mehr betriebliche „Sozialpartner“ als gewerkschaftliche Interessenvertretung. Dies erkennen sich die Unternehmensleitungen durch eine Reihe von „Vergütungen“ (z.B. Tagungen während der Arbeitszeit). Die IG Chemie-Führung hat dieses Verfahren akzeptiert und macht es zur Praxis, betriebliche Vertrauensleute, die gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder sind, zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zu ernennen. Es findet also keine direkte Wahl gewerkschaftlicher Interessenvertretung statt. Als Zugeständnis an die sich ausbreitende Unzufriedenheit unter

HSW-Prozeß: Jetzt wirds spannend!

Nachdem der sogenannte „Gütertermin“ ergebnislos verlaufen ist, beginnt nunmehr das eigentliche Verfahren in der Klage Rainer Grimm gegen den Verfassungsschutz.

Vor dem Hamburger Verwaltungsgericht soll am 30.1. die Beweisaufnahme in diesem bisher einmaligen Prozeß eröffnet werden, in dem der ehemalige Schloßer der Hamburger Stahlwerke (HSW) das Landesamt für Verfassungsschutz verklagt hat, nachdem durch den ehemaligen stellvertretenden HSW-Personalchef Schmid bekannt geworden war, daß Grimm aufgrund einer Denunziation des Verfassungsschutzes entlassen worden war. Grimm hatte danach nur kurzfristige Beschäftigungen gefunden und war immer wieder unter fadenscheinigen Begründungen entlassen worden. Mit Spannung werden die Aussagen namentlich zweier Zeugen erwartet. Geladen ist der inzwischen geflüchtete HSW-Personalchef Keppeler, der die Verbindungen zum Verfassungsschutz hielt, sowie der zuständige Sachbearbeiter im Landesamt, Schnupper (der heißt tatsächlich so!).

Verwaltungsgericht Hamburg
Müllerstorplatz (direkt an der U-Bahn St. Pauli)
Saal 102
Mittwoch, dem 30. Januar 1980, um 12.00 Uhr.

Tarifrunde 1980:

Bundesregierung und Gesamtmetall wollen Lohnkurs 1979 fortsetzen

Im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen bestätigten die Metallunternehmer mit einem unverschämten 4,3 Prozent-Angebot schon in der ersten Verhandlungsrunde nachdrücklich, daß nach ihrem Willen in der diesjährigen Tarifrunde der Lohnkurs der letzten Jahre unverändert fortgesetzt werden soll.

Die IG-Metall verlangt dagegen Einkommensverbesserungen von durchschnittlich 10,5 % sowie stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen.

Als „völlig ungenügend“ und „unseriös“ und mit Hinweisen auf die jüngsten Benzinspreiserhöhungen hat der IG-Metall-Vorsitzende Loderer das Angebot der Kapitalisten abgelehnt. Von Gesamtmetall wurden die Behauptungen Loderers als „falsch“ und „doppelzüngig“ zurückgewiesen und bedauert, daß Loderer „mit Polemik und Verdrehungen“ in die Lohnrunde einsteige, die in den ersten Verhandlungen von „Sachlichkeit, Fakten und Argumenten“ bestimmt gewesen sei.

Gesamtmetall: Lohnkurs 79 fortsetzen!

Als „so falsch wie nur etwas“ und als „Bedrohung für die Beschäftigung und die künftige Preisentwicklung“ hat der abgeleitete Bundesbankpräsident Emminger die Lohnforderungen der IG-Metall zurückgewiesen.

Und nach Gesamtmetall wird es von dem lohnpolitischen Entscheidungen abhängen, ob und wie die bereits absehbaren Konjunkturrisiken des Jahres 1980 gemaßert werden können.

Bundesregierung gibt Lohnleitlinien bekannt

Die drastischen Ölpreiserhöhungen sind das beherrschende Thema in dem am letzten Donnerstag bekanntgewordenen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß natürlich auch der Regierungsbericht zu der Erkenntnis kommt, daß durch die Verteuerungen der Verteilungsspielraum noch enger geworden ist.

Für die wichtigsten wirtschaftlichen Daten enthält der Bericht folgende Prognosen: 2,5% Wirtschaftswachstum, Ansteigen der Teuerungsrate auf 4,5 % und ein Anwachsen der Arbeitslosenquote von 3,5 auf 4 %. Die Bundesregierung

hält Tarifierhöhungen zwischen 6 und 6,5% für angemessen.

Neuer Anlauf zur „Konzertierten Aktion“

Am Montag, dem 14.1., trafen sich zum erstenmal seit 1977 wieder die Spitzenvertreter der Kapitalistenverbände und des DGB bei Bundeswirtschaftsminister Lambdardorf. Zurecht wird allgemein diese Gesprächsrunde als ein erster Schritt zur Wiederbelebung der „Konzertierten Aktion“ gewertet. Denn wie aus den dürftigen Veröffentlichungen zu entnehmen war, „waren sich alle einig, daß diese für die wirtschaftliche und soziale Klima wichtige Einrichtung wieder erwache“ („Welt“, 15.1.80).

Bekannt wurde weiter, daß die wirtschaftlichen Einschätzungen sich weitgehend angenähert hätten und daß alle Zahlen – auch die Tarifforderungen – vor der Opac-Konferenz errechnet worden seien und jetzt „aktualisiert“ werden müssen.

Auf eine ähnliche Argumentation ist am gleichen Tag auch der Gesamtmetallvorsitzende Thiele eingestiegen. Deshalb scheint es so, als ob Bundesregierung und Arbeitgeberverbände zumindest im Augenblick hier den Schlüssel zur Einigung erhoffen.

Die IG-Metall-Führer haben zwar bisher noch an den Ausgangsforderungen festgehalten, was aber nicht ausschließt, daß bereits bei den nächsten Verhandlungen Ende Januar/Anfang Februar Abstriche in Richtung Lohnleitlinien gemacht werden.

Bereits im Vorfeld der kommenden Tarifauseinandersetzungen in der Bauindustrie hat der Gewerkschaftsvorsitzende Sperner großzügig Kompromißbereitschaft signalisiert. Laut Sperner will die IG Bau-Steine-Erden „voll auf Einkommensverbesserungen setzen“ und auf „grünes Rentenwerk“ verzichten. Über die Höhe der Forderungen machte Sperner noch keine Angaben, schwankte aber ein: „Wir wollen uns in einem realistischen Rahmen bewegen“.

Für die zum 29. Februar auslaufenden Tarifverträge im Öffentlichen Dienst hat der ÖTV-Hauptvorstand folgende Forderungsempfehlung an die Gewerkschaftsmitglieder ausgegeben: 9 % mehr Lohn, mindestens 180 Mark und einen Jahresurlaub von 30 Tagen.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Druckkapitalisten wollen Freischichten weginterpretieren

Kürzlich erschien ein Flugblatt vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier, in dem es heißt: „Es ist nicht zu fassen. Da wird mit dem Bundesverband Druck im April (1979) ein neuer Manteltarif vereinbart. Die Kernpunkte sind bekannt: anstelle der 35-Stunden-Woche gibt es mehr Urlaub, zusätzliche freie Tage für ältere Arbeitnehmer sowie Freischichten für jene Arbeitnehmer, die ständig in gleichmäßig verteilter Wechselschicht arbeiten oder ständig Nacharbeit leisten“.

Druckkapitalisten wollen Freischichten weginterpretieren

Kürzlich erschien ein Flugblatt vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier, in dem es heißt: „Es ist nicht zu fassen. Da wird mit dem Bundesverband Druck im April (1979) ein neuer Manteltarif vereinbart. Die Kernpunkte sind bekannt: anstelle der 35-Stunden-Woche gibt es mehr Urlaub, zusätzliche freie Tage für ältere Arbeitnehmer sowie Freischichten für jene Arbeitnehmer, die ständig in gleichmäßig verteilter Wechselschicht arbeiten oder ständig Nacharbeit leisten“.

So beginnt dieses Flugblatt der DruPa, die nach zwei Gesprächen mit dem Bundesverband Druck erklären mußte, daß der Bundesverband Druck den bereits abgeschlossenen Manteltarif in Punkt Freischichten ganz anders interpretiert als die DruPa. Da die Gespräche zu keiner Klärung geführt haben, hat die DruPa einen neutralen Schlichter beauftragt, eine endgültige Lösung zu finden.

Worum geht es? In dem 1979 abgeschlossenen Manteltarif war vereinbart worden, innerhalb der nächsten Jahre Freischichten für Schichtarbeiter zu gewähren, wobei sich Freischichten im Laufe der nächsten Jahre erhöhen sollten, bis auf maximal vier Freischichten im Jahr.

Der Bundesverband Druck hat nun überraschend den Anspruch auf Freischichten erheblich zurückgenommen. So soll es jetzt nur Freischichten geben, wenn:

- bei Nacharbeit sowohl Schichtbeginn als auch Schichtende innerhalb der zurechnungspflichtigen Nacharbeitszeit liegen (also zwischen 18 und 6 bzw. 19 und 7 Uhr),
- bei Wechselschicht die Schichtteile absolut gleich sind (z.B. 2 Wochen Spätschicht, 1 Woche Frühschicht, dann wieder Spätschicht ergibt keinen Anspruch auf Freischichten!).

Ein Hamburger Druckergewerkschafter

Ökologen auf dem Vormarsch:

Zum Tod der TAZ-Betriebs- und Gewerkschaftsseite

Ihren Anspruch, eine linke Tageszeitung zu sein, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßt, wird die „TAZ“ immer weniger gerecht. Über Wahnreden wurde gegen die Stimmen der „TAZ“-Betriebs- und Gewerkschaftsredaktion von der „TAZ“-Plenarversammlung beschlossen, im Rahmen einer Strukturberichtigung die bisherigen Ressorts „Inland“, „Sozial“ und „Betrieb/Gewerkschaft“ auf zwei Seiten zusammenzufassen. Auf den ersten Blick könnte man meinen, daß es hiermit nichts weiter auf sich haben müßte. Bei näherer Betrachtung erweist sich diese „Bereinigung“ jedoch als hochbrisant.

Die Ökologieredaktion hatte sich nämlich gewagt, ihre Seite ebenfalls in die Strukturdebatte miteinzubeziehen. Die Debatte in der „TAZ“ endete vorläufig mit dem „faulen Kompromiß“ (so Martin Kempe in einer Stellungnahme für die B&G-Redaktion in der „TAZ“ vom 2.1.80). Der „Kompromiß“ sieht so aus, daß die „Ökologie“ als einziger Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Innenpolitik mit einer besonderen Tätigkeit Seite ausgewiesen sein wird, um sich dann vielleicht in ein/zwei Monaten auf Grund der dann entwickelten neuen Arbeitsstruktur ebenfalls einzubringen. Martin Kempe schreibt jedoch zum Schluß: „... faule Kompromisse, selbst wenn sie als vorläufige gedacht waren, haben auch in der TAZ eine Tendenz zur Endgültigkeit“.

Ökologie über alles?

Martin Kempe schreibt in seiner Stellungnahme weiter einiges über die inhaltlichen Hintergründe des Konflikts. „Wenn es wenigstens so gewesen wäre: Wir, das Gesamtkollektiv, vertreten mehrheitlich die Auffassung, daß das Ökologieproblem heute die wichtigste, grundlegende Widerspruchsebene in unserer Gesellschaft markiert, der alle anderen (z.B. Klassenwidersprüche, psychische Verleumdung, Frauenunterdrückung usw.) nachgeordnet sind.“

Das wäre eine klare politische Aussage, mit der man sich auseinander setzen kann. Es wirft tatsächlich kein gutes Licht auf das „TAZ-Gesamtkollektiv“, wenn schwerwiegende Differenzen so unter dem Teppich einer „Strukturdebatte“ gekehrt werden.

Martin Kempe beschreibt sein „TAZ“-Konzept folgendermaßen: „Wir müssen die verschiedenen Kon-

einer „Strukturdebatte“ gekehrt werden.“

Martin Kempe beschreibt sein „TAZ“-Konzept folgendermaßen: „Wir müssen die verschiedenen Kon-

In bundesdeutschen Büros und Betrieben dürfen die Beschäftigten nicht krank werden. Daß nur „olympische“ Kollegen eingestellt werden, dafür sorgt der Betriebsarzt bei der Einstellungsuntersuchung. Sollte sich trotzdem einer erkranken, sich krank schreiben zu lassen, drohen ihm Briefe als Druckmittel, in denen die Krankheit bezweifelt wird, der Arzt von der Schweigepflicht entbunden werden soll und ähnliches.

Einen besonders unverschämten Brief der Firma Molag in Bremen drucken wir hier im Fakumila ab.

Falls diese Briefe nicht die erkrankten Kollegen genügend einschüchtern, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, wird zu härteren Mitteln gegriffen. Laut Untersuchungen der IG Chemie sind in den Verwaltungsstellenbereichen Frankfurt und Sierbahn 80 Prozent aller Kündigungen wegen Krankheit erfolgt, und in Bremen und Itzehoe 60 Prozent.

Einen anderen Dreh glaubte die Geschäftsleitung eines Frankfurter Großhotels gefunden zu haben. Mit dem Betriebsarzt wurde eine innerbetriebliche Vereinbarung getroffen, nach der den Beschäftigten bei krankheitsbedingtem Fehlen weniger Geld gezahlt wurde. Das Landesarbeitsgericht Frankfurt hat aber inzwischen entschieden, daß die gesetzlich vorgeschriebene Lohn- und Gehaltsfortzahlung durch eine Betriebsvereinbarung nicht außer Kraft gesetzt werden kann.

Für das Recht auf Krankheit

strebenden gleichberechtigt aufzutreten“. Er wendet sich dagegen, bestimmte Widersprüche als Hauptwidersprüche zu deklarieren, weil er diesen „linken Dogmatismus“ in Bezug auf die Arbeiterklasse sieht hat. Das gleiche soll aber auch für die Ökologiefrage gelten.

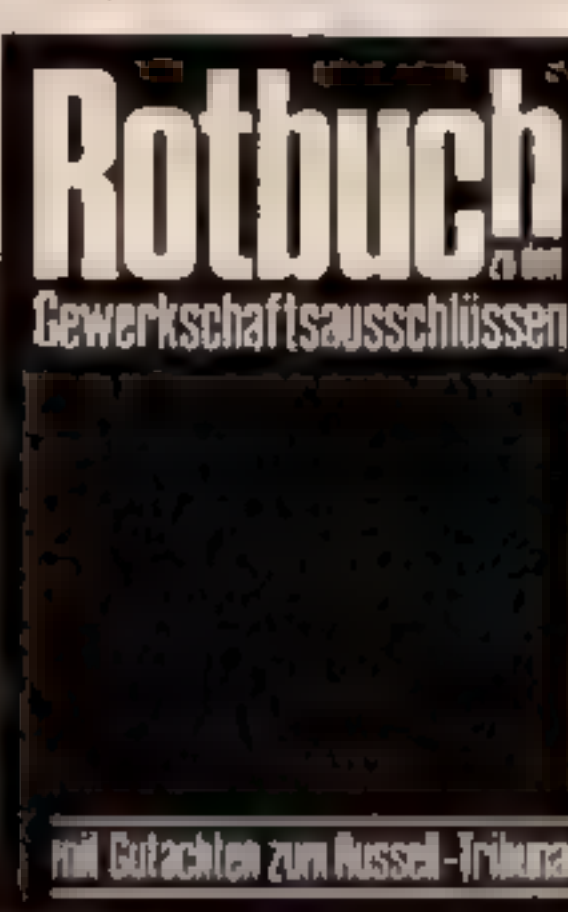
Zur aktuellen politischen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung schreibt er: „Es kommt also darauf an, hinter die Bausche zu kommen, in die Zentren der Katastrophenproduktion einzudringen – und das kann doch nur heißen: in die Köpfe und Herzen der Arbeiter und Angestellten ... Schon jetzt kommt es mir so vor, als sei die Umweltschutzbewegung an eine Grenze gestoßen, wo ihr nur noch die Wahl zwischen Resignation oder Terrorismus (oder die Gründung einer Partei???) bleibt, wenn sie sich nicht einstellt auf das, was man von der traditionellen Hierarchisierung der Gewerkschaftsbewegung nennt ...“

Und was meint die Besa?

In der „TAZ“ vom 7.1.80 gibt es zur Abschaffung der B&G-Seite zwei Leserbriefe. Der eine von Dieter Bragg (Pierburg Betriebsrat), der sich ähnlich äußert wie Martin Kempe. U.a. meint er, daß wenn die Umweltschutzbewegung die Arbeiter nicht erreicht, „dann wird diese fatal so hoffnungslos gesehene Bewegung kaputt gehen, wie das, was 1968 entstand, weil auch da der Großteil der Unterdrückten nicht erreicht wurde.“

Der andere Leserbrief von der Hamburger Ökonomie-Gruppe (Teil der Hamburger „TAZ“-Initiative) spricht sich für eine fundiertere Berichterstattung auf der B&G-Seite aus. Es sollen Schwerpunktthemen behandelt werden und aus denen auch Konsequenzen für die weitere Arbeit entwickelt werden (z.B. zum Nachschlag). „Mit dem Handelsblatt und Tickermeldungen alleine kann man eine solche Seite nicht bestreiten“, schreibt die Hamburger Gruppe.

Rotbuch zum Rotwerden...



Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „Die abgedruckten Dokumente beweisen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22 DM

ISBN: 3-88306-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlußpraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaften für linke Gewerkschaftspolitik.

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlußpraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaften für linke Gewerkschaftspolitik.

»Sie sind wieder einmal krank!«

Name: _____

Beschäftigte: _____

Personal-Exp.: _____

Ort/Tag: _____

Sie sind wieder einmal krank!

Sie Deutsche Sozial-Gesetzgebung geht davon aus, daß jeder Arbeitnehmer kranken ist und daß er seiner unternehmerischen Unternehmung mehr in Normalfall bedarf.

Aber sind Sie wirklich? Oder vielmehr, warum sind Sie laufend krank?

Sie haben die Pflicht, sich so zu verhalten, daß Ihr Körper geschützt wird, oder konstatieren Sie vorzeitig Arbeit?

Durch Sie beantragen wir hierdurch bei der zuständigen Krankenkasse ... die sofortige Veranlassung zur Veranlassung der Untersuchung.

Es ist nicht nur ein Kassenbesuch nach unserer Unternehmung auszuweisen, daß gesundheitliche Veranlassungen - Krankheitszustand - und privates Verhalten - Unternehmungen - durch diese Unternehmungen, die Sie in Anspruch nehmen, weiterhin geschützt wird.

Sollte Ihnen dieser Brief, in dem wir versuchen, Sie auf die Pflichten als Arbeitnehmer aufmerksam zu machen nicht ausreichen, sind wir gern bereit, ein Gespräch darüber zu führen, zu wann wir Ihre Seite Ihre Kündigung annehmen können!

Massenentlassungen bei der Deutschen Reichsbahn — Von Sozialismus keine Rede

Westberlin: Am 15.1. flatterte 77 Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Reichsbahn die Kündigung zum Monatsende auf den Tisch. Die Deutsche Reichsbahn (DR) in Westberlin steht unter DDR-Verwaltung, rund 4.000 Eisenbahner werden gegenwärtig beschäftigt („einziger sozialistischer Großbetrieb in Westberlin“). Neben dem Fernverkehr von und nach Westberlin wird von der Reichsbahn v.a. die Westberliner S-Bahn betrieben.

Betroffen von der Kündigung sind Angestellte der Reichsbahn-Unternehmenswerke (RAW) Tempelhof und Grunewald, hauptsächlich Kolleginnen, die im Verwaltungs- und Auktionenbereich tätig sind. Ein besonderer Skandal sind die Umstände, unter denen die Kündigungen erfolgten:

- Die Kündigungen erfolgten zwar fristgemäß, die Betriebsvereinbarung der DR sieht jedoch eine Kündigungsfrist von nur 14 Tagen vor;
- einen Sozialplan gibt es nicht;
- den gekündigten Kolleginnen wurde empfohlen, sich an die Arbeitsämter in Westberlin zu wenden, obwohl zuvor nicht abgeklärt worden war, ob für die DR-Kolleginnen Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht (Lohn- und Gehaltsabläufe erfolgen bei der DR nach DDR-Recht, Arbeitslosenversicherungsbeträge werden nicht abgeführt. Inzwischen hat das Landesarbeitsamt Westberlin eine Arbeitslosenunterstützung für die betroffenen DR-Kolleginnen zugesagt);
- die Namen der zu Entlassenden

wurden von der Reichsbahndirektion in Berlin (DDR) festgelegt. Die meisten der gekündigten Kolleginnen sind 10 - 20 Jahre bei der DR beschäftigt, einige sogar bereits über 30 Jahre. Nach Angaben der „TAZ“ sind auch 2 schwangere Kolleginnen (eine im 8. Monat) sowie mehrere Schwerbeschädigte betroffen. Neue Arbeitsplätze bei der DR wurden nicht nachgewiesen. Umschulungen in DR-Bereiche, in denen Überstunden geschoben werden, wurden nicht angeboten.

Widerstand der DR-Kolleg(inn)en

Unter den 4.000 DR-Kolleg(inn)en haben die Kündigungen Unruhe und erste Proteste ausgelöst. Am 16.1. kam es im RAW-Tempelhof zu einer spontanen Versammlung, auf der die Kündigungen kritisiert und von Werks- und Betriebsgewerkschaftsleitung Rede und Antwort gefordert wurde, wie es um die Zukunft der DR-Betriebe bestellt ist (gerüchteweise sind insgesamt 500 Entlassungen bei der DR geplant). Selbst der S-Bahn-Sekretär soll erklärt haben, daß er nicht mit 2 Zungen reden könne, die Kündigungen bei der DR seien ebenso zu verurteilen wie die Entlassungen bei der AEG.

Der S-Bahn-Betrieb soll nach Angaben der „Neuen“ sogar kurz vor einem Streik gestanden haben.

Bei zahlreichen DR-Kolleg(inn)en dürften die Kündigungen der Reichsbahndirektion Berlin ein Weltbild ins Wanken gebracht haben: bislang gal-

ten zumindest - wenn auch Entlohnung und Arbeitsbedingungen zu wünschen übrig ließen - die Arbeitsplätze im „sozialistischen“ Betrieb DR als gesichert. Auch manche SEW-Mitglieder - insbesondere jene, die selbst von den Kündigungen betroffen sind - dürften im Nachdenken gekommen sein, falls doch bislang die SEW-Mitgliedschaft bei der DR als zusätzliche Garantie für einen sicheren Arbeitsplatz und für berufliches Weiterkommen.

Illusionen sind sicherlich auch über die DDR-Gewerkschaft FDGB, in der die meisten DR-Kolleg(inn)en organisiert sind, zerfallen worden. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen waren gegen die Kündigungen völlig machtlos. Wie aus den Kündigungsschreiben hervorgeht, hatte „die Betriebsgewerkschaftsleitung Eisenbahn der Reichsbahndirektion Berlin (mit Sitz in Berlin/DDR - Azm. Ak) ... dieser Kündigung ihre Zustimmung gegeben.“ Gerücht hat sich, daß die DR-Kolleg(inn)en über keine überbetriebliche Interessenvertretung verfügen, sondern nur über Betriebsgruppen. Auf den Versuch überbetrieblicher Kontaktaufnahme am Kündigungsanfang soll die Betriebsleitung - nach Angaben der „TAZ“ - in mehreren Fällen mit frustrierender Kündigungsandrohung geantwortet haben. Mehrere Kolleg(inn)en machten ihrer Empörung dadurch Luft, daß sie spontan ihren Austritt aus dem FDGB erklärten.

„Heuchelei revisionistischer Medien liegt auf der Hand ...“ Am 19.1. nahm die SEW-Zeitung

„Wahrheit“ zum zweiten Mal zu den Massenentlassungen bei der DR Stellung. Die Titelseite war „mit der Schlagzeile aufgemacht: „Verurteilt den Kampf gegen die Vernichtung von 13.300 AEG-Arbeitsplätzen“; auf Seite 2 ist unter der sinnigen Überschrift „Heuchelei bürgerlicher Medien liegt auf der Hand ...“ ein Kommentar zu den Entlassungen bei der DR zu lesen. Zunächst werden die bürgerlichen Medien rund gemacht, die sich heucheltisch über die Entlassungen bei der DR aufregen, aber kaum ein Wort zu den Massenentlassungen bei der AEG verlieren.

Die „Wahrheit“ hingegen verurteilt nicht nur die Entlassungen bei AEG, sie bedauert auch die Entlassungen bei der DR. Gleichzeitig findet die „Wahrheit“ aber auch warme und „verständnisvolle“ Worte dafür, „daß die DDR nicht auf Dauer bereit ist, die ständig wachsenden Defizite für den Eisenbahnverkehr zu tragen, der ausschließlich im Interesse der Westberliner Bevölkerung durchgeführt wird“ (DW, 19.1.). Schuld an den Entlassungen sei die „inflationäre Entwicklung in Westberlin“, sowie die „unverantwortliche Politik des Senats gegenüber dem Nahverkehrsmittel S-Bahn.“ Sicher, insbesondere im S-Bahn-Bereich macht die DR kräftig Defizit, jährlich über 100 Mio DM. Unbestritten ist auch, daß sich der Westberliner Senat seit Jahren beharrlich weigert, sich an der Deckung dieses Defizits zu beteiligen. Auch zu einer Pacht oder gar kostenlosen

Übernahme der S-Bahn - wie von der DDR angeboten - zeigte sich der Westberliner Senat nicht bereit, sondern etzelt die entsprechende Forderung, die S-Bahn nur zusammen mit dem ganzen Bahnbetrieb unter Einbezug von Fernbahn/Güterbeförderung, Ausbesserungsbetrieben etc. zu übernehmen.

Mit den am 15.1. ausgesprochenen Kündigungen erhofft sich die DDR offensichtlich, politischen Druck auf den Senat ausüben zu können - auf dem Rücken von (zunächst) 77 Beschäftigten des „sozialistischen“ Betriebes DR.

Wie gesagt, die „Wahrheit“ „bedauert“ die Kündigungen - für die DDR offensichtlich, politischen Druck auf den Senat ausüben zu können - auf dem Rücken von (zunächst) 77 Beschäftigten des „sozialistischen“ Betriebes DR. Wie gesagt, die „Wahrheit“ „bedauert“ die Kündigungen - für die DDR offensichtlich, politischen Druck auf den Senat ausüben zu können - auf dem Rücken von (zunächst) 77 Beschäftigten des „sozialistischen“ Betriebes DR. Wie gesagt, die „Wahrheit“ „bedauert“ die Kündigungen - für die DDR offensichtlich, politischen Druck auf den Senat ausüben zu können - auf dem Rücken von (zunächst) 77 Beschäftigten des „sozialistischen“ Betriebes DR.

DDR-Kommission Westberlin

AEG Neue Führung, altes Konzept

Das umfangreiche Sanierungsprogramm des AEG-Konzerns, das über 10 % der Belegschaft noch in diesem Jahr den Arbeitsplatz kosten wird, nimmt mittlerweile weitaus größere Dimensionen an. So befürchtet Klaus Lang, Sprecher der Westberliner IG-Metall, „daß es nicht bei der Entlassung von 13.000 Arbeitnehmern bleibt“. Die Westberliner Zeitung „Die Wahrheit“ (16.1.80) zitiert gar Befürchtungen, wonach bis 1983 „weitere 20.000 Arbeitsplätze auf der Abschussliste stehen“. Ob dies dann das Ende der „Dauerentlassung“ bedeuten wird, ist allerdings noch keineswegs gesichert. Der Gesamtbetriebsrat und stellvertretende Aufsichtsrats-Vorsitzende Hans Rübke zumindest hält das Konzept weder „für abgerundet, noch (besser) es ein Ende der Umstrukturierungen erkennen.“ Trotzdem sei für ihn die Zustimmung (I) der „Arbeitnehmerseite“ für maximal 7.000 Entlassungen „denkbar“.

Dabei wurden die ersten 335 Kündigungen (in diesem Jahr) bereits ausgesprochen. Betroffen sind 119 Kollegen im Werk Hannover 2 sowie 216 in der Hauptverwaltung in Frankfurt. Der Widerstand der Kollegen gegen diese rigorosen Massenentlassungen wird allerdings von der IGM bisher kaum organisiert. So fiel die am Tage der Aktionärsversammlung in Berlin geplante, zentrale Demonstration mangels Mobilisierung ins Wasser, obwohl allein im Berliner Werk Brunnenstraße mehr als 1.000 Kolleg(inn)en durch einen einseitig halbtägigen Wamstreik ihren Protest äußerten.

Vom ehemaligen Wirtschaftsmin-

ister Friederichs wird nun in dieser Situation der Nachfolger für den ungeliebten Krisen-Manager Cips vorgestellt. Heinz Dürr, seit 1975 Nachfolger von Schleyer im baden-württembergischen Metall-Industriellenverband, ein Mann mit „liberalem Image“, der nun dafür sorgen soll, daß das Cips-Konzept ohne größere Reibungen abgewerkelt wird. Der „rote Unternehmer“ („Hamburger Abendblatt“), seit Monaten (DUM-Mitglied, hat seinem eigenen Betrieb innerhalb von zwei Jahren eine Umsatzsteigerung von 4 auf 350 Mio. DM (entspricht 8750 %!) entlockt, indem er rationalisierte, aufkaufte etc. Ihm ginge es jetzt darum, „das gesellschaftspolitische Problem AEG zu lösen.“ Dabei hoffen die Banken, die die AEG heute schon mehrheitlich besitzen, daß seine Person wesentlich weniger Unwillen bei den Gewerkschaften hervorrufen wird, als sein allseits gehäßter Vorgänger. Schon hat auch die „Arbeitnehmerbank“ im Aufsichtsrat seine Berufung zum Vorstandsvorsitzenden einstimmig gebilligt (I), obwohl Dürrs Aufgabe, die kommenden Massenentlassungen durchzusetzen, offensichtlich ist. Diese Zustimmung hatte er gefordert, da „eine Sanierung des Konzerns nicht möglich sei, wenn die Arbeitnehmer in Opposition zu seiner Person“ gingen. Insofern hat er auch keine „Sorge, daß (er) Arbeitnehmer, Betriebsrat und Gewerkschaften von der Notwendigkeit dieser Entlassungen (...) überzeugen kann.“

Wir sind sehr gespannt darauf, ob ihm dieser Versuch gelingen wird.

Metall

Kapitalistische Vorsorge bei Bildschirmarbeit

Bekanntlich nimmt die Zahl der mit Bildschirmen ausgestatteten Arbeitsplätze immer mehr zu, gehören heute schon zum gewohnten Bild in vielen Firmen. Gibt es heute ca. 300.000 Arbeitsplätze mit Bildschirmen, werden es nach Schätzungen der Drupa innerhalb der nächsten 8 Jahre rund eine Million sein. „Die Arbeit an Datenrechnergeräten, besonders, wenn sie den Großteil der täglichen Arbeitszeit ausfüllt, verlangt eine damit hohe Konzentration, daß Ausfallerscheinungen nach den Beobachtungen der Menschen die Folge sein können ... Kopfschmerzen, schlechter Schlaf, Herzstörungen und Depressionen werden von den Ärzten als häufigste Folgen der Überbeanspruchung genannt. Alle schon diese Befunde und die damit verbundenen weiteren gesundheitlichen Beeinträchtigungen reichen völlig aus, um eine regelmäßige, ärztliche Untersuchung der an Datenrechnergeräten Tätigen zu rechtfertigen“ (Quelle: 6/79).

Augenärztliche Untersuchung ist Pflicht

Die Drupa hatte deshalb im Tarifvertrag über die Einführung und Anwendung von Bildschirmen in einem Paragraphen festgelegt, daß „Arbeitnehmer, die mit Bildschirmgeräten arbeiten sollen, vor der Aufnahme einer solchen Tätigkeit augenärztlich und wenn sie dies wünschen, auch anderweitig medizinisch zu untersuchen (sind) und diese Untersuchung in jährlichem Abstand zu wiederholen“ (Erklärung der Drupa zum Tarifvertrag).

Die Drupa hatte deshalb einen Sehpass für ihre Mitglieder herausgegeben, der auf einer Podiumsdiskussion mit Augenärzten, Kapitalistenvertretern, Arbeitsmedizinern usw. vorgestellt wurde. Neben vielen geklärten und ungeklärten Fragen, die hier nicht behandelt werden sollen, waren sich alle in der Frage einig, daß die Untersuchungsergebnisse nicht mißbraucht werden dürfen. Selbst das Kapitalisten-Blatt „Der Deutsche Drucker“ vom 10.5.79 schrieb dazu: „Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient dürfte keinesfalls gestört werden. Das aber würde der Fall sein, wenn solche Untersuchungsergebnisse dem Arbeitgeber bekannt würden. Daher dürfte solches ausschließlich nur mit Zustimmung des Arbeitnehmers geschehen.“

Das scheint aber wohl nicht für alle Betriebe zu gelten, denn vor einigen Tagen veröffentlichte der Betriebsrat von Gruner & Jahr in Hamburg ein Schreiben an die Kollegen, in dem es heißt: „Es wurde allen Mitarbeitern des Unternehmens, die an Bildschirmgeräten oder Leuchttischen arbeiten, das Angebot gemacht, sich

auf Firmenkosten von dem Augenarzt ... untersuchen zu lassen ... durch Zufall erfuhr der Betriebsrat, daß der ärztliche Befund an die Personalabteilung (I) weitergeleitet wurde“ (BR-Info).

Der Betriebsrat hat darin zurecht einen Bruch der Schweigepflicht gesehen und strafrechtliche Konsequenzen angedroht. So wollen die Betriebsräte in einem Gespräch mit der Geschäftsleitung wissen:

1. Zu welchem Zweck benötigt das Unternehmen die Untersuchungsergebnisse?
2. Wie bewertet das Unternehmen die solchermaßen beschinigten Ergebnisse geeignet, bedingt geeignet, nicht geeignet?
3. Was passiert mit Mitarbeitern, die den Augentest nicht bestanden haben?
4. Wird das Ergebnis in der Personalakte festgehalten?

Daß der Betriebsrat die Kollegen aufgefördert hat, ohne Klärung dieser Fragen nicht zur Augenuntersuchung zu gehen, versteht sich wohl von selbst.

Eine Hamburger Druckergewerkschaft

DGB-Jugenddemonstration in Hamburg



Daimler Hamburg:

Kapitalisten müssen zurückstecken

Wir hatten in AK 168 bereits berichtet, wie die Werkleitung von Daimler-Benz in Hamburg-Harburg kranke Kolleginnen und Kollegen mit Drohbriefen einzuschüchtern versucht. Die Betriebsratsmehrheit hatte das Vorgehen der Kapitalisten unterstützt. Lediglich die Kollegen der oppositionellen „alternative“ hatten mehrfach in ihrer Betriebszeitung Artikel gegen die Unternehmerpraktiken veröffentlicht.

Unlängst gelangte die „alternative“ in den Besitz des Protokolls einer Meisterbesprechung. Darin wurden die Meister und Gruppenmeister aufgefordert, „von der Möglichkeit, Krankenbesuche durchzuführen, möglichst oft Gebrauch zu machen. Die Namen der Personen, die besucht werden können“, werden beim Personalchef bereitgehalten. Außerdem wird „ein kleiner Geschenk“ mit auf den Weg gegeben und ein Firmenwagen zur Verfügung gestellt.

Als das im Betriebsrat vorgetragen wurde, wollte die Betriebsratsleitung die Sache erstmals runterspielen, war aber schließlich auch „empört“ und wollte bei der Werkleitung „nachfragen“ was es mit dieser Anordnung auf sich hatte.

Inzwischen hatten Kollegen der „alternative“ eine Kopie des Protokolls an ein stark frequentiertes Schwarzes Brett gehängt, zusammen mit einem „Stern“-Artikel („Wer krank ist, fragt“). In dem Daimler auch gewürdigt wurde. Nur so ist es sicher zu erklären, daß die Betriebsratsleitung mit ungewohnter Schnelligkeit bereits am nächsten Morgen bei der Werkleitung vorprahl. Da sie aber im Grunde genommen nicht gegen die „Jagd auf Kranke“ ist, fiel das Ergebnis auch dementsprechend aus. An allen Schwarzen Brettern erschien plötzlich ein Aushang, in dem es hieß: „Durch ein Protokoll der Meisterbesprechung vom 3.1.1980

könnte der Eindruck entstanden sein, daß Krankenbesuche zur Überwachung durchgeführt werden sollen. Werkleitung und Betriebsrat stellen fest, daß solche Krankenbesuche durch die Meister weder besprochen noch beabsichtigt sind“.

Da dies nicht mit den Tatsachen übereinstimmt und viele Kollegen sich gar nicht wußten, wozu sich dieser Aushang bezog, veröffentlichte die „alternative“ die entsprechenden Passagen des Protokolls und forderte, daß die Jagd auf kranke Kollegen sofort gestoppt wird. Wenn auch die Meisterbesuche erstmal abgesetzt wurden, so geht doch die Briefaktion im neuen Jahr unvermindert weiter. Die Bespitzelungsaktion hat aber im Betriebsrat einige Kollegen zum Nachdenken gebracht, und es dürfte der Betriebsratsleitung nicht mehr so leicht fallen, die Kampagne der Kapitalisten weiter zu unterstützen. Betriebsrat Daimler-Benz, Harburg

Zwei Monate nach dem Streik: Kampfbereitschaft wird abgekühlt

Es dauerte länger als zwei Monate, bis nach der Arbeitsniederlegung am 13.11. wieder die Hamburger Vertrauensleuteversammlung (VV) – das für Kampfmaßnahmen zuständige Gremium – zusammengerufen wurde, um über die Weiterführung des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zu beraten und zu beschließen. Zwei Monate weitgehender Unaktivität und Orientierungslosigkeit des Landesvorstandes in der Arbeitsniederlegung wirkten in der Mitgliedschaft als „Abkühlphase“, nach der heute alte Theorien über die Schwierigkeiten der Mobilisierung und die fehlenden Möglichkeiten, mit Kampfmaßnahmen Verbesserungen durchzusetzen, neu aufgetischt werden – so als hätte es die Erfahrung der Arbeitsniederlegung am 13.11. die dort für die Kollegen erfahrbar gemachte Stärke und Solidarität, überhaupt nicht gegeben.

Kurz vor der Arbeitsniederlegung hatte eine VV beschlossen, noch im Dezember ein weiteres Treffen durchzuführen, um dort Vorbereitungen für weitere Kampfmaßnahmen zu treffen. Hintergrund war dabei, daß die Kollegen selbstverständlich davon ausgingen, daß mit einer einmaligen zweistündigen Arbeitsniederlegung noch keine Zugeständnisse des Arbeitgebers erreichbar wären. Dies war auch der Tenor eines Beschlusses der Landesvertreterversammlung (LVV), die schon im Oktober festgelegt hatte:

„Die LVV setzt sich für eine Arbeitsniederlegung im November ein. Dabei betont die LVV, daß eine zweistündige Arbeitsniederlegung im November nur der erste Schritt sein kann, dem weitere und schärfere Maßnahmen folgen müssen, sofern unsere Forderungen nicht erfüllt werden. Falls also keine befriedigende Reaktion auf unseren Arbeitskampf erfolgt, setzen wir uns insbesondere für einen 1-tägigen Warnstreik im Frühjahr 1980 ein“.

Ein „basistisches“ Seminar

Der Landesvorstand, der die für Dezember beschlossene VV nicht durchführte, begründete dies sehr „basist“: Eine VV würde nicht genug Zeit zur Diskussion und zur Entwicklung weiterer Perspektiven bieten, deshalb sei die Beratung in einem für jedes Mitglied offenen Wochenendseminar vorzuziehen. Die Möglichkeit, nicht nur über von bestimmten Gruppierungen vorgelegte Resolutionen abstimmen zu müssen, sondern sich an der Erarbeitung der weiteren Perspektiven des Kampfes selbst beteiligen zu können, erschien vielen GEW-Kollegen nicht attraktiv und so war das Wochenendseminar am 14./15.12. gut besucht und von einer lebhaften Diskussion getragen.

Der Lemke Flügel vertrat dort die Auffassung, daß man zwar weiterhin seine Streikbereitschaft bekunden, sich aber nicht zeitlich festlegen solle, solange in der GEW-Bund die Rechtmäßigkeit weiterer Streiks umstritten sei. Hier hoffte Lemke wohl auf eine Klärung auf dem Gewerkschaftstag im Herbst 1980. Demgegenüber bestand die große Mehrheit der Kollegen auf einer Orientierung auf eine erneute Arbeitsniederlegung noch vor den Sommerferien 1980. Im Beschluß des Wochenendseminars heißt es:

Ein „basistisches“ Seminar

Der Landesvorstand, der die für Dezember beschlossene VV nicht durchführte, begründete dies sehr „basist“: Eine VV würde nicht genug Zeit zur Diskussion und zur Entwicklung weiterer Perspektiven bieten, deshalb sei die Beratung in einem für jedes Mitglied offenen Wochenendseminar vorzuziehen. Die Möglichkeit, nicht nur über von bestimmten Gruppierungen vorgelegte Resolutionen abstimmen zu müssen, sondern sich an der Erarbeitung der weiteren Perspektiven des Kampfes selbst beteiligen zu können, erschien vielen GEW-Kollegen nicht attraktiv und so war das Wochenendseminar am 14./15.12. gut besucht und von einer lebhaften Diskussion getragen.

Der Lemke Flügel vertrat dort die Auffassung, daß man zwar weiterhin seine Streikbereitschaft bekunden, sich aber nicht zeitlich festlegen solle, solange in der GEW-Bund die Rechtmäßigkeit weiterer Streiks umstritten sei. Hier hoffte Lemke wohl auf eine Klärung auf dem Gewerkschaftstag im Herbst 1980. Demgegenüber bestand die große Mehrheit der Kollegen auf einer Orientierung auf eine erneute Arbeitsniederlegung noch vor den Sommerferien 1980. Im Beschluß des Wochenendseminars heißt es:

„Da unsere Forderungen nicht erfüllt sind, wird die GEW Hamburg weiter kämpfen und sich dabei der Mittel der Arbeitsniederlegung und der dienstlichen noch durch Gerichtsentscheidungen aus der Hand schlagen lassen. Kollege Frister vertritt in der neuen Ausgabe der E & W die Auffassung, daß die nächste Runde die der Gerichte sei. Wir dagegen meinen, daß wir das Streikrecht mit politischen Mitteln durchsetzen müssen und fordern den Vorstand auf, Vorbereitungen zu treffen, daß bei weiterer unwirksamer Haltung des staatlichen Arbeitgebers noch vor den Sommerferien 1980 eine erneute Arbeitsniederlegung stattfinden kann. Dazu ist eine ständige Kampfbereitschaft erforderlich, die durch öffentlichkeitswirksame und mobilisierende Aktionen wie z.B. „Gläserne Schule“ und durch eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Beamtenrecht erhalten und gesteigert werden kann“.

Was der Landesvorstand unter einem „basistischen Seminar“ versteht, wurde schon wenige Tage später deutlich, als dieser Beschluß im für die Öffentlichkeit bestimmten GEW-Presseblatt 41/79 wie folgt

zusammengefaßt wurde: „Außerdem behielten sich die Funktionäre vor, wenn nötig eine weitere Arbeitsniederlegung durchzuführen“. Die offizielle Abkehr von der Orientierung des Wochenendseminars folgte dann auf der Landesvorstandssitzung am 18.12. Ein Antrag, der „gegebenenfalls vor den Sommerferien 1980“ weitere Arbeitskampfmaßnahmen vorsah und dafür erforderliche Schritte eingeleitet werden wollten, wurde abgelehnt. Lemke setzte sich

deshalb wie es falsch und kurzfristig, bereits jetzt einen Termin für einen solchen Streik festzulegen, ebenfalls sollte man jedoch eine solche Maßnahme vor einem bestimmten Zeitraum ausschließen“. Hinter maximalistischen Ansprüchen wird hier eine Abkehr von Kampfmaßnahmen versteckt, was im detaillierten Zeitplan des Antrags dann offensichtlich wird. Hier ist von einer Arbeitsniederlegung überhaupt nicht mehr die Rede als Höhepunkt der Aktion.

sowie Gehaltsabzüge vorgenommen. Den an der Aktion beteiligten Schulleitern stehen noch Disziplinarverfahren bevor, die wohl mit empfindlichen Geldbußen verbunden sein werden. Von der GEW-Führung wurde empfohlen, gegen diese Disziplinarverfahren nicht juristisch vorzugehen, da hier kein Erfolg zu erwarten sei und ein Widerspruch zur Einleitung förmlicher Disziplinarverfahren führen würde.

Stattdessen sollten politische Aktivitäten zur Abwehr der Disziplinierungen ergriffen werden. War zunächst geplant, sofort nach Bekanntwerden der Disziplinierungsabsichten der Behörde eine große Protestveranstaltung durchzuführen, so wurde diese schließlich bis Mitte Januar hinausgezögert und so unauffällig gestaltet, daß sich der Saal gegen Schluß der Veranstaltung zu zwei Dritteln geleert hatte.

Auch eine an der Basis entstandene Idee, gegen die Disziplinierungen mit einer Anzeige in einer Hamburger Tageszeitung zu protestieren, wurde nach dem bewährten Rezept des Abwiegens behandelt. Hatte der Landesvorstand einem akzeptablen Textvorschlag im Dezember noch im wesentlichen zugestimmt, so setzte sich Lemke über Weihnachten hin und formulierte den Text stilistisch so, daß vom Protestcharakter nichts mehr zu spüren war. Als dies dann auf der

VV zur Sprache gebracht wurde, fiel Lemke nichts besseres ein, als die Kollegen zu beschwören, es bei seinem Text zu belassen, da das Versenden eines neuen Aufrufs nur Verwirrung und Zeitverzögerung mit sich bringen würde. Die Vertrauensleute folgten diesem Vorschlag nicht und beschlossen einen neuen Text. Ob sich der Vorstand an diesen Beschluß hält oder nicht, durch derartige Mäzchen ist von dieser an sich guten Aktion nicht mehr viel übrig geblieben.

Die Taktik der Lemke-Fraktion scheint im Augenblick darauf zu zielen, den Mitgliedern kleine Aktionen als Beschäftigungstherapie anzubieten (z.B. „Gläserne Schule“). Wenn diese dann nur lustlos durchgezogen werden, da die Perspektive weiterführender Kampfmaßnahmen fehlt, ist dies für Lemke die beste Legitimation zu behaupten, die Mitglieder seien ja so abgeschleift wie solle man unter diesen Bedingungen Streikmaßnahmen in Angriff nehmen.

Nicht nur in der Frage der Durchsetzbarkeit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, auch bei der innergewerkschaftlichen Mobilisierung ist folglich die Frage des Streiks die Entscheidende. Wir werden dies weiter beleuchten, auch wenn SPD'ler und DKP'ler uns weiterhin als „Streikfetischisten“ beschimpfen.

Ein Hamburger Lehrergenosse



mit einer Formulierung durch, in der es heißt: „Über die weiteren Kampfmaßnahmen in der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung wird die VV beraten und beschließen. Dafür wird es am 7. April 1980 zusammenkommen“. War damit erst einmal eine Orientierung auf eine Arbeitsniederlegung noch vor den Sommerferien vom Tisch – und der SPD-Fraktionsvorsitzende Hartmann, der gleich nach dem Wochenendseminar wüste Drohungen gegen die Lehrer ausgestoßen hatte, vorerst beschäftigt – so beinhaltet dieser Beschluß dennoch, daß über eine Wiederholung der Arbeitsniederlegung weiter diskutiert würde und man spätestens am 7. April das leidige Problem wieder zur Diskussion stellen müsse.

Die „gewerkschaftlich orientierten“ springen in die Bresche

In dieser Situation sprangen Kollegen ein, die ansonsten viel von gewerkschaftlichen Kampfkraften und dem DGB als Hauptkraft der gesellschaftlichen Entwicklung reden. Sie legten zur Vorstandssitzung im Januar einen neuen Antrag vor, den der Vorstand als seinen Antrag an die VV am 21.1. übernehmen sollte. Dies ist schon formal ein höchst ungewöhnlicher Vorgang, hatte doch der Vorstand bereits auf seiner Dezember-Sitzung den Lemke-Antrag als Vorlage für die VV beschlossen, was damals auch von den „gewerkschaftlich orientierten“ Vorstandskollegen getragen worden war. Aber auch inhaltlich hatte dieser Antrag es in sich. Aus der Tatsache, daß die Arbeitsniederlegung vom November keine Zugeständnisse der Regierung bewirkt hat, wird kühn gefolgert, daß eine Wiederholung einer derartigen Aktion sinnlos sei. „Wir müssen uns jedoch darüber im Klaren sein, daß eine einfache Wiederholung der Novemberaktion uns in der Sache nicht wesentlich nach vorn bringen kann, es sei denn, es ist gelungen, eine solche Aktion auf einer qualitativ neuen Stufe durchzuführen. Kriterien für diese neue Qualität sind z.B. eine relativ größere Zahl von Teilnehmern, stärkere Verankerung unserer Forderungen in der Öffentlichkeit“.

Das ist für den Juni die Abgabe unkorrigierter Klassenarbeiten beim Schulschluss geplant.

Mit derartig starkem Tobak konnten diese besonders „gewerkschaftlich orientierten“ Kollegen zwar bei der Mehrheit des Vorstandes Unterstützung finden, auf der Vertrauensleuteversammlung am 21.1. antworteten jedoch scharfe Kritik. Der Antrag wurde dort noch nicht einmal abgestimmt. Aber auf der VV war auch zu bemerken, daß die zweimonatige Demobilisierungsphase gewirkt hatte. Die Orientierung auf eine erneute Arbeitsniederlegung vor den Sommerferien, die von den Linken vertreten wurde, konnte sich nicht durchsetzen. Mehrheitlich wurde beschlossen, die Orientierung „vor den Sommerferien 1980“ im Antrag der Linken durch die unverbindliche und scheinradikale Formulierung „jederzeit“ zu ersetzen.

Dies entspricht den Vorstellungen Lemkes, der zuvor verkündet hatte: „Die GEW muß die durch die verschiedenen Maßnahmen erreichte höhere Mobilisierung nutzen, um beschleunigt aus dem Stand demonstrierbare Arbeitsniederlegungen durchzuführen zu können“ („HLZ“ 1/80, S. 5). Wie aus „nur dem Stand“ gestraukt werden soll, wenn man sich noch nicht einmal auf eine verbindliche Terminierung vor den Sommerferien festlegen mag, bleibt Lemkes Geheimnis.

Mit dieser Orientierung ist auf anderer Ebene auch wieder die Einheit mit der GEW-Bund hergestellt, die in jedem Fall weitere Streikmaßnahmen unterstützen will. In diesem Zusammenhang ist auch die eingetragene Rolle der „gewerkschaftlich orientierten“ Kräfte zu sehen. Sie ist entlehnt aus der Studentenbewegung. Dort prägt sich das Bündnis aus Stamokap-Juno, SHS und MSB gerade so. V.a. zeichnet sich dieses Bündnis dadurch aus, daß es den DGB, vor allem die Führung, vor jeder Kritik von links in Schutz nimmt.

„Kampf“ gegen Disziplinierungen – ein Trauerspiel

Nach der Arbeitsniederlegung am 13.11. wurden gegen die beteiligten Lehrer Mißbilligungen ausgesprochen



Mitgliederbefragungen in BW und NRW zum Streik

Baden-Württemberg: Per schriftlicher Abstimmung wurden alle Mitglieder des GEW-Landesverbandes Baden-Württemberg befragt, zu welchen Maßnahmen sie zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung für Lehrer bereit wären. Unter den vorgeschlagenen Aktionen konnte man sich auch für eine kurzfristige Arbeitsniederlegung entscheiden. 36% der ca. 30.000 Mitglieder beteiligten sich an der Aktion (also etwa 11.400 Kollegen). Von ihnen sprachen sich 3.000 für eine Arbeitsniederlegung am 3.3. aus. Auf einer Funktionärskonferenz am 19.1. wurde daraufhin erwartungsgemäß beschlossen, zum 3.3. keine Arbeitsniederlegung und auch keine Kundgebung durchzuführen. Ein Antrag der Linken, nach den Sommerferien – wenn wieder viele befristet angestellte Kollegen entlassen werden – Aktionen durchzuführen, wurde ebenfalls abgelehnt.

NRW: Im Oktober hatte die LVV einstimmig beschlossen, eine Befragung

der Mitglieder über eine kurzfristige Arbeitsniederlegung durchzuführen. Man hatte sich dabei ein Quorum von 3.000 Stimmen gesetzt. Die Befragung läuft vom 1. - 20.2. und wird über die Ortsverbände organisiert. Da nun viele Ortsverbände oh die Einschätzung haben, daß die Befragung negativ ausgeht (auch die Landesvorsitzende Bruns vertritt im Hauptvorstand am 12.1. diese Meinung), werden sie sich auch nicht sehr engagieren, sodaß fraglich ist, ob jedes Mitglied überhaupt die Möglichkeit bekommt, sich in die Listen einzutragen. Als Trostpflasterchen ist aber schon jetzt angeregt, daß die zentrale Demonstration am 3.3. in Düsseldorf auf alle Fälle laufen wird (Starrredner Frick Frister).

Um den Mißerfolg der Aktion sicherzustellen, wird der Landesvorstand erst am 28.2. über den Ausgang der Befragung beraten, am 3.3. sollte dann die Aktion laufen. Eine Vorbereitung dürfte somit ziemlich unmöglich sein.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Mutterschutzurlaub: Katholischer Frauenbund geht vor das Verfassungsgericht

Der bayerische Landesverband des Katholischen Frauenbundes macht vor dem Verfassungsgericht einen neuen Versuch, das Mutterschutzrecht für die arbeitenden Frauen anzugreifen. „Der erweiterte Mutterschutzurlaub gewährt nur erwerbstätigen Müttern eine finanzielle Unterstützung.“ (PR, 19.12.79) Dies ist laut Katholischem Frauenbund „ungerecht“ gegenüber den Frauen, die zu Hause bleiben. Sie verlangen, daß diesen Frauen rückwirkend zum 1.7.79 die 750 DM ausbezahlt werden und diese weiterhin 30 Monate lang 300 bis 400 DM Erziehungsgeld bekommen. Das hört sich erstmal alles sehr sozial an, es ist aber wichtig zu wissen, daß sich hinter diesen For-

derungen des Konzept der CDU/CSU verbirgt, materielle Anreize für die Frauen zu schaffen, um noch mehr Frauen an Heim und Herd zurückzuführen. Das bekannte 3-Phasen-Modell (Beruf, Eheabschließung und Kinder, Wiedereinführung in eine Berufstätigkeit) der CDU/CSU entspricht auch voll den Vorstellungen des Katholischen Frauenbundes.

Die IG-Metall-Frauen sehen mit der Verfassungsklage einen erneuten Angriff auf die berufstätigen Frauen. „Diese Klage ist frauen- und familienfeindlich“ (U. Ibler, IGM, Neue, 21.12.79).

Kommision Betrieb und
Gewerkschaft



KWU feuert unbequeme Gewerkschafterin — Betriebsrat stimmte zu

Einmütig hat der Betriebsrat der Kraftwerk-Union (KWU), Werk Mülheim, die fristlose Entlassung von Karin Kriening, IGM-Vertrauensfrau und stellvertretendes Betriebsratsmitglied, gebilligt. Vorwand war der Mitschnitt einer von 4.500 Kollegen besuchten Betriebsversammlung. Der wahre Grund: Karin tritt nicht vorbehaltlos für das Ausbauen der Atomenergie ein.

sich jeder Kollege per Unterschrift zur Pro-AKW-Großkundgebung in Dortmund eintragen mußte. Jeder, der sich nicht in die Liste eintrug, war den KWU-Kapitalisten als „Sicherheitsrisiko“ bekannt.

KWU feuert unbequeme Gewerkschafterin — Betriebsrat stimmte zu

Einmütig hat der Betriebsrat der Kraftwerk-Union (KWU), Werk Mülheim, die fristlose Entlassung von Karin Kriening, IGM-Vertrauensfrau und stellvertretendes Betriebsratsmitglied, gebilligt. Vorwand war der Mitschnitt einer von 4.500 Kollegen besuchten Betriebsversammlung. Der wahre Grund: Karin tritt nicht vorbehaltlos für das Ausbauen der Atomenergie ein.

sich jeder Kollege per Unterschrift zur Pro-AKW-Großkundgebung in Dortmund eintragen mußte. Jeder, der sich nicht in die Liste eintrug, war den KWU-Kapitalisten als „Sicherheitsrisiko“ bekannt.

IGM-Vertrauensleute der KWU aus West-Berlin, Offenbach und Erlangen protestierten: „Eure Handlungsweise ist unverständlich. Als Metalller verlassen wir eure Solidarität!“ Außerdem helfe man der Unternehmensleitung beim Abservieren einer „unbequemen Gewerkschafterin“.

Allerdings ist die fristlose Entlassung Karin Kriening nicht nur der Unternehmensleitung, sondern auch dem KWU-Betriebsrat mit seinem stellvertretenden KWU-Aufsichtsratsvorsitzenden und SPD-Ratsherren Julius Busch ist sie ein Dorn im Auge. Er und seine Clique verhindern die Auslieferung der IGM-Zeitschrift „Metall“, als eine Artikulation über Atomenergie erschien („Segen oder Fluch der Zukunft“). 3.000 Exemplare waren für die KWU-Betriebsrat, die zu 84 Prozent organisiert ist, bestimmt.

Zwar kann nicht nachgewiesen werden, daß Busch dabei seine Finger im Spiel hat. Er und seine „Kollegen“ sind aber auf jeden Fall dafür verantwortlich zu machen, daß sich eine Stimmung für Hetze und Denunziation verbreitet.

Selbst dem Hauptvorstand der IG Metall geht diese Art der Kumpagne mit der Unternehmensleitung zu weit. „Der rechtliche Kampf ist eine fristlose Kündigung“, kritisiert er Busch und dessen Clique. Die gefeuerte Vertrauensfrau erhält Rechtsschutz von der IG Metall, wenn sie jetzt vom Arbeitsgericht zieht.

Für Busch und seine Clique gilt für solche Leute sollte kein Platz in der IG Metall sein. Wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens sollten entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Frauen gewannen Klage gegen ungleiche Bezahlung

Fünf ausländische Arbeiterinnen hatten Erfolg mit ihrer Klage vor dem Arbeitsgericht: Sie werden in ihrem Lohn nicht weniger, sondern höher gruppiert. Sie klagten gegen ungleiche Zuordnung — die gilt allerdings weiterhin.

Bei der Frankfurter Firma Roth (Zulieferer für die Automobilindustrie) wurden die Männer von fünf Maschinen abgezogen und durch Frauen ersetzt. Die Kolleginnen erhielten aber nur Lohngruppe 2 statt Lohngruppe 3 wie die Männer. Die Differenz betrug immerhin 1,13 DM pro Stunde. Mit Unterstützung des Betriebsrates und des IG Metall-Frauenausschusses wehrten sich jetzt die fünf ausländischen Kolleginnen gegen diese Ungerechtigkeit.

plötzlich Frauen an die Maschinen. Die Kolleginnen müssen zwei Maschinen abwechselnd bedienen in Schicht und Akkord, zum Teil sogar in stehender und gebückter Haltung. Von geringer körperlicher Belastung also keine Spur.

Nach dem ersten Prozeß hatte sich der Vorsitzende Richter über die Arbeitsplatzsituation am Ort und Stelle unterrichtet. Danach entschied er, daß die Frauen rückwirkend in Lohngruppe 3 eingruppiert werden. Ein besonderer Erfolg ist, daß ausländische Arbeiterinnen den Mut fanden, gegen ungerechte Entlohnung zu klagen und den Prozeß gewonnen.

Einzusuchen ist allerdings nicht, warum die Frauen bei gleicher Arbeit immer noch 2 Lohngruppen niedriger als die männlichen Arbeiter bezahlt werden.

Kommision Betrieb und
Gewerkschaft

Leserbrief

Betrifft: Artikel im AK 168, S. 20: „Zum Mutterschutzgesetz: Kritische Bilanz und neue Diskussion ist nötig“

Liebe Genom(innen)!

Ihr schreibt in eurem Artikel, daß nunmehr „berufstätige Mütter nach der Mutterschutzfrist zusätzlich einen 4-monatigen Mutterschaftsurlaub beanspruchen (können)“. Diese Aussage ist nicht ganz richtig, da dies nur für jene Mütter zutrifft, deren Mutterschutzfrist nach der Entbindung 8 Wochen beträgt. Für den Regelfall also. Nun ist es aber so, daß bei Früh- und Mehrlingsgeburten die reguläre Mutterschutzfrist um 4 Wochen verlängert wird, den betreffenden Müttern statt 8 Wochen — wie im Regelfall — also 12 Wochen Mutterschutzfrist nach der Entbindung zugeteilt wird. In diesen Fällen besteht jedoch kein Anspruch auf 4 Monate zusätzlichen Mutterschaftsurlaub, wie Frau das bei eurer Darstellung annehmen muß, sondern lediglich auf 3 Monate. Laut Gesetzes-

text heißt es nämlich: „Mütter haben Anspruch auf Mutterschaftsurlaub im Anschluß an die Schutzfrist... bis zu dem Tag, an dem das Kind sechs Monate alt wird...“

Es gilt also — unabhängig von den benannten Sonderfällen — insgesamt eine 6-Monats-Frist. Die ohnehin viel zu knapp gehaltene Verlängerung der Schutzfrist bei Früh- und Mehrlingsgeburten wird damit schlichtweg ad absurdum geführt.

Ich selbst habe vor einem Viertel Jahr ein sogenanntes „Frühchen“ geboren. Abgesehen davon, daß ich um die 6 Wochen Mutterschutzfrist vor der Geburt regelrecht betrogen worden bin, da ich zu dem Zeitpunkt bereits im Krankenhaus war und stramm liegen mußte, ist es ganz einfach so gewesen, daß mein Sohn nach der Geburt zum „Aufpöppeln“ fast einen Monat in der Kinderklinik hat verbringen müssen, und ich somit gezwungen war, täglich ein paar Mal zu ihm zu fahren, um ihn nicht gänzlich der Krankenhausroutine zu überlassen. Nach seiner Entlassung endlich bedurfte er besonderer Fürsorge und

Zärtlichkeit, da die Zeit im Krankenhaus an so einem kleinen Körper natürlich nicht spurlos vorbeigeht. Obwohl ich bis heute von meinem Freund und Vater des Kindes tatkräftig unterstützt worden bin, beginne ich mich erst jetzt abnähmlich von den physischen und psychischen Anstrengungen zu erholen. Wie muß es erst jenen Müttern gehen, deren Kinder gar mehrere Monate nach der Geburt im Krankenhaus verbringen müssen, die zusätzlich noch ein oder mehrere (kleine) Kinder zu versorgen haben, die „nebenbei“ den Haushalt schmeißen müssen, es sich aus finanziellen Gründen nicht leisten können, den Mutterschaftsurlaub in Anspruch zu nehmen, deren Partner — aus welchen Gründen auch immer — nicht in der Lage sind, umfassende Unterstützung zu geben...?!

Kurzum, hier muß noch einiges passieren, und ich kann die Forderungen der Hamburger Druck-Frauen nur aus ganzem Herzen unterstützen. Mit lieben Grüßen

Eine Sozialpädagogikgenomin aus
Hamburg

Kleiderwerke Odermark: Fast 500 Frauen arbeitslos

Ab 1. Januar sitzen über 500 Beschäftigte — überwiegend Frauen — der ehemaligen Kleiderwerke „Odermark“ in Gedar, mit Filialen in Salzgitter und Wolfsburg, auf der Straße. Bis Mitte Dezember wurden die Entlassungslisten vor den empörten Kolleginnen geheimgehalten. Bisher waren insgesamt 1.300 Kolleginnen in der Firma beschäftigt. Im Sommer '79 arbeiteten bei Odermark noch 1.600. Damals demonstrierten in Gedar 1.200 Kolleginnen gegen die drohende Schließung der Odermark-Werke.

fung neuer Arbeitsplätze, d.h. für die Übernahme von lediglich ca. 700. Gelder von der Arbeitslosenversicherung!

Die CDU-Landesregierung gewährt dem neuen Besitzer der Odermark-

Bekleidungswerke Brinkmann GmbH und Co. KG eine 80 Prozent-Bürgschaft für einen 8 Millionen-Betriebsmittelkredit

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



DGB-Aufruf gegen »Islamisches Kulturzentrum Köln«

Durch ein Schreiben des DGB-Bundesvorstands an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Rau, ist ein skandalöses Verfahren der Behörden im Umgang mit dem „Islamischen Kulturzentrum Köln“ bekannt geworden. Eine Kopie dieses Schreibens ging an alle Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften, verbunden mit der Aufforderung, über die Angelegenheit mit den Vertrauensleuten zu diskutieren. Der DGB kritisiert in seiner Stellungnahme, daß auf Weisung des nordrhein-westfälischen Kultusministers Gürgenach die Regierungspräsidenten des Bundeslandes den Schulen empfohlen haben, mit dem Kulturzentrum zusammenzuarbeiten. Im Zusammenhang mit der Schulbefreiung türkischer Kinder an hohen türkischen Festtagen wurden die Schulen auf das „Kulturzentrum“, wesentliches Propagandafeld der faschistischen türkischen „Nationalen Bewegungspartei“ (MHP), verwiesen.

Weiterhin betont der DGB, daß Gebetsstätten in der Türkei, bei denen festgestellt wurde, daß sie islamistische Ideen verbreiten, sofort ihrer Amts entbunden werden. Das „Kulturzentrum“ holt diese Leute als Prediger in die BRD und bezahlt sie.

„Es ist zu befürchten, daß bei weiterer staatlicher Unterstützung dieses „Islamischen Kulturzentrums“ oder gar bei Anerkennung als „öffentliche Körperschaft“ ein offener religiöser Terror auf alle türkischen Staatsangehörigen in der BRD einsetzt und sich diese Einrichtung dann als die alleinige legale Instanz... bezeichnet.“ Der Brief schließt mit der Aufforderung, „die weitere Unterstützung des Kulturzentrums und seiner Nebenstellen, bzw. die Anerkennung als „öffentlich-rechtliche Körperschaft“ zu verhindern.“ Ebenfalls wird die MHP-Tätigkeit über dieses Kulturzentrum

benannt: „Wir möchten noch erwähnen, daß während des vergangenen Ramadan-Festes (24.7. - 25.8.79) 26 islamische Beauftragte des türkischen Verwaltungsrates des Islam (offizielle Einrichtung der türkischen Regierung) in Europa gewesen sind, während von den Süleymaniern zum gleichen Zeitpunkt ca. 150 Prediger in Europa waren (Informationen des türkischen Staatsministers), dazu etwa 100 Vertreter der MHP und 150 Vertreter der MSP.“ Daß der DGB dabei lediglich von der „Gefahr eines religiösen Terrors“ spricht und nicht davon, daß es sich dabei um faschistische Propaganda der „Grauen Wölfe“ unter religiösem Deckmantel handelt, ist selbst gegenüber früheren Stellungnahmen des DGB mehr als zurückhaltend. (Alle Zitate aus Schreiben des DGB vom 22.10.79)

Ausländerkommission/KB-Hamburg

Adler-Werke Frankfurt: F. Valdez wieder im Betrieb

Am Freitag, 19. Januar, konnte Franco Valdez wieder seine Arbeit bei den Adler-Werken aufnehmen, nachdem das Landesarbeitsgericht Frankfurt ihm recht gab (siehe auch AK 169). Franco ist Betriebsrat einer oppositionellen „2. Liste“ von ausländischen Kollegen. Im November 1978 war er mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit entlassen worden und durfte auch nach einer positiven Entscheidung des Arbeitsgerichts den Betrieb nicht mehr betreten.

Bei den Adler-Werken stehen in der nächsten Zeit erhebliche Umstrukturierungen mit „Versetzungen“ usw. an. Ein bereits abgeschlossener Sozialplan wird von den Betriebsräten der „2. Liste“ abgelehnt, da er die „Veränderungen“ akzeptiert und einen konsequenten Kampf verhindert. Vor diesem Hintergrund ist die Wiederentstellung von Franco gewiß auch eine Ermütigung und Stärkung der Kollegen im Kampf gegen die geplanten Maßnahmen der Geschäftsleitung.

Am ersten Arbeitstag war an Arbeit nicht zu denken, da aus vielen Abteilungen Kollegen kamen, um zu gratulieren. Die wenigsten hatten wohl damit gerechnet, daß Franco wieder in den Betrieb kommen kann. In vielen Fällen versuchen die Kapitalisten und die Gerichte solche Prozesse mit finanziellen Abfindungen zu regeln.

Ein weiterer gekündigter Kollege der „2. Liste“ Halvar Tiago hat am 15. Februar seinen nächsten Prozeßtermin vor dem Arbeitsgericht in Frankfurt. Nach dem bisherigen Stand wird wohl auch er eine Kündigung verhindern können.

Teilerfolg gegen türkische Faschisten in Nürnberg

Der Nürnberger 'Türk Ocagi' (Türkische Gemeinschaft) plante für Samstag den 12.1.80 eine größere Propaganda-Veranstaltung, die wie üblich als Folkloreveranstaltung getarnt wurde. Geladen war der Sänger Arif, der offen mit der NHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) und deren 'Graue Wölfe' zusammenarbeitete.

Nach Bekanntwerden der geplanten Veranstaltung beantragte der DGB-Kreis Nürnberg beim Ordnungsamt der Stadt das Verbot der Propagandaveranstaltung. Der Vorsitzende des DGB-Kreises, W. Ranzberger, wies in dem Verbotantrag darauf hin, daß die Stadt Essen am 6. Januar eine Veranstaltung der 'Föderation der türkischen Islamistenvereine in Europa', der auch der Nürnberger 'Türk Ocagi' angehört, und auf der der Sänger Arif ebenfalls auftreten sollte, verboten hatte.

In der Begründung der Stadt Essen hatte es geheißen, sie sei 'arglistig' getuscht worden. Der Richter sei mit der Ankündigung einer Folklore-Veranstaltung offensichtlich hinterlistig geführt worden und habe bei der Vermietung der, für politische Veranstaltungen notwendige Genehmigung der Stadt, nicht eingeholt. Die türkischen Faschisten hatten aus der Rücknahme des Mietvertrages durch die Stadt Essen gelernt. Sie beantragten also bei der Stadt Nürnberg eine Folkloreveranstaltung, die sie auch genehmigt bekamen.

Der DGB-Verbotantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß der Stadtverwaltung die bisher vorliegenden Erkenntnisse nicht aus-

reichen, die Versammlung nach dem Vereinsgesetz zu verbieten.

Der Besitzer des Kinos erfuhr erst aus der Zeitung, daß es sich bei dieser Veranstaltung um eine politische Versammlung handle und zog sofort die Selbstzensur zurück. Er fühlte sich von den 'Grauen Wölfen' und dem Ordnungsamt der Stadt Nürnberg hintergangen, da er vom Ordnungsamt nicht informiert wurde, um welche Gruppierung es sich dabei handle. Mit einer einstweiligen Verfügung versuchten die 'Grauen Wölfe' den Saal doch noch zu bekommen. Das Gericht gab dem Kino-Besitzer zwei Stunden vor der geplanten Veranstaltung recht, da gewalttätige Auseinandersetzungen zu befürchten seien. Auch das Angebot der Faschisten mehrere tausend Mark (!) für evtl. Schäden zu hinterlegen, lehnte der Kino-Besitzer ab. Dies zeigt, zu welchen Anstrengungen die 'Grauen Wölfe' bereit sind, um eine Niederlage vor der Öffentlichkeit zu verhindern. Immerhin hatten sie schon 400 Eintrittskarten verkauft. Ihre Veranstaltung führten sie dann im angsten Kreis in ihren Vereinstäumen in der Humboldtstraße durch.

Zu einer Protestdemonstration, an der ca. 300 Personen teilnahmen, riefen mehrere türkische und kurdische Organisationen auf, die die IG-Metall unterstützte und der sich mehrere deutsche Gruppen und Initiativen anschlossen.

Die Polizei zog zu diesem Anlaß Einheiten aus Nürnberg, Fürth, Ansbach und Schwabach zum Einsatz. Ein Genosse/KB-Gruppe Nürnberg

Das folgende Dokument stammt von 'Verein zur Förderung der Hagia-Sophia-Moschee' in Westberlin. Es ist ein unverhohlener Aufruf an alle gläubigen, 'kulturbewußten' und unterdrückten Türken zur Selbst- und Lynchjustiz. Mit unglaublicher Demagogie wird an realen Unterdrückungssituationen der türkischen Kollegen im Betrieb oder der Unterdrückung ihrer Kultur in der westdeutschen Gesellschaft angeknüpft, dagegen wird die 'eigentliche' (religiös-faschistische) Moral als Inbegriff der eigenen Identität gestellt. Nur durch die direkte Rache an den verantwortlichen Organisationen (Arbeiterwohlfahrt) und allen, die diese Institution decken (Jugendämter, Richter), kann das Elend der Türken und ihrer Familien in der BRD beseitigt werden - das ist die Logik dieses Aufrufs, der ohne Frage gleich mehrere Straftatbestände erfüllt. Da die Arbeiterwohlfahrt und speziell die darin arbeitenden türkischen Kollegen in der Vergangenheit schon mehrfach Zielscheibe tödlicher Angriffe der türkischen Faschisten waren, muß damit gerechnet werden, daß mit diesem Aufruf Gefahr für Leib und Leben besonders der türkischen Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt in Westberlin (und darüber hinaus) besteht. Damit soll die Tätigkeit einer der wenigen westdeutschen Institutionen, die eine gute Sozialarbeit unter türkischen Familien und speziell Jugendlichen macht und die engagiert antifaschistisch gegen die türkischen Terrorbanden aufgetreten ist, gewaltsam liquidiert werden.

Achtung: Dokument!

Türkische Faschisten rufen zur Lynchjustiz an Arbeiterwohlfahrt auf

Aufruf an die Welt des Islam
ERWACHE!

Ein Bildungssystem, das eine un-menschliche Weltanschauung des Westens betreibt, zwängt uns bedauerlicherweise, gegen unseren Willen unsere Kinder zur Schule zu schicken. Ungläubig ersagene Moslemkinder haben wir dann als Endprodukt. Moslemkinder, die deutsche Schulen besuchen, werden nicht nur eltern- und hermetisch erzogen, sondern stehen auch unter einem der schlechtesten Einflüsse und neigen zu ethisch minderwertigen Gewohnheiten. Beispiel: Schüler und Schülerinnen dürfen in den Schulen rauchen und Alkohol genießen. Sie können leicht drogenabhängig, sogar süchtig werden. Lehrer und Schülerkontakte sind vergleichbar mit Inhalten billiger Sexfilme. Mit der einzigen Ausnahme, sich vor dem Lehrer auszuleihen, sind wohl jegliche Schwereiten erlaubt. Die Treue zum brutalen Nationalismus wird gehalten, und man klebte sich an die letzten Reste des barbarischen Faschismus.

So existieren menschenfeindliche Organisationen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen und sich **ARBEITERWOHLFAHRT** nennen. Parallel zu diesen Organisationen existieren Jugendämter und korrupte Richter. Diese Arbeiterwohlfahrt und deren Nebeneinrichtungen lassen durch ihre Agenten Moslemkinder dazu überreden, ihre Herzwärme aufzugeben, um die ihren eigenen Ideen dienen zu lassen. Sie bringen sie zur Ausbildung in Heimen fern von Vater und Mutter unger. Somit wird ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vollzogen. Die "Unterbringungsheime" sind Brutnester für Prostitution, Heroinhölle, Herbergen für Lesbierinnen und stehen unter der Obhut der Bezirksämter. Bluthinge Mädchen dürfen in Heimen tun und lassen, was sie wollen. Sie dürfen kommen und gehen wann und woher sie wollen. Sie dürfen auch in fremden Wohnungen übernachten, weil sie ihrer Auffassung nach "frei" sind. Kinder müssen "frei" sein und dürfen nicht unter dem Druck strenger Eltern stehen. Dies alles bezeichnen sie mit "Freiheit", und das ist die Weltanschauung der Deutschen, ihre Denkweise ist nun einmal so. Die Aufbaustruktur ihres Gehirns ist so konstruiert, daß sie Flirt und Prostitution der eigenen Tochter sehr leicht hinnehmen können. Und dies alles verstehen sie unter Kultur und Fortschritt. Der Deutsche hat ferner die Absicht, die gesamte islamische Kultur in einem Schmelztiegel mit der zeitigen zu verschmelzen, um dann aus dieser Masse Straßenmädchen zu produzieren. Diese Handlungsweise, die mit barbarischen Morden vergleichbar ist, konnte nach außen hin unter der Maske des "Erdens- und Schutzengels" vor den Medien und der Öffentlichkeit gehalten werden. Für diese Organisationen hat man auch Gesetze parat, um diese Handlungsweise zu unterstützen. Somit wird die Vernichtung der islamischen Familiennormen vollzogen. Diese barbarischen Organisationen trennen auch Ehefrauen von ihren Männern, nur weil eine kleine Zwistigkeit vorgekommen ist. Sie haben auch junge Mädchen dem Schoße der Mutter entzogen und sie dem Sumpf der Latenzschaffen zugeführt. Wenn auch diese Handlungen der genannten Organisationen entsprechend ihren Moralvorstellungen allgemein als selbstverständlich angesehen werden, so bleiben sie doch schreckliche heimliche Morde.

Diese Organisationen, die sich an Kinder ausländischer Arbeiter heranzumachen, schrecken auch nicht davor zurück, die Mütter, deren Kinder sie entziehen, und Männer, deren Frauen sie entführt haben, zu Straßenszenen zu animieren, damit sie eingekerkert werden können. Und das alles spielt sich unter dem Deckmantel der Hilfe ab. Eine derartige Weltanschauung, die am Arbeitsplatz bis zum Ausmaßen des Knochenmarks des ausländischen Arbeiters geht, stellt darauf ab, die Kinder der ausländischen Arbeiter in die oben erwähnten Heime zu

zwingen. Das ist die Auffassung von "Hilfe am Menschen". Sie ist nur mit einem modernen europäischen KZ zu vergleichen.

Aufruf an die islamische Welt!
Aufruf an alle ausländischen Arbeiter!
Mütter, Väter und werktätige Brüder!

Eure Art, Euer Ansehen und die Intimität Eurer Familien werden mit Füßen getreten. Eure Frauen und Töchter werden zur Prostitution entführt. Wollt ihr weiterhin gegen die Morde der **ARBEITERWOHLFAHRT** und der **JUGENDÄMTER** stumm bleiben?

Aufruf an die Weltpresse!
Aufruf an die türkische Presse!
Aufruf an die islamische Presse!

Wenn wollt ihr endlich erwachen und die Moslemkinder, die Sklaven dieser Organisationen geworden sind, retten? Wenn wollt ihr endlich diesen Organisationen, die unsere Kinder in Heimen leiden lassen und zu Unmenschen antun, an den Kragen gehen?

Aufruf an die deutschen Richter!
Wie lange noch wollen Sie die gefälschten Aussagen und Urkunden dieser Organisationen anerkennen? Wann wollen Sie endlich begreifen, daß Sie das Recht mißbrauchen?

Wann wollen Sie endlich begreifen, daß Sie das Recht mißbrauchen? Woher nehmen sie das Recht, gegen unsere Kinder, deren Eltern in ihrem Land mit Schweiß und Fluß zu ihrem Wohlstand beitragen, so unbarmherzig zu sein? Wie können Sie als Vertreter des Rechts betroffenen und leidenden Eltern, deren Familien zerstört worden sind, auch noch zusätzlich verurteilen? Mit welchem Recht wollen Sie einer heimatischen Kultur eine fremde auferlegen?

Wäre es nicht richtiger, ebenso wie die Ausländer ihre Kultur anerkennen, auch deren Lebensart und Weltanschauung zu akzeptieren? Mag sein, daß der Begriff der Jungfräulichkeit in ihren Schulen und ihrer Gesellschaft kein Wertbegriff mehr ist und ihre Vorstellungen über Moral und Religion anders sind als die unsrigen, dies gibt ihnen aber noch lange nicht das Recht, mit unseren Kindern zu experimentieren und ihre und unsere Anschauungen zu verschmelzen und daraus eine Masse zu machen.

Wir rufen alle konfessionellen Organisationen auf, wir rufen die Weltöffentlichkeit, die Weltpresse und alle betroffenen Staaten und deren Konsulate auf, diese moslemischen türkischen Kinder aus den Händen dieser barbarischen Organisationen zu retten! Wacht die Tränen abwender Kinder, Mütter und Väter ab. Überprüft die Praktiken dieser Monster und Mördermeister. Alle Pressevertreter sollen an Ort und Stelle überprüfen und in den Heimen recherchieren. Die ganze Weltöffentlichkeit soll über dieses Drama der ausländischen Kinder informiert werden. Dies muß für die gesamte Presse, für alle Demokraten eine heilige Aufgabe sein.

Wir rufen alle Eltern der islamischen Welt auf, gegen diese Organisationen Bezirksämter, Jugend- und Sportämter, die islamischen türkischen Kinder lebendig in den Sumpfen der Unmoral ertränken, zu protestieren. Wir wollen noch erwähnen, daß auch die meisten ausländischen Mitarbeiter dieser Organisationen gegen das deutsche Volk stehen und ihre demokratische Weltanschauung als paradox angesehen werden kann.

Nieder mit der menschenfeindlichen Auffassung der Bezirksämter über das Bildungssystem! Nieder mit der Anwendung eines solchen Bildungssystems für ausländische Kinder!

Nieder mit den barbarischen Organisationen, die islamischen türkischen Familiennormen zerstören! Nieder mit den korrupten Richtern, die Mütter zum Weinen bringen! Aufruf an die Welt des Islam, Aufruf an die türkischen Arbeiter, erwacht und erhebt Euch!

(Dieses Dokument wurde von einem Dolmetscher der Arbeiterwohlfahrt in West-Berlin übersetzt.)



Ein Mord mobilisiert

Insgesamt 15.000 Menschen beteiligten sich am 12.1.1980 in West-Berlin an einer Gedenkfeier und einem Trauermarsch für den türkischen Lehrer Celaleddin Kesim, der am 5.1.1980 in Kreuzberg von türkischen Faschisten ermordet wurde (siehe auch AK 169).

Fast 100 Organisationen und Einzelpersonen unterstützten einen Aufruf des Türkischen Zentrums (dessen Vorstandmitglied Kesim war) und des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins.

So reichte das Spektrum der unterstützenden Organisationen von der SPD, Jusos, der HBV, GEW, der VVN, SEW, dem Türkischen Arbeiter- und Jugendverein, der 'Föderation der türkischen Arbeitervereine' (FIDEF) bis hin zur Alternativen Liste und dem KB.

Auf der Abschlusskundgebung sprachen außer dem Bruder Kesims, Erwin Beck von der Liga für Menschenrechte und der Vorsitzende der VVN, Emil Redmann, der 'die Verharmlosung und teilweise Rechtfertigung dieser mörderischen Tendenzen durch die politische Verantwortlichen im Senat und Abgeordnetenhaus, durch Polizei und Verfassungsschutz, durch Springer-Pressen, Rundfunk und Fernsehen' (Wahrheit 14.1) verurteilte.

Polizeipräsident soll zurücktreten

Die Berliner Jusos haben inzwischen erklärt, daß der Westberliner Polizeipräsident 'fehl am Platz' ist und 'abgelehnt werden' muß. Kühner hat nach dem Mord an Kesim verlauten lassen, die zunehmenden Straftaten von Rechtsextremisten seien

„einfach naturgesetzlich nicht anders zu beurteilen, als das gar nicht auszuschließen ist. Echo auf die Ubelsten Väter aus der linkssextremistischen Szene“ („TAZ“, 14.1). Gleichzeitig sprach Hübner mit denjenigen, „die am eigenen Leib bitterste Erfahrungen sammeln mußten“ Betroffenheit und das moralische Recht auf Kritik zu (gemeint ist der Vorwurf, daß die Polizei zwar am Tatort war, aber nicht eingriff), während die, „die sich selbst zu Antifaschisten ernennen und in bösester Weise jede andere Meinung diffamieren, ... sich von allen kämpferischen Demokraten fragen lassen“ müssen, wie sich „krasseste Intoleranz mit Antifaschismus vereinbaren“ (ebenda) lasse. Deutlicher kann man die jahrelange Duldung faschistischer Umtriebe in West-Berlin gar nicht zum Ausdruck bringen, und sich selbst noch als „kämpferischer Demokrat“ hinstellen. Der Zynismus kennt keine Grenzen, wenn es gilt, selbst bei einem Mord von Faschisten der Linken das Recht auf Protest abzuspochen.

Politik-Praxis

Der „Demokratische Frauenbund Berlin“ verurteilte den Senat scharf, der sich mit Unkenntnis der Lage nicht herausreden könne. Weiter schreiben sie: „Wir nehmen den Senat in seine Verantwortung und fordern wir eine durchgreifende Maßnahme, die neofaschistischen Entwicklungen zu verhindern“, und fordern das Verbot aller faschistischen Organisationen und der „Grauen Wölfe“. Der Personalrat der Referendare im Bezirk des Kammergerichts protestierte dagegen, „daß durch offizielle Stellen der Mordüberfall auf infame

Weise entstellt wird. So z.B. durch Polizeipräsident Hübner“ („TAZ“, 15.1).

Der Bezirkschulbeirat Kreuzberg rief zur Teilnahme an der Demonstration auf und forderte (insbesondere Erstellung von Informationsmaterialien für die Berliner Schulen (Wahrheit 12.1) über rechtsextremistische türkische Organisationen.

Traurige Begleitmusik

Selbst wo es um einfache Solidarität geht und um Trauer wegen eines Mordes an einem Linken konnten sich der revisionistisch beeinflusste Türkische Arbeiterverein und das Türkische Zentrum S.V. eine Abgrenzung nicht verweigern. So „fehlten“ auf dem zentralen Aufruf zur Demonstration aus Versehen, wie erklärt wurde, die Unterschriften der gesamten nicht-revisionistischen Linken, die die Demonstration ausdrücklich unterstützten. So die Alternativen Liste, der Türkische Arbeiter- und Jugendverein, der „Initiativkreis gegen die Grauen Wölfe“ ebenso wie der KB.

Wobei besonders anzumerken ist, daß von der Alternativen Liste (AL) und dem Initiativkreis die meiste Öffentlichkeitsarbeit geleistet wurde. Beide haben in der Vergangenheit entscheidend dazu beigetragen, daß die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ überhaupt ein Thema in West-Berlin wurden. Zahlreiche Anträge der AL an der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg führten zur Forderung nach einem Verbot der „Grauen Wölfe“ durch SPD und FDP. Abgrenzungen im antifaschistischen Kampf haben allemal dem Gegner genützt.

Westdeutsche Rektorenkonferenz: Zurück zum Muff unter den Talaren

Ende November 1979 wurden die „Grundsätze für Studium und Prüfungen“ von der Ständigen Kommission für Studienreform veröffentlicht und zur Beratung an den Hochschulen freigegeben. In diesen Grundätzen sind Überlegungen zu den Themen Öffnung der Hochschulen, Verhältnis von Studium und Beruf, Wissenschaftlichkeit und Praxisbezug, soziale Verantwortung von Wissenschaft, usw. enthalten. Vom DGB-Vertreter innerhalb der Ständigen Kommission wurden diese Grundätze immerhin als „minimale Diskussionsgrundlage für die Studienreformarbeit“ qualifiziert. Diese Grundätze sollen zur weiteren Diskussion und Ausschöpfung der Studienreform an den Hochschulen dienen. Ende Dezember 1979 veröffentlichte die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) eine Stellungnahme zu eben diesen Grundätzen, in der gewissermaßen die Linde für diejenigen ausgegeben wird, die zurück in den ehrwürdigen Elfenbeinturm der Universität verschollen sein möchten und eine Ordinarianuniversität restaurieren wollen.

In dem von der sozialliberalen Koalition im Frühjahr 1976 verabschiedeten Hochschulrahmengesetz wird unter dem Titel „Ziel des Studiums“ noch reformversprechend geschrieben: „Lehre und Studium sollen den Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihm die dafür erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, daß er zu wissenschaftlicher (...) Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freizeitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird.“ Wenn dies auch ein Krüppelvergleich mit all den Vorstellungen ist, wie sie vor Jahren und auch heute noch von der demokratischen Studentenschaft in Bezug auf die Interessen der Bevölkerung und deren Berücksichtigung bei der Konzeption eines Studiums formuliert wurden – die Vorstellungen der WRK wirken dagegen fast willkürlich. Die Forderung, die aus (dieser) Formulierung gezogen wird, bringen die Hochschulen in eine neue weltanschaulich-politische Bindung. Universitäten können und sollen nicht „soziale Handlungskompetenz“ vermitteln. Eine Hochschule, die bei der „Gestaltung des Studiums“ Fähigkeiten wie „Bereitschaft zum Risiko“, „Konfliktfähigkeit“, „Erfassung von sozialen Strukturen“ fördern will, mag eine Hochschule für partielle Wissenschaft oder schlicht eine Parteihochschule sein, unter dem westeuropäischen Begriff der Universität ist sie nicht mehr subsumierbar.

Aus diesen letzten Zeilen weht der Wind der frostigen Restauration. Wird doch zwischen den Zeilen demokratische Hochschulreform selbst sozialdemokratischer Couleur indirekt

mit dem Ruf „Geh doch nach drüben“ beantwortet. Sicherlich ist es falsch, die Ziele der WRK mit einer „Entpolitisierung“ des Studiums gleichzusetzen. Vielmehr soll zunächst durch einen Abbau der noch vorhandenen demokratischen Lernformen stures Faktenpauken und kritikloses Stoff konsumieren studentische Norm werden. Denn „interdisziplinäre Bearbeitung von Problemen (nachdem Studium) ist in der Regel erst nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluß sinnvoll, vorher verhindert es die breite systematische Aneignung des Fachgebietes.“ Und „Lehrveranstaltungsformen, die problemorientiertes und kooperatives Lernen fördern, gehören höchstens in die letzte Phase des Hauptstudiums, besser erst ins Aufbaustudium.“ Interdisziplinäre oder kollektive Lernprozesse sollen also möglichst ganz aus dem normalen Studienablauf herausgenommen werden. Oder aber in die Endphase des Studiums gelegt werden, wo es aufgrund des Examenandrucks und der individuellen Prüfungsvorbereitungen der meisten Studenten nicht mehr wahrgenommen werden können.

Und wer sich mit einem solchen Studium nicht abfinden kann, ist nicht erwünscht, schlicht fehlt ihm Platz! „Wer studiert, begibt sich in die Zucht einer Sache, die nur begrenzt Wahlmöglichkeiten gestattet.

In der Gefahr, statt die Studenten auf das Niveau der Wissenschaft zu bringen, die Wissenschaft auf das Niveau der Studenten zu bringen.“

Zu einem richtigen Ordinarium gehört es natürlich, sich in einseitigen Höfen professoraler Wissenschaftshuberei zu bewegen und im alten Frontalkampf der Vorlesungen Studenten zu einer illedeiduldsamer und höchst Leuscher zu erziehen. Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn die WRK sagt: „die hochschuldidaktische These, daß die große Vorlesung „überholt“ ist, stimmt nicht.“ Auch nur ansatzweise Kritikfähigkeit produzierende Strukturen und Sequenzen im Studienbetrieb gehören liquidiert, denn es ist „zu warnen vor einer Institutionalisierung studentischer Lehrveranstaltungsform. Sie kann unerwünschte Effekte produzieren.“

Unwünschte Effekte auf den Talaren eben dieser Ordinarium zum Beispiel. Derartige Formulierungen lassen erwarten, daß von diesen Herren ebenfalls eine sehr repressive Gangart gegenüber jeglicher demokratischer Interessenvertretung innerhalb der Studentenschaft zu erwarten ist.

Selbstverständlich ist die „Universität keine soziale Einrichtung für Gruppenarbeit, sondern hat ihre Funktion in der Tat in der Vermittlung fachlicher Kompetenz.“ Und deshalb müssen „Wochenendseminare, Kompaktskizzen u.ä. Lehrveranstaltungsformen (...) Ausnahme bleiben, andernfalls wird der akademische Unterricht in die Abenteuer der Gruppendynamik gezogen.“

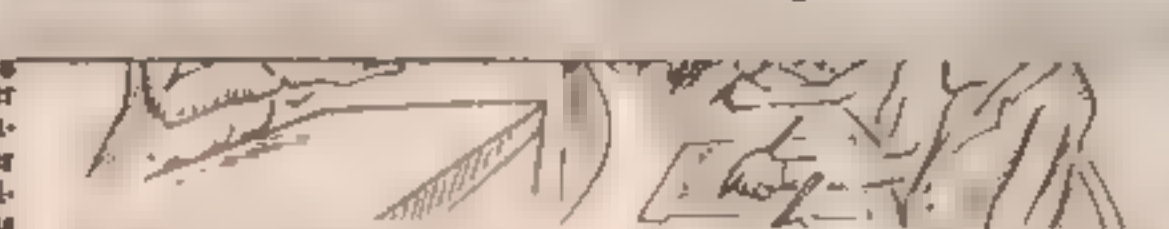
Von der WRK wird mit dieser Stellungnahme zu den Grundsätzen eine Propaganda zur Zementierung des Bildungsprivilegs der bürgerlichen Eliten betrieben. Damit ist natürlich das Hinneudringen von Studenten, die aus den arbeitenden Bevölkerungsschichten stammen, verbunden. Denn die „Verbreiterung der Zugangsweg zu der Hochschule ... bringt zunehmend unzureichend motivierte Studenten an die Hochschule.“

SSB/Hamburg



Wer mit ihr Meinungs- und Eignungsprobleme hat, ist augenscheinlich fehl am Platz.“ Also alle schon geduckt vor sich hinarbeiten, und wer sich recht und widerstrebt, den trifft der Bannstrahl professoraler Ausmusterung.

Solche Art von Umgang mit kritischen Menschen ist auch immer gepaart mit einem unüberbietbaren Maß an elitärem Bewußtsein. So werden gerade die demokratischen Hochschullehrer kritisiert, die Lehrformen praktizieren und ein Wissenschaftsverständnis haben, das den meisten Kommilitonen erst ermöglicht, Gedankengänge der „professoralen Elite“ nachzuvollziehen und sich den Stoff selbst zu erarbeiten. „Die Hochschuldidaktik ist immer wieder



Wer mit ihr Meinungs- und Eignungsprobleme hat, ist augenscheinlich fehl am Platz.“ Also alle schon geduckt vor sich hinarbeiten, und wer sich recht und widerstrebt, den trifft der Bannstrahl professoraler Ausmusterung.

Solche Art von Umgang mit kritischen Menschen ist auch immer gepaart mit einem unüberbietbaren Maß an elitärem Bewußtsein. So werden gerade die demokratischen Hochschullehrer kritisiert, die Lehrformen praktizieren und ein Wissenschaftsverständnis haben, das den meisten Kommilitonen erst ermöglicht, Gedankengänge der „professoralen Elite“ nachzuvollziehen und sich den Stoff selbst zu erarbeiten. „Die Hochschuldidaktik ist immer wieder

tungsformen (...) Ausnahme bleiben, andernfalls wird der akademische Unterricht in die Abenteuer der Gruppendynamik gezogen.“

Von der WRK wird mit dieser Stellungnahme zu den Grundsätzen eine Propaganda zur Zementierung des Bildungsprivilegs der bürgerlichen Eliten betrieben. Damit ist natürlich das Hinneudringen von Studenten, die aus den arbeitenden Bevölkerungsschichten stammen, verbunden. Denn die „Verbreiterung der Zugangsweg zu der Hochschule ... bringt zunehmend unzureichend motivierte Studenten an die Hochschule.“

SSB/Hamburg

Polizeiüberfall auf MSB-Büro

Am 22. Januar drangen ca. 40 Polizisten und Beamte der Staatsanwaltschaft in das Bonner Büro des MSB Spartacus ein. Alle Anwesenden wurden bis zu einer Stunde festgehalten. Namentlich und Tonbildern beschlagnahmt.

Grund dieser Durchsuchung ein Bericht in der letzten Ausgabe der „roten blätter“ über die Zusammenarbeit zwischen Hochschulverwaltung und Verfassungsschutz. Ein gewisser „Kollege Jedermann“ hatte sich am Telefon als Beamter des 14. Kommandos in Bonn ausgegeben und über prompt detaillierte Angaben über „politisch verdächtige“ Studenten erhalten (s. AK 169). Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt in 15 Fällen wegen Verdachts auf „Amtsnachnahme“ und „Verletzung des vertraulichen Wortes“.

Sogar FDP-Generalsekretär Verheugen mißbilligte die Durchsuchung als „eine nicht adäquate Antwort auf eine unmittlere, aber möglicherweise notwendige Form der journalistischen Arbeit. Stattdessen wäre es besser gewesen, zu prüfen, ob wirklich Unstimmigkeiten zwischen persönlichen Daten von Studenten vorliegen, wenn irgendjemand am Telefon behauptet, er brauche diese Angaben für den Verfassungsschutz.“ („FR“, 22.1.) Nun, nach all dem Beweisen, die inzwischen auf dem Tisch liegen, kommt es wohl weniger auf die Überprüfung an, als vielmehr darauf, diese Schnüffelpolitiken endlich einzustellen!

SSB/Hamburg

Plakettenerlaß in Baden-Württemberg

Das Kultusministerium will – anlässlich der bevorstehenden Wahlen – das Tragen von Plaketten in den Schulen total reglementieren.

Die Lehrer seien zu „größtmöglicher Objektivität verpflichtet.“ Daher sei das „sichtbare Tragen von Meinungsschildern mit einseitigen politischen Meinungsäußerungen (z.B. Plaketten, Kravatten u.ä.) mit diesen Anforderungen an die pädagogische Verantwortlichkeit des Lehrers nicht vereinbar.“

Für die Schüler wird dieses Totalverbot nur wenig abgemildert: Ihnen

wird das Tragen von „sichtbaren Meinungsschildern“ verboten, wenn dadurch die „Erfüllung der Aufgaben der Schule“ ... durch den Inhalt, den sprachlichen Ausdruck oder sonst wegen der Art und Weise der Meinungsäußerung beeinträchtigt“ werde. („z.B. Aufforderung zum Verfassungsverstoß, Beleidigungen usw.“). „AKW-Nein“-Plaketten sollen danach angeblich gerade noch erlaubt sein.

Oder, wie es Walter Moßmann in einem Lied sagt: „Nur Gedanken ...“

KB/Gruppe Freiburg

CDU/CSU-Wahlkampf: Kohl in Aachen

Aachen, den 17.1.80: Helmut Kohl spricht vor 3000 Studenten. Mit Hinblick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und die Bundestagswahlen war das Thema „Bürokratie und Freiheit“ – fast schon „Freiheit oder Sozialismus“.

Die Hälfte der Zuschauer leuchtete andächtig den Worten des dicken CDU-Vorsitzenden. Der Rest versuchte Kohl auf diese und jene Weise etwas entgegenzusetzen. Sie waren es, die die meisten der z.T. sehr scharfen Diskussionsbeiträge brachten. Die rechte Aachener Tageszeitung „AVZ“ (19.1.) kam nicht um-

hin zuzugeben: „Was um die Fragesteller und die Antwortenden herum geschah, ließ eine wirkliche Diskussion nicht zu.“ Das war immerhin ein Erfolg der linken, die ihr Rederecht erkämpften. Schließlich brach Kohl die Veranstaltung vorzeitig ab.

Ab der rechten „AVZ“ konnte immerhin behauptet (auch wenn es nicht ganz stimmte): „Sarkastischer Kohl beim Spont-Knack – Dutzende Zeit vorbei“ (19.1.).

Ein Genosse aus Aachen

Frauen-AStA angeklagt

Vor dem Frankfurter Landgericht findet zur Zeit der Prozeß gegen den ehemaligen Frankfurter Frauen-AStA statt. Verhandlungsgegenstand ist – wie sollte es anders sein – die Frage des politischen Mandats. In seiner Amtszeit von Ende 76 bis Anfang 78 hat der Frauen-AStA etliche Flugblätter herausgegeben, darunter 14, die sich zu Themen wie Brokdorf, Iran, Südafrika u.a. äußerten. Die Anklage lautet auf „Verletzung studentischer Gelder“, da die Flugblätter aus den studentischen Beiträgen bezahlt wurden. Dies ist nach bürgerlicher Rechtsprechung verboten, weil der Studentenrat kein politisches Mandat zusteht.

Besondere Bedeutung kommt diesem Prozeß insofern zu, als sowohl die Hinhalietaktik (der Prozeß findet 2-3 Jahre nach der Amtszeit der drei Angeklagten AStA-Vorsitzenden statt), als auch die Strategie der Staatsanwaltschaft darauf hindeuten, daß von diesem Prozeß endlich das langsehnte Urteil erhofft wird, um das sich schon in mehreren Prozessen gegen die verschiedenen Asten vergeblich bemüht wurde. Da gibt die Anklageverletzung in der Verhandlung am 7.12. ganz klar zu verstehen, „daß die drei Grundsatzzurteile anstrebt“ („FAZ“, 8.12.79). Und es schaut sich auch nicht, willkürlich der sich für sie immer schlechter abzeichnenden Beweislage, eine Durchsuchung des AStA-Büros anzuordnen und durchzuführen. Jedoch sieht die Beweislage selbst nach der Durchsuchung nicht besser aus. Da die Staatsanwaltschaft nachweisen will, daß die Wahrnehmung des politischen Mandats von seiten des AStA gleichzusetzen ist mit Verunstreuung von aus Pflichtbeiträgen zusammengesetzten Studentengeldern, da die AStA-Sat-

zung ausdrücklich nur das hochschulpolitische Mandat enthält – und so dies auch strafrechtlich verfolgen will, muß sie die „Schuldigen“ hier also die Auftraggeber der Druckaufträge für die Flugblätter, auch persönlich benennen können. Und das dürfte etwas schwierig sein. Denn erstens erklärten die drei AStA-Vorsitzenden, „andere in dem 35-köpfigen AStA hätten sich umweilen ihrer Namen bedient, um Flugblätter in der AStA-Druckerei herstellen zu lassen“ („FR“, 16.1.80), was auch von Zeugen bestätigt wird; zum Zweiten hat auch die Durchsuchung der AStA-Räume die alten Belege und Druckaufträge, mit denen man einzelne Unterschriften hätte identifizieren können, nicht mehr zum Vorschein bringen können.

Viel erleuchtender klingen dagegen die Ausführungen der drei stellvertretend angeklagten Frauen, „bei der Wahl zum AStA hätten sie und ihre Kommilitoninnen stets betont, daß sie sich auch politisch zu äußern gedächten“ („FAZ“, 8.12.79). Außerdem könnten sie auch beweisen, daß es zwischen den Inhalten ihrer Flugblätter und mehrerer Hochschulschulminare genügend inhaltliche Zusammenhänge gab, was wieder einmal deutlich macht, daß juristisch die Grenze zwischen Allgemein- und Hochschulpolitikem eindeutig überhaupt nicht zu ziehen ist.

Das nächste Mal werden noch einige Zeugen der Verteidigung gehört, anschließend die Plädoyers gehalten.

Wie die Staatsanwaltschaft sich mit dieser dünnen Beweislage ihr Grundsatzurteil zurechtzimmern will, dürfte interessant werden.

KB-Frauengruppe Frankfurt

Mit »Studentenschaftsrecht« gegen antifaschistische Veranstaltung

Im Dez. '79 kam Prof. Dr. Kühn (einer der bekanntesten Forscher über die Zeit des Faschismus) nach Aachen. Er beteiligte sich an der Veranstaltung „Aktiv gegen rechts“ – „gegen die zunehmende Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik“.

Zwei Fachschaften – Medizin und Philosophie – und u.a. acht SPD-Stadtratsmitglieder beteiligten sich an Organisation und dem Aufruf CDU-MdL Katzy will die Fachschaften (Studentenvertretung auf Fachbereichsebene) bestraft sehen! Mit einer Anfrage im Landtag und Zeitungsartikeln (z.B. in den „Aachener Nachrichten“, 10.1.80) fordert er Universität und Wissenschaftsminister zum Handeln auf

schulpolitische Stellungnahmen etc. können so z.B. Fachschaften amtsentoben werden!

Mit massiver Hetze geht Katzy auch gegen die SPDler(innen) vor, die die SPD-Leibetretet gegen Strauß nicht mitmachen.

So heißt die Überschrift des Artikels in den „Aachener Nachrichten“ 10.1.80: „Katzy attackiert Ratsherren der SPD: Aachener SPD opponiert gegen Gesetz“.

Die Fachschaft Philosophie hat sich mit einem „Offenen Brief“ an die „Aachener Zeitung“ gewandt, in dem es u.a. heißt: „Wir wurden als Fachschaftsvertreter von den Studenten mit dem Auftrag gewählt, die Vertretung ihrer Interessen nicht von

Mit »Studentenschaftsrecht« gegen antifaschistische Veranstaltung

Im Dez. '79 kam Prof. Dr. Kühn (einer der bekanntesten Forscher über die Zeit des Faschismus) nach Aachen. Er beteiligte sich an der Veranstaltung „Aktiv gegen rechts“ – „gegen die zunehmende Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik“.

Zwei Fachschaften – Medizin und Philosophie – und u.a. acht SPD-Stadtratsmitglieder beteiligten sich an Organisation und dem Aufruf CDU-MdL Katzy will die Fachschaften (Studentenvertretung auf Fachbereichsebene) bestraft sehen! Mit einer Anfrage im Landtag und Zeitungsartikeln (z.B. in den „Aachener Nachrichten“, 10.1.80) fordert er Universität und Wissenschaftsminister zum Handeln auf Rechtliches Mittel für den CDU-Mann ist das neue NRW-Studentenschaftsrecht (Werk der SPD/FDP-Regierung). Es verbietet Studentenvertretungen das „allgemeinpolitische Mandat“. Für nicht speziell hoch-

schulpolitische Stellungnahmen etc. können so z.B. Fachschaften amtsentoben werden!

Mit massiver Hetze geht Katzy auch gegen die SPDler(innen) vor, die die SPD-Leibetretet gegen Strauß nicht mitmachen.

So heißt die Überschrift des Artikels in den „Aachener Nachrichten“ 10.1.80: „Katzy attackiert Ratsherren der SPD: Aachener SPD opponiert gegen Gesetz“.

Die Fachschaft Philosophie hat sich mit einem „Offenen Brief“ an die „Aachener Zeitung“ gewandt, in dem es u.a. heißt: „Wir wurden als Fachschaftsvertreter von den Studenten mit dem Auftrag gewählt, die Vertretung ihrer Interessen nicht von den allgemeinpolitischen Zusammenhängen zu trennen. Dem trägt eine solche Diskussion und Informationsveranstaltung Rechnung“.

Ein Genosse aus Aachen

»Ein Kongreß der offenen Aussprache«

Am 19.1. fand in Wuppertal der bundesweite sozialistische Schülerkongreß der SDJ statt. Die SDJ hatte über ihre sonstigen Kreise hinaus stark mobilisiert. In Hamburg z.B. fand in der Schülerkammer und den Landesversammlungen. Ergebnis: 850 Schüler, von denen ca. 60% SDJ-Mitglieder waren. Die Wuppertaler Stadttheater war überkuppelt mit einem riesigen Angebot an Werbung für die SDJ. Jeder zweite bei mit einem großen Aufkleber „Ich bin in der SDJ, wenn Du nicht!“ herum (überall) warben Plakate „Werdet Mitglied und Haltet von kostenlosen Kongreßmaterialien. Das Anfangsangebot enthält neben üblichen Floklets einen Beitrag zu Algenstein. Daneben wurden das Leistungsprinzip und die Gesamtschule fast kritiklos befürwortet.

Hauptsächlich fanden an dem Tag AG's statt zu den Themen: Demokratische Rechte und Lehrinhalte, für die demokratische Gesamtschule, worzu braucht die Schule mehr Geld, usw. Die „Diskussionen“ in den AG's waren meistens keine, vielmehr wurde entweder mit Erfolgen gepöhl, oder über die schrecklichen Zustände gejammert. Dabei ging kaum jemand auf die Beiträge anderer ein. Ergebnisse gab es nicht. Auch das Schlussreferat war vorher schon gedruckt.

Ein Genosse aus Aachen

und wurde nur noch mal verlesen und verteilt. Wir hatten kurz vor dem Kongreß eine betont schliche Kritik zu den Kongreßmaterialien geschrieben. Schwerpunkt war die Kritik an der Forderung nach der „Demokratischen Gesamtschule“. Wir verteilten, daß wir uns auch mit den weitergehenden Alternativen (Twind, Glickerschule) auseinanderzusetzen müssen, denn auch an Gesamtschulen gibt es Auslese und Leistungsdruck.

Während uns das Verteilen des „Schüler gegen Rechts“-Infos zu den bayerischen Schulverhältnissen noch erlaubt wurde, schritt die Kongreßleitung konsequent gegen die Verteilung unserer Papiere ein. Erst nach mehrmaligem Bitten zeigte die Kongreßleitung bereit, eine Begründung für das Verbot zu geben. Es entfiel eine heftige Diskussion, in deren Verlauf von ihrer Seite als einziges Argument fiel, daß die ihr Kongreß sei und nur ihre Materialien verteilt werden dürften. Die Frage, welche Gefahr dieses Papier in sich trüge, beantworteten sie nicht. Den gesamten Kongreß durchzog eine gewisse Frauenfeindlichkeit: „Liebe Freunde und Genossen! ... bleibst dabei Jungel!“, „Die Frauen wurden wie üblich permanent ignoriert.“

2 Genossinnen des Schüler-SSB

Schüler sollte wegen Streik fliegen

„Thomas, der Schulsprecher des Gymnasiums Altona, soll von der Schule fliegen, weil er, genau wie wir, zur Unterstützung des Lehrersstreiks am 13. November aufgerufen hat!“

Am 13. November streikten 13.000 Lehrer für Arbeitszeitverkürzung, davon 5.000 in Hamburg. In Hamburg kam es außerdem zu zahlreichen Schüleraktionen. An mehreren Schulen wurde ein Schülerstreik organisiert und es wurde eine zentrale Kundgebung mit 1.500 Streikschülern abgehalten. Am Gymnasium Altona lief besonders viel, so fand hier sogar ein ganztägiger Streik statt.

Genau an dieser Schule wurde dann auch die Repressionsmaschine in Gang gesetzt (siehe oben). Offiziell wurde der Rauschmißbeschuß damit gerechtfertigt, daß er im Unterricht mit Stricknadeln gespielt und durch Zwischenrufe gestört hätte. Das Verhalten am Streiktag sollte mit solchen „Beweisen“ belegt werden. Bei der „Lächerlichkeit der Vorwürfe“ kam denn auch bald heraus, daß es hier allein darum ging, an Thomas ein Exempel zu statuieren. Die Schulbürokraten haben sich einen von den streikenden Schülern herausgegriffen, um ihn stellvertretend für alle zu disziplinieren.

Dagegen setzte dann allerdings eine breite Solidaritätswelle ein. Am Gymnasium Altona gab es neben Schülerstreikprotesten

– „Resolutionen sämtlicher Kurse Thomas F.a.“

– eine Versammlung von 40 Schülern während der ersten Lehrerkonferenz,

Selbstanklagen, in denen sich 150 Schüler selbst anzeigen, dass sie wie Thomas getan zu haben,

– 60 Briefe an Herrn Hahn (Schulleiter), in denen sich Schüler gegen ausgeführte Vergehen gegen die Schulordnung beschigten und Bestrafung für sich fordern“

Am 21.12.79 führten die Schüler des Gymnasiums Altona auch noch einen einständigen Proteststreik durch. Außerdem protestierten Schulsprecher und Schülerräte von vielen Schulen, die Landes Schülervertretung, die Initiative „Schüler gegen Rechts“.



An der Heinrich-Hertz-Schule wurde die Sitzung des Schülerrats vom Schulleiter verboten, weil er über den Rauschmiß von Thomas reden wollte. Die Antwort, es wurde ein Solidaritätsstreik für den Fall beschlossen, daß die Schulkonferenz der Abschlusssitzung zustimmt.

Am 15.1.80 fand dann die Schulkonferenz statt. Die Schulkonferenzmitglieder mußten erstmalig durch einen Haufen Schüler durch, „ehe sie in ihren Raum kamen. Es wurde die Parole gerufen „Schmeißt der Hahn den Thomas raus, rufen wir ihm

Federn aus!“ und ein Lied gesungen. „Was sollen wir tun, wenn sie Thomas schmeißen, was sollen wir tun, wenn die Thomas schmeißen, streiken bis zum Morgen, hejo der Kampf geht weiter.“

Die Schulkonferenz stimmte nach einer langen Debatte mit 10 zu 1 gegen die Abschlusssitzung. Wir haben uns riesig gefreut, daß hier eine Disziplinierung verhindert worden ist. Für das Recht auf Schultreik!

Ein Gesänge des SSB/Schüler

SUPER-VERANSTALTUNG VON SCHÜLER GEGEN RECHTS

mit Kurz-Referaten
zum Thema Strauß
Sketchen Filmen
2 Musikgruppen
und vieles mehr



WANN?

Freitag, 8. Februar 1980
17.30 Uhr

WO?

Evangelische Studenten-Gemeinde
ESC Grindelallee 9
Nähe Dammtor-Bahnhof
neben dem LOGO
Eintritt nur eine DM

Anteil der Arbeiterkinder an den Universitäten sinkt

Das beweist eine Vorabveröffentlichung der 9. Sozialerhebung über die Lage der Studentenschaft, die während des Sommersemesters 1979 vom Deutschen Studentenwerk (DSW) unternommen wurde. Dieser Sozialerhebung zufolge, die im Sommersemester an Universitäten, Technischen Hochschulen und Fachhochschulen erhoben wurde und Antworten von weit über 20.000 Universitäts- und Fachhochschulstudenten auswurde, hat sich zwar der Anteil der Arbeiterkinder an den Universitätsstudenten seit 1976, dem Zeitpunkt der letzten Sozialerhebung, noch einmal von 13 auf 14 Prozent erhöht. Unter den Studenten im ersten und zweiten Semester jedoch liegt der Anteil der Arbeiterkinder jetzt bereits unter 14 Prozent (Sommersemester 1976: 14,5%).

Insgesamt ist zu erwarten, daß dieser Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtstudentenschaft noch weiter verringert wird. Denn erstens ist der Anteil der vom Bafög (Bundesunbildungsförderung) unterstützten Studenten auf 33 Prozent gesunken (73: 39%, 76: 38%). Da aber der Anteil der Arbeiterkinder unter den Bafög-Empfängern mit 26 Prozent nahezu doppelt so groß ist wie der Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtstudentenschaft (ca. 14%) ist natürlich dieser Teil der Studentenschaft besonders von Restriktionen der Bafög-Unterstützung betroffen. Deshalb ist auch der An-

teil der Arbeiterkinder, die Bafög erhalten, von 66 Prozent (1976) auf 59 Prozent im Sommersemester 1979 gesunken. Die durchschnittlichen Monatsausgaben beliefen sich im Sommer 79 auf 686 Mark im Monat. Damit sind die Ausgaben seit dem Sommer 1976 zwar um 7,5 % gestiegen, in der gleichen Zeit sind die Lebenshaltungskosten jedoch um mehr als 11% gestiegen. In der Studie wird somit der Schluß gezogen, daß Studenten mit Bafög-Erhöhen die Kostensteigerungen nicht hätten auffangen können! Über einen längeren Zeitraum betrachtet, wird also aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten der Anteil der Arbeiterkinder noch weiter sinken.

Zweitens steigt die Zahl derjenigen, die neben dem Studium ganz oder teilweise jobben müssen. Arbeiteten vor dem Sommersemester 1976 44 Prozent der Studenten, so waren es 79 schon 50 Prozent.

Die neuerliche Festlegung des Bildungsprivilegs für die Mittel- und Oberschicht kommt auch in den Fakten zum Ausdruck, die über den Weg der Zugangsberechtigung zum Studium veröffentlicht wurden. 89 Prozent der befragten Studenten hatten den Zugang zur Universität über das Gymnasium erreicht, unter den Studenten der ersten beiden Semester sogar 92 Prozent. Demgegenüber lag diese Quote 1976 noch bei 84%. Zurückgegangen ist der Anteil der Über-

wachser von den Fachhochschulen, und zwar von sieben auf vier Prozent. Da gerade der zweite Bildungsweg von vielen Arbeiterkindern beschränkt wird, und oben die Erlangung der Hochschulreife über ein Fachhochschulstudium angestrebt wurde, zeigt der Rückgang der Überwachser von den Fachhochschulen zur Uni, daß hier vielen Arbeiterkindern der Zugang zur Hochschule verwehrt wird.

Eine ähnliche Tendenz vollzieht sich durch die Verdrängung der Nichtabiturienten durch die Abiturienten an den Fachhochschulen. Der Anteil der Studenten mit Abitur hat sich an den Fachhochschulen seit 1976 von elf auf 33 Prozent im Jahre 1979 erhöht. Der früher „klassische“ Weg zur Fachhochschule, nämlich über den Realschulabschluß oder die höhere Handelsschule bzw. Berufsaufbauschule mit anschließender oder begleitender Lehre ist von 62 Prozent im Jahre 1973 über 20 Prozent im Jahre 1976 auf gegenwärtig sechs Prozent abgesunken. Dies zeigt sehr plastisch, wie die wenigen Wege, die für die unteren Bevölkerungsschichten in die Universitäten und Fachhochschulen führten, heute wieder verbar sind und werden und das Bildungsprivileg in traditioneller Richtung gefestigt wird (Daten nach dpa/Wissenschafts- und Bildungspolitik, 51/52 1979).

SSB/Hamburg

Notstandsübung im Rundfunk

Inzwischen sind Informationen bekannt geworden, daß der am 19.12.79 geplante Streik in den Rundfunkanstalten zu einer Notstandsübung größeren Stils benutzt worden ist. Offenbar existieren in mehreren Rundfunkanstalten im Rahmen der Terror-Fahndungen aufgebaut geheime Anlagen. Schon am 19.12. erklärte der ARD-Programmdirektor Schwarzkopf (CDU), daß „ein normaler Programmablauf für den Streikabend gesichert gewesen“ sei („Kölner Stadt-Anzeiger“, 21.12.). Auch hätte die ARD „nicht einmal einen gerichtlich legitimierten Streikstreik akzeptiert“ (ebenda).

Umso erstaunlicher, daß der bayrische RFFU-Vorsitzende Kuhr dazu aufrief, mit den Intendanten, die sich gegen das Streikrecht beim Rundfunk gewendet hätten, „Schulter an Schulter um dieses Rundfunksystem (zu) kämpfen“. Dann die Frage muß gestellt werden, wieweit diese Intendanten mit dem Aufbau von „Notstandsübungen“ bereits dazu beigetragen haben, daß das Rundfunksystem jederzeit außer Kraft gesetzt werden kann.

Im immer noch als liberal geltenden WDR wurde die Notstandsübung in Verantwortung des Intendanten v. Sell (SPD) geplant. Das ganze wurde zur geheimen Kommandoübung erklärt. Als erstes Ziel nannte er die „Sicherung des Rundfunk- und Fernsehbetriebes“ für die ganze BRD. Eine Offenlegung dieses Planes wurde von der WDR-Pressestelle verweigert. „Es könnte ja eine ähnliche Situation wieder eintreten“ („WdrA“, 10.1.80). Schon am 12.12.79 ließ Intendant v. Sell im Haus des WDR einen Brief verteilen, in dem es am Ende heißt: „...daß ich zur Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrages gehalten bin, die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Sicherung des Programmbetriebs zu treffen. Funkstille und Schwarzblende sind keine Darbietungen im Sinne des WDR-Gesetzes.“

In einem zweiten Brief am 19.12. erklärte v. Sell noch v o r dem Gerichtsbescheid den Streik für „unzulässig“ und wies dabei „alle für die Zeit von 20 Uhr bis 24 Uhr zum Dienst eingeteilten Mitarbeiterinnen und von 20 Uhr bis 24 Uhr zum Dienst eingeteilten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich an, ihre Arbeit wie üblich auszuführen.“ „Diejenigen, die trotz entsprechender Aufforderung die Diensträume nicht verlassen, begehen Hausfriedensbruch“. Vorhergehend hatte „mit Sicherheit noch eine zweite, vielleicht noch eine dritte ARD-Anstalt sich zur Sendung vorgezeichnet (Programm) auf Kassette überspielen lassen“.

Ein gewichtiger Schwerpunkt der Notstandsübung bestand aber in der Aufrechterhaltung eines LIVE-Programms. Als offensichtliches Ablenkungsmanöver für angemessene „Stör“ ließ der WDR wenig geheimnisvoll am Kölner Vorort Bockleinfeld eine provisorische Sendestation errichten, die lediglich Bandaufzeichnungen hätte senden können. „Dort waren mehrere komplette Übertragungsgeräte aufgeführt, die mit Hilfe einer Standleitung der Post gleich ins Netz abstrahlen können. Die Herkunft der Wagen war ausgewiesen als „Audio Hilvernum“, der Name einer freien Firma, wie es ihrer viele in Holland gibt“ („Kölner Stadt-Anzeiger“, 21.12.79). Etwa 50 RFFU-Mitglieder leisteten gegen den Aufbau dieser Anlage Widerstand, bis sie durchs Radio vom Streikverbot erfahren und zurück zum Hauptgebäude des WDR am Wallraf-Platz fuhren. „Dort bewacht bei unserem Eintreffen gegen 19.20 Uhr bereits ein Streifenwagen der Polizei den Eingang zum Fernsehgebäude gegenüber dem Museum, ein anderer hat sich in der danebenliegenden Einfahrt gestellt. Weiter erfahren wir, daß das Gebäude von uniformierten und stillosen Streifen umlaufen wird, dabei

sein soll auch die Sicherungsgruppe Bonn“. Um die Ecke am Wallraf-Platz versuchen wir in das Hörfunkgebäude zu kommen, was jedoch nur zwei Kolleginnen gelingt. Alle weiteren, die Einlaß mit ihrem Hausmüßwurm verlangen, werden von stillosen Aufpostern wieder aus dem Eingang geschoben“ („Jahresbuch in „Funkwurm 21“, Jan.80).

Gegen 18.15 Uhr ging die Nachricht durch die Tontechnik, „es seien in aller Eile an den Türen der Sendeleitung, der Regie- und Studiordome die Schloßzylinder ausgetauscht worden“ (ebenda). Tatsächlich waren die Türen verschlossen, die gläsernen Bullaugen in den Studiordomen waren mit Packpapier verhängt und die Klingeln nicht mehr zu hören. Ein Mitglied des Personalrates, dem vom Intendanten noch schriftlich zugesichert wurde, daß er während des Streiks ungehindert alle Räume betreten dürfe, wurde der Zutritt zu den abgetrennten Räumen verweigert. Bekannt wurde, daß der Fernsehredakteur Theo M. Loch (CDU) das Notstandsmanagement leitete „und daß ihm eine ebenfalls gebildete TAGES-Schau-Notredaktion unterstand“ („Kölner Stadt-Anzeiger“, 21.12.79).

Vor dem Hintergrund all dieser Ereignisse stellt J. Barock die Frage: „...warum (wurden) die WDR-Gebäude am Wallraf-Platz so stark politisch bewacht, obwohl doch offensichtlich gar nicht von dort hätte gesendet werden sollen?“ (Funkwurm 21). Liegt die Antwort vielleicht in jenen knappen und ungeheuerlichen Meldungen und Hinweisen des „Kölner Stadt-Anzeigers“ vom 21.12.79: „Mehrere Male fuhr man auch offenbar in Köln selbst mit den Absperrmöglichkeiten. Allem Anschein nach wurden im Keller des alten Hörfunk-Hauses am Wallraf-Platz und im dritten Untergeschoß des WDR-Vier-schelbenhauses jene supergeheimen Örtlichkeiten zur Sendung aktiviert, die im Gefolge der Terror-Anschläge eingerichtet worden waren.“

In welchem Zusammenhang steht diese Meldung von Fakten mit der folgenden, erstaunlich schwammigen Meldung? „Und dann gab es am historischen Mittwoch kurz vor 17 Uhr noch, von vielen WDR-Mitarbeitern stürmischen Mittwoch kurz vor 17 Uhr noch, von vielen WDR-Mitarbeitern gräuselt, jene mysteriöse kleine Mannschaft von Herren, von denen man meinte, den einen oder anderen schon gesehen zu haben.“ Der Stadt-Anzeiger berichtet auch von dem Gerücht, daß in den Streiktagen kurniert habe und wieder ausgesprochen detailliert verbreitet wurde: „Ein Sendestudio der Bundeswehr am Kölner Butzweilerhof, das in Notstandsfällen auch für eine Information der Zivilbevölkerung über den Ather ausgesetzt ist, soll am Streikabend in Sende-bereitschaft gewesen sein.“ Verstärkt sich, daß das Bundesverteidigungsministerium diesen Vorwurf mit der allerdings witzigen Bemerkung zurückgewiesen hat, daß eine solche „Hilfsfunktion“ ohnehin „flüchtig“ gewesen wäre (ebenda). Bevor überhaupt entschieden war, ob es zu Streikmaßnahmen kommt, war über die Notstandsübung schon entschieden, daß die WDR-Verantwortlichen in der Lage sind, in einem geradezu militärischen Handreich alle entscheidenden Punkte zu besetzen und unliebsame Mitarbeiter auszusperrern, bzw andere quasi dienstverpflichten was hier „im Gefolge“ der „Terrorfahndung“ heimlich geschaffen wurde, gehört ans Licht der Öffentlichkeit gerückt. Welches Ausmaß diese Notstandsmaßnahmen schon angenommen haben, liegt noch völlig im Dunkeln. Daß sich diese aber allein auf den WDR beschränken, ist nicht anzunehmen. Schon jetzt wird vom NDR gemeldet, daß dort in tiefliegenden Kellerräumen, an denen der Zutritt verboten ist, vor dem Streik schwere Antennenanlagen installiert worden seien.

Medienkommission
KB - Gruppe Hamburg

Impressum

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lurtenstraße 75, 2000 Hamburg 50, Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20, Redaktion Hamburg 43 53 46, V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagschrift, Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSCHA Hamburg, 240593-203, Einzelpreis DM 2,-, erscheint 14tägig. Bei Nichterschienen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt

Antischwule Mehrheit bei den Grünen?

»Schlichtweg Panikmache!«

Gespräch mit Corry Littmann, Ex-Bruhwarm, über Perspektiven und Politik der grünen Schwulen nach Karlsruhe

Corry: Zu allererst möchte ich eine Vorbemerkung machen zu den Interviews überhaupt. Ich finde es sehr gut, daß wir das Interview machen. Und ich mache dieses Interview, obwohl ich die Politik des KB in der Buntlinen-Liste und die Diffamierungskampagne, die im ARBEITERKAMPF gegen die sogenannten Bunt/Grünen läuft, verurteile. Ich finde es gut, wenn dieses Interview der Anfang einer kritischen und solidarischen Auseinandersetzung unter Linken auch im ARBEITERKAMPF ist.

We.: Schwulengruppe des KB. In der „Rosa Revue“ sind zwei Entwürfe zu einem schwulen/lesbischen Programmteil für das Programm der Grünen abgedruckt. Der eine wurde von der Programmkommission erarbeitet (10 Grüne, 3 Bunt/Alternativ), der andere von den in Frankfurt Mitte Dezember versammelten grünen wie bunt/alternativen Lesben und Schwulen selbst. Gibt es zwischen diesen Entwürfen entscheidende Unterschiede?

C.: Die unterschiedlichen Entwürfe sind nicht deshalb zustande gekommen, weil es so grundlegende Meinungsverschiedenheiten über diese Fragen gibt, sondern erst einmal aus zeitlichen Gründen. Der Programm-entwurf für die Teile „Rechte der Minderheiten“ von Seiten der Grünen ist erstellt worden, bevor sich die Schwulen und Lesben in Frankfurt getroffen und ihrerseits eine Plattform erarbeitet haben. Was jetzt notwendig ist, ist eine Diskussion innerhalb der Grünen und innerhalb der Schwulen und Lesben mit dem Ziel zu versuchen, diese beiden Programm-entwürfe in einen zusammenzufassen. Ich sehe dazu den Programm-entwurf von Seiten der Programmkommission als eine sehr brauchbare Grundlage an.

Diskussion um das Programm jetzt beginnen

We.: Kannst Du mal präzisieren, wie Deiner Meinung nach diese Diskussion ablaufen wird. Wir haben ja nur Zeit bis März, dann ist der Programm-Kongreß der Grünen.

C.: Dazu muß man sagen, daß die Programmdiskussion bis jetzt, d.h. bis Karlsruhe, eigentlich nur auf der obersten Ebene gelaufen ist, das ist in keinem Kreis oder Frau-Interesse. Die Programmdiskussion in den einzelnen Kreis- und Landesverbänden läuft jetzt. Und es ist unsere Aufgabe in Hamburg und in anderen Kreis- und Landesverbänden, diese Diskussion überhaupt zu beginnen. Wir in Hamburg tun das, indem wir erstens eine Fachgruppe „Schwule und Lesben in den Grünen“ gegründet haben, zweitens öffentliche Veranstaltungen zu diesem Thema machen, drittens auf allen Ebenen, die die Grünen an Informationssystem haben, was zur Verfügung stellen, eine Programmdiskussion praktisch parteiöffentlich über diese Fragen beginnen werden.

We.: Habt ihr konkrete Anhaltspunkte dafür, wie das in den anderen Landesverbänden läuft?

C.: Das grundsätzliche Problem dabei ist: wozu? Große Teile der Mitglieder der Grünen haben schlichtweg keine Ahnung von Schwulen und Lesben. Das ist erstmal nicht deren „Schuld“, sondern ist ein Ausdruck der Schwäche der Schwulen und Lesbenbewegung, die es in den vergangenen Jahren nicht geschafft hat, ihre Forderung einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. D.h. hier ist ein Informationsbedarf und ein Informationsloch erstmal bei den meisten Grünen. Die kennen oft überhaupt gar keinen Schwulen oder eine Lesbe in Person.

Das zweite ist die sehr verständliche Zurückhaltung auf Seiten der Schwulen- und Lesben-Gruppen und die Skepsis einer bzw. jeder Partei gegenüber. Und die Angst davor, in Partei-strukturen verschluckt zu werden, geschluckt zu werden, überfahren zu werden. D.h. wir müssen Vorurteile praktisch von zwei Seiten aufbrechen: von der einen, die relativ „unbedarft“ sind, und bei den Schwulen- und Lesben-Gruppen, die berechtigterweise sehr skeptisch sind.

We.: Meinst Du wirklich, daß es nur Unkenntnis bei den Grünen ist oder ob nicht auch bei einem sehr nennenswerten Teil der Grünen eine aus-

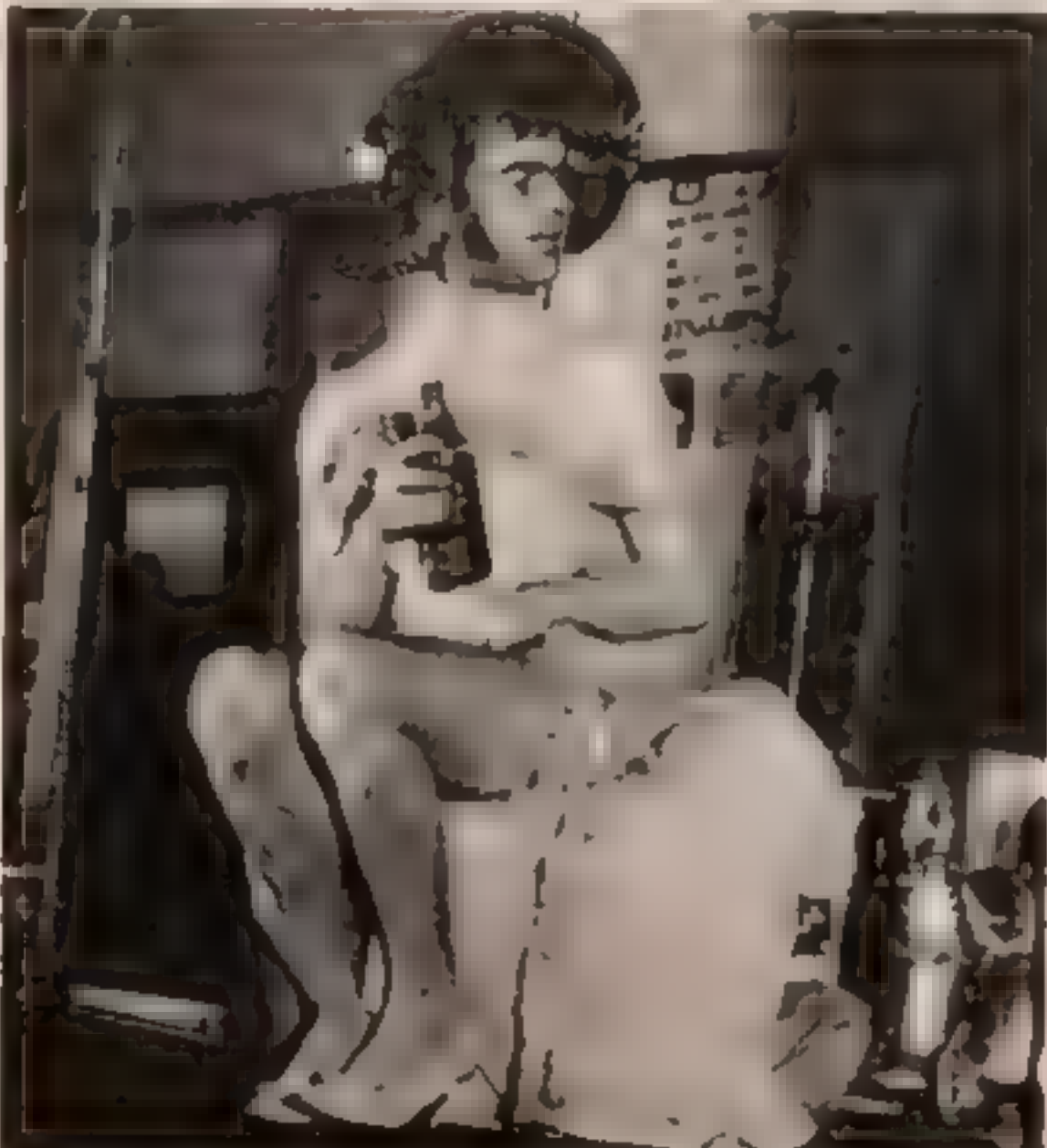
drückliche Ablehnung vorliegt? In der „Rosa Revue“ vom 20.12.79 schreibt z.B. Joachim Schöner von der Grünen Liste Hessen (GLH): „Die Sonstige Politische Vereinigung (SPV) besteht ursprünglich aus der GAZ (Gruhl), AUD (Haußler), FIU (Beuys) und der GLU. Die GAZ schickt in ihrem „grünen Manifest“ die Frauen in die Küche, will in Privatschulen die „natürliche Begabung“ fördern, will die Bevölkerung zu Sparsamkeit und Religion erziehen und als „Alternative“ die kleinstädtische Produktionsweise einführen, solche Gedanken sind unter den Grünen ganz schön verbreitet, teilweise

Was ich allerdings bestreite und sehr energisch bestreite, ist, daß diese Position mehrheitsfähig innerhalb der Grünen, wie sie sich jetzt darstellen, ist. Das halte ich schlichtweg für Panikmache.

We.: Du sagst, das ist nur bei der GAZ so.

C.: Es ist bei Teilen der GAZ so. Bei der GAZ in ihrer Gesamtheit ist es auch nicht so.

We.: Ja, aber z.B. im Hamburger Landesverband der GLU gibt es doch eine ähnliche Strömung. Da gibt's doch diese Stellungnahme vor dem Karlsru-



Corry Littmann, 27, einer der Mitbegründer der schwulen Theatergruppe „Brühwarm“, hat sich im Oktober vergangenen Jahres in der Schwulenzsitzung „Rosa“ sehr kritisch für eine Beteiligung der Schwulen/Lesben an der Wahlklausur eingesetzt und ist inzwischen einer der Wortführer der grünen Schwulen. Corry war vor seiner „Brühwarm“-Zeit beim SFB und bei den Falken und hat Jugend- und Lehrlingsarbeit gemacht. Heute ist er Mitglied der Grünen in Hamburg. Seit Auflösung von „Brühwarm“ im vergangenen Sommer tritt Corry mit Gertner von den „Spießhais“ auf. Er will auch in Zukunft weiter schwulen Theater machen. Das folgende Gespräch wurde nach dem Fortabendgespräch abgehalten und von Corry gegengelesen.

aus Unkenntnis und teilweise, weil sie ganz schön stramm rechts sind. Wenn es diesen Taktieren gelingt, den Karten in ihre Richtung rollen zu lassen, ist's natürlich um unsere Belange „nachdenklich“ und „stark“ besorgt. Den Karten in ihre Richtung rollen zu lassen, ist's natürlich um unsere Belange geschehen, und dann besteht auch nicht mehr der Druck auf die anderen Parteien“. Also insofern muß man doch davon ausgehen, daß es unter den rechten Grünen eine starke Ablehnung der Schwulen gibt und daß diese rechten Grünen wohl auch einen entscheidenden Einfluß haben. Oder siehst Du das anders?

Schwulenfeinde bei den Grünen nicht mehrheitsfähig

C.: In Offenbach ist eine Resolution, die fordert, daß Schwule und Lesben programmatisch und personell vertreten sind bei den Grünen, mit großer Mehrheit angenommen worden, etwa 70 bis 80 Prozent der Anwesenden. In Karlsruhe ist dieses Thema nur mittelbar auf den Tisch gekommen, nämlich immer dann, wenn über die Vertretung von sogenannten Minderheiten in den Gremien geredet wurde. Auch diese Fragen sind immer mit einer Zweidrittel-Mehrheit abgestimmt worden. Da wurde auch ausdrücklich auf Schwule und Lesben Bezug genommen.

We.: Mit welchem Ergebnis?

C.: Mit dem Ergebnis, daß Schwule und Lesben praktisch einen Minderheitenstatus genießen und in Gremien repräsentiert sein sollten. Das war die einzige inhaltliche Frage bezüglich Schwulen und Lesben, die in Karlsruhe überhaupt auf dem Tisch lag, wo man sagen kann, das ist ein Grodmesser. Was unbestritten ist – und das ist nicht eine Sache, die jetzt ganz neu aufsteht, sondern die man in allen Wahlklausuren der vergangenen zwei Jahre beobachten kann – unbestritten ist, daß es bei Teilen der GAZ, nicht bei der GAZ insgesamt, nicht nur starke Vorbehalte, sondern direkt schon antischwule Positionen gibt. Die eingehenden mit einer bestimmten Ehe- und Familien-ideologie, wie wir sie bei konservativen Kräften in der Bundesrepublik auch beobachten können.

ruber Kongreß vom GLU-Vorstand, wo es u.a. heißt: „Die von den Buntlinen geforderte ersatzlose Streichung der §§ 174 - 176 beinhaltet doch die Aufhebung des Schutzes von Kindern, von Minderjährigen und Abhängigen gegen den sexuellen Mißbrauch“. Das kann doch nur bedeuten, daß es außer bestimmten Teilen der GAZ auch noch weitere Teile gibt, die so eine schwulenfeindliche Position vertreten.

C.: Ich bestreite nicht, daß es innerhalb der Grünen auch einige Mitglieder gibt, die solche Positionen vertreten. Genauso wenig wie ich bestreite würde, daß es einige Mitglieder gibt, die auch offen reaktionäre bis hin zu faschistischen Positionen vertreten. Ich habe das selbst in Karlsruhe persönlich erlebt. Das bestreite ich nicht. Die politische Frage, um die es in diesem Falle geht, ist: Kann irgendjemand tatsächlich heute behaupten, daß diese Personen innerhalb der Partei „Die Grünen“ die Mehrheit darstellen oder die Mehrheit für sich gewinnen können? Diese Ansicht halte ich für genauso hirnlos und utopisch wie die Ansicht, daß morgen die KPD die Grünen übernehmen würde. Davon abgesehen ist es selbstverständlich, daß eine Schwulen- und Lesben-Bewegung, die zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik sich in den Aufbau einer Partei so massiv einmischt, auf Widerstände und Unverständnis stößt, weil sie es eben zum erstenmal tut. Denn wir konfrontieren Leute mit Positionen und einem schwulen Selbstverständnis, das ihnen völlig fremd ist. Aber das ist eine Frage des Kennenlernens, des sich gegenseitig Akzeptierens, des aufeinander Zuhörens und nicht eine Frage der grundsätzlichen Ablehnung von Schwulen oder lesbischen Positionen überhaupt.

„Raus aus dem großstädtischen linken Ghetto“

Außerdem: Bei der Beurteilung der Grünen in ihrer Gesamtheit finde ich sehr wichtig, wir als großstädtische Linke müssen zur Kenntnis nehmen, daß es sehr viele Menschen in diesem

Land gibt, die mit unserer Art zu diskutieren, nicht vertraut sind, aber trotzdem im Grunde genommen dasselbe wollen wie wir. D.h. wir müssen uns selbstkritisch fragen, wieweit sind wir in der Lage, mit einem Bauern vom Land, mit Menschen aus kleineren Städten zu reden und ihnen mit ganz einfachen Worten auch unsere Meinung deutlich zu machen. Ich glaube, daß es sich lohnt, zu versuchen, aus dem linken großstädtischen Ghetto auszubrechen und eine Gemeinsamkeit in der Praxis auch mit Leuten zu suchen, die uns bisher nicht so vertraut gewesen sind.

We.: Also in der AKW-Frage kann ich mir das konkret vorstellen. Aber glaubst du, daß das auch mit der Schwulenfrage möglich ist? Steht da die wirklich eine handfeste reale Chance?

C.: Grundsätzlich sehe ich die Chance bei jedem, egal ob er Mitglied der Grünen ist oder nicht, in dem Moment, wo ich bereit bin, in eine persönliche Auseinandersetzung mit einem anderen Menschen einzutreten, die beinhaltet, daß ich die andere Person als solche erstmal respektiere, mit ihrer ganzen Geschichte.

We.: Das ist aber doch auch eine ganz praktische Frage. Sollen jetzt die Schwulen sozusagen auf Bauern-Agitation gehen, um es mal etwas polemisch auszudrücken? Haben wir dafür überhaupt die Kräfte?

C.: Nein, die Schwulen sollen nun nicht auf Bauern-Agitation in der AKW gehen, sondern die Schwulen sollen nicht so arrogant sein zu denken, daß die Bauern von vornherein dumme Leute sind, die mit Schwulen sowieso nichts anfangen können und voller Vorurteile und Ablehnung sind. Das ist meiner Erfahrung nach nicht richtig. Richtig ist, daß die Vorurteile in kleineren Städten und auf dem Land wesentlich verbreiteter sind als in der Großstadt, aber das allein berechtigt uns nicht, andere Menschen als Dumme oder Menschen zweiter Klasse zu behandeln.

Schwule/Lesben ebenso populistischschädigend wie „K-Gruppen“?

We.: Hast du Informationen darüber, wie sich die Grünen aus Bremen, also Olaf Dinné und seine Freunde, im Bremer Wahlkampf zur Schwulenfrage verhalten haben? Eine ähnliche Frage hätte ich zu der ja sehr starken Gruppe aus Baden-Württemberg.

C.: Bestätigend Baden-Württemberg habe ich Informationen, weil dort ein Schwuler in der Programmkommission mitarbeitet. Die Baden-Württemberger werden, meine ich, zu unrecht in der linken Öffentlichkeit als rechter Landesverband dargestellt. Sie sind, wenn man überhaupt in diesen Kategorien denkt, insgesamt mehr den liberalen Kräften der Mitte zuzuordnen innerhalb der Grünen. Was Bremen anbetrifft, so habe ich keinerlei Informationen. Aber da gibt es ein sehr wichtiges Argument, was gerade von Seiten der Bremer in Karlsruhe gekommen ist und was vermutlich von anderer Seite im Zusammenhang mit Schwulen und Lesben auch kommen wird. Nämlich: Das Argument der Wählerstimmen und des Ansehens beim Wähler. Und wir sollen uns nichts vormachen, diese Frage wird auf dem Programmkon- greß im Zusammenhang mit Schwulen und Lesben natürlich auf den Tisch gelegt werden. Und natürlich müssen wir dazu etwas sagen. Wir können auch was dazu sagen.

We.: Im Grunde sind die Schwulen und Lesben ja für die Grünen genauso „populistischschädigend“ wie die K-Gruppen auch. Also, wenn der Dinné sagt, wir müssen dem herrschenden Antikommunismus Tribut zollen für einen Erfolg bei Wahlen, dann gilt das ja prinzipiell für alles, was Wählerstimmen kosten könnte.

C.: Was dieses opportunistische Schielen auf den Wähler anbetrifft: Im Zusammenhang mit dem Unvereinbarkeitsbeschuß ist so argumentiert worden. Nur muß man sehen, daß es dazu ein zweites Argument gab, das von den Linken nicht entkräftet werden konnte, nämlich: Ich kann nicht zwei Herren auf einmal dienen. Plati gesagt, ich glaube, im Zusammenspiel dieser beiden, der opportunistisch auf den Wähler schielenden Argumentation und der zweigeteilten, ist es möglich gewesen, daß sich so viele für einen Unvereinbarkeitsbeschuß mit einer Partei ausgesprochen haben.

Bei den Schwulen und Lesben ist die Frage – und diese Frage werden wir stellen – der inhaltlichen Glaubwürdigkeit dieser Partei. Und ich kann mir nicht vorstellen – aus Diskussionen mit sehr vielen grünen Mitgliedern weiß ich das –, daß diese Partei in ihrer Gesamtheit sich tatsächlich auf einen Punkt zurückdrängen lassen wird, daß sie sagt, nur

Forts. S. 25

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

Vorbericht der Programmkommission (10 Grüne und 3 Bunt/Alternativ) zur Diskussion in

»Zutritt für Jugendliche verboten!«

Schwule Woche in Aachen (7. - 15.12.79)

Aachen - vorletzter Samstag vor Weihnachten. Eilig geht der gestreifte Bürger von Geschäft zu Geschäft, hat nur das „hochheilige“ Christfest (und seine ökonomischen Folgen) im Kopf, hetzt über den Holzgraben und bekommt da plötzlich ein Flugblatt in die Hand. „Wenn ihr Sohn/ihre Tochter schwul ist“ - Und das auch noch zu Weihnachten? Schwule! Man bleibt stehen, mustert nochmal den Mann mit den Flugblättern. Schwul - und die sind wohl auch noch stolz darauf!

Genau! Aachener Lesben und Schwule haben am 15.12.79 einen Stand auf dem Holzgraben in der Stadtmitte. Der große rote Sonnenschirm und das Transparent „Homosexuelle in Aachen“ ist schon von weitem zu sehen. Ein zweites Flugblatt informiert darüber, daß es seit 1973 in Aachen Homosexuellen nicht mehr erlaubt wurde, auch nur so einen Informationsstand über Unterdrückung schwuler Sexualität und Lebensformen zu machen. Deshalb auch die ironische Warnung an dem BÜCHERTISCH: „Zutritt für Jugendliche unter 18 verboten!“

Das Aachener Informationsverbot in Aachen durchbrochen

Die Aachener Schwulengruppe hatte den Stand sogar ordnungsgemäß beantragt, hatte aber die Auflage bekommen, nur über das Verbot des Standes 1973 und den anschließenden Rechtsstreit zu informieren - ein Ding der Unmöglichkeit!

Daß Homosexuelle über sich informieren, will die Stadt Aachen auch heute nicht zulassen: „Denn niemand hat das Recht, seinen Mitbürgern Angelegenheiten seines Intimbereichs aufzudrängen“. Und da habe eben auch das Grundrecht der Meinungsfreiheit seine Grenze. - So sah es das Oberverwaltungsgericht Münster, und das Bundesverwaltungsgericht bestätigte es noch einmal auf eine Beschwerde hin (Fakten und Zitate aus den Presseinformationen der Aachener „Printenschwestern“ und aus „Schwule Rechte jetzt!“, J Reents Verlag, Hamburg).

Ähnlich wie in Aachen versuchte die Stadt Münster der „Homosexuellen Frauengruppe Münster“ zu verbieten, mündige Bürger aufzuklären. Das war 1976.

Mit dem Stand am Holzgraben zeigten die „Printenschwestern“, die jetzige Aachener Schwulengruppe, daß sie das Verbot nicht akzeptieren. Damit haben die „Printenschwestern“ ein Zeichen gesetzt. Denn wenn das Verbot in Aachen durchbrochen wird, warum sollte man/frau sich ihm woanders beugen?

Schwule in Aachen - Eine Woche lang nicht zu übersehen

Es muß den Stadtvätern schon ganz schön gegen den Strich gegangen sein. War doch der Informationsstand am Holzgraben nur das 1-Tupfchen auf die ganze SCHWULE WOCH!

Über eine Woche lang verstanden es Lesben und Schwule, den Aachener Mitbürgern Angelegenheiten ihres Intimbereichs aufzudrängen. Da prangte über einem Kino in der Stadtmitte die Leuchtschilde SCHWULE FILMWOCH! in richtig großen Buchstaben. Die Programmzeitung und ein extra Flugblatt des Kinos warben für die SCHWULE FILMWOCH! Und natürlich hatten die „Printenschwestern“, dabei das Wort.

Besonders der Film „Armen der Liebenden oder Aufstand der Pervertierten“ von Röschen von Fraunheim „lockte“ Massen von Besuchern an. An dem regelmäßigen BÜCHERTISCH der „Printenschwestern“ wurde während der Filme einiges an Büchern und Broschüren verkauft.

Die „Aachener Nachrichten“ kündigten am 8.12. einem großen Teil der Aachener die Schwule Woche so an: „Aachener Homosexuellen ist Toleranz alleine zu wenig - „Printenschwestern“ veranstalten in Aachen eine Filmwoche“. Der Artikel nahm immerhin eine Viertel Seite ein. Der zweite ungefähr genau so große Artikel der „Nachrichten“ vom 18.12. („Homosexuelle am Holzgraben...“) berichtete wieder ausgesprochen positiv.

Der „Klenkes“, die vielgelesene Aachener Alternativzeitung, stellte

den „Printenschwestern“ und der neuen Lesbengruppe in Aachen eine ganze Seite zur Verfügung, der „TH-Klenkes“ von den Benachteiligten an der Universität sogar zwei Seiten.

Die Schaufenster von Beausbuchladen und Frauenbuchladen waren voll mit schwulen und lesbischen Bildern, Büchern, Zeitungen, Fummeln und anderen netten Kleinigkeiten.

Schwule in der Schule

Rechtzeitig zur Schwulen Woche erschien im Anne-Frank-Schulzentrum im Aachener Stadtteil Laurensberg die Schülerzeitung „Gänseblümchen“. Trotz Angst vor Verbot oder Zensur enthielt sie einen Artikel über Schwule. Und die Höhe war es doch, was für Worte da vorkamen: „sich zusammen einen wischen“, „blasen“ und „in den Arschbumsen“. Sogar ist zuviel für die Kleinen, meinten die Direktoren! So mußten diese anständigen Worte nachher geschwärzt werden. Aber wenigstens in den höheren Klassen entbrannten lebhaft Diskussionen. Eine Lehrerin will bald eine Doppelstunde zum Thema Homosexualität machen. Sie hat dazu einen Psychologen und Schwule von den „Printenschwestern“ eingeladen, damit sich die Schüler/innen aus erster Hand informieren können.

Schwules Leben

Das war der Rahmen für die meisten Veranstaltungen der Schwulen Woche. 7.B für die Filme „Was wir zeigen wollen, sind Filme über uns und für uns, in denen wir unsere und gemeinsame Erfahrungen am Arbeitsplatz und in Beziehungen, in der Subkultur und in wichtigen Lebensabschnitten, wie dem Coming-Out, dargestellt werden. Daneben selbstverständlich auch Filme, die für ein breites (heterosexuelles) Publikum Schwulsein in emanzipatorischer Absicht darstellen...“, schrieben die „Printenschwestern“ in ihrer Broschüre zur Schwulen Woche.

Die Ausstellung „Schwules Leben“, das Schwulenfest (in den letzten Jahren hieß es „schwules Männerfest“), das Treffen am Samstag (15.12.) in



der ESG und nicht zuletzt der Abend mit Peter Schult gab viel Gelegenheit, miteinander über sein eigenes schwules Leben, über Erfahrungen, Schwierigkeiten usw. zu reden. Schwule, Lesben und heterosexuelle Frauen und Männer besuchten diese Veranstaltungen.

Es kamen recht viele Schwule zu den Veranstaltungen, die nicht in der Studentenszene leben. Sie fanden besonders das Schwulenfest toll. Wenn es noch länger ginge, so sagten einige, könnte das Schwulenfest jeden Tag stattfinden. Diese Konsumhaltung behagte einigen „Printenschwestern“ nicht besonders, sollte doch die Schwule Woche erreichen, „daß wir Schwule endlich mal herauskommen aus dem pflüchtigen Mief und aus dem Ghetto, in dem man es sich - ganz unter uns - versteht sich - herrlich warm und bequem einrichten kann“ (aus der Broschüre zur schwulen Woche).

Leider hielt sich diesmal die linke und die Sponti-Szene ziemlich zurück. Nur zu der Veranstaltung mit Peter Schult kamen sie in Scharen. Die Kneipe war gerammelt voll. Peter las aus seinem Buch „Beuche in Sackgassen“. Er sagte: „Ich habe aus meiner Ablehnung der herrschenden Sexualmoral nie einen Hehl gemacht, ich bin nie bereit gewesen, mich an die Sexualgesetze dieser Gesellschaft zu halten. Ich habe viele gute Beziehungen zu Jungens, ich verstehe sie, spreche ihre Sprache, kann auf ihre Probleme eingehen. Sie kommen gern zu mir und sie fühlen sich wohl.“

Peter erntete viel Applaus, aber eine Diskussion kam kaum zustande. Ein Mann erzählte spontan von seinen sexuellen Erlebnissen mit einem recht jungen Mädchen. Jemand anders verwies darauf, daß Erwachsene Kindern überlegen sind und man/frau es sich deshalb mit Beziehungen zu Kindern nicht zu einfach machen solle. Krefelder Päderasten (Männer, die Jungen lieben) berichteten über Peter Hartlieb, der wegen seines Verhältnisses zu einem Mädchen im Knast sitzt. Er ist jetzt seelisch so kaputt, daß er am Rande des Verhungerns ist. Für Peter Hartlieb wurde Geld gesammelt.

Die Schwule Woche ist ein Erfolg geworden

Das Aachener Informationsverbot wurde durchbrochen, und mehr noch: Aachen war für eine Woche ein ganzes Stück wärmer als sonst.

Schon war, daß sich die gerade gegründete Lesbengruppe beteiligen konnte, einen Teil der BÜCHERTISCH, einen Teil der Ausstellung und fünf Seiten der Broschüre zur Schwulen Woche selber gestalten konnte.

Ich hoffe, das macht jetzt einigen Schwulern Mut, selber so etwas wie die Schwule Woche zu machen. Mit den Schwulengruppen und der Schwulenbewegung ist es noch lange nicht um Ende - trotz so mancher Unkenrufe.

Als dann - während in die 80er U. Aachen Schwulengruppe des KB

Richtig ist vielmehr ...

Dem letzten AK konnte man/frau entnehmen, daß jetzt in der Schwulenfrage nicht mehr verdrängt, gehäcckelt und gesponnen, sondern wieder diskutiert wird...

Sah schon! „Die wichtigsten Ergebnisse dieses Streits um den marxistischen Weg in unserer Frage liegen im „Tuntenstreit“ gedruckt vor“ (AG Schwule/ZL).

Weißt daran ist, daß der Tuntenstreit tatsächlich einer der besten Bücher zum Thema Schwule und Lesbe ist. Nur, was die ZL damit zu tun hat, außer daß deren Politik das genaue Gegenteil dessen darstellt, was darin zu finden ist, ist mir nicht so ganz klar.

Zur Entstehung des Tuntenstreits

Osten 1974 gab es in Frankfurt einen Spontikongreß. Thema: Emanzipation und politischer Kampf (Fazit: Keine Emanzipation ohne Revolution - Keine Revolution ohne Emanzipation).

An diesem Kongreß beteiligten sich zwei Arbeitsgruppen der Homosexuellen Aktion Westberlin (HAW), nämlich deren AG Schwule und die (na, wie heißt die andere wohl, wenn die ZL die so gut findet - ach ja richtig) AG Feministen. Ich weiß das alles noch ganz genau, weil dieser Kongreß der Anfang von meinem Coming-Out war! Auf diesem Kongreß wurden die Schwulen vom Rotbuch-Verlag angesprochen und daraufhin erschien dann ein halbes Jahr später im Rotbuch „Verkehrsmittel/emanzipation in der Gruppe und die Kosten der Solidarität“ der Aufsatz „Die Homosexualitätstheorie“.

Auf diesen Beitrag hin erschien eine Entgegnung der SPW-Fraktion in der HAW und darauf wieder eine Entgegnung „Wie können Tunten Sozialisten sein“. Alle drei Beiträge zusammen erschienen später als „Tuntenstreit“ im Verlag Rotbuch (Wer macht hier Anleihen bei der Spontibewegung, der im „doppelten Sinne finstler Tendent“!).

Und nun zum Inhalt

„Nicht nur die Homosexuellen, wir alle sind Opfer und Stütze dieses Systems, so zu bekämpfen heißt, auch den Teil in uns zu bekämpfen, der dieses System stützt.“ Der sp-

stische Weg des männlichen Feminismus, geschminkt, feminin oder mit dem roten Winkel zu erscheinen, ist ein Mittel und gleichzeitig das Bedürfnis schwuler Männer, die diktiert und in Fleisch und Blut übertragene Trennung zwischen privat und öffentlich zu durchbrechen.“ („Die Homosexualität ist uns“ in „Tuntenstreit“, S. 28 ff., Hervorhebungen im Original) - Was was das nochmal mit „Zwickelbündnis“ und „keimform“?

„Die Subsumierung der Frau unter die Natur wie die geistige Vorherrschaft des Mannes, die in übrigen in den früheren patriarchalen Religionen Parallelen hat, hat Marx also stichwiegend oder unbewußt mitgemacht, zumindest auf dieser Stufe des älteren Unterdrückungsverhältnisses, eben das patriarchale begründete, nicht bestimmt und einer eigenen Theorie seiner Aufhebung zugeführt.“ (U. Eiler, „Mutandologie“ S. 55, zitiert nach „Wie können Tunten Sozialisten sein“ in „Tuntenstreit“, S. 89) Und die Autoren fügen hinzu: „Da Marx erst die historisch spätere entfremdete Teilung der Arbeit in der Familie konstatiert hatte, mußte die sozialistische Theorie der Aufhebung dieser Entfremdung notwendig verkürzt bleiben und konnte nicht über ein Postulat nach der Aufhebung der Familie hinaus gelangen. Der notwendige Aspekt politischer Arbeit, wie das Herrschaftsverhältnis zwischen Mann und Frau in der Familie bekämpft und zerstört werden kann, bleibt somit in der Vorstellung befangen, die Frauenverdrängung sei der einzige und zentrale Hebel“ („Wie können Tunten Sozialisten sein“ in „Tuntenstreit“, S. 89 ff.).

Das ist etwas Soziologie-Chinesisch, es geht hier um die Aufhebung der Hausarbeit und Kindererziehung als Frauensarbeit, d.h. um die Aufhebung der Geschlechterrollen, die Aufhebung von männlichen und weiblichen Eigenschaften, die untrennbar verknüpft ist mit einer Befreiung der Homosexualität. Und dafür tut's eben Marx-Zitieren allein nicht mehr!

Die Diskussion geht weiter! Zwingt man eine, zwängt sie/rom rein!

Anette, Berlin

»Verführung« zur Homosexualität - nun auch in der Schule?!

„Unser Sortiment enthält zum Beispiel Bücher für Lesben und Schwule...“ Dieser Satz in der Schülerzeitung „Zwickel“ (Der-Ausgabe) am Gymnasium in Bad-Schwartau veranlaßte den Direktor (Teichner) nach seiner „obligatorischen“ Kontrolle des Inhalts der Zeitung, den Vertrieb derselben an „seiner“ Schule zu untersagen.

Besagte Stelle befindet sich in einem Artikel zum „Lübecker Buchladen in der Alternative“. U.a. stellt sich das Buchladenkollektiv hierin kurz vor und informiert über sein Buchersortiment. In einer sich an das Verbot des „Zwickel“ anschließenden Unterredung der Redaktion mit dem Direktor, verweist dieser auf den §104, Abs.2 des Schulgesetzes: „Schülerzeitungen dürfen an der Schule nach Genehmigung des Schulleiters vertrieben werden. Der Vertrieb ist nur zu untersagen, wenn ihr Inhalt den Schulfrieden stört oder die freiheitlich demokratische Grundordnung, in anderer Weise gegen die Rechtsordnung oder den gesetzlichen Auftrag der Schule verstößt“.

Daraufhin brachte die Redaktion ein Flugblatt an der Schule in Umlauf, in dem sie u.a. dazu aufrief, den „Zwickel“ vor der Schule zu kaufen (wovon auch kräftig Gebrauch gemacht wurde!).

Teichner ließ nun seinerseits nicht lange auf sich warten: am letzten Schultag vor den Weihnachtsferien wurde in allen Klassen ein Rundschreiben verlesen (aber nicht ausgegeben!), in dem er u.a. schrieb: „Richtig ist, daß der Verkauf der genannten Ausgabe aus folgenden Gründen nicht gestattet werden konnte. 1. auf Seite 59 wird in einem Werbeteil auf „Bücher für Lesben und Schwule“ hingewiesen. In einer Schülerzeitung, die sich nicht nur an Volljährige, sondern auch an minderjährige Jugendliche und Kinder wendet, ist eine Werbung für Bücher dieser Art nicht statthaft...“

Trotzdem hatte dieser Rundbrief seine erhoffte Wirkung: einige SchülerInnen distanzieren sich von dem

besagten Artikel, ein Redakteur legte seine Arbeit nieder. Im großen und ganzen ging jedoch eine Welle der Empörung durch die Schülerschaft. Daß Hinweise auf lesbische und schwule Literatur nicht dem „gesetzlichen Auftrag der Schule“ entsprechen, ist bekannt, wird doch immer noch in diesen Kreisen von

der Unzulässigkeit von Verführungs-thesen ausgegangen, wird doch die Homosexualität immer noch nicht als gleichwertige Form der Sexualität im Unterricht behandelt, sondern verteuelt!

Eine Lübecker Genomin der Lesbengruppe des KB

Revolutionäres Jugendprogramm in New Jersey:

Schwule Jugendliche zu lesbischen Pflegeeltern

Die Probleme, denen sich Jugendliche gegenübersehen, sind oft hart, um so mehr wenn es sich um solche aus der Arbeiterklasse oder von Wohlfahrtsempfängern handelt. Schwer erträglich wird es bei den Minderheiten der Schwarzen oder Latinos, die zusätzlich dem Rassismus ausgesetzt sind. Was jedoch schwule Jugendliche zu erleiden haben, die in einer feindlichen Umwelt überleben wollen, hat bisher zu allererst den Staat bekümmert.

Daher muß ein Programm der Sozialbehörde in New Jersey geradezu revolutionär erscheinen. Seit 1975 hat die Behörde - wie jetzt bekannt wurde - schwule und lesbische Jugendliche zu lesbischen Pflegeeltern vermittelt. Die Jugendlichen waren ausnahmslos Teenager, deren Eltern nicht fähig oder nicht bereit waren, sie weiter zu erziehen - wegen ihrer sexuellen und gefühlsmäßigen Neigungen.

Die Sprecherin der Behörde erklärte ihr Programm damit, daß „eingelesene heterosexuelle Pflegeeltern einfach nicht in der Lage sind, mit der Art von Problemen, die diese Kinder haben, fertigzuwerden“ („Workers World“, 28.12.79). Die Behörde sei „in letzter Zeit zunehmend mit einem Anstieg der Zahl schwuler Jugendlicher in ihrem Auf-

gebenbereich konfrontiert und mit einem wachsenden Erkennen dieser Situation durch Experten“.

Ein typischer Fall ist dabei das Leben eines fünfzehnjährigen schwulen Jungen, der bei extrem feindselig reagierenden Pflegeeltern untergebracht war. Er lief weg und suchte Zuflucht bei einem lesbischen Paar. Er durfte dort bleiben und später wurden ähnliche Lösungen auch für andere gefunden.

Dieses Programm kommt jedoch nicht von ungefähr. Wie ein Sprecher der Kinderabteilung der Sozialbehörde betonte, habe die Gay Rights Alliance (Einheit für schwule Rechte) seit 1974 ständig Vorschläge und Anträge hierzu eingebracht. Die schwulen Jugendlichen sind in den vergangenen Jahren ins Blickfeld der Schwulenbewegung gerückt und ihre Einbeziehung hat zu einem wachsenden Bewußtsein über ihre besonderen Schwierigkeiten geführt. Gleichzeitig haben schwule Väter und lesbische Mütter hart um das Recht gekämpft, ihre Kinder zu erziehen. Dies ist jedoch noch längst nicht durchgesetzt.

Die Unterbringung von Jugendlichen in Familien von Lesben ist allerdings schon ein positives Ergebnis der Schwulen und Lesben im Kampf um ihre Menschenrechte. USA Kommission

Stellungnahme von Frauen aus dem IKAH



liebe Frauen!

Ja, ihr habt Recht. Es ist schon ein „Trauerspiel“, daß sich die linken Anwälte beim Thema Vergewaltigung nicht automatisch auf die Seite der Unterdrückten stellen. Daß es passieren konnte, daß Uwe und Hartmut einmal die Verteidigung übernommen haben und sich dann hinterher grundsätzliche Gedanken darüber machen. Wir stimmen mit Eurer Position, wie es im „Offenen Brief“ zum Ausdruck kommt - nämlich, für Vergewaltigung darf es keine „linke“ Verteidigung geben - grundsätzlich überein. Allerdings meinen wir, daß ihr in Eurer Wut bisweilen „über die Stränge geschlagen“ seid und damit auch einiges Falsches angedeutet habt.

Ihr seid offenbar von folgendem Standpunkt ausgegangen. Seit fünf Jahren wird in der westdeutschen Frauenbewegung über Vergewaltigung diskutiert. Schlussfolgerung: „Für die Verteidigung einer Vergewaltigung oder einer ähnlichen Straftat gibt es für einen linken Verteidiger keine Begründung“. Auf dieser Grundlage - den Becker-Fall in Westberlin vor Augen und die Diskussion in der „TAZ“ über Uwe's Prozess - langt ihr dann zu: Z. B. der Eintrag von Hartmut und Uwe in die Diskussion mit schlicht „pervert“, die „Selbstkritik“ von Uwe habe reines „Alibi“, schlicht „Angst“ habe Meffert die Feder geführt. Rauegekommen ist aber nur „Schrott“. Zu Hartmuts Fall wird behauptet: „Die Sache war von vornherein klar“ (was schlicht nicht stimmt) und es werden verschiedene Satzzeichen aus dem Plädoyer wiedergegeben. Oder: „Freilich seid ihr heute noch so inkonsequent (?) und praktiziert dann Vertuschung (von Unrecht) „nur“ gegenüber Frauen (...) Die Frage drängt sich auf ...“ und morgen? Was sollen solche Anspielungen?

Unser Meinung nach hat sich für die meisten (auch regelmäßigen) AK-Leserinnen die Sache so dargestellt: Der „Becker-Fall“ war wohl noch einigermaßen im Gedächtnis. Die „TAZ“-Diskussion - einschließlich dem langen Bericht über Uwe's Prozess - war den meisten unbekannt, also auch, worum es in dem Prozess genau ging. Auch Hartmuts Fall wird in dem „Offenen Brief“ ja nur sehr kurz geschildert. Verschärfend kommt nun aber noch hinzu, daß Uwe's Stellungnahme nicht mit abgedruckt war. Man/frau konnte Euch also entweder glauben mit Eurer Einschätzung, oder nicht. So was geht nicht.

Was wir meinen: Auch, was die Anwälte betrifft, seid ihr von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die Diskussion unter den Anwälten hat erst angefangen. Es gibt sie, diese Argumente für eine Verteidigung von Vergewaltigung, und was es noch mehr gibt, ist Unklarheit und auch Mangel an Erfahrung (z. B. aus der Arbeit der Frauenbewegung), gepaart mit einer ordentlichen Portion Chauvinismus. Nein, selbstverständlich heißt das nicht, vor diesem Zustand zu kapitulieren, sondern hier muß in erster Linie mit Informationen, Erfahrungen aus der Frauenbewegung gearbeitet werden und in zweiter Linie mit dem Holzbammer (also gewisse Schockwirkung ist ja nicht verkehrt). Vor diesem Hintergrund finden wir auch Euren Beitrag im letzten AK über den „Jour Fix“ wenig hilfreich. Unseres Erachtens urt ihr, wenn ihr meint, daß allein durch die Überschrift „Feindlicher Jour Fix in Hamburg“ und die reinen Wiederholungen von Positionen, die Leserinnen zu Eurem Schluss kommen: „So weit ist es eben doch schon gekommen ...“. Ja, wie weit denn? Was folgt daraus? Empörung allein genügt nicht. Falsche Standpunkte werden nicht dadurch widerlegt, daß man/frau sie einander-reiht! Auch hier gilt für uns: hinhören, diskutieren, argumentieren, kritisch prüfen und dann urteilen. So, wie ihr es die Sache herangeht, blockiert ihr auch eine fruchtbare Diskussion mit den Anwälten. Wie ihr wißt, gibt es eine „apokalyptische“ konträre Stellungnahme - mit der, soweit wir wissen, von Anwaltinnen - auf Euren „Offenen Brief“, die auf dem „Jour Fix“ vorgelegt wurde (P.3. Solltet ihr auch mal abdrucken). Auch wenn wir mit den Positionen dieser Stellungnahme nicht übereinstimmen, so halten wir doch die Thesen für diskussionswert!

Sehr begrüßen würden wir es, wenn die Anwältinnen mal aus ihrer Praxis mit Vergewaltigungsprozessen berichten würden.

Ist für Hartmut und Uwe die Sache mit der Vergewaltigung grundsätzlich klar?

Hartmut und Uwe sagen, daß sie grundsätzlich keine der Vergewaltigung angeklagten Männer mehr verteidigen werden. Wir haben da Zweifel!

1) Warum propagiert ihr auf dem „Jour Fix“ (bei dem beschriebenen Diskussionsstand) nicht einmal vehement den Grundsatz, statt sofort in eine Debatte um „Ausnahmen“ einzutreten?
2) Hat U. aus seinem Prozess etwas gelernt? Hier kommen uns noch größere Zweifel. U. schreibt, K. wurde freigesprochen, „und auch ich als sein Anwalt weiß es nicht besser“ (Anm.: Doch, Du weißt es besser, s. u.). Es folgt das Urteil und der Zusatz: „In diesem Urteil kann ich keinen Zynismus und keine Frauenfeindlichkeit entdecken“. Da können wir nur sagen: Du willst offensichtlich nichts entdecken. Bine hat in einem Leserbrief im letzten AK schon wichtiges gesagt, hier nur einige Ergänzungen: U. findet das Urteil in Ordnung, weil Widersprüche aufgetreten sind. Das ist ein schlechter Witz: Du weißt genau, daß es um 80 g l i c h ist, daß unter solchen Voraussetzungen keine Widersprüche auftreten. Die betroffene Frau stand nicht nur ohne Anwalt vor Gericht, sondern ist auch noch Ausländerin, Türkin! D. h., die Sache wird für die Frau nicht nur dadurch erschwert, daß der Vorfall drei Jahre zurückliegt, sondern daß sie schlicht nicht w i l l , worauf es in einem solchen Prozess vor einem ausgebildeten Gericht ankommt. In so einem Prozess vor einem Männergericht „draußlos“ zu reden, muß für die Frau zum Bumerang werden.

Und noch das: Auch durch Nichtsein als Anwalt kann man frauenfeindlich sein. Hätte U. die Frau vertreten, hätte er mit Sicherheit die Frage gestellt: Warum hat K. nach dem A. aus dem Fenster gestürzt war, ihr nicht s o f o r t geholfen. U.'s Mandant hat stattdessen - laut „TAZ“ vom 29.10. - sich an dem Fenster gestanden, hat dann sein Zimmer in Ordnung gebracht und hat sich schlafen gelegt. Allein dieser Umstand soll nicht frauenfeindlich oder allgemeiner menschenfeindlich sein? (U. weiß auch, wie das Gericht diesen Punkt „behandelt“ hat: „Unterlassene Hilfeleistung“ war „bist augenmerkender menschlicher Einsatz“ - sein? (U. weiß auch, wie das Gericht diesen Punkt „behandelt“ hat: „Unterlassene Hilfeleistung“ war kein Punkt der Anklage, also steht es auch nicht zur Debatte ..., nicht zynisch?).

Wir hätten deshalb gern von Uwe gewußt: Hältst Du nach wie vor das Urteil für weder zynisch noch frauenfeindlich? Siehst Du es auch - im Nachhinein - wie Hartmut, als Fehler an, daß Hartmut die Verteidigung des Türken übernommen hat? Auf welcher Grundlage willst Du in Zukunft die Ausnahmen von der Regel bestätigen? Hartmut schreibt dazu: „Ein wichtiges Kriterium zur Bestimmung von möglichen Ausnahmen wird die stärkere Berücksichtigung der allg. m e i n e n Erfahrungen der Frauenbewegung sein müssen“. Was Hartmut darunter versteht, will



liebe Frauen,

in meiner letzten „Offenen Antwort“ auf den „Offenen Brief“ des AK habe ich geschrieben, daß in Zukunft die „allgemeinen Erfahrungen der Frauenbewegung“ eines der Hauptkriterien zur Beurteilung von Vergewaltigungsmängeln sein müßten. In einer Reihe von Gesprächen bin ich danach gefragt worden, was ich über das von mir zur Erläuterung bereits Gesagte hinaus - darunter verstehe ich will das deshalb noch einmal erläutern, auf den Brief der BIFF an Uwe und mich wurde ich besonders eingegangen, weil er eine umfassende Forderung verlangt.

Ich habe geschrieben, daß es offenbar nicht möglich ist, daß sich der Anwalt ein zureichendes Bild über den angeklagten „fall“ allein auf Grund des Kenntnis der Akte und der Gespräche mit dem Mandanten macht. Der Grund dafür liegt einfach

Woman is the nigger of the world (Die Frau ist der Nigger der Welt)



springt eine Frau aus dem Fenster! Wahrscheinlich hat sie doch drauf gehabt. Oder sie hatte zuviel geoffen. Frauen vertragen nunmal wenig. Oder sie wollte einem Mann eins auswischen, der nicht mit ihr bunten wollte. Oder hatte sie vielleicht Angst? Kaum vorstellbar! Zumindest nicht für RA Uwe Meffert, der sicherlich noch nie (vielleicht kommt's ja noch?) Angst einer Frau gegenüber empfinden mußte. Deshalb „kann“ er natürlich in dem Urteil gegen die türkische Frau auch weder „Zynismus noch Frauenfeindlichkeit entdecken“. Nein, im Gegenteil, bei einem Urteil f ü r die Frau wäre er „empört gewesen!“ (alle Zitate aus AK 168) Ich wünsche dem Uwe Meffert nur mal einen Tag die Angst, die ich jede Stunde, jeden Tag, jedes Jahr haben muß. Die Angst, die mich hindert, allein spazieren zu gehen, allein in Urlaub zu fahren, allein zu Hause zu sein und an der Tür zu stehen, wenn's klingelt. Diese Angst, die einen großen Teil meines Lebens bestimmt, die mir ein Stück Lebensqualität einfach wegblaut.

Die Folter beginnt morgens auf dem Arbeitsweg. Erstmal mache ich einen ersten Bogen um die A 100, dann

Die Folter beginnt morgens auf dem Arbeitsweg. Erstmal mache ich einen großen Bogen um die Arbeiter an der Baustelle, weil ich die dummen Sprüche einfach nicht ertragen kann. Dann, in der Bahn muß ich in die Zeitung oder krampehaft aus dem Fenster starren. Das ist immer noch besser als die frisch grüne Presse irgendeines Anstalters. Wenn sich die Bahn am Hauptbahnhof radialisiert, kann ich zur hoffen, nicht mit einem Mann allein im Abteil zu sitzen. In diesem Fall bin ich auf seine Gütmütigkeit angewiesen. Endlich am Zielbahnhof angekommen, kann ich mir für den weiteren Weg zur Glück wünschen, d. h. keine Baustelle, keine Müllabfuhr, keine laubenden Typen. Das Glück ist selten. Der Rückweg gestaltet sich ähnlich. Ist es Sommer, schönes Wetter

darin, daß hierdurch nur ein Teil des Gesamtproblems erfahrbar wird, z. B. über die Schuldung und das Erleben der Frau, des Opfers, könnte ich mich so nicht informieren.

Also müssen Erfahrungen her, die mir diese Sicht der Sache deutlich machen.

Es gibt da z. B. ein sehr lesenswertes Buch über Vergewaltigung: „Vergewaltigung“, ausgerechnet geschrieben von einem Mann, Rolf Butzmühlen; er hat wissenschaftliche Literatur, Statistiken, Erfahrungsberichte von vergewaltigten Frauen aufgearbeitet und als Diplomarbeit veröffentlicht.

In dem Kapitel „Erfahrungen von Vergewaltigungsopfern“ schildern Frauen das, was ihr Erleben als O p f e r war, darüber kann uns der Mandant naturgemäß nichts sagen. Wir müssen es aber wissen, um entscheiden zu können, wo, auf welcher Seite - der Unterdrückten oder des Unterdrückers - wir als Verteidiger in einem solchen Prozess stehen.

Ich glaube, was noch demütigender ist, ist die Tatsache, daß mich jemand angreifen und erniedrigen

kann, in meinen Körper eindringen kann und ihn als bloßen Körper in Besitz nehmen kann. Und ich kann das nicht verhindern. Ich glaube, man hat von vornherein ein Gefühl von Unsicherheit, weißt Du, das Gefühl, daß man nicht dagegen ankämpfen kann oder der Situation nicht gewachsen ist. Er wird seinen Willen gegen meinen durchsetzen, und was er will, ist Geschlechtsverkehr, und ich bin für ihn nicht einmal ein Mensch“.

Wichtiger erscheint mir noch, daß es zur Bestimmung z. B. von „typischen Tatbildern“ nützlich ist, nicht nur die eigenen wenigen Fälle zu benutzen. Z. B. mit der landläufigen Vorstellung „Vergewaltigung ist, wenn ein fremder Mann eine Frau im dunklen Park vom Fahrrad wirft“ liegt man nicht richtig. Rolf Butzmühlen hat die Tatsachen hier ebenfalls ins rechte Licht gerückt.

Ich bin davon überzeugt, daß es uns, den angesprochenen Verteidigern, bei Verwertung auch dieses Wissens möglich sein wird, eine seltene „echte Ausnahme“ von einer „Scheuerausnahme“ zu unterscheiden.

23.1.1980 Hartmut Schärmer

digen, und dabei die Frau b e w u s t zu opfern?

Im ersten Fall ist eben das Recht eines ausländischen M a n n e s bedroht, im zweiten Fall hingegen lediglich das Recht einer Frau. Und Frauen stehen anscheinend in der Hackordnung noch unter dem ausländischen Mann. Sie sind die Ausländer, die Neger der ganzen (Männer-) Welt.

E. Kultarkommission

Anmerkungen

1) Bezieht sich auf den Fall Medina A. gegen Herrn K. i. K. wurde von dem Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen, weil gegen ihn außer dem Sprung (?) aus dem Fenster und der folgenden schweren Verletzung der Frau keine Beweise vorlagen. Uwe Meffert hierzu: „In diesem Urteil kann ich keinen Zynismus und keine Frauenfeindlichkeit entdecken. Über eine Verurteilung wäre ich bei dieser Beweislage empört gewesen“. (AK 168)
2) H. Schärmer (AK 168): „Ich habe in meinen zahlreichen Diskussionen über den „offenen Brief“ kaum jemanden gesprochen, der für diese Art der Annahme auch nur den Funken von Verständnis übrig hatte. „Entsolidarisierung“ ist mir dazu ein“

3) Frau A. und Frau H. hatten den Türken nicht „Anwesenheit“ nicht mir dazu ein“

3) Frau A. und Frau H. hatten den Türken A.K. wegen sexueller Belästigung angezeigt - auf Anrufen des Mannes von Frau H., der den A.K. verprügelt hatte, nach dem er von den Verurteilten erfahren hatte. H. Schärmer übernahm die Verteidigung von A.K., weil er von realistischen Gründen des Herrn H. ausgeht. H. Schärmer (AK 168): „Ich habe es vor der Verhandlung für wahrscheinlich gehalten, daß gegen A.K. aus realistischen Gründen eine falsche Anschuldigung konstruiert wurde“. Seine intuitive Vermutung scheint ihm offenbar aus, so daß er noch nicht einmal den Versuch unternahm, diese Vermutungen zu prüfen. Ich konnte vor dem Termin weder die Zeugin Frau A. noch Frau H. einen persönlichen Eindruck von der Glaubwürdigkeit der von ihnen und ihren Ehepartnern erhobenen Beschuldigungen konnte ich mir erst durch die Hauptverhandlung verschaffen. Vorher hätte ich mich nur durch eigene Ermittlungen, wozu ich mir Hilfe eines Privatdetektivs, informieren können. Daß das nicht infrage kam, dürfte klar sein“

4) Die Beamtinverordnete Erna K. war beim Verlassen ihres Schiffes von dem türkischen Werftarbeiter Zeynel D. angegriffen und bedrängt worden. Wegen dieses Vorfalls wurde Z.D. von seiner Arbeit gekündigt. Da eine Kündigung in einem solchen Fall rechtmäßig ist, blieb Uwe Meffert zur Verteidigung von Z.D. nur die Möglichkeit, die Aussage von Erna K. unglaubwürdig zu machen.



Redaktionelle Anmerkung

Zur Debatte über das Thema „Linke Verteidiger in Vergewaltigungsprozessen“ liegen noch Beiträge vor, die aus Platzgründen in diesem AK nicht mehr abgedruckt werden konnten. Sie kommen beim nächsten Mal



er in einem schriftlichen Beitrag zu lauern. Wir sind gespannt darauf! Wir unterstützen den Aufruf zur Spendensammlung für die betroffene Türkin (siehe letzter AK) und fordern Hartmut und Uwe auf, gleiches zu tun!

Frauen im IKAH (Hamburg)

und so, bin ich manchmal etwas leichtsinnig und mache einen klitzekleinen Umweg. Diesen bezahle ich dann regelmäßig mit einem Männergriff an die Brust oder einem Schlag auf den Po. Bei solchen Aktionen tun sich besonders Ausländer hervor (Zumindest wenn sie als Einzelindividuen daherkommen, bei Gruppen

Die Familienpolitik der SPD/FDP-Regierung:

Das „Reform“-gerede zeigt sein wahres Gesicht

Mit diesem Artikel wollen wir einen längst überfälligen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Familienpolitik der SPD/FDP-Regierung leisten. Wir gehen dabei von dem 2. Familienbericht aus, den die Regierung 1975 vorlegte.

Dieser Bericht wurde (im Gegensatz zum 1. Familienbericht, dessen Federführung beim damaligen Bundesminister für Familie und Jugend lag) von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellt und enthielt lediglich eine Stellungnahme der Regierung zu den vorgelegten Ergebnissen und Forderungen.

Nach 20 Jahren reaktionärer CDU-Familienpolitik war es notwendig geworden, eine neue Familienpolitik zu entwickeln. Der 2. Familienbericht sollte hierfür eine wissenschaftliche Grundlage darstellen und Perspektiven für eine „sozialliberale“ Familienpolitik erschaffen. Dies war eines von vielen Reformvorhaben der Brandt-Ära. Der Bericht hatte auch die Funktion, den pädagogischen und sozialpädagogischen Ausläufern der Studentenbewegung Rechnung zu tragen und die Kritik an der herkömmlichen inner- und außerfamiliären Erziehung aufzufangen. Thema der Untersuchung war: „Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation“.

Zur Erinnerung: Familienpolitik der CDU

Familienpolitik hatte für die CDU-Regierungen nach dem 2. Weltkrieg einen sehr hohen Stellenwert. Die Familie wurde als „natürliche Grundfeste“ und „Kraftquell der staatlichen Ordnung“ verherrlicht. Die kinderreiche Familie, als entscheidende Erziehungsinstanz zu „Opferbereitschaft“ und „Sittlichkeit“, war das erklärte Ziel der CDU-Familienpolitik.

Dazu gehörte die Erziehung der Scheidung (gegen den Widerspruch eines Ehepartners konnte die Ehe nicht mehr geschieden werden), Behinderung der Geburtenkontrolle, Erziehung der Berufstätigkeit der Frau und Förderung der Mehrkinderfamilie.

Die Frau als Mutter war Schwerpunkt der familienpolitischen Maßnahmen, bzw. Nichtmaßnahmen, z.B. durch Mangel an außerfamiliären Erziehungsinstitutionen wie Kinderkrippen und Kindertagesheimen wurde es den meisten Frauen mit Kindern praktisch unmöglich gemacht, berufstätig zu sein.

Begleitet wurde diese Politik durch eine ideologische Kampagne gegen das Streben nach „Lebensgenuss“ und Konsum, für den Verzicht auf materielle Güter und „egoisti-

alternative Modelle, wie Wohngemeinschaften, wurden als eine Erscheinung der Mittelschichten eingeschätzt, die sich nach Meinung der Kommission nicht durchsetzen werde und der man folglich tolerant und liberal gegenüberstehen sollte. Diese Einschätzung entspricht wohl den Tatsachen, denn über linke oder zumindest apolitisierte Kreise hinaus hat sich das Leben in Wohngemeinschaften nicht verbreitet; meistens dient es auch nur als Übergangslösung.

Eine andere, auch nicht massenweise verbreitete „Lösung“ ist das Leben als „swinging single“ (also völlig alleinehend). Auch diese Lebensform erscheint nicht als konkrete Alternative und Bedrohung der Familie. Die Stabilität der Kleinfamilie erklärte die Expertenkommission aus den rechtlichen und ökonomischen Abhängigkeiten und Verpflichtungen der Eheleute untereinander und gegenüber den Kindern.

„Die Institutionalisierung der Familie schränkt im Zusammenhang mit Scheidungsgesetzen und rechtlichen Bedingungen über elterliche Sorgepflichten die Möglichkeit der Kündigung elterlicher Familienrollen ein“ (dfo, S.59). Ehe als Zwangsgemeinschaft – das ist ein offenes Wort!

Im wesentlichen sind es die Frauen, die diesem Zwang, vor allem

doch die Mängel der heutigen Familie reduzieren sollten. Dazu gehörten das Aufgeben der vermeintlichen natürlichen traditionellen Rollenzuschreibung, der Ausbau öffentlicher Erziehungseinrichtungen, ein verstärktes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen, um die Doppelbelastung der Frauen zu verringern, Ausbau der bestehenden Ansätze für Elternbildungsangebote und Beratung.

Und so sieht's die SPD/FDP-Regierung

Ein Jahr vor dem Wahlkampf '76 kam der SPD/FDP-Regierung der 2. Familienbericht noch einigermaßen gelegen. Die Regierung machte sich in ihrer Stellungnahme zu dem Bericht einen großen Teil der reformerischen Vorschläge der Sachverständigenkommission zu eigen bzw. begrüßte sie prinzipiell und verwies im einzelnen auf die Schwierigkeiten der Realisierung, etwa bei der Forderung eines Erziehungsgeldes. Die Reform des Ehe- und Familienrechts (damals noch im Entwurf) wurde als Beitrag zur Veränderung der traditionellen Rollenaufteilung in der Familie vorgestellt.

Gerade beim Ehe- und Familienrecht wird das unterschiedliche Herangehen und die unterschiedliche Intention von Expertenkommission

1975 recht ausdrücklich: die Regenerationsfunktion der Familie. Sie wünsch, diese Funktion im Beratungsangebot für die Familie fest verankert zu sehen. Familienplanung solle auch den Wunsch nach Kindern wecken. Die Institution Familie, auf der Basis der lebenslangen ehelichen Gemeinschaft, ist auch für die SPD/FDP-Regierung unentbehrlich. Sie ist immer noch der beste Garant für die möglichst billige Aufzucht des Nachwuchses, für dessen Erziehung und Anpassung an das herrschende Gesellschaftssystem. Zudem ist die Familie als kleinste gesellschaftliche Einheit in der Lage, in Krisenzeiten zusätzliche gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen und für den Einzelnen den gefühlsmäßigen Bezugsrahmen herzustellen, der notwendig ist, um besondere Belastungen auszuhalten.

„Die Familienpolitik der Bundesregierung berücksichtigt, daß die heutige Familie selbstkritisch ihre Schwächen in der Erfüllung ihrer Sozialisationsaufgabe erkennt und gleichzeitig eine den Erfordernissen der Industriegesellschaft gerecht werdende mobile Familie ist, die sich durch Stabilität in ihren Binnenbeziehungen auszeichnet und darüber hinaus in Krisenzeiten fähig ist, von der Gesellschaft wahrgenommene Aufgaben zu übernehmen“ (dfo, S.VII).



„Heute-Welt“-Familie

Als der Bericht 1975 schließlich fertiggestellt war, hatte die Zeit ihn eigentlich schon überholt: 1974 wurde Brandt abgelöst, und mit Schmidt waren andere Töne angesagt. Die reformerischen Aspekte des Berichts ließen sich allerdings noch für den anstehenden Bundestagswahlkampf '76 nutzen.

Der Familienbericht charakterisiert nur einen kurzen, anfänglichen Zeitraum der SPD/FDP-Familienpolitik. Inzwischen liegt auch der 3. Familienbericht schon eine Weile vor. Wesentlicher Inhalt ist die Forderung, die Frau wieder verstärkt in die Verantwortung für die Familie zu ziehen. Damit ist der reformerische Ansatz des 2. Familienberichts völlig verdrängt.

„sche“ Bedürfnisse. Zu den „egoistischen“ Bedürfnissen zählte auch der Wunsch nach Berufstätigkeit von Frauen mit Kindern (vgl. ausführlicher in AK 89).

Der Bericht der Kommission

Der 2. Familienbericht kam 1973 zu dem Ergebnis, die Familie sei im wesentlichen stabil und anerkannt. „Es gibt gegenwärtig kein Anzeichen für einen allgemeinen Geltungsverlust der Familie in der breiten Bevölkerung. Familie erscheint auch heute als eine außerordentlich anerkannte Institution unserer Gesellschaft“ (2. Familienbericht, S.19).

Die bestehende Kritik an der Kleinfamilie und daraus resultierende

der ökonomischen Abhängigkeit, zur Aufrechterhaltung der Ehe ausgesetzt sind. Reichlich demagogisch wurde dieser Zwang zur Familie in „Familiensinn“ umbenannt, der sich besonders bei Frauen und Müttern findet (dfo, vgl. S.39).

Wenn sich die Familie stabil und anerkannt war, so hatte sie doch auch in den Augen der „Experten“-kommission ihre Probleme. Als wesentlichstes Problem wurde die Doppelbelastung der Frau genannt, einerseits Mutter – andererseits berufstätige Frau. Das zu vereinbaren, ergäbe Schwierigkeiten in dieser Gesellschaft. Hier wurde mit einigen Vorschlägen angesetzt, die zwar auch nach Meinung der Expertenkommission die Probleme nicht lösen könnten, aber

und Regierung deutlich: Die Expertenkommission betrachtete die Veränderung der Familienrollen aus der Interessenslage des Kindes, das nicht zu seinem Recht kommt, wenn es der Mutter unmöglich gemacht oder verweigert wird, berufstätig zu sein. Der Regierung geht es eher um die Anpassung an die ökonomische Notwendigkeit von Frauenerwerb. Es wäre schon eine Portion Anachronismus, wenn noch immer der Ehemann seiner Frau verbieten könnte, berufstätig zu sein. Also nichts weiter als Anpassung der Gesetze an die Realität.

Einen Aspekt der Funktion der Familie, den die Sachverständigenkommission relativ unberücksichtigt ließ, betonte die Regierung bereits

Ehe- und Familienrecht

Ein zentraler Bestandteil der SPD/FDP-Familienpolitik ist die „Reform“ des Ehe- und Familienrechts. Als Kernpunkt dieser „Reform“ werden von den Koalitionspartnern vor allem das neue Scheidungsrecht und die „Abschaffung der Hausfrauenehe“ herausgestellt. Letzteres meint, daß nach dem neuen Recht die Frau nicht mehr explizit verpflichtet ist, den Haushalt zu führen und zu einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nicht mehr nur dann berechtigt ist, wenn dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist. Nach dem neuen Recht dürfen Mann und Frau entscheiden, wie sie's halten wollen.

Das neue Scheidungsgesetz hatte

Im wesentlichen die Funktion, den völlig durchlöcherichten Rechtszustand (Scheidungen im gegenseitigen Einvernehmen wurden immer seltener und waren fast problemlos, entsprachen aber nicht dem Gesetz im eigentlichen Sinne) zu beseitigen, um der Kritik am Schuldprinzip Rechnung zu tragen. Scheidung wird damit aber noch lange nicht zu einer freien Entscheidung der Ehepartner, das Scheitern einer Ehe wird nur unter bestimmten Bedingungen akzeptiert. Im günstigsten Falle müssen die Ehepartner ein Jahr getrennt leben, und dieses Problem ist in der Regel für die Frauen viel schwieriger zu lösen als für die Männer. Gleichzeitig hält sich der Staat durch die Regelung des Versorgungsausgleichs von Versorgungsansprüchen der Partner aus der Ehe frei. Das Recht der Frauen auf einen Anteil der Rente des Mannes wird dabei auch noch als Fortschritt im Sinne der Gleichberechtigung verkauft. Während die CDU/CSU die Ehe und damit auch die Scheidung im wesentlichen ideologisch-moralisch begründet und somit nur im äußersten Notfall eine Scheidung akzeptiert (und dann durchaus „auf Kauf nimmt, daß die Frau der Sozialhilfe zur Last fällt“), hat die Scheidung bei der SPD im wesentlichen eine ökonomische Ausrichtung. Wenn finanziell alles klar geht und auf den Staat keine Kosten oder zumindest nur geringfügige zukommen, dann geht die Scheidung klar.

Mutterschaftsurlaub

Die Pläne, eine Beurlaubungsmöglichkeit für Mütter zu schaffen, sind nicht neu. Bereits 1976 sahen die Parteien mit derartigen Versprechen in den Bundestagswahlkampf. Die SPD sprach von drei Jahren Karenzurlaub für einen Elternteil und die CDU von einem einjährigen Erziehungsurlaub. Beide Parteien waren aber damals schon so „realistisch“, auch zu sagen, daß kein Geld für diese Projekte da sei.

Seit Juli ist ein Mutterschaftsurlaub möglich, hierbei hatte sich ein Streit zwischen der CDU/CSU und den Regierungsparteien entwickelt. Der Vorschlag von SPD und FDP (der unterdessen Gesetzskraft hat) war: nach der Geburt ein halbes Jahr Mutterschaftsurlaub, Kündigungsschutz und Arbeitsplatzgarantie sowie die Zahlung eines Mutterschaftsgeldes bis zu 750 Mark.

Kritik an dieser Regelung kam auch aus den eigenen Reihen; es wurde gefordert, auch die Väter sowie Adoptivväter in diese Regelung miteinzubeziehen. Diese Forderungen wurden zwar als berechtigt anerkannt, aber mit dem Hinweis auf die hohen Kosten abgelehnt. Für die CDU/CSU bedeutet der Mutterschaftsurlaub eine einseitige Bevorzugung der erwerbstätigen Frauen. Sie forderte daher für alle Familien ein „Familiengeld“ von 400 Mark für die Zeit von 18 Monaten, wenn ein Elternteil auf die Erwerbstätigkeit verzichtet; alle Mütter und Väter müßten sich frei für die Kindererziehung entscheiden können, ohne zur Erwerbstätigkeit gezwungen zu sein (vgl. „FR“, 16.3.79).

„Solange staatliches Geld nur für erwerbstätige Mütter gezahlt werde, entstehe ein starker Sog zur Erwerbstätigkeit der Mutter; Familienpolitik sei der Mutterschaftsurlaub jedenfalls nicht. Wer Familienpolitik wolle, müsse dem Familiengeld zustimmen“ („FR“, 11.5.79).

Und weiter die Kritik der CDU/CSU: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung führe geradezu in eine Einkinder-Gesellschaft mit lebenslanger Berufstätigkeit der Frau“ (ebenda).

Letztlich aber setzte ausgerechnet Strauß durch, daß ein großer Teil

der CDU/CSU gegen den eigenen Gesetzesvorschlag stimmte. Begründung der Vorschlag sei unrealistisch, da er zu hohe Kosten verursache.

Die Regierung rechtfertigt ihr Gesetz als einen Schritt, mit dem vorrangig den Frauen geholfen werden solle, die der Doppelbelastung durch Haushalt und Beruf ausgesetzt sind. Als primäres Ziel des Mutterschaftsurlaubes nannte Bundesarbeitsminister Ehrenberg die Freistellung der Frau von der Arbeit, damit also auch eine Entlastung der Arbeitsmarkt-Situation.

In welche Richtung geht's?

Bereits im 2. Familienbericht der Bundesregierung wird deutlich, daß die Koalition in der Doppel- und Überbelastung der Frau durch Haushalt und Beruf eines der Kernprobleme der heutigen Familie sieht. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Berufstätigkeit von Frauen voll akzeptiert wird, das läßt sich z.B. schon am Mangel von Kinderkrippen und -tagesheimen ablesen; auch die Beibehaltung der „Leichtlohngruppen“ und der geringe Anteil qualifizierter

Es werden aber nicht alle Frauen und schon gar nicht alle auf einmal benötigt. Die verheiratete Frau aus der Arbeiterklasse hat schon immer arbeiten müssen, damit das Familieneinkommen einigermaßen ausreicht, da wird kaum eine „Maßnahme“ Abhilfe schaffen und auch die perfektste ideologische Kampagne wird nicht erreichen, daß sie zu Hause bleibt. Für diese Frauen muß die Doppelbelastung gerade so gering gehalten werden, daß sie noch in der Lage sind, ihre Funktion zur Reproduktion der Arbeitskraft und zur Aufzucht der Kinder zu erfüllen.

Das heißt, in einem gewissen Ausmaß ist es einfach notwendig, die Berufstätigkeit der Frauen abzusichern. Da, wo es möglich ist, wird andererseits trotzdem angestrebt, um die Frauen wenigstens für einige Jahre aus dem Beruf fernzuhalten. Spezielle Zielgruppe hierfür, wie auch generell für die Familienpolitik, ist die Mittelschicht.

Recht deutlich wird dieses Ziel am Mutterschaftsurlaub und -geld, wo Mittelschichtsfrauen es aus finanziellen Gründen nicht unbedingt nötig haben, arbeiten zu gehen. Hier hofft man, daß die Frauen während des halben Jahres sich dann doch entschließen, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen und bei dem Kind zu bleiben, und wenn das beim ersten Kind noch nicht der Fall ist, dann doch vielleicht beim zweiten.

Neben den materiellen Anreizen für eine Entscheidung, bei dem Kind zu bleiben (dazu gehört auch der Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten für die Kinder), wird eine massive ideologische Kampagne betrieben, ungefähr nach dem Motto: „Noch nie war die Mutter so wertvoll wie heute!“.

Wissenschaftliche Untersuchungen sollen die Forderung belegen, die Kinder möglichst lange in der Obhut der Mutter zu lassen: „Kinder brauchen, so meinen es zwei Fachleute, in der ersten Phase ihres Lebens die volle und zeitlich ungeleitete Betreuung durch eine einzige mütterliche Hauptbezugsperson, wenn ihre geistige, seelische und körperliche Entwicklung ungestört verlaufen soll. Auch nicht die geteilte Zuwendung von Vater und Mutter, die sich - durch eine Berufstätigkeit bedingt - in der Betreuung des Babys ablösen, wollen die Kinderärzte Prof. Theodor Hellbrügge (München) und Prof. Josef Pechstein (Mainz) als einen vollwertigen Ersatz für die ausschließliche Fürsorge der Mutter gelten lassen“ („FAZ“, 11.5.79).

Um den Frauen den Schritt an den heimischen Herd zu erleichtern, wird eine Kampagne geführt, die den Beruf der Hausfrau aufwertet. Das Bedürfnis der Frauen nach außerhäuslicher Tätigkeit soll aufgefangen werden, indem den Frauen Möglichkeiten für ein Engagement angeboten werden, die nicht im Widerspruch zu ihrer häuslichen Arbeit stehen. Mit der Broschüre des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit „Mittmachen macht Mut - Frauen können mehr“ und Informationsabenden z.B. wird versucht, Frauen, die sich durch die Familie nicht ausgelastet fühlen, für ehrenamtliche, nachbarschaftliche und diverse soziale Aktivitäten zu gewinnen.

Bevölkerungspolitische Aspekte

Ebenfalls vor allem auf die Mittelschichtsfamilie zielt die bevölkerungspolitische Kampagne der Bourgeoisie ab. Mit dem Schlachtruf „Die Deutschen sterben aus“ (vgl. AK 142) sollen die Familien motiviert werden, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Gewünscht werden je Ehe im Durchschnitt zwei Kinder statt zur Zeit



und heute

1,4, damit wäre der jetzige Bevölkerungszustand zahlenmäßig zu halten. Als einen Grund für den Geburtenrückgang geben die Statistiker des Instituts der deutschen Wirtschaft die stark gestiegene Erwerbstätigkeit der Frauen an.

Eine zweite Abhängigkeit stellen sie zwischen dem Ausbildungsgrad der Frau und der Anzahl der Kinder fest. Frauen ohne berufliche Ausbildung und Frauen mit hohem oder akademischem Abschluß haben die höchste durchschnittliche Kinderzahl. Die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen ist, vor allem, wenn Kinder da sind, stark vom Nettoverdienst des Ehemanns abhängig („Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft“, Nr. 47, 30.11.78): „Relativ viele Kinder haben die gut und sehr gut verdienenden“.

Strauß zur Familienpolitik

Strauß zur Familienpolitik

„Wenn zum Beispiel die Bundesregierung in ihrem (zweiten) Familienbericht schreibt, die Erziehung der Kinder ist eine Aufgabe der Gesellschaft und die Gesellschaft überträgt die Aufgabe den Eltern und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen, da kann ich nur sagen: nein, nein und nochmals nein! Die Erziehung der Kinder ist eine Aufgabe, eine vom Gott den Eltern auferlegte Pflicht, ist ihr ureigenstes Recht... Hier kommt der sozialistische Familienbegriff wie auch bei der geplanten Neuregelung des Sorgerechts sehr deutlich zum Durchbruch, der Klumpfuß eines stinkenden Teufels“ („Bayernkurer“, 9.7.1977).

den Arbeiter, Beamten und gut verdienenden Angestellten. Voraussetzung: Die Frau ist nicht berufstätig. Die wenigsten Kinder haben dagegen mäßig und gut verdienende Beamte und Angestellte deren Frauen oft aus finanziellen Gründen erwerbstätig sind. Die große Mittelschicht mit 1,3 bis 2 Kindern je Ehe bilden die mittleren Angestellten sowie die mäßig verdienenden Arbeiter und

Beamten. Genau bei dieser Gruppe müßte man ansetzen, wenn mehr Kinder geboren werden sollen.“

Es wurde deshalb empfohlen, den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich einige Zeit völlig den Kindern zu widmen; auf dieser Linie liegt bereits der Mutterschaftsurlaub. Als weitere erfolgversprechende Maßnahme wird die Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind betrachtet.

Laut einer Langzeituntersuchung eines Kieler Professors starten jüngere Ehepaare mit einem durchschnittlichen Kinderwunsch von 2,5 Kindern („FR“, 21.6.76), viele geben jedoch bereits nach dem ersten Kind den Wunsch nach weiterem Nachwuchs auf.

Diese Erschöpfung wird häufig mit dem Wort „Baby-Shock“ belegt. Die Gründe sind vielfältig und liegen sicher nicht zuletzt in finanziellen Problemen und der Angst vor sozialem Abstieg. An dieser Stelle läßt sich wahrscheinlich auch am ehesten ansetzen: „Maßnahmen mit dem Ziel der Erhöhung der Geburtenzahl müßten bei den Familien ansetzen, die schon ein oder zwei Kinder haben. Bei diesen Familien müßte der Wunsch nach einem weiteren Kind geweckt werden. Zur Verwirklichung dieses Wunsches müßten dann die wirtschaftlichen und soziokulturellen Voraussetzungen geschaffen werden“ (3. Familienbericht, zitiert aus „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis“, Nr. 2, S.14).

Das würde vor allem bedeuten, daß den Familien handfeste materielle Hilfen gegeben werden, so daß die Frauen der oben genannten Zielgruppe ohne starke finanzielle Einbußen für eine gewisse Zeit aus dem Erwerbsleben aussteigen können. Auch das ist ein Hintergrund, auf dem das Mutterschaftsgeld ein halbes Jahr lang gezahlt wird.

Neben diesem mehr bevölkerungspolitischen Aspekt, der Erhöhung der Geburtenziffer, haben diese Maßnahmen, die die Frau für einen bestimmten Zeitraum aus dem Beruf herausnehmen, einen handfesten familienstabilisierenden Effekt: die Frau wird fester an die Familie gebunden und die berufliche Qualifizierung der Frauen bleibt hinter der der Männer zurück. Damit wird ihre ökonomische Unabhängigkeit eingeschränkt und der Schritt zu einer Scheidung erschwert.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Betrifft: »Fristenregelung« in Frankreich

Paris, 20.1.80

Liebe Genannten,

als Frau, die ich in der französischen Frauenbewegung kämpfe, war ich über Euren Artikel „Fristenregelung in Frankreich“ in AK 160 nicht besonders glücklich.

Einmal finde ich die Überschrift irritierend: Sie legt nahe, daß in Frankreich das Wirklichkeit geworden ist, was in der BRD durch das BVG-Urteil verboten worden ist. Das ist ja nicht richtig; denn immerhin, wie es in Euren Artikel nur in einem Nebensatz angedeutet wird, handelt es sich um eine 10(10)-Wochen-Frist. Insgesamt kritisiere ich an dem Artikel, daß er zu wenig problemorientiert ist.

- Frau stelle sich bitte vor, was es konkret bedeutet, diversen „Be-

ratungen“ obligatorisch unterworfen zu sein, noch dazu angesichts einer Frist von nur 10 Wochen.

- was es konkret heißt, daß in einem Großteil der Departements eine Abtreibung unmöglich ist, weil die Ärzte, sich auf die „Gewissensklausel“ berufend, diese verweigern. Wie soll eine Frau aus der „Provinz“, wenn sie nach einigen Wochen feststellt, daß sie schwanger ist, denn noch weitere Zeit damit verlieren, daß sich vergeblich in ihrer Umgebung nach einer Abtreibungsmöglichkeit umzusehen, es schaffen, noch rechtzeitig innerhalb der 10-Wochen-Frist in einer Klinik in Paris aufgenommen zu werden, angesichts der Tatsache, daß es in den Pariser Krankenhäusern jeweils lange Wartezeiten gibt.

- Ein weiteres zentrales Problem ist, daß Minderjährige auch in Zukunft der Zustimmung ihrer Eltern bedürfen. Mit dieser Regelung ist

ein bedeutender Teil der Frauen, die eine Abtreibung durchführen lassen wollen, weiterhin in die Illegalität verdammt.

Ebenso hart ist die Bestimmung, daß Frau nachweisen muß, seit mindestens 3 Monaten einen festen Wohnsitz in Frankreich gehabt zu haben. Angesichts der Verschärfung der Ausländergesetze ist die Zahl der „illegal“ in Frankreich lebenden Immigrantinnen enorm hoch.

- Und, last not least, eines ist von den Herrschenden deutlich gemacht worden: Sie haben uns das „Zustandnis“ der 10-Wochen-Frist gemacht, werden aber umso schärfer darauf achten, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch eingehalten werden. Wie das gemeint ist, haben sie uns schon kurz vor der Abstimmung in der Nationalversammlung gezeigt: Eine Pariser Klinik, in die auch seitens der Frauengruppen münd-

jährige schwangere Frauen, „illegal“ in Frankreich lebende Immigrantinnen oder andere Frauen, die die Frist überschritten hatten, geschickt wurden, wurde als „Abtreibungsfabrik“ geschlossen und mehrere Ärzte wurden wegen „Kindermordes“ vor Gericht gestellt und hundertlangjährige bis lebenslange Gefängnisstrafen.

Auf der anderen Seite soll die Propagandawelle für das „3. Kind“ damit, daß die Franzosen nicht „autsterben“ werden die Franziskaner ideologisch und materiell „aufgemuntert“, ein drittes Kind in die Welt zu setzen.

Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau in Frankreich, in der BRD und anderswo!

Eine Genosin aus Frankreich

Sterilisierte Frauen und Männer?

Für die inzwischen notwendig gewordene 3. Auflage des Buches „Sterilisation des Mannes - das geringste Übel“ (Verlag Frauenpolitik, Münster) - suchen wir noch weitere Frauen und Männer, die bereit sind, über ihre Sterilisation „auszusagen“, um eine breitere, noch ausführlichere Darstellung der seelischen Verarbeitung, der Ängste vorher, der Erfahrungen während und nach dem operativen Eingriff möglich zu machen.

Bitte schickt Ihre Anfragen, Berichte etc. direkt an mich: Norbert Ney, Postfach 4606, 7500 Karlsruhe 41 (Durlach) für telefonische Nachfragen 0721/44347

Schwamm drüber?

Ein Nachruf auf das »Jahr des Kindes«

„Was kann im Jahr des Kindes alles besser gemacht werden?“ - „Pommes frites“ (Sabine, 10 Jahre)

Das „Jahr des Kindes“ ist überstanden. Es begann mit einer „Nationalen Vorbereitungskommission“, 180 Vertreter der kinderfreundlichen Organisationen der BRD, u. a. „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, „CSU-Frauenunion“, „Familienbund der Deutschen Katholiken“, „Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.“, und nicht zu vergessen von der Spielzeugindustrie der „Wissenschaftliche Beirat der Arbeitsgemeinschaft Spielzeug“.

Die Kommission machte ein Programm, das so schön war, daß die CDU meinte, man könne es nicht verabschieden, weil ihr einiges nicht gefiel; z.B. die Passage „Frachtwagen würde weiterhin das Bewußtsein fehlen, daß Kinder Träger von Rechten sind“. Oder die Forderung: „Gewalt jeder Art gegenüber Kindern ist zu scheuen - sowohl körperliche wie seelische Gewalt“. Da drohte ja „Erziehung im herkömmlichen Sinne als seelische Gewalt, ja als Grausamkeit denunziert zu werden“ (Welt, 11.4.79).

So wurde aus dem Programm eine „Jahressammlung“, und um die vor weiterem Mißbrauch zu schützen, hieß es im Vorwort: „Deshalb können die Mitglieder der Nationalen Kommission nicht die Durchführung aller vorgeschlagenen Maßnahmen zusichern“. Sonst hätte der Arbeitgeberverband am Ende ja die „Reduzierung der täglichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitsanforderungen, beispielsweise des Arbeits tempos“ und die „Verlängerung der Freistellung von der Arbeit zur Pflege eines kranken Kindes“ schlucken müssen, oder der „Familienbund der Deutschen Katholiken“ die heilsbringerische Forderung „Kinder sollen erwünscht sein“. Hätte die Bundesregierung am Ende gar dem Annehmen nachkommen sollen, das Verbot der Kinderarbeit auszuweiten? Konnte der Spielzeugindustrie zugemutet werden, die „Fernseherzeugung auf die Zeit nach 20 Uhr“ zu verlegen? Das wäre sicher zu viel des Jahr des Kindes gewesen!

Die FDP machte dann neben dem schönen Programm der Nationalen Kommission, das eigentlich eine Ideensammlung war, ein eigenes Programm mit weitergehenden Forderungen: „Unter anderem unterstützt die FDP das Modell der „mitten Geburt“. Außerdem sollten die Väter stets Gelegenheit haben, bei der Geburt dabei zu sein“ („FAZ“, 4.4.79).

Darunter programmatisch ausgerollt lag dann alles an mit einer großen Fete am 12. Januar mit dem Bundespräsidenten und Frau Minister und ein paar Kindern. Man wollte „ren gehen, das Klima für Kinder in der BRD zu verändern“, hieß es da. ...

Information ...

An erster Stelle bei der Klimaveränderung stand die Information darüber, wie gut es unseren Kindern geht.

- So teilte im Januar Frau Minister Huber mit, daß jährlich fünfhundert Kinder in der BRD Selbstmord begangen.

- Im Februar informierte Staatssekretär de Witte aus dem Justizministerium darüber, daß jährlich 150 Kinder zu Tode geprügelt werden

(womit er weit von den tatsächlichen Zahlen entfernt ist).

Im März meldete die „Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft“, daß man sich über den Geburtenrückgang nicht zu wundern brauche, da in der BRD „kein Platz für Kinder“ sei.

- Im Mai teilte die Bundesanstalt für Arbeit mit, daß immer mehr Kinder Kuren wegen vegetativer Störungen (Folge von Schulstress) machen müssen. Der Verkehrssicherheitsrat meldete, daß 1978 67 000 Kinder bei Verkehrsunfällen verletzt worden sind, 1 345 getötet wurden. Diese Informationsfülle hielt das ganze Jahr vor. Die überraschendste Meldung kam im Dezember: Trotz alledem werden seit Juli 1979 in der BRD zum ersten Mal seit Jahren mehr Kinder geboren als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres.

... Veranstaltungen, Veranstaltungen ...

Was nützen die schönsten Informationen ohne den geeigneten Rahmen, sie bekannt zu machen? Das „Jahr des Kindes“ verbuchte Rekorde kinderfreundlicher Veranstaltungen. In Baden-Württemberg waren es allein 5.000 gewesen, statistisch gesehen sind das 13,7 pro Tag.

Ein kurzer Blick auf einige Höhepunkte:

- Die „Ehrung des Schülerlotos“ im Landkreis Pirmasens, die Ausstellung „Bilder Wohnen“ in Westberlin.

- Die Aktion Kindertheater der Frauenvereinigung der CDU im Mühlheim/Ruhr vom 2. bis 9. Mai 79, die genauso wenig stattfand wie der Kongreß zur Situation der Kinder im Ruhrgebiet im „Mai oder Juni“ (Ankündigung) und der Kongreß „Kinder und Eltern 1979“ der „Weltorganisation der Mutter aller Nationen e.V.“, der im Mai in Hamburg ausfiel.

- Der Infomarkt zum „Jahr des Kindes“ in Westberlin, der zwar stattfand, von dem aber auf Betreiben des Senats sechs Organisationen ausgeschlossen wurden, z.B. die Organisation für deutsch-sowjetische Freundschaft, von dem aber auf Betreiben des Senats sechs Organisationen ausgeschlossen wurden, z.B. die Organisation für deutsch-sowjetische Freundschaft - „Olympiaboykott“ im Kleinen.

- Die Veranstaltung „Mädchen und Jungen diskutieren mit Ärzten“ im Rahmen der Hauptversammlung des Hartmannbundes, 11 Kinder und sieben Ärzte auf dem Podium. Ein Diskussionsvorschlag: „Ärzte sollen statt der weißen doch lieber bunte, am liebsten rote Kittel tragen“ („Welt“, 10.12.79).

... Taten?

Information und Veranstaltungen zum Jahr des Kindes allerdings verblassen vor dem, was 1979 getan worden ist. Allein die Bundesregierung hat vier gute Taten vollbracht: „die Erhöhung des Kindergeldes, die Verabschiedung der Sorgerechtsreform, die Einführung von Unterhaltskassen und den Referentenentwurf des Jugendhilferechts“ (Antje Huber).

Das ist zwar etwas geschummelt. Zur „Neuregelung der elterlichen Sorge“ werden schon seit etwa 10 Jahren Entwürfe produziert, der letzte 1977, der aber zufälligerweise im Jahr des

Kindes verabschiedet wurde. Inkraftgetreten ist er allerdings erst 1980. Der Referentenentwurf fürs Jugendhilferecht datiert schon von 1977. 1978 produzierte die Bundesregierung sogar eine eigene Gesetzesvorlage, die noch etwas gemeiner ist. Trotzdem, der Beitrag zum Jahr des Kindes ist unverkennbar: gewaltliche Festschreibung des Heimklasses z.B. (geschlossene Unterbringung) und die Verpflichtung „erzieherisch“ Tätiger auf die bekannte Grundordnung.

Westdeutsche Richter haben sich von diesem Gesetzgebungsseiler zum Jahr des Kindes offenbar anstecken lassen: sie schufen neue Maßstäbe. Im Sommer ließ ein Richter in Würzburg einen 13-jährigen, der seit 10 Jahren bei seinem Vater lebte, auf Antrag der Mutter per Gerichtsvollzieher ins Heim bringen. Der Vater hatte keine Chance, das Kind zu behalten, weil er mit der Mutter nicht verheiratet ist. Kommentar des Gerichtsvollziehers: „Ich kann mich dem Eindruck nicht erwehren, daß dem Kind heute durch die gewaltsame Wegnahme schwerer seelischer Schaden zugefügt wurde“ (FR, 2.8.79). Der Junge im mittleren mehrmals wieder zu seinem Vater geflohen.

Wen die Gerichtsvollzieher beim Durchsetzen des „elterlichen Eigentumsrechtes“ offenbar im Jahr des Kindes auch nicht mehr das Kind, was sie mal waren, vollstreckte ein Nürnberger Richter im November sein Urteil, mit dem er ein Kind gegen seinen Willen und gegen die Stellungnahme selbst des Jugendamtes der Mutter zusprach (Eine Unterbringung beim Vater sei prinzipiell „nicht richtig, wenn eine zur Versorgung bereite Mutter vorhanden ist“) gleich selbst, er nahm den Jungen mit Gewalt „an sich“. Aber auch in weniger komplizierten Sachen setzten Richter neue Maßstäbe, z.B. bei H. aus Wiesbaden, der gerade 14 geworden, „aus elterlichen Gründen“ zu einem Jahr Kasse ohne Bewährung wegen „Diebstahls“ verurteilt wurde (er ist mittlerweile wieder frei).

Neue Maßstäbe setzte auch der Hamburger Senat in Sachen Kriesspielzeug. Er ließ mitten in Hamburg Irlweide wieder frei.

Neue Maßstäbe setzte auch der Hamburger Senat in Sachen Kriesspielzeug. Er ließ mitten in Hamburg ein komplettes Giftgas- und Mutilationslager an lange ungeschoren, bis ein Junge beim Spielen tödlich verletzt wurde.

Doch nicht nur staatliche Stellen glänzten durch Taten, auch die Industrie stand nicht nach. Die Hanse-Merkur-Versicherung bot eine Krankenversicherung an, bei der Kinow die Mutter mit ins Krankenhaus nehmen dürfen. Eine weißbläuliche Sparkasse warb für 6- bis 13-jährige: „Hol Dir dein eigenes Pocker-Sparkassensbuch. Du kannst selbstständig einzahlen und abheben. Ohne viel zu fragen“. Das „Bürgerliche Gesetzbuch“ sah das allerdings etwas anders. Die Darmstädter Verkehrsbetriebe ließen getreu der Forderung der Nationalen Kommission: „Kinderfreundliche Tarife für die Benutzung von Einrichtungen auf kommunaler Ebene“ ab 1.1.1979 Eltern schon für vierjährige Kinder Fahrpreise bezahlen.

Erwähnt sei unter der Rubrik „Taten“ auch der atemberaubend kühne Entschluß des „Fachschulchums der deutschen Tanzlehrer“: „Eltern sollen ... vom „schönen Diener“ und vom „heilen Knick“ bei Söhnen und Töchtern Abschied nehmen“ (Tagesspiegel 5.9.79).

Damit all das auch wirklich einmalig bleibt, wird Anfang 1980 das Büro der „Nationalen Kommission“, das über die Aktivitäten zum Jahr des Kindes Buch führen sollte, wieder geschlossen.

Bleibt abschließend nur die Tat zum Jahr des Kindes zu erwähnen, die am meisten über dieses Jahr ausstrahlt. Im September trat der Präsident des Kinderschutzbundes, Prof. Nitsch, als stellvertretender Vorsitzender der „Nationalen Kommission“ zurück aus „Protest und Resignation“. Präsident des Kinderschutzbundes will er von 1980 an aufgrund der schlechten Zeiten für Kinderschutz auch nicht mehr sein. Sein Vorwurf an die Bundesregierung, Reden, Veranstaltungen, aber nichts ändert sich. „Ich habe erstaunt gehört, wie Frau Bundesminister Huber bei der Eröffnungsveranstaltung zum Jahr des Kindes Kinderstöße statt Autostöße gefordert hat, und ich dachte, ja, die werden schon ein konkretes Programm haben. Aber ich habe nichts mehr davon gehört!“ („Brigitte“, 12.12.79).

Kinderkommission Hamburg

Wir machen ein



KITA im EXIL

Zwei, drei, viele ...!

Frankfurt kriegt ein Kinderhaus

Wie im letzten AK berichtet, will der Verein „Kita im Exil“ ein Kinderhaus in Frankfurt aufbauen. Inzwischen hat dieser Plan konkretere Formen angenommen. Klar ist, daß der größte Teil des Kinderladens „Rote Erde“ (ca. 35 Kinder) mit von der Partie sein will. Am 24.1. wurde endgültig beschlossen, das angebotene Haus zu kaufen. Der Einzugsstermin richtet sich nach dem Ende der jetzt beginnenden Renovierungs- und Umbauarbeiten (ca. 4 Wochen). Diese Arbeiten werden das Haus in einen recht guten Zustand versetzen (vom Einbau mehrerer Toiletten pro Etage bis zu Mauerdurchbrüchen usw.). Sie sind Bestandteil des Kaufvertrages und werden die Kaufsumme nicht weiter erhöhen. Es bleibt dabei, daß bis zum Einzug von den 740.000 DM Kaufsumme 200.000 DM Eigenkapital aufgebracht werden müssen. Neben regelmäßigen Ständen in der

Innenstadt, auf Veranstaltungen usw., mit denen bisher schon recht erfolgreich um Unterstützung geworben wurde, gibt es inzwischen auch schon Zusagen von Munkern, Schauspieler usw., die fürs Frankfurter Kinderhaus auftreten wollen. Das größte Problem besteht zur Zeit darin, die 200.000 DM bis zum Einzugsstermin aufzubringen. Um dies möglich zu machen, haben sich bekannte Zeichner wie F.K. Wächter, Hans Tackler, Clodwig Poth u.a. bereit erklärt, künstlerisch gestaltete „Schuldcheine“ über 50 DM und 100 DM zu produzieren. Diese „Schuldcheine“ können bestellt werden bei Kita im Exil, Peterstr.4, 6000 Frankfurt/Main, Spendenkonto: Bank f. Gemeinwirtschaft 5701668000

KB Frankfurt

Es geht weiter:

Es geht weiter:

Diskussion über fortschrittliche Kindererziehung!

Vorbemerkung

Der im folgenden abgedruckte Leserbrief bezieht sich auf eine Kontroverse im AK, die schon etwas länger zurück liegt. Da eine Debatte über längere Zeiträume naturgemäß etwas schwierig ist, ein kurzer Hinweis auf den Gang der Auseinandersetzung. Im AK 158 wurde der Brief einiger Betreuer einer Hamburger Kinderinitiative veröffentlicht, daneben ein Diskussionsbeitrag eines Genossen der Kinderkommission. Der Artikel der Betreuer wiederum bezog sich auf eine Auseinandersetzung um kollektive Erziehung und Betreuungsmöglichkeiten (insbesondere für kleine Kinder), die im AK 136 mit einem Artikel über „Ersatzeltern“ begann und in den AKs 138, 141, 142 und 143 weitergeführt wurde.

Der Beitrag der Betreuer kam nach dem „Abheben“ dieser Diskussion und ist deshalb zunächst nicht veröffentlicht worden. Er ist dann allerdings nicht aus irgendwelchen hinteren Absichten später wieder hervorgeholt worden, um die Betreuer in die Ecke der „Kritikfraktion“ zu stellen. Vielmehr hatte sich eine Genossin der „Kritikfraktion“ ausdrücklich bei der AK-Redaktion über den Nichtabdruck des Artikels beschwert; daraufhin wurde ihr Veröffentlichung im AK 158 zugesagt.

Kinderkommission Hamburg

Eine Erwiderung auf den Artikel des Genossen der Kinderkommission im AK 158, die uns leider nicht eher möglich war.

Eine Wiederaufnahme der Diskussion um fortschrittliche Kindererziehung im AK 158 finden wir sehr begrüßenswert. Empörung aber finden wir, was mit unserem Beitrag gemacht wurde. Unser Artikel wird ein 3/4 Jahr später in der Redaktion vorgekramt und hinter unserem Rücken (ohne unser Wissen) für eine Diskussion benutzt, in der wir gar nicht stehen (Krisenabteilung), und zwar ohne inhaltliche Begründung. Der im Redaktionsvorwort behaupteten Zusammenhänge. Wir werden, ohne uns

zu den Positionen der Kritik-Fraktion geäußert zu haben, aufgrund von nicht offengelegten Vermutungen in deren Ecke gestellt.

Außerdem erscheint unser Artikel jetzt völlig aus dem damaligen Diskussionszusammenhang über „Kinderhäuser rund um die Uhr“ und dadurch leicht mißverständlich. In diese Diskussion, die damals ausschließlich aus dem Blickwinkel von (Genossen-) Eltern („Kinder im KB“), deren Kinder tagüber in fortschrittlichen Kinderinitiativen sind, und von deren „Ersatzeltern“ geführt wurde, wollten wir mit unserem Beitrag dahingehend eingreifen, daß wir unsere Meinung nach das Leben außerhalb der Initiativen, also zum einen Schule etc., zum anderen die Situation der nicht so privilegierten Kindermenschen völlig unberücksichtigt ließ und keinerlei Überlegungen den Möglichkeiten einer fortschrittlichen Kinder- bzw. Erziehungswelt widmete. So konnten und wollten wir mit unserem Artikel nicht umfassend unsere Arbeit darstellen, sondern nur die Diskussion in diese Richtung eröffnen.

Daß die wesentliche Bedeutung einer Elternarbeit in unserer Beitrag nicht explizit betont wurde, halten wir nachträglich für einen Mangel und sind insofern dankbar, daß dieser Aspekt von dem Genossen der Kinderkommission nun angesprochen wurde. Für diejenigen, die unsere Arbeit nicht kennen, müssen wir erklären, daß wir seit 5 Jahren mit Eltern in dem Hamburger Neubauviertel Steilshoop arbeiten. Wir führen immer wieder Diskussionen mit den Eltern über ihre Einstellungen und ihr Verhalten gegenüber den Kindern und versuchen, ihnen unsere Vorstellungen und unseren praktischen Umgang mit den Kindern zu erklären und sie davon zu überzeugen, ihren Kindern mehr Rechte einzuräumen. Dabei bekommen wir ganz konkret zu spüren, daß die Gegensätze zwischen Eltern und Kindern nicht persönliche, sondern gesellschaftliche Ursachen haben, und daß ein bloßes „Einwirken“ auf das Bewußtsein der

Fortsetzung nächste Seite

STÖRFAKTOR KIND?



Fortsetzung von Seite 31

Erwachsenen, nämlich ihre Vorstellungen über den „Umgang mit Kindern“, ein ziemlich abstraktes und idealtisches Herangehen ist.

Oder sollen an den zu engen und heillosen Wohnungen, an entmenschen- und ermüdender Arbeit, an Arbeitsstress und Kontrolle, Lärm und Stress falsche Vorstellungen von Kindererziehung Schuld sein? Wie stellen wir uns zu der Forderung nach regelmäßigem Taschengeld für die Kinder, wenn die Familie kein regelmäßiges Einkommen hat, die Miete vom letzten Monat noch bezahlt werden muß und der HFW-Mann droht, den Strom abzuschalten? Eine alleinstehende Mutter, die von früh morgens bis abends an verschiedenen Stellen putzt und zwischendurch noch einkaufen, Essen kochen und waschen und und und muß, — das müssen wir uns mal klarmachen, welche Kraft die Frau braucht, um dabei noch ihre Erziehungsmethoden kritisch zu reflektieren! Und ein Vater, der wegen Krankheit seit einem Jahr arbeitslos und deshalb unzufrieden und deprimiert ist, ob er es nicht vielleicht manchmal selbst Scheiße findet, wie er mit seinen Kindern umgeht?

Wir haben lernen müssen: Wenn wir nicht die Gründe für das Verhalten der Eltern gegenüber den Kindern verstehen, wenn wir nicht das Sein dieser Familien als materielle Basis ihres Bewusstseins mitbetrachten, treten wir den Eltern leicht überheblich gegenüber mit von ihnen unerfüllbaren Ansprüchen.

Das läßt sie uns gegenüber eher abblocken und uns als naive Theoretiker, bestenfalls als realitätslose Idealisten darstellen, als daß es einer konstruktiven Diskussion förderlich wäre. Eine fortschrittliche Elternarbeit, die dem Kampf gegen die besonders Unterdrückung der Kinder dienen soll, bedeutet unseres Erachtens also nicht ein einseitiges „Einwirken“ von Seiten „besserer“ Erzieher auf das Bewusstsein nicht so gut Erziehender, sondern ein gemeinsames Bemühen um Verstehen der Situation der Kinder und der gesellschaftlichen Zusammenhänge und Hintergründe sowie ein solidarisches Kämpfen gegen Menschen- und Kinderfeindlichkeiten dieser Gesellschaft.

Damit sind wir auch bei einem weiteren Aspekt: In unserem Staat ist die Kindererziehung — an sich eine gesellschaftliche Funktion — zunächst in die „private“ Verantwortung der Familien geschoben und damit die Kinder in die direkte Abhängigkeit von ihren Eltern. Aber trotzdem unterdrücken keineswegs nur die Eltern ihre Kinder, sondern alle anderen Erwachsenen auch (so wie auch eine Frau nicht nur von ihrem Ehemann unterdrückt wird). — Übrigens auch wir fortschrittliche Erzieher sind nicht nur die Schutzheiligen der Kinder! Das sei betont für alle, die meinen, wir glaubten, „die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben“.

Darum reicht uns auch die Form „die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben“.

Darum reicht uns auch die Forderung nach einem individuellen Scheidungsrecht für Kinder nicht (das Recht auf Scheidung allein kann auch die Frauen nicht befreien), sondern es muß um die ökonomische Unabhängigkeit der Kinder von der Familie gehen, für das Recht der Kinder auf gesellschaftlich gesicherte Versorgung müssen wir uns einsetzen.

Wir betrachten die Parole „den Kindern mehr Rechte einräumen“

mit etwas Skepsis, wenn man nur auf die „private“ Orientierung von mehr Rechten für Kinder orientiert. Denn die Unterdrückung und Rechtslosigkeit unserer Kinder ist gesellschaftlich bedingt, sie findet eben längst nicht nur im veränderten Umgang Erwachsener mit Kindern statt, sondern durch das Familiengesetz, in der Schule, im Wohnungsbau und bei der Verkehrsplanung, durch profitorientierte Rationalisierungen der Wirtschaft und Arbeitslosigkeit, durch Reallohnabbau und Preismiserungen, durch weitere Militarisierung und Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und schließlich durch die Vermarktung der Bedürfnisse der Kinder, die als Konsumenten benutzt werden... und dagegen müssen wir direkt und politisch kämpfen! Einen Schritt dahin sehen wir dann, auf Elternabenden, -besuchen, gemeinsamen Unternehmungen diese Punkte aufzunehmen und im Zusammenhang mit sog. Erziehungsfragen zu besprechen, die Eltern zu unterstützen, wenn es darum geht, sich gegen Mieterhöhungen, lebensgefährliche Garagentore (von denen in Stollhof ein Kind getötet wurde) zu wehren oder für die Gesamtschule oder Ampeln und Geschwindigkeitsbegrenzungen zu streiten.

Wenn wir oben schon gesagt haben, daß unser damaliger Artikel nicht unsere Arbeit bzw. unser gemeinsames Konzept darstellen sollte, so möchten wir im folgenden zumindest eine Grundlage unserer Kindererziehung näher erläutern und dem Genosse der Kinderkommission antworten Was verstehen wir unter „Klassenkampferziehung“?

Sicher kein nächtliches Plakatieren von Hauswänden mit revolutionären Parolen (wie es uns mehr oder weniger unterstützt wird), aber auch nicht nur emotionalen Rückhalt bei Bauchschmerzen unserer Kinder über ständige Schulprobleme (wie es der Genosse konstatiert). Wir haben Zutrauen in „unsere“ (5-14-jährigen) Kinder, daß sie ein gesellschaftliches Bewusstsein entwickeln („Das finde ich gemein“) und daß sie bereit und fähig sind, aktiv das auch umzusetzen („Das lassen wir uns nicht gefallen“) — und zwar radikaler und spontaner als wir schon „sozialisierte“ Erwachsene. Klassenkampferziehung ist eben die gemeinsame blühende Auseinandersetzung mit unserer Umwelt. Wir lernen (auch wir erfahrenen Betreuer), gemeinsam Ungerechtigkeiten, Mißstände, klassenspezifische Positionen zu erkennen und aktiv an deren Veränderung zu arbeiten.

Wo und wie geschieht das nun?

a) Sicherlich spielt sich ein großer Teil innerhalb der Gruppe ab, so wie es der Genosse am Schluß seines Artikels beschreibt. Aber das bleibt unserer Meinung nach ohne Bezug und „inhaltslos“, wenn wir uns darauf beschränken.

b) Wir unterstützen die Kinder bei und „inhaltslos“, wenn wir uns darauf beschränken.

b) Wir unterstützen die Kinder bei ihren Forderungen um regelmäßiges Taschengeld gegenüber den Eltern, das sie unabhängiger und selbständiger macht und einen winzigen Schritt in Richtung ökonomische Unabhängigkeit bedeutet. Nur wenn wir gerade bei den Eltern unserer Kinder (und besprechen das in der Gruppe), daß diese ökonomisch oft gar nicht in der Lage sind, regelmäßige Taschengeldzahlungen zu leisten, wenn man z.B. überlange

auf das billige Wohn- oder Kindergeld warten muß.

c) Wir versuchen, mit den Kindern gemeinsam autoritäre Maßnahmen in der Schule anzugehen. Wenn Kinder aufgrund der Erfahrung bei uns in der Gruppe wissen, daß man Entscheidungen demokratisch selbst bestimmen kann und daß es Spiele ohne Wettkampf gibt, dann können sie in der Gruppe Vorschläge gegen vom Lehrer bestimmte und durch Konkurrenz gezeichnete Tutorienstunden erarbeiten und dann gemeinsam mit dem Lehrer und der Klasse diskutieren.

d) Als aufgrund widersprüchlicher Interessen zwischen den Kindern und der Kirchengemeinde, durch die wir unterstützt werden, die Gruppe rausfliegen sollte, haben weniger wir, sondern die Kinder massiv selber und durch die Kinder die Eltern es erreicht, daß bestimmte Vorwürfe zurückgenommen und Vorurteile abgebaut wurden.

Und als der Bauplatzplatz geschlossen werden sollte, haben drei Kinder aus der Gruppe auf deren ausdrückliches Drängen und Wunsch hin an einer „Expertenversammlung“ teilgenommen, wo sie zum Erstaunen der dort Anwesenden deutlich ihre Interessen vertraten.

Und auf unserer Sommerfahrt nach Gärwol haben wir mit den Kindern so gut wie möglich versucht, den Landkreis und dessen Probleme kennenzulernen, wobei wir mit Bauern, Handwerkern, Verkäufern, Wirtshäusern, Ärzten, vielen Atomkraftgegnern auf dem Anti-AKW-Spielplatz, aber auch mit dem BGS Bekanntheit machten (mit letztem machen mußten).

Dies alles sind nur Beispiele zu den Möglichkeiten und Fähigkeiten von Kindern, um ihre politischen Interessen zu „kämpfen“.

Zum Schluß möchten wir noch einige Unterstellungen zurückwerfen, die uns der Genosse der Kinderkommission unterstellt.

1. Es wird der Eindruck provoziert, wir wären in unserer Gruppe nur den Kampf. Daß dieser Teil pädagogischer Gruppenarbeit nur ein Teil der Arbeit sein kann, ist wohl klar, wenn Kinder, wie bei uns, die Inhalte i b z r Gruppe selbst bestimmen, wobei der Betreuer auch nur eine Stimme hat.

2. Es wird uns angedichtet, wir hätten „die Weisheit mit Löffeln gefressen“, die es gilt anderen beibringen. Dazu ist in unserem Artikel wohl gesagt!

3. Unserem Artikel wird „geschickt“ ein Bild zugesetzt, in dem die intellektuellen Betreuer und Theoretiker ein einsames, unschlüssiges Kind beobachten. Sicher mag dieses Bild als Illustration zur Analyse der linken Kinderarbeit (L. v. Werder) passen. Sicher haben auch wir bestimmte Phasen dieser Bewegung mitgemacht. Aber uns nach 5 Jahren kontinuierlicher Arbeit mit Kindern und Eltern in einem Betonviertel dahin zu stellen, halten wir für eine oblie Polemik.

4. Wir werden als „Jünger Hoernies“ apostrophiert. Zugegeben, wir haben ein sehr langes Zitat Hoernies zur damaligen Auseinandersetzung gebracht, aber eben zur damaligen Auseinandersetzung, und nicht den „ganzen“ Hoernie als die Grundlage unserer Arbeit. Sicher hat Hoernie in bestimmten Punkten falsche Positionen (z.B. in der Sexualerziehung) und er hat auch andere Bedingungen für sozialistische Erziehung zur Grundlage gehabt, nur glauben wir mit ihm (in der Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Kinderfreunden) an die Kraft und die Fähigkeit der Kinder, aktiv und selbstbewußt die Auseinandersetzung mit der vorwiegend feindlichen Umwelt aufnehmen zu können. Und daß sie eben nicht nur abhängige Opfer (mit Bauchschmerzen) der kapitalistischen Gesellschaft sind, vor der man sie so oft wie möglich schützen muß. (Klar, Freiräume in der pädagogischen Arbeit sind gut, nur reicht es nicht, dort zu verharren).

Daß die Fähigkeit zum konstruktiven Streiten um ihre Interessen vorhanden ist, haben uns „unsere“ Kinder schon manchmal bewiesen, oft zu unserer eigenen Überraschung! Wir hoffen, daß dieser Artikel mehr über unsere Arbeit mit Eltern/Kindern summiert, als es der vorige konnte und sollte. Es ist klar, daß wir an einer weiteren Diskussion um politische Erziehung in fortschrittlichen Kinder- und Jugendgruppen interessiert sind, nicht nur über Artikel im „Arbeiterkampf“. Deshalb schlagen wir vor, solche Auseinandersetzungen auch mit anderen Gruppen z.B. im Rahmen der BUNTER LISTE zu führen. Mit solidarischen Grüßen

Einige Betreuer der Elefantengruppe

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 08
Telefon Redaktion: 439 59 02

Rheinland Pfalz

Biedplatz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bell Bergsborn

Nordrhein Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Bundestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postleitzahl A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postleitzahl 080 180 A
41 Duisburg

Essen
Jeden So. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurierplatz.
Den AK gibt's außerdem in Buchh.
H. Heine, Vohwinkel Pl. 6 und
Buchladen Bundschuh, Tiegelstraße 39

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittwoch von 18 - 19 Uhr
[unleserlich]

Münchenerplatz 2
Postleitzahl A 006 748
4050 Münchenerplatz
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rhydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstags:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit. Büchertisch Uni

Hessen

Darmstadt
Sylvia Herrmann
Am Eichbaumweg 62
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Litzner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schillerstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel. 44 38 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postleitzahl 048345 A
239 Flensburg

Geesthacht
Postleitzahl 022054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
vor Herten

Kiel
H. Lankau
Postleitzahl 06 98 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postleitzahl 062 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
Eutin, Pöhl, Malente
Postamt Eutin
Postleitzahl A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Markt / Poststraße in Eutin

Pinnberg/Wilkenburg
Postleitzahl A 022 928
208 Pinnberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
[unleserlich]

Bremervorwerk
KB c/o Arbeiterbuch
Bremervorwerk 8
2850 Bremervorwerk
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104

ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postleitzahl 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteintstraße

Emden
Postleitzahl 0674 68 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postleitzahl A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
Fußgängerzone / Hoher Weg

Lüneburg
Postleitzahl A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Backerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weeser-Ems-Gebiet
Postleitzahl 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr Kaufhofpassage

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen des Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 16

Heidelberg
AK Leuckre jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postleitzahl 060 845 B
AK Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Mensa Trippel

Karlsruhe
Postleitzahl 063899 B
76 Karlsruhe

Stuttgart
Postleitzahl 824 8
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gespinnthochschule

München
P. Tröster
Postfach 150 472
85 München

Würzburg
Postleitzahl 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK Erscheinen, Alte Menn

Zwei Kleinkindinitiativen stellen sich vor:

KINDERGARTEN ROMBERGSTRASSE 19
NACH 3 JAHREN - KÜNDIGUNG
WIR WOLLEN NICHT RAUS!



Preis DM 2,-
20 Seiten
zu beziehen über:
Verein Kindergarten
Rombergstr. e.V.
Rombergstr. 7
2000 Hamburg 19



Preis DM 2,50
28 Seiten
zu beziehen über
Gert Kleinfeldt
Moorkamp 26
bei Dachsel
2000 Hamburg 8

Nazi-Terror-Zentrum in Frankfurt

Seit mehreren Wochen nehmen in Frankfurt Nazi-Untriebe überhand, die ihr Zentrum in der Gruppe Schönborn/Platzdach mit dem Buchladen und Verlag „Volk und Kosmos“ in Frankfurt-Bornheim haben (siehe AK 163 und 165). Dazu gehört auch die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“ (VSD), deren Mitglied Walter Kexel zugleich Mitarbeiter der von Schönborn neu gegründeten „Grünen Korrespondenz“ bzw. „Grüne Aktion Deutschland“ ist.

Organisierter Terrortrupp

Am 29.12. bauten die Nazis einen „Informationsstand“ in der Innenstadt auf. Als Antifaschisten den Stand fotografieren wollten, wurden sie von den Nazis angegriffen. Einem protestierenden älteren Bürger trat der Nazi Frank Schubert dabei einen Zahn aus („FR“, 8.1.80).

Am 12.1. waren 20 bis 30 Nazis in der Innenstadt. Nach und nach versammelten sich einige Dutzend Antifaschisten von der Antifa-Aktionseinheit und der Bürgerinitiative gegen den Nazi-Laden in Bornheim und forderten „Nazis raus“. Plötzlich stürmte der Nazi-Trupp auf ein Zeichen des Anführers Frank Schubert los, bewaffnet mit Schlagstöcken, Axtstielen, Gaspatronen und Schlagringen. Einem Antifaschisten wurde der Daumen gebrochen. Schubert trat einer Frau mit dem Knie in den Unterleib und gegen den Kopf. Anschließend schlug er einem Fotografen einen Axtstiel auf den Kopf. Insgesamt wurden zehn Personen ernsthaft verletzt, darunter auch zwei Polizisten, die erst eintrafen, als sich die Nazis wieder um ihren Stand versammelt hatten.

Die Aktivisten der Bande

Die Aktivisten der Bande

Von den acht festgenommenen Nazis sind mindestens vier einseitig dem Kreis um den Nazi-Laden in Bornheim zuzuordnen: Frank Schubert, der erst seit Bestehen des Ladens in Frankfurt beobachtet wird und vermutlich aus Westberlin kommt; Walter Kexel, Frankfurt, Ortenbergerstr. 19, verantwortlich für den Raum Hessen-Süd in Schönborns „Grüne Aktion Deutschlands“; Peter Müller, Mitglied von „Kampfbund nationaler Schuler“ und „Junge Nationaldemokraten“ (NPD-Jugendorganisation), seit über einem Jahr Verteiler der Schönborn-Produkte. Weiterhin ein namentlich noch nicht bekannter Jung-Nazi, der sich schon vor einem Jahr als Schläger hervortat.

Unter dem Schlägertropp befindet sich weiter Peter Müller (2), (noch?) JU-Mitglied, ehemaliger Schulsprecher in Frankfurt, ebenfalls aus dem Kreis um Schönborn bekannt.

Wahrscheinlich aus Hanau angereist war Arndt Marx, „Wehrsportgruppe Hoffmann“, der gemeinsam mit den Rodgau-Banden-Mitgliedern Michael Satorsky und Stefan Wagner zur „Stammabteilung Hessen“ der WSG gehört.

Seit langem bekannt

Bereits 1975 wurde in Frankfurt ein „Nationales Forum der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ (VSD) von dem bei den Staatsschutzbehörden gut bekannten „Volkssozialisten“-Chef Werner Kosbab organisiert. Kosbab, VSD, wollte zusammen mit der „Kampfgruppe Großdeutschland“ aus „NSDAP“-Frankfurt, der Hamburger „Hansa“-Bande und der „DVG“ am 1. Mai 78 eine Kundgebung an der Katharinenkirche (dem Schauplatz des Nazi-Überfalls am 12.1.80) durchführen. Das Verwaltungsgericht sprach damals ein Verbot aus mit der Begründung, „daß mit der Veranstaltung die Ziele und Bestrebungen der ehemaligen Nationalsozialistischen Partei NSDAP gefördert werden sollen“.

Und wahrscheinlich nicht erst am 12.1. wurden Flugblätter der „VSD“ verteilt, für die ein WdM-Kreis 8491 Seugast Nr. 17, verantwortlich ist. Ein Wilhelm K., ehemaliger Unteroffizier, „VSD“, Mitglied stand 1978 wegen Klebens von „NSDAP“-Plakaten vor Gericht („SZ“ 12.9.78), und seit letztem Jahr wird der ehemalige Unteroffizier Wilhelm K., der Verbindungen zur „NSDAP/AO“ in den USA hat,

stachbrieflich gesucht („Nürnberger Nachrichten“, 4.6.79).

Ein neues Zentrum der „NSDAP“-Szene

Genauso, wie der Polizei angeblich bislang über die „VSD“-Nazis nichts bekannt war, wird von staatlichen Stellen jetzt so getan, als seien diese Nazis überhaupt eine Neuerscheinung und hätten mit der übrigen Nazi-Szene nichts zu tun. Ein Blick auf das Propagandamaterial der „VSD“-Standes vom 12.1. genügt schon: Die „VSD“ fordert auf Flugblättern „Freiheit für Michael Kühnen“ („Hansa“-Bande); im „Kommando“ der „WSG“ freut sich Hoffmann über die „adelige Haltung der Abteilung 9 aus Hessen“; „Volk und Kosmos“ (Schönborn-Verlag) wirbt für „Meydank in alle Ewigkeit“ von J.C. Burg, ein Buch, das vor kurzem von der Münchener Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde. Und ein weiteres Flugblatt stellt eine „Arbeitsgemeinschaft der Nationalen und Sozialistischen Verbände“ vor, an der beteiligt sind: „Deutsche Bürgerinitiative“ (Edgar Geiss); „ANS“ („Hansa“-Bande); „Nationalrevolutionäre Arbeiterfront“; „Volkssozialistische Einheitsfront“ (Kosbab); „VSD“.

Was die Drahtzieher dieser Nazi-Aktionen betrifft, Schönborn, Platzdach und ihre „Volk und Kosmos“-Leute, ist sowieso alles klar. Freilich nicht für Polizeipräsidenten Müller, der in einem Schreiben an das Hauptamt der Stadt (November 79) bezüglich des Schönborn/Platzdach-Ladens in Bornheim behauptet, daß hier alle Nachforschungen ergebnislos blieben, die Buchhandlung erfülle „den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit“ („SZ“ im Klartext: Müller will nicht zur Kenntnis nehmen, daß hier Propagandisten der illegalen „NSDAP“ am Werk sind. Derselbe Platzdach, der den Buchladen führt, übernahm zu Beginn letzten Jahres die Herausgabe der Veröffentlichungen der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ von Christian Worch (Nachfolger Michael Kühnens als Chef der „Hansa“-Bande) und gehört zum festen Stamm verschiedenster Schönborn-Aktivitäten.

Protest gegen die Nazi-Bande

Gegen das Zentrum des Nazi-Terrors, den Buchladen in Bornheim, ist bis heute von Polizei und Justiz nichts unternommen worden – trotz zahlreicher Proteste und Verbotserfordernisse.

Fortsetzung nächste Seite



Frank Schubert



Walter Kexel



Stand der „VSD“ am 12.1.80 vor der Katharinenkirche in der Frankfurter Innenstadt: links (mit Brille) Arndt Marx („Wehrsportgruppe Hoffmann“); daneben (mit weißem Helm) Frank Schubert, der den Schlägereinsatz leitete.



von links: Frank Schubert, unbekannt, Arndt Marx, dahinter (halb verdeckt) Peter Müller („Kampfbund nationaler Schuler“), rechts daneben drei weitere namentlich nicht bekannte Nazis.



Hinter dem „VSD“-Stand vor der Frankfurter Katharinenkirche: von links Frank Schubert (weißer Helm), Walter Kexel (dunkler Anorak), und zwei namentlich nicht bekannte Nazis (mit Tarnjacks, mit schwarzen Helmen).



Fortsetzung von Seite 33

Auch nach den Terroraktionen im Dezember 79/Januar 80 wollen es die Behörden mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen (der „VSB“ wurden weitere „Info-Stände“ und eine für Februar geplante Demonstration verboten) bewenden lassen. Von den acht festgenommenen Nazis wurden zunächst nur fünf in Haft gehalten (wegen „besonders schweren Landfriedensbruchs“), darunter Schubert und Kexel. Seit dem 23.1. und ähnlichen Nazi-Schläger wieder auf freiem Fuß.

Dagegenüber wird von Frankfurter Antifaschisten, u.a. von der „Bürgerinitiative gegen den Nazi-Ruchladen in Bornheim“, seit Monaten gefordert, daß der Laden geschlossen wird. Unerwartete Unterstützung erhielten die Antifaschisten von der „Gewerkschaft der Polizei“, die ein Verbot der „VSB“ forderte und erklärte: „Die Gewaltaktion ... sollte Anlaß genug sein, rechtsradikale Umtriebe nicht länger zu verharmlosen“ („FR“, 15.1.). Alles in allem bedarf es einer gehörigen Verstärkung des antifaschistischen Kampfes gegen den Naziladen und die dahinterstehenden „NSDAP“-Neugründer. Ein erster Schritt wurde am 23.1. unternommen, als eine von mehreren Organisationen und antifaschistischen Initiativen getragene Demonstration gegen die Terrorakte der Nazis vor der Katharinenkirche stattfand. Trotz strömenden Regens kamen etwa 600 Antifaschisten zusammen, die auch durch die Marschroute (Katharinenkirche, Kundgebung vor dem Nazi-Laden, Abschluß in der Nähe des Ladens) auf den Zusammenhang zwischen dem Naziüberfall vom 12.1. und dem Nazi-Zentrum in Bornheim hinwiesen.

Erfreulicherweise beteiligten sich auch türkische Antifaschisten, die in einem Kundgebungsbeitrag über den Terror der „Grauen Wölfe“ berichteten, der auch in Frankfurt schon seine Opfer gefunden hat.

Schönborn in den Knecht! Schwinge Schließung des Nazi-Ladens! Auflösung aller Nazi-Organisationen!

Antifa-Kommision KB/Frankfurt

Nazi-Aufmarsch verhindert

Nazi-Aufmarsch verhindert

Grenzach (bei Basel). Von Antifaschisten verhindert wurde der „Fackelzug zur Reichsgründungsfeier“, den die NPD am Abend des 19.1. durchführen wollte.

Am Nachmittag schon hatten über 1000 Antifaschisten, darunter auch viele Schweizer und ein Block von italienischen Kollegen, an der Kundgebung und Demonstration des DGB teilgenommen. Anschließend zogen fast alle zur Gaststätte, wo sich die Nazis versammelt hatten. Über zwei-einhalb Stunden lang wurde der von der Polizei abgeriegelte Eingang blockiert. Plötzlich marschierten dann die Nazis mit Fahnen und brennenden Fackeln, geschützt von einem Polizeikordon, aus der Hofzufahrt auf die Straße. Aber sofort wurden sie eingekreiselt und zum Stehen gebracht. Mithilfe ihrer „Freunden und Helfern“ wurden sie dann – ganz gewaltfrei – in die Hofzufahrt zurückgedrängt. Es dauerte zehn Minuten, bis der Vertreter des Landrats, anscheinend schließlich eingesehen hatte, daß der NPD-Aufmarsch so einfach doch nicht durchzusetzen war, und das Ganze verbot. Die Nazis mußten einzeln das Weite suchen.

An der Vorbereitung der Aktion ist hervorzuheben, daß in dem bis zu 60 Personen umfassenden „Aktionenkomitee“ praktisch die ganze örtliche (und Loerscher) Linke solidarisch zusammengearbeitet hatte. Mitglieder von GIM, DKP/VVN, KBW (I), einzelne Junos, unorganisierte Gewerkschaftslinken usw. (nur die „Grünen“ wollten die Nazis nicht durch ihre Teilnahme an antifaschistischen Aktionen „aufwerten“) hatten für die Aktion eine gemeinsame Demoleitung gewählt und auch Vorbereitungsversammlungen gemeinsam durchgeführt.

Ebenfalls hilfreich war die enge Zusammenarbeit zwischen Aktionskomitee und DGB bei der Demonstration und Kundgebung.

Antifakommision Baden-Württemberg

Presseerklärung

Antifaschistischer Informationsdienst gegründet

Ein Trägerkreis zur Herausgabe eines neuen „Antifaschistischen Informationsdienstes“ konstituierte sich auf einer Wochenendtagung am 19./20. Januar in Göttingen. Beschlissen wurde die Erstellung einer 0-Nummer, Anfang März erscheinen soll. Initiativ für einen entsprechenden Informationsdienst geht auf ein Treffen antifaschistischer Initiativen, Einzelpersonen und anderer Arbeitszusammenhänge zurück, das am 17. u. 18. Jan. in Frankfurt stattfand. Heute die hiervon ausgehende Diskussion und weitere Zusammenarbeit hatten gezeigt, daß innerhalb der neuen antifaschistischen Bewegung großes Interesse an einem überregional erscheinenden Antifa-Info besteht, das nicht zuletzt auch deshalb, weil die bislang existierenden Organe – so vor allem die oben benannte „Antifa“ der DKP-geführten Zeitung „die Tat“ – und das Informationsbedürfnis der außerhalb von VVN/DKP und SPD arbeitenden Gruppen nicht erfüllen können oder wollen. Das in Göttingen gegründete Info wendet sich dem gegenüber gegen jede Form von „Unvereinbarkeitsbestimmungen“ unter Antifaschisten und wird allen Interessierten zur Mitarbeit offenstehen.

Auf der Gründungstagung anwesend waren Vertreter bzw. Mitglieder von antifaschistischen Arbeitskreisen und Arbeitszusammenhängen aus Hamburg, Westfalen, Hildesheim, Göttingen, Bielefeld, Münster, Bochum, Essen, Frankfurt, Kassel, Pforzheim und Stuttgart, darunter auch Mitglieder bzw. Sympathisanten des KB, der SAG und des KABD. Der konstituierte Info-Träger-Kreis, dem auch zukünftig an einer Mitarbeit interessierte Gruppen oder Einzelpersonen beitreten können, konzipierte die 0-Nummer und wählte einen (vorläufigen) Herausgeberkreis, der koordinierende Aufgaben bei Erstellung und Vertrieb des zunächst zweimonatlich erscheinenden Infos übernimmt. Die 0-Nummer des „Antifaschistischen Informationsdienstes“ wird sich schwerpunktmäßig der Auswertung von praktischen Erfahrungen im antifaschistischen Kampf widmen, die Erstellung dieser Ausgabe soll in enger Zusammenarbeit mit den Organisatoren des für Göttingen geplanten

antifaschistischen Bundeskongresses erfolgen. Das nächste Treffen des Info-Trägerkreises findet am 19./20. April statt. Gegenstand der Sitzung wird u.a. sein: Erfahrungen mit der 0-Nummer, redaktionelle Konzeption der folgenden Ausgaben, Beschließung über Statut, Bestätigung bzw. Neuwahl und Erweiterung des Herausgeberkreises. Über den bisherigen Diskussionsverlauf um die Entstehung des „Antifaschistischen Informationsdienstes“ informiert eine ca. 60-seitige Dokumentation, die zum Preis von DM 3, (incl. Porto) erhältlich ist. Die Auslieferung erfolgt bei Einzahlung des Betrages an:

Andreas Berlin
Dresdner Bank Essen
BLZ 36080000, Kto. 418871900
Stichwort: Dokumentation
(Bitte Absender mitvermerken).

Kontaktadressen des „Antifaschistischen Informationsdienstes“:
Gerd Rübnerstr. 188
Lauer Str. 188
4900 Marlard

Zur Erleichterung der Anfangsschwierigkeiten bitten die Initiatoren das Infos um Spenden auf dem oben angegebenen Konto.

Wer ist hier »irregeleitet«?

Manfred Heidenfelder (37) – Greifler und Falleckhämmer-Oberführer der Reserve – wurde am 18.1.80 vor einer Frankfurter Staatschutzkammer zu acht Monaten Gefängnis (vier Jahre Bewährung) und 600 DM Strafe verurteilt. Das Gericht fand ihn der Volksverhetzung, übler Nachrede und der Aufforderung zu strafbaren Handlungen für schuldig.

Als „Chef einer Einmanntruppe“ (so die Einschätzung des Gerichtes), der sogenannten „Deutsch-National-Verteidigungsorganisation“ (DNVO), hatte Heidenfelder von Oktober 78 bis Februar 79 hunderte von Hetzschriften – zumeist an Bundeswehrangehörige – verschickt. Per Kassette aus seiner dreimonatigen U-Haft rief er Gedennkampagne nach der „Holocaust“-Ausstrahlung dazu auf, „Explosionen auszulösen“, damit „diese Latrinenkacke nicht weiter verbreitet wird“. Auch anmühte er Freunde, amerikanische Autos in die Luft zu sprengen.

Das milde Urteil begründete das Gericht damit, daß H. nicht vorbestraft sei, und mit seinem Bekenntnis, von nun an den politischen Treiben nur noch zuzusehen zu wollen. Unberücksichtigt und nicht geklärt blieben die Fragen nach Druck und Finanzierung seiner Machwerke. Fest steht, daß Heidenfelder im Hause Roeders verkehrte, mit Schönborn und dem Frankfurter „NSDAP“-Führern Bauer und Koch bekannt ist, einen Briefwechsel mit dem NPD-Funktionär Deckert – der auch als Zeuge geladen war – führte und sich beim Flugblattverteilern von einem Mitglied der „Wehrsportgruppe“ Hoffmann, „Sturm 7“, unterstützen ließ. Heidenfelders Verteidiger Varrentrapp, der ihn aus dem Reservistenverband kennt, konnte mit dem Gericht zu-frieden sein, und mehr noch mit den Ausführungen der Staatsanwältin Goy-Fink. Sie brachte es fertig, H. als „eine politisch irregeleitete Person“ und nicht als Rechtsextremisten einzustufen.

Antifa-Kommision KB Frankfurt

Goy-Fink. Sie brachte es fertig, H. als „eine politisch irregeleitete Person“ und nicht als Rechtsextremisten einzustufen.

Antifa-Kommision KB Frankfurt

Schönborn als »Grüner«

Schönborns Kompanion Ralf Plattdach, Frankfurt, Walter Kexel, Frankfurt, Friedrich Lohmann, Hamburg, Dieter Spoelers, Gießen, Engelhardt, Kexel und Spoelers sind auch bei einem von Engelhardt initiierten Unternehmen namens „Bürgerinitiative Grüne Aktion Deutschland“ dabei, die von Schönborns „Kampfband deutscher Soldaten“ unterstützt wird. Als erste Aktion hat die braune „BI“ eine Demonstration zu Pfingsten 1980 gegen die Atom-Müll-Deponie in Bartenleben/DDR angekündigt. Weitere Namen, die als Kontakte dieser BI angegeben werden, sind:

- Dieter Werner, Fürth,
- Hans-Wolfgang Lehr, 3410 Northelm,
- Erica Neumann, Hamburg,
- Hans Hebelmann, Usteren.

Wer weiß etwas über diese Leute?

Nicht unerwähnt bleiben sollte auch, daß die Null-Nummer der „Grünen Korrespondenz“ den Hintergrund zu einem scheinbar rein SPD-internen Vorgang zu erkennen gibt. Im Frank-

Eine der berühmtesten Gestalten der Nazi-Szene in der BRD, Erwin Schönborn, hat wieder einmal sein Interesse, sich die grüne Szene einzuschleichen, verkündet. Unter der Adresse des seit einigen Monaten in Frankfurt eingerichteten Verlags (und Buchladens) „Volk und Kemos“ soll monatlich eine „Grüne Korrespondenz“ erscheinen. Das Blatt („Hintergründe-Kommentare - Analysen - Pressekritik“) wird als Informationsquelle angesehen, die „den Bezug anderer diesbezüglicher Publikationen“ überflüssig mache. Schönborns Motto hierfür lautet: „Entweder die Welt wird nationalsozialistisch, also g e m., oder sie versinkt im Chaos – entweder im Chaos des liberalistischen Kapitalismus oder im Chaos des kommunistisch-marxistischen Terrors“.

Für diese neueste Unternehmung haben sich mit Schönborn als „ständige Mitarbeiter“ folgende Nazis zusammengesetzt:

- der „Ludendorffer“ und Aktive der „Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft“, Rechtsanwalt Eberhardt Engelhardt, Nürnberg.

Nach wie vor ist die VVN wohl die bedeutendste antifaschistische Organisation der BRD. Unbestreitbar hat sie in den nunmehr 22 Jahren ihres Bestehens große Verdienste um den antifaschistischen Kampf erworben. Ihre Zeitung „die Tat“ war lange Zeit die wichtigste Informationsquelle für antifaschistische Nachrichten, und für bestimmte Aspekte des antifaschistischen Kampfes hat sie es bis heute geblieben.

Gegründet als Organisation von Widerstandskämpfern und Naziverfolgten, faßte die VVN 1971 den Beschluß, sich umzuwandeln zum „Bund der Antifaschisten“, in dem zunehmend auch jüngere Antifaschisten Mitglieder werden können. Nach ihrem Selbstverständnis hat die VVN einen überparteilichen Anspruch. Unbestrittene Autorität genießt die VVN da, wo sie es schafft, ihre antifaschistische Erfahrung zusätzlich zu machen. Die unter der Regie der VVN im Röderberg-Verlag erschienenen Dokumentationen über den antifaschistischen Widerstand, ihre Enthüllungsarbeiten über NS-Verbrechen u.ä. sind heute ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden Antifaschisten.

Doch ungeachtet all dieser Ver-

Nicht unerwähnt bleiben sollte auch, daß die Null-Nummer der „Grünen Korrespondenz“ den Hintergrund zu einem scheinbar rein SPD-internen Vorgang zu erkennen gibt. Im Frank-

Anschließend hat die VVN die neu entstehende antifaschistische Bewegung nach jahrelanger Ignoranz entdeckt. Da erscheinen Anfang November 1979 drei Gründungsmitglieder der VVN auf der Vorkonferenz zur Durchführung eines antifaschistischen Bundeskongresses Ostern 1980. In verschiedenen Städten (Marburg, Hannover) kommt es zu ersten positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der VVN. Und schließlich veröffentlicht die „Tat“ nach langer Zeit zum ersten Mal wieder einen – wenn auch demagogischen – Artikel zur neuen antifaschistischen Bewegung (vgl. AK 169). Es wäre zu begrüßen, wenn die VVN ihre Politik der hysterischen Abgrenzung aufgeben würde, mit der sie oftmals in den letzten Jahren die Entwicklung der antifaschistischen Einheit erschwert hat. Vorerst deutet allerdings alles darauf hin, daß die VVN ihren Abgrenzungskurs beibehalten will und gleichzeitig, wo es ihr einzufließen erscheint, mit einem flexiblen und taktisch klugen Vorgehen Teile der neuen Bewegung zurückerobern versucht.

Nach wie vor ist die VVN wohl die bedeutendste antifaschistische Organisation der BRD. Unbestreitbar hat sie in den nunmehr 22 Jahren ihres Bestehens große Verdienste um den antifaschistischen Kampf erworben. Ihre Zeitung „die Tat“ war lange Zeit die wichtigste Informationsquelle für antifaschistische Nachrichten, und für bestimmte Aspekte des antifaschistischen Kampfes hat sie es bis heute geblieben.

Gegründet als Organisation von Widerstandskämpfern und Naziverfolgten, faßte die VVN 1971 den Beschluß, sich umzuwandeln zum „Bund der Antifaschisten“, in dem zunehmend auch jüngere Antifaschisten Mitglieder werden können. Nach ihrem Selbstverständnis hat die VVN einen überparteilichen Anspruch. Unbestrittene Autorität genießt die VVN da, wo sie es schafft, ihre antifaschistische Erfahrung zusätzlich zu machen. Die unter der Regie der VVN im Röderberg-Verlag erschienenen Dokumentationen über den antifaschistischen Widerstand, ihre Enthüllungsarbeiten über NS-Verbrechen u.ä. sind heute ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden Antifaschisten.

Doch ungeachtet all dieser Ver-

Nach hinein allerdings wurde diese Aktion in der „Tat“ groß herausgestellt, verschwiegen wurde „nur“ das konkrete Verhalten der VVN – im Anschluß daran entwickelte insbesondere der KB eine intensive Kampagne gegen die „Hann“-Bande, in deren Verlauf nahezu alle antifaschistischen Kräfte sich beteiligten – mit Ausnahme der VVN, die es fertig brachte, jede Einladung zu Gesprächen abzulehnen. Dafür brachte sie einige Zeit später mit großem Werbeaufwand ein Buch („Die Neonazis“) über die „Hann“-Bande heraus, in dem die antifaschistischen Aktivitäten gegen die „Hann“-Bande zu Aktionen der SDAJ umgelogt wurden.

Seit etwa Mitte 1978 entwickelten Antifaschisten – u.a. der KB – in Nordrhein-Westfalen eine Kampagne gegen ein Zentrum der JN-Schlagverbände, das „Gut Baronbrucker“ in Kamen. Die sich aus dieser Kampagne entwickelte „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise“ trug mit anderen Bündnispartnern während dieser Zeit eine Vielzahl antifaschistischer Mobilisierungen gegen NPD-Kundgebungen. Der größte Erfolg dieser Kampagne war eine Demonstration im Mai 1979 in Kamen, die von einem bis dahin in NRW nicht erreichten Bündnis antifaschistischer Kräfte bis weit hinein in sozialdemokratische (Junos, Falken) und Gewerkschaftslager getragen wurde. Die SDAJ immerhin konnte sich zu einer Teilnahme durchringen, aber die VVN fehlte wieder einmal – in Süddeutschland entwickelte sich – ebenfalls gegen den Widerstand der VVN – eine Zusammenarbeit von antifaschistischen Initiativen und Komitees, die ihre Kraft vor allem in Mobilisierungen gegen NPD-Parteitage in Baden-Württemberg

wurde. Die SDAJ immerhin konnte sich zu einer Teilnahme durchringen, aber die VVN fehlte wieder einmal – in Süddeutschland entwickelte sich – ebenfalls gegen den Widerstand der VVN – eine Zusammenarbeit von antifaschistischen Initiativen und Komitees, die ihre Kraft vor allem in Mobilisierungen gegen NPD-Parteitage in Baden-Württemberg

zeigten. Heute wird von der VVN als Beispiel für eine erfolgreiche antifaschistische Aktion die Verhinderung eines NPD-Aufmarsches in Tuttlingen (Frühjahr 1979) herausgestellt. Verschwiegen wird dabei allerdings, daß der Demonstrationszug bis hin an die Absperrung des NPD-Parteitagslokals gegen den Widerstand der VVN organisiert wurde, verschwiegen wird, daß die Kräfte, die diesen Zug organisierten, vorher von der VVN als „Gewerkschaftsfeinde“ etc. diffamiert wurden.

Eine besonders deutliche Quittung für ihre aktiverische Abgrenzungshysterie bekam die VVN am 16./17.6.79 in Frankfurt, wo 80.000 Menschen zum „Rock gegen Rechte“-Konzert kamen, von denen sich 30.000 an antifaschistischen Demonstrationen beteiligten, die schließlich zum Verbot des NPD-„Deutschlandtreffens“ führten. Ausgehend von einer Initiative der Grünen Liste Hessen (GLH) entwickelte sich das Frankfurter „Rock gegen Rechte“-Bündnis zu einer für BRD-Verhältnisse einmaligen Breite. Buchstäblich die einzigen linken Organisationen, die bis zum Schluß wüt gegen diese „Spalter-Aktion“ trübten und ihre traditionellen Bündnispartner teilweise ersprecherlich von einer Beteiligung abzubringen versuchten, waren VVN und DKP. Der Gipfel des Zynismus ist es, wenn die VVN heute ausgerechnet von dieser Aktion behauptet, daß sich dort „Spontis und Ultralinken“ in der von der VVN bereitete Hatt gelegt hätten. (So VVN-Präsidentenmitglied Alphonse Kahn in Bielefeld!)

Es hat sich in den letzten beiden Jahren gezeigt, daß die VVN sich zunehmend von der neu entstehenden Be-

Fortsetzung nächste Seite

„Hochsicherheitstrakt“ belegt: Lebendig begraben

Am Sonnabend, 19. Januar, wird ein Gefangener der Bewegung 2 Juni und der RAF in den westberliner Hochsicherheitstrakt in Moabit verschleppt werden.

Hochsicherheitstrakt - das heißt Isolation in Kleingruppen von höchstens sieben Gefangenen oder aber (je nach „Zweckmäßigkeit“) Einzelisolation, das heißt Totalüberwachung durch Fernsichtungen und Richtmikrofone in den Gruppenräumen, durch Abhöranlagen (offiziell sind es nur Gegensprechanlagen) in den Zellen, das heißt Trennscheibe und das heißt totale Abschottung vom übrigen Moabit-Knast.

Wer die Grausamkeit des orwellischen Bunkers nicht mehr erträgt, soll nur eine Chance haben: Ab-

Noch einen Tag zuvor bemühte sich Justizsenator Meyer auf einer Veranstaltung der „Vereinigung Berliner Strafverteidiger“ den Hochsicherheitstrakt als „humanen Wohngruppenvortrag“ zu verkaufen. Am gleichen Tag waren Anwälte und Vertreter der „Humanistischen Union“ im Trakt gewesen und waren erschüttert und entsetzt über die bedrückenden und empörenden Berichte auf der Veranstaltung konnten nur noch Herrn Senator Meyer kalt lassen. Was außer ihm keiner wusste: es war bereits beschlossen, daß nur wenige Stunden später der Hochsicherheitstrakt ungeachtet aller Proteste belegt werden sollte. Ralf Reinders, Fritz Töufel, Ronald Fritsch, Gerald Kibpper, Till Meyer, Andreas Vogel (Angeklagte im Lorenz-Drenkmann-Prozess), Klaus Vlemann, Monika Berberich, Gudrun Stürmer, Gabriele Rollnik und Angelika Göder sind die ersten Opfer dieser neugebauten Isolationsfabrik und Überwachungsma-

Meyers Märchen von den „bedeutenden Haft erleichterungen“

Meyers Märchen von den „bedeutenden Haft erleichterungen“

Richter Friedrich Geus, Vorsitzender im Lorenz-Drenkmann-Prozess, hatte bereits am 11. Januar für die dortigen Angeklagten grünes Licht gegeben: „Als zuständiger Haft richter stimme ich der Verlegung der Angeklagten in den besonders ausbruchsicheren Teil der Haftanstalt zu. Gleichzeitig wurden bedeutende Haft erleichterungen gewährt“ („Berliner Morgenpost“, 12.1.).

Der Hochsicherheitstrakt ist also nicht nur besonders ausbruchsicher, sondern bringt auch „bedeutende Haft erleichterungen“ für die Gefangenen mit sich - dies ist das Märchen, das Justizsenator Meyer erzählt, seit es öffentlichen Protest gegen die Belegung des Trakts gibt. Als „bedeutende Haft erleichterung“ soll verkauft werden, daß „die Zellen der Angeklagten von 14 bis 22 Uhr aufgeschlossen“ seien, die Angeklagten „täglich zweimal Hofgang“ hätten, Privatbesuche „grundsätzlich in Sprechzellen ohne Trennscheibe“ stattfänden, die „bisherige Sicherung der Zellenfenster durch sogenannte Fliegengitter“ entfielen, ebenso „die folgenden nächtliche Beobachtung der Angeklagten“, und eine Erlaubnis für Musikinstrumente sei vorgesehen, „sobald die tatsächlichen Voraussetzungen dafür geklärt“ seien („Berliner Morgenpost“, 12.1.).

Abgesehen davon, daß Umkleis und Hofgang jederzeit unter irgend welchen Vorwänden wieder gestrichen werden können (wie wir das aus Stammheim kennen); abgesehen davon, daß die Trennscheibe für Angehörige jederzeit wieder per Knopfdruck hochgefahren werden kann und für nichtverwandte Besucher und Anwälte weiterhin vorgesehen ist, abgesehen davon, daß die vergitterten Panzerfenster jetzt so konstruiert sind, daß sie nicht geöffnet werden können, sondern nur ein Belüftungskanal zu öffnen ist; abgesehen davon, daß die nächtlichen Beobachtungen weiterhin der Willkür der Anstalt unterliegen wird, und abgesehen davon, daß es absolut rätselhaft ist, welche „tatsächlichen Voraussetzungen“ noch geklärt werden müssen, bis Musikinstrumente genehmigt werden können - abgesehen mal von all dem, sollen diese scheinbaren „Haft erleichterungen“ darüber hinwegtäuschen und verjagen machen, welche qualitative Verschärfung der

Isolationshaft eine Verlegung in den Hochsicherheitstrakt tatsächlich bedeutet.

Es wäre wohl auch nur eine so zynische „Logik“ (wie die des Herrn Meyer) zu erklären imstande, wieso sich die betroffenen Gefangenen mit allen Kräften gegen diesen Trakt wehren, der ihnen doch angeblich so viele Haft erleichterungen bringt. Unmittelbar vor der Verlegung in den Hochsicherheitstrakt haben sich Ralf Reinders und Ronald Fritsch in ihren alten Zellen verbarrikadiert, so daß sie mit Brecheisen und Schweißgeräten herausgeholt und in den Trakt geschleppt werden mußten. Auch Angelika Göder und Gudrun Stürmer verbarrikadierten sich in ihren Zellen. Gabriele Rollnik soll die Besatzenen mit Flaschen und Gläsern beworfen haben, „bei der Auseinandersetzung erlitt Gabriele Rollnik eine Platzwunde am Kopf. Auf einer Frage habe man sie schließlich in die neue Zelle transportiert“ („Der Abend“, 21.1.).

Einzig „Schutz“ der Gefangenen: Meyers Amtseid...

Der Hochsicherheitstrakt gliedert sich in sieben Teilbereiche mit einmal 7, viermal 4 und zweimal 2 Zellen.

Die Teilbereiche haben jeweils einen durch Fernsichtungen optisch und Mikrofone akustisch vollständig überwachten, ausschließlich durch Neonlicht beleuchteten, fensterlosen Gemeinschaftsraum. Die Kameras sind immer in Betrieb, die Mikrofone angeblich nur, wenn gleichzeitig ein Lämpchen aufleuchtet. Das unerträglich gleißend-helle Neonlicht wird gerechtfertigt mit der Begründung, daß anders die Kameras nicht funktionieren würden.

Die Einzelzellen haben Gegensprechanlagen, die angeblich nur in Betrieb sind, wenn der Gefangene die Ruftaste gedrückt hat. Daß eine Gegensprechanlage leicht in eine Abhöranlage umfunktioniert werden kann, daß überhaupt die ganzen technischen Anlagen leicht manipulierbar sind (z.B. Ausschaltung des Lämpchens trotz Einschaltung der Richtmikrofone im Gemeinschaftsraum), konnte Justizsenator Meyer auf der Strafverteidiger-Veranstaltung nicht abstreiten. Eine Überprüfung der Anlagen durch einen unabhängigen Gutachter will er dennoch nicht zulassen, er „bürge“ dafür, daß sie nicht mißbraucht würden, man müsse ihm glauben, denn er habe schließlich einen Amtseid geleistet.

Die Einzelzellen haben Gegensprechanlagen, die angeblich nur in Betrieb sind, wenn der Gefangene die Ruftaste gedrückt hat. Daß eine Gegensprechanlage leicht in eine Abhöranlage umfunktioniert werden kann, daß überhaupt die ganzen technischen Anlagen leicht manipulierbar sind (z.B. Ausschaltung des Lämpchens trotz Einschaltung der Richtmikrofone im Gemeinschaftsraum), konnte Justizsenator Meyer auf der Strafverteidiger-Veranstaltung nicht abstreiten. Eine Überprüfung der Anlagen durch einen unabhängigen Gutachter will er dennoch nicht zulassen, er „bürge“ dafür, daß sie nicht mißbraucht würden, man müsse ihm glauben, denn er habe schließlich einen Amtseid geleistet.

Die Elektronik wird ergänzt durch Videogeräte, die das durch die Monitore in der Zentrale Beobachtete aufzeichnen können, geplant sind auch entsprechende Tonbandaufzeichnungsgaräte. Der Herr Senator rechtfertigt diese Einrichtung mit der zynischen Begründung, es wäre ja möglich, daß es mal zu tätlichen Auseinandersetzungen käme, dann wären auch die Verteidiger nicht immer nur auf die Informationen ihrer Mandanten angewiesen. Vorwürfe gegen Anstaltsbedienstete könnten so besser überprüft werden.

Die Zellen werden nur durch einen Luftkanal, der zwischen den Doppelscheiben hindurchführt, belüftet. Die Fenster sind aussonst nicht zu öffnen. Springer „Berliner Morgenpost“ ist begeistert: „Panzerglas vor und hinter dem Gitter, dazu rote Gardinen“ hat die Schlagzeile am 19.1.

Von einer Zentrale aus sind 108 (!) Beamte im Schichtwechsel damit beschäftigt, die Gefangenen zu „betreuen“. Die Zentrale wurde bei der Belegung nicht zur Besichtigung freigegeben.

Wie Meyer gegenüber der Strafverteidigervereinigung erklärte, bestünde gegenwärtig (!) keine Veranlassung, Beamte des Verfassungsschutzes oder des Bundeskriminalamtes Zutritt in den Hochsicherheitstrakt zu gewähren. Wohlgerichtet gegenwärtig.

Es ist auch nur „gegenwärtig“ nicht beabsichtigt, die Leitung des Hochsicherheitstraktes einem Psychologen zu übertragen. Ursprünglich war als Leiter der Psychologe Dr. Seefrunt vorgesehen.

Für Sprechstunden stehen gesonderte Sprechzellen mit versenk-

Die Veranldigung ist wegen des starken Lalles äußerst schwierig.

Im Hochsicherheitstrakt sind Geräusche aus der übrigen Haftanstalt nicht zu hören.

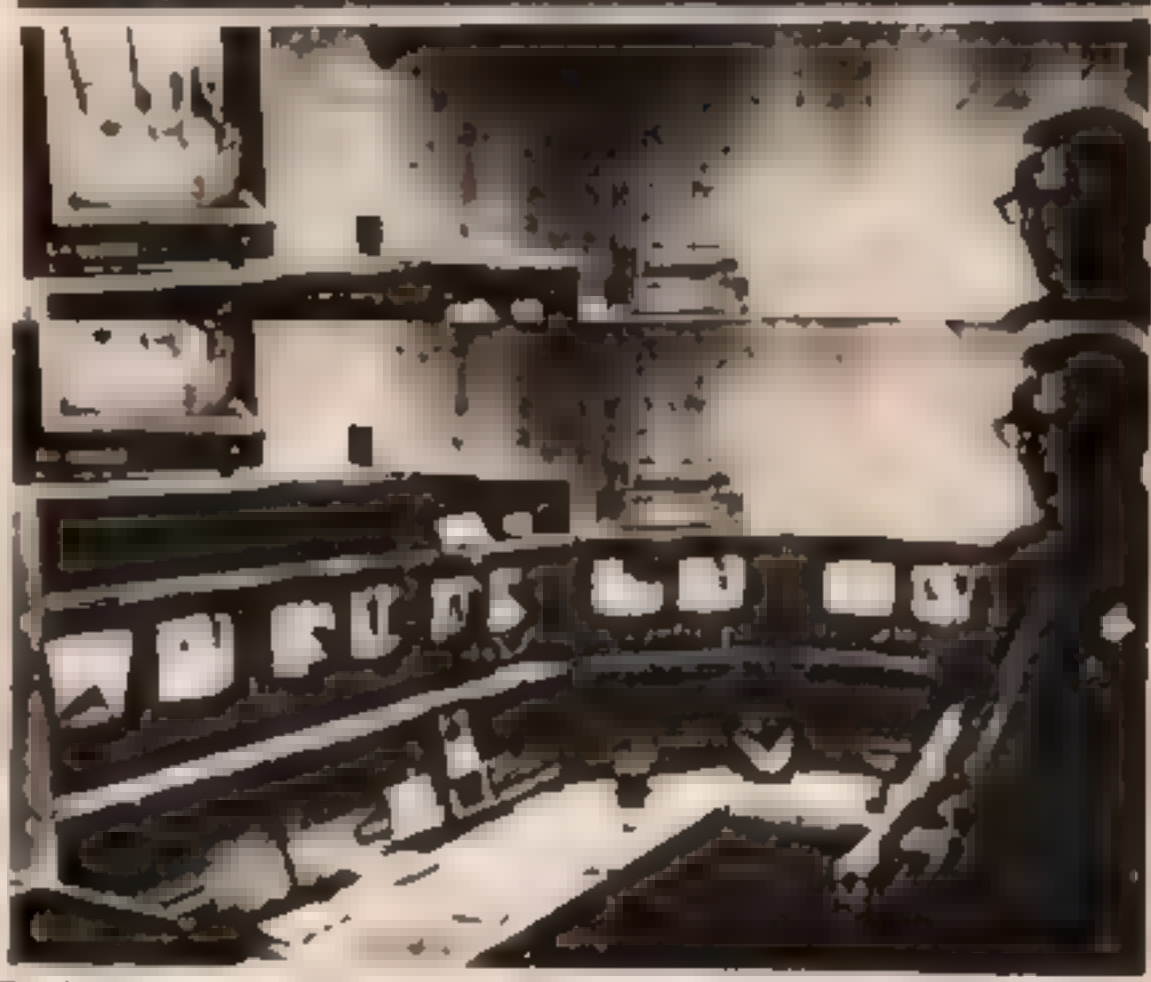
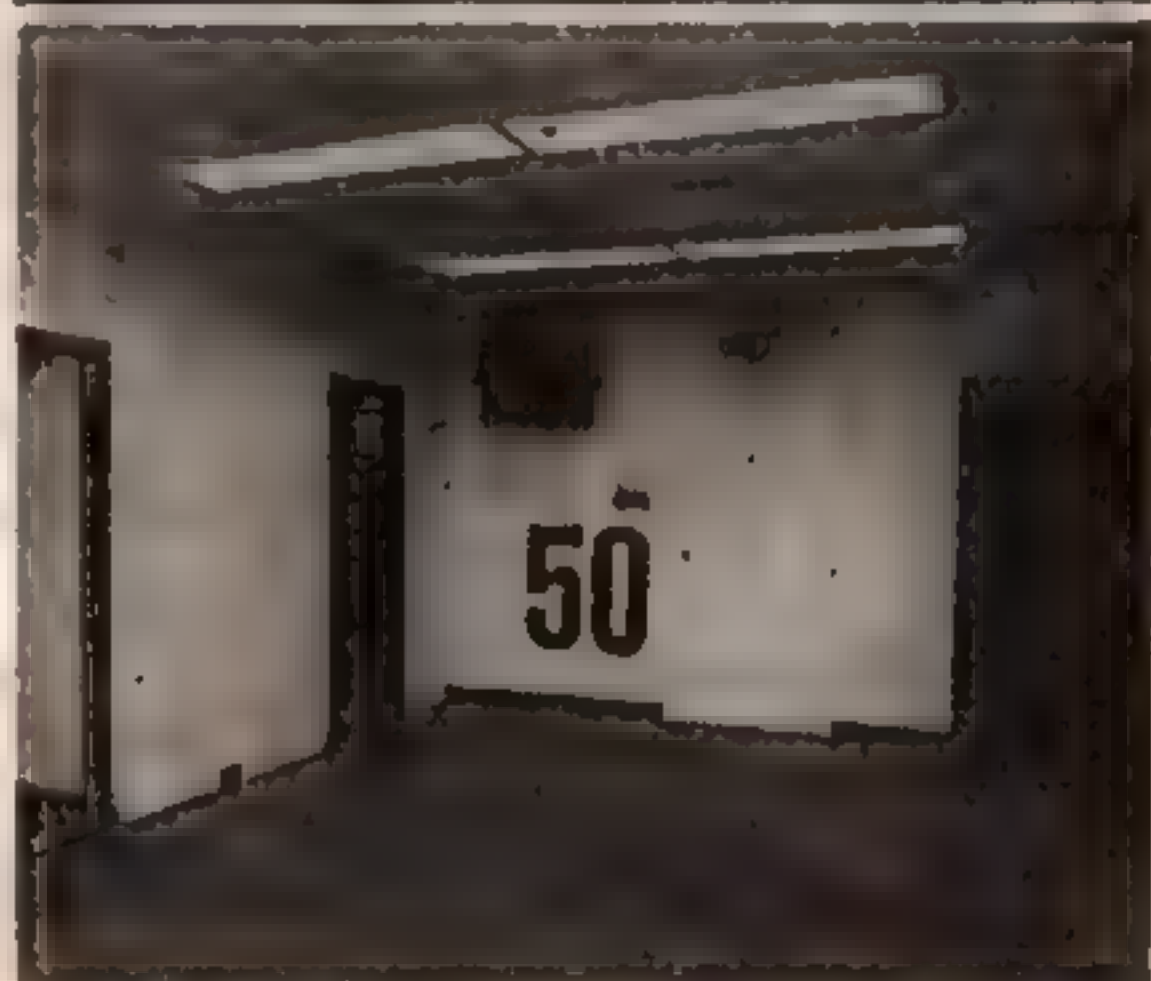
Den Trakt umgibt eine hohe weiße Mauer aus Beton, innerhalb derer sich der eigene Hof befindet.

Der Protest wird lauter

In einem Brief vom 8.1. an Justizsenator Meyer weist die „Vereinigung Berliner Strafverteidiger“ unter Hinweis auf die Gutachten von Professor Rasch auf die physisch und psychisch schädigenden Auswirkungen der Isolationshaft hin (wie Konzentrationsstörungen, hochgradige Unruhe, emotionale Labilität, Reizbarkeit und halluzinatorische Phänomene, Schlafstörungen, Depressionen und vorverlagerter Alterungsprozess): „Diese Symptome treten bei Versuchen mit sensorischer Deprivation (Reduzierung der Sinnesindrücke) und perzeptueller Deprivation (Vorenthaltung sozialer Kontakte und Informationen) sowie in vergleichbaren Situationen bei Expeditionen, Schiffbruch und eben vor allem bei Isolation in Gefängnissen auf.“

Der Hochsicherheitstrakt stelle zwar keine so perfekte Isolation und sensorische bzw. perzeptuelle Deprivation dar, wie dies bei der modellhaften Versuchsanordnung etwa in der „camera obscura“ gegeben sei, „unbestreitbar sind jedoch sowohl die Sinneswahrnehmungen als auch die Informationsindrücke und sozialen Kontakte im Hochsicherheitstraktbereich erheblich reduziert. Der Aufenthalt in zwar nicht isolierten, aber doch gut schallisolierten Räumen und Abteilungen und die Reduzierung der Informationen und Kontakte auf Gefangengruppen von zwei, vier oder sieben Gefangenen kann nach allen bisherigen Erfahrungen auch dann, wenn die Möglichkeit besteht, fernzusehen, Radio zu hören und zu lesen, bei längerem Aufenthalt dieselben Auswirkungen haben, die bei perfekter sensorischer und perzeptueller Deprivation bereits nach Tagen auftreten können. Der Hochsicherheitstraktbereich ignoriert diese Erkenntnisse. Er ignoriert damit zugleich das grundrechtlich verbürgte Recht jedes Gefangenen auf körperliche Unversehrtheit.“

Die Veranstaltung der Strafverteidigervereinigung am 18. Januar, an der etwa 200 Leute teilnahmen (ein recht „erlesenes“ Publikum), entwickelte sich zu einem Tribunal gegen den anwesenden Justizsenator. Während Meyer nur immer wieder seine Sicherheits- und Ordnungs-„Argumente“ brachte und nicht müde wurde, die Verlegung in den Hochsicherheitstrakt zynisch als Haft erleichterung gegenüber der strengen Einzelhaft zu loben, waren die Beiträge aller übrigen Diskussionssteher von sichtbarer Betroffenheit und Empörung gekennzeichnet. Prof. Rasch sagte, er habe bei der Besichtigung des Trakts den Eindruck gehabt, dort seien wahre „Sicherheitsorgien“ gefeiert worden, er befürchte durch diesen „unmenslichen Apparat“ eine „Neurotisierung der Gefangenen“, dieser „Bunker zur Verteidigung des Justizsenators“ ermöglichte in keiner Weise eine interaktionsfähige Gruppe, wie er sie 1973 noch gefordert habe. Ihm komme sogar der 7. Stock im Stammheim im Vergleich zum Hochsicherheitstrakt fast „heimlich“ vor! Der katholische Pfarrer Dr. Hebler fand es bei der Belegung „beklemmend, die Sterilität ertragen zu müssen“, schon am Hauptgang habe er „an die depressive Atmosphäre von Operationsvorfällen“ denken müssen. Der Plötzensee-Anstaltsleiter Mehlert sieht auch die Anstaltsbediensteten von der ganzen Atmosphäre betroffen, durch die ein „Potential an Aggression“ angelegt sei. Der 1. Vorsitzende der Strafverteidigervereinigung RA Schend, meinte, die Gefangenen würden im Hochsicherheitstrakt „verwelken wie eine Blume im Keller“. RA Schulz hält den Trakt schlicht für „grauam“ und wolle von Meyer wissen, welche Wirkung der Hochsicherheitstrakt nach dessen Vorstellung auf Gefangene nach zehn Jahren haben solle. RA Ströbele hielt es dagegen nicht für wahrscheinlich, daß Gefangene so lange im Trakt



Die beiden oberen Bilder zeigen das Moabit „Mausoleum“ von außen und innen. Die Überwachungsanlage des HS-Traktes ist laut Justizsenator Meyer zum Mißbrauch... Besichtigung durch Anwälte, Presse oder einen neutralen Gutachter lehnte er strikt ab.

Das untere Foto zeigt die „Control Unit“ im US-Gefängnis Marion, eines der „Modelle“ für Hochsicherheitstraktverwertung.

bleiben sollten, sondern glaubt, daß sie schon nach wenigen Jahren als gebrochene Menschen in den „Normalvortrag“ zurückverlegt werden sollen. Der Arzt Dr. Becker hatte nach der Belegung und dem einstündigen Gespräch im Gemeinschaftsraum des Hochsicherheitstraktes sein Jahressumme ersten mal starke Kopfschmerzen bekommen. „Wenn wir Ärzte mit unseren Patienten so schnell umgehen würden, wie Sie mit ihren Gefangenen, dann würden wir es sofort - mit Recht - mit Ihrer Justiz zu tun bekommen“, warf er Meyer vor. RA Goy wunderte sich darüber, daß der Hochsicherheitstrakt offenbar so ganz anders auf Herrn Meyer wirkte, als er auf alle anderen Diskussionssteher gewirkt habe und schlug ihm ein Gespräch mit Herrn Prof. Rasch vor. RA Zieger vermutete, daß die politischen Gefangenen nur deshalb nicht in besonders intensiver Weise zum Trakt gelehrt würden, weil das auch optisch zu sehr an den Faschismus erinnern würde. Im übrigen habe die Veranstaltung gezeigt, daß es jetzt weniger Sinn habe, mit Herrn Meyer zu diskutieren, man müsse sich zum vielmehr überlegen, wie sich der Hochsicherheitstrakt wieder wegzögern.

Der sonst so redogewandte Justizsenator stotterte am Schluß nur noch im Stile eines Heinrich Lübke und versuchte zu „beruhigen“. Die Farben der Wände im Trakt seien unglücklich ausgewählt, er wolle schon, was sich da machen lasse, und daß

man unter Neonlicht Haare ausfallen bekomme, habe er auch noch nicht bedacht. Und außerdem „Oberster Grundsatz sei es, jeden Gefangenen, sobald er sich sichtbar von Gewaltanwendung distanzieren, in den Normalvortrag zu verlegen“ („Tagesspiegel“, 20.1.) RA Ströbele soll also Recht behalten.

Während der Veranstaltung besetzten etwa 25 Leute die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, um gegen den Hochsicherheitstrakt zu protestieren. Nach einigen Stunden „Verhandlungen“ wurde die Kirche durch die Polizei geräumt.

Am Montag, zwei Tage nach der Belegung, fand eine Demonstration zum Knast mit etwa 1000 Teilnehmern statt.

Eine eigene Veranstaltung der Initiative gegen Hochsicherheitstrakte ist in der Diskussion. Längerfristig ist ein großer, möglichst internationaler Knast-Kongress schwerpunktmäßig zum Hochsicherheitstrakt geplant.

Der Widerstand gegen Hochsicherheitstrakte hat erst begonnen!

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Spendenkonto der Initiative gegen Hochsicherheitstrakte: Sonderkonto D. Kraum, Postcheckamt Berlin-West, Nr. 372367-105, Kennwort: Hochsicherheitstrakte

Hochsicherheitstrakt kein Thema Skandalöse Vorfälle im 2. Juni-Prozeß

Am 22.1. war der erste Verhandlungstag im 2. Juni-Prozeß nach der Verlegung der Angeklagten in den Hochsicherheitstrakt. Richter Geus hatte in dieser Verhandlung nichts Besseres zu tun, als zwei Zuschauer wegen Zwischenrufen zu § 3 bzw. 10 Tagen Ordnungshaft zu verurteilen und einen Prozeßteilnehmer für die Dauer des § 3 a n z e n Prozesses auszuschließen.

Die Verteidiger stellten zwei Anträge:

- Professor Rasch als Gutachter wegen der wesentlich verschärfte Haftbedingungen der Gefangenen zuzulassen

- Den Prozeß für zwei Tage auszusetzen, weil den Angeklagten während der Verlegung Verteidigungsunterlagen weggenommen worden waren.

Beide Anträge wurden sofort abgelehnt. Die Bundesanwaltschaft (Herr Völz) hielt eine

Vorbereitung der Gefangenen für diesen Verhandlungstag nicht für nötig. Richter Geus fragte beim Moabiter Anstaltsleiter Hahnfeld nach, ob den Gefangenen die Unterlagen fortgenommen worden seien, was dieser angeblich verneinte.

Nun, da die Gefangenen im Trakt sicher „verwahrt“ sind, meinte das Gericht - natürlich wie immer im trauten Einklang mit der Anklagebehörde - im Prozeß selbst auch noch ein ganzes Stück zulegen zu können (was mancher schon gar nicht mehr für möglich gehalten hatte).

Die Rechtsanwälte verließen nach diesem Eklat eine Erklärung und verließen den Sitzungssaal.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Erklärung von Rechtsanwalt Wieland zum Auszug der Verteidiger am 22.1.1980 aus dem Lorenz-Drunkmann-Prozeß (Gerichtsprotokoll)

Wir Vertrauensverteidiger werden jetzt aus dem Sitzungssaal ausziehen und um zu einem Gespräch mit Vertretern der evangelischen Kirchenleitung begeben. Das Konsistorium der ev. Kirche wird heute Nachmittag über den Hochsicherheitstrakt beraten und einen Beschluß fassen. Justizsenator Meyer wußte dies, er war aber nicht bereit, mit der Verlegung in den Trakt solange zu warten, bis die Kirche eine Stellungnahme dazu abgegeben hätte.

Der Strafenrat hat in der Frage des Traktes kein Ansprechpartner mehr für uns. Er ist über alle Anträge und schriftlichen Stellungnahmen hinweggegangen. Medizinische Bedenken, wissenschaftliche Kritik wurde überhört, auf schriftliche Gedanken, die von uns außerhalb der Hauptverhandlung vorgebracht wurden und die zum Teil bis in den persönlichsten Bereich des Gefangenen reichten, erfolgte keine Reaktion. Vorrangig muß daher heute für uns sein, den Protest und Widerstand gegen den Trakt, der sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen bildet, zu unterstützen.

Heute können wir feststellen: Die Taktik von Justizsenator Meyer, mit liberalen Formen der Öffentlichkeitsarbeit eine Sache zu verkaufen, die ganz und gar nicht liberal ist, diese Taktik ist nicht aufgegangen. Die Öffentlichmachung des Traktes, die Beschäftigung durch Presse, Anstaltsbesuche, Gruppen wie Humanistische Union und Alternative Liste hat nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Alle, die wir gesprochen haben, waren schockiert und betroffen. Mit einer Ausnahme, den Mitgliedern des Senates.

Diese Reaktionen in der Öffentlichkeit haben uns Mut gemacht, haben uns gezeigt, daß wir eben nicht, wie ständig vom Gericht behauptet, die Idioten sind, die unter Mißbrauch ihrer Rechte mit dem Trakt ein Thema einschmeißen, das gar nicht in die Hauptverhandlung gehört. Wenn Oberstaatsanwalt Widar eben empört aufstiehe, die Verteidiger seien heute nur deshalb gekommen, um gegen den Trakt zu polemisieren, dann hat er vollständig recht. Diese künstliche Trennung von Schuld- und Straffrage, um die es einzig in der Hauptverhandlung gehen soll, und den außerhalb der Hauptverhandlung als Haftbedingung zu behandelnden Trakt machen wir nicht mit. Wenn hier ~~Haftbedingung~~ wird, dann wird eben nicht abstrakt zu Freiheitsstrafe, sondern zu Trakt verurteilt. Und außerhalb der Hauptverhandlung als Haftbedingung zu behandelnden Trakt machen wir nicht mit. Wenn hier verurteilt wird, dann wird eben nicht abstrakt zu Freiheitsstrafe, sondern zu Trakt verurteilt. Und 10 Jahre Trakt befristet sind qualitativ etwas ganz anderes als 10 Jahre Freiheitsstrafe, die ist der Zusammenhang von Trakt und Hauptverhandlung.

Jeder, der hier Bundesanwalt Völz in der Hauptverhandlung erlebt hat, wird wissen, daß er sich diese Gelegenheit unseres Auszuges nicht entgehen lassen wird, ohne eine Ode auf die von ihm stets vorausgesetzte Notwendigkeit der Bestellung von Zwangsverteidigern vorzutragen. Doch die Töne werden hohl klingen.

Wir haben die Einführung der Trennscheibe über uns ergehen lassen, wir hinhinnehmen müssen, wie unsere Mandanten hinter Glas gesetzt wurden, wir sind sitzengeblieben, als das vollständig erwidrigende Verbot der Übergabe von Schriftstücken an die Angeklagten im Verhandlungssaal durchgesetzt wurde. Mit dem Trakt geschieht etwas viel Weitergehendes. Gerade Herr Völz hat uns heute in der Ansicht gestärkt, daß hier ein Menschenverstoß veranlaßt wird. Wenn er ausführt, Prof. Rasch könne ja noch gar kein Gutachten über die Wirkung des Berliner Traktes machen, da kein empirisches Material vorliegt, dann heißt das nichts anderes, als daß man die Gefangenen erst einmal wie Versuchskaninchen 2-3 Jahre in ihr Schicksal speert und dann erforscht, wie die Wirkungen dieser Behandlung sind.

Angesichts dessen hat der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Strafverteidiger, Rechtsanwalt Scheld, auf der Vermittlung am Freitag spontan vorgeschlagen, die Mandate niederzulegen. Dies werden wir nicht tun. Wir werden auch weiterhin die Interessen unserer Mandanten wahrnehmen, auch in der Hauptverhandlung. Wer sonst sollte dies in diesem Saal tun.

Aber auch wir haben Emotionen, haben geschwankt angesichts dieses kalten Gebrauchs staatlicher Macht zwischen Resignation und ohnmächtiger Wut. Von diesen Emotionen lassen wir uns nicht leiten, werden unsere Mandanten im Trakt weiter besuchen, die man ja gerade lebendig begraben will. Wir sehen uns jedoch psychisch nicht in der Lage, einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Wenn wir jetzt gehen, dann ist dies ein Protestakt, eine demonstrative Geste, nicht mehr und nicht weniger. Wir warnen uns, hier weiter gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Einladung zur Mitarbeit

Der „Verlag Roter Funke“ (Mitglied der AGAV) blüht um Mitarbeit.

Im Frühjahr 1980 erscheint ein Sammelband: Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit. Schreiben am Knast.

Wir suchen dementsprechende Essays, Gedichte, kurze Texte, Grafiken, die sich mit den Widerstandformen, insbesondere dem Schreiben im und aus dem Knast auseinandersetzen, also mit Zensur und Selbst-

zensur, Solidarisierungsmöglichkeiten und Politisierungsprozesse, mit Funktion, Sinn und Unsinn von Knastliteratur und ihrer zu entdeckenden Chancen. Dazu sammeln wir auch zensierte und verbotene Gefangenenzeutungen.

Schreibt bitte an Verlag Roter Funke, Feldstr. 13, 2800 Bremen 1

Urteil gegen Siegfried Haag — 15 Jahre!

Am 19.12.79 wurde der Rechtsanwalt Siegfried Haag zu 15 Jahren verurteilt, die höchste mögliche Strafe, die das Strafrecht nach dem „Lebenslänglich“ vorsieht. Damit folgte das Gericht sowohl im Strafmaß als auch in der Begründung voll dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

Das Gericht hielt es für erwiesen, daß Siegfried „den Plan für den Überfall auf die deutsche Botschaft (in Stockholm, Ann. AK) entwickelt, Teilnehmer dazu angeworben und Waffen aus der Schweiz beschafft“ haben soll (Tagespiegel, 20.12.79).

Und das, obwohl sich der Kronzeuge Speitel - wie schon in AK 168 berichtet - in erhebliche Widersprüche verwickelt hatte, seine belastenden Aussagen gegen Siegfried wegen des Überfalls auf die deutsche Botschaft in Stockholm zurückgenommen, sich gegen Ende des Prozesses aus dem Staub gemacht - und die angeblichen Mitglieder des Kommandos sichtlich Haag entlastet hatten. Aus all diesen Gründen forderte die Verteidigung Freispruch.

Mit diesem Urteil ist Haag der erste Rechtsanwalt, der wegen Mitgliedschaft in der RAF und Beteiligung an deren Aktionen verurteilt worden ist. (Die Urteile gegen Croissant und Groppewold betrafen das ominöse „Info-System“, das

die Anwälte zwischen den Gefangenen und RAF-Anhängern draußen aufgebaut haben sollen)

Noch keine Sicherheitsverwahrung!

Dieses Urteil ist das zweite gegen Haag: er war bereits im Juli 79 zu 14 Jahren verurteilt worden im Strafzusammenzug beider Verurteilungen kann die Gesamtstrafe nach deutschem Strafrecht nicht höher als 15 Jahre ausfallen. Gerade weil eine höhere Verurteilung nicht möglich war, wollte die Bundesanwaltschaft hier zum ersten Mal die Sicherheitsverwahrung einführen, um anzudeuten, ob sie auch in anderen Prozessen, wenn wieder mal der Kronzeuge nicht so funktioniert wie er soll, nach dieser Methode verfahren kann. Diesem Antrag auf Sicherheitsverwahrung ist das Gericht nicht nachgekommen. „ein Haag zu erheblichen Straftaten“ ist bei Haag nicht „zweifelsfrei“ festzustellen“ (Spandauer Volksblatt, 20.12.79). Ob für Siegfried damit die Sicherheitsverwahrung wirklich vom Tisch ist, ist bei dieser Begründung des Gerichts allerdings nicht so „zweifelsfrei“. Bereits im ersten Urteil hatte die Staatsanwaltschaft einen Antrag

auf Sicherheitsverwahrung gestellt, den das Gericht mit einer ähnlichen Begründung abgelehnt hatte: „Trotz Vorliegen der formellen Voraussetzungen bestehen Zweifel, ob Haag als Hängstier anzusehen ist“ (Spandauer Volksblatt, 12.7.79). Daß er jetzt noch nicht auf ewig im Knast verschwinden soll, liegt wohl eher daran, „daß sich keine Gutachter gefunden haben, die Siegfried aus dem Gerichtssaal heraus zum „Hängstier“ machen wollen“ (TAZ, 20.12.79).

Obwohl in diesem Fall die Sicherheitsverwahrung noch nicht verhängt wurde, ist zu befürchten, daß sie in späteren Urteilen, zum Beispiel gegen die Angeklagten im 2. Juni-Prozeß, wo sie auch schon mal zur Debatte stand, ausgesprochen werden könnte. Die Bundesanwaltschaft geht hier offensichtlich nach dem Motto vor: erstmal in die Diskussion bringen, etwas bleibt immer hängen und irgendwann wird es schon klappen. Und Sicherheitsverwahrung heißt, daß Angeklagte, denen konkret trotz Kronzeugen, Sachverständigen usw. keine Tatbeteiligung an Mord, Rädelführerschaft etc. vorgeworfen werden kann, trotzdem für ihr ganzes Leben im Knast verschwinden.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

»Stammheim-Prozeß« in Westberlin

Mit dem in Kürze anstehenden Prozeß gegen Presseverantwortliche und angebliche Vertreter der früheren Westberliner Spont-Zeitung BUG-Info hält die Justiz zu einem weiteren Schlag gegen die „undogmatische Linke“ aus.

Nach dem Willen der Staatsanwaltschaft sollen 5 Genossen vor den Kadi gezogen werden, weil im BUG-Info die Stammheimer Todesfälle als „Mord“ gekennzeichnet wurden.

Angeklagt soll weiterhin sein, Hungerstreikerkämpfungen von politischen Gefangenen zu dokumentieren, kritisch über die Haftbedingungen in den westdeutschen Knästen zu berichten, genauso wie es eine Straftat sein soll, Erklärungen etwa des „Revolutionären Zellen“ abzurufen.

Damit aber nicht genug. Selbst die in der Linken allseits beliebten und vielgerufenen Parolen wie „Wehrt Euch, leidet Widerstand“ oder „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“ sollen ebenso kriminallastig werden wie „Reißt die Mauern ein, holt die Menschen raus“ oder „Freiheit für die Agit-Drucker“.

Vor dem Hintergrund der Verurteilung der GAL-Frauen im jüngsten Hamburger Stammheimprozeß und dem AGIT-Drucker-Urteil, die

des Druckens der InfoBUGs (das BUG-Info erschien nach dem Verbot des Info-BUGs zu 9 bzw. 12 Monaten Knast verurteilt wurden, weil es durch das Drucken des Info-BUG „terroristische Vereinigungen“ nach 129 a unterstützt haben sollen, ist in dem jetzt anstehenden Verfahren noch mit viel Schlimmerem zu rechnen.

Wenn die Drucke zu derartig horrenden Strafen verurteilt werden, wie lange möchte die Staatsanwaltschaft dann erst die vermeintlichen

Hersteller und Vertreter des BUG-Info hinter Gitter bringen? Daß in diesem Verfahren insbesondere die staatliche Selbstmordversion der Stammheimer und Stadelheimer Vorfälle festgeschrieben und jeder Zweifel, jeder „Mord“-Verdacht oder „Mord“-Behauptung unter Anklage steht, beweist einmal mehr, daß in diesem liberalen Rechtsstaat Herren Baum und Co. jeder von uns zum Glauben an Selbstmord, an humane Haftbedingungen und zum Vergessen von Widerstand überhaupt gezwungen werden soll.

Daß das BUG-Info und damit seine Presseverantwortlichen und angeblichen „Verkäufer“ in die „terroristische Ecke“ gedrängt werden sollen, wird auch aus der Vorgeschichte deutlich.

Nach wochenlangen Observationen wurde am 17.9.78 der Laden, in dem das BUG-Info zusammengelegt wurde, von der Polizei brutal überfallen. Etliche Personen wurden damals auf offener Straße im Wild-West-

Stil mit MP im Anschlag von zivilen Staatschützern festgenommen. 18 Personen wurden bei dieser Staatsschutzaktion vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Bei der Druckerlei wurden Druckplatten, Rechnungen und Filme beschlagnahmt.

Bisher ist dieser Offensive des Staates noch nichts entgegengestellt worden. Auch in der linken Öffentlichkeit ist der anstehende Prozeß und insbesondere seine politische Brisanz weitgehend unbekannt.

Das muß sich ändern. Dieser Prozeß wird nun nicht den von der Anklage gewünschten Verlauf nehmen, wenn die Chances genutzt wird, durch eine intensiv-inhaltliche Prozeßvorbereitung und eine Öffentlichkeitsarbeit in allen linken und demokratischen Bereichen die staatlich verordnete Selbstmordthese beträchtlich ins Wanken (noch besser zu Fall) zu bringen.

Westberliner Anti-Repressionskommission des KB



Nach diesem Vorfälle war für uns der Ofen aus ...!

»Motzer« wegen Jacobi-Brief verurteilt

Wegen angeblichen Verstoßes gegen den Terrorparagrafen 90 a („Verunglimpfung“ des Staates und seiner Organe) wurde der presserechtlich Verantwortliche der beschlagnahmten Alternativzeitung „Motzer“ 52, Ralph Heidreich, zu 450 DM Geldstrafe (auf 2 Jahre Bewährung) verurteilt. (Wir berichteten bereits darüber im ARBEITERKAMPF).

Der Jacobi-Brief, wegen dessen Dokumentation der Prozeß stattfand, wurde zuerst kurz nach der Wahl von Carstens im Münchener BLATT abgedruckt, die prompt beschlagnahmt wurde. Der Münchener Schriftsteller Jacobi führt in diesem Offenen Brief aus, warum der Alt-Nazi Carstens ein besonders geeigneter Repräsentant gerade für diesen Staat sei. Nach der Beschlagnahmung wurde der Brief aus Solidarität oder zur Dokumentation in mehreren anderen Zeitungen abgedruckt, die z.T. wieder beschlagnahmt wurden.

Wegen des Abdrucks des Briefs in der Zeitung des JZ Eschhaus in Duisburg sollte dieses Jugendhaus geschlossen werden. Aus diesem Anlaß wurde der Brief - nach einem Artikel - als Dokument im „Motzer“ abgedruckt. Der „Motzer“ wurde be-

schlagt und nun lief am 23.1 der Prozeß. Die Bedeutung liegt vor allem auch darin, daß er als Präzedenzfall für die anderen Anklagen angesehen werden muß.

Vertreter der Anklage in dieser Verhandlung war - obwohl es erst die erste Instanz war - Oberstaatsanwalt Dürr, der peinlicherweise selbst die entscheidenden Stellen im Rundfunk verlesen hatte. Im wesentlichen meinte er: Man darf nur dokumentieren, wenn man sich gleichzeitig distanzieren! (Sie glauben wohl, Pressefreiheit heißt, daß jeder schreiben kann, was er will?). In einem Gespräch erweiterte er das auch auf Beleidigungsprozesse, so daß niemand (etwa im Zusammenhang mit einer „Faschist“-Beleidigung) die beleidigende Äußerung dokumentieren darf, ohne sich von der Beleidigung ausdrücklich zu distanzieren!!! Und er magte auch ganz klar „Was die Journalisten schreiben dürfen, bestimmen WIR“ - und im Übrigen auch die Rechtsprechung. Es geht hier darum, „daß Maßstäbe gesetzt werden“!

Zur großen Empörung der 80 bis 100 Anwesenden im viel zu kleinen Gerichtssaal schloß sich die Richterin der völlig haarsträubenden

den „Argumentation“ des Oberstaatsanwalts an. Sie sprach u.a. von einer Identifizierung mit dem Brief „zwischen den Zeilen“ (!!!)

So verurteilte sie Ralph zu 450 DM Geldstrafe - (Antrag der Anklage: 600 DM) in Form einer Verwarnung.

Nach dieser ersten Verurteilung sind nun wohl in den anderen Verfahren um den Jacobi-Brief weitere Verurteilungen zu erwarten.

Der „Motzer“ wird aber auf jeden Fall in die Betafung gehen. Da außerdem noch ein anderes Verfahren (wegen angeblicher Beleidigung) bevorsteht, wären Protestresolutionen und Spenden besonders wichtig.

Adresse: Motzer, Leerzeitung für Oberschwaben Postfach 1163 7980 Ravensburg

Tele: Nr. 199977-706 Postfachamt Stuttgart

Für KB-Sympt am Knechtsteden

Christentum und Sozialismus

Von wem mögen bloß folgende Sätze stammen?

- a) Kirchenkommission des KB
- b) Rudolf Bahro
- c) Bischöfe von Nicaragua

„Wenn der Sozialismus - wie einige annehmen - sich dadurch widerlegt, daß er Menschen und Völker ihres Charakters beraubt, freie Gestalter ihrer Geschichte zu sein, wenn er versucht, das Volk blind den Manipulationen und Diktaten derer zu unterwerfen, die willkürlich Macht ausüben, dann könnten wir einen solchen falschen und unechten Sozialismus nicht akzeptieren. Ebenso wenig könnten wir einen Sozialismus akzeptieren, der in Überschreitung seiner Kompetenzen dem Menschen das Recht auf die religiösen Motivationen seines Lebens oder das Recht auf öffentlichen Ausdruck dieser Motivationen und seiner Überzeugungen nehmen wollte und dies gilt für jede Religion.“ () Wenn dagegen Sozialismus - wie es sein sollte - Vorrang für die Interessen der Mehrheit der (en) Völker bedeutet und das Modell einer solidarischen, zunehmend partizipativen und national geplanten Wirtschaft verwirklicht, dann haben wir nichts einzuwenden. Ein solcher Entwurf einer Gesellschaft, der die gemeinsame Nutzung der Güter und Ressourcen des Landes gewährleistet, der es möglich macht, die menschliche Lebensqualität auf dieser Basis der Befriedigung der Grundbedürfnisse aller zu verbessern, scheint uns gerecht. Wenn Sozialismus den fortschreitenden Abbau der Ungerechtigkeiten und der herkömmlichen Ungleichheit zwischen Stadt und Land, zwischen Entlohnung der geistigen und körperlichen Arbeit impliziert (zum Inhalt hat, Anm. AK) wenn er Partizipation (Teilnahme, Anm. AK) des Arbeiters und die Überwindung der ökonomischen Entfremdung bedeutet, dann gibt es im Christentum nichts, was diesem Prozeß entgegensteht. () Wenn Sozialismus impliziert, daß die Macht aus der Perspektive der großen Mehrheit und unter wachsender Beteiligung des organisierten Volkes ausgeübt wird, so daß es zu einer wirklichen Übertragung der Macht auf die Volksklassen führt,

wird er wiederum im Glauben, nur Unterstützung und Ermunterung finden. Wenn der Sozialismus zu kulturellen Prozessen führt, die die Würde der Volksmassen zu erwecken vermögen und er sie ermuntert, ihre Verantwortung zu übernehmen und ihr Recht einzufordern, dann handelt es sich um eine Veranschaulichung, die mit der in unserem Glauben verkündeten menschlichen Würde übereinstimmt. Was nun den Klassenkampf angeht, so ist eine Sache die dynamische Wirklichkeit des Klassenkampfes, der zu einer gerechten Veränderung der Strukturen führen soll, und eine andere Sache der Klassenhaß, der sich gegen Personen richtet und radikal dem christlichen Primat der Liebe widerspricht“ (zit. nach „Publik-Forum“ (180).

Auflösung des Rätsels:
Antwort a) ist selbstverständlich falsch, weil sich die Kirchenkommission nur bei dem Theologen Karl Barth ausspricht, außerdem auf jeden Fall die Freikirchliche Berücksichtigung hätte.

Antwort b) ist ebenso falsch, weil Bahro vom Klassenkampf nicht mehr reden mag und hinzugefügt hätte, daß jedes Prozent Wachstum ein Verbrechen gegen die Menschheit ist (siehe Artikel in diesem AK).

Antwort c) ist richtig, wenn man/ frau auch merkt, daß die Bischöfe ausschließlich männlichen Geschlechts sind.

Gewinne:
Wer auf Antwort a) getippt hat, ist wahrscheinlich ein verkniffener K- oder M-Gruppier und gewinnt einen kostenlosen Kirchenbesuch.

Wer b) für richtig hielt, ist wahrscheinlich als Linker bei den Grünen engagiert, und hat jetzt eine Anregung gewonnen, darüber noch einmal nachzudenken.

Wer hingegen und das dürften wenige sein, wählte, die Antwort c) zu trifft, konnte sich aus und hat sich eine entspannte Diskussion mit dem Verfasser und der Kirchenkommission über eine sinnvolle Fortsetzung der „Jesus-Debatte“ redlich verdient.

Ein Freiburger Genosse

Juden und Kirche im 3. Reich

Von Anfang an keine Solidarität mit den Juden

Im Protest gegen die Anwendung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (Arierparagraph) auf Mitglieder der Kirche (Judenchristen) hatte sich der erste kirchliche Widerstand gegen den Nazistat gesammelt (s. AK 150 oder Broschüre der Kirchenkommission des KB, zu beziehen über Verlag J Reenta). In der Verpflichtung des Pfarrernotbundes nahm die Ablehnung dieses Paragraphen den Rang eines Glaubensartikels ein, „daß eine Verletzung des Bekenntnisses mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.“ Diese Verpflichtung definiert präzise die äußerste kirchliche Widerstandslinie gegen die nationalsozialistische Politik der folgenden Jahre. Auch die Bekenntende Kirche fand von Anfang an kein Wort für die jüdischen Verfolgten. Ihre beiden ersten Synoden (Mai und Okt. 1934) standen von Anfang an unter dem Sternzeichen lutherischer Staatstreue. Ihr Protest sei keineswegs eine Opposition „gegen die jüngste Geschichte des Volkes, gegen den neuen Staat... gegen die Obrigkeit“ wurde ausdrücklich beschlossen (E. Botho, Kirchenkampf und Antisemitismus). Und das nach einem Jahr Hittlerischer Regierung! Unelgigkeit darüber, wie weit konkreter Widerstand gegen Nazipolitik und Nazichristen im kirchlichen Interesse gehen könne, und - müde

denn möglich und gefordert, wenn die Kirche den Staat in seiner Rechtsordnung schaffenden Funktion versagen sieht, d.h. wenn sie den Staat hemmungslos ein Zurecht oder ein Zwang an Ordnung und Recht verweigert.“ (Ges. Schriften II).

Dietrich Bonhoeffer blieb ein Ruf in der Wüste. Denn entgegen seinen Bemühungen und Erwartungen hatte die Augsburger Synode der oppositionellen Bekenntenden Kirche im Juni 1935 zur Judenfrage nichts geäußert. Nicht einmal die Eingabe des Berliner Superintendentes M. Alberts (Denkschrift über die Aufgaben der Bekenntenden Kirche an den evangelischen Nichtariern) fand Berücksichtigung. Sie schlug vor, eine Erklärung der Bekenntenden Kirche an die „nichtarischen Brüder“ und konkrete Hilfsmaßnahmen für kirchliche Nichtarier, z.B. bei Berufsausbildung oder Auswanderung, zu beschließen. Dabei wäre eine öffentliche Stellungnahme zu jenem Zeitpunkt gut platziert gewesen, weil die britische Nazipropaganda für die geplante Rassegesetzgebung im Herbst gerade im Anlaufen war.

Auf der 3. Bekenntnissynode der evangelischen Kirche der altpreußischen Union (23.9.35) mußten Bonhoeffer, Alberts u.a. sogar gegen Strömungen auftreten, die eine positive Stellungnahme zum rassistischen Geschrei des eben beendeten Reichsparteitages abgeben wollten. Zustimmung zu Nürnberg statt eines Protestes in der Judenfrage hatten sie befürchtet.

Trotzdem ist Bischof Hübner (Nordelbien) nur noch südafrikanische Äpfel, weil ihn diese Aktion an den Boykott jüdischer Geschäfte von 1933 „erinnert“.

Trotzdem gibt die Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche eine Erklärung zur Lage im südlichen Afrika heraus, in der es heißt: „Auch unsere eigenen Interessen sind berührt. Es gibt eine Interessengemeinschaft, durch die unser Land in vielfältiger Weise mit der Wirtschaft in Südafrika verbunden ist. Wir werden dadurch unauferwehlich in eine Mitverantwortung für die dortige Situation hineingezogen. Auf der einen Seite steht unsere erklärte Ablehnung des Rassismus, auf der anderen unsere enge wirtschaftliche Verflechtung mit dem südlichen Afrika, aus der wir uns nicht lösen.“ Deutlicher geht es immer Ablehnung der Apartheid nur, soweit das den kapitalistischen Profitinteressen nicht schadet! Heute wie damals: die äußerste Linie kirchlichen Protestes hat an der Politik des Staates und seinen Interessen ihre Grenze. Frei nach Bonhoeffer müßten nun Christen rufen: „Nur der darf Kirchenlieder singen, der laut für die Schwarzen schreit!“

Kirchenkommission

AKW-Gegner in der AKW-Gegner in der nordelbischen Kirchenleitung

„Die Kirchenleitung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche ermuntert alle Kirchengemeinden, sich der Kernkraft-Diskussion - in geistlicher Verantwortung und intellektueller Redlichkeit zu stellen.“

Mit dieser Aufforderung reagiert Bischof Stoll, Chef der Nordelbischen Landeskirche auf die Proteste zahlreicher AKW-Gegner innerhalb der Kirche, die bereits mit den Brokdorf Demonstrationen nicht mehr bereit sind, das Schweigen ihrer Kirche in der AKW-Frage hinzunehmen. Nun gab es ja bereits vor allem ohne Zutun der Kirchenleitung mehrfach Gelegenheiten für Christen sich einer solchen Diskussion zu stellen (z.B. Besetzung der Petrikirche Ostern '79 oder der Kongress gegen Atomkraft im November '79 in Hamburg). Es muß allerdings dabei festgestellt werden, daß diejenigen Christen, die ihre Worte auch in die Tat umsetzen, doch immer wieder ihre Schwierigkeiten mit der „geistlichen Verantwortung“ und der „intellektuellen Redlichkeit“ der Kirchenoberen be-

men. Als Beispiel sei hier noch einmal an den Vorwurf erinnert, den sich einige Pastoren, die an der Petri-Kirchenbesetzung teilgenommen hatten, seitens der Kirchenleitung „einfielen“.

Aber damit nicht etwa auch viele andere Christen in Konflikt mit ihren Oberherren geraten können, hat Bischof Stoll in seinem Brief „An die Gemeinden zur Kernkraft-Diskussion“ gleich einige Interpretationen mitgeteilt. „Dabei bedeutsame geistliche Verantwortung allerdings auch, daß Christen sich nicht zu Richtern übereinander erheben sollen.“ (Dagegen wir ja sonstigen Zeiten entgegen! Anm.

d. Verf.) Und intellektuelle Redlichkeit beinhaltet die Einsicht, daß wir z.Zt. alle an der Ausdeutung der Schöpfung teilhaben.“

Stoll weiter: „Wir hören als Vorwurf: Ohne kirchlichen Einspruch wurden Hügel zu Kristern, Bäche zu Kloaken, Wästen, Tiere und Pflanzen wurden aus ihren Lebensräumen verdrängt, ausgerottet oder mißbraucht.“ Ja wer ist denn eigentlich dafür verantwortlich? Wer nimmt denn die völlige Zerstörung menschlichen Lebens in Kauf, um seinen Profit zu vergrößern? Doch nicht die vielen Menschen, die Bischof Stoll mit seinem Brief „an die Gemeinden...“ erreichen will!

Und doch müssen wir bedauerlicherweise feststellen, daß der „Bischöfliche“ unter einer ganzen Reihe von Christen auf Zustimmung stößt. Natürlich ist es schon zu begrüßen, daß die nordelbische Kirchenleitung sich dazu herabläßt einige Mißstände des Diakonie aufzuzählen, ja sogar öffentliche Bedenken gegen Atomkraftwerke zu äußern. Nur muß kritisch gefragt werden, wen sie dafür verantwortlich macht, und vor allem wem eine Stellungnahme in dieser Weise letztendlich nützt. Überprüfbar Tatsache ist nur, daß, während Bischof Stoll seine Christen ermahnt, in „geistlicher Verantwortung“ und „intellektueller Redlichkeit“ zu diskutieren, er gleichzeitig dafür sorgt, daß kirchliche Mitarbeiter und Pastoren die in „geistlicher Verantwortung“ und „intellektueller Redlichkeit“ handeln mit kirchlichen Disziplinmaßnahmen bedroht und einschüchtern werden. Wir fordern daher alle „Christen gegen Atomkraft“ auf, gerade anhand dieses Briefes die unchristliche und ungläubwürdige Stellung der Kirchenleitung zur Atomenergie deutlich zu machen und von der Kirchenleitung eindeutige Stellungnahme in „christlicher Verantwortung“ und „intellektueller Redlichkeit“ zu fordern.

Kirchenamt

konkreter Widerstand gegen Nazipolitik und Nazichristen im kirchlichen Interesse gehen könne, und - müde gesagt - Härterzigkeit gegenüber Millionen Leidenden bewirkten, daß auch die Bekenntende Kirche angesichts des Naziterrors weitgehend stumm blieb.

Die Nürnberger Gesetze

So läßt auch die Inkraftsetzung der Nürnberger Rassegesetze keinen kirchlichen Protest aus. Am 15. Sept. 1935 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg wurden die „Nürnberger Gesetze“ durch Akklamation beschlossen.

Das „Reichsbürgergesetz“ teilte die deutschen Staatsbürger in „Reichsbürger“ und „Staatsangehörige“. Dadurch wurde der jüdische Teil der deutschen Bevölkerung zu Bürgern minderen Rechts gestempelt. Das „Blutschutzgesetz“ verbot „Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes.“ Auch der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Angehörigen der beiden „Rassen“ wurde verboten und später als „Rassenschande“ mit schweren Strafen - bis zur Todesstrafe - belegt. Nach dem Boykott Pogromen vom Frühjahr 1933 war dies ein entscheidender weiterer Schritt zur gesellschaftlichen Isolierung der Juden.

Isolierter Protest von D. Bonhoeffer

Der einzige, der gegen die nationalsozialistischen Judenpogrome und die staatliche Nichtariengesetzgebung von Anfang an öffentlich opponierte und - leider erfolglos - Protest zu organisieren versuchte, war Dietrich Bonhoeffer. Er hatte schon im April 1933 in einem Vortrag gegen den Ausschuß der Judenchristen aus der evangelischen Kirche und für die Solidarität der Kirche mit den verfolgten Juden Stellung bezogen. In diesem Vortrag deutete er die Notwendigkeit politischen Widerstandes der Christen

„Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde zugehört... nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Solches Handeln wäre mittelbarer politisches Handeln der Kirche und ist nur

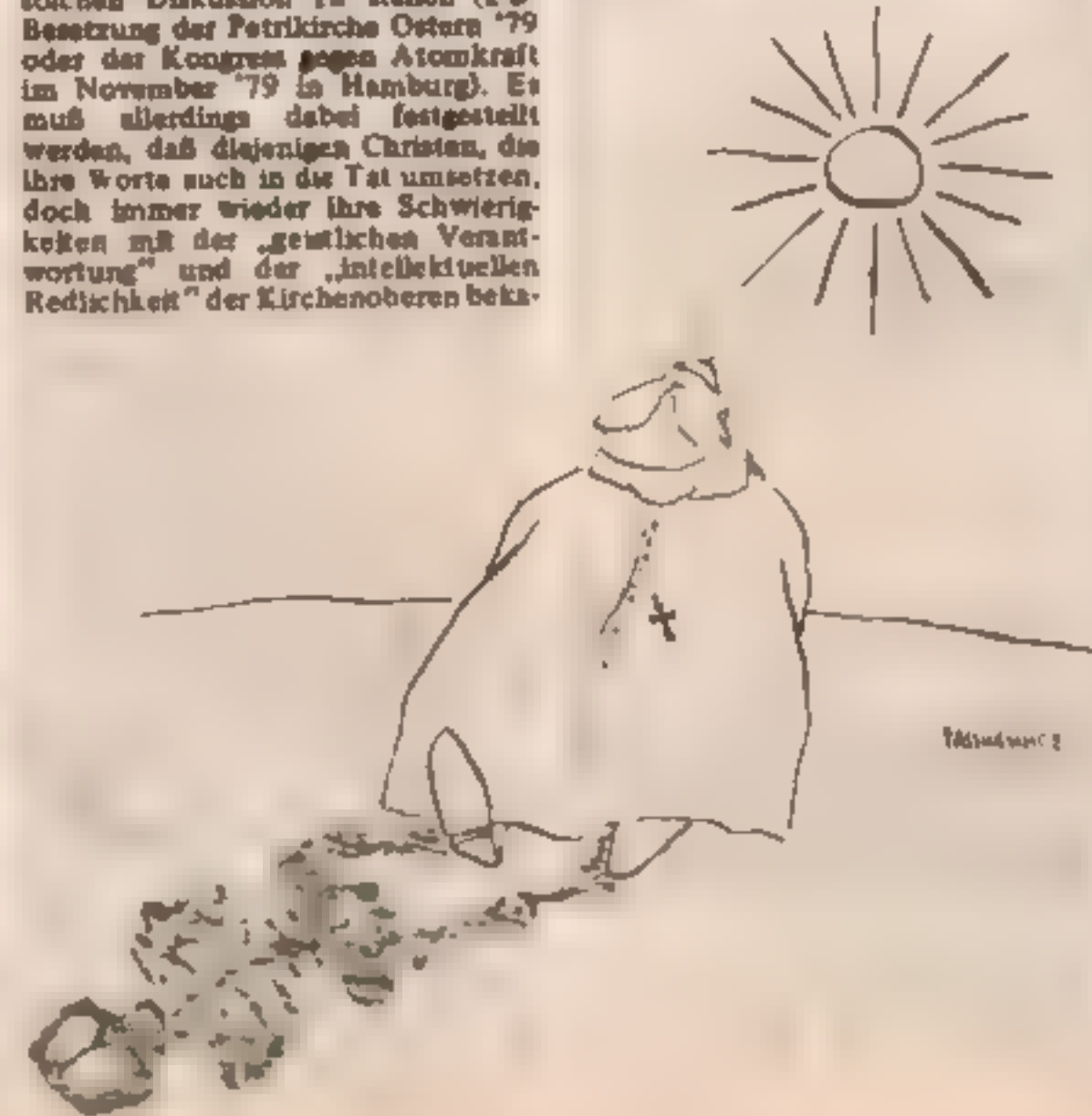
Fortwirken von Nürnberg in der BRD

Die Evangelische Kirche hat auch nach 1945 ihre Linie beibehalten: weder hat sie sich für eine Entnazifizierung eingesetzt (das wäre womöglich peinlich geworden), noch hat sie gegen den Rassismus, z.B. in der RSA, laut geschrien.

EKD und Rassismus in Südafrika

Die rassistische Apartheidgesetzgebung gleicht der von Nürnberg 1935 aufs Haar. Eheschließungen zwischen Weißen und Nichtweißen sind verboten. Solche im Ausland geschlossenen Ehen sind in der RSA ungültig. Auch außerehelicher Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Nichtweißen ist strafbar.

Trotzdem hält die EKD die Aktion der evangelischen Frauenarbeit „Kauft keine Früchte in Südafrika“ für unangebracht.



Türkei: Heftige Attacken gegen die Linke

Drei Wochen nach der Erklärung des Militärs an das türkische Volk (s. AK 169) hat jetzt das Parlament in Ankara einen Teil des Antiterrorismusgesetzes verabschiedet.

Nach dem neuen Ordnungsgesetz können Hausdurchsuchungen ohne Hausdurchsuchungsbefehl durchgeführt werden. Klagen gegen dieses Vorgehen seitens der Betroffenen sind nur dann möglich, wenn diese vom Bürgermeister oder zuständigen Gericht als gesetzswidrig bestätigt werden („Cumhuriyet“, 19.1.80). Außerdem sind die Kriegswachkommandanten jetzt jederzeit in der Lage Zensur auszuüben. Die Vereinsbildung zu politischen Zwecken ist jetzt Polizisten und Studenten verboten. Widerstand gegen diese Gesetze hat es von der sozialdemokratischen Volkspartei (CHP) und der nationalen Heilspartei (MSP) an zwei Punkten gegeben. So wurde von ihnen die Klausel, die den türkischen Streitkräften erlaubt, Wohnungen ohne richterlichen Befehl zu durchsuchen, sowie den Zivilbehörden das Recht gibt, geplante Demonstrationen zu verbieten, abgelehnt („FR“, 17.1.80). Der Widerstand der CHP, die es insgesamt auf eine Unterstützung der rechtsgerichteten Regierung anlegt, kam deshalb zustande, weil auf den linken Flügel in der Partei immer noch Rücksicht genommen werden muß. Dieser linke Flügel könnte bei einem kompromißlosen Unterstützungskurs gegenüber der rechtsgerichteten Regierung unter Demirel die CHP ge-

rade in den Großstädten wie Istanbul in enorme Schwierigkeiten bringen.

Eine Woche Terror gegen die Linke

Der SPD-Abgeordnete Coppel, der kürzlich die Türkei besuchte, warf der Regierung Demirel vor, „sie verstoße ihre Repressionen gegen die politische Linke, während Rechtsextremisten geschenkt würden. Vor allem das Militär verleihe durch Folterungen, willkürliche Verhaftungen und andere Einschüchterungsmaßnahmen die Menschenrechte, besonders in den kurdischen Wohngebieten“ („FR“, 25.1.80).

Die Meldungen der letzten 10 Tage verstärken diesen Eindruck. Der Vorsitzende der Partei der Werktätigen Mihri Belli wurde verhaftet, weil er eine Waffe bei sich trug. Mihri Belli ist im letzten Jahr Opfer eines faschistischen Anschlages gewesen. Auf dem Wege zu seinem Büro wurde er von einem Faschisten so schwer angeschossen, daß er mehrere Wochen mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus lag.

27 Lehrer wurden in Ankara festgenommen, weil sie an Demonstrationen Ende Dezember letzten Jahres teilgenommen hatten. Außerdem wurden über 4500 Lehrer entlassen. In Trabzon wurden 10 Mitglieder der revolutionären Organisation Devrimci Yol verhaftet. In Izmir wurden auf Grund eines Anschlages auf ein



Polizeirevier 18 Mitglieder von Devrimci Yol festgenommen. Währenddessen nahmen die Angriffe der Faschisten und der Polizei auf die Linke zu. In Samun wurden zwei Mitglieder der fortschrittlichen Lehrergewerkschaft TÖB-DEK erschossen und zwei weitere schwer verletzt. In Antalya wurden zwei Menschen von Faschisten erschossen. In Tarsus wurde ein Student einer linken Organisation ermordet. In Gaziantep wurden zwei Linke von Faschisten erschossen (aus „Cumhuriyet“, 7.1. - 19.1.80).

Wir wollen diese Liste nicht weiter aufzählen, aber sie gibt so schon ein gutes Bild, unter welcher schweren Bedingung heute die Linke den Kampf führt.

Izmir-Arbeiter verbarrikadieren sich in ihrem Betrieb

Zu tagelangen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und türkischen Arbeitern und Studenten kam es in Izmir. Izmir ist eine der Städte, die bisher noch nicht unter Kriegsrecht stehen. Am 23.1.80 versuchten Polizeieinheiten eine Hausdurchsuchung in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft vorzunehmen. Dabei stießen sie auf den Widerstand der Arbeiter, die sich in ihrem Betrieb verbarrikadierten und Widerstand gegen die Polizeikräfte leisteten. Dabei wurden 10 Polizisten und 25 Arbeiter verletzt. Die Rache der Polizei erinnerte an Tage des chileni-

schen Putches. 525 Arbeiter wurden verhaftet. Dabei mußten sie sich blüchlings auf die Erde legen, während Polizisten mit MP's sie kontrollierten. Am Mittwoch organisierten dann die Studenten der Stadt Solidaritätsdemonstrationen. Dabei kam es zu längeren Straßenschlachten. Über 200 Studenten wurden verhaftet. Dieser Widerstand zeigt aber auf der anderen Seite, daß die Arbeiter und fortschrittlichen Kräfte nicht ohne weiteres Repressionen und drohenden Faschismus bzw. Militärherrschaft hinnehmen werden. Nur ist der Widerstand regional sehr unterschiedlich und national überhaupt nicht koordiniert. (Türkei-Kommission)

Interview mit Otelo

(Interview mit Big Flame, Großbritannien)

Frage: Welches sind deine gegenwärtigen politischen Projekte?

Antwort: Unsere derzeitige Politik besteht darin, eine gemeinsame Plattform der revolutionären Linken zu entwickeln, und so etwas kann nicht Hals über Kopf vor sich gehen, wir hoffen, daß wir in der Lage sein werden, uns im Herbst 1980 zur Wahl zu stellen.

Frage: Bedeutet das einen programmatischen Klärungsprozeß und die Vereinigung verschiedener revolutionärer Kräfte für einen Neubeginn?

Antwort: Ja, wir diskutieren seit Juni über die beste Form solcher einheitlichen Plattform. Sobald wir eine Basis für diese Plattform haben, wollen wir Versammlungen im ganzen Land einberufen, um mit den Arbeitern und Bauern darüber zu diskutieren. Danach soll es einen nationalen Kongreß der „Volksmacht“ geben, auf dem ein Wahl-Ausschuß gewählt und eine Kandidaten-Liste aufgestellt werden soll. Wenn die Kampagne gut organisiert wird, sind wir sicher, im nächsten Parlament eine starke Vertretung der revolutionären Linken zu bekommen.

Frage: Logischerweise stammen unsere Informationsquellen über Portugal aus der bürgerlichen Presse und diese hat sicher ein Interesse daran, den Eindruck zu erwecken, als seien alle Erfahrungen von 1975 in Frage gestellt. Dankst Du auch so?

Antwort: Eine der wesentlichsten Erfahrungen aus der Zeit um 1975 war der qualitative Sprung im Denken der Arbeiter und Bauern und in ihrem politischen Bewußtsein. Nach dem Rückschlag im November 1975 mußten die Arbeiter und Bauern die Organe der Volksmacht aufgeben (z.B. die Arbeiter- und Bauernkommissionen), die sie sich geschaffen hatten. Sie haben sich den traditionellen Institutionen wie z.B. den Gewerkschaften zugewandt. Die Gewerkschaften in Portugal sind derzeit sehr stark und kämpferisch, und trotz der Dominanz der kommunistischen Partei gibt es eine recht starke Linke darin, die sich Gehör verschafft und die PC zwingt, kämpferisch zu sein. Diese Mutanz und dieser Kampfegeist existieren auf dem Land, bei den Feldarbeitern und in den Fabriken - es gab eine Reihe von Streiks vor kurzem. Z.B. streikten im letzten Juni die Arbeiter der Mine Boia Alta für 45 Tage, davon einen großen Teil der Zeit

unter Tage. Ihr Kampf wurde von ihren Frauen und Kindern vorbehaltlos unterstützt und hat mit einem Sieg auf der ganzen Linie geendet.

Frage: Eine Sache, die viele geschockt hat, die Portugal nach dem Sturz des Regimes überfallen haben, war der große Unterschied im politischen Bewußtsein zwischen dem Norden und Süden des Landes. Ist diese Kluft auch heute noch so groß wie vor ein paar Jahren?

Antwort: Der Streik z.B., von dem ich eben erzählt habe, hat sich in Viseu abgespielt, das ist eine der reaktionärsten Städte im Norden. Im Norden scheint sich eine Wende anzubahnen, es gibt Dinge, die uns optimistisch sein lassen, bei den örtlichen Wahlen in Miranda, im nördlichsten Teil des Landes (Trás os Montes), hat die PC einige Sitze erobert. Es scheint in den reaktionärsten Teilen des Landes einen Abschwung der Rechten zu geben.

Wenn man den Fluß Tejo als geographische Grenze nimmt, leben 2/3 der Bevölkerung im Norden des Landes. Die Ländarbeiter im Süden haben schon immer ein entwickelteres politisches Bewußtsein gehabt, sie hatten immer nur ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen konnten. Das ist eine Gegend der Großgrundbesitzer, die große Güter besitzen.

Im Norden ist das Bewußtsein weitaus schwächer; dort sind die Bauern isoliert, sie arbeiten auf kleinen Parzellen, die ihnen selbst gehören. Und der reaktionäre Einfluß der örtlichen Größen und der Kirche ist viel größer. Die Leute wählen so, wie es ihnen von diesen örtlichen Größen und von der Kirche angegeben wird. Weil sie in ihrer Arbeit und ihrem gesamten Leben isoliert sind, kriegen sie vom politischen Leben des Landes nicht viel mit.

Frage: Wie ist die Situation der „Retornados“, der Heimkehrer aus den ehemaligen Kolonien in Afrika? Stellen sie immer noch eine wichtige politische Kraft im Land dar?

Antwort: Ja. Sie umfassen 800.000 Leute und stellen fast 10% der Wählerstimmen und stimmen für die Rechten. In der Tat hat die Regierung angesichts der Probleme der Heimkehrer wirksame Maßnahmen ergriffen; sie hat viel Geld ausgegeben, um sicherzugehen, daß alle in die Gesellschaft wieder eingegliedert werden. Viele von ihnen haben heute Führungspositionen in der Mittelstandindustrie und im Kleinhandel.

Frage: Der Eintritt Portugals in die EG ist eine wichtige politische Frage. Was Du dagegen?

Antwort: Ja, die revolutionäre Linke meint, daß ein Eintritt in die EG verheerende Wirkungen für das portugiesische Volk haben würde. Der Lebensstandard würde sinken, denn die portugiesische Industrie wird nicht in der Lage sein, sich mit der der höher industrialisierten Länder Nordeuropas zu messen, wir würden zu einem Absatz-Markt für deren Produkte werden, einschließlich Nahrungsmitteln. Heute importiert Portugal 70% seiner Nahrungsmittel und wir sind gänzlich unvorbereitet, dem Wettbewerb in der EG standzuhalten.

Unsere Gegenvorstellung sieht so aus, daß wir einen neuen wirtschaftlichen Weg für Portugal öffnen wollen, indem wir die ökonomischen Verbindungen mit den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika entwickeln: wir könnten unsere Technologie gegen ihre Grundstoffe tauschen. Wir haben sehr gute Beziehungen zu Ländern wie Mozambique und doch sind es Länder der EG wie z.B. die BRD, die diese Form der wirtschaftlichen Beziehungen ausbauen und mit Mozambique Handel treiben.

Frage: Tatsache ist doch, daß Portugal bei einem Beitritt zur EG nur weiterhin verstärkter Gastarbeiter für die französische und westdeutsche Wirtschaft stellen würde und Lieferant für billigen Wein wäre.

Antwort: Die Regierungspolitik zielt darauf ab zu versuchen, eine Antwort auf die Probleme mit dem Ausgleich der Zahlungsbilanz zu finden, indem sie das Geld abwertet, indem sie hofft, den Export zu steigern. Der Erfolg besteht darin, daß die Importpreise steigen und der Lebensstandard sinkt.

Frage: Um auf 1975 zurückzukommen: Ich denke, daß die revolutionäre Linke außerhalb von Portugal am meisten über die Schnelligkeit überrascht war, mit der die Erfahrungen der revolutionären Prozesse auf den Einfluss des linken Flügels im MFA in Frage gestellt wurden. Wenn Du mal zurückdenkst, meinst Du, daß Fehler gemacht worden sind, die vielleicht vermeidbar gewesen wären?

Antwort: Der große Irrtum war, nach dem Sturz des Faschismus für die verfassungsgebende Versammlung Wahlen auszuschreiben, die die existieren-

den politischen Parteien legitimierten. Dadurch wurde der Kampf zu einem parlamentarischen Kampf zwischen der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei, die von allen Kräften der Rechten unterstützt wurde. Dieser Kampf hat den Revolutionär (des MFA) in einen pro-kommunistischen und einen pro-sozialistischen Flügel gespalten, letzterer hatte die Mehrheit bei den Streikkräften insgesamt, zudem war das MFA isoliert. Mit dem Sturz der Regierung Vasco Goncalves, die pro-PC war, war der Weg frei für die Sozialistische Partei und ihre Unterstützungsgruppe im MFA (die „Gruppe der 9“), um die Kontrolle zu übernehmen. Die einzige Kraft, die sie darin hätte aufhalten können, war das COPCON, aber wir waren viel zu sehr isoliert und unser Einflußbereich ging nicht über die Region von Lissabon hinaus. Als dann die Konfrontation vom 25. November (1975) kam, teilten wir im COPCON fest, daß wir nur von einigen Lissaboner Kerkern unterstützt wurden.

Frage: Ohne Zweifel war die politische Isolierung neben der militärischen Isolierung einer der Probleme des COPCON; es gab ja keine Massenbewegung im Land, die es unterstützt hätte.

Antwort: Das COPCON wurde von der großen Mehrheit der Arbeiter mit fortschrittlichem Bewußtsein unterstützt, in den Arbeitergebieten von Lissabon, Porto, Setubal und bei den Landarbeitern im Alentejo, über-

haupt vom Volk und den Armen. Aber diese Unterstützung war nicht organisiert und konnte die Propaganda und Gegenpropaganda der rechten politischen Parteien und der Sozialistischen Partei nicht ausgleichen. Frage: Ich weiß, daß Du es eilig hast, und so will ich Dich zum Schluß fragen, auf welche Art und Weise die Leute hier, die mit den portugiesischen Erfahrungen sympathisieren, ihre Unterstützung und Solidarität zum Ausdruck bringen können?

Antwort: Tatsache ist, daß die verbleibenden Strukturen der Volksmacht, einschließlich der Kooperativen, sehr isoliert sind, sie sind noch nicht wieder reorganisiert. Die einzigen Kooperativen, die finanzielle Unterstützung erhalten, sind diejenigen, die eng an die PC angeschlossen sind, sie haben viel Geld zur Verfügung. Diejenigen Kooperativen, die den Revolutionären nahe stehen, haben Geld nötig, haben Geld verdammt nötig.

Und sicher braucht auch die revolutionäre Linke Geld, um ihre Aktionen gut durchführen zu können. Wir brauchen Geld, um eine Zeitung herausgeben zu können, um Filme zur Unterstützung der Kooperativen drehen zu können und um unsere Wahlkampagne finanzieren zu können. Das beste, was ihr zu unserer Unterstützung tun könnt, ist, eine Spende zu organisieren.

(Übersetzung nach „l'Unité“, Zeitung der französischen OCT, Januar 1980)

Italienisch »alternativ«

Im Rahmen eines selbstverwalteten Projekts bieten italienische Genossen in Florenz einen vierwöchigen Kurs an, bei dem man/frau die Sprache durch die Beschäftigung mit der politischen/sozialen/kulturellen und wirtschaftlichen Gegenwart Italiens lernt. Die Kurse umfassen:

- vier Wochen täglich vier Stunden Sprachunterricht,
 - Informationskurse über die geschichtliche, politische, wirtschaftliche und soziale Situation Italiens,
 - Besuch bei Parteien und „alternativen“ Medien (Radio),
 - Bildung von Interessengruppen (z.B. „Kultur und Bewegung“, „Historischer Kompromiß“, „Energie und Gesellschaft“...).
- Die Kurse beginnen bis einschließlich Juni 1980 jeweils am ersten Montag im Monat, sie kosten etwa 350 DM, zuzüglich etwa 200 - 250 DM für Übernachtung, die von den Veranstaltern gestellt werden kann. Näheres gibt es Sonderkurse Februar.

Alternative Informationsmittel (Radio, Zeitung), 1 Woche.

April Psychiatrie und Antipsychiatrie, 1 Woche, Juni Italienisches Kino der 60er Jahre, 2 Wochen.

Preise etwa wie oben, entsprechend der Dauer, für Sprachkursteilnehmer billiger.

Außerdem besteht seit neuem die Möglichkeit, daß ihr als geschlossene Gruppe einen Kurs oder ein Thema eurer Wahl (soweit den italienischen Lehrern möglich) dort durchführt. Genaueres können auf Anfrage die Italienkommission oder auch gleich die italienischen Genossen sagen. Deren Adresse: Andrea Moradell, Via Soffiano, 50100 Firenze, Tel. 0039-55-700956. (Noch zwei Tips: Wenn ihr mit der Bahn dorthin fahrt, könnt ihr gut ein Fahrrad mittransportieren lassen und nehmt für andere Teilnehmer Fotokopien unserer guten Italien-Artikel mit (AK 116, 132, 153, 159, 169).

Re., Italienkommission

Spanien als Flugzeugbasis für die USA?

Im Rahmen der sich täglich verschärfenden internationalen Krise und von den USA produzierten Kriegsstimmung kam es zu einem „Blitzbesuch“ des spanischen Regierungschefs Suarez im Weißen Haus am 14. Januar. Die für Auslandsreisen ungewöhnliche Eile, mit der Suarez in Washington ansetzte, kommentierte der Vorsitzende der spanischen Eurorevisionisten (PCP), Santiago Carrillo, Carter habe Suarez herbeigeholt: „wie die römischen Kaiser ihre Statthalter zu sich gerufen haben“ (El País, 13.1.).

Nicht uninteressant ist, daß das Gespräch zwischen Carter und Suarez auf Vermittlung von Bundeskanzler Helmut Schmidt zustande kam, der sich kurz zuvor (nach einem Spesenurlaub) mit Suarez und dem spanischen König zu wichtigen Gesprächen in Madrid traf. Bei diesem Gespräch war die Frage des NATO-Eintritts von Spanien ein zentrales Thema (Spanien hat bisher nur einen zweiseitigen Freundschaftsvertrag mit den USA). Eine Madrid-Tageszeitung berichtete, Schmidt habe Suarez angeboten, einen zweiseitigen Verteidigungspakt mit der Bundesrepublik abzuschließen als Ersatz für einen Eintritt in die NATO. Diese Meldung wurde allerdings von dem spanischen Regierungssprecher demontiert.

Das Interesse der US-Regierung an Spanien leitet sich aus zwei Faktoren ab: Spanien ist sozusagen die „natürliche“ Luftbrücke zwischen den USA und Europa und dem Mittleren Osten (Afghanistan/Irak...). Außerdem hat Spanien bisher relativ gute Beziehungen zu den arabischen Staaten sowie zur Sowjetunion gehabt, was angesichts der derzeitigen internationalen Lage ein Hindernis für die US-Strategie ist.

Was bei dem Gespräch zwischen Carter und Suarez konkret verhandelt wurde, ist unbekannt. Bekannt wurden nur allgemeine Feststellungen wie, daß große Einigkeit in der Verurteilung des Einmarsches der Sowjetunion in Afghanistan bestand und Carter die Unterstützung Spaniens für die internationale Anstrengung für die Befreiung der Geiseln in der US-Botschaft von Teheran lobte.

In der spanischen Presse wird eine scharfe Kursänderung der spanischen Außenpolitik für wahrscheinlich gehalten – im Sinne der Aufgabe einer z.T. eigenständigen Außenpolitik, die u.a. darin zum Ausdruck kam, daß Spanien an dem letzten Gipfel der „Blockfreien“ teilnahm – zugunsten einer mehr stromlinienförmigen an das westliche Militärbündnis angepaßten Politik. Die spanische Regierung hatte sich bereits in Brüssel für die Stationierung taktischer Atomwaffen in Westeuropa (Cruze Munde) ausgesprochen, wie hat die Intervention der UdSSR in Afghanistan als „brutal“ bezeichnet, wie hat in der UNO für die US-Resolution zur Verurteilung des sowjetischen Einmarsches gestimmt und möchte so bald wie möglich eine öffentliche Kampagne zum NATO-Eintritt Spaniens durchführen (dazu ist bereits eine ganze Fernsehserie angestrebt worden).

Die Ausgangslage der USA für die neu anstehenden Verhandlungen über den „Spanisch-Amerikanischen Freundschafts- und Kooperationsvertrag“ wird demnach günstig. Zwar haben die USA auf ihren Militärbasen in Spanien derzeit keine Atomwaffen, aber nach Aussagen des außenpolitischen Sprechers der PSOE („Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens“) können die USA „innerhalb einer halben Stunde“ stornierte Sprengköpfe auf ihre Militärbasen in Spanien bringen.

Bei dem Gespräch zwischen Suarez und Carter wird es weniger um einen „Meinungsaustausch“ zur internationalen Lage gegangen sein, als vielmehr um ganz bestimmte und sehr konkrete Forderungen der USA an die spanische Regierung bezüglich militärischer Unterstützung bei der Einleitung kriegerischer Maßnahmen.

Der führende Politiker der „Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens“ (PSOE), Alfonso Guerra, der zu einem offiziellen Besuch beim US-State-Department eingeladen war – zufällig zum gleichen Zeitpunkt, als Regierungschef Suarez zum Blitzbesuch im „weißen Haus“ war – brach seinen Besuch ab, weil die langfristig angelegten Gespräche mit dem Carter-Schmidt-Brückenschlag und mit Cyrus Vance abgebrochen wurden. Dies muß als ausdrückliche Bruchkündigung der PSOE gewertet werden, die sich derzeit öffentlich gegen einen NATO-Eintritt Spaniens ausspricht.

Spanien-Kommission

Marokko und Tunesien – wichtige Bestandteile der imperialistischen Strategie im Mittelmeerraum

Um ihre Interessen im Nahen Osten zu schützen, wollen die USA ihre Flotte vergrößern und vermehrt Gebrauch von Stützpunkten machen, erklärte jüngst US-Präsident Carter. Sowohl Marokko und Tunesien spielen dabei im Mittelmeerraum eine bedeutende Rolle. Marokko liegt am Eingang des Mittelmeers, Tunesien an der afrikanischen Meerenge. Und beide Staaten sind höchst US-freundlich (Hassan II. von Marokko: „Ich bin der letzte Freund des Westens“) und haben vor allem keine starke Opposition in ihrem Land.

Am 14.1. traf in Tunis der neue tunesische Verteidigungsminister, Rachid Swas, und der Kommandant der 6. US-Flotte, William Small, zusammen, um über eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Marine-Streitkräften beider Länder zu beraten („Neue“, 22.1.80). Möglicherweise versuchen die USA heute, das tunesisch-amerikanische Militärabkommen zu reaktivieren, das 1966 abgeschlossen wurde. Bisher wurde die Reaktivierung von der tunesischen Armee abgelehnt. Dieses Abkommen sieht vor, die Errichtung von drei unter amerikanischer Kontrolle stehender Militärbasen in Kefi, Kefi und Gafsa sowie den Ausbau der Häfen Soume, Bizerte und Sfax zur eventuellen Aufnahme von Schiffen der 6. amerikanischen Flotte, und, falls notwendig, die Einrichtung eines „operationalen Befehls-

systems“ in Tabarka (nach „3 WM“, Jan. 1977). Ergebnisse der Zusammenkunft wurden bisher jedoch nicht bekannt. In Marokko haben die USA bereits seit langem drei Stützpunkte: Kenitra, Boukna-del und Sidi Yahya. „Drei US-Basen mit 3.400 Mann Besatzung, mit Panzern und Raketen, Flugzeugen und Fernmeldestationen kontrollieren von Marokko aus die Westflanke Afrikas und halten Kontakt zur 6. US-Flotte im Mittelmeer“ („Stern“, 27.12.79). Auch wenn diese Basen inzwischen schon geräumt sein sollen, so hat dies bisher keine praktischen Auswirkungen gehabt, da weiter militärische Aktionen der USA über diese Basen laufen. Diese drei Basen sind mit Rota (US-Basis in Cadix, Spanien) und den Basen auf den Kanarischen Inseln verbunden („DVZ“, 4.5.78).

Die amerikanischen Luft- und Seestreitkräfte werden außerdem von den Fernmeldestationen in Casablanca, Meknes und Marrakech bedient. Der Flughafen von Nouaceur (Casablanca) wird den USA zur Verfügung gestellt, „falls sich die internationale Lage verschlechtern würde“ (Vertrag von 1966) (aure: „Marokko, Analyse einer imperialistischen Basis“, „3 WM“). In den letzten Jahren hat sich Marokko als aktiver Gendarm der USA in Nord- und ganz Afrika bewährt. Einmal ganz abgesehen von dem Krieg gegen die Frente Polisario

und „operationalen Befehlssystem“ in Tabarka (nach „3 WM“, Jan. 1977).

Nicht religiöser Fanatismus sondern Volksaufstand

Nachtrag zur Moschee-Aktion in Mekka

In einem brutalen Schauspiel rechnet jetzt das saudische Regime mit 63 Menschen ab, die im November/Dezember letzten Jahres zu den Besatzern der Großen Moschee in Mekka gehört hatten. Sie wurden – verteilt auf die Marktplätze von acht Städten – öffentlich mit dem Schwert enthauptet. Das Todesurteil hatte der höchste geistliche Richter des Obersten islamischen Gerichts gefällt und vom König unterzeichnet lassen. Die Urteilsbegründung lautete: „Schändung des göttlichen Heiligtums und Bluttat gegen Unschuldige“ („Süddeutsche Zeitung“ und „Guardian“, 10.1.80).

Das islamische Gericht ist nicht irgendein Sondergericht für religiöse Angelegenheiten, sondern jedes saudische Gericht ist ein islamisches. Grundlage für die „Rechtssprechung ist die „Scharia“, das islamische Gesetz, das auf dem Koran und den von Mohammed überlieferten Aussprüchen und Taten basiert. Wie brutal und unterdrückend das islamische Strafrecht, Teil der Scharia, ist, ist hinlänglich bekannt: Da werden nicht nur Mord, Raub, Entführung und Vergewaltigung, sondern auch Homosexualität, Zuhälterei, Verstoß von Schweinefleisch, Glücksspiel, Ehebruch, Küssen und Tanzen in der Öffentlichkeit schwer geahndet, nicht selten durch Todesstrafen, Handabhacken, Steinigen und Folterungen. Obwohl es inzwischen zahlreiche anderslautende Augenzeugenberichte über die Moschee-Aktion gibt, hält die saudische Regierung an ihrer Version vom Aufstand religiöser Fanatiker fest, die einen neuen Mahdi (Erlöser) ausgerufen hätten. Mit dieser Darstellung wird die Besetzung, die den Charakter eines Volksaufstandes hatte, nicht nur auf eine religiöse Wahnsinnsthat heruntergespielt, sondern auch unter Aus-

nutzung sozialer Widersprüche zwischen der sunnitischen Mehrheit der saudischen Bevölkerung und den unterprivilegierten Schichten im Osten und Süden des Landes den Schutten angesprochen. Nur die schützende Glaubensrichtung des Islam glaubt an die Wiederkunft des Messias, des Mahdi. Ein marokkanischer Augenzeugen entlarvte die offizielle saudische Mahdi-Version als Erfindung der Behörden. Gegenüber der marokkanischen Zeitung „El-Muharrir“ erklärte er, daß die Aufständischen keineswegs die Gläubigen in der Moschee aufgefordert haben, nach ihnen und ihrem Mahdi anzuschließen, sondern sie haben verbreitet, daß sie gegen die Unterdrückung protestieren wollten, deren Opfer die saudische Bevölkerung sei („Spiegel“, 30.1.1979; Neue Zürcher Zeitung, 9./10.12.79).

Gestützt wird der Bericht des marokkanischen Pilgers durch eine Veröffentlichung in der arabischen Zeitung „Al-Hourrah“, derzufolge die Besetzer über die Lautsprecher der Moschee die saudische Königsfamilie angegriffen haben.

Nachrichtungen von Revolutionären – Zusammenarbeit des saudischen und amerikanischen Geheimdienstes – Unterwerfung der Erdölpolitik unter die US-Interessen – Korruption, Unterschlagung und Spekulationstum – Mißachtung der Menschenwürde – Unterstützung der reaktionären Kräfte in der gesamten arabischen Welt – Diebstahl und Vergeudung des Reichtums (Zusammenfassung der Parolen und Forderungen nach der Übersetzung aus „Al-Hourrah“, 10.1.2.79, in der „Tageszeitung“).

Selbst der arabischsprachige Nahost-Journalist der Frankfurter Allgemeine



bei nur an die zweimalige Entsendung marokkanischer Truppen nach Shaba in Zaïre zur Rettung Mobutus, an die Beteiligung am Putschversuch in Benin, an die militärische Unterstützung des ehemaligen ugandischen Staatschefs Idi Amin und an die Ausbildung angolischer Soldaten der UNITA und FNLA erinnert. Nach dem Motto „Ist der Ruf erst ruiniert...“

Dieser Entwicklung entsprechend, hat sich der Wert der amerikanischen Rüstungsexporte an Marokko von 4,1 Mio Dollar im Jahr 1974 auf 99,8 Mio Dollar im Jahr 1978 erhöht. Im Rahmen des amerikanischen militärischen „Sicherheits- und Hilfsprogramms“ ist für das Finanzjahr 1980 für Marokko ein Betrag von 105 Mio Dollar an Waffenverkäufen vorgesehen („Neue“, 30.5.79). Auch die wesentlich von den USA beherrschte Weltbank un-

terstützt – neben Saudi-Arabien Marokko massiv. In den vergangenen Jahren hat Marokko zusammen mit der Türkei und Ägypten zwei Drittel aller Weltbankkredite für den Mittleren Osten erhalten. Im Finanzjahr 1979 beliefen sich die Kredite für Marokko auf insgesamt 349 Mio Dollar. Während andere Kreditgeber angesichts der „geschäftlichen Perspektiven“ in Marokko unsicher geworden sind, (da der Krieg in der Sahara täglich 2-6 Mio DM kostet, können die Kredite kaum zurückgezahlt werden!) zahlt die Weltbank weiter, um ihren Teil zur Rettung des Hassan-Regimes beizutragen. Dann wenn die Gelder und Waffen nicht mehr fließen, müßte Hassan sich aus der Westsahara zurückziehen; dies wiederum würde das Regime innenpolitisch kaum überleben.

Nahost-Kommission

(van der Aa-Kommission)

nen Zeitung, Harald Vocke, glaubt nicht, daß reuige Fanatiker hinter der Moschee-Aktion gestanden haben. „Wer die Rebellion in Mekka nur für einen spontanen Akt einer Gruppe irregeleiteter Fanatiker hält, unterschätzt jedoch die strengen Polizeistandards der Regierung Saudi-Arabien. Mit einer Gruppe religiöser Fanatiker... wäre die saudische Polizei schon längst fertig geworden“ („FAZ“, 23.1.1979). Vocke eigene Interpretation (töbliche Geheimdienste etc.) soll hier nicht weiter verfolgt werden, sie ist zu abstrus. Für die Tatsache, daß die saudischen Sicherheitskräfte mehr als zwei Wochen brauchten, um die Besetzer zu überwinden, gibt es eine viel plausible Erklärung: „Den 900 Moschee-Besetzern hatten sich in einer spontanen Reaktion noch gut bewertend bis dahin unbeteiligte Gläubige angeschlossen, die im Helikopter beteten... Offenbar in genauer Absprache mit zahlreichen Stadtbewohnern besetzten die Rebellen umgehend zwei Häuserzeilen gegenüber der Moschee. Frauen und Kinder übernahmen den Transport von Waffen und Proviant, weil die bis zum Ausbruch der Kämpfe von der Polizei nicht gefest wurden... Mehr hundert von Zöglingen der islamischen Universität von Medina und die Studenten des islamischen Studienzentrums in Mekka entweder bei der Rebellion mitmachten oder den

Aufständischen zur Flucht verhelfen, ordnete die Regierung die Schließung der beiden Bildungsinstitute an“ („Spiegel“, 30.1.1979).

Der saudische Thron wackelt mächtig. Dem Massenaufstand in Mekka sind zahlreiche Massenproteste und Unruhenversuche vorausgegangen. Die palästinensische Zeitung „Al-Hadaf“ berichtete von 11 müßiggelassenen Staatsstrafgefangenen innerhalb der letzten zwei Jahre („Tageszeitung“, 3.1.1979). Und die Herrscherfamilie weiß offenbar auch, daß durch die Niedermetzelung eines großen Teils der Besetzer und die öffentliche Enthauptung von 63 weiteren der Widerstand nicht besiegt ist. Um künftig besser gerüstet zu sein, wurde die gesamte Führung der Streitkräfte und der Organe der inneren Sicherheit ausgewechselt. Der bisherige Generalstabschef wurde zum Berater des Verteidigungsministers befördert, die Kommandanten des Heeres und der Luftwaffe wurden versetzt, ebenso der Kommandant der Grenzkräfte sowie der Direktor für allgemeine Sicherheit im Innenministerium und der Kommandant der „Sonderkräfte“. Aus „Gesundheitsgründen“ zurückgetreten ist außerdem der Gouverneur von Mekka („Neue Zürcher Zeitung“, 6./7.1.80).

Nahost-Kommission

Der CIA macht sich Sorgen um einen amerikanischen Freund – Hassan II von Marokko

Nach dem unrdmlichen Vergehen der CIA im Fall Iran macht sich die CIA jetzt angesichts der Westsahara-Frage schon Gedanken darüber, wie überlebend das marokkanische Regime ist.

„Größere wirtschaftliche Schwächen kommen zusammen mit einem Aufstoß durch einen nichtgewinnbaren Sahara-Krieg und schwachen Hassan's Position, Ausschließen des Throns zu verlieren, sind größer denn je seit den frühen 70er Jahren“ (1971 und 1972 hatte es schon erfolglos Militärputsche gegeben). Der CIA rechnet schon mit einem möglichen Sturz innerhalb des nächsten Jahres. Neben den „grundlegenden sozialökonomischen Problemen“ können das „starke Scheitern Hassans auf die Sicherheitskräfte und „weltweit verbreitete Korruption unter den Regierungsmitgliedern belastend hinzu-

Allerdings würde eine Lösung (?) des Konflikts gegen Hassan's Positionen, in den nächsten Jahren an der Macht zu bleiben, stark verbesern“.

Kabot wird die mangelnde US-Unterstützung für den Verlust des Territoriums verantwortlich machen, wenn Marokko gezwungen wird, seine Forderungen dort aufzugeben, und der Ausgang könnte leicht ein Auslöser für ein allgemeines Sinken der Zusammenarbeit des Landes mit den USA in den verschiedenen Aspekten der gegenwärtigen US-marokkanischen Beziehungen dienen.“ Das

CIA sieht eine besondere Gefährdung des Throns durch das Militär, das angesichts der schwachen militärischen Position der marokkanischen Truppen in der Westsahara von Tag zu Tag unzufriedener wird (nach „International Herald Tribune“, „JHT“, 1.1.1979).

Diese Militär-Isolation zurückgeführt werden, mögliche Übergriffe auf algerisches Gebiet zu starten, weil die Folgen eines Krieges mit Algerien für Marokko und für die USA, die u.a. große Erdgaslieferungen aus Algerien beziehen, nicht absehbar sind. Scheitert die Bestreben der USA, Hassan II. durch Waffenlieferungen eine stärkere Position in der Sahara zu verschaffen und dann möglicher Weise von einer Stützposition Marokkos zu Verhandlungen anzubieten, statt den Kontakt auszuweiten. Solange Hassan in der Westsahara-Politik nicht nachgibt, ist ihm zumindest die Unterstützung der großen marokkanischen Parteien sicher. Die Forderungen der wohl einflussreichsten USPP (Sozialdemokraten) nach Sicherung des nationalen Territoriums gehen sogar soweit, die Polisario bis auf algerisches Gebiet zu verjagen. Dementsprechend und die Widerstandskämpfe gegen die Kriegspolitik und das Abwürgen des Krieges auf die Bevölkerung extrem gering und werden politisch nur von den Untergrundorganisationen geführt.

Nahost-Kommission



Guatemala: Krieg gegen das Volk

Seit 1954 die Regierung Arbenz, die sich noch für einige demokratische Rechte eingesetzt hatte (Streikrecht, Gewerkschaftsfreiheit, Mindestlöhne und Landreform) durch ein vom CIA unterstütztes Söldnerheer blutig gestürzt wurde, herrscht in Guatemala der offene faschistische Terror. Den faschistischen Loueschwadronen (LSA, Mano Blanca etc.) fielen in den letzten 25 Jahren 70 000 Menschen zum Opfer, - bei nur 6 Millionen Guatemalteken.

Seit 1978 der jetzige Präsident Romero Lucas Garcia, wie in Guatemala üblich, durch Wahlfälschung an die Macht kam, ist der Terror noch wesentlich verschärft worden.

"Am 18. Oktober 1978 schickte die ESA eine Liste mit Personen an die Presse, die sie bei einem Ständgericht zum Tode verurteilt hatten. In der Reihe der Todeschwadronen ist die ESA eine der jüngsten. Viele glauben, daß diese Gruppe ESA als Decknamen benutzt und daß die Verantwortlichen beim Personal des Sicherheitsdienstes zu finden sind." (nach amnesty international, Publikation "Guatemala" September 79). Bereits am 20. Oktober wurde der auf dieser Liste stehende Präsident der Studentenvereinigungen der San Carlos Universität, Oliviero Castaneda, auf offener Straße erschossen.

Dieser Liste folgten weitere, die mit System durchgegangen oder bemaß "durchgeschossen" werden.

Wie sehr hier mit Billigung und direkter Unterstützung von offizieller Seite gehandelt wird, beweist der lakonische Hinweis der Regierung, daß die von den Todeschwadronen bedrohten Menschen selbst für ihre Sicherheit sorgen müßten, ebenso die Tatsache, daß Entführer militärisch gekleidet waren oder als Mitglieder des Sicherheitskommandos anerkannt wurden.

Auch eine gewisse Prominenz ist kein Schutz in Guatemala. Am 22. März 79 wurde der ehemalige Bürgermeister von Guatemala Stadt ermordet. Von ihm stammt das Wort "Hier sterben mehr Leute als in Nicaragua, aber niemand weiß, daß hier ein Krieg gegen die Bevölkerung geführt wird. Wir schätzen, daß es in den letzten drei Monaten 2000 Morde gegeben hat" (alle Angaben nach si).

Der Terror richtet sich aber nicht nur gegen Linke, Exbürgermeister, Gewerkschafts- und Studentenführer, sondern direkt gegen breite Teile der Bevölkerung. So berichtet die "FR" vom 1.12.79 unter Berufung auf den guatemalteken Gewerkschaftsführer Miguel Angel Albizuca: „Gewerkschaftsbüros, Fabriken und ganze Dörfer wurden von der Armee

besetzt, in die ein Teil der aus Nicaragua geflüchteten Nationalgarde der gestürzten Diktators Somosa integriert worden ist."

Am 29. Mai 78 eröffnete das Militär in der Stadt Panzós das Feuer auf 1000 gegen den Raub ihrer kleinen Ländereien protestierenden Bauern. Ergebnis: Mehr als 100 Tote, die lebensgefährlich Verletzten und auf der Flucht im nahen Fluß Ertrunkenen nicht gerechnet.

Nicht bekannt sind auch die Mörder von 770 Menschen, die nicht identifiziert, Anfang 78 auf dem Friedhof von Guatemala Stadt begraben wurden. Die Liste ließe sich leider fast endlos fortsetzen.

In den letzten Monaten hat sich, wenn auch sehr langsam, auch international Protest gegen den Terror in Guatemala geregt. So plant der internationale Verband der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie in Kürze zu einem Fremdenverkehrsboykott gegen Guatemala aufzurufen. Bei der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stehen mehrere Klagen wegen Verletzung der ILO-Konvention gegen Guatemala an. Und insbesondere "ai" startete eine breite Informations- und Protestkampagne gegen den Terror in Guatemala.

In den letzten Monaten hat sich, wenn auch sehr langsam, auch international Protest gegen den Terror in Guatemala geregt. So plant der internationale Verband der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie in Kürze zu einem Fremdenverkehrsboykott gegen Guatemala aufzurufen. Bei der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stehen mehrere Klagen wegen Verletzung der ILO-Konvention gegen Guatemala an. Und insbesondere "ai" startete eine breite Informations- und Protestkampagne gegen den Terror in Guatemala.

Informationskammer

Argentinien 1980: »Endlösung« der Oppositionellenfrage?



Ungefähr 36 Deutsche sind in argentinischen Gefängnissen „verschunden“. Die BRD-Politiker haben sich leicht oder gar nicht für die verschollenen Bundesbürger eingesetzt. Der Hungerstreik für Klaus Zieschank (Foto), der die Bonner Politiker zur Unterstützung bewegen sollte, blieb ohne Erfolg. Klaus Zieschanks Schicksal ist wie das vieler anderer bis heute ungeklärt.

Nicaragua aktuell: Ein Jahr der Arbeit und der Opfer!

Nicaragua aktuell: Ein Jahr der Arbeit und der Opfer!

Prozesse gegen Nationalgardisten.

Gegen rund 7000 Nationalgardisten werden zur Zeit in Nicaragua Verfahren wegen Verbrechen vorbereitet, die sie während der Somozadiktatur begangen haben. Da in Nicaragua die Todesstrafe abgeschafft wurde, wartet eine Höchststrafe von 30 Jahren auf die Mörder der Nationalgarde. Ein Großteil dieser Privatarmee Somozas konnte sich nach Guatemala oder Honduras absetzen, gegen sie soll im Abwesenheit verhandelt werden und im Falle der Verurteilung die Auslieferung beantragt werden. Unter der Leitung von Nora Astorga - einer bekannten Kämpferin der FSLN - wurden eigene zur Aufklärung der Verbrechen der Somozisten zivile Sondergerichte geschaffen, die die Straftaten nach dem damals geltenden Recht aburteilen sollen, auch unter Somozas waren Mord, Folter, Vergewaltigungen und Plünderungen sowie Korruption offiziell verboten. Auch Berufungsinstanzen wurden eingerichtet. Zu den Prozessen sind internationale Beobachter zugelassen ("SZ", 2.12.79, "NZZ", 20.12.79).

Vor dem Büro zur Entgegennahme von Anschuldigungen gegen die Somozisten bildeten sich anlässlich der ersten Prozesse regelrechte Schlangen. Die Bevölkerung folgte hiermit einem Aufruf der Zeitung der FSLN "Barricada", alle Anschuldigungen gegen die Angeklagten vorzubringen. Man darf nicht vergessen, daß die Gerichte im Falle feh-

lender Beweise Kriminelle freilassen müssen, die später unserer Revolution schaden können." ("TAZ", 20.12.79). Inzwischen wurde das erste Urteil gefällt: Emilio Paz wurde wegen "Mordbeteiligung und anderer Verbrechen" zu der Höchststrafe von dreißig Jahren verurteilt. Die Regierung hofft, in den kommenden sechs Monaten alle Prozesse gegen die Somozisten abschließen zu können ("NZZ", 20/21.1.80).

Auffällig ist das Bemühen der FSLN ein möglichst "rechtstaatliches" Verfahren zu gewährleisten und zu demonstrieren, daß das neue Nicaragua mit den Willkürmethoden des alten Apparates ernsthaft gebrochen hat. In diesem Zusammenhang sind auch die Appelle des Innenministers Thomas Borge (Gründungsmitglied der FSLN) zu sehen, keine Selbstjustiz zu üben ("SZ", 16.11.79). Unter der Überschrift "Jede Revolution hat ihre schwarzen Schafe" kritisierte Borge, daß es in einigen Fällen zu Übergriffen gekommen sei, bei denen Nachbarn wegen persönlicher Streitigkeiten verhaftet wurden, dabei sei es auch zu Folterungen gekommen ("Nicaragua Nachrichten", 12/79).

Schüsse an der Grenze!

Ehemalige Nationalgardisten und reguläre Soldaten der honduranischen Armee unternehmen immer wieder Provokationen im nikaraguanisch-honduranischen Grenzgebiet. Z.B. wurde bekannt, daß die Grenzstädte

Chinandega, Ocotal und Somoto in Alarm versetzt wurden, nachdem Angehörige der Streitkräfte von Honduras einen Angriff auf Somoto versucht hätten. Innenminister Borge sah sich gezwungen, eine gerade begonnene Rundreise durch Südamerika abzubrechen. Auch der Außenminister kehrte von einer Auslandsreise zurück. Ferner sah sich die Regierung genötigt, Truppen ins Grenzgebiet zu verlegen. Der honduranische Präsident, Paz Garcia, zeigt sich zwar "ernsthaft besorgt über das linke Regime in Nicaragua", will aber offiziell mit dem Grenzzwischenfall nichts zu tun haben ("SZ", 11.12.79).

FSLN bemüht sich um Einheitsfront.

In Gesprächen mit verschiedenen Organisationen, darunter der nikaraguanischen Demokratischen Bewegung, der Christlichen Sozialen Volkspartei, der nikaraguanischen Arbeiterzentrale, der nikaraguanischen kommunistischen Partei, der nikaraguanischen Sozialistischen Partei, der Gruppe der 12 und der unabhängigen liberalen Partei hat die FSLN über die Bildung einer Einheitsfront verhandelt. Zunächst sollen in einem gemeinsamen Abkommen die dringenden Aufgaben der Revolution bekräftigt werden und der Einsetzung eines Staatsoberhauptes für den 4. Mai zugestimmt werden. Carlos Nunez, Kommandant der Revolution und Führungsmittglied der FSLN, erklärte, die Reparatur des nationalen Wiederaufbaus und die FSLN würden auf eine enge Einheit zwischen diesen Organisationen hoffen, damit Reibung, Zersplitterung und hegemonistische Absichten unter ihnen beseitigt werden ("Radio Sandino" zitiert nach "Nicaragua Nachrichten", 12/79).

13 Monatsgehalt für die Arbeitslosen?

Wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage, der hohen Arbeitslosenrate von über 40% und der dringenden Notwendigkeit einzusparen, haben die Mitarbeiter des Innenministeriums beschlossen, Lohnkürzungen von 20 - 25% hinzunehmen. Ferner wurde beschlossen, das 13. Monatsgehalt an einen Fonds zu spenden, aus dem Arbeitslos unterstützt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden ("NN", 1.80). Offensichtlich wollen die Mitarbeiter des Innenministeriums durch diese demonstrativen Beschlüsse auch auf die momentane Auseinandersetzung über Löhne und Arbeitslosigkeit in Nicaragua Einfluß nehmen. Nachdem zunächst beschlossen wurde, in diesem Jahr kein 13. Monatsgehalt auszuzahlen und die eingesparten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verwenden, wurde dieser Beschluß dahingehend modifiziert, daß als niedrigen Einkommen, unter 1500 Cordobas, ein 13. Monatsgehalt erhalten sollen ("NN", 12/79).

Die „Endlösung“ der Oppositionellenfrage scheint noch vier Jahren Gorrilla-Diktatur nahezu perfekt: Ca. 15.000 - 30.000 Menschen sind nach Schätzungen von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen „verschunden“, d.h. auf gut deutsch ermordet, gefoltert, verschleppt. Insbesondere gegen die Intellektuellen des Landes richtete sich der Haß der argentinischen Faschisten, die teilweise ganze Familien ausrotteten.

Im Gegensatz zu ihren chilenischen Kollegen waren die argentinischen Generäle durch einen "unblutigen" Putsch an die Macht gekommen und zunächst sehr viel weniger Protesten der Weltöffentlichkeit ausgesetzt. Dabei haben die Militärs bis heute kein Hehl daraus gemacht, daß sie in der "Vernichtung der Subversion" ihre Hauptaufgabe sehen. Noch im Juli letzten Jahres äußerte General Suarez Mason, daß die KP, die den Militärputsch nie verurteilt hat, die argentinische Liga für Menschenrechte, die Kreditkooperationen, die die nationalen Unternehmer vereinigen bis hin zum gewöhnlichen Schachklub "sich unter den Elementen befinden, die in der Subversionsstrategie eine Rolle spielen" (Uno mas uno, Mexico, 7.7.79). So ist in Argentinien quasi jeder davon bedroht, zu "verschunden", insbesondere auch dann, wenn er als Angehöriger eines "Verschundenen" lediglich Auskunft über das Schicksal seines "Verschundenen" geben will.

Trotzdem hat sich der Widerstand gerade auch der Angehörigen der Verschundenen. Am bekanntesten sind sicherlich die wöchentlichen Demonstrationen der Frauen der "Verschundenen" in Buenos Aires geworden, der "Verrückten von der Plaza de Mayo", wie die Junta sie beschimpfte.

Die Junta versuchte auf zwei Wegen das "Verschundenen-Problem" zu lösen. Zum einen gab sie eine gewisse Zahl von "Verschundenen" direkt zu. So veröffentlichte "La Nacion" vom 13.4.78 eine Liste von 232 vermißten Personen. Seit August letzten Jahres hat sich die Junta dann die gewöhnliche Handhabung geschaffen, sich der listigen internationalen Anfragen zu erwehren: Das "Toterkürungs-gesetz" gibt dem Staat oder dem Verwandten eines Vermissten mit dem die Möglichkeit, einen Antrag auf Toterkürung zu stellen. Wenn sich der "Verschundenen" nach neunzig Tagen nicht gemeldet hat, gilt er offiziell als tot, so einfach ist das! Die Lage der noch lebendigen Vermissten wird dadurch in höchstem Maße bedrohlich.

Ein Coup der argentinischen Junta müßte allerdings im Rahmen einer internationalen Kampagne zur Verbesserung ihres Images sollte auch eine Gruppe von Gefangenen aus der Technischen Marineschule "befreit" werden, um dann vor der Weltöffentlichkeit über den humanen Strafvoll-

zug in argentinischen Gefängnissen auszusagen. Drei Frauen der so "befreiten" Gruppe konnten auf diese Weise den Folterkellern entkommen und gaben daraufhin in Paris eine Pressekonferenz, in der authentisch einem europäischen Publikum das Ausmaß und die Methoden der argentinischen Soldateska bei ihren Ermordungen und Folterungen nachgewiesen wurden ("El Pais", 28.10.79).

Folterungen und unvorstellbare Grausamkeiten sind dabei nicht einzelne "Übergriffe" unmittelbar nach dem Putsch, wie es hier gerne beschwichtigend dargestellt wird, sondern dauern immer noch an. Dies wird nicht nur durch die Aussagen der politischen Flüchtlinge bestätigt, sondern auch durch Funde von Leichen, deren Körper völlig entstellte sind. Bei neun Toten, die Mitte letzten Jahres in Uruguay eingeschmuggt wurden, fehlte zum Teil die Kopfhaut, Teile des Gewichts oder Gliedmaßen waren abgestoßen ("La Manana", April 79).

Besondere Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang die "Menschenrechtsbemühungen" der Bundesregierung.

So stellten Amnesty International und die Argentinien-Solidaritätsbewegung bereits im März 78 einen offiziellen Antrag an die Bundesregierung zur Aufnahme von 500 politischen Gefangenen. Bundeskanzler Schmidt sagte dann im Juli 78 ihre Aufnahme zu. Diese Zahl wurde jedoch auf 400 reduziert, der Verfassungsschutz reiste nach Argentinien, um die Argentinischen zu "befragen" und eventuelle "terroristische Gewalttäter" abzuweisen. Flugs Gefangenen wurde das Asyl bereits verweigert, wobei die Bundesregierung offensichtlich den Informationen der Junta mehr Glauben schenkt als denen von AI. Als bald wurden aus politischen Gefangenen einfache Verurteilte, so daß jetzt in der Zahl 400 die Familienangehörigen mit inbegriffen sind. De facto hat man so die Quote der ausreisefähigen Gefangenen auf vielleicht 10% reduziert, wobei nach fast zwei Jahren (!) erst jetzt die ersten Gefangenen in der BRD eingetroffen sind und d.h. bis Dezember 79 insgesamt 22 Leute.

Ende 79 kamen drei SPD-Mitglieder aus Argentinien zurück, die sich dort über die Situation der Menschenrechte informiert haben wollen. "Besonders der Terrorismus hat beide Länder (Argentinien, Uruguay AK) schwer erschüttert. Bei der notwendigen Bekämpfung von terroristischer Gewaltkriminalität hat es Kräfte gegeben." So habe es zwar "Übergriffe und Entgleisungen" gegeben, "aber die Rückkehr beider Staaten zur Demokratie erscheint möglich" (Lateinamerikanische Nachrichten, Dezember 79).

Das ist Menschenrechtspolitik Marke SPD.

Lateinamerikakommission



Kämpferin der FSLN

Zimbabwe: England bricht Abkommen

Vier Wochen vor den ersten allgemeinen Wahlen in Zimbabwe läßt die einseitige Parteizugabe des englischen Imperialismus zugunsten der weißen Rassisten und der Marionette Muzorewa an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Muß bereits die mit dem Waffenstillstandsabkommen gekoppelte neokolonialistische Verfassung als wesentlicher Erfolg des Imperialismus gesehen werden (der weiße Juizimurist Anderson: „Sie steht grundsätzlich im Gegensatz zu Marxismus und Diktatur“), so tut der einseitige englische Gouverneur Soames das Seine, um im Vorfeld der Wahlprozedur das Abkommen extrem zuungunsten der Befreiungskämpfer auszulagern bzw. den offenen Bruch zu tolerieren. Obwohl rhodesische Truppen und Befreiungstreitkräfte formell gleichgestellt sind und in Sammelagern konzentriert sein sollen, wird ausschließlich die rhodesische Armee landesweit zu „Ordnungsaufgaben“ eingesetzt (z.B. an der mosambikanischen Grenze). Ausdrücklich billigte Soames die Anwesenheit südafrikanischer Truppen im Süden Zimbabwe. Die bewaffneten kriminellen „Hilfstruppen“ Muzorewas (Zahlenangaben schwanken zwischen 16.000 bis 23.000 Mann) können nach wie vor unbehelligt die schwarze Bevölkerung terrorisieren, insbesondere in den von den Freiheitskämpfern verlassenen Gebieten. Alle Wahlplakate (außer denen Muzorewas) werden von ihnen vernichtet („Guardian“ vom 21.1.). Es sind bislang kaum politische Gefangene freigelassen worden, obwohl dies im Waffenstillstandsabkommen festgelegt worden ist. Nach Angaben von Amnesty International gibt es derzeit noch 5.000 offizielle und 6.000 inoffizielle Häftlinge. Nach wie vor werden Afrikaner nach den irregulären Gesetzen von 1965 und dem Kriegsgesetz von 1978 von rhodesischen Polizeieinheiten verhaftet („Guardian“ vom 18.1.). Rhodesische Einheiten unter britischem Kommando haben inzwischen mindestens 13 Freiheitskämpfer getötet, sieben befanden sich auf dem Weg in die Sammelagern und hatten sich gemäß den Vereinbarungen gewarigert, ihre Waffen abzugeben. Dafür wurden sie erschossen. Und last not

least wurde sowohl ZANU wie ZAPU verboten, „mit ihren traditionellen Symbolen in den Wahlkampf zu ziehen. Die darin abgebildeten Gewehre würden die „öffentliche Ordnung“ stören. Der bewaffnete Kampf soll sich nicht einseitig nach außen darstellen dürfen.

Heftige Kritik der Frontstaaten

Der Befreiungsausschuß der OAU erklärte in Dar-es-Salaam: „Seit der Ankunft des britischen Gouverneurs hat sich die Situation in einem alarmierenden Ausmaß verschlechtert“ („Guardian“ vom 15.1.). Insbesondere wurde die Verwendung von rhodesischen Truppen kritisiert und die Hoffnung ausgedrückt, daß die Länder des Commonwealth nicht „als Komplizen der flagranten Verletzung des Abkommens von Lancaster House auftreten“ und ihre Einheiten zurückziehen. Ebenfalls in Dar-es-Salaam erklärten der sambische Außenminister und der tansanische Verteidigungsminister, die fünf Frontstaaten würden das Ergebnis der Parlamentswahlen nicht anerkennen, solange Soames für Muzorewa Partei nehme. Der tansanische Präsident Nyerere rief den englischen Botschafter zu sich, übergab ihm eine Protestnote und verurteilte auf einer Pressekonferenz den „kaltblütigen Mord“ der Engländer in Zimbabwe. Wenn weiterhin gegen das Abkommen verstoßen werde, so drohte Nyerere, würde die tansanische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu England abbrechen („Guardian“ vom 14.1.). Sogar der konservative kenianische Präsident Moi kündigte an, die Regierung würde ihr Kontingent von 40 Soldaten im Rahmen der Commonwealth-Truppen zurückberufen, wenn die südafrikanischen Truppen nicht aus Zimbabwe abgezogen werden („Guardian“ vom 15.1.). Kenia ist das einzige afrikanische Land, das sich an der Commonwealth-Truppe beteiligt hat. Es ist allerdings sehr fraglich, ob die englische Regierung sich von diesen Protesten beeindrucken lassen wird. Schließlich ist es in ihrem ureigensten Interesse, dem normalerweise absehbaren Wahlerfolg der ZANU und ZAPU mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. In einem Interview mit dem südafrikanischen

„Johannesburg Star“ äußerte der ZANU-Vorsitzende Mugabe, er beobachte, die ZANU-Kämpfer zum Verlassen der Waffenstillstandslager aufzufordern, da er um ihre Sicherheit fürchte („Guardian“ vom 22.1.). Die rhodesischen Spezialheiten und die Hilfstruppen Muzorewas seien in die von den Befreiungskämpfern verlassenen Gebiete eingerückt.

Beginn des Wahlkampfes

Im Gegensatz zu der diplomatischen Offensive der anti-rassistischen afrikanischen Kräfte gab sich der ZAPU-Führer Nkomo bei seiner Ankunft in Zimbabwe sehr zurückhaltend. Die internationale Presse registrierte dies sehr genau. Auf einer Wahlkundgebung in den afrikanischen Vororten von Salisbury verzichtete Nkomo weitgehend auf Kritik am englischen Gouverneur und stellte Appelle zur Versöhnung und zum Frieden in den Vordergrund, um die Voraussetzungen für „freie und faire Wahlen“ zu schaffen. Zu dieser Kundgebung erschienen zwischen 100.000 und 150.000 Menschen! Muzorewa hatte es einige Tage vorher auf knapp 40.000 gebracht, die zudem mit recht perfekten us-amerikanischen Wahlkampfmethoden aus allen Teilen des Landes herangeführt worden waren. Sein abgehalfterter Mitkurrent Sithole brachte es auf ganze 10.000 Zuhörer(innen).

Bereits auf der Pressekonferenz am Flughafen hatte sich Nkomo betont moderat geäußert. Der Krieg sei für alle Kräfte vorüber. „Nun gibt es einen Waffenstillstand und er muß in einen allgemeinen Frieden münden. Dies ist kein Waffenstillstand, der nach kurzer Zeit abrupt abbricht. Dies muß ein Waffenstillstand sein, der in Unabhängigkeit, Frieden und Ruhe endet“ („The Times“ vom 14.1.). Seine Bündnisbereitschaft für die Zeit nach der Wahl orientiert Nkomo nicht auf eine bestimmte Richtung, sondern recht diffus. „Ich werde mich nach Leuten umschauen, die Stabilität in ihrem Land sehen möchten“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ - „FAZ“ vom 22.1.). Seine politische Plattform ist so vage (mehr und bessere Wohnungen, Krankenhäuser,

gerechtere Verteilung des Farmlandes, mehr Arbeitsplätze etc.), daß Koalitionen mit den konservativen Kräften, die bereits in der „inneren Lösung“ vertreten waren, nicht als ausgeschlossen angesehen werden müssen. Mit der Begründung, „sie müssen lernen, einander zu verstehen“, fordert Nkomo die Verschmelzung der faschistischen rhodesischen Armee mit den Befreiungstreitkräften mit wenigstens zwei bis drei Bataillonen noch vor der Wahl. Hier und weniger die politische Unrealisierbarkeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt als die Kategorien seines politischen Denkens von Bedeutung, die eher auf Zusammenarbeit mit den Imperialisten als auf „Sieg im Volkskrieg“ abzielen.

Neben dem hochstapelnd als „Patriotische Front“ kandidierenden Nkomo hat sich die ZANU als „ZANU (PF)“ zur Wahl gestellt. Acht weitere schwarze Gruppierungen, alle in der Vergangenheit mehr oder weniger berüchtigt wegen Kollaboration mit den Rassisten, bewerben sich um die 80 „schwarzen“ Abgeordnetenplätze. Die Wahlen werden ihre Kandidaten bereits am 14.2., an einem Wahltag von Ian Smith besteht kein Zweifel ...!

Rückmeldung der Flüchtlinge

Inzwischen wurde mit der Rückmeldung der 300.000 Flüchtlinge begonnen. Zuerst trafen einige hundert der Flüchtlinge aus Botswana (ca. 30.000) ein, dann ist die Rückmeldung der in Sambia lebenden Flüchtlinge geplant. Bis zum Wahltag werden allerdings höchstens 60.000 Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Für die anderen, vor allem in überwiegender Zahl im mosambikanischen Lager lebenden Menschen wird es keine Möglichkeit zur Teilnahme an der Wahl geben. Dies ist ein Faktor, der sich für die ZANU eher ungünstig auswirken könnte. „Bischoff“ Muzorewa wird bereits jetzt nicht müde, die „Unterwanderungsgefahr“ durch sambische und mosambikanische „Agenten“ zu beschwören, die sich als Flüchtlinge ausgeben. Muzorewa hat darüber hinaus damit gedroht, daß seine Partei die Waffenstillstandsvereinbarungen als hinfällig

betrachten werde, wenn weiterhin die „Guerrillas“ den Waffenstillstand verletzen. Er beruft sich dabei vor allem auf die äußerst glaubwürdigen Kommuniqués des Oberkommandos der rhodesischen Streitkräfte. Offensichtlich wird von dieser Seite alles vorbereitet, um mit geeigneten Vorwänden „im Notfall“ blitzartig gegen die in Sammelagern konzentrierten Freiheitskämpfer militärisch vorzugehen. Wie ein Korrespondent des englischen „Guardian“ (18.1.80) berichtet, sind dies die geheimen Wunschträume eines nicht gerade kleinen Teils der weißen Herrschenden in Zimbabwe.

Afrika-Kommission



Mosambik: Die vergessenen Flüchtlinge



Zimbabweische Flüchtlinge in Mosambik

Flüchtlingensiedlung in Südossetien - ein Thema, das die Pressemaschinerie im vergangenen Jahr heizlaufen ließ. Wie wenig es den imperialistischen Massenmedien tatsächlich um die Not jener Menschen ging, zeigte sich daran, wie ausschließlich sie sich gerade und nur auf jene Flüchtlinge stürzten. Opfer rassistischer Politik passen nicht in ihr Kalkül und so ist eines der größten Flüchtlingsprobleme der Welt, dasjenige der vom Terror der rhodesischen Armee aus ihrer Heimat vertriebenen Zimbabweer, weitgehend unbekannt geblieben.

Wahllose Repression gegen jeden, der in irgendeiner Form der Sympathie mit der Befreiungsbewegung verächtigt wurde, war die eine Ursache für den Flüchtlingsstrom. Die andere war die Einspernung eines großen Teils der indischen Bevölkerung in

KZ-ähnliche sogenannte „Wehrdörfer“. Hunderte von Menschen wurden getötet, die das Ausgehverbot von 16.00 bis 10.00 Uhr nicht einhielten, das eine ausreichende Feldarbeit überhaupt unmöglich machte.

Nach Angaben der UNO und des Internationalen Roten Kreuzes sind es 250.000 Menschen, die vor diesen Zuständen ins Nachbarland Mosambik flüchteten, das entspricht immerhin einem Vierzigstel der mosambikanischen Bevölkerung. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl wären das in der BRD eineinhalb Millionen mit tellose, zu versorgende Menschen. Nur ist Mosambik, genommen am Bruttosozialprodukt, eines der schwächsten Länder der Welt.

Entsprechend schwierig ist die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen. Trotzdem sind ihnen die

allerschlimmsten Formen des Flüchtlingselends, massenhafte Seuchen und Hungertod, erspart geblieben. Der Grund liegt darin, daß die mosambikanische Regierung und das Volk sie nicht als menschlichen Abfall behandelten, sondern es als ihre internationalistische Pflicht ansehen, die geringen Remourcen mit ihnen zu teilen. Das war nur möglich dadurch, daß neben der staatlichen Hilfe für das Anlegen von Feldern und den Aufbau von Dörfern die Werkstätten selbst sich an der materiellen Solidarität beteiligten. 1976 wurde die Solidaritätsbank gegründet, die zu ungefähr gleichen Teilen den zimbabweischen Befreiungskampf selbst und die Flüchtlinge unterstützt. Die Mehrheit der mosambikanischen Arbeiter, von guten Löhnen noch weit entfernt, zahlt pro Monat

einen Tageslohn aus, eine Leistung, die jenen heutigen „Anti-Imperialisten“, die weiterlorn über den „Mythos des Internationalismus“ meditieren, zum Nachdenken Anlaß geben sollte. Aus einer mosambikanischen Wandzeitung: „Einen Beitrag für die Solidaritätsbank zu leisten ... heißt, die Taktik des Imperialismus, Kolonialismus und des Neokolonialismus zurückzuschlagen ... bedeutet Opposition gegen die Apartheid, den Rassismus und den Zionismus ... ist unsere internationalistische Pflicht zusammen mit den blockfreien Ländern“ (Meyns, Mosambik im Jahr 2 der Unabhängigkeit, S. 108).

Diese Mittel dienen allerdings nicht dazu, den Flüchtlingen lediglich, was woanders auf der Welt einen täglichen Topf Reis zu ermöglichen, sondern sie sind die Grundlage dafür, in Selbsthilfe auf vom Staat

aber nicht nur auf die Flüchtlingsdörfer, sondern verstreute auch gezielt mosambikanische Transportwege, Brücken, Produktionsstätten und Lager. So konnte eine Lebensmittelknappheit nicht ausbleiben („Neue“, 14.1.79). Die angerichteten Schäden erreichten mit 45 Millionen Dollar („Guardian“, 27.12.79) drei Prozent eines jährlichen Bruttosozialprodukts, das wären in der BRD 15 Milliarden DM. Die Verluste durch die Schließung der Grenzen und der Einhaltung der Sanktionen waren noch zehnmal höher.

Angesichts dieser Opfer, die Mosambik im Kampf gegen den Imperialismus auch nach errungener Unabhängigkeit aufbringt, nimmt sich die internationale Hilfe für die Flüchtlinge geradezu lächerlich aus. Lediglich die UNO unterstützt sie, und das mit dem ungeachtet der steigenden



Die Lösung heißt: „Es lebe der gerechte Kampf des Volkes von Zimbabwe“

zur Verfügung gestelltem Land eine vorübergehende Existenz aufzubauen. Das gebräuchliche Vorgehen, die Flüchtlinge in irgendwelche Drittländer abzuschieben, wird von Mosambik nicht praktiziert.

Im großen Teil der Aufbauleistungen der Flüchtlinge ist allerdings durch die Überfälle der rhodesischen Armee immer wieder zu nichts gemacht worden. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und mühsam angelegte Felder verwüstet. Die Zerstörungswut der Rassisten beschränkte sich dabei

Flüchtlingenzahlen über Jahre gleichgebliebenen Betrag von jährlich 3,5 Mio. Dollar. Daß diese Summe mit den Hilfeleistungen verschiedener Länder für Flüchtlinge in Südossetien in keinem Gegensatz steht, kritisierte die internationale Hilfsorganisation „Terre des Hommes“. Sie erklärte: „Wenn irgendein Land der Welt mit einiger Berechtigung von sich sagen könnte, 'Das Boot ist voll', dann wäre es wohl Mosambik“ („Frankfurter Rundschau“ vom 17.8.79).

Afrika-Kommission

Afghanistan: Über die sowjetische Intervention das imperialistische Roll-Back nicht vergessen!

Die sowjetische Intervention in Afghanistan ist kein Akt „brüderlicher und solidarischer Hilfe im Kampf gegen den Feudalismus“ oder gar ein „Ausdruck des proletarischen Internationalismus“, wie man, laut es dieser Tage in der revisionistischen Presse lesen kann. Die militärische Intervention hat vielmehr bestätigt, daß die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik keine Machtpolitik betreibt, die wie es bei den Imperialisten Brauch ist, nur von militärstrategischen Überlegungen ausgeht.

Da Afghanistan unter diesem Blickwinkel sowohl für die SU als auch für die Imperialisten sehr interessant ist, legen beide Seiten so viel Wert auf die Macht im Lande. Das ist auch der Grund für das massive Roll-Back, das die Imperialisten 1978, seit dem Sturz der alten Feudal-Cliques, in Afghanistan begonnen haben. Das massive Eingreifen der Imperialisten im Lande und in der ganzen Region darf bei aller notwendigen Kritik an der Sowjetunion von den Linken nicht einfach „vergessen“ werden, sondern gehört zur Analyse dazu.

Wir haben die Ereignisse um die sowjetische Intervention und die derzeitige Lage in Afghanistan im letzten AK (Nr. 169, S. 39) schon behandelt. Dieser Artikel soll jetzt mit einer Untersuchung der inneren Entwicklung in den letzten Jahren und der imperialistischen Einmischungen fortgesetzt werden.

Feudalismus und Armut

Afghanistan ist eines der ärmsten Länder der Welt. Ca. 18 Mio. Einwohner leben unter völlig katastrophalen Zuständen. Im ganzen Land gibt es 800 Ärzte, mindestens 90 % der Bevölkerung können weder lesen noch schreiben, bei den Frauen erreicht der Anteil 100 %, nur 20 % aller Kinder können eine Schule besuchen, 40 % aller Kinder sterben bis zum Alter von 12 Jahren. Das Pro-Kopf Einkommen wird von der Weltbank auf rund 150 DM im Jahr geschätzt, 80 % der Bevölkerung leben auf dem Land und von der Landwirtschaft. Diese ist zu 80-90 % in der Hand von Großgrundbesitzern. Der weitaus größte Teil der Landbevölkerung ist landlos oder fristet als Pächter sein Leben.

Die Feudalherren haben ein festes Herrschaftssystem. Engstens verbunden mit dem islamischen Klerus (der teilweise selbst Feudalherren ist) wurden die Dorfgemeinschaften unter ihre diktatorische Macht gestellt. Bewaffnete Banden der Großgrundbesitzer, absolute Herrschaftstreue der Mullahs sowie jahrzehntelange Tradition haben die feudalistischen Machtverhältnisse in Afghanistan gefestigt. Gleichwohl entwickelte sich der antifeudale Widerstand.

Am 17. Juli 1973 wurde der bis dahin herrschende König Zahir Schah gestürzt und von Staatspräsident Doud abgelöst. Dieser sieht sich genötigt, Reformen anzukündigen. In einem für die Masse der Afghanen wichtigsten Bereich, den Besitzverhältnissen auf dem Lande, kündigte er eine Reform an, die das Grundeigentum auf maximal 60 ha beschränkt. Diese Reform hätte die Besitzverhältnisse gerade eben um 1-2 % verbessert. Aber diese „Reform“ wurde nie durchgeführt.

hilfenisse gerade eben um 1-2 % verbessert. Aber diese „Reform“ wurde nie durchgeführt.

Das feudale Regime hält Doud mit brutaler Unterdrückung aufrecht. Tausende linker Oppositioneller werden inhaftiert und hingerichtet. Die politischen Kräfte – vor allem die Parcham- und Chalk-Partei – sind illegalisiert. Aber auch die von Doud fortgeführte Unterdrückung kann den Ruf nach sozialen Veränderungen nicht abschwächen. Im April 1978 wird die Doud-Regierung während eines Mamasufanades in Kabul gestürzt. Vorhergehend war die Ermordung des populären Linkspolitikers Khalber und das Niederschießen eines Trauerzuges anläßlich seiner Beerdigung. Der folgende Aufstand bringt die nationaldemokratischen Kräfte der Parcham- und Chalk-Gruppe an die Macht (nun vereint in einer Partei, der Chalk-Partei – Volkspartei). (Alle Angaben nach „Handbuch für die Dritte Welt“, 1978 und „ID“, 18.1.80).

Die „April-Revolution“

Mit dem Sturz des Doud Regimes am 17. April 1978 begann eine neue Etappe in der Entwicklung Afghanistans. Erstmals versuchten nationaldemokratische Kräfte, die feudalistischen Strukturen abzuschaffen.

Erklärtes Ziel der neuen Taraki-Regierung ist die Durchführung einer Landreform (der Landbesitz wird auf vier bis acht ha begrenzt, jeder Bauer soll mindestens ein ha Ackerland besitzen), einer Alphabetisierungskampagne und der Entwicklung des Schul- und Gesundheitswesens. Entsprechend gibt das „Handbuch der Dritten Welt“ ab 1978 „einen sehr anstrengenden Trend“ der im Erziehungs- und Gesundheitswesen tätigen Beschäftigten an („Handbuch“, S. 16).

Nach anfänglichem Zögern wird auch der rechte islamische Klerus (eng verbunden mit dem Großgrundbesitz) zumindest teilweise entmachtet. Die islamischen Würdenträger verlieren ihre politischen Privilegien.

Doch obwohl die für Afghanistan dringend notwendigen Reformmaßnahmen (die die Produktivkräfte entwickeln sollen und noch weit davon entfernt sind, revolutionär, sozialistisch zu sein) auf Zustimmung stoßen (wie Massenkundgebungen von 100.000 Menschen in Kabul zeigen), kommt die „April-Revolution“ nicht voran. Mit Beginn der Landreform und dem Versuch, diese Landreform durchzusetzen (z.T. mit Militär) tritt die Konterrevolution auf den Plan. Innerhalb kürzester Zeit (von Winter 78/79 bis Jahresmitte 79) kommt es in mindestens 6 Provinzen zu Kämpfen mit den rechtsgerichteten Widerstandsgruppen (siehe auch „Arbeiterkampf“ Nr. 157, 9.7.79).

In einzelnen Orten wie der Provinzhauptstadt Herat finden regelrechte Massaker an Mitgliedern der Volkspartei und sowjetischen Beratern statt („Arbeiterkampf“ Nr. 157). Die Reformmaßnahmen kommen in den betroffenen Regionen weitgehend zum Erliegen. Die Taraki-Regierung setzt in dieser Situation – wie auch sonst in der bisherigen Entwicklung der April-Revolution – auf das Militär.

Es wird ein kleines militärisch-politisches Oberkommando gebildet – unter Führung von Taraki. Die politischen Gremien sind weitgehend ausgeschaltet vom Entscheidungsprozeß. Auf den Versuch einer Volksmobilisierung, Bildung von Milizen, Volksmachtorganen wird auch weiterhin verzichtet. Der Kampf gegen den rechten Widerstand liegt ausschließlich beim Militär („Arbeiterkampf“ Nr. 157 und 161).

Im September 1979 wird die Taraki-Regierung gestürzt, Taraki selbst wird ermordet. An seine Stelle rückt der ehemalige Innenminister Amin. Verbunden hiermit ist eine generelle Säuberung der führenden Gremien von Mitgliedern der Parcham-Gruppierung. Während in der ersten Regierung noch gut die Hälfte der Minister Parcham-Leute waren, ist zu Amins Zeit die Parcham-Gruppe nicht mehr vertreten. Beendet ist damit die Zusammenarbeit der beiden einflussreichen Gruppen innerhalb der Volkspartei und der Versuch, gemeinsam die afghanischen Verhältnisse zu ändern.

Der Widerstand

Anders als beabsichtigt in der Presse dargestellt, handelt es sich bei den verschiedenen Widerstandsgruppen keinesfalls um irgendwelche „Befreiungskräfte“. Auch nicht, wie teilweise behauptet, um unterdrückte Minderheiten.

Der Widerstand begann, als die ersten Reformmaßnahmen in die Tat umgesetzt werden sollten – in verschiedenen Provinzen verhinderten Banden der Grundbesitzer die Durchführung der Landreform oder machten diese rückgängig. Im Frühjahr 1979 erklärten die wesentlichen Gruppen ihren Widerstand zum „Heiligen Krieg gegen die gottlosen Kommunisten“.

Politisch setzt sich der Widerstand aus hauptsächlich zwei großen Strömungen zusammen: Ein Teil der Gruppen orientiert sich auf die Bildung einer „Islamischen Republik“ als Alternative zum gegenwärtigen Afghanistan. Es sind dies vor allem die rechtsgerichteten Gruppen „Jamiat e Islami“ und „Hezbi e Islami“. Beide sind engstens verbunden mit

den pakistanischen führenden politischen Parteien. „Jamiat e Islami“ ist die Bruderpartei der gleichnamigen einflussreichen pakistanischen Partei. Von daher liegt es nahe, daß die niemals näher definierte „Islamische Republik“ sich am Vorbild Pakistans orientiert (in Pakistan fungiert der Islam als Basis der militärdiktatorischen Unterdrückung). In den letzten Wochen – nach der sowjetischen Intervention – sollen sich vier Gruppen dieser Orientierung zusammengeschlossen haben (genannt werden „Jamiat e Islami“, „Hezbi e Islami“, „Islamische Organisation“ und „Islamische Revolutionsbewegung“ – nach „NCNA“, zit. nach „SWB“, 10.1.80).

Der andere wesentliche Flügel des Widerstands favorisiert eine Rückkehr des 1973 gestürzten Königs Zahir Schah – eines Feudaldespoten Afghanistans. Genannt wird hier die sog. „Nationale Befreiungsfront“, ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen („Spiegel“, 24/79). Zwischen den politisch unterschiedlich motivierten Gruppen bestehen verschiedene Koordinationsgruppen, allerdings ohne politische Vereinheitlichung, so beispielsweise der „Islamische nationalistische Revolutionsrat“ („SWB“, 18.12.79).



Nach dem Sturz Amins wird das Kabuler Zentralgefängnis gestürmt.

Über die angeblich am Widerstand beteiligten Linksruppen oder maoistischen Gruppen ist nichts bekannt. Die konkreten Aktionen dieses Widerstandes schrieb u.a. der „Spiegel“ im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Herat (Mitte März 1979): „Der Pöbel umzingelte eine Gruppe russischer Kolonialisten und riß ihnen die Kleider vom Leibe. Dann schnitt man den Opfern die Nase ab, die Ohren, schließlich die Genitalien. Seduzierten sogar drei Russinnen aus und schnitten ihnen, ehe sie getötet wurden, die Brüste ab“ („Spiegel“, 11.6.79). Dieser Terror wird auch z.B. von der KPD bestätigt. „Sowjetische Berater, die den Guerillas in die Hände fielen“ werden in der Regel „sofort gesteinigt oder zu Tode gefoltert“ („Rote Fahne“, 31.5.79).

Auf die Mitglieder der Volkspartei wurde (und wird) in den Gebieten, in denen der konterrevolutionäre Widerstand die Oberhand hat, regelrecht Jagd gemacht. „Ähnlich wie im Iran wurden auch in Afghanistan in einigen von der Reaktion kon-

trollierten Orten „Islamische Gerichte“ installiert („FAZ“, 20.8.79). Diese Gerichte liefern die vermeintliche Legitimation für Massenmorde an der Zivilbevölkerung und Funktionären der regierenden Volkspartei. So wurde gemeldet, daß nach dem Überfall auf drei Städte in der Provinz Razmak 34 aktive Mitglieder der Chalk-Partei von sog. islamischen Gerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden („Arbeiterkampf“ Nr. 161). Die „Zeit“ berichtet nach einem vierzehntägigen Aufenthalt eines ihrer Korrespondenten in Afghanistan, daß sich die Reaktionen bemähen, „ihre eigenen Stammes- und Tschetschagengebiete feind- und regimfrei zu halten, d.h. die von der Regierung ausgesandten Lehrer, Parteimitglieder und ideologischen Einpeitscher zu eliminieren“ („Zeit“, 17.8.79).

Es ist nicht allein die Brutalität, mit der der Widerstand vorgeht. Vor allem werden die Aktionen planvoll und systematisch angeführt. „Nach Augenzeugenberichten wurden sowjetische Bürger in der Stadt auf offener Straße erschossen. Der Mob machte mit Listen über die Adressen sowjetischer Familien Jagd auf die Rumien“ („FAZ“, 17.4.79).

gramm für Afghanistan unter der Bedingung, daß Doud stärkere Kontrolle über die Chalk- und Parcham-Parteien ausübe“ (do). „Der Schah begann, mehr und mehr Macht in Afghanistan auszuüben und die SAVAK mischte sich erheblich in innere afghanische Angelegenheiten ein. Die SAVAK ging sowohl, mutmaßliche kommunistische Sympathisanten innerhalb der afghanischen Regierung und des afghanischen Militärs namhaft zu machen, die denn von Doud gesteuert wurden“ (do).

Der gesamte Polizeisektor, Grenzschutz und vergleichbare Einheiten wurden von den US-Imperialisten, der BRD und Großbritannien aufgebaut und ausgebildet. Alle höheren afghanischen Polizeioffiziere wurden in der BRD geschult („Spiegel“ lt. „Counter Spy“, 12/79).

Der Imperialismus hatte große Pläne mit Afghanistan – die allerdings mit dem Sturz des Schahs im Iran und dem Sturz Douds in Afghanistan jäh scheiterten.

Kelase was wurden damit die Pläne aufgegeben. Im Gegenteil sollte sich die imperialistische Einmischung in Afghanistan erheblich verstärken.

An vorderster Front wurde Pakistan für und mit Unterstützung der Imperialisten aktiv. Zahlreiche bürgerliche Journalisten wiesen 1979 nach, daß Pakistan dem reaktionären afghanischen Widerstand militärische Ausbildungslager zur Verfügung stellt, die jüngsten Angaben sprechen von zwölf solcher Lager („Die Neue“, 31.8.80). In Pakistan erhielt die afghanische Reaktion völlige Handlungsfreiheit, konnte ungehindert ihre Propaganda in den afghanischen Flüchtlingslagern treiben und diese als Rekrutierungsfeld nutzen („Viewpoint“, linke pakistanische Zeitung, 24.6.79). Die Konterrevolutionäre sind so in der Lage, in Afghanistan ihre Aktionen durchzuführen und sich jederzeit nach Pakistan absetzen zu können („Viewpoint“, 24.6.79).

Zur gleichen Zeit versucht die pakistanische Militärdiktatur, international Front gegen Afghanistan zu machen. Die pakistanische Zentralregierung hat bereits vor Monaten die Marschroute eindeutig ausgegeben und „eine gemeinsame Aktion der islamischen Staaten zum Sturz (II) der kommunistischen Regierung in islamischen Afghanistan gefordert“ („Die Neue“, 31.3.79). Saudi-Arabien, Kuwait, Ägypten und die rechten Kräfte im Iran schlossen sich dieser Aufforderung schnell an („FAZ“, 15.6.79, „FR“, 17.4.79, „Informationsbulletin“, 4/79). Im Iran wurde es als „eine islamische revolutionäre Aktion“ bezeichnet („Informationsbulletin“, 4/79). Im Iran wurde es als „eine islamische Pflicht“ deklariert, den „afghanischen Moslembrüdern zu helfen“. „Alle nur möglichen Mittel“ wurden zur Beseitigung der „despotischen Regierung“ gefordert („FR“, 18.6.).

Befehlshaber Pentagon?

Nach jüngsten Pressemeldungen sollen die amerikanischen Geheimdienste in den pakistanischen Ausbildungslagern 5000 Soldaten ausgebildet haben, die zum Einsatz in Afghanistan zum Jahresende bereit ständen („Die Neue“, 3.1.). Nach „Counter Spy“ – einer amerikanischen Anti-CIA-Zeitung – sind vor allem die Drogenbekämpfungsbefehle (DEA) und die sog. „Asian-Gesellschaft“ in diesen Lagern aktiv. Beide sind lt. „Counter Spy“ verkappte CIA-Organisationen und bestehen größtenteils aus CIA-Agenten. Ihr Einsatz in den pakistanischen Lagern wurde selbstverständlich als humanitäre Maßnahme deklariert. „Counter Spy“ nennt hierfür zahlreiche Belege, die in einer ausführlichen Übersetzung im „ID“ vom 18.1.80 nachgelesen werden können. Zwei wesentliche Führer der afghanischen Reaktion sind zudem amerikanische Staatsbürger. Es handelt sich um Ziya Nezir und Zia Nasery („Counter Spy“, 12/79). Ziya Nezir (Vorsitzender eines Koordinationsgremiums verschiedener Widerstandsgruppen) wurde Mitte 1979 vom amerikanischen Außenministerium zu Unterredungen empfangen. Über den Inhalt dieser Gespräche verweigerte die USA jede Auskunft („Counter Spy“ 12/79). Daß hier über die Entwicklung in Afghanistan verhandelt wurde, dürfte auf der Hand liegen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 43

Insbesondere dürfte aus dem oben Geschilderten klar sein, daß sich die US-Imperialisten bei ihren Aktivitäten in Afghanistan auf die verbliebenen Reste des von der SAVAK errichteten Geheimdienstes, der von der BRD aufgebauten Polizeikräfte usw. stützen kann.

Mitte Dezember sollen nach Angaben der „Prawda“ die imperialistischen Interventionspläne konkretere Gestalt angenommen haben. Nach diesem Bericht soll ein „Treffen der Führer der bewaffneten Verbände und der afghanischen Exilbourgeoisie“ unter Beteiligung der CIA in München (!) stattgefunden haben.

Auf diesem Treffen soll lt. „Prawda“ eine Intervention unter Beteiligung u.a. der USA, Englands und der VR China diskutiert worden sein. Die „Prawda“ hat natürlich ein Interesse an solchen Berichten, liefert sie doch eine willkommene „Rechtfertigung“ für die sowjetische Intervention. Interessant dabei ist aber, daß die großbürgerliche „FAZ“ in einem dreipaltigen Artikel diese

Meldung breit darstellt und noch von sich aus F.J. Strauß (das Treffen soll ja in München stattgefunden haben) mit ins Spiel bringt (vgl. „FAZ“ vom 9.1.80).

Wie dem auch sei, Tatsache ist, daß es in Afghanistan eine massive Einmischung der imperialistischen Kräfte gegeben hat und noch gibt. Das pakistanische Grenzgebiet wurde unter Beteiligung der USA und der reaktionären islamischen Staaten zum Aufmarschgebiet gegen Afghanistan.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch der Besuch des chinesischen Außenministers Huang Hua im pakistanischen Grenzgebiet eine besondere Bedeutung. Am Khyberpaß schüttelte er mehreren Stammesführern die Hand. Bei seinem fünftägigen Besuch in Pakistan sicherte Huang dem Chef der dortigen Militärregierung, Zia-ul Haq, chinesische Militär- und Wirtschaftshilfe zu. China hatte bereits in den vergangenen Jahren Waffen und Munition an Pakistan geliefert. Huang kündigte außerdem den Besuch einer chinesischen

Militärdelegation in Pakistan an. Zia-ul Haq bezeichnete China denn auch als „den Schatzstein unseres außenpolitischen Gebäudes“ („SZ“, 21.1.80).

Scharfe Kritik übte der chinesische Außenminister an der Haltung der westeuropäischen Staaten gegenüber Afghanistan. Insbesondere auch an der BRD. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen“ meinte er, es genüge nicht, „die weitreichenden sowjetischen Pläne mit ein paar Almosen an die afghanischen Freiheitskämpfer und an die afghanischen Flüchtlinge“ zu durchkreuzen. Kaum verbüllt forderte er ein direktes Eingreifen der Imperialisten: „Der Westen müsse den sowjetischen Angriff auf Afghanistan als Angriff auf sich selbst ansehen und entsprechend handeln, sagte Hua mit großem Nachdruck. Der Bundesrepublik, einem Land, in vorderster Front“, wie Hua sich ausdrückte, falle dabei eine besondere Verantwortung zu“ („FAZ“, 23.1.80).

Amen/Australien-Kommunisten



Waffenachtern im „neutralen“ Pakistan versorgen die furchtlichen Modern-Banden mit Kriegsgut.



Zur Lage in Ost-Timor Völkermord mit westlicher Unterstützung



große Zahl von FRETILIN-Angehörigen mußte sich den Indonisiern ergeben (1).

große Zahl von FRETILIN-Angehörigen mußte sich den Indonisiern ergeben (1).

Da die indonesische Armee nicht in das von der FRETILIN gehaltene innere Bergland vordringen konnte und in Gefechten mit der Befreiungsbewegung hohe Verluste erlitten hatte, ging sie zunehmend zur Strategie der „verbrannten Erde“ über. Flächenbombardements aus der Luft und vom Meer zerstörten die Dörfer und die Ernte zerstörten, um die Bevölkerung durch Hungersnöte zur Aufgabe zu zwingen.

In der Tat war diesem Vorgehen Erfolg beschieden. Etwa 30.000 bis 40.000 Menschen starben allein infolge des Einsatzes von Entlaubungsmitteln. Die Zahl derer, die während der letzten beiden Jahre in der Hoffnung auf Nahrung und medizinische Betreuung von der indonesischen Armee kontrolliertes Gebiet erreicht haben, schätzt man auf 200.000 (bei einer Gesamtbevölkerung von nur 600.000!) (3). Einem offiziellen indonesischen Bericht zufolge leben heute 319.000 obdachlose Personen in den indonesischen „strategischen Zentren“. In dem genannten Bericht heißt es weiter: „Hundert von Dörfern wurden durch die Bombardierungen von der Erde gefegt... viele Namen auf den Landkarten Ost-Timors existieren nicht mehr“ (6).

In diesem von dem indonesischen Militär bereitgestellten Lager herrscht unbeschreibliches Elend. Die Menschen dort befinden sich „in einer verzweifelter Situation, in vielen Fällen hungern sie, sie sind schwer krank, sie brauchen sofort Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung“, urteilt ein Teilnehmer einer Delegation, die Neulager in zwei Dörfern Anfang September letzten Jahres besuchte (7). Der australische Senator Bernard Kilgarriff, Mitglied dieser Delegation, sprach offen von „Völkermord“ (8).

Nach wie vor verweigert das Suharto-Regime dem Internationalen Roten Kreuz und anderen Hilfsorganisationen den Zutritt zu diesen Lagern.

Angesichts zunehmender wirtschaftlicher und militärischer

Schwierigkeiten kommt es anfanglich zu Meinungsverschiedenheiten, später zu Richtungskämpfen innerhalb der FRETILIN. Ein Teil der Führung, die auf einen raschen militärischen Sieg gesetzt hatte, ist bereit, sich mit der indonesischen Besatzungsmacht zu arrangieren.

Xavier do Amaral, bis dahin Präsident der FRETILIN, gerät, nachdem er im August 1977 abgesetzt und in Haft genommen war, in die Hände der Indonesier und läßt sich von ihnen als Vize-Präsident der von der Besatzungsmacht installierten Provinzregierung in Diensten nehmen.

Alarico Fernandez, bis dahin Minister für Information und Nationale Sicherheit der ost-timorenschen Regierung, läuft zu den Truppen Suhartos über, nachdem er vergeblich versucht hatte, den internen Machtkampf zu seinen Gunsten zu entscheiden. Der „Sender „Radio Maubere“, einziges Kommunikationsmittel zwischen den befreiten Gebieten und dem Ausland, konnte als Folge dieses Verrats zum Schweigen gebracht werden (1).

Bei einem Versuch der FRETILIN ten und dem Ausland, konnte als Folge dieses Verrats zum Schweigen gebracht werden (1).

Bei einem Versuch der FRETILIN im Dezember letzten Jahres, das nördliche Zentralgebiet südlich der Hauptstadt Dili wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, mußten ihre Streitkräfte einen Niederlagen hinnehmen. FRETILIN-Präsident Nicolau Lobato, Nachfolger von Amaral, wurde zusammen mit weiteren Führern in einen Hinterhalt gelockt und getötet (3).

Trotz dieser augenblicklich schwierigen Situation, bedingt einerseits durch

– die mit System betriebene Auswanderung der Bevölkerung durch die Vernichtung des Ackerbaus, ihre Zusammenreibung in Lagern,

– militärische Niederlagen und innerorganisatorische Schwächen gehen die Kämpfe in Ost-Timor weiter. Während heute die FRETILIN im Gegensatz zu Anfang 1978 über keine zusammenhängenden befreiten Gebiete mehr verfügt, ist die Befreiungsbewegung jetzt dazu übergegangen, mit kleinen mobilen Guerilla-Einheiten zu operieren und die indonesischen Besatzer überall im Land zu attackieren. Abilio Araújo, dem Wirtschaftsminister der ost-timorenschen Regierung zufolge, befinden sich noch immer rund 10.000 FRETILIN-Kämpfer in den Bergen – insbesondere der östlichen Landesteile – sowie im Grenzgebiet zu West-Timor, um von dort aus den Guerilla-Kampf gegen die Truppen Suhartos zu reorganisieren (1).

Während westdeutsche Politiker und die bundesdeutschen Massenmedien lauthals das Flüchtlingselend in Indochina beklagen, haben sie allen Grund, die systematische Vernichtung der Bevölkerung Ost-Timors durch die indonesische Soldateska schweigend zu übergehen. Ist es doch die BRD-Regierung, die durch ihre Waffenlieferungen an das Suharto-Regime direkt an diesen Massenmorden beteiligt ist – und das trotz aller Beteuerungen, keine Waffen in Sperrungsgebiete zu liefern. Durch zahlreiche internationale Aufrufe, durch UNO-Resolutionen etc. ist den Verantwortlichen sehr wohl bekannt, daß das Elend in Ost-Timor „nach weit kritischer (für) als das der Indo-

china-Flüchtlinge“ („Süddeutsche Zeitung“, 5.9.79). Verständlicherweise schweigt man lieber über die Flüchtlingsnot eines von der BRD mitunterstützten, westliche Interessen verteidigenden Invasionskrieg, um sich um so energischer über die Opfer der „kommunistischen Schreckensherrschaft“ in Indochina empören zu können.

H.D., Ost-Timor-Solidaritätskomitee

Quellen:

- (1) Werner Aron, „Zur Lage in Osttimor“, Pogram Nr. 65, Juli-Sept. 79
- (2) laut Aussagen der FRETILIN-Vertreter in Europa
- (3) John Taylor, „Osttimor – Wie der Westen Indonesiens Völkermord unterstützt“, Pogram Nr. 65, Juli-Sept. 79
- (4) Weil sich dieser westdeutsche Hubschraubertyp im Antiquarientatung wohl bewährt haben muß, ist der Bedarf der indonesischen Militärs und anderer südostasiatischer Länder nach BO-105 so groß, daß eine eigene Produktion für bewährt haben muß, ist der Bedarf der indonesischen Militärs und anderer südostasiatischer Länder nach BO-105 so groß, daß eine eigene Produktion für die von Befreiungskämpfern geplanten ASEAN-Diktaturen notwendig wird. „Indonesiens aufstrebende Flugzeugindustrie will in Kürze die Militärversion der deutschen Mehrzweck Hubschrauber BO-105 in ihre Produktionsprogramme aufnehmen. (...) Das indonesische Unternehmen baut die Hubschrauber auf der Grundlage eines Lizenzvertrages mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). Außerdem hätten Malaysia und Thailand bereits Kaufverträge für den MBB-Hubschrauber bekommen“ („Frankfurter Rundschau“, 26.7.79)
- (5) Nach Bekanntwerden dieses Geschäfts brach in der niederländischen Öffentlichkeit ein Sturm der Entrüstung los. Unter der Koordination des indonesischen Komitees Hengelo wurde ein Protest gegen den Staat Niederlande angestrengt unter der Anklage einer Beihilfe zum Völkermord. Als Kläger traten neben einer Reihe von kirchlichen Organisationen und zahlreichen Dritte-Welt-Gruppen auch Vertreter der Befreiungsbewegung von Ost-Timor (FRETILIN) und von West-Papua auf. Wohl, um einen ungünstigen Ausgang des Urteils vorzubeugen, ist eine der Korvetten am 18.7.79, einen Tag vor Prozessbeginn (wahrscheinlich nach vor ihrer endgültigen Fertigstellung) in einer heimlichen den Indonisiern übergeben worden, obwohl ihre Auslieferung erst im August vorgesehen war („Waffen für Suharto“, aus Pogram Nr. 65, Juli-Sept. 79)
- (6) nach: „Arbeiterkampf“ Nr. 167 vom 26. Nov. 1979
- (7) „Far Eastern Economic Review“ 29. Sept. 1978
- (8) „The Australian“, 12. Sept. 1978 zitiert nach „Ost-Timor-aktuell“, Gießen, Aug. 1978

Spendenkonto:
Ost-Timor Solidarität
Besirkeparkasse, Gießen
Kto.-Nr. 50 80 80
BLZ 513 500 25

Timor ist eine Insel von der 3-fachen Größe Zyperns, im Indischen Ozean zwischen Australien und Indonesien gelegen. Während ihr westlicher Teil zu Indonesien gehört, stand Ost-Timor bis 1975 unter portugiesischer Kolonialverwaltung.

Nach ihrem Abzug und dem Ende ihrer 400jährigen Kolonialherrschaft verkündete die Befreiungsbewegung FRETILIN (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor) im Herbst 1975 die Unabhängigkeit des Landes. Innerhalb kürzester Zeit gelang es der FRETILIN, auf die eigenen Kräfte gestützt, die Ernährung der Inselbevölkerung sicherzustellen. Aus Furcht vor dem Übergreifen einer

lang es der FRETILIN, auf die eigenen Kräfte gestützt, die Ernährung der Inselbevölkerung sicherzustellen. Aus Furcht vor dem Übergreifen einer sozialrevolutionären Alternative auf die benachbarten indonesischen Inseln startete die indonesische Armee im Dezember 1975 ihre zweite Invasion, nachdem ein erster Versuch zwei Monate vorher von der FRETILIN zum Stehen gebracht werden konnte. Seither hat der Einmarsch der Indonesier 100.000 bis 200.000 Timoresen das Leben gekostet – das sind 1/6 bis 1/3 der Gesamtbevölkerung (1). Die meisten davon starben infolge der Bombardierungen ihrer Dörfer oder gingen zugrunde an Epidemien und Hungersnöten, herbeigeführt durch chemische Kampfstoffe, Entlaubungsmittel und Zerstörung der Ackerbau.

Gleich nach der Okkupation verhängte Indonesien eine totale Luft- und Seeblockade über die ganze Insel, um, abgeschnitten von der Weltöffentlichkeit, seine grausame Annexionspolitik der „Unterwerfung oder Vernichtung“ durchführen zu können. Handel und Nachschub für die befreiten Gebiete wurden umöglich gemacht. Ausländische Pressevertreter und unabhängige Beobachter wurde ebenso der Zutritt verweigert, wie man medizinische und humanitäre Hilfe durch ausländische Organisationen (z.B. Internationales Rotes Kreuz) verhinderte.

Ogleich die UNO in ihren alljährlichen Vollversammlungen dem ost-timorenschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zuerkannte, die Invasion der indonesischen Truppen verurteilte und deren bedingungslosen Abzug mehrfach forderte, blieb das Suharto-Regime davon unberührt.

Trotz mehrerer Offensiven der indonesischen Truppen gegen die Befreiungsbewegung Ost-Timors, trotz der unvorstellbaren Brutalität der Besatzer und trotz ihrer zahlenmäßigen und militärischen Überlegenheit kontrollierte die FRETILIN bis Anfang des Jahres 1978 noch rund 80 % des Landes (2). Seit Beginn des Jahres 1978 hat sich dann aber die Situation des ost-timorenschen Volkes in dramatischem Ausmaß verschlimmert.

Galt bis vor kurzem die indonesische Luftwaffe als veraltet und ihre Piloten als schlecht ausgebildet, hat sich die indonesische Armee dank der Unterstützung durch westliche Länder während der vergangenen drei Jahre modernisieren können.

– Die USA lieferten speziell für Anti-Guerilla-Operationen konstruierte Bronco OV-10 Kampfflugzeuge, Truppentransportfahrzeuge und Entlaubungschemikalien, daneben automatische Gewehre (M-16)

– Die britische Regierung stimmte dem Verkauf von 8 BAC HAWK Bodenangriffsflugzeugen zu, die tief fliegen können und so gebaut sind, daß sie große Flächen mit einem dem Verkauf von 8 BAC HAWK Bodenangriffsflugzeugen zu, die tief fliegen können und so gebaut sind, daß sie große Flächen mit einem

dem Verkauf von 8 BAC HAWK Bodenangriffsflugzeugen zu, die tief fliegen können und so gebaut sind, daß sie große Flächen mit einem Bombenregen überziehen können, der laut „British Defense Equipment Catalogue“ eine hohe Tötungswahrscheinlichkeit gegen „harte und weiche“ Ziele hat. Vom HAWK können auch Napalmkanister und Entlaubungsmittel abgeworfen werden (3)

– Italien sorgte für den Aufbau einer militärischen Infrastruktur und lieferte die für den Dschungelkrieg notwendigen Hubschrauber

– Australien lieferte die für die Aufrechterhaltung der Seeblockade benötigten Patrouillenboote (Anzahl 42)

– Die BRD plant den Verkauf von zwei U-Booten (Marke: Howaldt-Deutsche-Werft – Strickpreis 250 Mio. DM; zum Vergleich der indonesische Jahreshaushalt für Ost-Timor im ersten Bereich: 16 Mio. DM)

Ferner liefert die BRD Hubschrauber der Marke BO-105 (Messerschmitt-Bölkow-Blohm) (4), sowie Handfeuerwaffen.

– Überbühnen werden an der Militärhochschule in Hamburg indonesische Offiziere ausgebildet.

– Holland hat sich zur Lieferung von Korvettenfliegern bereit erklärt (5). Es sorgt für die militärische Kartographie und für den Aufbau elektronischer Überwachungsanlagen und eines Logistiksystems zur Versorgung der Besatzertruppen.

Frankreich liefert Hubschrauber des Typs „Alouette III“ und Boden-

Rudolf Bahro

Offener Brief an die Bunten und Alternativen, an den KB und die KPD

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen!

Der Versuch, der Grünen Bewegung in Hinblick auf den schon gegen Strauß notwendigen 19. Erfolg bei der Bundestagswahl eine parteipolitische, autonom auf parlamentarischer Ebene wirkende Vertretung zu geben, steht in der Gefahr des Scheiterns. Das würde nur ein zeitweiliger Rückschlag sein, weil hinter diesem Versuch eine historische Notwendigkeit von beispielloser Dringlichkeit steht, die Ihr Euch anscheinend doch noch nicht voll bewußt gemacht habt. Sie wird aber mit Sicherheit über die Existenzprobleme Eurer besonderen Listen und Gruppen hinweggehen. Alle diejenigen Genossen, auch außerhalb Eurer Kreise, die jetzt in irgendeiner Weise die Sonderinteressen und Sonderlinge der Linken zum Ausgangspunkt des Urteils, des Verhaltens machen, haben da nicht zurechtgedacht. Es handelt sich darum, die menschliche Zukunft überhaupt und eine Chance menschenwürdiger Organisation des Zusammenlebens in dieser Zukunft zu sichern.

Wenn die Erde hundertmal so groß wäre, wie sie ist, könnten wir diese Bundestagswahl gelassen unter die alleinige Fröschperspektive stellen, den Einfluß unserer Gruppen um - im Bundesratsbetrieb - Nullkomma-Prozente zu erhöhen, unsere speziellen „Böcke einzubringen“ - welcher Subjektivismus schon in der Sprache mangelhaft! - und/oder Strauß abzuwehren, damit uns in den nächsten vier Jahren die politische Parteilosigkeit nicht beschnitten wird. Genauso gesagt, denn müßte man ein solches Herangehen nicht so groß eine Fröschperspektive nennen - obwohl man von einer verantwortlichen Linken stets mehr erwarten muß, als daß sie ihre eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen verteidigt. Nehmen wir eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, jedenfalls eine alles übergreifende Mitverantwortung für uns in Anspruch oder nicht? Ich sage es auf die Gefahr hin, hier von unsagen nicht-linken Partnern mißverstanden zu werden. Wir sollten von uns selber fordern, eine hegemonialfähige Konzeption zu haben. Das heißt weiter nichts als die hegemonialfähige Konzeption den objektiven Problemen der ganzen Gesellschaft gegenüber. Das heißt diejenige Konzeption, die die Probleme am besten bewältigt, die also alle wesentlichen Gesichtspunkte und Interessen, die integriert werden müssen, um die Probleme zu lösen, an der richtigen Stelle in dem gedanklichen Gesamtzusammenhang werden müssen, um die Probleme zu lösen, an der richtigen Stelle in dem gedanklichen Gesamtzusammenhang einordnen - und so auch die Anderen zu überzeugen vermag. Ich rede von der Hegemonie der besseren Argumente und des adäquaten Verhaltens, der einzigen, die sich ohne Gewalt, ja ohne eigentliche Machtansprüche durchsetzen kann. Ich rede darüber unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sich unsere Partner in der gemeinsamen Sache dieselbe Durchsetzungsfähigkeit ihrer Argumentation und ihres Auftretens vornehmen. Ihr habt mir selbst erzählt: Immer dann, wenn wirklich diskutiert wurde, kam mehr Verständigung statt stärkerer Ab- und vor allem Ausgrenzung heraus. Wenn wir so herangehen, werden wir es in der Grünen Partei, anders als zunächst noch in der breiteren Öffentlichkeit, ab bald nicht mehr mit Ausgrenzungsbedürfnissen zu tun haben, obwohl wir unseren Partnern für lange Zeit ein Problem aufgeben, wie sie uns auch.

Bei dem Gespräch für die Hamburger Bunte-Lite-Zeitung habt Ihr mir quasi gesagt, die Ablehnung der Doppelmithgliedschaft sei identisch mit der Verneinung einer antikapitalistischen Komponente durch die übrigen Grünen. Das ist Eure Schutzbehauptung, und sie ist nicht wahr. Die große Mehrheit des Kongresses ließ antikapitalistische und sozialistische Ansprüche offensichtlich zu und zwar nicht nur geduldet. Es geht um etwas ganz anderes. Die Grünen, darunter auch „rote Grüne“, darunter auch ich, deshalb habe ich Euch in Karlsruhe zur Auflösung Eurer Organisationsformen - wollen nicht, daß Ihr als „autonome“ Böcke eintrittet, als verschlossene, extern einer anderen Disziplin verantwortliche Fraktionen. Und wenn Ihr meint, Eure bunten und alternativen Positionen, die ich inhaltlich größtenteils bejahe, nur „gleichberechtigt“ einbringen zu können, indem Ihr einer anderen Mehrheit jeweils ein bloß eine Sperrminorität

präsentiert und mit Destraktion im Falle der Nichtannahme droht, dann könnt Ihr Euer Spiel auf lange Sicht noch mehr verlieren als auf kurze (Ihr werdet, draußen bleibend, weniger gesellschaftlichen Einfluß haben als die Jungs in den hundertjährigen SPD, mit deren Problem Ihr das Eure ganz unbegründet vergleicht und auf die Ihr so mit einem ganz unbegründeten Stolz herabblickt. Sie sind jedenfalls nicht so nervös wie Ihr, und recht und schlecht vertreten sie die Sache auf Ihre Weise auch... Es ist Eurer wirklich bewundernswerten Aktivität an einigen lokalen Schwerpunkten - die jedoch nicht repräsentativ für unsere Möglichkeiten im ganzen Land sind - zu danken, daß Ihr jetzt so relativ starke Kräfte einzubringen habt. Potentiell repräsentieren die anderen mehr. Und das ist gut so, weil die Grüne Partei unbedingt aus dem gesamten Spektrum der Gesellschaft überstreichen sollte. Ich bin jetzt eingetreten, um meinen Beitrag dazu zu leisten, daß unsere Kräfte ausgewogen vertreten sind, weil ein Gleichgewicht in dieser Hinsicht sehr wichtig für die Zukunft der Grünen ist und weil dieses Gleichgewicht möglichst jetzt gesichert werden muß, in statu nascendi (Geburtszustand - AK) der neuen Partei, wo noch alles fließt. Wenn die Linke perspektivisch ein Drittel aufbringt, wird sie aussichtsreiche Positionen für eine sehr fruchtbare Arbeit haben. Aber dazu muß sie einen völlig anderen politischen Stil der Zusammenarbeit wählen als Ihr in Anspruch bringt. Was wir erreichen müssen, ist eine Art „Fliegengewicht“ der Positionen, das sich insgesamt nach vorn bewegt.

Ihr hattet auf Eurem Frankfurter Treffen eine falsche Politik beschlossen, nicht nur eine falsche, Euch selbst schädigende Taktik. Die ganze Einstellung, die in Eurer öffentlichen Erklärung zum grünen Gründungskongreß zum Ausdruck kommt, ist falsch, falsch vom sozialistischen Standpunkt. Es ist eine reaktionäre Grundhaltung. Jetzt ist es an der Zeit zu erkennen und einzusehen, daß Ihr die in Karlsruhe zur Aburteilung demonstriert habt, daß es damit nicht weitergeht. Sollten die Grünen wirklich dazu bestimmt sein, ein „ökologisch orientierter bürgerlicher Wahlverein“ zu werden, wie Ihr ihnen voraussetzt - so werdet Ihr sie nicht davor bewahren, im Gegenteil, Ihr hättet dazu beigetragen. Es ist ein Kunststück linker Selbstdisziplinierung, es ist alles andere als souverän, und es ist gesamtgesellschaftlich verantwortunglos, den Kampf so anzuführen, es ist alles andere als souverän, und es ist gesamtgesellschaftlich verantwortunglos, den Kampf so anzuführen, daß alle die gewohnheitsmäßigen Reflexe bestätigt werden, von denen sich die Partner gerade mühsam freizumachen im Begriff sind. Ihr habt ein Lehrbeispiel geliefert, Ihr, nicht die anderen, wie man den Antikommunismus, die Berührungsmacht, den Wachstumscharakter, indem Ihr den Kongreß die vollen zwei Tage lang mit nichts als dem Status- und Existenzproblemen Eurer Gruppen beschäftigt und be-

Ihr findet durch die Karlsruher Beschlüsse bestätigt, daß man Euch nicht gleichberechtigt mitarbeiten läßt. Formell jedenfalls hat der Kongreß nichts zurückgewiesen als Euren Anspruch auf zwei Vorrechte: auf das Vorrecht, dort vertreten zu sein, ohne zuvor, wie die anderen, Mitglied jeder vorläufigen Sonstigen Politischen Vereinigung „Die Grünen“ zu werden und auf das Vorrecht, zugleich noch Mitglied einer anderen Partei bleiben zu dürfen. Zudem ist Euer Spiel in dem kritischen Punkt der Doppelmithgliedschaft tatsächlich nicht ganz aufrichtig, jenseits irgendwelcher Parteilangesetze. Ihr seid - Eurem Selbstverständnis nach, und ob Ihr Euch nun Partei oder bloß Bund nennt - nicht weniger, sondern mehr als „konkurrierende Wahlparteien“. Keine andere Partei in diesem Land (mit Ausnahme der DKP) ist so sehr Partei wie Eure Parteien. Oder richtiger vielleicht: so sehr Orden Leninistische Disziplin, das weiß ich nun wirklich, macht den ganzen Menschen der Organisation verantwortlich und tendiert stets dazu, Ihr die individuelle Vernunft und das individuelle Gewissen unterzuordnen. Wenn Ihr sie ernstnimmt, könnt Ihr nur so in die Grünen gehen, wie der Jesuit, von welchem Orden ausgemacht, in die Welt geht. Und wir gegen Jesuiten ist, muß halt nicht gegen die Kirche sein, schon gar nicht gegen Christus.

Zum Schluß verstellt Ihr Euch um jene, die Euch noch eine Brücke bauen wollen, vollends zu verperlen und lächerlich zu machen - zu der Forderung, auch Mitglieder der SPD und der FDP sollten zugleich Mitglieder der Grünen sein dürfen. „Offenheit und Vielfalt!“ Warum verweigert Ihr da einmündig CDU/CSU, andererseits die DKP? Leider, an dieser Stelle kann man nicht mehr ernsthaft diskutieren. Wenn Ihr nach der Leistung in Karlsruhe Lenin lesen wollt, dann lest sein Buch über linken Radikalismus als politische Kinderkrankheit. Eure Art „Leninismus“ - entschuldigt: eine Identitätskrücke, zugeborgt aus einer anderen Zeit und vor allem aus einem anderen historischen Raum, eine Farce auf die weltgeschichtliche Leistung Wladimir Iwanowitsch Lenins - erweist sich als wirkliches Hindernis, inhaltlich alternative Positionen ins grüne Programm einzubringen. Man wird Standpunkte ablehnen, gegen die man vielleicht gar nichts hat, nur weil Ihr sie mit „imperativem Mandat“ auf Beugen und Brechen durchsetzen wollt. Praktisch stellt Ihr nämlich gar keine positive Gefahr der „Unterwanderung“ für die Grünen dar.

Wieviel gesellschaftliche Perspektive repräsentieren denn Eure Gruppen und was für eine? Ich fürchte, das sind Epochen aber biographischer bzw. gruppenspezifischer als politischer Dimension. Ich negiere das nicht. Aber diese Gruppen werden einmal genau so viel wert gewesen sein, wie Ihr als einzelne Genossen, die sich eine zeitlang eine schützende Heimat darin geschaffen hatten, nachher in den Gang der Geschichte einbringt. Nach außen fungieren sie jetzt hauptsächlich als Störquelle für unsere eigene Sache. Die Meuern, die Ihr um Euer Haus gezogen habt, kosten Euch die umfassende Kommunikation. Es ist grotesk, das heißt es kennzeichnet die Gesamtsituation, in der so etwas möglich ist, als eine, die Ihr bald sprengen müßt, wenn Eure inneren Organisationsprobleme und Zerwürfnisse tatsächlich so beschaffen sind, daß man ihnen mit Leninistat aus den Jahren 1903 bis 1912 bekommen kann. Ihr könnt doch nicht im Ernst der Meinung sein, so könnten Kräfte zur Veränderung der heutigen und heutigen Zustände formiert werden. So könnt Ihr Eure Kräfte nicht einmal mehr länger konservieren - Ihr macht Euch bloß selbst kaputt.

Bis gestern waren Eure politischen Idealvorstellungen exterritorial beherrschend. Ich weiß nicht, wie weit Ihr seht.

Bis gestern waren Eure politischen Idealvorstellungen exterritorial beherrschend. Ich weiß nicht, wie weit Ihr seht. Zwischen Euch jeweiligen „Vaterländer aller Werktätigen“ hinter Euch habt. Laßt doch die DKP allein daran zugrundegehen, daß sie gehindert ist, sich von der Loyalität zu einem fremden und noch dazu allzu nahe angewinkelten Modell freizumachen; es ist um die stillgelegte Kraft dieser Genossen schon schade genug. Jetzt müßt Ihr den Organisationsformen den Abschied geben, die nur im Zusammenhang mit diesen fremden Modellen ihre Logik, einen diesbezüglich rationalen Sinn hatten. Ihr erpreßt, indem Ihr das Existenzproblem Eurer Gruppen zur Cruz der ganzen grünen Sache macht, eine größere Gesamtheit. Ihr erpreßt insbesondere die übrigen Linke, die in dem großen Saal konstruktive Politik machen und nicht andauernd Stimmungen zählend möchte. Ihr nehmt für Euch jene Art Solidarität in Anspruch, die auch halt als nichtautoritärer und „alternativer“ Mensch geschädigten Randgruppen und Ausgewanderten schuldig ist. Ihr habt ein Recht auf diese Solidarität, aber politisch dankt Ihr ab, wenn Ihr sie in Anspruch nehmt. Jedenfalls kann nichts werden aus einer politischen Partei (den Grünen), wenn sie sich auf Dauer mit den Identitätskonflikten von Gruppen belastet, die die sozialen Krankheiten hauptsächlich als Opfer widerspiegeln, sich aber aus dieser Situation heraus als Ärzte empfehlen. Der russische Revolutionär Wladimir Korolenko, den Rom Luxemburg sehr schätzte, pflegte in solchen Fällen auszurufen: „Heils, Kränker, den Medikus!“

Ich bin für Mitarbeit möglichst vieler Sozialisten aller Couleur bei den Grünen, ohne fraktionellen Schlittrich zwischen grün hier und bunt bzw. alternativ dort. Dabei bin ich konzeptionell von vornherein gegen Doppelmithgliedschaften ab Dauerzustand. Und ich bin dagegen, daß Ihr eine aussichtsreiche politische Perspektive, darunter Eure eigen-



Rudolf Bahro und Rainer Springmann: Was geht denn hier „gut zusammen“?

ne, an dieser Frage scheitern laßt. Wer die Mitgliedschaft in KB und KPD in absehbarer Zeit nicht aufgeben will, wer einstweilen in diesen Splittergruppen noch eine und seine politische Zukunft sieht, der muß sich eben darauf beschränken, die Grüne Bewegung außerhalb der Grünen Partei zu unterstützen. Ich bin auf dem Kongreß dafür eingetreten, er möge keinen Beschluß gegen Doppelmithgliedschaften fassen. Der Kongreß hat durch seine relative Versöhnlichkeit in der Behandlung dieser Frage ein Zeichen gesetzt, das keineswegs auf virulenten Antikommunismus deutet. Das war gut. Und ich wollte unterstützen, daß man Euch jetzt, wo Ihr alle mit dem Problem ringt, nicht noch in Eurer Fahlhaltung fixiert. Da ich, wie gesagt, von der Dringlichkeit einer grünen Alternative überzeugt bin, da ich allen Ernstes denke, es ist keine Zeit zu verlieren, habe ich das schwere Herzchen getan. Ich habe mich nicht davon abbringen lassen, auch nicht Ernstes denke, es ist keine Zeit zu verlieren, habe ich das schwere Herzchen getan. Ich habe mich nicht davon abbringen lassen, auch nicht durch wohlgemeinten Rat von anderer rot-grüner Seite, weil ich den Eindruck hatte und habe, daß jeder Einzelne von Euch vernünftiger ist als Ihr es zusammen seid. Die meisten von Euch leiden an der Gruppe, in der Gruppe. Ihr unterdrückt Euch selbst in diesen Organisationen, die damit entscheiden das Teufels sind.

Ich hätte nicht - in dieser bedingten Form - für Euch gesprochen und würde jetzt nicht zu Euch sprechen, wenn ich nicht wüßte, wie das ist. Zdenek Myhr hat in der Einleitung zu seinem „Nachtstrom“ erzählt, wie wir drüben in dem ersten Jahrzehnt nach 1945 und noch etwas länger uns wechselseitig selbst bewacht haben, was von uns wohl der reinsten Glaubens sei. Für uns war damals keine Stasi nötig, wir sorgten unter uns selbst für „Ordnung“. Findet aus heraus aus diesem Dilemma! Immer in dem Augenblick, wo Ihr Einer den anderen wieder vergallert wollt, tut Ihr einander Unrecht und schadet wesentlichen Zwecken. So sehr Eure Gruppen verlorengegeben werden müssen, so wenig dürft Ihr selbst der allgemeinen Sache verlorengehen und damit vor lauter Frustration morgen oder übermorgen vielleicht auch Euch selbst. Es gibt ja solche Veteranen, die an nichts mehr glauben, weil aus ihrer Sache in einer bestimmten Phase aus ganz bestimmten Gründen nichts geworden ist. Ihr sollt Eure Energie retten, und es steht bei den Grünen ein weites Feld bereit, sie einzusetzen. Ihr werdet gebraucht, und Ihr müßt mit. Das war und ist das Motiv meiner Haltung.

Wie werdet Ihr das Ergebnis des Kongresses - es war ja nicht viel mehr als der Beschluß zu Eurer Sache verabschieden? Am Ende ist es Euch mit großer Toleranz (nehmt das Wort psychologisch und bedenkt, was Ihr den Übrigen zugemutet habt) entgegengekommen. Er hat Euch nicht nur Geduld gegeben. Er hat Euch die

Möglichkeit gegeben, das schlechte Spiel nun auf der Ebene der Landesverbände fortzusetzen und den nächsten Kongreß in derselben Weise zu paralysieren. Ihr könnt Euch noch immer verhältnismäßig stark fühlen. Ihr habt vielleicht noch die Macht, die negative Macht, einen, aber nur noch einen weiteren Kongreß lahmzulegen, vor allem den Weg dahin steuert zu machen. Aber noch ein solcher Kongreß, oder nur die Fortsetzung eines Stils auf der Ebene der Landesverbände, so lange es dort noch geht und die Chance, vor allem Eure Chance, aber wahrscheinlich mehr als nur Eure Chance bei den Grünen und mit den Grünen kann verloren sein. Wer jetzt von Radikalisierung, Gewinnungsgeoffenheit, Berufsverbotsproben bei den Grünen spricht, spielt genau das falsche Spiel. Der nimmt nur zu willigen Rollen an, die uns ganz andere, viel umfassendere Mächte als die vergleichsweise überaus geduldigen Partner bei den Grünen gerne zukommen lassen möchten. Der trainiert die Ökologen anderer politischer Herkunft in Antikommunismus. Und der darf getrost schon jetzt verzweifeln, denn seine eigene Mentalität zieht das Verhängnis der Ausgrenzung und Diskriminierung an, das er mit weit aufgerissenen Augen beobachtet.

Ich glaube, Ihr seht nicht recht, was für eine Möglichkeit Ihr auf Spiel setzt. Rudi Dutkische sprach zuletzt von der „Chance, die verkrusteten Parteilosstruktur der Bundesrepublik von innen her aufzubrechen“. Wir würden „historische Idioten“, wenn wir sie nicht nutzen, flügte er hinaus. Gewiß! Wobei „wir“ in diesem Fall die Grünen insgesamt sind. Für „uns“ im engeren Sinne, für die Grünen linker Herkunft und besonders für Euch, geht es um noch viel mehr. Unsere, Eure Chance ist noch viel größer. Wenn Ihr sie verpaßt, wird das Eurer politische Tod sein. Wenn Ihr die Larve abwerft, werdet Ihr leben. Sonst verpaßt Ihr die Möglichkeit, einmal eine wirkliche Erfahrung mit der übrigen Gesellschaft zu machen, deren Spektrum ziemlich vollständig bei den Grünen vertreten ist. Nur nach außen könnt Ihr die volle Identität gewinnen. Mit den Grünen werdet Ihr nicht ausgegrenzt werden, wenn Ihr Euch nicht selbst ausgrenzt bei den Grünen.

Suchen wir doch offene neue Formen unserer theoretischen und praktischen Arbeit gegen die ökologische Krise, gegen den Kapitalismus, für die allgemeine Emanzipation des Menschen. Und stärken wir das Netzwerk unserer Verbindungen, unserer Kommunikation sowohl „nach außen“ mit der ganzen übrigen Gesellschaft als auch „nach innen“ das weitere aber im größeren Rahmen des gesamten sozialistischen Potentials, das es in diesem Lande gibt über die Partei- und Gruppengrenzen hinweg!

Rudolf Bahro

Lieber Genosse Bahro, als du gleich nach deiner Einreise in die BRD deine Absicht bekanntgabst, die Sozialisten dieses Landes „zu zerschlagen“, zu wollen, war noch keineswegs absehbar, daß es bei einer Empfehlung zum politischen Selbstmord enden würde. Nun ist es heraus, manches wird dadurch eindeutiger, und das ist gut so.

Du hast, seit du bei uns bist die Gefahren für „die menschliche Zukunft überhaupt“, für das Überleben der menschlichen Zivilisation beschworen, die von dem Raubbau an unserer Erde und der Zerstörung der Natur, aber auch und mehr noch vom Risiko eines Atomkrieges ausgehen. Wir meinen, du hast Recht! Aber was kann die Grüne Partei zur Lösung dieses Existenzproblems der Menschheit beitragen?

Du stellst uns die Grüne Partei als große historische Chance vor, hast wohl auch schon mal von einer „Jahrhundertbewegung“ oder so ähnlich gesprochen. Du sehest das gesamte gesellschaftliche Spektrum „ziemlich vollständig“ bei der Grünen Partei vertreten.

Nein, du hast in diesem Punkt ganz und gar Unrecht! Die Grüne Partei ist eine, gemessen an den politischen Kräfteverhältnissen in diesem Lande, kleine Gruppierung, kaum größer und bedeutender als die von dir so geschmähten sozialistischen Organisationen. Die Grüne Partei wird viel Glück brauchen, um bei den kommenden Bundestagswahlen überhaupt die Hürde zu schaffen, die die etablierten Parteien mit der 5 %-Bestimmung voraussetzungslos gesetzt haben. Du weißt um die Problematik eines „Kopf-an-Kopf“-Wahlkampfes SPD-CDU und um die Gefahren aus einem immerhin denkbaren Wahlsieg von FJ Strauß. In diesem Punkt hast du sogar das Verdienst, einsamer Rufer bei den Grünen zu sein Strauß, das wirst du noch merken oder hast es vielleicht schon gemerkt, ist bei der Mehrheit der Grünen kein besonderes Thema. Es könnte am Ende darauf hinauslaufen, daß du rechtzeitig vor Torschluß um allen noch die Wahl der SPD empfiehlst. Wun-

Offene Antwort an Rudolf Bahro

dern würde es uns nicht. Du selbst hast ja in diese Richtung auch schon mehrmals laut gedacht.

Es bleibt aber ganz unklar wie es auf diese Weise oder auch durch eine - bestenfalls kleine - Vertretung der Grünen Partei im Bundestag möglich werden soll, die drohende Katastrophe für „die menschliche Zukunft

überhaupt“ abzuwenden. Welche Vorschläge hast du selbst dazu? Sind die grünen Ideen in ihrer Vielfalt zwischen stochistisch und sozialistisch mehrheitsfähig? Oder folgt bei dir zum passenden Zeitpunkt der Aufruf, nun allesamt - grün, bunt, rot, rosa, lila - in die SPD einzutreten, um unsere große Chance nicht

zu verpassen, diese historisch letztlich entscheidende Partei von innen her zu verändern? Die Grünen sind weit davon entfernt, das gesamte gesellschaftliche Spektrum zu repräsentieren. Sie repräsentieren im Wesentlichen einen Teil der alten und neuen Mittelschichten, nicht mehr. Sie repräsentieren durchaus nicht die, drücken wir es mal ganz altmodisch aus, Arbeiterklasse. Die wird weit eher von der SPD „vertreten“, wie es und je ein Aufruf zum massenhaften Eintritt in die SPD wäre also logischer als dein Offener Brief zugunsten der Grünen. Denn auch wenn du der Arbeiterklasse kürzlich kühn die „historische Mission“ abgerufen hast, so wirst du doch auf sie bei der Rettung der menschlichen Zivilisation nicht verzichten können.

Die grünen Ideologen haben glücklich das bekannte Kunststück des Utopischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts vollbracht, die Ideen von den sie produzierenden ökonomischen und sozialen Verhältnissen zu trennen. Für sie wird das „falsche“ Bewußtsein, das „profitorientierte Zweckdenken“, die „Überschätzung des materiellen Lebensstandards“ zum Gegner, anstelle der realen kapitalistischen Verhältnisse. Mehr noch: Der Kampf gegen diese Verhältnisse wird als „antiquiertes Klassenkampfdenken aus dem 19. Jahrhundert“ denunziert. Glaubst du aber, Genosse Bahro, daß die Katastrophe, von der du sprichst, anders abgewendet werden kann als durch die schnellste und vollständige Umwälzung der herrschenden Verhältnisse? Wie soll das deiner Meinung nach möglich gemacht werden?

Aus der Erfahrung politischer Parteien in der BRD läßt sich einschätzen, daß die Grüne Partei einer unsicheren Zukunft entgegengeht, daß ihr Spaltung an den großen inhaltlichen Kontroversen und/oder an den üblichen Personal-Querelen droht. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist es ganz und gar dumm und verantwortungslos, die sozialistischen Organisationen mit dem Versprechen auf eine schönere Zukunft bei den Grünen zum Selbstmord zu animieren. Du machst damit die Sozialisten zu Nomaden, die von einer Gasse („Jahrhundertbewegung“) zur nächsten ziehen müssen, immer mit der Hoffnung auf die „große Chance“ und letzten Endes unter der Hegemonie der SPD leidend.

Die Grünen sind zur Zeit ein Hebel, um nicht nur die „verkrustete Parteienstruktur“, sondern überhaupt die verkrusteten politischen Verhältnisse ein kleines Stückchen aufzubrechen. Nicht mehr und nicht weniger. In diesem Sinne könnte immerhin eine taktische Diskussion sinnvoll sein, wie die Sozialisten am besten und wirkungsvollsten auf diese „historische Chance“ Einfluß nehmen können. Es wäre dann auch legitim, die taktische

Frage aufzuwerfen, ob die linken Organisationen klug gehandelt haben, die formalen „UVB“ der Grünen Partei so scharf und anhaltend anzugreifen. Wenn du aber die Auflösung der sozialistischen Organisationen fordert, so argumentierst du höchstens scheinbar noch auf der Ebene der Taktik. Denn die Auflösung dieser Organisationen wäre auf jeden Fall, unter jedem taktischen Kalkül betrachtet, eine allzu teure Eintrittskarte für die Grüne Partei. Es sei denn, es geht einem gar nicht um die Taktik, sondern drückt um die Auflösung der sozialistischen Organisationen, die überflüssig, repressiv, fortschrittshemmend usw. sind. Das ist offensichtlich dein Anliegen. Nur hältst du es ehrlicher Weise nicht in das trügerische Gewand einer Taktik-Diskussion einkleiden sollen.

In all ihrer Unvollkommenheit, Unreife und Krausheit haben doch die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus beziehenden Organisationen und Gruppen eine wichtige Rolle in den letzten 10 Jahren gespielt. Der wissenschaftliche Sozialismus, und keineswegs der ideologische Brat der Grünen, gibt unserer Meinung nach immer noch die Antwort darauf, wie die herrschenden Verhältnisse (mit der von ihnen heute produzierten Existenz- Gefährdung der Menschheit) verändert werden können und wie zur allgemeinen Befreiung des Menschen gegangen werden kann. Dieses Eingreifen kollektiv und organisiert zu entwickeln (und nicht nur als vereinzelter Sozialist bei den Grünen) ist dringend notwendig. Um dein Wort aufzugreifen: „Wäre die Erde hundertmal so groß, wie sie ist“, wäre also die Gefahr der Menschheits- Zerstörung nicht so ungeheuer groß und drängend, so könnten wir uns ruhig auf das von dir angeregte Glücksspiel (Auflösung in die Grüne Partei) einlassen, könnten danach vielleicht ein paar Jahre die Veränderung der SPD nach innen probieren, anschließend die herrschenden Verhältnisse mit biologischem Ackerbau und Reformhaus- Kost zu untergraben versuchen, oder könnten uns auf den Jesus-Trip begeben („Kehrt um und tut Buße - denn das Ende ist nahe“) usw. usw.

Nein, wir werden den Teufel tun, den KB aufzuheben! Dabei hat der KB sich niemals als „Vorhut der Arbeiterklasse“ oder so verstanden (wir ja auch gar zu licherlich!), sondern als Teil einer sehr vielfältigen sozialistischen Bewegung, aus der irgendwann eine sozialistische Partei hervorgehen müßte. Wobei diesem Prozeß durch Entfaltung der Diskussion, durch Kooperation und Koordination ein bißchen auf die Sprünge zu helfen sein sollte. In diesem Sinne hoffen wir, daß du uns die freimütige Ablehnung deines Auflösungs-Vorschlags nicht nachträgt und wir in der Diskussion bleiben können - oder, richtiger gesagt, daß eine solche Diskussion zwischen uns, zwischen allen Sozialisten der BRD, natürlich auch zwischen den Sozialisten und allen anderen progressiven Kräften, entstehen möge!

Mit freundlichen Grüßen

LG des KB

Solidarität von westdeutscher Seite wäre geboten

(Arbeiterkampf 169: Rufmordkampagne gegen Jean-Paul Vigier)

ein Versuch -

Rufmord was für ein treffendes Wort für eine Kampagne auf Raten

Rufmordkampagne was für ein treffendes Wort für organisierten Haß Menschenjagd Angriffe auf unser Leben

der da Opfer sein soll ist einer von uns der da in Berlin Opfer war ist einer von uns

soziale von uns aber wer sind wir sind wir das noch die wir nicht mehr Opfer sein wollten die wir gegenanleben wollten

welche gibt es die führen den Dialog die antworten immergrüne Strategien wer hat will vom langen Marsch gesagt

grenzen aus grenzen sich ab für die hat der Straßenpflaster keine Steine mehr die fragen nicht mehr „auf welcher Seite stehst du denn?“ weil es für die keine Barrikaden mehr gibt

es gibt uns immer noch immer wieder wir sind elftausend in Berlin wir trauern wir haben Angst die wir in Energie verwandeln wollen wir sind bei auch ihr wartet auch verniedert zu werden wir auch.

bine 28 1 80 voller Zorn J.P. Vigier und C. Kaum und voller Unabbarkeit P.P. Zähl gewonnen

Bahro-Seminar der Basisgruppen

Die Basisgruppen, linke Fraktion innerhalb der westdeutschen Studentenschaft, die sich in letzter Zeit stark für „die Grünen“ engagiert haben, führten am 18./20.1. in Bochum ein Seminar zu Bahros „Alternative“ durch. Gemessen an der Rolle des „Cheftheoretikers“ der linken Grünen, die Bahro immer mehr zulegt, war die Teilnehmerzahl mit etwas über 30 nicht allzu hoch; dennoch will ich über Themen und Positionen dieser Diskussion einen kurzen Überblick geben. Es zeigte sich auf dem Seminar immer wieder, daß es um Grundfragen unseres Kampfes geht, auch wenn der Ausgangspunkt Bahros Analyse des „Realen Sozialismus“ ist.

Erst Industrialisierung, dann Emanzipation?

Zwei Arbeitsgruppen des Seminars beschäftigten sich mit den Möglichkeiten industriell unterentwickelter Länder, einen Weg zum Sozialismus einzuschlagen. Grob zusammengefaßt kommt Bahro zu dem Ergebnis, daß der einzig mögliche Weg für diese Länder zunächst über eine diktatorische Gesellschaftsform, in der die Industrialisierung mit Zwang gegen das Volk durchgesetzt wird, führt, und daß erst danach eine Umwälzung mit sozialistischer Stoßrichtung möglich wird. In diesem Zusammenhang ergeben sich bei vielen Teilnehmern Kritiken an der „Alternative“.

- Bahros Einschätzung der Entwicklung in der Sowjet-Union nach 1917 rechtfertigt weitgehend den Stalinismus, lediglich „das Ausmaß des Terrors“ (Alternative, S. 137) hätte vielleicht vermieden werden können. Auch den heutigen Ländern der „3. Welt“ mißt er keine andere Perspektive zu, als einen ähnlichen Weg zu gehen.

Da schmunzelt die ZL

Die „Kommunisten haben mit dem 30jährigen Jungverleger Jürgen Reents eine Schlüsselposition bei den Grünen besetzt. Reents kommt vom kommunistischen Bund, gelangte über die Bunte Linde Hamburg zu den Grünen...“

„Jürgen Reents (30) gibt den Grünen den roten Anstrich. Mit Schweißkurven in Leninismus lehrt er Klassenkampf.“ (Aus dem Bericht der „Quick“ über den Karlsruher Kongreß)

- Umgekehrt setzt sich Bahro so gut wie gar nicht mit möglichen Alternativen auseinander, weder mit den Vorschlägen der Opposition gegen Stalin, noch mit den Erfahrungen der KP Chinas, die ja in bewußter Abgrenzung zu Stalin einen anderen Weg der Industrialisierung eingeschlagen hat, noch mit den Beispielen für soziale Emanzipation und ökonomische Entwicklung, die viele Befreiungsbewegungen geliefert haben und liefern!

- Bahros Vorstellungen zur Industrialisierung beinhalten eine „Elitekonzeption“, die Unterdrückung und Terror rechtfertigt.

Die Suche nach dem „revolutionären Subjekt“

Die beiden anderen Arbeitsgruppen stießen ausgehend von verschiedenen Themen (Theorie des Gesamtarbeiters und Verhältnis von Kulturrevolution und Partei) auf eine weitere Grundfrage. Letztlich ging es darum, ob nach wie vor die Arbeiterklasse die einzig revolutionäre Klasse ist, oder ob sich „die kommunistische Bewegung nicht mehr auf den Standpunkt ausschließender, besonderer Klasseninteressen stellen“ darf (Alternative, S. 306), sondern die „heute illudierende Hegemonie des Proletariats“ aufgeben muß. Nach Bahro kann die Arbeiterklasse weder in den kapitalistischen, noch in den sozialistischen Ländern eine führende Rolle bei der „allgemeinen Emanzipation“ einnehmen. Als gemeinsame Tendenz sehen er und seine Anhänger, daß Teile der Intelligenz in ihrer Lage und in der Organisation ihrer Arbeit immer mehr dem Industrieproletariat angenähert werden und mit ihm und weiteren Schichten zum „gesellschaftlichen Gesamtarbeiter“ verschmelzen. Sie seien dann ein Teil des „revolutionären Subjekts“, wobei die aufgrund ihrer höheren Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge, die Ausbildung und Stellung im Produktionsprozeß ihnen geben, besonders dazu befähigt sein sollen, alternative Gesellschaftsformen zu denken und emanzipatorische Interessen zu entwickeln. Gerade dazu seien die Arbeiter aus eigener Kraft nicht in der Lage, sondern verharren bis auf einzelne, die sich aus ihrer Umgebung herauslösen und sozusagen intellektuelle werden, in „Subalternität“.

Während dieser Ansätze für alle hochindustriellen Gesellschaften gültig sein soll, kommt für den realen Sozialismus laut Bahro noch hinzu, daß es keine Arbeiterklasse mehr

gibt, weil auch ihr Gegenpart, die Bourgeoisie, nicht mehr da ist.

Wenn Al. Schmeißner, Vertreter der Basisgruppen im VDS-Vorstand und grüner Aktivist, dieses Gedankengebäude Bahros als „Ausgangspunkt einer neuen Linken“ bezeichnet, ist ihm insoweit zuzustimmen, daß mit der Übernahme von Bahros Thesen wesentliche Grundpositionen der marxistischen Linken fallen gelassen werden. Auf dem Seminar mißt fanden gerade diese Thesen bei den meisten Anwesenden Zustimmung und wir, d.h. die teilnehmenden KB/SSB-Genossen, standen mit unseren Positionen fast allein. Die Auseinandersetzung drehte sich vor allem um folgende Fragen:

- Stimmt es, daß die Arbeiterklasse immer weniger Klassenbewußtsein entwickelt, gibt es nicht historische Beispiele dafür, daß sich in verschärften Klassenauseinandersetzungen kollektive Lernprozesse großen Ausmaßes abspielten?

Sind in letzter Zeit so neue und weitgehende Bewegungen unter intellektuellen entstanden, die eine neue historische Tendenz erkennen lassen?

- Kann eine selbst schon privilegierte Gruppe, oder gar ein Bestandteil des Unterdrückungsapparates (höhere Parteifunktionäre) Träger einer Umwälzung mit dem Ziel einer Gesellschaft ohne Unterdrückung sein?

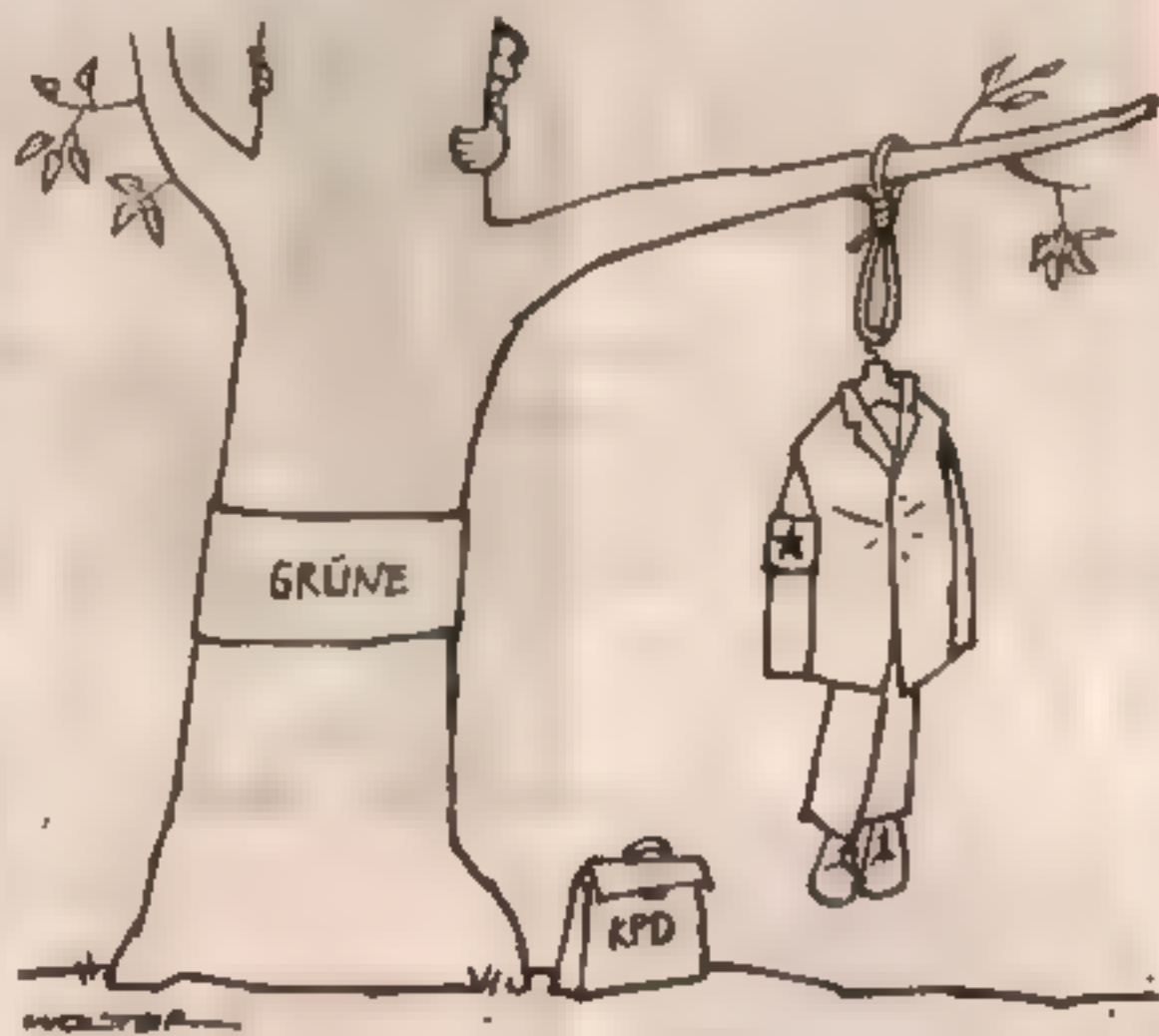
- Ist nicht nach wie vor der besonders von Lenin herausgearbeitete Grundsatz, daß die Arbeiterklasse sich die revolutionäre Theorie aneignen muß, aktuell?

- Beweist nicht gerade der „Prager Frühling“, Bahros Paradebeispiel, daß aus den Kreisen der intellektuellen und Parteikader vor allem solche Initiativen gekommen sind, die nicht in Richtung kommunistischer Veränderungen, sondern auf Einführung kapitalistischer Elemente zielen, während die Arbeiter basisdemokratische Forderungen aufstellten?

Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht auch die realsozialistischen Länder als klassengesellschaften etwa im Sinne eines Staatskapitalismus angesehen werden müssen.

Sowohl ein Überblick über die Diskussion, Die Auseinandersetzung soll mit Positionspapieren, schriftlichen Fragen an Bahro und durch die Beteiligung der Basisgruppen am von Bahro vorgeschlagenen Kongreß weitergeführt werden.

Ein Teilbericht des Seminars



aus „Welt der Arbeit“, 17. 1. 1980

Ein bitterer Auftakt

Zu den Hintergründen der Kampagne um Klein und Mahler

Nun ist es also soweit: An der Schwelle der 80er Jahre nehmen die Einzelgänge und Kochaden einiger Wortführer aus APO-Zeiten und aus den Teilbewegungen der 70er Jahre Kontur an. Sie knüpfen aus den unterschiedlichen Lagern. Abgehaltene Barden des antiautoritären Protests wissen endlich wieder, wo es lang geht. Ehemalige 150-prozentige Untergrundaktivisten, die 1969/70 jede solidarische Kritik am subjektiv-politischen Kurs Baeders bedingungslos bekämpften, propagieren heute gemeinsam mit dem derzeitigen Bundesinnenminister eine Versöhnungsgelbe mit dem Staat. Notorische Falscher der APO- und SDS-Geschichte erweitern ihr Meier und beschreiben öffentlich die Innensituation der Macht. Insider wissen, daß das schon seit Jahren läuft. Sie erwähnen schon seit einiger Zeit, daß sich die koordinierende Fäden auflösen. Inzwischen haben die Ereignisse derartige Vermutungen weit übertraffen. Eine wahre Propaganda der Staatsloyalität, der Prägung der letzten Festschreibung des Widerstands, des Widerstandspunktes der Kontakte mit der Obrigkeit, bricht über uns herein. Der Seck, auf den da in Gegenwart des stürmischen Ecks eingeschoben wird, vereint sie alle. Sie schwingen überdimensional große Knöpfe, Antiterrorismus hier, Antiterrorismus dort. Das ist die Parole, mit der sie sich hinter ihren eigenen Zellen verschließen. Und ihr Zynismus ist grenzenlos. Die Art, wie die den Super-Antiterrorismus Mahler in ihrer Mitte, in Flohmanier vor unser aller Augen den toten Löwen Dutschke gefressen haben, läßt sich kaum mehr in Worte fassen.

Die zwei »Schnellschüsse«

vom 27.11. und 31.12. 1979

Das Baum-Mahler-Interview des »Spiegels« und das Jochen Klein-Buch »Rückkehr in die Menschlichkeit« waren zunächst als koordinierter Paukenschlag geplant. Der Rowohlt-Taschenbuchverlag am 27.11.79 in einem Rundbrief an die Buchhandlungen.

»Sehr verehrte Frau Kollegin, Sehr geehrter Herr Kollege, eines der prominentesten Mitglieder der deutschen Terroristen, der verurteilt lebende Hans Joachim Klein, hat ein Buch geschrieben, das Aufsehen erregt wird: Er fordert die ehemaligen Gefährten zur Umkehr, den Staat zur Amnestie auf. Der zugewiesene Abdruck dieses Textes und ein Gespräch Gerhard Baum — Horst Mahler werden Thema der Titelgeschichte des nächsten Spiegel sein. Das Buch erscheint als rotoro-aktuell und wird ab 5. Dezember ausgeliefert. Sonderauslieferungen (»Schnellschüsse«) sind bei uns die Ausnahme — dies ist eine Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir Sie wegen der notwendigen Geheimhaltung erst jetzt informieren.«

Aus der in paramilitärischer Klarheit gefaßten Sonderauslieferung (»Schnellschüsse«) sind bei uns die Ausnahme — dies ist eine Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir Sie wegen der notwendigen Geheimhaltung erst jetzt informieren.«

Aus der in paramilitärischer Klarheit gefaßten Ankündigung des rotoro-aktuell-Chefs Duve — Horchheim-Intimus und frisch gekürter SPD-Bundestagskandidat — wurde nichts, weil Baum seine Interview-Passagen erst vom Bundeskabinett hat unterschreiben lassen. So jedenfalls hat es Herr Mahler jedoch, der es wissen wollte, mitgeteilt. Frankfurt und Westberlin sind dank Helmut Schmidt nicht gleichgültig, sondern nacheinander aufmerksam.

Wir sagen bewußt Frankfurt — Westberlin, und nicht Kleinklein — Mahler. Hinter den vorgeschobenen Neo-Antiterroristen tut sich eine breite Politscene auf, die in diesen beiden Städten konzentriert. Wir wissen sehr wohl, daß große Teile der Westberliner und Frankfurter Szene mit diesem alten Medienpoker nichts am Hut haben, der sich inzwischen wie ein Anhängsel des Hamburger Medienkapitals ausnimmt. Aber wir müssen sie schon fragen, wieviel ihre Geduld eigentlich gegenüber dieser OSI-SB-SPD-Juso-Mafia reicht.

Diese Mafia benutzt die beiden Konvertiten als Pseudo, auch als Schutzschild. Sie wartet darauf, daß Steine auf sie geschmissen werden. Denn das braucht sie dringend, um ihre Generaloffensive gegen die von den kriegsunden K-Gruppen bis zu den untergrundigen sozialrevolutionären Kreisen reichende Linksradikale Szene weiter auszubauen. Wir werden ihnen den Gefallen nicht tun. Es scheint uns wichtiger, auf die Gründe einzugehen, die sie dazu bewegen haben. Kleinklein und Mahler als Schachfiguren prozessieren und in hektischer Eile weitere Bauern und Springer zu mobilisieren, Bauern und Springer. Kleinklein der Bauer, der sich auskotende Hasenmilchtränke und Mahler, der neulebende Gedanken Springer, werden ohne Zweifel im schmutzigen Deal der kommenden Monate Zuwachs erhalten. Die eigentlichen Akteure, die Herren teutonische Hasenmilchtränke und die Verfechter einer neuen humanitären Mitte, brauchen sie. Bisher nämlich machen sich die Weste nicht

schmutzig. Sie haben, selbst wenn Du sie in Nagelstahl stellst, keine schmutzigen Finger.

Fanfaren der Staatsloyalität in Westberlin

Fangen wir mit Mahler an: was er, der konvertierte intellektuelle RAFler, sagt, ist die Sprache der Springer, der die dahinterstehenden Ambitionen direkt ausdrückt. Die linksradikale Szene habe sich vom Staat losgemacht, wobei dieser, »Gemeinwesen« über den Klassen in heillosen sozialistischen Konstanten, nicht ganz unschuldig gewesen sei. Das sei von oben. Der Fehler komme daher, daß Herr Staat es in den vergangenen 19 Jahren verabsäumt habe, die neue sozialtechnische Intelligenz der Mittelklasse auf ein Kapitansdeck zu heben. Und jetzt sei die Beschörung des Staatschiffes schuld, denn die Linksradikalen hätten sich zu den unantastbaren Unterklassen geschlagen, zur Schiffsmannschaft, um zusammen mit ihr die Kapitanskajüte in die Luft zu jagen.

Dabei habe die Schiffsmannschaft gar nichts davon wissen wollen, sie wollte ihre Ruhe haben. Ein »Gemeinwesen« genosse ihr im Grund, das es ihr gestatte, ein auskömmliches und gesichertes Dasein zu führen. Aber trotz des Terrorismus eines in die Sackgasse geratenen Intellektuellen sei die Ruhe trügerisch. Die Quote der Aussteiger habe zugenommen, die statt das Schiff in Gang zu halten, sich mehr und mehr in die

Koje und ein paar dunkle Ecken verpöten. Dem gelte es, Einhalt zu bieten. Klar, wie das zu geschehen hat. Die sozialtechnische Mittelklassenintelligenz muß aus dem Massenghetto herausgezogen, ins »Gemeinwesen« reintegriert werden, muß neue Informations- und Kontaktnetze zwischen der Kommandobrücke und dem brodelnden Durcheinander in den Selen und Kajüten knüpfen. »Der Staat«, so dürfte Herr Mahler in der dem Spiegel-Angriff sekundierenden TAZ verkünden, »hat ja in der Geschichte, nicht nur einmal, eine revolutionäre Rolle gespielt.« (TAZ, 3.1.80, S. 5)

Soweit die »Analysen« des Herrn Mahler. Zum Verständnis ihrer Stoßrichtung wäre lediglich noch hinzuzufügen, daß die sozialtechnische Mittelklassenintelligenz lang in den Staal reintegriert ist. Herr Mahler gehört lediglich zur Nachzüglergruppe, die, zu spät auf den Zug gesprungen, sich jetzt dadurch nützlich zu machen sucht, daß sie die linksradikalen Bewegungen aus dem Innern ihrer medienmäßigen Knotenpunkte heraus gleichschaltet. Es ist das gleiche schmutzige Spiel mit aufeinander abgestimmten Rollen. Den Herren Mahler und Co. fällt lediglich der riskante, auffällige, in seiner Niederricht eher faßbare Part zu.

Ganz nebenbei möchten wir darauf aufmerksam machen, daß der mittels der Figur Mahler arrangierte Schachzug historisch doppelt ist. Wir haben Hans Joachim Mahler und Co. fällt lediglich der riskante, auffällige, in seiner Niederricht eher faßbare Part zu.

Ganz nebenbei möchten wir darauf aufmerksam machen, daß der mittels der Figur Mahler arrangierte Schachzug historisch einmalig ist. Wir haben Historiker nach vergleichbaren Parallelen gefragt. Die wußten keine. Einen Chefideologen des bewaffneten Kampfes gegen den Staat, der zehn Jahre später zusammen mit dem zentralen Funktionsträger des Polizeistaats Staatsloyalität predigt und gleichzeitig in der bekanntesten linken Tageszeitung den Verächtlichungstopp am seinem ehemaligen Genossen von deren Kasse vor der Staatsmaschine abhängig macht (Mahler in der TAZ vom 3.1.80: »Ich meine, Amnestie muß gefordert werden, aber sie kann erst gefordert werden, wenn in der Linken der Diskussionstand so weit vorgeschritten ist, daß man wirklich sagen kann, die Sache ist hier, es gibt keine Wahl scheinlichkeits mehr, daß Leute an dem Konzept »Städteguerilla« festhalten«), gab es bislang nicht in der modernen Sozialgeschichte. Ab der Hitler-Stalin-Pakt in der politischen eingeschlagen und ein paar umgedrehte Kommunisten aus den KZs entlassen wurden, gab es zwar allerlei publizistischen Rummet, aber so drückte wollte sich Heydrich, der Erfinder des kalkulierten Wechselspiels von Zuckerbrot und Peitsche in der Innenpolitik der letzten 40 Jahre, die Finger auch wieder nicht machen. Übrigens auch aus Ordnens der Opportunismus nicht. Es stellt sich die Frage, was sich die Linksradikalen noch alles werden betreiben lassen. Und: was die Obrigkeit überhaupt von ihnen hat. Hier auch doch der TAZ-Interviewer am 3.1.80 voll mit Mahler einig erklärt und es nur umgeschickt gefunden, daß Herr Mahler offensichtlich mit dem obersten Terroristen- und Linksradikalenjäger haustern geht. Dem Vernehmen nach sind die Räume der TAZ trotzdem nicht gestört, die verurteilten TAZ-tendenzen Kulturschleifer des Titelmantels vom 3.1.80 nicht an die Luft geweht worden.

Klar Mahler ist eben nicht (nur) ein Subter, sondern vor allem Schachfigur. Schachfigur der Westberliner Alt-APO, die mit den Ressourcen ihrer Pflichten und im Hoffen auf die grenzenlose Dummheit der



„Ich sage Dir Horst, es gibt viel zu tun, Packen wir uns!“

von ihr bekämpften Linksradikalismus agiert. Mahler ist nicht nur Objekt — Subjekt des staatlichen Anti-Terrorismus. Er ist ein Spielball des Herrn Fichter, der aus seinem Bruchgebeirer Oloz die Einsicht herauskocht, daß der SPD-Staat neue kontrollierende Infrastrukturen in die soziale Unangepasstheit der heutigen Unterklassen vorchieben, sich in den Knotenpunkten des »Kommunikationsgeflechtes der industriellen Gesellschaft« festsetzen müsse (FR, 5.12.79, S. 14). Mahler ist Spielball des Linksradikalenfreisers Heinz Brandt, der sich mit der parlamentarischen Beerdigung der Inhalte der AKW-Bewegung einen großen Schlag gegen deren breite Basisallianz herbeischiebt. Spielball der intellektuellen Spießfraktion des SB. Spielball des Herrn Rabeitz, der mit der Einsicht seiner Tolernade auf Rudi nur seine elakale Diwanz zu dem erneuert, was Rudi remindet in den 60er Jahren auch repräsentiert hat die Basisallianz der jugendlich-praktischen Subkultur. Mahler ist die vorgeschobene Sprachhülle einer ganzen Mittelklassenrecht aus Alt-APO, SB, SPD und sozialliberalen Jugendverbänden, die sich gegenwärtig wieder einmal der Kapitanskajüte anbelehrt. Die sich dem Staatschiff durch die Wiederbindung der sozialen Basisbewegungen unentbehrlich machen will in einer Situation, wo das linksradikale Ferment mit einer tiefgreifenden Umkehr in den bislang so schweigenden Unterklassen konfrontiert ist.

durch die Wiederbindung der sozialen Basisbewegungen unentbehrlich machen will in einer Situation, wo das linksradikale Ferment mit einer tiefgreifenden Umkehr in den bislang so schweigenden Unterklassen konfrontiert ist.

Zorro gibt die Löffel ab

Gleichzeitig hat auch Hans Joachim Klein mit der Veröffentlichung seines »Geoffert« durch den respektablen Herrn Duve endlich die Löffel abgeben dürfen. Allerdings, anderthalb Jahre lang, haben wir uns schon auf seine Abrechnung und seinen Appell der »Rückkehr in die Menschlichkeit« warten müssen. Jetzt in die Zeit für die Vermarktung eines Menschen da, der in seiner Mittanzgeschichte seine eigene Zerrissenheit widerspiegelt. Wir sind weit davon entfernt, Klein herunterzuziehen zu wollen, der sich nur eben von seinem »humanitären« Antifaschismus gemannert hat. Daß das ein kaputt subproletarischer Freck sich mit allen Mitteln und fast am jeden Preis zum Macker hochschubst und in den Mittelpunkt eines rechts nicht zur erfundenen Geschichte rückt um seine inneren der Szene und der Guerilla nie angegangenen Kaputtheiten und Unzulänglichkeiten von sich wegzuschicken, wissen wir nicht erst seit Duves Zugriff. Um dieses Zugriff aber geht es hier. Bei allen Stärken, so der Herr Duve in der Vorbemerkung, haben wir doch zugehört, denn das Elaborat des Kerns ist es plotterbar, konstruierbar. »Sätze gegenüber einzelnen Personen müßte zurückstehen hinter diesem Ziel: Den Terrorismus der 80er Jahre verhindern, bevor er ausartet.« (Vorbemerkung zu HJ Klein: »Rückkehr in die Menschlichkeit«, November 1979). Dieses Satz enthält mehr, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Es geht beim Einsatz dieser Aufzeichnungen eines Verwerflichen, an dem nur der Jürgen Kahl sich mehr wahrnahm und ausnutzte als nur des markierten Schlägers (Klein, S. 127). Nicht nur um die Liquidierung des »Terrorismus« der siebziger Jahre Reiner Tisch soll zum gemacht werden. Aber die Guerilla soll vor allem um jeden Preis um die — es bitter nötig — Kritik und Selbstkritik gebracht werden, aber die allein ihre Erfahrung produktiv in die humanitären sozialen Mummienkämpfe einbringen kann, in Westber-

lin — Mahler zuständig für die vorbeugende Wiederbindung der Linksradikalen in eine erblose Reformunfähigkeit — mit Blankoscheck, versteht sich —, so hat die Linie Frankfurt — Klein die praktische Entfaltung auf der Ebene subproletarischen Katzenjammers zu leisten. Seht her, ihr bösen Buben von der Autoschlösserzone, was Euch blüht, wenn ihr einen Weg beschreitet ähnlich dem, der mit den Putzgruppen und den FVV-Automaten anfing! Bleibt schön artig, denkt an Humanität, bewegt Euch nie außerhalb der Mitte, so wie sich seit einiger Zeit, tönt der Boß der Jemande im Nachwort. Denn jenseits davon lauert nur eins: Die dead-end-street (D. Cohn-Bendit, Nachwort zu Klein, S. 225ff.). Es steht nicht in Frage, daß die Geschichte des 74er bis 77er Wild-West heftig zu irritieren und unweiderholbar zu machen, daß gegen den damaligen Verfall der revolutionären Moral und gegen die abseitige Wurmfortsatzerei von Teilen der Guerilla im Schloßplan mittelbäuerlicher Geheimdienste mit Entschlossenheit anzugehen wird. Aber darum geht es den Regimeuren der Frankfurter Komponente in der gegenwärtigen Generaloffensive gar nicht. Das zeigt allein schon die Tatsache, daß die 74er bis 77er Guerilla unendifferenziert in einen Topf schmeißen und sich einen Druck darum sichern, daß es auch innerhalb der Guerilla heftige Auseinandersetzungen um diese schismatischen Verselbständigungsprozesse gegeben hat. Sie funktionalisieren — und verdrängen — vergangene Untergrundschätze, um uns umständlich ins Außenherd zu stecken. Lieber teutonischer Machusatz, seht doch, wir haben unsere Waffen, unseren Witz und unsere Phantasie abgelegt. Wir tun seit 1976 alles, um zu verhindern, daß die Frankfurter Spontiscreie Dir gegenüber ihre Initiative und ihres Handlungsspektrum zurückgewinnt, wir haben sie im Alternativgeheiß gesteckt und passen auf, daß der Deckel immer schon auf dem Topf bleibt. Voll der Tränen wandeln wir in Deiner allumfassenden Gemeinshaftlichkeit, unentbehrlich in der Mitten, humanitär, friedlich, gewaltfrei. Jedem wir gegen die sozialrevolutionäre Gewalt von unten prodogen, geben wir uns unumschränkt. Deren gigantischen Gewaltigkeit preis Vergib uns darob unsere Sünden, umstürzt, segne uns. Laß uns fortan zimmermäßig, von Deiner umfassenden Weisheit umhüllt, zum Besten des Gemeinwohls wirken. Wahrhaftig, derartige Selbstheilung und terroristische Staatsloyalität ergänzen sich vortrefflich.

Das politische Ziel der Generaloffensive

Nun lassen die Schachgroßmeister ihre Bauern und Springer ziemlich frei ausplaudern, was sie mit ihrer neuerlichen Generaloffensive betreiben. Und das, was sie aussprechen, läßt sich schwächer aus dem laufenden Ereignissen ablesen, die dieses mahlerische Spektakel flankieren.

1. Kurzfristig. Das Zuckerbrot, das immer neben der Peitsche zu sehen ist, Lösung der »Terrorismusfrage« in der Gleichzeitigkeit von Beiräumen und Strafen. Daß dem so ist, ist daran am Händen greifbar, daß wie gar nicht viele Worte darüber verlieren wollen. Gerade jetzt wird für alle rentierten, unangepaßten und Guerillafaschisten das in den USA entwickelte »brainwashing« breit eingeführt: Abschottung in Hochsicherheitszentren, Einführung der »Sicherheitsverahrung« (im Fall Haag noch einmal ab-

Planung). Der Hochsicherheitsstrakt ist eine abgedichtete Betonwelt der Aversionstherapie des systematischen Zerbrechens von Gruppenstrukturen bis hin zu subjektiven Identität der Einzelnen (vgl. Autonomie, NF, Nr. 2: Die neuen Gefängnisse). Nach den Experimenten mit den Toten Trakten in den siebziger Jahren wird es jetzt endgültig ernst, und zwar auf breiter Ebene. Gerade jetzt führt er aber auch vor, wie man/ frau dieser verhaltenstherapeutisch perfektionierten Folter entgehen kann, und er spielt dabei mit bescheidenem Zynismus mit dem legitimen Überlebensbedürfnis der Gefangenen. Möglicherweise wird genau um die Zeit, wo die Berliner Gefangenen in den Moabitler Sicherheitsstrakt hineingepfercht werden, Zahl nach Berlin-Tegel verlegt werden und seinen ersten Konstruktions bekommen. Wohl gemerkt, Zahl wird dabei genauso hin- und hergeschoben wie die anderen Gefangenen, und der Staat wird sich mit diesem weiteren woofy-Signale an Zahl die Zähne ausbleiben. Die Art, wie der Staat jetzt zu operieren beginnt, software und hardware in einem, ist, was die ist zynisch, terroristisch. Das große software-Angebot, aus der Linken heraus über Frankfurt — Westberlin gesteuert, hat klar die Funktion, von der unglaublichen Brutalisierung der hardware-Operationen, und zwar auf Prozessebene (2. Juni-Prozeß, Brigitte Heinrich-Prozeß) abzulenken. Genaue gesagt. Der humanitäre Staatsloyalismus, der da von den Medien und den die schließlich von der unglaublichen Brutalisierung der hardware-Operationen, und zwar auf Prozessebene (2. Juni-Prozeß, Brigitte Heinrich-Prozeß) abzulenken. Genaue gesagt. Der humanitäre Staatsloyalismus, der da von den Medien und den die schließlich von der unglaublichen Brutalisierung der hardware-Operationen, und zwar auf Prozessebene (2. Juni-Prozeß, Brigitte Heinrich-Prozeß) abzulenken. Genaue gesagt. Der humanitäre Staatsloyalismus, der da von den Medien und den die schließlich von der unglaublichen Brutalisierung der hardware-Operationen, und zwar auf Prozessebene (2. Juni-Prozeß, Brigitte Heinrich-Prozeß) abzulenken.

Aber die kurzfristigen Ziele reichen weit über die Kasse-Prozessebene hinaus. Alle, die in den sozialen Basisbewegungen aktiv sind, erleben, wie sich von Woche zu Woche die Brutalität des staatlichen Angriffs steigert. Der Kreis Lichow Dannenberg befindet sich im Belagerungszustand. In ihm wird mit allen Mitteln der Überwachung und Bespitzelung auf den großen Schlag gegen eine Bewegung zugearbeitet, die sich gerade in den Unterklassen der Region im gemeinsamen Kampf gegen deren Zerstörung verankert. Die Netze, die der Staat über die Unangepasstheiten und die Leistungsverweigerung in den Trabanten-geheißes weht, werden immer unumgänglicher.

Weitgehend unbemerkt rücken die neuen Personalsystemen gegen die auch in den letzten Rationalisierungs- und Entlassungsjahren nicht totgekrigeten informellen Widerstandsformen in den Fabriken und Bürogangenen vor. Das alles ist gekoppelt mit der systematischen Verpolonisierung aller Formen von Sozialarbeit. Alle Ansätze zur Selbstbestimmung in den Fabriken, Stadtteilen und den unruhigen Regionen dieses Landes werden überwacht, bespitzelt, infiltriert und nach Möglichkeit in staatliche Infrastruktur umgedreht. Die Basisinitiativen und ihre Aktivitäten sind fast überall in einer verarmten Situation. Sie erfahren zusammen mit den Eindringlingen, Beleidigten und Ausgebeuteten der Gesellschaft die Kette, Gemaugtheit und die Brutalität des neuen Massendepressions Tag für Tag. Es ist völlig klar, daß gerade jetzt, und gerade ihnen diese neue Offensive von

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 47

Staatloyalität die Hoffnung auf soziale Besserung nehmen, ihre gerade jetzt auf breiter Ebene beginnende Bewußtwerdung, die eine Desillusionierung gegenüber der sich immer gigantischer in die Unterklasse verzwängende Staatsmaschine ist, neutralisieren soll.

2. Mittelfristig. Ausdrücken aller sich von den Institutionen abwendenden Basisorganisationen in einem doppelt angelegten Wahlkampfgespenst. Da sich herumgesprochen hat, daß bei Schmidt und Strauß mehr Gemeinsamkeiten bestehen als nur ihre gleichzeitig begonnene Karriere als NS-Führungs-Offiziere der Nazi-Wehrmacht, zieht die alte Masche nicht mehr, mit der die SPD bisher am Gängelband des Staats soziale wie politische Protestbewegungen (Anti-Atom-Bewegung, Notstandskampagne, Bundestagswahlkampf 1969) untergeordnet hat. Gerade jetzt verlieren die kleinen Leute auf der Straße und in den Betrieben ihre institutionelle Massenloyalität. Alle, die in sozialen Basisaktivitäten involviert sind, wissen das. Der Abbruch der Kommunikation von den Institutionen vertieft sich von Monat zu Monat, die großen Basisbewegungen (AKW, Frauen, informelle Jobber-Szene) haben als diffuse, unfassbare und unkontrollierbare Permenen gewirkt. Mit der Lockerung und Dezentralisierung der Arbeitsmärkte streifen die Massen immer mehr vom Nationalismus und der Wachstumsdeologie der 60er Jahre geprägten traditionellen Arbeiterschaft ab, sie werden tendenziell zum Nährboden der dezentralistischen und egalitären sozialen Basisbewegung. Der harte Lohnkämpfer der Bonner Parteien, Hochlohnarbeiterschichten, Techniker und sonstige alte und neue Mittelklassen, schrumpft sich dicht. Und die hehlichigen Köpfe der Sozialtechnologie haben längst gemerkt, wohin die Reise geht. Also steuern sie kräftig dagegen, unternehmen sie alles, um der gigantisch aufmarschierenden Maschinerie des neuen Staatsapparates den dazugehörigen institutionellen Rahmen zu verpassen. Die Reintegration der Basisbewegungen, also des Permenen, das den Kommunikationsbruch zu bewirken begonnen hat, wird für sie zur Überlebensfrage. Sie müssen um jeden Preis re-institutionalisiert werden, in einer Situation, wo sich die breiten Massen vom Staat abwenden und die dezentralistischen Utopien der Basisbewegungen in ihnen Wurzel fassen könnten. Der Staat kämpft um den Zusammenbruch des linksradikalen Flusses nicht, weil er ihn selbst für wichtig hält: Er will ihm sein Doppelgesicht auflegen, damit er sich rechtzeitig aus den aus zukommenden Sozialrevolten ent-

fernt, damit die Revolutionen der nächsten Jahre genauso rasch verpuffen und in sich zusammenbrechen, wie es dank der deutschen Massen seit 1945 immer im Stillstand gewesen ist.

Die Dimension des institutionellen Doppelgesichts liegt auf der Hand. Erstens: Zählung des sozialrevolutionären Dezentralismus, vor allem der AKW-Bewegung, in einer Grünen Parlamentarierfraktion, zweitens: Aufbau einer sozialliberalen Fraktion aus dem Innern der Linken. Ein Grüner Parlamentarismus mag in seinem Programm noch so viele Inhalte des ökologisch-revolutionären Dezentralismus transportieren: Sie sind bedeutungslos in dem Augenblick, wo die institutionellen Schemata unterworfen, nämlich ohnmächtig gemacht worden sind. Und wer sich nicht anpaßt, wird die Knute der ins »Gemeinwesen« abdriftenden sozialliberalen Linken zu spüren bekommen. Was Weiberlin betrifft, ist schon heute alles klar. In Sachen Frankfurt tappen wir noch weitgehend im Dunkeln. Die Frankfurter Spontis sollten einmal ihre Wortführer fragen, ob das, was Rudi Dutschke einem unserer Redaktionsmitglieder Ende November 1979 erzählt hat, stimmt, nämlich daß Joachim Fischer und Cohn-Bendit sich auf ein Bündnis mit der Eppler-Reihe der SPD festgelegt hätten und daß sie zur noch nicht wütenden, wie sie das dem Frankfurter »Flitz« vermitteln können. Mögen sie sich doch mal äußern. Sonst muß sich auch der Expansions der jemande die Frage gefallen lassen, ob sein Nachwort zu Klein-Kleins Autobiographie nicht nur jene antiterroristische Keule war, die den Sachverhalt, um den Esel endlich in Trab zu bringen.

3. Langfristig — achtziger Jahre. Auch hier hat sich die Entwicklung derart beschleunigt, daß alles, worauf es ankommt, mit Händen greifbar vor uns liegt. Da ist die aus dem iranischen Aufstand sich fortsetzende und entwickelnde arabische Revolution, die, falls die antiliberale imperialistische Unterklasse den nächsten Erdölstoß umwälzen, den Energie-Imperialismus der Weltmacht fundamental erschüttern wird. Nicht nur Schmidt rechnet mit dem Ölkrieg in den kommenden Jahren. Und schon die Lektüre der wirtschaftspolitischen Welt- und -publizistik macht klar, daß die strategischen Planungszeiträume beider Weltmächte für die 80er Jahre eine neue Investitionsstrategie entwerfen, um in der Koppelung von Diversifikation des Energiepotentials und von massiver Ausweitung der Atomwirtschaft mit dem Übergang zur Komplexautomation in allen wichtigen Verarbeitungssektoren die Vormachtstellung zu befestigen. Der Krisenherd Mexiko wird dabei zur Drehscheibe. Er soll im Ver-

lauf der Neubestimmung der Einflusssphären — inzwischen längst in Gang gesetzt — in Afghanistan, die US-Navy hinter dem Horizont im Golf von Oman und auf Diego Garcia — als Legitimation für eine zehnjährige massive Senkung der Massen-einkommen in den Metropolen behalten. Im Verlauf dieses Prozesses und unter dem Druck der sozialrevolutionären Bauern-Arbeitermassen des Mittleren Ostens auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Metropolenstaaten werden die Unterklasse dieser Weltmächte, und damit auch die wendenden, ein völlig neues Gesicht bekommen.

Mit der weiteren Entwicklung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals wird der hochentwickelte Sektor der manuell-kognitiven Automationsarbeit weiter schrumpfen. Um ihn herum und mit ihm immer mehr verflochten wird eine hochkomplexe Masse von Gelegenheitsarbeit entstehen, die ihrerseits immer stärker von der Existenz und Kultur einer ghettisierten, »strukturell« arbeitslosen, »ausgegrenzten« Subproletariat bestimmt werden wird. Der Atomatomismus der Automationssektors ist nur die Reaktion der herrschenden Klassen auf die sich schon jetzt abzeichnende und in erster Annäherung entwickelnde Bedrohung durch die »Kommunikations- und Informations-« des entstehenden postindustriellen Proletariats.

Kurz und bündig gesagt stehen wir vor einem bitteren Jahrzehnt, vor einer Radikalisierung der politisch-wirtschaftlichen Macht von ungeheuren Ausmaßen, aber auch vor sozialen Revolten und Unruhen, die weit über alles hinausgehen werden, was wir uns bislang vorgestellt haben. Und wo werden wir stehen, wenn der Massen anfangen, auf ihre Art für eine alternativ-dezentrale Umwälzung zu kämpfen? Das gegenwärtige Fundament wackelt innen und um Weltmaßstab sehr viel mehr, als wir ahnen. Wenn die Bonner Kabinettsringe ihren Staatsschutzminister neben einem Herrn Mahler Platz nehmen läßt, heißt das auch, daß sie die Hosen gestrichen voll hat. Diese Reize weiß unendlich viel genauer als sonst-her hierzulande, was in den nächsten Jahren auf uns und den Staat zukommt. Deshalb will sie jetzt, solange sie das heft noch in der Hand hat, seines Tuchs machen. Sie nimmt die Doppelrolle, von der aus sie am Aufbau einer neuen, oberhöchlich gelenkten Ersatz-APG als staatsloyalen Grenzsträger arbeitet, verdichtet ernst. Denn erst wenn die steht, kann sie sich daranmachen, die alternativen und sozialrevolutionären Basisfragmente wegzufangen und einzusackern, bevor sie sich möglicherweise in einer neuen und gewaltigen Sozialrevolte verstricken.

Was ist zu tun?

Ein wahrhaft bitterer Ausblick für die 80er Jahre. Wir wissen, daß die im derzeitigen linksradikalen Lager verbreiteten Hoffnungen auf schwerwiegende Fehler zurückgehen, die Jahre zurückliegen und jetzt offen zu wirken beginnen. Wir alle, das Lager der K-Gruppen, die operativen Gruppen der frühen 70er Jahre und die Guerrilla, haben diese Fehler zu verantworten. Wir alle haben acht Jahren die Initiative an den Staat verloren, und wir haben ganz unabhängig von unseren damaligen Positionen im deutschen Herbst schwer draufgezahlt. Angesichts der schwankenden und zerbrechenden Hoffnungen bei so vielen wäre nicht verkehrt, als den eigenen Anteil an den Fehlern des Linksradikalismus der 70er Jahre der jeweils anderen Fraktion in die Schuhe zu schieben. Wer sich solcher Rollenspielertricks bedient, landet schneller unter dem Flitzchen der neuen Staatsloyalität — einer fein analysierenden und jeden Auswärtiger sofort ausbeutenden Staatlichkeit —, als ihm/ihr lieb ist. Was heute wackelt, ist die solidarisch-selbstkritische Neubestimmung unserer wankenden konkreten Utopie, so gründlich, so breit, und so offen wie nur möglich. Voraussetzung dafür ist,

daß wir mit allen uns noch verbliebenen Kräften die Einladung zur Resignation angesichts wachsender Staatsloyalität und zunehmender institutioneller Fettschichtung zurückweisen.

Unsere Antwort ist klar:

1. vollständiger Abbruch der Kommunikation mit der politischen Macht, jetzt gerade und erst recht, und zwar wohlgeordnet auch im sogenannten parlamentarischen Rahmen.
2. Beschleunigung aller Prozesse von Kritik und Selbstkritik hinsichtlich der 70er Jahre.
3. Verankerung im breiten, gerade anlaufenden Desillusionierungsprozeß der Klasse über die bisherigen Ansätze hinaus.
4. Neubestimmung unserer konkreten Utopie, des Kernes aller unserer sozialrevolutionären Hoffnungen: Entwicklung eines dezentralistischen, egalitären und ökologischen Programms aus den Basisbewegungen heraus, das von den Bedürfnissen nach Wiederaneignung sozialer Individualität bestimmt wird.

Mit freundlichen Grüßen von der
Autonomie-Redaktion Oskar Ahnert

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft
NEUE FOLGE

Sonderheft Januar 1980

Die neuen Gefängnisse

mit zahlreichen Aufsätzen zur Lage der Gefangenen, der Krise der Gefangenensbewegung, zur Situation der Gefangenen (Bewegung) in anderen Ländern

Thema: Sicherungsverwahrung und zu den Hintergründen der Kampagne um Klein und Mahler

64 Seiten DM 5,-

zu beziehen bei: Autonomie-Redaktion, 2 HH 50, Thadenstr. 50

Rezension zu:

»Rückkehr in die Menschlichkeit« (H.J. Klein)

Da ist unlängst ein Buch erschienen, das mit großer Spannung erwartet wurde. Der Vorabdruck im »Spiegel« ließ hoffen, daß im Buch dasjenige zu finden sein werde, was dieses Nachrichtenmagazin als nicht genug sensationsträchtig, verkaufbar vermarktete Die Hoffnung enttäuscht. Die drei Teile im »Spiegel« geben tatsächlich das ganze Buch wieder. Deshalb sind die 300 Seiten eintönig. Langweilig, sich wiederholend und nur das Thema »Terrorismus« vermag das Interesse wachzuhalten.

Es ist eine seltsame Welt, in die H.J.K. uns führt: »Monster« betreibt er aus — von ihm im ganzen Buch kein einziges mal hinterfragt, sei's psychologisch, sei's wie immer — rätselhaften Gründen etwas, was »Wahnwitz«, keineswegs irgendwas linke Politik aus. Er »steht aus« und wird jetzt »gejagt«, »mit zwischen den Stühlen«.

Eindeutige Hauptfigur: H.J.K. Dies hat allerdings mit der sogenannten »Politik in der 1. Person« zu tun, die seine »Jemande«, die Frankfurter um Cohn-Bendit, propagieren: Politik nur als »Selbstentwicklung« etc. des Ichs. H.J.K. ist die extreme Zuspitzung dieses törichten Synkretismus aus nouveaux philosophes, Max Stirner und politischer Leere, die die deutsche Linke von den »Jemanden« (man lese hierzu nur die bloß noch als erstaunlich zu bezeichnende Abgabe an jede Objektivität und Analyse in der Diskussion zum Internationalismus im »Kurbuch«) über Teile der Frauenbewegung bis hin zu den »Alternativen« und »Grünen« bezeichnet; und gerade dort, wo er einmal politisch wird (S. 183 ff), gerade in der Abgabe an »die Revolution«, wiederholt er die gängige Mantra: »der homo sapiens ist ein Krieger, dessen Machtbedürfnis genauso natürlich ist wie die Tatsache, daß er Füße, Arme und einen Kopf hat. Von der Keule bis zur Neutronenbombe« und

Das ist uninteressant, weil Aufgeß. Das, was interessiert und betroffen macht, ist H.J.K.'s Situation und seine »Erfahrungen«, weil er Kullissen aufhob, nicht »aufdeckte«, wie er ausdrücklich festgelegt haben will

(S. 325). Und das ist bereits Kleins Hauptproblem: er will kein Verräter sein, will nicht verraten. Er nennt nur Namen von Lebenden, die die Bullen schon wissen, sowie auch von Toten. Es sei ausdrücklich festgelegt: Dies ist ein korrekter Standpunkt. Nur: Klein hält sich nicht dran. »Nada« (die Frau beim OPEC-Kommando) wird leicht — vom »Spiegel« — als Kröcher-Tiedemann identifiziert. Daß »Rascha« eine Frau der Bewegung 2. Juni ist, offenbar viel zu sagen hatte, weil sie dem Boß im Palastlager, Waddi Haddat, »böse Briefe« schrieb (S. 209), fällt wohl kaum unter sein Kriterium, ebenso die Mitteilung von Inge Vietts arabischem Decknamen »an-tamir« — der Sieg (S. 208).

Diese Widersprüchlichkeit ist mitnichten die des »Zweiflers« H.J.K. stolpert beständig über sich selbst. Es sei dahingestellt, ob der »Ausstieg« aus der »Guerrilla« von dieser geduldet worden wäre, und ein gesundes Maß Mißtrauen diesbezüglich ist nicht zu kritisieren. Nur: Weshalb diese menschliche Sucht, sich zu »erkennen«, zu »veröffentlichen«, noch dazu, wenn man so wenig zu sagen hat? Weshalb das Jammern um vergangene Frankfurter Tage? H.J.K.'s Welt ist verschoben: er und die Guerrilla, er und die Linke, er und die Bullen. Er begreift das Nebeneinander nicht, sondern tut ihm Gewalt an, verbietet es, um es in sein Schema zu pressen. Er kritisiert das kritische Verhalten der Linken zur Kampagne der liberal-bürgerlichen Presse für Astrid Proll. Ihr macht den Leuten, die aus der Guerrilla abhauen wollen, also damit bewußt ins Kreuzfeuer gehen, viel, viel Mut — zum bitteren Ende!.

Also Proll ist nicht der Anlaß, sich selbst zu überdenken, sondern wird in den völlig unangemessenen sein — Denkmal geprägt. Proll lebte, ebenso wie er von der Polizei gesucht, jahrelang weitgehend »normal«, erarbeitete mit Jugendlichen zusammen, hatte Beziehungen. Bei der Lektüre H.J.K.'s entsteht das Eindruck, er genieße neurotisch seine »beschämte«, isolierte Lage. Ohne Beziehungen. Proll aber hat nie, er-

klärt, »gewarnt«, Interviews gegeben, sondern geteilt, verantwortlich, was H.J.K. als »unerreichbar« betrauert.

Diese Widersprüchlichkeit ist mitnichten »produktiv«. Sie ist äußerst gefährlich, und insofern ist die Angst der »Guerrilla« vor Klein sehr verständlich. Es ist H.J.K. absolut zu glauben, wenn er immer wieder schreibt, der »deal«, das »Geschäft« mit dem Staatsschutz käme für ihn nicht in Frage. Nur: seine Vorstellungen sind infantil. Die werden nämlich nicht sagen, wie er sich's vorstellt. »Wenn sie wirklich wollen, daß das beendet wird, so stellen sie sich, Herr Klein, und packen sie aus« (S. 221) und er wird keineswegs sagen können: »Kompliment, meine Herren« — »Aber kein Kronzeugen«. Die werden ihn nicht als »Herrn«, »großen Fisch« etc. behandeln, denn genau das würde er durchsetzen —, sondern als letzten Dreck, »Schwätzer«, »Großmaul« — alle die Beleidigungen, die ihn treffen. Und dann wird er beweisen wollen, daß dies falsch ist.

Er kann auch nicht zur Kenntnis nehmen, daß Astrid Proll seit einigen Monaten öffentlich in der BRD lebt. Die Enthüllungen H.J.K.'s sind nicht nachprüfbar. In dubio pro reo? Aber das habe ja, die »Guerrilla« bereits das Belegte begreifen! Nein, es gibt keinen Wackel, der »Fakten« bringt.

Wie aber könnte man H.J.K. glauben? Sicher, er ist ein »Schwätzer«, einer mit ausgeprägtem Geltungsbedürfnis — darum ein Lügner? Es spricht vieles dagegen: seine tapferge Ungeschicklichkeit? Daß er nicht viel konkreter ist, wenn er erfunden hat, hat er ausgesprochen wenig erfunden, was psychologisch äußerst unwahrscheinlich ist, man seltener politischer Moralismus. Klein hat kein »taktisches Verhältnis« zur Wahrheit, die »Guerrilla« hat es. Das ist nachweisbar.

Was ist nun der Skandal, der politische Skandal? Dieser erbärmliche Stalinismus, dessen Erscheinung »Menschenverachtung« ist, dieser Stalinismus reinen Wassers, für den Internationalismus und internationale Solidarität zum Geschäft auf Ge-

genseitigkeit wird, bestimmt von der Durchsetzung dessen, der das Geld — die Macht — hat, dieses törichte Verständnis von Politik, bewaffnetem Kampf, der minimale Randgruppen zum Nabel der Weltrevolution hochspielt: Unfähigkeit zu jeder Analyse.

Die RAF ist eine politische Organisation, keine Versammlung von Monstern. Umso schlimmer für sie: um ist die einzige politische Organisation, die zu feig — oder zu dumm? — ist, auch nur ein Wort zum kambodscha-Vietnam-China-UdSSR-Konflikt zu finden, stattdessen darüber hinwegzutun und von »Befreiungs-« allgemein spricht (Erklärung des Kommandos Baader zu Haag).

Diese theoretisch rein dogmatische, praktisch von »taktischen Rückzügen« (sammeln schon behüter Unbegriff, um Abhängigkeit zu verschleiern) geprägte stalinistische Politik dient den »Jemanden«, nouveaux philosophes etc. als Popanz, Alibi, um die Unmöglichkeit jeder revolutionären militanten Perspektive zu belegen.

Diese in Nabelschau, infantilem Subjektivismus verbotene Linke dient der »Guerrilla« als — negativer — Bezugspunkt.

Die Arbeiterklasse — die kommt da nicht vor. Schlechte Zeiten. Analyse, Strategie, Taktik, Milieu, als — objektiver Ausdruck gegebener Bedürfnisse, eine revolutionäre Perspektive — und nur aus ihr, als deren Funktion und Bedingung, kann sich revolutionäre Moral konstituieren. all dies fehlt diesem beiden Seiten deselben Elends. Die Gewalt muß menschenhaft ausgeübt werden, ihre Ausübung ist immer den Prozessen in den Massen (mitnichten die Arbeiterklasse, sondern die jeweils kämpfenden Teile) untergeordnet.

Auf die Tradition der »erwürgten Revolution«, auf Kronradikalismus, Trotzkismus, Sozialismus, können sich weder die »Guerrilla« noch die »Jemanden« im Ernst berufen. Verrät beginnt nämlich bei den »taktischen Rücksichten« toben auf die Interessen des Arbeiterstaates, auf die der UdSSR, unten siehe H.J.K.)

Bewaffneter Kampf? Expropriation.

nen? Kozennas und Durutti überfielen viele Banken; sie legten über jeden Groschen penibel öffentlich Rechenschaft ab. Man kann sich ihr Gelichter vorstellen, hätte man ihnen vorzuschlagen »gewagt, aus »taktischer Rücksicht«, um bei irgendwem mit Geld und Logistik »gut dazustehen«, eine Aktion durchzuführen.

Es erscheint auch uns notwendig, die »Guerrilla« zu zwingen allerdings nicht zur Selbstaufhebung, wie es Cohn-Bendit gern hätte, sondern dazu, sich als politische Organisation ernst zu nehmen, ein Konzept vorzulegen (und man verweise nicht auf die Schriften der RAF, die ja mittlerweile durch die Praxis obsolet wurden), ein Konzept des bewaffneten Kampfes in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen (die eben nicht dogmatisch stalinistisch, dritternationalistisch begriffen werden können) in Europa. Der »weltrevolutionäre Prozess der Einkreisung der Städte durch die Dörfer« (Kommando Andreas Baader) ist stalinistisches Dogma. Die »Jemanden« interessieren dies nicht, aber sie sind auch nicht wichtig. Wer will denn die Wissenschaft einen Kaffeehaushalten entgegengesetzen?

H.J.K. ist der Bauer im Schachspiel, der klassische »underdog«, der bezahlt, er ist das Produkt von Politik: von Politik der »Guerrilla«, von Politik der »Jemanden«. Und doch H.J.K.'s Buch ist die schärfstmögliche Attacke gegen die »Guerrilla«. Daß dieses Buch, dieses Buch ohne jedes politische Verständnis, von einem solchen Mann geschrieben werden konnte, daß solche Menschen in die »Guerrilla« kamen — oder, es bleibt einerlei, diese so zu verheizen. Und daß nichts Besseres als Antwort kommen wird.

Reinhold Pitsch
derzeit Strafgefangener
Graz, Karlus
Herrgottswasserstr. 30
574
Österreich

(Der Verfasser wurde im Zuge des Palmer-Prozesses zunächst zu 6 1/2, in der Revision zu 3 1/2 Jahren verurteilt.)

Peter-Paul Lahl

Einige nötig gewordene Antworten auf dringende Fragen

Dies vorweg: Mittlerweile ist es soweit gekommen, daß es einen aufrechten Genossen nahezu ebenso wenig stört, von Herrn Herold und den Generalschulungsstellen in Karlsruhe „Terrorist“ genannt zu werden, wie von den kopflös gewordenen, wild gewordenen RAF-Resten ein „Bulle“.

Ich habe es satt, von gewissen Genossen im Knaat weiterhin Lügen, Hetze, Propaganda, selbstmitleidiges Halbwahrheitsgewinn und Stallintelligenz zu hören und zu lesen.

Ich habe es satt, im „JD“ und anderswo theorie- und praxialen Gestein lesen zu müssen, das jede Kritik an selbsternannten Avantgarde unter Hinweis auf einerseits die Ermordeten, andererseits auf Kauterinschuldungen abwürgen will.

Ich habe es satt, das Funktionieren und Instrumentalisieren von Solidarität mitzuerleben.

Ich habe die Lügen und das Gewäsch jener RAF-Genossen satt, denen sie mit den Schüssen in Stammheim wirklich den Kopf ausgehöhelt haben.

Ich habe es satt, wie selbsternannte „Antifaschisten“ sozialistische Solidarität und Gefangenenselbstinitiativen mit stalinistischen Methoden abwürgen; und ich habe vor allem diese Mischung aus Lüge, Wahrheit und Halbwahrheit satt, die nur noch einem dient: dem Apparat der Mörder und Henker.

Rolf Pohle wurde „Normalvollzug“ im Knaat angeboten. Er lehnte ihn ab und will „Integration in eine Gruppe von 15 Genossen“. Warum wird dies verschwiegen von ihm und seinen Freunden?

Ali Janzen wurde in der JVA Werl, in der auch ich sitze, schon vor mehr als zwei Jahren „Normalvollzug“, ein Vollzugsplan gemäß § 7 Strafvollzugsgesetz angeboten; warum liegt er uns nun etwas vor über Iso-Haft und „nicht-als-Ausgangsschild-mißbrauchen-lernen“?

Was waren die alten Forderungen der RAF, 1973, 1974?

Sie lauteten: Normalvollzug! Erst als der verworrt wurde, kam man auf die närrische Idee – von einem Tag auf den anderen – als „Kriegsgefangene“ zu firmieren, nach Anwendung der Genfer Konvention zu rufen, nach „interaktionsfähigen Gruppen von Genossen“ – nach, in einem Wort: Konzentrationslager für Guerilleros.

Daß diese Forderung nicht durchsetzbar war und ist, wissen die Genossen. Warum sie also aufrechterhalten? Zumal sie nicht einmal von den was diese Forderung nicht durchsetzbar war und ist, wissen die Genossen. Warum sie also aufrechterhalten? Zumal sie nicht einmal von den Voraussetzungen her stimmt – ist etwa ein Karl-Heinz Dellwo in RAF-Uniform durch Stockholm getippt, läßt er sich als „Herr Oberst“ titulieren?

Es ist wahr, daß das BKA den Haftstatus für politische Gefangene und Partisanen vom ersten Tag der Haft an diktiert. Es ist wahr, daß dies schon 1972 so war, daß Herold erst nach der Lorenz-Entführung (im März 1973) im Verlaufe einer Sitzung des Innenausschusses damit beauftragt wurde, sich was einfallen zu lassen, daß er dem Innenausschuß des Bundestages erst am 11. Mai 1977 Bericht über ein Unrechtsinstitut erstattete, das er schon 1972 installiert hatte – die „Häftlingsgouverneure“; und ebenso wahr ist, daß derselbe Herr Federführend für „die Sicherheitsvorkehrungen bei Gefangenen, die der Verhaftungswidrigkeit, PPZ, Häftlingsüberwachung unterliegen“, was und ist, jene „Maßnahmen“, die etwa, am 24. Oktober 1977 im JM Düsseldorf als „Anlage zur Niederschrift“ fixiert wurden und am 6. Dezember 1977 die Weisung des (geheimen!) Ministerkabinetts 4510 – IV A 61 bekamen.

Wahr ist, und auch von Herrn Mahler nicht wegzulassen und wegzulassen, daß diese euphemistisch „Maßnahmen der Häftlingsüberwachung“ genannten „Vorkehrungen“ bewußte Folter und vorsätzliche Straßmanipulationen sind.

Das ist die furchtbare Wahrheit und eine Angelegenheit sozialistischer Strategie und Solidarität ist es, muß es sein, die Herrschenden zu zwingen, mit dieser Folter aufzuhören.

Hierzu gehört einige Menschenliebe, hierzu gehört einige Wahrheitsliebe.

Von beiden spüre ich in den Erwidern einer RAF-Genossen auf Solidaritätsarbeit und auf Norbert „Knofo“ Kröchers These zur Gefangenensarbeit nichts mehr. Da findet sich nur noch großschulzige Arroganz, durch nichts begründeter Avantgarde-Anspruch – „der Unterschied zwischen uns und ihnen wird nicht aufgehoben, indem wir uns entpolitisiert, sondern indem die sozialen politisch werden“ (Dellwo), da ist nur noch Mäcker und Größenwahn – „und da haben wir auch immer noch so größere Relevanz als ihr“ (Dellwo), da ist die berechnete Kritik derer, die die 60er Revolte „aufheben“ (Hegel) wollen, nur noch „Emanzipation eines nachpubertären Antiautoritarismus“ (Dellwo); da findet der – wohl blinde – R. Augustin im Knaat „keine fünf“ Knackia, „die ihre Menschlichkeit bewahrt haben oder bei denen es überhaupt eine Spur von Widerstand gibt“, da findet sich für den Kritiker nur noch ein Begriff aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“ nämlich „so'n Crétin“ (Augustin) oder „patter“ „Traumfänger“ (Ali Janzen), der „Lügen und Unterstellungen von ... stinkendem Charakter“ (derselbe) verbreite, da verschweigt Ali Janzen, daß er schon davorgestanden hat, mit Vollzugsplan eine Lehre zu absolvieren und, etwa heute, im „Freigang“ zu sein – wenn da nicht so ein reißender Bote von der RAF gekommen wäre, der „Kriegsgefangenschaft“ diktierte – worauf Ali kuckte und seine Unterwerfung unter Schwachmann gar „Diskussionsprozess“ nannte. Da nutzt Ali Janzen nicht den für ihn möglichen und „angebotenen“, d.h. vom Strafvollzugsgesetz zwingend vorgeschriebenen Vollzugsplan mit „Lockerungen“ nach und nach, nutzt er ihn nicht als Speerspitze des Möglichen, sondern faselt was von „Ausgangsschild“ und „Unmöglichkeit der Durchsetzung dieser Forderung (nach Normalvollzug)“. Da weisen spitze Finger auf die Tatsache, daß der Staatschutzapparat selbstverleumdlich – wie schon vor 100 Jahren – versucht, Spitzel und agent provocateurs auf Genossen anzusetzen (auch nur wurde eine „Pistole angeboten“, gar die Bildung einer „richtigen Gruppe“, hier in Werl – na, und?), um die selbstgewählte Separierung von sozialen Gefangenen zu begründen. Waren Ruhland, Bodeux, Sommerfeld und Konsorten etwa „normale Knackia“, die sich im Knaat „angeboten“ hatten?

Es ist wahr, ich habe keinen Sinn

Es ist wahr, ich habe keinen Sinn mehr darin gesehen, mit Ali Janzen hier in Werl weiterzudiskutieren. Abgesehen davon, daß er den Dialog aufkündigte, auch als „Bulle“ steht oder „Vorzeigefangene“, der ich nach sieben Jahren Knaat und sieben Jahren Widerstand mit allen möglichen Mitteln „Normalvollzug“ bekam, weil ich ihn erkannte. Mithilfe meines fantastischen Alltags und der Hilfe von Genossen, Kollegen, Freunden „draußen“. Mu macht es auch nichts mehr aus, von den theorieles gewordenen RAF-Resten angepinkelt zu werden.

Auch wenn sie dies ablehnen, werde ich nicht aufhören, „Kein Knaat im Knaat“ für sie zu fordern, Aufhebung jeglicher Isolationshaft zu fordern, Beendigung der Isolationshaft im Knaat zu fordern, zu fordern, daß auch die Gefangenen aus der Guerrilla in den „Normalvollzug“ unter ganz „normalen“ Gefangenen kommen. Dann und dort wird sich herausstellen, wer wirklich „politisch“ ist, wird sich herausstellen, daß Augustin und Dellwo sich bei ganz normalen Gefangenen schnell einen Satz blauer Augen lassen, wenn sie ihr arrogantes Gewäsch fortsetzen und die wichtigste Voraussetzung für Sozialisten, für Vorkämpfer der sozialen Revolution nicht mitbringen – Menschenliebe, Mitmenschenliebe.

„In der Tat“, schrieb Rudi Dutschke mir am 4. Oktober 1978, „ist meine Meinung nach jede noch so kleine soziale Bewegung bei uns im Lande mehr wert als die größte Show-Geschichte“.

1972 noch, dies möge den traurigen RAF-Resten langsam klarwerden, hatte jeder aufrechte Ge-

nosse Aktionen wie die Flugzeugentführung nach Entebbe und Mogadischu ganz klar für „Bullenaktionen“ gehalten. Warum wundern sie sich dann, wenn der größte Teil der Linken nichts mehr von RAF und Co. wissen will?

Unverständlich aber auch und zutiefst beschämend ist die Lähmung der gesamten Linken in diesem Lande, geht es um die elementarsten Menschenrechte der Gefangenen. Solidaritätsarbeit wird den „Spezialisten“ überlassen, den Gefangenengruppen und den großartigen, unermüdlichen älteren „Einzelgängern“ wie Goldwitzer, Ingeborg Drewitz, Burgitta Wolf, Ousp K. Flechtheim, den RHs und den traumatisierten „Antifa“-Gruppen. Blödsinnige Kommando-Aktionen wie die DPA-Besetzung in Frankfurt sind nur erklärlich aus der Tatsache, daß die Genossen im Knaat – von Ausnahmen (wie mir, etwa) abgesehen – und Knaatinitiativen von der Linken und der neuen Sozialen Bewegung (auch den Grünen) tragisch alleingelassen werden. Wer will, daß selbstmörderische Kommando-Aktionen aufhören, weil sie uns allen objektiv schaden, muß sich vom Anarch erheben, muß streiten – nicht nur für die Menschenrechte im fernten Asien, im tiefsten Lateinamerika, sondern auch und gerade hier. Muß massenhaft auftreten für „Normalvollzug“ für alle Gefangenen. Wobei uns klar ist, „daß jede Politik oder Bewegung, die sich vorwiegend oder ausschließlich an den Leuten im Knaat orientiert, falsch liegt“ (Fritz Teufel an mich, 7. Mai 1978). Solidaritätsarbeit ist Teil des sozialen Alltags – anderenfalls ist der Alltag alles andere, aber nicht sozialistisch. Dann bedarf es auch keiner Scheingefechte und Spektakel, keiner Scheindiskussionen über Werner Höfers Tafelrunde mit Baum und Mahler, keines Sonnenrings um den „Staat in mich“, von dem Mahler wahrlich eine tödlich große Dosis genommen hat, keiner „Szene“. Diskussion um ein so trauriges Dokument wie „Rückkehr in die Menschlichkeit“, eines „der prominentesten Mitglieder der deutschen Terror-Szene – Wo liefern in Höhe ihrer (tototo) aktuell-Fortsetzung und haben in Anbetracht der zu erwartenden Diskussion alle Fortsetzungen von 1 bis 4 Exemplaren auf 5 Exemplare erhöht“ (Rowohl-Taschenbuch-Verschleißboß Varrelmann, 27. Nov. 1979).

„Kein Knaat im Knaat“ und „Normalvollzug für alle Gefangenen“ können nur Übergangsforderungen sein. Sie sind absolut durchsetzbar. Auch „Kein Anarch im Knaat“ und „Normalvollzug für alle Gefangenen“ können nur Übergangsforderungen sein. Sie sind absolut durchsetzbar. Auch gegen den Willen von Dr. Herold. BKA Auch gegen den Willen der konfusem RAF-Gefangenen. Der Kampf gegen die „Hochsicherheits-trakte“, gegen diese Ausgeburt von Gehirnen, die einst auch Auschwitz planten und durchsetzten, diese „Mausoleen für die negativen Helden der Nation“ (Prof. Rasch, FU Berlin), diese Monumente weißer Folter steht auf der Tagesordnung aller Menschen guten Willens, aller Demokraten, Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten. Dieser Kampf ist aktuell – und zu gewinnen!

Darüber hinaus bin ich nach wie vor der Meinung, daß eine politische und soziale Bewegung, die es ernst meint mit der Umwälzung der bestehenden Verhältnisse, die Forderung nach der Amnestie für alle Gefangenen zu der ihren macht. Sie sollte ein Punkt im Programm der Grünen zu den bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen sein, nicht mehr, nicht weniger. Alle Knaats und Unmenschen, und Deutschenmeier, und Schneide Brüder von „Kriminalität“, und eine Kulturschande ersten Ranges. Wer sich heute nicht dafür einsetzt, daß das Unmöglich – Scheinende Wirklichkeit wird, wird morgen nicht einmal das Mögliche erreichen. Aus der Trauer, der Wut und der Betroffenheit müssen wir Kraft destillieren und Mut.

„Trauer hat nur subversiven Sinn“, schrieb Rudi Dutschke im April 1978 – „Zahn Jahre danach“ – „wenn Mut in Kälteform in ihr steckt.“ Diesen Sinn haben wir unserer Betroffenheit, unserer Wut, unserer Trauer zu verleihen.

Freiheit und Glück!

»Terrorismus« etc.pp.



Peter-Paul Lahl – noch immer im Postfach 301, D-4760 Werl

Herrn Prof. Dr. Herbert Jäger
Strafrecht und Kriminalpolitik
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
Senckenberganlage 31-33
6000 Frankfurt am Main

Sehr geehrter Herr Jäger,

Ich erhielt jüngst eine Kopie Ihres Schreibens an meinen Anwalt vom 3. Dezember. In dem Sie um ein Gespräch mit mir ersuchen, die »Hintergründe und »Ursachen des Terrorismus« zu erkunden. Herr Chotjewitz konnte Ihnen nicht antworten, da er längere Zeit im Ausland war, und er wollte Ihnen nicht antworten, weil er zu Recht meinte, daß dies meine Sache sei. Ich habe bei der Lektüre Ihres Briefes schallend lachen müssen (es gibt wenig Erheiterndes in einem bundesdeutschen Knaat) und erinnerte mich jener schönen Anekdote, die Bert Brecht in seinem »Arbeitsjournal« überlieferte: Es gab einmal einen Mann, der mit Weizenpekulationen und »Verarbeitung ein ungeheures Vermögen gemacht. Nicht lange vor seinem Tod überkam ihn, wie viele Ausbeuter, das Große Grauen, und er rief eine Stiftung ins Leben, welche die Aufgabe hatte, das Böse in der Welt zu beseitigen. Ein Großteil des Geldes also floß jenem Institut im Exil zu, das von bedeutenden Männern wie Horkheimer, Adorno, Marcuse geführt wurde. Diese nahmen dankend das Geld an und begannen nachzudenken. Sehr sehr lange. Schließlich kam ihnen die Erleuchtung. Das Böse in der Welt, erkannten sie, sei unter anderem darin zu sehen – daß es Männer gäbe, die mit Weizenpekulationen Millionenvermögen machten ... Ihr Forschungsvorhaben kommt mir ganz ähnlich vor. Denn Sie schreiben: »Diese Untersuchung ist Teil eines größeren Projekts, an dem mehrere Hochschullehrer beteiligt sind und das vom Bundesminister des Innern getragen wird (Beteiligung von mir, PPZ).«

Der formal verantwortliche Chef einer der größten terroristischen Vereinigungen Europas, wenn nicht der westlichen Welt, des BKA, der aber, wie oft haben wir das nicht erleben müssen (Korruptionsaffären, Kronzeugen, Todenschuß, Kontaktperragenetz, »Häftlingsüberwachung«), in der Realität lediglich der Politclown ist, der in Nachhaken die von Dr. Herold, Wiesbaden, und Herrn Boden, Bonn-Bad Godesberg, geschaffenen Tatsachen abzuwehren und vor dem uninformierten gehaltenen und mit Falschinformationen gefüllten Parlament zu vertreten hat, ist also, wie besagter Weizenpekulant Auftraggeber einer Forschungsarbeit, die die Tatsache, daß Sie diesem Auftrag angenommen, beweist von vorneherein, daß Sie diesem einer Wissenschaft geworden sind, die »Herrschaftswissenschaft« ist, Instrument zur Niederhaltung von Emanzipationswünschen und Versuchen, den auf rechten Gang zu probieren. Sie schreiben ferner: »Unser Erkenntnisziel ist es, von der wissenschaftlichen Seite fundiertes Material für eine Politik gegen kollektive Feindbilder und die Tabuisierung gesellschaftlicher Widersprüche zu erheben.«

Sie wissen, daß Polizeibehörden und ihre Polizeiminister kollektive Feindbilder benötigen wie das tägliche Brot. Ohne diese wären sie unentbehrlich, ja undenkbar. Wenn Sie also, sozusagen »private« und nicht im Sinne Ihres Großauftraggebers, wirklich interessiert sein sollten an dem Wie des Erleidens von Feindbildern und am daraufhin erfolgenden Niedermachen der so geschaffenen Feinde, gehen Sie, Herr Professor, gehen Sie und schauen Sie sich das an.

... Prozeß gegen Brigitte Heinrich an; Brigitte als Mitglied des Studentenparlaments der Uni Frankfurt der für Ihnen keine Unbekannte sei;

... Prozeß gegen Adomeit und Kröcher in Düsseldorf an, der, wie in Spanien zur Franco-Zeit, auf dem Gelände von Polizeikaserne abgehalten wird, eine höchst blutige, gemeine und abstoßende Schmierenskomödie unter der Intendanz des BKA,

... Prozeß gegen Astrid Proll in Frankfurt an, aber der, gerade der beweist doch, werden Sie nun sagen, daß Herr Baum ... Ja, Herr Baum ...

Prozeß gegen Astrid Proll in Frankfurt an, aber der, gerade der beweist doch, werden Sie nun sagen, daß Herr Baum ... Ja, Herr Baum ...

Während sich die Blicke auf den Proll-Prozeß konzentrierten (durchaus zu Recht), während der Bundesinnenminister strahlte, gar mit Herrn Mahler parlierte, während Bundespropagandachef Böling die Werbetrommel rührt und den hochbezahlten Huren aus der Staatschutzjournalistika Weisungen erteilt, wie steht es da mit der Kopfschüttelung jener Terroristen, die vorgeben, den »Terrorismus« zu bekämpfen, mit den erschauerten von Dyck, Stoll, um nur die letzten zu nennen?

Welchem Umstand verdankt Rolf Pohle es, daß er noch – in den Kopf geschossen, lebt! (P.P. meint wohl Rolf Heißler) Wer war und ist denn verantwortlich für den brutalen und vielschichtigen Haftstatus des schwer kopfverletzten Günter Sonnenberg, wer für »Häftlingsüberwachung« und »Hochsicherheitsaktionen«?

Das wird Sie wenig interessieren. Sie betreiben Herrschaftswissenschaft. Sie arbeiten nicht an der Beseitigung der Gründe dessen, was »Kriminalität« genannt wird, sondern an der Effektivierung ihrer »Bekämpfung«.

Die heute betriebene »Kriminalpolitik«, die heute betriebene »Strafrechtspolitik«, Herr Professor, wird eines Tages mit demselben Grauen, mit derselben Verachtung angesehen werden wie Kannibalismus und Inquisition. Es kann nicht darum gehen, Strafrecht und Kriminalpolitik effizienter zu machen, also Knaats effizienter zu machen, es geht darum, sie abzuschießen!

Ein Halbzahn, wie der in der BRD für »politisch motivierte Gewalttäter« (Herold), der, wie ich es bei einem RAF-Mitglied erleben mußte, ihn von »Umerziehungslagern« für seine Peiniger trüben läßt, ihn also seinen Feinden fürchtbar ähnlich werden läßt, wurde mit Hilfe Ihrer »Wissenschaft« – aber Herr Herold ist ein ehrenwerter Mann! – erworben, wird mit Hilfe universitärer Forschung (Sonderforschungsbereich 114 der Universität Hamburg, Eppendorf, zum Beispiel) praktiziert.

Wie können Sie da erwarten, daß Ihnen auch nur ein anständiges Mensch, ganz zu

schweigen von Menschen, die an einer totalen Umgestaltung der Gesellschaft in Rich-

tung Freiheit und Selbstbestimmung interessiert sind, irgendwelche Auskünfte erteilen?

Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß auch die von Ihnen betriebenen Fächer

der Befreiung des Menschen beitragen können – aber da halte ich mich lieber an

Theoretiker und Praktiker wie Jessica Milford, Helmut Ostermeyer, Thomas

Mathews, die AG SPAK, die Humanistische Union, an Peter Brückner und die kri-

tisch begriffliche, auf Abschaffung von Herrschaft gerichtete Wissenschaft, nicht an

Sie

Mit den besten Grüßen und dem Wunsch nach einer

Amnestie für alle Gefangenen!

P.P. Lahl

Eine Antwort auf den Artikel »KPD vor der Auflösung« (AK 169)

Immer noch gegenseitige Dogmen?

Natürlich habt ihr recht. In der KPD wird über die Auflösung diskutiert, und es ist beileibe nicht nur der von Euch entdeckte „Block von RF-Redaktion und KJVD“, der in diese Richtung überlegt. Die Frage ist nur: Läßt sich über diese und andere Fragen der Linken immer noch im Stil einer feuilletonistischen Hofberichterstattung nach Marke „ML Szene“ berichten? Oder ist es nicht an der Zeit – auch für den „Arbeiterkampf“ – sich auf die inhaltliche Debatte selbst auch einzulassen? Ich kann mich jedenfalls der Eindruck nicht erwehren, daß ihr selbst Eure Dogmen unausgesprochen als Teil wahrnehmlich das eigenen Selbstverständnisses pflegt. Dazu sollen einige Bemerkungen gemacht werden.

Vorweg jedoch folgendes: In einer Reihe von Kritikpunkten habt ihr recht, und nicht erst seit heute. Euch ist z.B. vollumfänglich zuzustimmen, wenn ihr schreibt: „Diese Diskussionsvorlage (gemeint ist die Diskussionsvorlage des ZK der KPD) strahlt noch einmal von der penetranten Selbstgefälligkeit der alten „ML-Bewegung““. Genau diese Tatsache war es aber auch, die in der internen Parteidebatte der KPD mit ein entscheidender Auslöser dafür war, die eigene legitimistische Geschichts- und Geschichtsschreibung zu durchbrechen und „Avantgarde“ und „Partei“-Ansprüche infragezustellen.

Warum akzeptiert ihr aber nicht, daß sich in den Reihen der KPD in verschiedenen Fragen tatsächlich eine unterschiedliche Meinungen herausgebildet haben? Warum denunziert ihr beispielsweise Artikel in der RF (darunter auch einer von mir), die versuchen, in der Strauß-Frage eine materialistischere Einstellung zu bekommen als bisher, in Bausch und Bogen als Versuch, „vom traditionellen KPD-Image der Strauß-Helfer wegzukommen“ (S. 52), anstatt Euch mit den Thesen auseinanderzusetzen? Daß es nicht nur um papierne Korrekturen geht, sondern um eine andere praktische Politik in der Strauß-Frage – das können Euch hoffentlich die Kölner KB-Genossen aufgrund ihrer „Anwesenheit“ und „Anwesenheit“ – das können Euch hoffentlich die Kölner KB-Genossen aufgrund ihrer gemeinsamen Praxis mit uns in der „Bunten Liste“ und bei den „Grünen“ beistimmen.

Nun meint ihr offensichtlich, daß in der KPD heute – insbesondere von den „Liquidatoren“ – „alles“ und „jedes“ infragegestellt würde. In Wirklichkeit geht es um eine Auseinandersetzung mit der bisherigen Denkweise bei uns (aber nicht nur bei uns, sondern auch ganz anders gearteten Strömungen in der Linken), um die Frage des „Marxismus-Verständnisses“. In einem Antrag von KPD-Genossen an den III. Parteitag heißt es dazu: „Wir sind – dem Verständnis der ‚Politik über die Generallinie‘ folgend – in der Vergangenheit davon ausgegangen, es gäbe „allgemein-gültige Wahrheiten des Marxismus-Leninismus“, die dann mit den Besonderheiten unseres Landes zu verbinden seien. Dies ist grundsätzlich falsch, da es von einer übergeordneten Wahrheit außerhalb der konkreten Wirklichkeit ausgeht, aus der man was ableiten könnte. Die eigentliche Aufgabe besteht darin, die inneren Widersprüche jeder Entwicklung zum Thema zu machen. Alles andere ist die Methode der formalen Logik“. Meint ihr, daß Eure theoretischen Bemühungen etwa frei von diesem dogmatischen Marxismus-Verständnis sind? Meint ihr tatsächlich, daß beispielsweise Eure Debatte über Lenins Aussagen zur „Stolypinischen Reaktion“ tatsächlich auf der Höhe der Zeit war?

Nun meint ihr aber immerhin, daß die KPD immerhin in der Frage der „Vaterlandsverteidigung“ nach wie vor einer Meinung sei und der KB sich daher „immerhin“ in dieser Frage kräftig abgrenzen kann. Man liest im AK: „Es ist offensichtlich, daß die KPD ihre vaterländische Strategie nicht nur von jeder Selbstkritik ausnimmt“.

Obwohl ihr doch sonst alles so kritisch verfolgt, habt ihr da geschummelt. In einem Artikel einer Reihe von KPD/KJVD-Genossen in der RF 1/80 heißt es zur bisherigen Strategie der KPD u.a. – daß die „Strategie“ des II. Parteitages der KPD sich keineswegs als richtig erwiesen hat, – daß die Bestimmung, daß der Klassenwiderspruch in der BRD der Hauptwiderspruch sei, für die Erarbeitung einer wirksamen Strategie folgenlos geblieben sei,

– es werden Vorstellungen kritisiert, wie z.B. die Anti-AKW Bewegung „antihegemonistisch“ ausrichten zu wollen usw.

Wenn ihr also tatsächlich meint,

man könne die jetzt ablaufenden Diskussionen in der KPD mit dem Etikett „bleibt halt doch alles vaterländisch“ abtun, dann pflegt ihr nur Eure eigenen Dogmen weiter. Denn um eine tiefgreifende Auseinandersetzung um die Rolle der Sowjetunion heute kann sich doch auch der KB nicht herumogeln. Erst recht nicht nach dem Fimranch der russischen Truppen in Afghanistan. Ein vernünftiger Antihegemonismus in diesem Sinne (sich nämlich weder zum Spielball beider Supermächte machen zu lassen, noch den „eigenen“ Imperialismus) ist innerhalb der Linken bereits längst zu einem achtwegreuegenden (und meiner Meinung nach positiven) Faktor geworden, den ihr wohl kaum mit „vaterländisch“ abtun könnt. Worauf es ankommt, wären gemeinsame Anstrengungen der Linken, sowohl den Systemcharakter des „realen Sozialismus“ weiter zu durchleuchten (einschließlich des Stalinismus) als auch die internationalen Beziehungen konkret weiter zu analysieren. Daß die „Theorie der 3 Welten“ dabei nicht die komplexe Realität der heutigen Entwicklungen zusammenfassen kann, liegt für mich auf der Hand. Daß ihr aber erst recht kein Konzept dafür habt, die internationalen Entwicklungen zu erklären, kann der aufmerksame AK-Leser allein schon am Bericht über den I.KB-Kongreß ablesen: Während über die AG Internationalismus munter berichtet wird, daß „Einigkeit“ in der Einschätzung bestand, daß die Hauptkriegsgefahr von USA, BRD und Japan (?) ausgehe, liest man mit Interesse, daß in der Arbeitsgruppe RGW demgegenüber die Frage über den Systemcharakter der SU nicht geklärt wurde. Daß dies aber nun nicht gerade eine „Nebenfrage“ für die Beurteilung der internationalen Rolle der SU ist, werdet ihr wohl hoffentlich nicht behaupten!

Diese ganzen Denunzations- und Abgrenzungsstrukturen verweisen auf ein grundsätzliches Problem, dem sich der KB meiner Meinung nach stellen müßte. Ganz in der Kategorie von „Auflösung“ und Ähnlichem befangen, denunziert die AK-Redaktion Vorstellungen „eines sozialistischen Sammelbeckens“ als Hirngespinnst von KPD-Liquidatoren, Ex-KBWern und ZL-Fraktion. Auf der ersten Seite liest man demgegenüber unter der großgeschriebenen Überschrift „Für einen Kongreß der Linken“ eine warme Unterstützung des KB für Rudolf Bahros Vorschlag der Durchführung einer „Sozialistischen Konferenz“. Was erwartet ihr eigentlich langfristig von solchen Initiativen? Ist es nicht tatsächlich an der Zeit, daß verschiedene Kräfte der Linken ihre Chelios durchbrechen und ihre verschiedenen Organisationen eben nicht individuell auflösen oder zugrundegehen lassen, sondern positiv und ohne gestakte Karten in den Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Bewegung und Organisation einbringen? Viele Kräfte in der KPD halten in diesem Sinne eine Auflösung der KPD für notwendig, um dies in doppelter Weise „aufzuheben“, was an produktiven Erfahrungen bei uns wie bei anderen sozialistisch/kommunistischen Kräften vorhanden ist und eben nicht „vom Winde verweht“ werden sollte. Jetzt seid ihr dran.

B.Z. (KPD)

Antwort der AK-Redaktion

Du bezeichnest den Artikel zur Auflösungs-Debatte der „KPD“ als feuilletonistische Hofberichterstattung. Der Vorwurf von einer Seite ist ja nicht neu. Vielleicht können wir uns aber trotzdem darauf verständigen, daß es schon ein großer Fortschritt wäre, wenn die „Rote Fahne“ mit derselben Ausführlichkeit über die Diskussionsprozesse beispielsweise im KB berichten würde! Mir ist bei der Durchsicht eurer Partei- bzw. dann Auflösungs-Debatte aufgefallen, daß kein einziger Beitrag darunter war, der mich konkret auch auf die Krisen-Diskussion außerhalb der „KPD“, beispielsweise im KB, bezogen hätte. Es ist natürlich schön, wenn ihr euch jetzt der Diskussion auch mit dem KB stellen wollt, aber dein Brief ist dazu weit und breit der erste und einzige konkrete Schritt.

Die Idee eines „sozialistischen Sammelbeckens“ hatten wir keines-

weg, wie du es formulierst, für ein „Hirngespinnst“, sondern für ein durchaus reales Projekt, aus dem Zerfall der alten ML-Linken nach vorn herauszukommen. Wir hatten diesen Weg allerdings nicht für zweckmäßig – das ist eine andere Fragestellung. Der KB hat sich bereits 1971 (damals leider als einziger) dafür eingesetzt, statt der Verfestigung der einzelnen Partei-Ansprüche einen Prozeß des Zusammenwachsens der Linken (sich auf den ML beruhenden) Organisationen und Gruppen einzuläutern, vermittelt über die (wie wir damals sagten) „Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit“. Wir sollten daher fairerweise nicht in dem Verdacht stehen, auf Teufel komm raus unsere separate Firma gegen einen sozialistischen Vereinheitlichungsprozeß verteidigen zu wollen. Allerdings haben wir dies stets als einen Prozeß begriffen. Ihr seid aber dabei, innerhalb von ein paar Monaten vom totalen Avantgardenspruch direkt in ein illusorisches, idealistisches Vereinigungskonzept umzukippen.

Für uns ist die Frage der Analyse der „Weltlage“ und die daraus resultierende Strategie der zentrale Punkt jeder Vereinigungs-Diskussion. Wir halten eine Koexistenz mit sozialchauvinistischen Theorien und Strategieelementen innerhalb einer Organisation für politischen Selbstmord. Das vor allem deshalb, weil die Entwicklung einer sozialistischen Strategie und sozialistischer Antworten auf die Gefahr eines Dritten Weltkriegs oder jedenfalls auf militärische Unternehmungen des BRD-Imperialismus zu der zentralen Frage der 80er Jahre zu werden droht. Hier gibt es für uns keine Koexistenz mit denjenigen, die sich für den Fall eines imperialistischen Raubkriegs einen Raum vorbehalten auf der Seite des BRD-Imperialismus stehen.

Du widerstreichst unserer Auffassung, daß in der „KPD“ bisher die Frage der vaterländischen Strategie von jeder Selbstkritik ausgenommen

worden sei. Du meinst, wir hätten „geschummelt“ und verweist auf den (auch von dir unterzeichneten) Artikel in der RF 1/80. Nun, diese RF erschien erst nach Abschluß des AK-Artikels, konnte also für den Artikel nicht berücksichtigt werden. Euer Artikel in der RF 1/80 ist eine von euch selbst neuformulierte Kurzfassung eines internen Diskussionspapiers, das nur durch einen glücklichen Zufall ebenfalls vorliegt. In diesem internen Papier behandelt ihr die Frage der vaterländischen Strategie viel ausführlicher als in der verkürzten RF-Fassung. Trotzdem bleibt ihr auch dort bei Andeutungen stehen, laßt euch nicht auf konkrete Kritik an der von der „KPD“ seit 1975 in dieser Hinsicht betriebenen Politik ein. Ihr schreibt dort, falls ich das richtig interpretiere, daß die chinesische „Theorie der drei Welten“ „zwei Resultate über die internationalen Beziehungen“ enthalte, „für den konkreten Klassenkampf“ in der BRD aber nur wenig aussage. Euer „von der Theorie der 3 Welten abgeleitete Revolutionsstrategie“ müsse „als nicht ausreichend, wenn nicht sogar falsch eingeschätzt werden“. Ob „nicht ausreichend“ oder ob „falsch“ – das ist in der Praxis doch wohl ein Riesenschied! Daß ihr diese Frage offen laßt, zeigt m.E. die Halbheit und Oberflächlichkeit, bei der ihr bisher stehengeblieben seid. Die Bestimmung der SU als „Hauptfeind im Weltmaßstab“, die Formel von der „aufsteigenden“ und der „absteigenden“ Supermacht, die These von der wachsenden militärischen Dominanz der SU, die These vom Zusammenschluß der 2. und 3. Welt (plus USA) gegen den „Sozialimperialismus“ – alles das sind doch die zentralen Elemente der chinesischen „Theorie der 3 Welten“, die falls ihr euch in eurem Papier nicht einfach ungeschickt ausgedrückt habt eurer Meinung nach immer noch die globale Realität im wesentlichen richtig widerspiegelt. Darum wird zu streiten sein. Laßt auch ruhig:

darauf ein, diese Thesen der Prüfung an den Tatsachen zu unterziehen! Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte über diese Thematik schon 1978 ein Artikelaustausch zwischen RF und AK stattfinden können.

Es macht mir allerdings wenig Hoffnung, wenn die RF 1/80 im Afghanistan-Lettland wieder die seit 1975 gewohnten sozialchauvinistischen Töne anschlägt: Die USA seien (durch das „Geldklima“ im Iran) „gelehrt“, die SU wolle „die Gunst der Stunde nutzen“, um sich eine „dendliche Vormachtstellung im Mittleren Osten“ zu verschaffen; dies habe „manche westliche Detente (Entspannung)-Anhänger aus ihren Träumen zu reifen begannen“. In diesem Artikel werden schließlich die Imperialisten dafür kritisiert, daß ihre „Gegenmaßnahmen“ zu langsam und nicht effektiv genug seien, und es wird sogar behauptet, diese „Gegenmaßnahmen“ würden „sowieso nicht ergriffen werden, weil „Medaktes“ (der Imperialisten) „die Oberhand gewinnen“ würden.

Es hat sich bisher wenig geändert bei euch, was dies an Punkt angeht! Du kannst sicher sein, daß es uns nicht darum geht, um des „Dogmas“ willen („Wir haben es doch gleich gesagt“) mit unserer Beschränkung recht zu behalten, daß ihr allesamt bisher an diesen Punkt nicht rühren wollt. Im Gegenteil, wir registrieren selbst keine Nuancen in eurer Diskussion zum Thema der „Theorie der drei Welten“ und der „antihegemonistischen Strategie“ sehr genau und aufmerksam, um Neues, sollte es sich abzeichnen, zu registrieren und daran anzuknüpfen. Das Neue könnte sich aber nur durchsetzen, wenn ihr die Schonungslosigkeit und Offenheit, mit der ihr mit dem Avantgarde-Anspruch abgerechnet habt, jetzt auch auf euer letztes Tabu, die vaterländische Strategie, anwendet.

Mit solidarischen Grüßen
Ein Mitglied der AK-Redaktion

Der KB, der Marxismus und ich

Späte Liebe

Anfang 1979 bin ich KB-Symp geworden. Da hatte ich schon einige Jahre in ML-Organisationen hinter mir gehabt, ein bißchen vom KBW, viel vom KABD. Zwei Wochen war ich auch mal beim MSB Spartakus. Mit dem KB zusammen wollte ich Lehren aus diesen Jahren ziehen. Der KB – bestand offensichtlich aus Leuten, die Wert auf den Gebrauch des eigenen Kopfes legen und nicht alles nachplappern, – hatte mir bei Brokdorf III gut gefallen, – hatte mir mit dem Wahlerfolg der Bunten Liste unheimlich viel Mut gemacht, – war in der Behandlung von Frauenfrage, Anti-AKW, Schwulen und anderen Gruppen viele Schritte voraus. Gute Grundlagen für eine dauerhafte Beziehung!

Die Schatten der Vergangenheit

Ich wollte beim KB nicht stilles Glück und Geborgenheit finden, sondern Lehren aus meinen ML-Jahren ziehen. Ich wollte natürlich nicht genau, ob der KB das auch wollte. Deshalb war ich hochzufrieden, als ich im AK 151 folgendes lesen konnte: „Denn auf die Dauer wird es nicht genügen, die Organisation zu sein, die sich dadurch auszeichnet, einiges nicht gemacht zu haben, nämlich die ganzen „linken“ Verrücktheiten und „rechten“ Beschränktheiten der anderen Organisationen“. Und: „Wenn der KB diese Diskussion um den Niedergang der ganzen Bewegung nicht mitmacht, dann wird er den Resten dieser Bewegung und anderen Leuten auch nicht sagen können, wo's lang geht, dann wird er auf lange Sicht stagnieren“ (Buchbesprechung auf S. 58).

Naja, dieser Artikel war ja auch von mir. Aber immerhin hatte es der AK abgedruckt und damit seine Zustimmung signalisiert.

Unordnung und frühes Leid

Dann begannen diese merkwürdigen Streitereien in Hamburg, die ich bis heute nicht verstehe und die mit dem Ausbruch der ZL-Fraktion endeten. Und dann kam der Kongreß. Dort legten die führenden KB-Genossen mir keinen Grund, Dinge neu

zu überdenken, denn wir haben im wesentlichen keine Fehler gemacht, und der Marxismus-Leninismus hat sich voll bewährt.

Das bedeutete für mich die Trennung, früher als ich gedacht hatte. Denn ich habe viele Fehler gemacht, und für mich hat sich der Marxismus-Leninismus nicht bewährt. Deswegen will ich aus meinen Fehlern lernen, mir einen verbesserten Marxismus erdunkeln und eine bessere Politik für den Kommunismus machen. Und ich glaube, daß die Konsequenzen eines solchen Nachdenkens weit über den Stand hinausgehen, den der KB erreicht hat und auf dem er heute stolz und träge zu verharren droht.

Ein solcher Lernprozeß ist heute offenbar nicht das Interesse der KB-Genossen. Also: KB ade, scheiden tut weh.

Ne, noch ein bißchen Polemik, damit mir das Herz lacht.

Zur Aktualität des Marxismus

Unter dieser Überschrift nennt ihr in der Maternismappe zum Kongreß auf S. 36/37 vier Punkte, die ihr offenbar für wesentlich am Marxismus haltet: Organisertheit, Autonomie der Sozialisten, revolutionäre Arbeiterklasse, revolutionäre Gewalt.

Ich halte andere Punkte für wesentlich, gerade wenn ich versuche, aus der ML-Bewegung Lehren zu ziehen.

– Das Ziel des Kommunismus nicht aus den Augen verlieren, hier und heute aus dem Bestehenden unser Gegenmodell einer möglichen besseren Gesellschaft entwickeln und di-

rekt als politische Forderung einbringen (wichtige Ansätze in der Frauenbewegung und in der Ökobewegung, zu entwickeln ist eine Bewegung zur Aufhebung des Unterschiedes von Hand- und Kopfarbeit). Alle ML-Gruppen, einschließlich der KB, sind im Anleihen von Bewegungen stecken geblieben und haben das kommunistische Ziel aus den Augen verloren (siehe dazu ausführlich meinen Schrieb in Unser Weg 31 „Wo geht's lang – da geht's vielleicht lang“).

– Die eigene Subjektivität nicht verleugnen, uns nicht als Stellvertreter von irgendjemandem betrachten, sondern auch uns materialistisch begreifen als Produkte dieser Gesellschaft, die ein Recht haben, gegen die Widersprüche dieser Gesellschaft zu rebellieren.

Vom mir aus auch organisiert und autonom und mit revolutionärer Gewalt, und wie das mit der Arbeiterklasse ist, darüber würde ich noch viel diskutieren wollen. Aber nur diese vier Punkte allein hochzuhalten wie ihr das tut, das finde ich doch einen Bruch mit den positiven Tendenzen der KB-Vergangenheit. Wenn ihr am wichtigsten findet Organisertheit, Autonomie der Sozialisten, Arbeiterklasse Gewalt, wodurch werdet ihr Euch dann noch von der KPD/ML unterscheiden? Z.B. jetzt unterscheidet ihr Euch nicht noch von der KPD/ML, weil ihr eine selbstbewusste Frauenbewegung habt. Aber werden die Euch nicht davonlaufen, wenn ihr die verknöcherte ML-Ideologie propagiert? Ich jedenfalls laufe ich davon.

R., Mannheim, ehemals KB-Symp

KB
Neu

Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

32

Dokumentation

1. KONGRESS DES KB

u.a. mit dem Text des neuen, vorläufigen Organisations-Statuts, Grundregeln und Beiträge

erscheint in der 1. Februar-Woche

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2 HH 50



Gibt es eine »neue« Lotta Continua?

Auf der internationalen Konferenz der AKW-Bewegung in Muhlheim/Südbaden (19./20. Januar) hatten wir Gelegenheit zu einem Gespräch mit einem Genossen von „Lotta Continua per il comunismo“, einer seit letztem Jahr sich formierenden Gruppe aus den politischen und personellen Kreisen der nach ihrem 2. Kongreß (1976) zerfallenen Organisation Lotta Continua.

Da es sich hierbei um eine Gruppe handelte, mit der der KB gute Beziehungen pflegte, sollten wir die Versuche eines Neuaufbaus zwar nicht mit vornehmlichem Optimismus, aber doch mit einem Interesse beobachten.

Das folgende Interview ist leider nicht im strengen Sinne authentisch. Der Genosse Marino aus der Provinz Mantua hat betont, daß er erst seit kurzer Zeit der „neuen“ LC angehört und für dieses Interview kein Mandat hat. Die Organisation selbst sei insgesamt erst im Werden, man könne noch nicht von vereinheitlichten Standpunkten reden. Außerdem konnten wir die übersetzte Abschrift des Interviews dem Genossen nicht mehr zur Korrektur vorlegen.

Trotz einiger Ungenauigkeiten scheint das Gespräch einen kleinen Einblick in die Debatten der italienischen Genossinnen zu geben.

Wer sich noch näher informieren will, kann sich evtl. die Zeitung der Gruppe bestellen. Bisher sind insgesamt drei Ausgaben davon erschienen.

Berufsadresse:
LOTTA CONTINUA PER IL COMUNISMO
via de Cristoforo, 5
2014 MILANO
ITALIA

Jürgen, Freiburg

AK: Wie ist LOTTA CONTINUA PER IL COMUNISMO (im folgenden: „neue“ LC) entstanden? Wie ist Euer Verhältnis zur „alten“ LOTTA CONTINUA (im folgenden: „alte“ LC)?

LC: LC ist im letzten Jahr entstanden und zwar in erklärtem Gegensatz zur Tageszeitung „Lotta Continua“.

„Lotta Continua“, die – wie ich betonen möchte – keine Organisation darstellt, sondern nur eine Tageszeitung, die regionale Redaktionskollektive hat. Wie viele wissen, ist die „alte“ LC auseinandergegangen nach ihrem Kongreß in Rimini 1976. In den Jahren 1976/77 hat sich diese Organisation völlig aufgelöst, und zwar sowohl an der Spitze als auch auf mittlerer Kaderebene.

1978 ist nur noch die Tageszeitung „Lotta Continua“ übriggeblieben, aber nicht mehr als Ausdruck einer Organisation, sondern als eine meinungsbildende Zeitung. An ihr arbeiten verschiedene Redaktionskollektive mit, die vorher auch Gruppen von LC waren, aber eben nicht mehr in organisierter Form arbeiteten. Die Zeitung selber hat sich immer mehr der Radikalen Partei angenähert. In den Jahren 1978/79 ist der Einfluß der Radikalen Partei dominierend geworden, wenn nicht gar bestimmend. Das hat bei den Genossen der „alten“ LC eine heftige Reaktion hervorgerufen. Dennoch wollten sie den Gedanken nicht aufgeben, wieder eine Organisation aufzubauen, die sich auf die neuen, sich radikalisierten Schichten gründet und deren Inhalte aufnimmt. Zu berücksichtigen ist auch, daß diese alten Genossen sich weiterhin als Kommunisten verstehen, und dies ist ein Gegensatz zur Tageszeitung „Lotta Continua“, wo dieser Klassencharakter nicht mehr betont, bzw. fallengelassen wird. Dies hat dazu geführt, daß die Genossen, die LC als Organisation wieder aufbauen wollen, gebrochen haben mit Genossen, die heute die Tageszeitung „Lotta Continua“ unterstützen und die praktisch zu einem Anhängel der Radikalen Partei geworden sind („Lotta Continua“ dient der Radikalen Partei praktisch als Informations-träger). Dies ist der Ausgangspunkt für die „neue“ LC, die gerade aus dem Gegensatz entstanden ist zwischen denjenigen, die sich weiter auf den Klassenstandpunkt beziehen, und denjenigen, die die Tageszeitung „Lotta Continua“ unterstützen und den Klassenstandpunkt verlassen.

AK: Welche Leute sind in der „neuen“ LC? Sind es hauptsächlich alte Genossinnen? Sind auch welche von der früheren Leitungsebene darunter?

LC: Die „neue“ LC umfaßt nicht mehr die alten Führungskader. Diejenigen, die die „alte“ LC geführt haben, sind nach dem Kongreß von Rimini weggegangen.

Andererseits sind heute in der „neuen“ LC zahlreiche Genossen, die früher nicht dabei waren. Das sind sehr junge Leute, vielfach zwischen 17 und 21, die aus dem großstädtischen Lumpenproletariat, aus dem Heer jugendlicher Arbeitsloser, kommen.

AK: Kennst Du einen Punkt benennen, wo ganz aktuell die Ansichten der Tageszeitung „Lotta Continua“ und einer Organisation sich radikal unterscheiden?

LC: Die Hauptdifferenz liegt in der Innenpolitik. Die Tageszeitung „Lotta Continua“ ist ein vollständiges Anhängel der Radikalen Partei, diese bekam bei den letzten Wahlen 1,5 Millionen Stimmen und 18 Sitze im Parlament.

Die Radikale Partei verfolgt eine Linie, um jeden Preis in die bestehenden Institutionen hineinzukommen, sie bedient sich dabei sogar der Anliegen der neuen, sich radikalisierten Schichten, aber eben nur, um in diese Institutionen reinzukommen. Die Genossen der „neuen“ LC verstehen sich demgegenüber als Kommunisten und als Proletarier und sie halten an der außerparlamentarischen Tradition fest, nicht in diesen Institutionen zu arbeiten.

Eine weitere wichtige Differenz liegt in der Analyse dessen, was heute in Italien passiert. In den letzten Tagen sind eine ganze Reihe von Ausnahmegesetzen verabschiedet worden, die das Recht auf Organisationsfreiheit sehr stark beeinträchtigen. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Germanisierung“ Italiens. Die Tageszeitung „Lotta Continua“ bringt ihre Gegnerschaft zu diesen Gesetzen in erster Linie, praktisch ausschließlich, in den vorgegebenen Institutionen, in diesem Fall vor allem im Parlament, zum Ausdruck. Wir dagegen versuchen in erster Linie, außerhalb der bürgerlichen Institutionen dagegen anzukämpfen.

Zum Beispiel wird in den nächsten Tagen die Tageszeitung „Lotta Continua“ zusammen mit der Radikalen Partei in Rom eine nationale Versammlung durchführen, zu der die Bürgermeister, Abgeordnete, wichtige politische Persönlichkeiten eingeladen hat; während wir versuchen werden – wenn es erlaubt wird von den Behörden – in den nächsten Tagen in Mailand eine Massendemonstration gegen diese Gesetze zustande zu bringen.

AK: Welche Struktur hat die „neue“ LC und wie stellt ihr Euch den weiteren Organisationsbildungsprozeß vor?

LC: Das gibt eine etwas schwierige Antwort. Die „neue“ Lotta Continua ist ja erst seit kurzem entstanden und zwar ist sie so entstanden, daß Genossen von der „alten“ LC in einzelnen Orten die Genossen, die dem „Konzept“ der „Tagezeitung“ ... (unleserlich) ... in einzelnen Orten die Genossen, die dem Konzept der Tageszeitung „Lotta Continua“ anhängen, rausgeworfen haben. Dies ist 1979 geschehen und zwar praktisch in allen damals bestehenden wichtigen Gruppen in Norditalien: Bologna, Mailand, Turin, Genoa und Florenz zum Beispiel. Die „neue“ LC existiert praktisch nur im Norden des Landes und zwar in den Hochburgen der „alten“ LC.

„schiefe Aufarbeitung“ der damaligen Phase durch die italienische Linke selbst zu fordern. Die Linke müsse Mäh sein, „sich mit diesen gewalttätigen Anschuldigungen abzufinden“ und „zwischen „schuldig“ und „unschuldig“ zu unterscheiden.“ „Lotta Continua“ im Gewand des Richters??

R.R. gibt auch gleich ein Stichwort für eine derartige „Aufarbeitung“. Es sei die „Phase der Theorisierung der faschistischen Putsch, der direkt vor den Pforten stehe“, gewesen, die die Linke in die Arme des „bewaffneten Kampfes“ getrieben habe. Der Vergleich zu Mahler bietet sich an. Mahler hatte im „Spiel“ die faschistische Vergangenheit des westdeutschen Staates scharfzuringen als Ursache dafür gemacht, daß eine „staatsfeindliche“ Grundhaltung bei der APO entstanden sei, die dem Terrorismus den Weg bereitet habe. Daß es zu Beginn der 70er Jahre ganz reale, in Griechenland ausgeübte und von Teilen des Geheimdienstes mitgetragene Putschpläne für Italien gab (gibt?), läßt R.R. funktlich unter den Tisch fallen. Vielleicht paßt es nicht in die neue Staatsauffassung?

Da Italien den hierigen Verhältnisse ein wenig voraus hat, darf man gespannt sein, wann Teile der westdeutschen „Linken“ (?) damit anfangen, die „Faschismustheorie“ als Nährboden für den „Terrorismus“ auszugeben.

Dies ist auch relativ reibungslos vor sich gegangen, weil die Tageszeitung Genossen die alten Organisationsstrukturen verlassen haben und ihre redaktionelle Arbeit anderswo durchführen. Man kann sagen, daß die „neue“ LC in dem Maße wachsen wird, wie die früheren Genossen, die heute die „Tageszeitung“ Lotta Continua machen, nichts mehr zu tun haben wollen, sondern eine eigene Organisation aufbauen wollen. Heute wächst unsere Organisation insofern, als auch im Süden zahlreiche Genossen der „alten“ LC mit den Genossen der Tageszeitung brechen und sich auf uns orientieren. Ich möchte betonen, daß es bereits drei oder vier Kongresse gegeben hat, auf denen wir diskutiert haben, wie wir diese neue Organisation aufbauen wollen. Auf diesen Kongressen ist bisher jedoch noch kein

kann es nicht in einer Partei erfüllt sein. Autonomie heißt daher die Anerkennung der Bedürfnisse einer gegebenen Bewegung, und zwar ohne daß man ihr eine „Linie“ aufdrängen will.

Ein Beispiel aus meinem Arbeitsbereich, der Anti-AKW-Bewegung. In der Provinz Mantua wurden zwei Reaktoren a 1000 Megawatt gebaut. Dagegen haben sich verschiedene Initiativen gebildet, die AKW-Bewegung ist sehr aktiv. Es beteiligen sich Bauern, Arbeiter, Studenten usw. Diese Bewegung hat einen autonomen Ausdruck, d.h. sie empfängt von keiner Seite Direktiven. Bei den früheren, auch bei der „alten“ LC, vorhandenen zentralisierten Strukturen war es so, daß ich als Parteimitglied meine Richtlinien aus Mailand bekam, die ich dann in diese Bewegung ein-



festes Programm verabschiedet worden. Dieses Programm ist genauso im Werden wie die Struktur der Organisation selbst.

AK: Habt ihr 'mal das relativ unkritische Verhältnis der „alten“ LC zur VR China und zur chinesischen Außenpolitik weiterdiskutiert?

LC: Wir haben bisher über internationale Probleme überhaupt noch nicht gesprochen. Wir haben uns bisher beschränkt auf unsere innere und in-gesamtlich wir haben uns bisher beschränkt auf unsere innere und inneritalienische Diskussion. Aber eines ist sicher, daß wir keine Beziehungen außerhalb Italiens haben.

AK: Auf dem zweiten und letzten Kongreß der „alten“ LC gab es massiven Protest der Frauen, wo sie gegen ihre Unterdrückung innerhalb der Organisation rebellierten. Welchen Stellenwert hat für Euch die Frauenpolitik und was tut ihr gegen chauvinistische Tendenzen in Eurer Organisation?

LC: Es ist wahr, daß die Frauen auf diesem Kongreß mit großer Vehemenz darauf hingewiesen haben, daß LC eine „männliche“ Organisation ist in dem Sinne, daß praktisch 90% der Organisierten Männer sind und auch in der Führungsschicht die überwältigende Mehrheit Männer waren, wie übrigens auch bei allen anderen linken Gruppen.

Andererseits hat die „neue“ LC personell kaum noch etwas mit der „alten“ LC zu tun (wie übrigens auch die Tageszeitung „Lotta Continua“). Insofern ist der damalige Aufstand der Frauen für uns Geschichte, ein abgeschlossenes Kapitel.

Wir als neue Organisation haben keine Parteistruktur, wie etwa die „alte“ LC sie unzweifelhaft gehabt hat. Deshalb sind wir selbstverständlich für die Autonomie der verschiedenen Bewegungen, sei es die Frauenbewegung, sei es die Arbeiterbewegung, sei es die Anti-AKW-Bewegung, zu der ich gehöre. Ich glaube, das ist gerade die größte Errungenschaft dessen gewesen, was wir das „Erdbeben von Rimini“ genannt haben. Wir erkennen keine zentralisierten Strukturen mehr an, sondern nur noch die Autonomie neuer Bewegungen, neuer radikalierter Schichten mit neuen Themen, neuen Inhalten.

AK: Was heißt „Autonomie“ in dem Fall konkret? Lehnt ihr eine einheitliche „Linie“ für die Organisation ab?

LC: Jede Bewegung hat selbstverständlich eigene Bedürfnisse, die sie umsetzen will, und diese Bedürfnisse

tragen mußte. Bei diesem neuen Organisationsstyp stellt sich das Problem anders: Es ist notwendig, in den Bewegungen koordinierend zu wirken, anders ausgedrückt: Ich und meine Genossen verstehen sich heute nicht als „Avantgarde“ einer bestimmten Partei in diesem Gebiet, sondern ich bin Teil der Massenbewegung, die sich dort abspielt. Es ist klar, daß wir mit unserem Selbstverständnis als Proletarier und Kommunisten uns an Genossen wenden, die sich ebenso als Proletarier und Kommunisten an Genossen wenden, die sich ebenso als Proletarier und Kommunisten verstehen, sonst könnten wir uns ja auch an Sozialisten oder Christdemokraten wenden.

AK: Kommen wir noch mal zurück zur Frauenfrage.

LC: Die italienische Frauenbewegung, die große Fortschritte in den Jahren 1975 bis 1979 gemacht hat, hat heute mit Stagnation oder gar Rückgang zu kämpfen. Die Frauengruppen organisieren heute sehr wenige Veranstaltungen oder gar Demonstrationen, die überhaupt nicht zu vergleichen sind mit dem, was sie früher auf die Beine gestellt haben. Zahlreiche Genossinnen sind bei der Tageszeitung „Lotta Continua“ geblieben, und diese Zeitung widmet regelmäßig 2 Seiten der Frauenfrage. Die Mehrheit der Genossinnen hat unseren Prozeß des Wiederaufbaus einer revolutionären Organisation nicht mitgemacht. Viele ehemalige Genossinnen sind heute auch in Initiativen und Bewegungen engagiert, die sich auf niemanden mehr berufen, auch nicht auf die „alte“ LC, sie orientieren sich an gar keiner Gruppe mehr.

Wir von der „neuen“ LC versuchen, mit allen diesen Bewegungen Kontakt aufzunehmen, aber einen Erfolg können wir natürlich nicht voraussetzen, besonders weil die neuen Ausnahmegesetze die Organisationsfreiheit schwer behindern.

AK: Kennst Du noch mal was zur Bekämpfung chauvinistischer Tendenzen bei Euch sagen?

LC: Es ist natürlich schwierig, darauf zu antworten, weil man eine psychologische oder soziologische Untersuchung eines jeden einzelnen Genossen machen müßte. Aber da wir keine zentralisierte Struktur haben, stellt sich für uns dieses Problem in der Form gar nicht.

AK: Was macht ihr denn mit Genossen, die ihre Frauen schlagen?

LC: Heute würden wir es ohne große Mühen rauschmeißen.

Für die Übersetzung bedanken wir uns bei der Genossin A. von der GIM.

Schuld war der Antifaschismus?

In Kreisen der italienischen Linken, vor allem um die Zeitung „Lotta Continua“, findet derzeit offenbar eine ganz ähnliche „Terrorismus-Aufarbeitung“ statt, wie herrschende. Besser sollte allerdings wohl von einer **A b r e c h n u n g** mit der Vergangenheit der radikalen Linken in s a g e s a m t gesprochen werden. So findet sich in der „Iz“ vom 7.1. ein bemerkenswerter Artikel von Ruth Reimertshofer aus Rom, langjährige Mitarbeiterin von „Lotta Continua“ und italienische Korrespondentin der „Iz“. Der Artikel behandelt unter der Überschrift „**in G e n o s s e packt aus**“ (Hervorheb. d. Verf.) die jüngste Verhaftungswelle in Italien aufgrund eines umfangreichen ca. 150 Seiten umfassenden „Gesetzentwurfes“ des 25. Jahres Haft verurteilten Fioroni hat die Polizei Ende Dezember in einer „Blitzaktion“ 18 Personen verhaftet; möglicherweise werden noch weitere hinzukommen.

Nach dem, was bisher über Fioroni „Memorien“ bekannt geworden ist, können den Verhafteten keinerlei konkrete „Straftaten“ nachgewiesen werden. Der Grund der Verhaftungen ist vielmehr lediglich, daß sie als Vertreter ehemaliger Organisationen der radikalen Linken wie z.B. Potere Operaio „Gespräche“ mit „Terroristen“ geführt haben sollen. Über diese Gespräche und deren angeblicher Inhalt scheint sich Fioroni, selbst ehemalige Mitglied von Potere Operaio, ausgiebig in seinem Manuskript auszulassen. Fioroni ist wegen

einer mysteriösen Entführungs-Affäre verurteilt. Er soll einem mit ihm befreundeten Industriellensohn, Carlo Saronio, sattsamt haben, um von dessen Vater Lösegeld zu erpressen. Saronio wurde jedoch, nachdem das Lösegeld bezahlt war, tot aufgefunden; Fioroni wurde beim Versuch, das Geld umzutauschen, wenig später festgenommen. „Lotta Continua“ behauptet zusätzlich, daß einer ihrer Genossen, der zufällig Zeuge dieser Angelegenheit gewesen sei, von der „bewaffneten Linken“ ermordet worden sei.

Nach Angaben von „Liberazione“ bezieht sich Fioronis „Gesetzentwurf“ bezeichnenderweise nicht auf seine eigene Rolle bei der Entführung. Stattdessen liefert er reibungslos Revolutionäre aus Moskau, denen weiter nichts vorgeworfen wird als (z.T. kontroverse) Diskussionen z.B. mit führenden Mitgliedern der Roten Brigaden. Fioroni geht damit einen großen Schritt weiter als etwa H.J. Klein, der stets beteuert, „nichts zu verraten“ bzw. niemanden zu denunzieren. Trotzdem bezeichnet R.R. Fioroni in der „Iz“ als Genossen! R.R. schreibt, es sei „artemal auch nicht unsere Aufgabe, darüber zu spekulieren, warum Fioroni spricht, ob nur echter Reue (!) oder aus Opportunismus“. Die eventuelle „Reue“ Fioronis kommt dem italienischen Staat mit seiner Notstandspolitik jedenfalls gut zuap.

R.R. nimmt Fioronis Denunziationen zum Anlaß, eine „Selbstkritik“

der damaligen Phase durch die italienische Linke selbst zu fordern. Die Linke müsse Mäh sein, „sich mit diesen gewalttätigen Anschuldigungen abzufinden“ und „zwischen „schuldig“ und „unschuldig“ zu unterscheiden.“ „Lotta Continua“ im Gewand des Richters??

R.R. gibt auch gleich ein Stichwort für eine derartige „Aufarbeitung“. Es sei die „Phase der Theorisierung der faschistischen Putsch, der direkt vor den Pforten stehe“, gewesen, die die Linke in die Arme des „bewaffneten Kampfes“ getrieben habe. Der Vergleich zu Mahler bietet sich an. Mahler hatte im „Spiel“ die faschistische Vergangenheit des westdeutschen Staates scharfzuringen als Ursache dafür gemacht, daß eine „staatsfeindliche“ Grundhaltung bei der APO entstanden sei, die dem Terrorismus den Weg bereitet habe. Daß es zu Beginn der 70er Jahre ganz reale, in Griechenland ausgeübte und von Teilen des Geheimdienstes mitgetragene Putschpläne für Italien gab (gibt?), läßt R.R. funktlich unter den Tisch fallen. Vielleicht paßt es nicht in die neue Staatsauffassung?

Da Italien den hierigen Verhältnisse ein wenig voraus hat, darf man gespannt sein, wann Teile der westdeutschen „Linken“ (?) damit anfangen, die „Faschismustheorie“ als Nährboden für den „Terrorismus“ auszugeben.

Solidarität mit Sacharow?



Andrej Sacharow

Die sowjetischen Behörden haben dem „Regimekritiker“ Andrej Sacharow am 22.1.80 sämtliche staatlichen Auszeichnungen aberkannt und ihn nach Gorki abgeschoben. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS teilte mit, dies sei aufgrund von Sacharows „jahrelanger Wühltätigkeit gegen den Sowjetstaat“ geschehen. Sacharow gehört zum reaktionären, pro-westlichen Teil der „Disidenten“-Szene in der UdSSR. Es ist keineswegs so, daß er, wie die „Frankfurter Rundschau“ in einem Kommentar schrieb, „durchaus sozialistischen Prinzipien anhängt.“ (FR, 23.1.80).

Sacharow sagte schon 1973 in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen: „Ich bin skeptisch dem Sozialismus gegenüber! Ich finde nicht, daß der Sozialismus uns auf theoretischer Ebene für eine bessere Organisation der Gesellschaft etwas Neues gegeben hat.“ Der Sozialismus bedeute, „maximale Unfreiheit“ und „maximale ideologische Unbeweglichkeit“.

Im September 1973 schrieb Sacharow: „Der Sozialismus bedeutet, maximale Unfreiheit und maximale ideologische Unbeweglichkeit.“

Im September 1973 schrieb Sacharow zusammen mit dem rechtsradikalen „Disidenten“ Wladimir Maximow (jetzt Mitarbeiter von Springer und Löwenthal) und dem Schriftsteller Alexander Galitsch einen Brief an die faschistische Militärjunta in Chile, in dem sie sich für den sozialistischen Dichter Pablo Neruda einsetzen. „Der Verlust dieses Mannes würde die Art der Wiedergeburt und Konsolidierung verdunkeln, die Ihre Regierung versprochen hat.“ (FR, 22.9.73).

Sacharow genoss im Gegensatz zu anderen, insbesondere linken, Oppositionellen in der UdSSR jahrelang praktische Narrenfreiheit und konnte sich des öfteren in den westlichen Massenmedien produzieren. (So trat Sacharow vor einigen Monaten, n a c h Harburg, mit einem Appell für AKW's in Ost und West auf). Die Maßnahmen der sowjetischen Behörden gegen Sacharow sind anscheinend eine Reaktion auf die in den letzten Wochen von imperialistischer Seite ergriffenen Maßnahmen gegen die UdSSR (Getreideboykott, Olympiaboykottandrohung). Anstatt nun aber eine politische Massenkampagne gegen solche Propagandasäulen der Konterrevolution und des Kapitalismus wie Sacharow zu führen, erkennen die Sowjetrevisionisten ihm die Auszeichnungen ab und verbieten ihn – fragwürdige Maßnahmen.

Linke, die jetzt zur Solidarität mit Sacharow aufrufen, sollten sich überlegen, w e m sie damit dienen. Der linken Opposition, die mit Sacharow & Co. nichts im Sinn hat, sicher nicht, der westeuropäischen Linken wohl auch nicht – oder ist der „Dank“ Sacharows an die mit ihm solidarische Linke nicht mehr in greifbarer Erinnerung?

U., RGW-Kommision

Jerôme Lindon

Mit der »Freiheit« der Buchpreise kommt der Tod der Literatur

Am 1. Juli 1979 wurde in Frankreich der „empfohlene“ (aber bis dahin von allen Buchhandlungen eingehaltene) feste Ladenpreis für Bücher aufgehoben. Frankreich ist damit nach Schweden (wo der feste Ladenpreis für Bücher bereits 1970 aufgehoben wurde) das zweite europäische Land, das sich – in falsch verstandener „Liberalisierung“ und sogar unter dem Beifall einiger Kollegen im Buchhandel – auf einen Weg hat drängen lassen, an dessen Ende nicht nur die Zerstörung einer Fülle von Buchhandlungen (und zwar der besten), sondern auch der Tod der Literatur wartet. Eine schwerwiegende Prognose – wie sieht die Begründung aus?

Am Beginn dieser Entwicklung stand 1974 der Beschluß einer großen französischen Warenhaushalts, der „Fnac“, sämtliche Bücher 20 % billiger zu verkaufen, was mit dem Slogan begründet wurde: „Ein Buch ist ein Produkt wie jedes andere.“ Ihre Sprecher behaupteten zugleich, das Lesen von Büchern auf zweierlei Weise zu fördern:

1. Der Öffentlichkeit stünde auf ihren Ladentischen eine breitere Auswahl an Büchern zur Verfügung als in den meisten Buchhandlungen.
 2. Durch den Rabatt von 20 % verbillige sie die Bücher, trage also zu ihrer größeren Verbreitung bei.
- Ich behaupte dagegen, daß dieses System des „Diskont“ zum gegenteiligen Ergebnis führt:

1. Es verringert die Breite der Auswahl an Büchern.
2. Es bewirkt eine Erhöhung der Ladenpreise.

Basis für meine Behauptung ist die Frage danach, was unter einem guten Buchhändler zu verstehen sei. Es ist, sehr vereinfacht, derjenige, bei dem Sie, der Leser, eben das Buch finden, nach dem Sie in anderen Buchhandlungen vergeblich gesucht haben. Und warum haben Sie dort vergeblich gesucht? Weil es sich in den meisten Fällen um seltener verkaufte Bücher handelt, also um Bücher mit „geringer Umschlaggeschwindigkeit“, deren Verdienstsparnis dem Buchhändler nicht einmal die Mietkosten für den Platz einbringen, den sie in seinem Laden beanspruchen. Und das sind viele: Nach einer groben Schätzung verursacht jedes Buch, das sich weniger als viermal im Jahr umschlägt, erhebliche Kosten. Solche Bücher aber sind jene von Faulkner, Bataille, Valéry oder Conrad, von denen kein Verlag auf der ganzen Welt, sei er so groß wie auch immer, mehr als dreihundert Exemplare pro Jahr verkauft. Ein guter Buchhändler führt aber solche Titel – das entstehende Defizit kann er nur durch leichtverkäufliche und lukrative Bücher (Bestseller, Geschenkbande, Klassiker) ausgleichen.

Bei der Fnac werden aber gerade diese leichtverkäuflichen Bücher, insbesondere die teuren, gekauft: Die Käufer kommen mit fertigen Einkaufslisten von weither, um genau diese Bücher mit 20 % Rabatt einzukaufen – das führte bereits 1978 dazu, daß von der bedeutendsten französischen Klammermarke, der „Bibliothèque de la Pléiade“ (Gallimard), in einer einzigen Dependence der Fnac (der größten, in Paris) 25 % des gesamten französischen Umsatzes verkauft wurden.

Um zu überleben, mußten sich bereits in den vergangenen Jahren die anderen Buchhändler überwinden, wobei sie selbst dabei aus drei Gründen noch benachteiligt waren: Erstens ist die Umschlaggeschwindigkeit bei der Fnac schon aufgrund der ungeheuren Größe des Unternehmens wesentlich schneller, d.h. profitabler; zweitens kann die Fnac, wiederum aufgrund ihrer Größe, in Verwaltung und Buchhaltung wesentlich billiger arbeiten; drittens rühmt sich die Fnac, nur ein „Selbstbedienungsladen“ zu sein, d.h. sie bietet keine fachkundige Beratung.

Inzwischen hat sich die Situation aber wesentlich verschärft, die Vertriebsabteilung der „Editions du Seuil“ hat errechnet, daß von Erfolgserfolg (Auflage: über 10.000) bereits über 30 % des gesamten Umsatzes durch die Fnac verkauft wurden, wohingegen ihr Umsatzanteil an

schwerverkäuflichen Büchern (Auflagen bei 1500 Exemplaren) nur 4 % des Umsatzes beträgt.

Und wenn sich künftig die Buchhandlungen, die diese 96 % der „schwierigen“ Literatur verkaufen, weigern, das weiter zu tun? Zyniker mögen auf Faulkner und Conrad verzichten, wollen Sie aber auch auf die künftige Literatur verzichten? Fast alle bedeutenden Schriftsteller sind beim Publikum zuerst auf Ablehnung gestoßen: von Kafkas „Betrachtung“ wurden im Erscheinungsjahr 1912 keine 200 Exemplare verkauft, von Becketts „Warten auf Godot“ im Erscheinungsjahr 1952 ganze 125. Zwar werden die Bücher beider Autoren inzwischen millionenfach verbreitet – entscheidend ist aber das Erscheinungsjahr: Verzichteten wir auf die Herausgabe solcher Bücher, so töten wir das Erbe unserer Literatur im Jahr 2000.

Aber nicht nur das: Die Entwicklung wird zu einer Zerstörung des breiten Buchhandlernetzes führen. So stieg z.B. der Anteil der Fnac am Umsatz unseres Verlages von 8 % im Jahr 1974 auf einen heutigen Anteil von über 20 % – und das bei einem ungefähr gleichgebliebenen Gesamtumsatz, d.h. dieser Umsatz ging bei den anderen Buchhandlungen real verloren. Der „Buchhändler von nebenan“ verschwindet also, der Vertrieb von Büchern konzentriert sich auf Buchwarenhäuser in den Metropolen.

Wer aber kommt dahin und zu welchen Einkaufszeiten? Die Privilegierten. Und diese Privilegierten werden auch künftig Bücher kaufen können, die dann allerdings – entgegen aller Discountparolen – das Doppelte kosten.

Denn das ist die zweite Folge der Aufhebung des festen Ladenpreises: die Bücher werden wesentlich teurer, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Da ein großer Teil der Buchhändler (so es sie dann noch gibt) künftig keine „schwierige“ Literatur mehr auf Lager nehmen oder sie gar ins Schaufenster stellen wird (wie es die Fnac ohnehin nicht tut, Schaufenster haben sie gar nicht), wird die Erstauflage solcher Bücher – wiederum: wenn sie überhaupt noch einen Verleger finden – weiter sinken, d.h. ihr Ladenpreis wird wesentlich steigen.
2. Das gilt auch für „verkäufliche“ Bücher, denn inzwischen hat die Fnac eine derart marktbeherrschende Stellung, daß sie den Verlegern die Konditionen diktieren kann, und das tut sie auch: ein wissenschaftlicher Verlag, der bisher selbst seinen besten Kunden nicht mehr als 31,5 % Rabatt einräumte, mußte der Fnac schließlich 40 % gewähren, damit diese dann ihre famosen 20 % an den Kunden „weitergeben“ kann.

Die Folgen mögen für den Verleger immer noch „kalkulierbar“ bleiben, für den Leser sind sie es nicht. Die Antwort eines kaufmännisch arbeitenden Verlegers auf Verkaufsrückgang und Verringerung der Gewinnspanne ist selbstverständlich immer Erhöhung des Ladenpreises, was nicht nur für die Erstveröffentlichung „schwieriger“ Literatur gilt (die wird er besser ganz einstellen), sondern auch für einen großen Teil der übrigen Literatur – er weiß ja, daß Studenten ihre (nicht einfach austauschbare) Fachliteratur brauchen, er weiß auch, daß ein Lyrikliebhaber, der gerne einen Band von Eluard lesen möchte, nicht aus Sparmaßkeingründen einen von Lamartine kauft.

Ein in dieser Hinsicht „bahnbrechendes“ Beispiel liegt schon vor: Eine Taschenbuchserie, die überwiegend von Studenten gekauft (und bei der Fnac verkauft) wird. Der Ladenpreis des einzelnen Bandes betrug 1970 noch 7 Francs und stieg bis 1977 auf 11,50 Francs, was ganz normal ist. Dann aber wurde er plötzlich auf 35 Francs erhöht! Die Studenten, die diese Bücher brauchen, sind heute natürlich mehr denn je an den „20 % Rabatt“ auf so teure Bücher interessiert, sie zahlen ja auch „nur“ 28 Francs.

Diese Art von Robbäuscherei hat natürlich die Fnac in ihrer Kundenzeitschrift, in der sie sonst die „üblichen“ Preiserhöhungen von 20 oder 30 % seiprangart, mit keinem Wort erwähnt. Solche Diskretion bei einer

Preiserhöhung von über 200 % legt die Frage nach den Gründen nahe: Sind es die besonders fürstlichen Verkaufsbedingungen, die der Verleger der Fnac gewährt oder legt die Fnac keinen Wert darauf, die Aufmerksamkeit auf einen Mißbrauch zu lenken, von dem sie als allererste profitiert?

Noch eine letzte Zahl. Eine Distributionsfirma, die die meisten mittleren Verlage vertritt, hatte 1978 (gegenüber 1977), einen Umsatzzuwachs von 3 %. Dieser ohnehin schmale Zuwachs verdankt sich allein der Provinz, in der die Fnac bisher nur drei Dependancen hat. In Paris hingegen ist der Umsatz um 26 % gesunken, zugunsten einer Steigerung von 38 % bei der Fnac.

Seit dem 1. Juli 1979 entwickeln sich in Frankreich immer deutlicher „schwedische“ Verhältnisse. In Schweden haben bis heute nur 270 Buchhandlungen die Vernichtungskonkurrenz überlebt, das heißt 130 von ihnen haben sie nicht überlebt – sie gehören inzwischen zu einer Ledenkette. Der Staat zahlt jedes Jahr höhere Subventionen, um das Überleben der noch existierenden Buchhandlungen und Verlage zu sichern, und die schwedischen Bücher sind inzwischen, wie letzthin „Publishers Weekly“ schrieb, die „teuersten der Welt“.

In Frankreich haben bereits die ersten Buchhandlungen schließen müssen, die unabhängigen Verlage sind in einer schweren Krise, die Autoren werden zu Duckmäuern gemacht und niemand weiß, was Bücher kosten. Außer der Fnac (die inzwischen weitere Dependancen eröffnet hat). Sie kündigt „ihre“ Buchpreise in großformatigen Zeitungsanzeigen an. Kommentiert der Inhaber der Fnac: „Die Buchhändler haben sich selbst die Messer an die Kehle gesetzt. Der feste, für ganz Frankreich gültige Ladenpreis, das ist eben ab jetzt der Preis der Fnac.“

Zivilisationen sind nicht nur sterblich; manchmal bringen sie sich auch selbst um.

Dieser Text von Jerôme Lindon, Leiter der „Editions du Minuit“, einem der angesehensten französischen Verlage, wurde zuerst als Rede für ein Colloquium „Perspektiven des Buches und seiner Verbreitung“ konzipiert. Die darin angegriffene Warenhaushalts „Fnac“ verweigerte daraufhin Lindon wegen „Geschäftsschädigung“ und erreichte auch seine Verurteilung. Das ändert nichts an der Richtigkeit der Thesen, die Lindon für die Leser des „Freibeuter“ konzipiert. Die darin angegriffene Warenhaushalts „Fnac“ verweigerte daraufhin Lindon wegen „Geschäftsschädigung“ und erreichte auch seine Verurteilung. Das ändert nichts an der Richtigkeit der Thesen, die Lindon für die Leser des „Freibeuter“ leicht ergänzt und aktualisiert.

Nachbemerkung

Auf dem Kulturmarkt wird eine Ware produziert, für die (wenn ich mich auf die „Ware“ beschränken darf, auf die es wirklich ankommt) also die extremen, innovativen Fälle in der Belletristik und Wissenschaft, im Moment des Erscheinens so gut wie kein „Bedarf“ vorhanden ist. Das heißt, Verleger und Buchhändler müssen prognostisch arbeiten, in der Hoffnung, es werde sich später ein „Bedarf“ einstellen.

Dieses hohe, berufsnotwendige Risiko ist auch der Grund dafür, daß das Buchgewerbe bisher vor dem Druck des großen Kapitals vergleichsweise frei geblieben ist – große Gewinne werden nur im parasitären Sektor gemacht: in den Buchgemeinschaften und im Taschenbuchlizenzgeschäft. Im übrigen aber sind die Profite klein: Wer Geld verdienen will, investiert woanders.

Dadurch blieben im Buchhandel bisher genau die Freiräume und Spielplätze frei, die die Kultur unbedingt braucht, denn jeder Verlag und jeder Buchhändler, der seinen Beruf einigermaßen ernst nimmt, weiß, daß ein gutes Drittel des Produzierten oder Verkauften Verlust bringt, ein weiteres Drittel deckt etwa die Kosten und das letzte Drittel führt eben jene windigen Extraprofite ein, die am kulturell wichtigen Ort zugebuttert werden müssen – und eben dazu ist der feste Ladenpreis notwendig, weil hier die notwendige Mark aufgeschlagen werden kann. Wer die Gehälter von Buchhändlern kennt (zwischen 1.800 bis 2.400 Mark), der weiß, wo diese Mark hingehört: ins Lager.

Mit anderen Worten, die Verbreitung von Kultur braucht zweierlei:

1. Ein paar verschrobene Individuen, die den geringen Grad der Entfremdung in ihrem Beruf so hoch schätzen, daß sie Informationen darüber, anderswo werde mehr verdient, eher erhebeln.
2. Eine förmlich gesellschaftliche Einrichtung, daß Kultur darat gesellschaftsprägend und zukunftsbestimmend ist, daß sie sowohl aus den Planerabsichten des Kapitalismus wie aus den Regulierungswünschen des Staates herausgehalten werden muß.

Wie sieht's aber mit letzterem bei uns aus? Da sitzt die Bourgeoisie doppelt in der Klemme: Sie muß zugeben, daß die Kultur vom System zerstört wird, sie muß also systemkonträre (denn nichts anderes ist der feste Ladenpreis) Maßnahmen zu ihrem Schutz billigen oder fördern. Und sie hat zweitens längst das Leitbild der „gebildeten Persönlichkeit“ als Voraussetzung für die Zulassung zur herrschenden Klasse aufgegeben: kulturelle oder politische Leere in den Köpfen führender Leute fällt heute gar nicht mehr auf. (Die Linke kann solche Leere übrigens nicht freuen: Sie hat nicht nur die Tendenz, sich allgemein zu verbreiten, sie tut schon mehr als tendenziell.)

Deswegen veröffentlichten wir hier die Thesen von Lindon, weil auch in der BRD der feste Ladenpreis für Bücher (nachdem seine geplante Aufhebung Ende der sechziger Jahre schon einmal diskutiert wurde) neuerdings wieder von neunkalkulierten Liberalisten gefordert wird. Sie sollen sich, bitte, das schwedische Beispiel vor Augen halten: Ein Staatsverlag für experimentelle Literatur oder für Bücher mit neuen politischen oder wissenschaftlichen Perspektiven – ist das ihr gusto? Derwegen sei den Radikaldemokraten und allen, die auch nur ein Stück weit über den täglichen Groschen hinausdenken, folgende „Zusammenrottungsstrategie“ empfohlen:

1. Öffentlicher Widerstand bei jedem versuchten staatlichen Zugriff auf Verlage oder Buchhandlungen.
2. Freundliches und solidarisches Verständnis für Sinn und Ziel des festen Ladenpreises im Buchhandel.
3. Boykott von Zeitungen, die nicht ausführlich und korrekt über Fragen der Kultur informieren.
4. Kauf nur in Buchhandlungen, die ein demokratisches, umfangreiches Lager führen: Der Buchhändler, der einen Gedichtband eines jungen deutschen Autors oder ein schwieriges politisches Buch führt – das ist unsere Frau, unser Mann.
5. Jeder sollte in Fragen von Literatur, Kunst und Politik mitreden dürfen. Eine Gesellschaft, die sich nur noch über Wurstpreise verständigt, entwürdigt sich selbst. Wer sich aber auch über anderes verständigen will, der muß eben ein paar Büchlein lesen (und die haben ihren festen Ladenpreis).

Klaus Wagenbach

aus „Freibeuter“ Nr. 2 (erschienen im Wagenbach-Verlag) abgedruckt mit freundlicher Genehmigung des Wagenbach-Verlags



Subjektiver Eindruck oder objektive Wirkung — wonach wird ein Film beurteilt?

Im AK 169 beschäftigt sich ein Genosse der Kulturkommission mit dem Verhältnis des KB bzw. seiner Genossinnen und Genossen zur Kultur. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß dies absolut sektiererisch, kurz gesagt, eine wichtige Rolle spielt dabei auch eine Auseinandersetzung um die Beurteilung des Films »Apocalypse now«.

In AK 164 hatte ein Genosse der Kulturkommission den Film in sehr lobenden Worten besprochen. Sie kam zu dem Fach: »Der Film ist aber insgesamt doch von solch erschreckender Wahrheit und einem solchen Realismus, der kaum auszuhalten ist, daß er eine ganz neue Qualität der partiellen Vermittlung von Kriegsgeschehen darstellt.« Dies hätte ich in einem Brief im AK 163 kritisiert. Ich fragte, »welche Wahrheit und welchen Realismus dieser Film darstellt und habe dann aufgezeigt, daß der gesamte Gedankengang des Films etwa in folgendem besteht: Krieg ist Wahnsinn, er ist das Werk von Wahnsinnigen und dieser Wahnsinn lebt im Menschen. Keinen Hinweis gibt es in diesem Film darauf, daß der Vietnamkrieg der geplante Wahnsinn einer imperialistischen Macht gewesen ist. Zusammenfassend beurteile ich dann: »Dieser Film ist nicht im eigentlichen Sinne reaktionär, d.h. er betreibt keine Kriegsheiße und verherrlicht auch nicht die Aggression des US-Imperialismus. Er ist jedoch in dem Sinne reaktionär, wie er den Krieg mystifiziert, auf seine Wahnsinnigkeit Einzelner reduziert und andererseits die Rolle des Befreiungskrieges für das vietnamesische Volk überhaupt nicht berücksichtigt.«

Im weiteren hatte die Genossin der Kulturkommission geschrieben, der Film sei »eine ganz neue Qualität der partiellen Vermittlung von Kriegsgeschehen«. Ich habe dann angemerkt: »Parasol ergreifen kann für mich in diesem Krieg nur heißen, die Sache des vietnamesischen Volkes zu verteidigen.«

Im AK 169 schreibt nun der Genosse der Kulturkommission über diesen Streit: »Ähnlich wie die ZL legt auch die ML-Elle an ein bürgerliches — aber dennoch fortschrittliches — Werk an. »Keine kämpfenden Vietnamesen« — kein fortschrittlicher Film, das ist die Gleichung.«

Diese Art der »Bewertung« für mein ML-Dasein bleibt nur billige Polemik, weil sie am Kern meiner Kritik vorbeigeht. Nicht das fehlende kämpfende vietnamesische Volk war Hauptgegenstand meiner Kritik, sondern die Betrachtungen über die Darstellung des Krieges und seiner Ursachen. Aus der Antwort habe ich auch her-

ausgelesen, daß sich hier nicht nur unterschiedliche Auffassungen über einen Film gegenüberstehen. Offensichtlich haben wir auch ein unterschiedliches Verständnis davon, wie an bürgerliche Kulturwerke heranzugehen wird.

»Apocalypse now« ist nicht irgendein Kriegsfilm, sondern er wird von den letzten und der Werbeindustrie als die Abrechnung der »amerikanischen Gesellschaft« mit dem Vietnamkrieg verkauft. Schon diese Ausgangsposition schließt eine klassenmäßige Parteinahme aus. Der Film wendet sich vielmehr an das »amerikanische Gewissen«. Dementsprechend wird der Vietnamkrieg nicht als Krieg einer imperialistischen Macht gegen ein um Befreiung kämpfendes Volk dargestellt, sondern als Krieg von wahnsinnigen Menschen, eben Menschen wie Du und ich. Er zielt damit vor allem auf die Generationen von Jugendlichen, die die Anti-Vietnamkriegskampagne getragen hat, die das »amerikanische Gewissen« ausmachen. Der Vietnamkrieg hat seinerzeit ja gerade soviel Empörung geschaffen, weil eine hochgerüstete Militärmacht ein ganzes Volk zu vernichten drohte und dies aus ausdrücklich propagierter »Gerechtigkeit« (»zurück in die Seinszeit bomben«). Sehr viel von der damaligen Empörung war zuerst rein moralisch — wobei diese beileibe nicht abwertend gemeint ist — und hatte mit einer politischen Sicht des Imperialismus noch wenig zu tun. Dies gilt insbesondere für die amerikanische Friedensbewegung. Diese Empörung wurde immer weiter angeheizt durch die Berichte über die Gräueltaten der US-Armee. Eine politische Sicht dieses Krieges ist nur bei den Teilen der Friedensbewegung entstanden, die daraus einen konsequenten Antimperialismus entwickelten. Diese Sicht ist in dem Film gar nicht enthalten. Stattdessen schildert er die moralische Verwerflichkeit und Verantwortung der Einzelnen in dem Krieg.

Für mich ist bei der Beurteilung des Films die Frage entscheidend, wem diese Darstellung des Krieges nützt. Nutzen bringt sie nur der herrschenden Klasse, die sich von der Verantwortung erwehmen und in den Klassen zurückziehen kann.

Dieser Effekt des Films kommt ja gerade dadurch zustande, daß die Moral des Einzelnen und nicht die der Kriegstreiber angegriffen wird. In diesem Zusammenhang muß man auch die Entwicklung der amerikanischen Friedensbewegung betrachten. Heute ist nur sehr wenig von einem konsequenten Antimperialismus übrig geblieben. Anders als in Westeuropa, wo aus-

demer Bewegung eine für die Verhältnisse starke radikale und revolutionäre Bewegung entstanden ist, ist in den USA nach Beendigung des Vietnamkriegs z.B. die religiöse Bewegung zu einer dominierenden Kraft geworden, die die »Schuld des Einzelnen«, die »Sünde des Einzelnen« usw. zur entscheidenden Frage macht. Gerade in diese Richtung wird auch mit dem Film »Apocalypse now« nachgedacht.

Ganz anders geht der Genosse der Kulturkommission an die Beurteilung des Films heran. Ihn haben vor allem bestimmte stilistische Mittel des Films »beeindruckt«: »Gleichzeitig zu hören und zu sehen, daß die — von den Imperialisten getragenen — Aggressionen in diesem Film (gemeint ist die Thematik) »The End« von des Doors, Ann. d. Verf.) und anderen (Woodstock-Liedern »Travis« gemacht u.a. d. sie zu ihrer Angriffslust genutzt haben, dies ist schon eine neue (Herv. d. Verf.) Geschichte. Es gerät z.B. den berühmten »Woodstock-Gedanken« von der »friedlichen, vereinten Jugend der Welt«. Zu hören und zu sehen, daß z.B. gute Lieder von J. Hendrix, die »Antarsare« waren, »Charly« den Vietnamkrieg zu kühlen, das alles steht eine neue (Herv. d. Verf.) Sicht des Vietnamkriegs dar.« Und noch einmal ein anderer Aspekt zum gleichen Thema: »Wie so ganz nebenbei Frust in Aggression umgesetzt wird: Sex auf der Bühne, frustrierte Soldaten, die dem Vietnamkrieg umlegen, das wird in diesem Film u.E. das erste Mal so klar gezeigt.«

Nun, was ist denn das Neue an dieser Geschichtsschreibung des Vietnamkriegs? Daß Menschen wie Du und ich im Krieg zum Mord gezwungen werden, ist wahrlich keine neue Erkenntnis. »Neu« und so bemerkenswert für den Genossen scheint zu sein, daß sich Teile der »Woodstock-Generation« in diesem Krieg, in diesem Mord haben einspannen lassen. Und das, obwohl doch die Lieder eigentlich etwas ganz anderes ausgedrückt haben. Sein ganzes Verständnis über diese Dinge drückt er so aus: »Das Erschreckende — wiederum reicht für diese Wahrnehmung die ML-Elle nicht — ist, daß diese »Handwerker« (gemeint sind die mordenden Soldaten, Ann. d. Verf.) gleichzeitig »Woodstock-Generations« sind, wie viele von uns auch.« Was bleibt dann noch an Überlegung: mit der »Woodstock-Generation«, mit den Jugendlichen dieser Generation ist etwas faul! Und von dieser Betrachtung schließt sich der Kreis zu der Kernaussage des Films, daß die Moral des Einzelnen versagt hat.

Auch die Polemik gegen die »ML-Elle« in diesem Zusammenhang zeigt, daß er eher nach einer psychologischen Erklärung für dieses Phänomen sucht als nach einer politischen. Die Art der Vietnamkriegs-»Bewältigung«, die die Probleme vor allem in der Psyche der »Woodstock-Generation« sucht, kommt jedenfalls den Ideen der »neuen Philosophen« sehr nahe, die allenthalben propagieren, daß »der Feind«, der »Krieg«, »der Staat« in den Menschen selber steckt. Dagegen sollten gerade wir Front machen.

Trotz dieser politisch m.E. völlig danebenliegenden Betrachtung will ich gar nicht bestreiten, daß für ihn dieser Film Denkansätze gebracht hat. Natürlich muß man sich Überlegungen darüber machen, weshalb ein Teil der »Woodstock-Generation« sich zu diesem Krieg hat zwingen lassen usw. Nur wird bei den ganzen Überlegungen ausgeklammert, welche Zielrichtung dieser Film verfolgt. Bezeichnend ist dabei z.B., daß gar nicht weiter in Betracht gezogen wird, daß dieser Film einem Millionenpublikum geboten wird, das niemals etwas mit der »Woodstock-Generation« zu tun hatte.

Außerdem ist mir auch, daß sich die Besprechung im AK fast wörtlich mit der Werbekampagne deckt, bis hin zu dem für meine Begriffe zynischen »Lob«: »Dieser Film bringt den Vietnamkrieg in die Kinos«. Andersherum bin ich der Meinung, daß »Kulturprodukt«, insbesondere Filme, nicht allein nach dem persönlichen »Geschmack« beurteilt werden können, etwa ob einem die Stilmittel besonders gut gefallen haben, sondern nach dem, welche Wirkung sie hebeschäftigen und erzielen. Denn die gesamte Filmindustrie ist ein Teil bürgerlicher Ideologie, mit der diese massenhaft verbreitet wird. Diese Elemente vernachlässigt der Genosse der Kulturkommission vollständig. Stattdessen beschreibt er, wie auf ihn der Film gewirkt hat, was letztlich eine sehr intellektualistische und subjektivistische Betrachtung ist.

Der Genosse der Kulturkommission benutzt nun diesen Streit um diesen Film, um Front zu machen gegen eine angeblich sektiererische Haltung gegenüber der Kultur, insbesondere auch einer »sektiererischen Behandlung der bürgerlichen Kultur: »Wir müssen uns daher notgedrungen auseinanderzusetzen mit bürgerlicher Kultur und ihren Ausdrucksformen. Die fortschrittlichen Teile dieser Art von Kultur müssen wir erkennen und würdigen, angesichts dessen, was herrscht.« Nun, neben der Frage, ob dieser Film überhaupt fortschrittliche Elemente hat, habe ich von einer Auseinandersetzung nicht etwas gelesen. Aus einer solchen Position läßt sich natürlich leicht jede Kritik als »anti-ler« abtun, wobei natürlich von dem Genossen auch noch die Spuren der ZL angeführt werden, um besseres Gehör zu finden.

»Was herrscht« ist in der Regel bürgerliche Kultur, und es m.E. nahezulegen, daß wir nicht allein unsere subjektiven Eindrücke sprechen lassen, sondern die Produkte im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Realitäten und den daraus resultierenden Wirkungen beurteilen. Kultur und Kulturprodukte (soweit man noch von Kulturprodukten sprechen kann) sind eben nicht Elemente von fortschrittlicher Natur, sondern gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen oftmals in erster Linie Propagandainstrumente. Vielleicht äußert sich in diesem Zusammenhang der Genosse der Kulturkommission einmal zu der Frage, ob er tatsächlich für die Hauptproblematik der Betrachtungen über den Vietnamkrieg die »Verblendung«, die »Verkorktheit«, oder wie er es auch immer nennen will, der »Woodstock-Generation« hält und er sollte sich zu der Frage äußern, ob für ihn die subjektiven Betrachtungen eines Films vor den objektiven Wirkungen rangieren. Dann könnten wir wirklich eine fruchtbare Debatte beginnen.

Hr., Hamburg

Kultur? Jede Menge Fragen!

— einige Anmerkungen zum Artikel
»Kultur? — Keine Frage!« in AK 169 —

In Auseinandersetzung mit der ZL, aber auch mit dem KB kritisiert ein Genosse der

In diesem Sinn haben alle Gruppen auf ihre Gage verzichtet, manche (z.B. Udo

Kultur? Jede Menge Fragen!

— einige Anmerkungen zum Artikel
»Kultur? — Keine Frage!« in AK 169 —

In Auseinandersetzung mit der ZL, aber auch mit dem KB kritisiert ein Genosse der Kulturkommission in AK 169 (»Kultur? — keine Frage!«, S. 54) die ignorantische Haltung der stets die ML-Elle anlegenden Kommunisten zur Kulturarbeit.

Es mag sein, daß es auch in den Reihen des KB noch hier und da sektiererische Vorstellungen zur Rolle der Kulturarbeit gibt. Mit ihnen sollte sich auseinandergesetzt werden. Dieser Beitrag aber geriet zu einem groben Angriff, und peitscherweise hat sich der Genosse ausgekostet das Rock-gegen-Rechts-Festival in Frankfurt vom 16./17. Juni 1979 als Kronzeugen heranzuziehen für eine Haltung, wo angeblich »die RGR-Gruppen als »Zugpferde« im geradezu klassischen Sinne der bürgerlichen Werbung eingesetzt wurden. Weiter führt er aus: »Da die Demo verboten wurde, war dann das Konzert der »Hohepunkte«. Wäre es anders gewesen, hätte die Kultur den Charakter des »Rahmenprogramms« sehr gut erfüllt und war ja auch dafür vorgesehen. Er stellt dann fest, »daß es um die Vorstellung von linker Kultur nicht ging, sondern um die Sammlung von »Namen« innerhalb der linken Szene.« Aber jetzt wird alles gut werden, denn »RGR hat sich jetzt — zum Glück als eigenständige Initiative — zu einem Ansatz für eine wirkliche Alternative im Punk- und Rockbereich der BRD entwickelt.«

Der Genosse hat offensichtlich wenig Ahnung, worüber er da schreibt; zumindest mit RGR in Frankfurt dürfte er nie was zu tun gehabt haben. Tatsächlich war RGR vom 16./17. Juni ein gelungenes Beispiel für eine Verbindung von Politik und fortschrittlicher Kultur — hier der Musik. Anliegen der Initiatoren von RGR — zu deren maßgeblich Genossinnen und Genossen der KB gehörten — war es, eine antifaschistische Massenbewegung gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch ins Leben zu rufen, die erheblich über den Kreis der bisherigen Träger des antifaschistischen Kampfes hinausgehen sollte. RGR sollte gerade auch Jugendliche ansprechen im Jahr der Ausrottung von Holocaust und angesichts einer auflebenden Nazi-Nostalgie. Das Rockfestival war nicht als »Superfestival«, sondern als eigenständiger Beitrag der Musiker zu diesem Ziel gedacht, da wir die Rockmusik eben nicht als unpolitisch aufgefälscht haben. Wäre es anders gewesen, hätte hier in Frankfurt kein Schwein soviel Arbeit in die Sache gesteckt.

Politische Gruppen und die Musiker hatten ein gemeinsames politisches Anliegen, den antifaschistischen Kampf.

Hr., KB-Gruppe Frankfurt

Pöbeln allein brings net!

Glückwunsch! Ihr habt mich hinterm Ofen vorgepöckelt. In den sieben Jahren, die ich jetzt am und im KB verbracht habe, habe ich mich bisher weitgehend der Kulturdiskussion in demselben enthalten. Ich habe zwar in diesem oder jenem »Rahmenprogramm« mitgewirkt (dazu unten mehr), mich ansonsten jedoch auf andere politische Arbeitsbereiche konzentriert.

Warum das für mich was Besonderes ist? Ich bin »Profi«, d.h. seit gut fünf Jahren verdiene ich meinen Lebensunterhalt in einem künstlerischen Beruf an einem bundesdeutschen Kulturbetrieb.

Das führt zu einem meiner ersten Anmerkungen zu eurem Artikel: Ihr habt meines Erachtens einen wesentlichen Aspekt in diesem Artikel wie in der bisherigen Arbeit der Kulturkommission (soweit ich das überblicken kann) weggelassen: Die Auseinandersetzung mit dem gewerkschaftlichen Kämpfen, den Arbeits- und Lebensbedingungen der in den Kulturbetrieben Lohnabhängigen Beschäftigten. Aus meiner Sicht ist das etwa so, als würde sich die Metallkommission schwerpunktmäßig mit den Silberdrahtblegarbeitern der Kollegen in ihrer Freizeit und andererseits mit der Kritik der Qualität des knappen Gütmahls beschäftigen (zugerechnet das Beispiel hinkt — aber nur auf e (dem Bein).

Auf die Gründe meiner persönlichen Einhaltssankte bezüglich der Kulturarbeit im KB will ich jetzt nicht weiter eingehen. Nun zum Artikel selbst:

1. Ihr seid offensichtlich sehr unruhig über die »Rahmenprogramm«-Funktion kultureller Darbietungen im KB. Ich kann darin erstmal nichts Schlimmes erkennen. Die Ablehnung dieser »Rpa«-Funktion entsteht meiner Meinung nach nicht daraus, daß es keinen Kulturmacher häufig nicht gelingt, ein Bewußtsein vom Eigenwert ihres politischen Beitrags zu entwickeln, das ihnen u u e h die Funktion des »Rpa« erlaubt, wenn sie die Sache für unterhaltsam halten, zu der sie den »Rahmen« machen sollen. »Jeder jeder ist es das Geschäft des Theaters wie aller anderen Kunst auch, die Leute zu unterhalten.

Dieses Geschäft verleiht ihm seine besondere Würde; er benötigt keinen anderen Anreiz als den Spaß, dann freilich unbedingt. ... Weniger als alles andere brauchen Vergnügungen eine Verteidigung. (B. Brecht, Kleines Organon für das Theater; Hervorhebung von mir). Zwei Fragen schließen sich natürlich an: Womit mache ich den Leuten Spaß? Und: Wofür gebe ich mich als Spaßmacher her? Wenn ich diese beiden Fragen beantworten kann, habe ich doch eigentlich der Fremdbestimmung durch »Politik« was entgegensetzen. Übrigens: das steht hier so allgemein, weil die »Rpa«-Klagen im Artikel so allgemein dastehen.

2. Im Artikel heißt es: »... meinen wir, wir hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen und es hätte darauf an, die »rückständigen« Kulturfreaks nun endlich auf unsere Rolle zu bringen.«

Selbstverständlich kommt es darauf an, alle möglichen »Franks« auf unsere Rolle zu bringen. Dazu müßten wir aber natürlich »hops«, was für eine Rolle das eigentlich ist. Soll heißen: Eine fruchtbarere Auseinandersetzung über die Funktion von Kultur wird erst dann möglich, wenn wir (im KB) diese Funktion für uns ansetzen und definieren können. Die Frage Schwungrad, Rädchen oder Sand im Getriebe muß konkret beantwortet werden. Dazu gehört erstmal eine Definition dessen, was wir unter Kultur verstehen. In dem Wort steckt ja ein wenig mehr als Film, Theater und Musik. Im Artikel wird der Begriff (sicher bewußt) sehr eingrenzt auf »Darbietungen der Musik und darstellenden Kunst«. Eine Parole etwa im Sinne von — »Raus aus den Rahmenprogrammen — machen wir die Kultur zur Sache der ganzen Organisation«, schön wie sie ist, hätte mir dann Sinn, wenn wir wissen, was wir eigentlich wollen. Aus dem bisherigen Kulturteil des AK ist das ja noch nicht viel zu entnehmen. Aber vielleicht geht es jetzt erst richtig los. Dazu hat der Artikel beigetragen, bei mir jedenfalls.

3. Was spricht eigentlich gegen »Zugpferde«? Hat man die Leute, die in Frankfurt

für RGR spielen, darüber im Unklaren gelassen, wofür sie sich da hergeben? Sind sie unter falschen Voraussetzungen angelockt worden? Das wäre eine Kleinigkeit. Was dem aber nicht so, warum sollen sie dann nicht aufs Plakat? Und was die Zusammensetzung des damaligen Programms angeht: Wenn du heute zwei (2) linke Kulturmacher zusammenbringst, dann hast du auch zwei verschiedene Ansichten darüber, was linke Kultur aus eigentlich sein soll. Für mich sind die Aussagen der Leute, die in Frankfurt aufgetreten sind, durch ihre Darbietungen ganz klar geworden. Wer seine Ansicht darüber, was er für seine kulturelle Aufgabe hält, nicht durch seine Arbeit über die Rampe bringen kann, der hat, jedenfalls bei mir, verschieben.

4. Der Artikel baut meiner Ansicht nach Gegenstände auf, wo keine sind. Natürlich wäre ich für eine reelle Kultur — wenn ich wüßte, was das ist. Wäre ich? Gemeint ist die offensichtlich eine reelle sozialistische Kultur. Eine ziemlich sanfter bürgerliche Kultur haben wir ja vor der Nase. Was da dieser oder jene Dario Fo-Innenisierung, die Schmetterlinge oder bota (oder ich, mit dem, was ich am Arbeitsplatz durchzusetzen versuche) als Verantwortung hineinzubringen, ist ja nur ein sehr kleiner Fleck auf der weißen Weste. Auch das, was Dario Fo macht, ist schließlich eine Auseinandersetzung mit bürgerlicher Kultur. Deshalb ist die Formulierung im letzten Absatz des Artikels: »Wir müssen uns ... notgedrungen (!) auseinandersetzen mit bürgerlicher Kultur und ihren Ausdrucksformen, (bestenfalls) unglücklich gewählt. Ich war eigentlich immer davon ausgegangen, daß einer der Grundpfeiler kommunistischer Kritik am Kapitalismus die Kritik seiner Kultur ist. Nicht weil wir in der BRD keinen Dario Fo haben, müssen wir uns mit bürgerlicher Kultur beschäftigen, sondern: Dario Fo ist ein ganzes Stück weiter als wir bei unserer Beschäftigung mit bürgerlicher Kultur.

Hr., KB-Gruppe Bochum

Frühlingsanfang

Walter Mossmanns neues Doppelalbum mit Liedern

„Lieder für meine radikalen Freunde“ – so könnte das neue Doppelalbum mit Liedern von Walter Mossmann auch heißen. Radikal sind diese Lieder in einem doppelten Sinn: sie berichten über die verschiedenen Formen des Widerstands und sind zugleich – für alle, die bislang nur Zuhörer bzw. Zuschauer waren – Vorschläge, „wie sie sich freier ausdrücken können“ (W. Mossmann).

Neben drei Liedern über den kollektiven Widerstand gegen Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen erzählt Walter Mossmann vor allem vom radikalen Verhalten einzelner Menschen, von kleinen – wenn man so will – „kulturrevolutionären“ Akten gegen den kapitalistischen Alltag, Handlungen, die so leicht übersehen werden, weil sie überhaupt nicht spektakulär sind. Wie es Mossmann gelingt, in wenigen Zeilen die Lebensumstände dieser Menschen zu zeichnen, die, ohne lange zu überlegen, handeln, „wenn's um die Wahrheit geht“, dafür ein Beispiel:

Dieses Lied ist für Barbara
die war in Wyhl von Anfang an
daß doch drei Kinder versorgen und hat
ein Job im Büro in der Stadt.
Um was in Wyhl von Anfang an
daß doch drei Kinder versorgen und hat
ein Job im Büro in der Stadt.
Als unser Auto samt Moped
gesucht wurde wegen Agitation
sagte sie nur: ein klarer Fall
den Käfer versteck ich im Stall.
In ihrer Herberge war Platz
trotz aller Terroristen-Hatz
unser Vauwe saß friedlich im Heu
und Esel und Ochs wenn dabei.

Du, Barbara, hast nicht Worte gemacht
wenn du gehst und laut gelacht
Was du getan hast ist radikal
Auch wir doch normal.

Die Anna Mack war auch mal jung
daß sie ihre Mutter das achte Kind
der Vater trug ein Gewehr
sie lernte den Krieg an der Heimatfront
den Frieden in der Fabrik
da bekam sie Kartoffeln und Quark dazu
und wurde davon etwas dick
war Köchin und Putzfrau und Wäscherin
und Samstag Abend war sie schön
war Krankenschwester und Trübsal
und lernte baldeste stehn.

Ja man lernte sie, wenn nach Händel noch:
halt dich raus mein Kind
soll dich taub und blind
aber laß dich
auf keinen Streit ein
Trag den Kopf nicht zu hoch
du verläßt ihn auch
das Leben wird dir
nicht sein.

Durch die Genauigkeit in der Wiedergabe der Lebensumstände dieser Frau wird das Lied zu einer Anklage gegen das herrschende Gesellschaftssystem und insbesondere die Unterdrückung der Frauen.

Die „Ballade vom toten Matrosen Manfred Gröger“ bezieht ihre Aktualität über den „Fall Filbinger“ hinaus und „Ballade vom toten Matrosen Manfred Gröger“ bezieht ihre Aktualität über den „Fall Filbinger“ hinaus aus dem Hinweis auf eine Tradition deutscher Richter, die „weitzungemäß davon ausgehen, daß staatliches Handeln zundchst die Vernunft der Rechtmäßigkeit für sich hat“. Ob es sich nun um einen heimwehrkranken Matrosen handelt, der sich kurz vor Kriegsende der Kriegsmaschinerie entzieht oder um die Rechtsprechung im Grohndepot.

Die drei Anti-AKW-Lieder auf der Platte will ich nur kurz erwähnen, da

Mossmann begründet dies folgendermaßen: „Ich will ja nicht sagen, daß man nur solche Lieder machen muß, nur ich ziehe es jetzt vor, solche Lieder zu machen, die einen klaren, für mich erkennbaren Gebrauchswertcharakter in der politischen Arbeit haben. Auch Spaß machen, das ist ja auch ein Stück von diesem Gebrauchswertcharakter. Und da ist es so, daß diese Lieder eigentlich nicht so gut einen Konzertabend füllen, sondern, daß sie entweder da am Ort, wo was passiert, gebraucht werden können von den Leuten, die das machen und sich selber damit auch darstellen nach außen, oder wo man in Liedern noch ein bißchen weiterinterpretiert...“

Auch der Liedermacher selbst muß – so Walter Mossmann – seinen „Zuhörern“ gegenüber seine Einstellung verändern: „Und das finde ich überhaupt ganz wichtig, daß der Sänger nicht durch besondere Kunstfertigkeit, durch besondere Distanziertheit auf der Bühne, auf dem Podest das Publikum ermutigt und bekräftigt darin, nur zu sehen und zu applaudieren und zuzuhören, sondern, daß, wenn man Lieder singt, nur zu zusehen und zu applaudieren und zuzuhören, sondern, daß, wenn man Lieder macht, man damit Beispiele machen kann, wie sich andere Leute auch freier ausdrücken können. Ich meine, das ist ein ganz wichtiges Zeichen von politischer Emanzipation, wenn viele Leute sich ausdrücken können auf vielen Ebenen.“

Wenn es um den Gebrauchswertcharakter der Lieder geht, darf das Textheft nicht unerwähnt bleiben. Nicht nur deshalb, weil man/frau es bei vielen anderen Schallplatten vermißt, sondern weil dieses Heft außer



Walter Mossmann: „Und das finde ich überhaupt ganz wichtig, daß der Sänger nicht durch besondere Kunstfertigkeit, durch besondere Distanziertheit auf der Bühne, auf dem Podest das Publikum ermutigt und bekräftigt darin, nur zu sehen und zu applaudieren und zuzuhören, sondern, daß, wenn man Lieder macht, man damit Beispiele machen kann, wie sich andere Leute auch freier ausdrücken können. Ich meine, das ist ein ganz wichtiges Zeichen von politischer Emanzipation, wenn viele Leute sich ausdrücken können auf vielen Ebenen.“

Zugleich ist das „Lied für meine radikalen Freunde“, aus dem diese Strophe stammt, dem französischen Liedermacher Georges Brassens gewidmet, von dem Walter Mossmann in seinen Anfängen als Liedermacher in den sechziger Jahren viel gelernt hat. Die letzten Zeilen dieses Liedes könnten zugleich als Motto gelten für die Mehrheit der Lieder: Ich hab auch dieses Lied erzählt weil sowas leicht auf'n Abfall fällt. Was da so klein scheint und normal Das ist radikal.

Besonders in zwei Liedern, in „Der Ballade von Jaime“ und der „Ballade von der Rentnerin Anna Mack“ stellt Walter Mossmann dar, wie es Menschen erst nach Jahren gelingt, die Ideologie, daß Widerstand sinnlos sei, zu überwinden. Wie tief diese von den Herrschenden verbreitete „Lebenslüge“ sitzt, wird an Anna Mack deutlich: erst als Rentnerin „kommt sie doch / auf ihrem Mauselloch / und läßt sich / auf einen Streit ein“. Der Lebenslauf einer Frau, deren Wünsche von der Realität immer wieder runtergehackt werden und die seit ihrer Kindheit gelernt hat, immer wieder auf Demütigungen nur mit Schweigen zu reagieren:

sie wahrscheinlich den meisten bekannt sein dürfte. „Die Ballade von Heiteren“, die wohl wie kein anderes Lied die Notwendigkeit des Kampfes gegen Atomkraftwerke darstellt, „Das Lied vom Lebensvogel“ über den Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und „Radio Grün“, den Alternativsender im „Dreieckland“.

Das „Gegenstück“ zu diesen Liedern ist zweifellos „Auch ich war in Italien (Valpolicella)“. Die Rede ist von „Altgenossen“, die bereits heute von der Erinnerung an ihre „revolutionäre“ Vergangenheit leben, vom Klassenkampf in Italien schwärmen und auf den Widerstand in der BRD geringgeschätzt herabzusehen. Der Resignation, der Absage an die Möglichkeit politischer Veränderungen entspricht ihre Haltung zur Kultur – auch an Dario Fo können sie sich lediglich „ansehen“. Letztlich ist es nur noch der Valpolicella, der sie „mutig und froh (macht)“.

Das im Lied ironisierte Konsumverhalten aufzubrechen – darin sieht Walter Mossmann die wesentliche Aufgabe eines Liedermachers. Ein großer Teil seiner Lieder sind „direkt zur Aktion gemacht – und (stammen) aus Aktionen“. Walter

Texten und Noten auch Materialien zur Entstehung und zur Geschichte der Lieder bietet. Da gibt Walter Mossmann zum Beispiel einen Einblick in seine „Werkstatt“: er berichtet, wie aus dem „mißglückten Versuch, ein Brassens-Lied zu übersetzen“, das „Lied für meine radikalen Freunde“ wurde. Außerdem gibt's Ermunterungen für alle, die diese Lieder selbst singen und spielen möchten. „Das geht auch in a-moll“ oder: „Meine Aussprüche ist nicht korrekt. Ich hatte nie Gelegenheit, das Jiddische als lebendige Sprache zu hören, so hab ich mich dem Text eben von mir her genähert.“

So sind Mossmanns Lieder – was man/frau wohl von keinem anderen deutschen Liedermacher sagen kann – vor allem aus der Anti-AKW-Bewegung nicht mehr wegzudenken. Sie sind nicht mehr allein die Lieder Walter Mossmanns, sondern zu Liedern der Bewegung geworden, weil sie die heute realisierten Widerstandsformen darstellen. Viele dieser Lieder sind Teil unserer Erfahrungen; und sie helfen zugleich, diese Erfahrungen „haltbar“ zu machen.

Ein Gedanke des Kulturkommunisten

An die AK-Abonnenten

Eine Reihe von AK-Abonnenten hat sich beunruhigt bei uns gemeldet, weil ihnen ganz unerwartet und ungebeten Post von einem Herrn Borsum ins Haus geschickt wurde, worin für die Produkte der ehemaligen ZL-Fraktion des KB geworben wird. Einige Leser(innen) sorgten sich daraufhin, daß bei uns vielleicht allzu sorglos mit der Adressen-Kartei umgegangen würde. Nun, die Sache verhält sich so: Angestellte des Reents-Verlags, die zur ZL-Gruppe gehören, haben anscheinend, und zwar schon vor mehreren Monaten, die Gelegenheit benutzt, die Versandkartei zu fotokopieren. Wir denken, daß vor solchen Gaunereien seiner Angestellten letztlich kein linker Betrieb sicher ist. Soweit sich jemand durch die ZL-Post belästigt gefühlt hat, bitten wir herzlich um Entschuldigung.

AK-Redaktion

Spenden für den Arbeiterkampf

No., KB Gruppe Bremen	1.000,-
KB/Gruppe Bremen, Weihnachtsspende	800,-
Metall Weihnachtsspende	1.890,-
K., Harburg	80,-
WG, Altona, AK-Spende	100,-
J., KB-Gruppe Hamburg, AK-Spende	1.100,-
Betteln für AK, ein Genosse aus Stollhoop	120,-
	85,-
Besitz Stollhoop für AK	100,-
2 Gen. aus Stollhoop I	1.860,-
Gen. aus Stollhoop III	2.850,-
Besitzsummlung auf einem Termin	36,-
Manfred, Chemie	1.000,-
Chemie, H.P.	26,-
Wohnungsinhaberin C., P., R. (BO Bernbek)	80,-
VV's BO Bernbek	17,50
Erbschaft M., BO Bernbek	1.060,-
U.S., SSB Hamburg	100,-
	11.632,50

Damit erhöht sich das Spendenaufkommen auf insgesamt DM 83.440,78

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs-/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.600.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonnieren selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.

Das Ergebnis ist das zwangsläufige Ergebnis der Politik der Bolschewiki, den Staat in die eigene Hand zu bekommen.

Auf einen Zwischenruf, es ginge nicht darum, den Staat zu übernehmen, sondern ihn zu vernichten, ging Cohn-Bendit noch weiter: Alle Strategien zur Zerschlagung des Staates führten letztlich dazu, staatliche Strukturen, staatliche Machtansprüche usw. selbst zu übernehmen. „An einem bestimmten Punkt des politischen (!) Kampfes zwingt uns der Staat dazu, seine Macht zu übernehmen“. Das führte dann zu den „GULAGs“. Er wolle nicht den Staat oder auch nur seine progressivsten Elemente verteidigen; er empfehle weder die Wahl der SPD noch die Mitarbeit bei den Grünen (das war übrigens das einzige Mal, daß die Grünen auf der Veranstaltung Erwähnung fanden!). Sondern er wolle eine Politik jenseits von Staat, RAF und „allem Stalinken gleich welcher Fraktion (!)“, auch des KB, der von Emanzipation redet, aber auf seinem Kongreß den Marxismus-Leninismus verteidigt hat.

Um das Raigen zu vervollständigen: Auch der „Lange Marsch“ war mit Manfred Scharrer zufällig

sich nur, ob es angemessen ist. Hier drückt die „neue Humanität“ mal kräftig beide Augen zu, weil staatliche Mord- und politische Konzepte allzu empfindlich wären.

Victor Serge (1890 - 1947) schrieb u.a. „Leben und Tod von Leo Trotzki“, „Leben eines Revolutionärs 1901 - 1941“.

Leopold Trepper hat das Buch „Die Wahrheit“ veröffentlicht. In jungen Jahren war er Mitglied der jüdischen Bewegung und wanderte 1924 von Polen nach Palästina aus. 1925 trat er in die Kommunistische Partei ein, 1930 wurde er Mitglied des Militärischen Abschirmdienstes der Sowjetunion. Ab 1930 leugte er gegen die Nazi-Regierung die „Rote Kapelle“ in Belgien und Frankreich auf. Von 1946 bis 1954 wurde er in der UdSSR unter Stalin inhaftiert. 1973 durfte er aus Polen nach Schanghai ausreisen.

Über beide Autoren und ihr Werk kann man unterschiedlicher Meinung sein. H.J. Klein in einer Reihe mit ihnen zu nennen, ist jedenfalls reichlich verneinbar.

Wie
kriminell
ist die NPD?

ca. 150 Seiten
ISBN 3-88306-006-7

ca. DM 15

Dieses Buch über die NPD liefert Analysen, Dokumente und schildert personelle Zusammenhänge, die den kriminellen Charakter der NPD belegen:

- Die NPD in der Tradition der Nazis;
 - Die NPD in der Tradition der verbotenen Organisationen nach 1945;
 - Die NPD als Sammelbecken und Ursprung faschistischer Terrorbünden.
- Weiter ausführliche Beweisführung über die Legalisierung der NPD über Verwaltung, Justiz und Polizei. Dazu werden verschiedene Fallstudien ausgeführt (Nazi-Demonstrationen, Berufsverbotsverfahren, u.a.m.), ausgeführt (Nazi-Demonstrationen, Berufsverbotsverfahren, u.a.m.).

Das Buch enthält darüber hinaus ein ausführliches Register über Namen und Organisationen und Literatur. Dieses Buch ist eine wichtige Stütze im Kampf gegen Neonazismus.

NAZIM HIKMET



Erstes Buch
120 Seiten
Vorwort von P.P. Zahl
ISBN 3-88306-021-0

DM 14

Zweites Buch
184 Seiten
Vorwort von Abdin Dino
ISBN 3-88306-022-9

DM 15

Drittes Buch
ca. 100 Seiten
ISBN 3-88306-023-7

ca. DM 13

Im „ersten Buch“ wird von Passagieren im Anstollenzug erzählt, die fast alle Menschen aus dem Volk sind. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakterzüge von ihnen werden in gewissem Maße die werktätigen Klassen der Türkei und ihre gesellschaftliche Lage ermittelt.

Im „zweiten Buch“ wird von den Passagieren erzählt, die im Schlafwagen des Schnellzuges reisen. Es sind: Journalisten, Politiker, Kapitalisten. Wie im ersten Buch ermöglicht uns der Dichter, die klassische gesellschaftliche Struktur unseres Landes zu erkennen.

Das „dritte Buch“, das in Kürze erscheinen wird, berichtet aus dem Leben eines mitfahrenden Gefangenen, des Kommunisten Hahl, während seiner Zeit im Gefängnis und im Krankenhaus. Desweiteren beschreibt es in inhaltlicher Vielfalt die Persönlichkeiten und Erlebnisse der anderen Gefangenen, der Kranken, der Schwestern, der Ärzte und Bauern.

Aspekt in diesem Artikel wie in der bisherigen Arbeit der Kulturkommission (soweit ich das Überblicken kann) weggelassen: Die Auseinandersetzung mit den gewerkschaftlichen Kämpfen, den Arbeits- und Lebensbedingungen der in den Kulturbetrieben lohnabhängig Beschäftigten. Aus meiner Sicht ist das etwa so, als würde sich die Metallkommission schwerpunktmäßig mit den Silberdrahtbiegearbeiten der Kollegen in ihrer Freizeit und andererseits mit der Kritik der Qualität des krupischen Großstahls beschäftigen (zugegeben: das Beispiel hinkt — aber nur auf einem Bein).

Auf die Gründe meiner persönlichen Enthaltung bezüglich der Kulturszene im KB will ich jetzt nicht weiter eingehen. Nun zum Artikel selbst:

1. Ihr seid offensichtlich sehr erzürnt über die »Rahmenprogramm«-Funktion kultureller Beiräteungen im KB. Ich kann darin erstmal nichts Schlimmes erkennen. Die Ablehnung dieser »Rpa-Funktion« entsteht meiner Meinung nach mit daraus, daß es finken Kulturmachern häufig nicht gelingt, ein Bewußtsein vom Eigenwert ihres politischen Beitrags zu entwickeln, das ihnen auch die Funktion des »Rpa« erlaubt, wenn es die Sache für unterstützenswert halten, zu der sie den »Rahmen« machen sollen. »Seit jeder ist an der Gestaltung des Theaters wie aller andere Künstler auch, die Leute zu unterhalten.

2. Die Person, die ich als »... nunmehr wir, wir hätten die Wahrheit mit Löffeln gefressen und es kann darauf an, die »rückständigen« Kulturfreunde nun endlich auf unsere Rolle zu bringen.«

Selbstverständlich kommt es darauf an, alle möglichen »Freizeit« auf unsere Rolle zu bringen. Dazu müssen wir aber natürlich wissen, was für eine Rolle das eigentlich ist. Soll heißen: Eine fruchtbarer Auseinandersetzung über die Funktion von Kultur wird erst dann möglich, wenn wir (im KB) diese Funktion für uns analysieren können. Die Frage: Schwungrad, Rädchen oder Sand im Getriebe muß konkret beantwortet werden. Dazu gehört erstmal eine Definition dessen, was wir unter Kultur verstehen. In dem Wort steckt ja ein wenig mehr als Film, Theater und Musik. Im Artikel wird der Begriff (nicht bewußt) sehr eingeeignet auf »Darbietungen der Musik und darstellenden Kunst«. Eine Parole etwa im Sinne von: »Raus aus den Rahmenprogrammen — machen wir die Kultur zur Sache der ganzen Organisation«, schon wie sie ist, hätte nur dann Sinn, wenn wir wissen, was wir eigentlich wollen. Aus dem bisherigen Kulturtitel des AK ist da ja noch nicht viel zu entnehmen. Aber vielleicht geht es jetzt erst richtig los. Dazu hat der Artikel beigetragen, bei mir jedenfalls.

3. Was spricht eigentlich gegen »Zugpferde«? Hat man die Leute, die in Frankfurt

Wohnungskämpfertreffen in Göttingen

Einen erfreulichen Aufschwung hat im letzten halben Jahr der Häuserkampf in der BRD und in Westberlin erlebt. In vielen Orten haben Wohnungssuchende Häuser besetzt. Damit noch nicht mithalten konnte der Kontakt und Erfahrungsaustausch zwischen den vielen Initiativen und Projekten. Um daran etwas zu ändern, trafen sich in Göttingen Wohnungskämpfer, die nebenstehenden Aufruf verabschiedeten.

Inzwischen haben diese Pläne festere Gestalt angenommen. Zugewonnen wurden bis jetzt folgende Beiträge (Themen vorläufig formuliert):

- Stadtanleiher und linke Kommunalpolitik (Blasfeld);
- Stadtzerstörung durch Sanierung und Verkehrsplanung (Göttingen);
- Wohnungsmot in der BRD/Vermieterwillkür/Maklerwesen (Wohnungskommission des KB);
- Wohnungsmot und Studenten/Architektur im studentischen Wohnungsbau (Aschen);
- Berichte über Erfahrungen mit Besetzungen (Westberlin, Göttingen).

Der Ablauf könnte ungefähr folgendermaßen aussehen:

Am 8.2. findet nachmittags eine Demonstration mit der Forderung nach Legalisierung der Besetzung der Augenklappe statt. Es lohnt sich also, früh anzukommen.

8.2., abends: Fete zum Kennenlernen mit Berichten von Besetzungen.

9.2., vormittags: Plenum mit den übrigen Beiträgen.

Nachmittags: Diskussionen in kleinen

Gruppen, mindestens zu den folgenden Punkten: Stadtzerstörung und der Kampf dagegen; Mietwucher, Makler, etc.; alles, was mit Hausbesetzungen zu tun hat; der Vielfalt sollten hier keine Grenzen gesetzt werden.

Abends: Filme und Musik; 10.2., gegen Mittag: Plenum, in dem neben kurzen Berichten aus den Ar-

beitsgruppen vor allem diskutiert werden sollte, wie zukünftig besser und kontinuierlicher Kontakt/Erfahrungsaustausch/Hilfe untereinander geschaffen werden kann.

Also, am 8.2. auf nach Göttingen! Einige Besetzer der Göttinger Augenklappe

Aufruf an alle Freunde, Genossen, Häuser-, Wohnungs- und sonstigen Kämpfer

Wir, Hausbesetzer aus Mainz, Wiesbaden, Münster, Tübingen, London und Göttingen haben uns am 27./28. Dezember in der Göttinger Augenklappe getroffen, um ein bundesweites Treffen von Wohnungskämpfern und solchen, die dies noch werden wollen, vorzubereiten.

Wir haben uns überlegt, daß am 8./9./10. Februar in Göttingen ein Wochenendtreffen stattfinden soll und laden Euch herzlich ein. Wir sind von folgenden Überlegungen ausgegangen: Wohnungsmot ist kein lokales Problem, unser Kampf dagegen sollte gemeinsam geführt werden. Durch Erfahrungsaustausch wollen wir aus der Vereinzelung unserer Aktionen herausfinden.

Wir schlagen vor, daß wir uns vor allem mit folgenden Punkten beschäftigen: Sanierung, Mietwucher, Maklerwesen, Zweckentfremdungsgesetz, alternatives Wohnen, Hausbesetzungen. Wenn Ihr zu den Themen schon mal was gearbeitet habt, oder sonstige Material habt, bringt Ihr das auf jeden Fall mit. Das gleiche gilt für Musikinstrumente, Lieder, Filme usw., Friede den Hütten, Krieg den Fallstein!

FS: Schlafgelegenheiten gibts in der besetzten Klinik! Meldet Euch aber bitte bei den Göttingern vorher an.

Besetzer der ehemaligen Augenklappe, Göttingerstraße 12, 3400 Göttingen

Besetzte Göttinger Augenklappe:
Schon über ein Vierteljahr in guten Händen

Wie dem nebenstehenden Aufruf zu entnehmen ist, ist die ehemalige Göttinger Augenklappe (siehe auch AK 165-167) nach wie vor besetzt. Die seit längerer Zeit erste größere Regung der Staatsgewalt gegen die Besetzer war am 18.1. zu verzeichnen: Drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei aus Südniedersachsen hatten sich in Göttingen eingefunden, zum Einsatz in der Augenklappe (Originalton Bullen); in Stadt und Uni wimmelte es abends von Streifen — die Aktivitäten von Spitzeln nahmen zu. Noch in der Nacht wurde der Einsatz jedoch abgeblasen. Kein Wunder, gerade an diesem Abend rief die Jubiläumsfete anlässlich des ersten Vierteljahres der Besetzung. Unübersehbare Menschenmengen bevölkerten das Haus während der Fete.

Eine unvermittelte Räumung ohne vorheriges Ultimatum ist ziemlich unwahrscheinlich angesichts der immer noch starken politischen Position der Besetzer und ihres Ansehens in der Öffentlichkeit. Ob es sich um eine aufwendige Einschüchterung, um eine vorbeugende Maßnahme zur Verhinderung einer Erweiterung der Besetzung auf andere Gebäude oder um den ausblödierten Versuch einer Razzia handelte: Deutlich wurde darauf hingewiesen, daß die härteren Auseinandersetzungen mit der Gegenseite wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen werden.

Außer dem Versprechen, sich um den Bau weiterer Studentenwohnheime zu bemühen und dem unersichtlichen Angebot, die Besetzung aufzugeben gegen die Bereitstellung von 29 Zimmern, deren Renovierungsförderung und Einzugstermin in den Sternen standen, haben Universitäts- und Landesregierung sich bis heute nicht zu Verhandlungen bereit erklärt. Selbst dem Bitten von



Knecht Ruprecht, der in voller Montur am Nikolaustag zusammen mit 40 Besetzern der Universitätspräsident Kamp zu einer Stellungnahme aufrief, entzog sich dieser durch Flucht, die ihn öffentlich wirksam durch eine Würstchenbude, quer über den Weihnachtsmarkt in die Deutsche Bank verschlug.

Nachdem es in der letzten Zeit um die Besetzung in der Öffentlichkeit etwas ruhiger geworden ist, ist der baldige Beginn einer Verleumdungskampagne gegen die Besetzer zu befürchten. Wie leicht es für die Bullen ist, z.B. bei Razzien die Besetzer belastende Indizien zu produzieren, haben Erfahrungen aus anderen Besetzungen genügend bewiesen.

In dieser Situation wollen die Bewohner jetzt wieder verstärkt an die Öffentlichkeit gehen, den Unterstüt-

zern aktivieren sowie Aktionen und am 8.2. eine Demonstration durchführen mit der Forderung nach Legalisierung der Besetzung. Als ein Schritt dazu, um die Uneliktung in Zugzwang zu bringen und um zu dokumentieren, wie hoch die Bewohner den Wohnwert der besetzten Gebäude einschätzen, haben sie am 22.1. DM 4.700,- an die Uni überwiesen.

Z.Zt. wohnen knapp 100 Leute fest in den besetzten Gebäuden, mit Kind(ern) und Kegel. Keiner wird das Haus freiwillig räumen; eine breite Unterstützung ist ihnen weiterhin gewiß; und an der Wohnraumnot und Stadtzerstörung hat sich in Göttingen auch nichts geändert — eine Räumung würde keine leichte Aufgabe sein.

Einige Besetzer der Göttinger Augenklappe

Wildwest in Kassel

achten für Wohnungen erteilt, die der Kasseler Mieterverein für betrügerisch hält. Viele Mieter erlebten Räumungsklagen. Einer Mieterin wurde während ihres Urlaubs die Wohnung ausgeräumt, Wände versetzt und die Eingangstür zugemauert!

Um sich gemeinsam gegen diese Machenschaften zu wehren, gründeten 80 Mieter eine Initiative, die u.a. Material sammelt, um auch strafrechtlich gegen die Firmen vorzugehen.

Der Konflikt spitzte sich zu, als Unbekannte bei der Firma Roth einbrachen, einen Sachschaden von angeblich 30.000 DM hinterließen und dafür einige Dokumente entwendeten. Diese Dokumente wurden der »Stadtzeitung« zugespielt. Aus den Dokumenten ging u.a. eindeutig hervor, daß die Spekulation eine Kasseler Detektei beauftragt hatten, Mieterversammlungen zu beobachten (FR, 12.1.80). Diese Information hielten die Redakteure der »Stadtzeitung«

für so wichtig, daß sie sie abdruckten. Das rief die Kripo auf den Plan, die einen Durchsuchungsbefehl wegen Verdachts der Aufbewahrung von Gegenständen, die aus einem Einbruch stammen, erwarbte. Bei der Durchsuchung fand die Kripo zwar nicht die vermissten Dokumente, stattdessen ließen sie einige satirische Gedichte, Manuskripte und eine DKP-Broschüre mitgehen und nahmen die Personalien der Anwesenden auf.

In einem Extra-Blatt der »Stadtzeitung« erklärten die Redakteure: »Wir betrachten die erste Durchsuchung der Redaktionsräume als Versuch, unsere kritische Berichterstattung auf juristischem Weg zu beeinflussen und uns für die Zukunft einzuschüchtern... Wir werden unseren Mund jedenfalls auch in Zukunft nicht halten. Nicht der Immobilienfirma zuliebe und auch nicht aus Angst vor weiteren Besuchen der Kripo.«

Wohnungskommission